

UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
1000 UNIVERSITY AVENUE, BOX 2100, CHARLOTTESVILLE, VA 22904-4100
TEL: 800-828-6882 FAX: 800-828-6882 WWW: WWW.LIBRARY.UVA.EDU



CH
CH



Oberbayerisches Archiv
für
vaterländische Geschichte.

Zugleich
Forschungen zur Geschichte Bayerns.

Herausgegeben
von dem
Historischen Vereine von Oberbayern.

Siebenundfünfzigster Band.

München 1913.
In Kommission bei G. Franz.

DD

801

,B45H8

Bd.57

Inhalt des 57. Bandes.

	Seite
Karl VII. und Hessen. Von Arthur Kleinschmidt. (Fortsetzung)	1
Der Ausgang der landschaftlichen Verordnung in Bayern. Von Otto Steinwachs. (Schluß)	38
Das Rechtsverfahren wider die Hergen zu Wemding im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts. Von Joseph Schneid	118
Das Haus Pfalz-Zweibrücken im bayerischen Erbfolgestreit bis zum Ausbruch des Krieges. Von Johann G. Schloesser (Schluß)	196
Die Wahl des Herzogs Joseph Klemens von Bayern zum Erzbischof von Köln 1688. Von Ernst Böhmländer (Schluß)	208
Einige gleichzeitige Stimmen zur bayerischen Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818. Von Rudolf Deshay	285
Proben der Territorienkarte von 1802 des historischen Atlases von Bayern.	
1. Zur Einführung. Von Th. v. Karg-Wehenburg	322
2. Kartenprobe aus Schwaben. Von Hermann Hefele	330
3. Kartenprobe aus der Oberpfalz. Von J. Frz. Knöpfler	370

Karl VII. und Hessen.

Von Arthur Klein Schmidt.

(Fortsetzung.)

IV. Bis zum Abchlusse der Frankfurter Union.

Am 20. Dezember 1743 hatte Lautrec, der französische Gesandte, dem Grafen Kaiserstein 500 000 Livres für den Kaiser versprochen, die noch vor Jahreschluß ausbezahlt werden sollten, hatte aber dann allerlei Schwierigkeiten gemacht, endlich gab Lautrec Kaiserstein am 7. Januar 1744 einen Wechsel auf 500 000 Livres; Kaiserstein entschuldigte sich bei Donop, er könne dem hessischen Corps den Sold nicht zahlen, da besagte Summe kaum für die unentbehrlichsten Ausgaben ausreiche, und vertröstete ihn dahin, unstreitig würden die 30 000 Gulden Sold von der Million Livres bezahlt, die Frankreich für Januar 1744 liefern würde.¹ Der Kaiser erhielt von Chavigny, dem Gesandten bei ihm, Briefe aus Paris, die ihm die ausgezeichneten Absichten der französischen Regierung für seine Sache meldeten und ihm versicherten, Ludwig XV. wolle ihn in Stand setzen, die 6000 Hessen in britischem Solde zu unterhalten; sie seien zwar sehr teuer, aber auch die besten deutschen Truppen. Preyßing teilte dies Donop mit.² Letzterer protestierte bei Karl VII. dagegen, daß die Bedingungen der Konvention für den Unterhalt der Karl gestellten Hessen nicht eingehalten würden; denn das kaiserliche Kriegskommissariat hatte „gegen alles Erwarten“ die Portionen von zwei auf anderthalb Pfund Brot reduziert und verlangt, das fehlende halbe Pfund besonders bezahlt zu bekommen; es lieferte Donop monatlich 3712 Portionen und 1507

¹ Donop an Miltitz, Frankfurt, 7. Januar 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar bis April. St.-A. Warburg.)

² Donop an Prinz Wilhelm, Frankfurt, 18. Januar 1744. Monzept. (Ebenda).

Rationen anstatt 3816 und 1627.¹ Und dabei erwies Wilhelm dem Kaiser so viel Freundlichkeiten. Trotz des Mangels an Remontepferden in Hessen — man mußte selbst solche von auswärts beziehen — gab er „aus Devotion für den Kaiser“, der ihn darum anging, Befehl, dessen Lieferanten, dem Juden Isaaß Emanuel, 3800 Remontepferde für die kaiserliche Kavallerie zukommen zu lassen.² Sehr begierig war Karl auf das Resultat von Wilhelms Schritten am Berliner Hof;³ Wilhelm erwiderte Donop auf dessen Anfrage vom 25. Januar,⁴ man müsse sich hüten, trotz Chavignys schöner Worte darauf Pläne zu gestalten, er aber könne nichts tun, bis sich sein königlicher Bruder von Schweden geäußert habe; der König in Preußen sei voll Interesse für Karl und „wolle die Würde des Reichs und seines Chefs schützen, um so mehr, als seine eigenen Interessen erforderten, daß er sich von beiden nie entferne.“

Am 31. Januar 1744 kam Chavigny aus Paris in Frankfurt an und hatte bei Karl VII., obwohl derselbe krank darnieder lag, eine sehr lange Audienz; er sprach auch Donop die gute Gesinnung Ludwigs XV. für ihn und für das hessische Haus aus und betonte, Wilhelm sei einer der Ersten, die in eine Liga für Karl eintreten müßten; er schickte dann Donop ein Mémoire über den Plan einer solchen Liga, und Donop beförderte denselben an den Prinzen-Statthalter Wilhelm.⁵ Das Mémoire empfahl eine Liga, wie die Rheinische Allianz von 1658 gewesen, und hob Frankreichs Uneigennützigkeit hervor. Wilhelm aber fand Chavignys Verheißungen besonders für Hessen viel zu vage, um darüber einen umständlichen Bericht nach Stockholm abzusenden; ihm behagte der Gedanke gar nicht, die Rheinische Allianz von 1658 zu erneuern, denn man würde „auf den ersten Blick sehen, daß der ganze Nutzen davon Frankreich zufallen würde, der ganze Haß des Corpus Germanicum aber dem Kaiser“, und so betraute er Donop, dies dem Kaiser zu eröffnen, der aber tiefstes Geheimnis darüber bewahren sollte.⁶ Wilhelm rief Donop zu sich. Ehe derselbe Frankfurt verließ, sprach er mit Karl wegen Chavignys Projekt, und Karl gab ihm ein Handschreiben an Wilhelm⁷ mit, worin Karl äußerte: „Die Affäre, um die es sich handelt, gehört zu den wichtigsten und ist derart,

¹ Donop an Wilhelm, Cassel, 21. Januar 1744. Kopie. Ebenda.

² Karl an Wilhelm, Frankfurt, 13. Nov. 1743. Orig. Wilhelm an Karl, Cassel, 18. Januar 1744. Konzept. (Geheime Rats-Akten. 1743 bis 1744. Korrespondenz mit Karl VII. St.-A. Marburg.)

³ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 25. Januar 1744. Konzept. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar bis April. St.-A. Marburg.)

⁴ Cassel, 28. Januar 1744. Original. (Ebenda.)

⁵ Frankfurt, 4. Februar 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁶ Wilhelm an Donop, Cassel, 8. Febr. 1744. Orig. (Ebenda.)

⁷ Frankfurt, 11. Febr. 1744. Orig. (Ebenda.)

daß ich hoffe, Ihnen bald die Ruhe unseres lieben Vaterlandes, das Heil meines Hauses und das eines jeden, der ein guter Deutscher ist, zu schulden. Sie kennen meine Gefühle über diesen Punkt und wissen, daß ich nach diesem Prinzip handle; ich zweifle nie, daß Sie mich darin unterstützen werden, und Sie können außer dem Ruhm, der daraus für Sie erwachsen wird, wohl versichert sein, daß Sie und Ihr Haus Ihren Vorteil dabei finden werden.“ Am 12. Februar erschien Donop in Kassel und brachte ein zweites *Mémoire* Chavignys mit, das zumal für Wilhelm den Ligagedanken ausführlicher erörtern sollte und Hessen große Vorteile sowohl wegen Erlangens der Kurwürde als wegen Jahressubsidien in Aussicht stellte.¹ Obwohl Wilhelm die Anerbietungen für sehr verlockend hielt, wollte er zwei Eisen im Feuer haben und darum mit dem britischen Hofe nicht brechen, der eben den Wunsch äußerte,² die in seinem Solde stehenden 6000 Hessen sofort marschbereit nach Brabant unter den Oberbefehl des Feldmarschalls Wade zu stellen. Während Wilhelm diesen Wunsch in Frankfurt bekannt geben ließ und Georg II. Aussicht auf die Gewährung eröffnete, erließ er eine Instruktion, „points d'instruction préliminaire“, für Donop;³ er forderte darin bedeutende finanzielle Zugeständnisse.⁴ Wilhelm war versichert, daß der Kaiser seine Forderungen gerecht finden würde, und ließ ihm durch Donop seine unerschütterliche Anhänglichkeit aussprechen.⁵ Karl war entzückt über Wilhelms Brief und Versicherungen, wie er Donop sagte, und bezeichnete ihm als wesentlichen Punkt die Geldfrage, über die er sich mit Chavigny auseinandersetzen mußte. Donop ging zu Chavigny und zeigte ihm Alseburgs Berechnung für Truppenlohn und Subsidien; Chavigny versprach Wechsel auf Amsterdamer Häuser für ein Jahr voraus an Subsidien, Sold und außerordentlichen Ausgaben, wie an Rückständen, die England nicht zahlen wollte, versprach auch den Entwurf einer Präliminarconvention. Donop erinnerte ihn daran, daß Chavigny in seinem ersten *Mémoire* das Versprechen gegeben habe, die hessischen Truppen sollten nie unter französischer Fahne ziehen, sondern nur zum Heile des Reiches verwendet werden, und Chavigny versicherte ihm, dies sei wirklich Ludwigs Absicht. Er sagte all dies Donop so vertrauenswürdig, daß dieser sofort zu

¹ M. v. Rauch, Die Politik Hessen-Kassels im österreichischen Erbfolgekrieg bis zum Dresdener Frieden. (Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. Neue Folge. 23. Band. Cassel 1898.)

² Carteret an Wilhelm, White Hall, 30. Januar/10. Febr. 1744. xopic. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar bis April. St.-A. Marburg.)

³ Cassel, 21. Febr. 1744. Orig. (Ebenda).

⁴ S. bei Rauch.

⁵ Wilhelm an Karl, Cassel, 21. Febr. 1744. Monzept. (Bayern. 1741–1746. Kabinettsakten Wilhelms VIII. St.-A. Marburg.)

Karl ging und ihm alles wiederholte; in einer geheimen Audienz sprach sich Karl entzückt aus, und ließ Wilhelm sagen, „er betrachte dies Ereignis als das glücklichste seines Lebens“. Auch Donop hielt die Verhandlung für eine der wichtigsten für das hessische Haus, konnte aber nicht begreifen, wie Chavigny so rasch so viel Geld aufreiben würde.¹ An Chavignys Schriftstück änderte Donop einiges, um für Wilhelm mehr Sicherheiten zu erzielen. Es hieß darin, Chavigny habe zum Wohle von Reich und Kaiser, das Ludwig XV. am Herzen liege, den Plan einer Union confédérale zwischen Frankreich, dem Kaiser, Schweden, Preußen und den ersten Reichsständen vorgeschlagen, und Hessen-Kassel habe es übernommen, mit Frankreich ein vorläufiges Übereinkommen einzugehen; damit Hessen-Kassel imstande sei, seine Truppen aus dem britischen Solde zu lösen und sie im Dienste des Kaisers zum Wohle der Liga zu verwenden, verheiße Chavigny einstweilen die einjährige Zahlung derselben Subsidien, Besoldung und Extraordinarien, die England jährlich für die 6000 Hessen zahle. Diese Subsidien sollten — so hieß es weiter — von dem Tage an, an dem der Vertrag mit England erlösche, im voraus für ein Jahr in Wechselbriefen an Wilhelm bezahlt werden. Sollte England „aus Haß über die neuen Verpflichtungen, die das hessische Haus einzig für das Wohl des Kaisers und für das des Reiches übernehme“, sich gegen Erwarten der weiteren Zahlung der Subsidien zc. entheben, so werde Frankreich aus steter Gefälligkeit gegen das Haus Hessen in die Lücke einspringen. Das Haus Hessen-Kassel aber verpflichte sich, seine Truppen aus dem britischen Dienste zurückzuziehen, um sie zum Wohle von Kaiser und Reich zu verwenden, als kontrahierender Teil in den Vertrag der projektierten Union einzutreten und alles zu tun, damit auch andere Reichsstände beitreten möchten.² Während Klinggräff sich sehr erstaunt über alles, was Frankreich tat, äußerte, suchte Chavigny Donop Daumschrauben anzulegen und ihn in die Enge zu treiben.³ Wilhelm war froh, daß man seine Präliminarforderungen billigte, ließ Donop wissen, daß er in nichts abweichen könne und daß Chavigny die Schwierigkeit mit den Wechselbriefen heben müsse; er war mißtrauisch und darum vorsichtig.⁴ So geschied Chavigny auch die Falle versteckte, so ging der Statthalter doch nicht hinein. Donop durfte nur dann das Versprechen geben, König Friedrich von Schweden werde sich von Großbritannien lösen, wenn Karl VII. zuvor in

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 23. Febr. 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschafts-Berichte. 1744. Januar—März. Ebenda.)

² Donop an Wilhelm, Frankfurt, 24. Febr. 1744. Orig. (Ebenda.)

³ Donop an Miltitz, Frankfurt, 25. Febr. 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar—April. Ebenda.)

⁴ Alseburg an Donop, Cassel, 25. Febr. 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

der Lage sei, die Lücke zu ersetzen; so konnte von einer Präliminarconvention und von etwas Schriftlichem keine Rede sein, bevor die Vorfragen erledigt wären. Wilhelm verlangte nichts, als sehr genau (*ric-à-ric*) mit der einen Hand die volle Zahlung, mit der anderen die Losreißung von England; er verwarf völlig die Präliminarconvention Chavignys und ließ diesem sagen, daß er, falls er den Plan des großen Associationsvertrages nach demselben Schnitt mache, alles verderben und alle Welt wütend machen würde.¹ Auch Affeburg warnte Donop vor Chavignys Schlichen.²

Am 21. Februar forderte Carteret, anschließend an seinen Brief vom 10. Februar (s. S. 3), den Prinzen-Statthalter Wilhelm auf,³ das hessische Korps von 6000 Mann nach Brabant ziehen zu lassen, und hoffte, derselbe werde Alt Befehl erteilen, den Vertrag mit England zu erneuern. Wieder benützte Donop die Situation, zeigte Chavigny den Brief Carterets, und dieser gab ihm neuerdings sein Ehrenwort, die ganze Summe von 1 184 461 Reichstalern für das letzte Jahr würde binnen drei Wochen in guten Wechselbriefen gezahlt werden.⁴ Der Kaiser war ungehalten über den Aufenthalt in der Zahlung.⁵ Wilhelm war darum doppelt erfreut,⁶ als Chavigny endlich Ernst machte; er wollte vor allem Sicherheiten in der Hand haben, bevor er sich tiefer einließ. In keiner Weise wünschte er die Einmischung des Auslands in Deutschland, er hatte deshalb Chavignys Associationsprojekt verworfen, meinte auch, Preußen würde nichts davon wissen wollen. Nur aus Rücksicht auf den Kaiser ging Wilhelm auf die festgesetzten drei Wochen zur Auslieferung der Wechsel ein; er sagte sich, daß seine Parteinahme für Karl ebenfogut zum Verderben wie zum Heile des hessischen Hauses ausfallen könnte. Chavigny unterzeichnete in Frankfurt den Vertrag wegen der 1 184 461 Reichstaler, man hätte in Kassel lieber rund 1 200 000 Taler gehabt, und Donop freute sich, dies endlich erlangt zu haben.⁷

Da kam die Nachricht nach Cassel, Frankreich wolle den Prätendenten Karl Eduard Stuart durch eine Landung in

¹ Wilhelm an Donop, Cassel, 26. Febr. 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

² Affeburg an Donop, Cassel, 26. Febr. 1744. Orig. (Ebenda.)

³ Carteret an Wilhelm, Whitehall, 10./21. Febr. 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁴ Donop an Affeburg, Frankfurt, 2. März 1744. Orig. (Ebenda.)

⁵ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 28. u. 29. Februar 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar-Mai. Ebenda.)

⁶ Wilhelm an Donop, Cassel, 2. März 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar-April. Ebenda.)

⁷ Affeburg an Donop, Cassel, 2. März 1744. Orig. Donop an Wilhelm, Frankfurt, 5. März 1744. Orig. (Ebenda.)

England unterstützen, und nun schrieb Wilhelm an Donop:¹ „Ich kann nicht mehr mit dem Kaiser unterhandeln und noch weniger mich in irgend eine Verbindung mit Frankreich setzen. Abgesehen von den Folgen, welche diese Expedition für die protestantische Religion haben kann, die alle sie bekennenden Fürsten empören und verhindern wird, in irgend eine Liga zu Gunsten des Kaisers einzutreten, wäre es für mich unverzeihlich, wenn ich dazu beitragen wollte, die Hoffnung auf die Erbfolge zu zerstören, die in meinem Hause auf die englische Krone gerichtet ist.² Es ist wahr, sie ist sehr entfernt und wird sich vielleicht nie verwirklichen; jedoch können die Ereignisse sich eher zusammenhängen, als man denkt, und sollte der Fall auch erst nach mehreren Jahrhunderten eintreten, so würde ich nichtsdestoweniger die Vorwürfe meiner Nachkommen und heute die aller Welt dafür verdienen. Worin, ich bitte Sie, besteht der Vorteil, sich mit dem königlichen Hause von England zu verbünden, wenn nicht darin, daß man einst auf dem Thron, den es einnimmt, nachfolgen kann? Es handelt sich weder um die Mitgift noch um die Protektion. Die erstere ist mäßig und der Genuß gebührt nur den Prinzessinnen selbst, und betreffs der anderen weiß man, wie die Nation darüber denkt und daß sie für die Schwiegersöhne ihres Souveräns nichts übrig hat, wenn man ihr nicht zur Zufriedenheit Grund gibt. Sollte ich also den einzigen Gegenstand preisgeben, der mich veranlaßt, meinen Sohn zu verheiraten,³ und sollte ich mich dem Hasse einer Nation aussetzen, die in der ersten Wallung und aus Haß über mein Engagement mit Mächten, die sie in Zukunft als Feinde ansehen wird, meine ganze Nachkommenschaft durch eine Parlamentsakte von dem Rechte, das ihr an diese Krone zusteht, ausschließen kann? Ich überlasse es den gleichgiltigsten Leuten zu beurteilen, ob es mir erlaubt sei, dies Risiko zu laufen und mich ihm kaltblütig auszusetzen. Und ich bin zu sehr von der Billigkeit des Kaisers Majestät überzeugt, um seinen Zorn bei diesem Anlasse zu fürchten. Wer kann besser über die Rücksichten, die man seinem Blute schuldet, urteilen, als ein so zärtlicher Vater wie der Kaiser? Hat er sich nicht für seine Nachkommen so großem Unglück ausgesetzt? Und erträgt er es nicht ihretwegen, um sie glücklich zu machen, mit so viel Festigkeit? Ich nehme Gott zum Zeugen, daß ich mein Leben gern einsetzen würde, um ihn aus seiner Lage zu reißen; ich kann aber nicht über ein Gut verfügen, das meinen Kindern gehört und wofür ich einst Verantwortung ablegen muß.“ Wilhelm wurde also dem Prinze untreu, dem Kaiser mit allen

¹ Cassel, 10. März 1744. Orig. (Ebenda).

² Auch berührt diese Thronaussicht näher.

³ Prinz Friedrich (später Landgraf Friedrich II.), verheiratet mit Maria, Tochter Georgs II. von Großbritannien.

Kräften zu helfen, mußte es aber seinem Erbfolgerechte an Großbritannien's Krone zuliebe tun; die Expedition Karl Eduards erschien ihm für Karl VII. als das größte Unglück, da ohne dies Ereignis ein großer Teil der Reichsfürsten in die Union eingetreten wäre. Jetzt aber würde Sachsen-Gotha seine Verhandlung mit Holland zum Abschluß bringen und er selbst, Karls treuester Helfer, würde neutral bleiben, vielleicht sogar gegen Karl auftreten müssen. „England ist“, fuhr Wilhelm fort, „als die Stütze unserer Religion anzusehen. Wenn wir einen römisch-katholischen Fürsten auf seinen Thron gelangen lassen, so müssen wir fürchten, daß unsere Religion allgemach zerstört werde. Alle Fürsten in der Welt, die verschiedener Religion sind und für ihr Interesse durch Vertrag übereinkommen, bestimmen darin, daß dieser Vertrag keinen Bestand mehr haben solle, sobald sich eine Religionsfrage erhebe. Diese Klausel besteht auch in dem Vertrag, den wir im Jahre 1742 mit Seiner Kaiserlichen Majestät zu machen die Ehre hatten. Der Kaiser kann es also nicht übel nehmen, wenn ich mich daran halte und mich wenigstens nicht dazu hergebe, den ersten Untergrund zur Zerstörung derselben Religion zu liefern, die mein Haus und unser ganzes Land bekennen.“

Frankreich's Benehmen schien Wilhelm verdächtig. Donop sollte darum den Kaiser um eine Audienz bitten und ihm Wilhelm's Verzweiflung darüber, daß er sich von ihm trennen müsse, aussprechen; Wilhelm sei unschuldig, „daß Frankreich in dem Momente alles verderbe, wo sich alles zum Besten wenden wolle“. Auch sollte Donop Chavigny erklären, daß alle Verbindlichkeiten unverbindlich seien, die man mit einem Entgegenhandelnden treffe; bestätige sich die Landung Karl Eduards, so sei Wilhelm frei und gebe Chavigny sein Dokument zurück; er könne nie auf seine Ansichten eingehen, denn sie seien zu weitläufig und „den zukünftigen Interessen seines Hauses, insonderheit seiner Kinder indirekt entgegen“.

Donop antwortete dem Prinzen-Statthalter:¹ „Ich glaube, Monseigneur, nicht nötig zu haben, ihnen hier die Wirkung zu malen, welche der Inhalt Ihres Reskripts auf den Kaiser gemacht hat: ein so unvorhergesehener Schlag hat ihn tief getroffen; die Gründe aber, die Eure Durchlaucht angibt und die mit so viel Würde detailliert und auf unbestreitbare Wahrheiten begründet sind, ließen dem Monarchen gar keinen Weg zur Widerlegung; er konnte sich darum nur über sein Unglück beklagen und über das traurige Los seufzen, das ihn verfolge.“ Karl gab Donop die feierlichste Versicherung, daß er keine direkte Nachricht von der angeblichen Landung in Dänkirchen zu Gunsten Karl Eduards gehabt und ihm der Versailler Hof nichts mitgeteilt habe.

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 13. März 1744. Orig. (Ebenda).

Karl bat Wilhelm, nichts zu überstürzen, und wollte in Versailles alles versuchen, auf daß man „den jungen Mann“ (Karl Eduard) nach Italien zurücksende. Es erschien ihm furchtbar, daß die für ihn so hochwichtige, von Wilhelm mit so viel Eifer geführte Verhandlung jetzt, wo er dem Hasen nahe sei, scheitern solle; er wäre unglücklich, falls er Wilhelm zu einem dessen Familie ungünstigen Schritte hintriebe, und meinte, ihm selbst würde schließlich nichts übrig bleiben, „als die Kaiserkrone abzulegen und sich der Tyrannei des Hauses Oesterreich auszuliefern, das nicht anstehen würde, sich bald über das ganze übrige Reich, das unter seinem Joch zu seufzen würde, auszudehnen“. Dann ging Donop zu Chavigny¹ und machte sich in den stärksten Ausdrücken Luft; Chavigny, der über die Expedition nach Dünkirchen außer sich war,² erwiderte ihm, er habe keine Gewißheit darüber und sie könne unbedingt keine Folgen haben, er könne gar nicht begreifen, wie Wilhelm auf bloße Gerüchte hin das Gewisse dem Ungewissen opfern wolle; er betonte immer wieder, welche Vorteile dem heftigen Hause durch Frankreich winkten, und zeigte Donop die eingetroffenen Wechselbriefe, für deren Zahlung sein Hof alle Maßregeln getroffen habe.

König Friedrich in Preußen verwarf das ihm von Klinggräff gesandte Projekt; er begriff wie Wilhelm, „daß es mehr angetan sei, die Gemüter zu entfremden als sie anzuziehen“; er substituierte ein anderes Projekt, „so gerecht und einheitlich, daß man ihm nichts entgegen stellen konnte“; war eine Einigung noch möglich, so ging es nach Wilhelms Ansicht nur nach diesem Modus. Der König war übrigens auch der Ansicht Wilhelms, Frankreich dürfe dabei nicht als kontrahierender Teil auftreten, sondern nur als Garant des westfälischen Friedens intervenieren. Chavigny schien nicht ganz bei der Wahrheit geblieben zu sein, man bemerkte ja auch ohne viel Scharfblick Frankreichs List, und Wilhelm riet Donop zu mehr Mißtrauen gegen den geriebenen Chavigny. Zugleich befahl er Donop, Klinggräff zu sagen, er sei völlig der Ansicht, die ihm der König im Vertrauen eröffnet, und er werde keinen anderen Plan als den des Königs annehmen; auch sollte Donop dem Kaiser erklären, falls er in Friedrichs Plan einwillige, könne Wilhelm vielleicht für ihn wirksam sein. „Wenn ich nicht“, so schloß Wilhelm seine Depesche,³ „durch Briefe aus England und Holland Nachrichten erhalte, welche die fragliche Expedition zerstören, so ist mein Entschluß gefaßt und ich werde England wenigstens meine Hilfe anbieten, bevor ich zu anderem schreite.“ Der Kaiser erwiderte Donop,⁴ die ganze Expedition

¹ Ebenda.

² Donop an Asseburg, 14. März 1744. Ebenda.

³ Wilhelm an Donop, Cassel, 14. März 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁴ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 16. März 1744. Orig. (Ebenda).

Karl Eduards sei eine Fabel, und Chavigny schrieb ihm:¹ „Wäre es möglich, daß auf dergleichen Geschichten hin Seine Durchlaucht eine so weit vorgeschrittene Affäre wie die unsere suspenbierte, welche die Mithilfe Seiner Preussischen Majestät doppelt groß und vorteilhaft macht?“ Wilhelm aber zögerte nicht länger, dem vom Prätendenten bedrohten Georg II. „mit seinen wenigen Truppen zu Hilfe zu fliegen“; er kannte seines Bruders von Schweden Liebe zur britischen Nation und zur protestantischen Religion und wußte, daß derselbe seine Schritte für beide billigen würde, und so ließ er durch seinen Geschäftsträger Alt Lord Carteret sagen, er zögere trotz der gefährlichen Lage des Reichs und trotz des Bedenkens, Truppen von da ins Ausland zu senden, nicht, das Interesse seines Bruders, des Königs von Schweden, dem Englands hintanzusetzen und die in britischem Solde stehenden heftigen Truppen unverzüglich nach England zu senden, um sie zu verwenden, „wo man es angemessen erachte zur Verteidigung des Königreichs und zur Stütze des königlichen Hauses“. Die Truppen sollten nach Rhymwegen ziehen und sich bald einschiffen; da aber Hessens Mittel zur Mobilmachung nicht ausreichten, so möchte Carteret die Rückstände bezahlen. Wilhelm hoffte, daß man seine Vereinwilligkeit und Raschheit, für Georg einzutreten, anerkenne und ihm nicht mehr den ungerichten Vorwurf mache, er ziehe den alten die neuen Freunde vor, denn sein Anteil an Kaiser und Reich, so versicherte er, entspringe nur dem Gefühle seiner Pflichten als Reichsfürst.² In Frankfurt war man mittlerweile in großer Unruhe, was Wilhelm tun würde; Donop ließ sich von niemandem bestimmen, handelte nur nach Wilhelms Instruktionen, verfolgte aber die fast alltäglichen Audienzen Klinggräffe bei Karl und seine häufigen Unterhandlungen mit Chavigny.³ Trotz aller Worte Karls und Chavignys konnte Wilhelm nicht anders handeln als er tat, „um sich vor dem Hass des Publikums, dem Tadel seiner Nachkommen und dem Zorn der englischen Nation zu retten“. Er band sich nicht die Hände und bezweifelte sehr, daß man in London auf die Ankunft seiner Hessen eingehe, da schon 6000 Holländer herbeigerufen worden seien und noch 6000 Fremde „die Nation revoltiren würden“; möglich war aber immerhin, daß man ihn beim Worte nahm, und dann mußte er sofort die 6000 Mann liefern.⁴

Der Kaiser nahm die Kunde von Wilhelms Anerbieten nach London sehr unruhig auf,⁵ wenn er auch traurige Folgen für sich befürchtete; die Expedition aber hielt er für eine Chimäre, glaubte

¹ Chavigny an Donop, Frankfurt, 16. März 1744. Orig. Ebenda).

² Wilhelm an Alt, Cassel, 16. März 1744. Kopie. Ebenda.

³ Donop an Alseburg, Frankfurt, 17. März 1744. Kopie. Ebenda).

⁴ Wilhelm an Donop, Cassel, 17. März 1744. Orig., chiffriert. Ebenda.)

⁵ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 21. März 1744. Orig. Ebenda).

nicht, daß die britische Regierung Wilhelms Anerbieten annähme, hoffte, Wilhelm würde „dem großen Projekte“, in dem er das einzige Heil für sich und das Reich sah, nicht untreu, und ließ ihm durch Donop sagen, er verlasse sich nach wie vor auf ihn, „die Seele seines Rates“. Während ihm Donop das tiefste Schweigen anempfahl, war Chavigny in größter Unruhe und hielt schon das ganze Werk für verloren. Er teilte Donop, um Wilhelm umzustimmen, eine Depesche des Staatssekretärs des Außern, Amelot, mit, der über die Expedition schrieb; ihm zufolge war England der Störenfried gegen Frankreich, und Amelot hielt es für unbegreiflich, daß Wilhelm den Kaiser verlassen wolle, anstatt der erste Schmied der neuen Liga zu werden. Er begriff nicht, wie Wilhelm glauben könnte, die britische Nation würde ihn durch eine gegen seine Nachkommen gerichtete Parlamentsakte bestrafen, und hoffte noch, daß Wilhelm belehrbar sei und dem Systeme, das ihm so große Vorteile biete, treu bleibe.¹ Wenn auch Karl die Expedition, die er erst abgelehnet, nun mißbilligte, so stand er vor der Welt als Mitschuldiger daran da, und Wilhelm tat gut, sich trotz aller Beteuerungen Chavignys ungläubig zu verhalten.² 6000 Mann mehr oder weniger konnten die Affäre einer Liga nicht entscheiden, nur die Streitkräfte Frankreichs und Preußens vermochten dies;³ in Frankfurt aber befürchtete man sehr, Carteret nehme Wilhelm beim Wort und verzichte lieber auf die holländischen Hilfstruppen, um dann die Hessen während des ganzen Krieges in England festzuhalten, und Donop nannte die 6000 Mann „die Braut, worum getanzet wird“; hatte man sie einmal über dem Kanal, dann würde man einen hoffärtigen Ton anschlagen.⁴ Nach Berlin aber versicherte Wilhelm,⁵ er habe nie daran gedacht, sich von der gemeinsamen Sache zu lösen, und würde keine Schritte in England getan haben, hätte ihn nicht Frankreich durch seine Schritte dazu genötigt.

Während Seckendorff Donop sagte, der Kaiser werde den General Grafen St. Germain sofort an Wilhelm senden, um ihn zu bitten, daß sich die 3000 Hessen, in des Kaisers Sold wieder in Marsch setzten, und der Kaiser wolle ohne Aufschub einen Teil seiner Rückstände an Donop zahlen,⁶ blieb Wilhelm voll Mißtrauen gegen Chavigny, Amelot und Frankreichs Leiter.

¹ Amelot an Chavigny, 19. März 1744. Kopie. (Ebenda). Donop an Wilhelm, Frankfurt, 23. März 1744. Konzept. (Ebenda).

² Wilhelm an Donop, Cassel, 21. März 1744. Orig.: Donop an Wilhelm, Frankfurt, 24. März 1744. Konzept. (Ebenda).

³ Wilhelm an Donop, Cassel, 24. März 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁴ Donop an Alseburg, Cassel, 24. und 28. März 1744. Orig. und Kopie. (Ebenda).

⁵ Wilhelm an Friedrich II., Cassel, 26. März 1744. Kopie. (Ebenda).

⁶ Donop an Wilhelm, Apostille aus Frankfurt, 28. März 1744. Orig. (Ebenda).

Auf Amelots Bemerkung vom 19. März hin (s. S. 10) äußerte er:¹ „Ich würde den Zorn der englischen Nation fürchten, weil ich sie in ihrer drückendsten Not verlassen hätte, zu einer Zeit, wo unser Vertrag noch besteht und nachdem ich mit ihr über ein halbes Jahrhundert verknüpft gewesen bin. Die Interessen von Kaiser und Reich haben nichts, was den Sonderinteressen Englands zuwider ist, und aus demselben Grunde liegt kein Widerspruch darin, England Hilfe zu bringen und sich zu Gunsten Seiner Kaiserlichen Majestät und des Vaterlands zu verwenden; ich bin überzeugt, daß, sobald für das Königreich England keine Gefahr mehr sein wird, ich mich ganz dem Kaiser widmen kann. Solange es sich aber um die eigene Verteidigung handeln wird, werde ich mich ihr um so weniger versagen können, als es nicht so leicht, wie Herr Ameloth (sic!) glaubt, ist, sich vor dem Zorne dieser Nation zu verwahren, in Anbetracht dessen, daß es notorisch ist, daß weder der König von Großbritannien noch sein Ministerium im allgemeinen Frieden stipulieren könnten, eine Parlementsakte sollte widerrufen werden. Dieser Schritt wäre ebenso gefährlich wie unnütz, und die Regierung kennt die Kraft ihrer Gesetze zu gut, um einen derartigen Angriff unternehmen zu wollen. Da ich jedoch nie beabsichtigte, das große System zu Gunsten von Kaiser und Reich aufzugeben, wenn ich auch die Hilfe meiner Truppen in England versprochen habe, so entnehme ich auch mit viel Befriedigung demselben Briefe des Herrn Ameloth die Gefälligkeit, welche Seine Allerschristlichste Majestät für die Restriktionen bezeugen will, die ich in der definitiven Convention mit dem Kaiser zu machen vielleicht genötigt sein werde.“ Wilhelm glaubte, Ludwig XV. würde sie für nötig erachten, um die Reichsfürsten herbeizuziehen. Graf St. Germain überbrachte Wilhelm am 30. März einen eigenhändigen Brief des Kaisers vom 29. des Inhalts:²

„Mein liebster Vetter!

Nicht nur, um Sie vom Entschlusse zu unterrichten, den ich gefaßt, meine Truppen marschieren zu lassen, um sie überfallen zu entziehen, während die feindlichen Truppen in Bewegung sind, und um Sie zu bitten, Sie möchten nach dem Wortlaute unserer Verträge die 3000 Oessen dazu stoßen lassen, sende ich Ihnen meinen Maréchal de camp St. Germain, sondern auch, damit er Sie meinerseits der aufrichtigsten Freundschaft und des vollen Vertrauens, das ich in Sie setze, versichere. Es ist Zeit, die Unterdrückungen, die ich erdulde, zu beendigen und unserem lieben Vaterlande die Ruhe zurück-

¹ Wilhelm an Donop, Cassel, 28. März 1744. Orig. Ebenda.

² Orig. Bayern. 1741-1746. Cabinettsakten Wilhelms VIII. (St.-A. Warburg.)

zugeben; beides liegt in Ihren Händen und der Vorteil, der sich daraus für Ihr Haus ergeben wird, ist unfehlbar; ich berufe mich übrigens auf das, was St. Germain Ihnen mündlich zu sagen beauftragt ist, u. u.“

Wilhelm antwortete Karl, die Hessen würden seiner Order gemäß am stipulierten Termine in Marsch gesetzt werden,¹ schrieb aber an Donop,² die deutschen Truppen müßten einen Ekel davor haben, mit den französischen zusammen zu agieren, die deutschen Fürsten sähen mit Ekel auf Karls Verbindung mit Frankreich; beide täten am besten, sich voneinander zu lösen, und jeder auf eigene Faust für sich zu handeln. Von Wilhelm meinte Klinggräff,³ er sei in sehr schlimmer Lage, denn er habe unrecht getan, sich so bereitwillig in London zu äußern, ein Courier von dort könne ihn „in eine wütende Verlegenheit versetzen“.

Wie der Prinz-Statthalter war Sedendorff der Ansicht, die 3000 Hessen im Lande Hessen zu lassen, sobald ersterer die Dragoner und das Regiment Donop den Grenzen näher legen wollte; er würde sie nur fordern, wenn man ihrer gar nicht enttraten könnte, und bat, hierüber mit dem Generale St. Germain zu beraten. Sobald man etwas mehr Licht in dem großen Assoziationsplan habe, wollte Sedendorff seine Operationen von Tag zu Tag mit Wilhelm verabreden und „von seinem Geiste profitieren“. Chavigny, der sehr zuvorkommend auftrat, wollte Donop am 4. April eine Anweisung von 70 000 Gulden Rückstandsgelder auf Harscher in Frankfurt geben;⁴ er schien in der besten Stimmung für Wilhelm und voll Abneigung gegen Amelot. Donop hingegen fühlte sich in seiner Zwitterstellung höchst unbehaglich; er mochte nicht länger General und Inhaber eines Regiments sein, ohne zu dienen, und wäre lieber aus dem Militärdienst entlassen worden;⁵ doch beruhigte ihn Wilhelm hierüber und versicherte ihm, als Diplomat sei er jetzt weit wichtiger denn als General.⁶ Am 6. April kam St. Germain, von Wilhelm entzückt, nach Frankfurt zurück, wo man sich allmählich wegen des Anerbietens der 6000 Hessen nach England beruhigte;⁷ war ja doch die ganze Expedition Karl Eduards gescheitert und

¹ 31. März 1744. Konzept. (Ebenda).

² Cassel, 31. März 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April bis Juni. St.-A. Marburg.)

³ Klinggräff an Donop, 31. März 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Januar bis April. Ebenda.)

⁴ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 31. März, 3. und 7. April 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. St.-A. Marburg.)

⁵ Donop an Affeburg, Frankfurt, 4. April 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

⁶ Wilhelm an Donop, Cassel, 7. April 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁷ Ebenda.

er von Versailles aufgegeben worden! St. Germain meldete alsbald nach Cassel¹ eine Reihe interessanter Dinge.

Seit über drei Wochen war eine Unterhandlung mit Schweden nach einem Projekte des preussischen Monarchen im Gange; Chavigny versicherte St. Germain, man sei Dänemarks, jedoch nur in neutralem Zustande, sicher, vorerst könne sich Dänemark für die Konföderation nicht erklären, doch sei es weit entfernt, die britische Partei zu ergreifen, der dänische Minister sei voll Respekt für Wilhelm. Der Kurfürst von Köln hatte sein Wort gegeben, der Königin von Ungarn keine Truppen zu senden, und man hoffte, ihn mit der Zeit für den Anschluß zu gewinnen. Preußen regelte durch Graf Rothenburg mit Frankreich die Operationen des Feldzugs, Chavigny kannte seine Projekte zwar nicht, sagte aber St. Germain, Frankreich habe auf Bitte des preussischen Königs Großbritannien den Krieg erklärt, werde auch auf Preußens Rat hin die Holländer nicht mehr schonen und die Plätze Bayerns angreifen; Chavigny kannte sehr wohl die Schwäche des britischen Kabinetts, die Affäre Karl Eduards hatte ihm die Augen geöffnet. „Herr d'Amelot und nicht der Kardinal von Tencin“, so versicherte er, „ist Autor und Motor der Affäre des Prätendenten gewesen; Herr von Tencin, dem man gleiche Verdienste wie dem Kardinal von Richelieu zuteilt, ist weit entfernt von dergleichen Chimären und hat sie, sobald er davon hörte, zuerst gemißbilligt.“

Das britische Kabinett wollte die 6000 Hessen nicht in England haben, wo es schon die holländischen Hilfstruppen hatte, sondern in den Niederlanden, und hoffte, Wilhelm würde Vollmacht zur Fortsetzung des Vertrages senden. Wilhelm aber erklärte statt dessen Carteret durch einen Courier, er sage sich von der Fortsetzung des Vertrages los und er brauche seine Truppen selbst daheim, da die Lage täglich kritischer werde. „Das Eis ist also gebrochen“, schrieb er an Donop:² „und wenn die Wechselbriefe des Herrn von Chavigny fertig sind, können wir die große Affäre alsbald zu Ende führen.“ Donop mußte Chavigny sofort befragen, ob er imstande sei, seine Versprechungen zu erfüllen; ohne Chavigny etwas von der Entsendung des Couriers nach London zu sagen, sollte er ihm klar machen, jetzt sei der kritische Moment und alles sei verloren, wenn man diesen Moment passieren lasse.

Klinggräff hatte mittlerweile Vollmacht erhalten, den Bundesvertrag mit den Ministern des Kaisers und der Reichsfürsten, die in den Bund eintreten wollten, zu regeln und ihn zu unter-

¹ An Wilhelm, Frankfurt, 7. April 1744. Orig. Kabinetts-Akten Wilhelms VIII. 1744-1745. St.-M. Warburg.)

² Cassel, 7. April 1744. Orig., chiffriert. Bayern. Gesandtschafts-archiv. 1744. April Juni. St.-M. Warburg

zeichnen.¹ Der König von Schweden und der Prinz-Statthalter erteilten Donop am 14. April Vollmacht zum Abschlusse der Liga;² Ludwig XV. hatte schon im Januar 1744 dem Geheimrat Théodore de Chavigny, außerordentlichem Gesandten in Lissabon, jetzt bei Karl VII., die Vollmacht dazu gegeben.³

Die Vollmacht des Königs von Schweden besagte:⁴ „Nachdem Wir bei denen gegenwärtigen weit aussehenden Zeitläufen für gut und nötig gefunden, mit Ihrer Römischen Kaiserlichen Majestät und einigen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Römischen Reichs in gewisse Bündniß zu treten, wodurch unter des Höchsten Gnade das werthe teutsche Vaterland etwa möchte beruhigt oder doch wenigstens dem ausgebrochenen Kriegsfeuer vorgebeugt werden können und darüber eine Union zu treffen, daß Wir den Fest und Mannhaften Unseren Generalmajor und an dem Römisch Kaiserlichen Hofe subsistirenden Envoyé extraordinaire August Moriz von Donop zur Errichtung sothanter Union authorisirt und von Unsertwegen bevollmächtigt haben. Thun das auch und geben demselben dazu hiermit und in Kraft dieses bester und beständigster Maßen Commission und Vollmacht für alle Verhandlungen.“ Der Kaiser war entzückt, daß die große Affäre endlich zum Abschlusse gelange; Frankreich, Preußen und der Prinz-Statthalter rieten ihm aber ab, an die Spitze seines Heeres zu treten.⁵ Donop eröffnete am 17. April dem Monarchen, Wilhelm habe seine Truppen aus dem britischen Solde zurückgezogen und ihm Vollmacht zur Verhandlung wegen einer Union erteilt; dasselbe eröffnete er Chavigny, der wie Karl VII. „maßlos vergnügt“ war; auch in der Geldfrage zeigte sich Chavigny für Wilhelm höchst gefällig, doch wollte er eine schriftliche Erklärung Donops, daß die 6000 Mann aus dem britischen Solde zurückgezogen und während eines Jahres für den Kaiser verwendet werden sollten.⁶ Bevor Donop dem Kaiser eine handschriftliche Zusicherung erteilte, daß die 6000 Mann sofort den britischen Dienst verlassen und nach dem 20. Mai in kaiserlichen Dienst eintreten würden, verweigerte ihm Chavigny die Auslieferung der Wechselbriefe trotz aller Einsprüche Donops, dessen vermittelnde Erklärungen ihm auch nicht ge-

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 9. April 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. St.-M. Marburg.)

² Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

³ Marly, 19. Januar 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁴ Cassel, 14. April 1744. Kopie. (Roth $\frac{8}{c. 3.}$ Geheimes Staatsarchiv. München.)

⁵ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 14. April 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. St.-M. Marburg.)

⁶ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 17. April 1744. Orig., chiffriert. Ebenda.

nügten. Beide verhandelten hin und her, und Wilhelm sah in Chavignys Verhalten nur eine Ausflucht, „wie man sie stets den Ministern seiner Nation vorgeworfen habe“. Donop wendete sich auch an Klinggräff, um auf Chavigny einzuwirken; Klinggräff hatte am 21. April ein Unionsprojekt abgesendet. Endlich nahm Chavigny es auf sich, Donop die Wechselbriefe gegen einfache Quittung zu übergeben, doch sollte tiefes Geheimnis bis zum Abschlusse der Separatkonvention mit Karl herrschen. Chavigny wagte damit ungeheuer viel, da man ihm in Versailles direkt verboten hatte, einen solchen Schritt zu tun, ehe er die bindende Erklärung des hessischen Hofes in Händen hatte, und Donop meinte, einen Mann nie in solcher Verlegenheit gesehen zu haben. Der Kaiser schmachtete nach dem endlichen Abschlusse und nach den 6000 Mann.¹ Er bat durch den Feldmarschall Grafen Sedendorff den Prinzen-Statthalter,² augenblicklich Marschbefehl zu geben, auf daß die 3000 Mann Hessen zur kaiserlichen Armee vor Philippsburg stoßen möchten, und Sedendorff schickte den Brief „unter fliegendem Siegel“, damit ihn Wilhelm eventuell abändern könnte; Graf Bünau war der Träger des Briefes, den er, falls Wilhelm nichts einzuwenden hatte, nach Hirschfeld an den Generalleutnant Etienne de Clément weiterbringen sollte; Friedrich II. in Preußen billigte Sedendorffs Schritte vollkommen. Durch Staffette antwortete Wilhelm,³ die 3000 Mann stünden in des Kaisers Dienst und er gäbe deshalb Clément den dringendsten Befehl, sie zur Verfügung Karls zu halten, doch hätte er sie lieber in Hessen gelassen, bis Sedendorff mit seiner Armee nach der Oberpfalz oder nach Bayern zöge; jetzt konnten sie ihm nichts nützen, während Sicherheitsgründe für Hanau und Hessen ihr Verbleiben im Lande wünschenswert machten. Karl dankte Wilhelm für die den kaiserlichen Truppen in Hessen bewilligten Winterquartiere, für ihre „hoffentlich ganz unschädliche winterliche Bequartierung“,⁴ ging aber von der Forderung der 3000 Mann nicht ab. Durch Donop ließ Wilhelm ihm und Sedendorff die Befürchtung der deutschen Fürsten mitteilen, ihre Truppen, die sie dem Kaiser stellten, nicht nur mit den französischen kombiniert, sondern sogar unter französischen Befehl gestellt zu sehen, und vergebens suchte er Kaiser und Marschall zu bestim-

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 21., 25. und 28. April 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Jan. Mai. St.-M. Marburg); Donop an Asseburg, Frankfurt, 28. April 1744. Orig. (Ebenda); Wilhelm an Donop, Cassel, 25. und 28. April 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April Juni. Ebenda.)

² Sedendorff an Wilhelm, Frankfurt, 28. April 1744. Orig. (Sta. binetts-Alten Wilhelms VIII. 1744-1745. St.-M. Marburg.)

³ An Sedendorff, Cassel, 30. April 1744. Konzept. Ebenda.

⁴ Frankfurt, 21. April 1744. Orig. (Geheime Staatsakten 1743 bis 1744. Korrespondenz mit Karl VII. St.-M. Marburg.)

men, die 3000 Mann im Lande zu lassen, bis die ganze Armee Sedendorffs zusammen marschieren könnte.¹

Am 29. April übergab Chavigny endlich Donop die vier auf 1184461 Reichstaler sich belaufenden Billets, zahlbar bei dem Bankier Johann Ludwig Harscher in Frankfurt; Donop quittierte ihm hierüber, und Wilhelm freute sich, daß die Sache so weit gediehen sei. Amelot, der Gegner der Liga, war am 26. April entlassen worden, worüber sich der Kaiser freute, und Chavigny hoffte bald nach Paris zurückkehren zu können.²

Wochte Donop auch noch so sehr auf dem Verbleibe der 3000 Mann in Hessen bestehen, so gingen Karl und Sedendorff darauf nicht ein; es galt nun wenigstens zu verhüten, daß sie vor österreichischen Überfällen bewahrt würden und sich vorerst nicht mit den Franzosen vereinigen müßten. So erging am 4. Mai der Befehl an Clément, spätestens am 13. oder 14. abzurücken und zu Sedendorff nach Philippsburg zu ziehen; er brach am 15. auf, obwohl durch seine Entfernung die Grafschaft Hanau, die Festung Rheinfels und ganz Hessen gefährdet waren. wie von Kassel aus immer wieder am Frankfurter Hofe betont wurde.³ Donop unterhandelte in Frankfurt auch wegen Gebiets-erweiterung Hessens;⁴ er sollte auf Brabant hindeuten, von wo Hessens Dynastie ausging und das mit Recht Hessen gebühre.⁵ Wilhelm hatte sich wohl gedacht, daß der Kaiser von der Säkularisation geistlicher Gebiete zu Gunsten Hessens nichts wissen wolle.⁶

Während Sedendorff befürchtete, Chavigny werde das Geld schließlich nicht auszahlen und „im ganzen mit Frankreich nicht

¹ Wilhelm an Donop, Cassel, 30. April 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

² Donop an Wilhelm, Frankfurt, 29. und 30. April, 1. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. Ebenda); Wilhelm an Donop, Cassel, 2. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

³ Wilhelm an Sedendorff, Cassel, 4. Mai 1744, Konzept. (Kabinefs-Akten Wilhelms VIII. 1744–1745. St.-M. Marburg); Sedendorff an Wilhelm, Philippsburg, 9. Mai 1744. Orig. (Ebenda); Donop an Wilhelm, Frankfurt, 3., 8. und 18. Mai 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. Ebenda); Donop an den König von Schweden, Frankfurt, 19. Mai 1744. Kopie. (Ebenda); Donop an Asseburg, Frankfurt, 20. Mai 1744. Orig. (Ebenda); Wilhelm an Sedendorff, Cassel, 4. Mai 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. (Ebenda); Törring an Donop, Frankfurt, 20. Mai 1744. Orig. (Ebenda); Asseburg an Donop, Wabern, 18. Mai 1744. Orig. (Ebenda).

⁴ Näheres bei Rauch, (S. 93, f. o.).

⁵ Wilhelm an Donop, Cassel, 12. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Jan.—Mai. St.-M. Marburg.)

⁶ Wilhelm an Donop, Apostille vom 5. Mai. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. (Ebenda).

zufrieden war“,¹ erhielt der Kommissär Mumme den Auftrag, Donop bei der Abrechnung mit England zu helfen, auch wurde Donop der Baron Degenfeld zur Hilfe gegeben, „der die Sache so zu sagen allein kannte“; der Donop völlig zugeteilte Kumbel aus Hanau sollte die Gelder vom Bankhause Harscher in Frankfurt übernehmen, in welcher Münze dasselbe die Wechsel auszahlen möge — gleichviel.² Donop und Mumme arbeiteten eifrig an der Angelegenheit, doch sah ersterer noch viele Schwierigkeiten voraus, um so mehr als er nichts davon verstand und es anderen nicht viel besser ging; er hatte auch furchtbare Ausgaben und hätte viel lieber gesehen, daß ihm wie den Ministern von Sachsen und Dänemark eine Gratifikation von 2000 Talern zugewiesen würde, als daß ihm Affeburg sein Bedauern aussprach!³

Britischerseits machte sich eine gewisse Gereiztheit gegen den heftigen Hof bemerkbar; der britische Gesandte in Stockholm, Guy Dickens, frug den Geschäftsträger E. D. Benning,⁴ ob die 6000 Hessen nicht im britischen Solde verbleiben würden, und äußerte, als Benning dies nicht zu wissen angab, England würde es gewiß nie vergessen, falls man auf sie, auf deren Anschluß man stets gebaut, nicht mehr rechnen könnte; auch betonte Dickens sehr auffällig, daß das durchlauchtigste hessische Haus während mehrerer Jahre eine ansehnliche Summe Subsidien erhalten und dabei keinen einzigen Soldaten verloren habe, worauf Benning erwiderte, es sei nicht die Schuld der hessischen Truppen, die bei eventueller Verwendung nicht verfehlt hätten, Beweise ihrer alten Bravour zu geben. Und als Guy Dickens ihn bald darauf frug, ob er noch keine Nachrichten von Alt aus London über den Weiterverbleib der 6000 Mann habe, antwortete er verneinend.

Das Parlament schien unangenehm zu werden, Dickens wetterte gegen die Persie der Franzosen, die Englands Alliierte auf jede Weise abziehen suchten, und frug am 8. Juli Benning zum dritten Male.⁵ Die Geheimratsakten von 1744 enthalten die Berechnung der außerordentlichen Ausgaben für die 6000 Mann in britischem Solde;⁶ nun berechnete man die Rückstände der Krone

¹ An Donop, Philippsburg, 15. Mai 1744. Orig. (Ebenda).

² Affeburg an Donop, Wabern, 18. Mai 1744. Orig. (Ebenda).

³ Donop an Affeburg, Frankfurt, 19. Mai 1744. Kopie. (Ebenda).

⁴ Benning an Miltitz, Stockholm, 27. April/8. Mai 1744. Orig. (Schweden. 1744. Kasseler Akten 1744/45. Akten des Geheimen Rats von Miltitz zu Kassel. Korrespondenz mit Benning in Stockholm. St.-M. Warburg.)

⁵ Benning an Miltitz, Stockholm, 4./15. Mai 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda); Benning an Miltitz, Stockholm, 29. Juni. 10. Juli 1744. Orig. (Ebenda.)

⁶ Vom 25. August bis 25. Dezember 1742 202674 holländische Gulden, 4 Stüber 8 Pfennige, vom 26. Dezember 1742 bis 10. November 1743 454537 holländische Gulden. (St.-M. Warburg.)

Großbritannien an den Schatz des Königs-Landgrafen Friedrich I. an gewöhnlichen und außergewöhnlichen Ausgaben bis zum 8. Mai 1744, und das Ergebnis vom 25. Mai 1744 waren 1654 623 holländische Gulden.¹

Chavigny verlangte eine Einladung an Ludwig XV. zum Beitritte in die geplante Union; Karl VII. und Kurpfalz waren zu einer solchen bereit, auch Preußen stimmte bei, und Donop bat Wilhelm, das Gleiche zu tun.² Wilhelm hätte gewünscht, die Einladung an Frankreich wäre nicht überstürzt worden; war nun Preußen dafür, so sollte Hessen wenigstens mit der Unterschrift zögern; Wilhelms Ansicht nach waren der Kaiser, Preußen und Kurpfalz in ganz anderer Lage, und Hessen konnte ihrem Beispiele nicht folgen, ohne sich zu schaden „und die wild zu machen, die es mit sich zu führen hoffte“; auch war Wilhelm mit Frankreich unzufrieden, das seine Versprechungen, Hessen zu vergrößern, nicht einhielt.³ Am 4. April hatte Friedrich II. in Preußen dem Geheimen Kriegsrat und bevollmächtigten Minister bei Karl VII., Joachim Wilhelm von Klinggräff, Vollmacht zum Abschlusse der Union erteilt,⁴ am 10. Mai erteilte⁵ Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz die seine an den Geheimen Konferenz- und Staatsminister, Obristkammerer Hermann Arnold, Freiherr von Wachtendonck, und am 12. Mai⁶ der Kaiser die seine an den Geheimen Konferenz- und Staatsminister, Hofkriegsratspräsidenten und Generalfeldmarschall Ignaz Felix Josef, Grafen von Törring zu Jettenbach. Wilhelm machte einige Abänderungen⁷ an den ihm von Donop gesandten Punkten, gab seine Ansprüche an Brabant auf und erwartete, nun endlich die ihm längst verheißenen Vorteile kennen zu lernen; auch riet er Donop, sich wie Klinggräff Chavigny zum Freunde zu machen und ihm stets Wilhelms Freundschaft zu versichern, damit er Hessens Interesse diene. An seinen königlichen Bruder schrieb er:⁸ „Es bedurfte vieler Unterhandlungen, um dies Geschäft zu einer gewissen Konsistenz zu bringen, und doch ist man noch nicht fertig damit. Denn obwohl man dem Generale Donop,

¹ Ebenda.

² Donop an Wilhelm, Frankfurt, 12., 16. und 18. Mai 1744. Orig., chiffriert. Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Jan.—Mai. (Ebenda.)

³ Wilhelm an Donop, Cassel, 19. Mai 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. St.-M. Marburg.)

⁴ Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar—Mai. (Ebenda.)

⁵ Mannheim. Kopie. (Ebenda.)

⁶ Frankfurt. Kopie. (Ebenda.)

⁷ An Donop, Wabern, 21. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

⁸ Wabern, 11./22. Mai 1744. Orig., chiffriert. (Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. Ebenda.)

als er die Gemüther über unsere Forderungen sondirte, sehr günstig geantwortet hat, so ergaben sich doch in der Folge, als man zu unterhandeln begann, Hindernisse; das hauptsächlichste war, daß der Kaiser, weil er gegen Säkularisationen öffentlich so laut protestiert hat und weil er durch die Kapitulation verpflichtet ist, im Reichssysteme keine Veränderung vorzunehmen, geglaubt hat, er könne keine Notiz von einem Vertrag nehmen, der gegen diese beiden Punkte ziemlich direkt verstieße. Man hat Winkelzüge machen müssen, um seine Delikatesse zu schonen und um den Vergrößerungen, die ich im Namen Eurer Majestät geordert, einen Namen zu geben; zu diesem Zwecke hat man in den Partikularvertrag mit dem Kaiser nur eine allgemeine Zusicherung gesetzt, Seine Kaiserliche Majestät würde Ihre ganze Macht dahin verwenden, um den Staaten Eurer Majestät in Deutschland eine ansehnliche Vergrößerung zu verschaffen, und man hat dies mit unseren alten Präentionen an das Herzogtum Brabant beschönigt; man hätte die Sache durch Bericht an den Kaiser machen können; da aber der französische Minister sich auch ganz allgemein in seiner Beitritt- und Garantieakte erklären wollte und seine Präentionen an Brabant als ein Hauptobjekt vorbrachte, ohne das Äquivalent zu bestimmen, so glaubte ich in Anbetracht der Unbestimmtheit, in der man die Vergrößerung lassen würde, und der Schwierigkeiten, die fragliche Präention geltend zu machen, so vage Versicherungen nicht annehmen zu können, und habe gestern an den General Donop einen Courier mit dem Befehle gesandt, er solle, weil man in der von mir gemachten Proposition so viel Schwierigkeiten finde, in die respektiven Minister dringen, sie möchten selbst ihrerseits Propositionen stellen, oder es solle, wenn er dies nicht erreichen könne und wenn man unsere Ansprüche an Brabant absolut als Äquivalenzobjekt voran stellen müsse, letzteres wenigstens durch einen Geheimartikel von Seite Frankreichs und im Sinne der von ihm (Donop) vorgeschlagenen Alternative entschieden werden; ich habe ihm eingeschärft, er solle daran stramm und fest halten und zusehen, ob er nicht, indem er die Dinge aufs Äußerste treibe, Besseres erzielen könne. Ich erwarte hierüber demnächst Antwort und da ich Grund zu glauben habe, daß alle Interessenten aufrichtig geneigt sein werden, Eurer Majestät alle möglichen Vorteile zu verschaffen, so hoffe ich auf genügende Erklärungen, um diese Unterhandlung möglichst rasch beenden und Eurer Majestät die Stücke über dieselbe ungesäumt zustellen zu können.“¹

Zum 22. Mai lud Chavigny alle kontrahierenden Bevoll-

¹ Wilhelm erklärte am Schluß, das Schreiben falle ihm schwer, seine Gesundheit sei sehr schlecht, seine Augen schwach, und er habe viel Schwindel.

mächtigten in Frankfurt zu sich, und alle¹ unterzeichneten die Frankfurter Union. Chavigny war ärgerlich, daß Donop nicht auch die Einladung zum Beitritte an Frankreich unterzeichnen konnte. Um ihn zu beruhigen, stellte ihm Donop vor,² Wilhelm suspendiere sie, bis er andere Reichsfürsten dafür gewinnen könne, die jetzt wild würden, wenn sie Frankreich unter den Kontrahenten sähen; als Donop vom Verzicht auf Brabant sprach und für Wilhelm anderweitige Vergrößerung anregte, erklärte ihm Törring, der Kaiser könne unmöglich den Krönungszeit verlegen, wonach er nie etwas an Ordnung und System des Reichs ändern und nie etwas anbieten wolle. Chavigny erklärte sich gegen Säkularisationen und meinte, man könne nur in Hannover ein Entschädigungsprojekt finden, was Donop verwarf; Klinggräff hielt sich vorsichtig zurück. Der Kaiser ließ Donop rufen und sagte ihm „sehr bewegt“, er höre mit Kummer, daß Wilhelm Frankreich nicht zum Beitritte einladen wolle, und begreife seinen Grund nicht, Frankreich jetzt zu verlegen, wo man sich mit diesem verbünden wolle und wo doch die Liga seine Garantie so nötig brauche; er hob hervor, Chavigny sei sehr erbittert, was schlimme Folgen haben könne, und drängte neuerdings zur Sendung der 6000 Mann.³ Die kontrahierenden Minister verweigerten Donop jede andere Vergrößerung Hessens; auf seine Chavigny geäußerte Bitte traten sie am 24. Mai zu einer neuen Konferenz bei Törring zusammen.⁴ Donop stellte vor, Hessen und Hanau würden schutzlos gegen österreichische Einfälle sein, wenn man die 6000 Mann sofort zur kaiserlichen Armee schickte; Törring aber bestand darauf, da die kaiserliche Armee weit mehr ausgesetzt sei als Hessen und Hanau, und hob hervor, Chavigny habe bei der Unterzeichnung nichts anderes angenommen, als daß die 6000 Mann unmittelbar nach dem 20. Mai in kaiserliche Dienste überträten, wie Donop dem Kaiser wiederholt erklärt und wie Wilhelm an Seckendorff geschrieben habe. Man besprach auch alle anderen Fragen, aber auch diese Konferenz verlief resultatlos. Donop war voll Unruhe und befürchtete den Abbruch der ganzen Verhandlungen, die Ablehnung jeder hessischen Forderung; man gab ihm zu verstehen, Hessen wolle nur das Geld nehmen, die Dinge bis zum Ende des Feldzugs hinziehen und dann seine alten Verbindlichkeiten gegen England neu aufnehmen; er hörte

¹ Törring, Klinggräff, Wachtendonck und Donop. Kopie. (Kabinettsakten Friedrichs I. 1744. St.-A. Marburg.) Unionstraktat unterzeichnet und gesiegelt von Donop. Orig. (Roth. $\frac{8}{c. 7.}$ Geh. St.-A. München.)

² Donop an Wilhelm, Frankfurt, 23. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar–Mai. St.-A. Marburg.)

³ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 25. Mai 1744. Orig. (Ebenda.)

⁴ Ebenda.

täglich Wibriges. Die Ehre Wilhelms schien verletzt, wenn Frankreich die Verhandlung abbrach und im Publikum aussprenkte, der Vertrag sei gescheitert, weil Frankreich Wilhelm keine gegen die Reichsverfassung gehenden Zugeständnisse machen wolle.¹ Hessen würde mit aller Welt brouilliert sein, Preußen würde gewiß nichts für Hessen tun, außer daß es das, was der Kaiser und Frankreich Hessen bewilligten, garantierte. Donop rief Gott zum Zeugen, daß er Tag und Nacht wie ein Sträfling arbeite, trotzdem traue ihm niemand mehr, bald werde er ebenso verachtet wie bisher geehrt sein. Er bat den Oberstleutnant von Miltitz, um Gottes willen einen Bruch zu vermeiden, denn die Weigerung, Frankreich zuzulassen, mache um so mehr böses Blut, als Preußen dafür sei; Preußen schmeichle Frankreich, wie es dasselbe früher brüskiert habe, und Hessen werde das Opfer sein.² Nun lenkte Wilhelm ein und schrieb dem Kaiser,³ indem er voll Schmerz dessen verringerte Meinung von seinem Dienstleister berührte und ihm beteuerte, er hege dieselben Empfindungen wie bisher. „Meine Weigerung“, fuhr er fort, „gegen den Beitritt Frankreichs zur Union ist ein sicherer Beweis dieser Empfindungen: ich habe niemals begreifen können und begreife noch nicht, daß es für den Dienst Eurer kaiserlichen Majestät vorteilhaft sein könnte, vorzugehen, bevor der Wiener Hof die im Unionstraktate enthaltenen Vorschläge verworfen habe. Es erschien mir im Widerspruche mit dem Geiste des Vertrags, der nach dem buchstäblichen Sinne nur Dienstleistungen (bons offices) enthält, eine Macht, die mit Ihnen im Kriege liegt, dazu einzuladen. Und ich fürchte, wie ich glaube, mit Recht, daß wenn diese Einladung von Seite des Königs, meines Bruders, bekannt wird, was trotz des versprochenen Geheimnisses sehr möglich ist, ich nicht mehr imstande sein werde, die Fürsten, deren Eintritt ich zu bewirken gehofft, dafür zu gewinnen. Eure kaiserliche Majestät kennen besser als ich das Vorurteil der deutschen Nation und ich bitte Sie gehoriamst, zu erwägen, ob der Artikel 4 des Unionstraktats, welcher die Einladung Frankreichs betrifft, die einzuladenden Fürsten nicht befürchten läßt, daß sie, wenn sie Frankreichs gegenwärtigen Besitz garantieren, genötigt sein werden, an den Kriegen, die es jetzt erklärt, teilzunehmen, und daß dieser Umstand allein sie nicht gegen besagten Traktat zu revoltieren vermag.“ Begreift Wilhelm auch, daß Frankreichs Beitritt nötig sei, so hält er ihn doch jetzt für nicht zeitgemäß und für nicht vereinbar mit dem Interesse des Königs von

¹ v. Rauch (S. 94).

² Donop an Miltitz, Frankfurt, 25. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Januar–Mai. St.-A. Warburg.)

³ Wabern, 26. Mai 1744. Konzept. (Bayern. 1741–1746. Kabinettsakten Wilhelms VIII. Ebenda.)

Schweden, sich mit dem Kaiser mehr darin einzulassen, ehe dies geregelt sei; in Frankreichs Einladung fügt er sich und hat Donop befohlen, sie mit den anderen Kontrahenten zu unterzeichnen. „Was den Marsch der 6000 Hessen betrifft“, fährt er fort, „dessen Eure Kaiserliche Majestät gegen General Donop Erwähnung zu thun geruhen, so bitte ich Sie gehorjamst in Gnaden erwägen zu wollen, ob es in meiner Macht steht, denselben so, wie es Eure Kaiserliche Majestät wünschen, zu betreiben. Die österreichische Armee steht zwischen der Eurer Kaiserlichen Majestät und zwischen den Landen des Königs, meines Bruders; sobald dies Truppen-corps marschieren wird, heißt dies eine Erklärung an den Wiener Hof, daß ich neue Verbindlichkeiten gegen ihn übernommen habe; welchen Grund hätte er dann, uns nach dieser Demonstration zu schonen, und wer könnte ihn hindern, uns seinen Zorn darüber zu bezeugen? ist nicht das kleinste Détachement in der Lage, alles auszuplündern, was in seiner Tragweite steht? und wir hätten nicht einen Mann im Land, um es aufzuhalten! Bedürfte dies Truppencorps nicht sechs Wochen über Rheinfels, bevor es sich mit der Armee Eurer Kaiserlichen Majestät vereinigen könnte? es käme zu spät an, um Ihnen von Nutzen sein zu können, und ginge doch zu früh für das Heil seines Vaterlandes fort. Ich kann nicht glauben, daß Eure Kaiserliche Majestät ohne allen Nutzen für Ihren eigenen Dienst den anhänglichsten und treuesten Ihrer verbündeten Diener einem sicheren totalen Ruin aussetzen wollten. Handelte es sich in diesem Augenblicke nur um mein Blut und mein Leben, so würde ich es mit Vergnügen dem leisesten Wunsche Eurer Kaiserlichen Majestät opfern, aber es hängt, Eure, nicht von mir ab, Lande auszufehen, die mir nicht gehören und deren Obhut mir anvertraut wurde; ich verriete das Vertrauen, das der König, mein Bruder, in mich gesetzt hat, und ich zöge mir ewige Vorwürfe gegen ihn und die Nachwelt zu, falls ich einem so gewagten Schritte zustimmen würde.“ Wilhelm beschwört darum Karl, auf dem Marsche der Hessen nicht bestehen zu wollen, betont aber wieder seinen Dienstfeifer. „Es ist derselbe Eifer, der mich veranlaßte, ein System zu wechseln, dem mein Haus ein Jahrhundert lang gefolgt ist; alle anderen Objekte hätten mich dazu nicht überreden können. . . . Sobald es möglich sein wird, besagtes Truppencorps in Bewegung zu setzen, ohne die hessischen Lande einer evidenten Gefahr preiszugeben, können Eure Kaiserliche Majestät darauf rechnen, daß es nicht zögern wird, sich mit Ihrer Armee zu vereinigen und alle von ihm abhängenden Dienste zu leisten.“ Diesen Brief an den Kaiser legte Wilhelm einem Briefe an Donop bei,¹ dem er die

¹ Wabern, 26. Mai 1744. Orig. (Bavern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. St.-M. Marburg.)

Einladung an Frankreich zu unterzeichnen befaß. Er dürfe nicht, sagte er ihm, die Verantwortung auf sich laden, seine und seines königlichen Bruders Lande preiszugeben, Oesterreichs Jorn würde sie zerstören. „Sollte man jedoch“, fuhr er fort, „die unwürdige Meinung hegen, wir wollten nur das Geld beziehen und unsere Truppen nicht in Aktion treten lassen, so können Sie, jedoch so spät wie möglich, zu verstehen geben, daß man auf jeden Fall und zum Beweise des Gegenteils erst von dem Tage, an dem die Truppen sich in Bewegung setzen würden, an der vorgestreckten Summe abzurechnen habe, und reicht all dies nicht hin, so können Sie ihnen, aber aus recht weiter Ferne, zeigen, ich sei der Mann dazu, ihnen die ganze Summe eher zurückzugeben als daß ich den Ruin des Vaterlandes riskire. Alles in allem ist es gewiß, daß man, wenn man nicht von diesem überstürzten Marsche absehen will, keine Lust hat, uns zu schonen, und daß wir bei diesen neuen Verbündeten in größerer Knechtschaft als bei den anderen sein werden.“ An Klinggräff habe Donop wenig Unterstützung. Am demselben Tage schickte Wilhelm den Unions-tractat zur Ratifikation an seinen Bruder, König Friedrich I., nach Stockholm;¹ er fügte hinzu: „Da der Beitritt des Königs von Frankreich „gegen den Sinn des Vertrags war, der nur gute Dienste enthält“, wonach der Allerchristlichste König erst dann mitwirken und den Mediator machen könnte, nachdem er der Königin von Ungarn den Krieg erklärt, und da zu befürchten stand, daß ein solcher Schritt die Geister wild mache und die Reichsfürsten, die ohne einen solchen beitreten könnten, entfremde, so habe ich mich dieser Einladung kräftig widersetzt und obgleich der König in Preußen, der sich anfangs gleichfalls widersetzt hatte, in der Folge davon abgekommen war, habe ich meine Ansicht bisher aufrecht erhalten, und nachdem ich noch lesterhand durch General von Donop erklären ließ, Eure Majestät würden nur dann zu dieser Einladung schreiten, wenn alles Ubrige zu Ihrer Zufriedenheit geregelt worden sei, so hat man sich endlich entschlossen, besagten Vertrag zu unterzeichnen und die Einladungsfrage auf ein andermal zu verschieben. Gleichzeitig kam man überein, jeder Minister solle sich über die Stimmung seines Hofes wegen der Art unterrichten, die derselbe am possendsten erachte, um die im Vertrage stipulierte Einladung zu erlassen, und wann und wie man sie der Königin von Ungarn mittheilen sollte. Meine Meinung hierüber wird sich nach Eurer Majestät Willen richten, wonach jeder Contrahent den Reichsfürsten und Reichsstand einzuladen übernimmt, den er am leichtesten überreden zu können glaubt, und wonach man, sobald eine größere Zahl zusammen sein wird, der Königin von Ungarn durch

¹ Wabern, 15. 26. Mai 1744. Orig., chiffriert. (Abmetsanten Friedrichs I. St.-M. Warburg.)

den preussischen Minister in Wien davon Kenntniß gibt.“ Wilhelm schickte Affenburg an Friedrich II. in Preußen nach Byromont, um König Friedrich von Schweden als Herzog von Pommern zum Beitritte zur Union zu bewegen, hoffte auf den Beitritt von Sachsen-Weimar, Vaireuth, Ansbach und Württemberg und mit der Zeit auf die übrigen Reichsfürsten.

Am 26. Mai erteilte der König von Schweden Donop Vollmacht, „einen weiteren besonderen Traktat mit Seiner Römisch Kaiserlichen Majestät“ zu schließen, um sich „noch enger mit Ihr zu verbinden“.¹ Er billigte in allem die Frankfurter Unionsakte, ratifizierte sie und schickte sie umgehend an Wiltig, war mit allen Instruktionen seines Bruders an Donop einverstanden, erwartete vom Könige in Preußen die Aufforderung, als Herzog von Pommern beizutreten, und meinte,² „wenn besagter König dann diesen Vertrag der Königin von Ungarn mitteilt, nachdem alle anderen Fürsten, die Eure Durchlaucht erwähnt, ihn gutgeheißen und ihn ihrerseits unterzeichnet haben werden, so darf man sich versprechen, daß es eine ziemlich gute Wirkung machen wird, und es wäre nur zu wünschen, daß man etwas früher zu einer solchen Übereinstimmung hätte gelangen können.“

Sollten die österreichischen Truppen die hessischen bedrohen und sich Mainz nähern, so sollte nach Wilhelms Rat der Kaiser Befehl geben, daß Clément den Rhein bei Rheinfels passiere, denn die eigene Sicherheit gehe allem vor, und Wilhelm werde noch ein Bataillon nach der Festung Rheinfels schicken, wenn Karl Clément nicht erlaube, dahin zurückzukehren.³ Am 29. Mai überbrachte Donop dem Kaiser den Brief Wilhelms (f. S. 21) vom 26. Mai, derselbe erzielte einen großen Eindruck, und Karl antwortete:⁴ „Die Aufrichtigkeit meiner Anhänglichkeit wird mir nie erlauben, von Ihnen etwas zu fordern, was den Interessen des Königs von Schweden und den Ihren insbesondere nachteilig sein könnte. Wenn ich auf der Einladung Frankreichs bestanden und gewünscht habe, daß Sie ihr keine Hindernisse bereiten möchten, so geschah es, um diese Krone nicht gegen Sie

¹ Cassel. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April bis Juni. St.-M. Marburg: Roth $\frac{8}{c. 8}$ und $\frac{8}{c. 9}$ nebst Zusatzartikeln vom

6. Juni 1744. $\frac{8}{c. 15}$ und $\frac{8}{c. 16}$. Kopien und Originale. Geh. St.-M. München.) Vollmacht Karls an Törring, Frankfurt, 28. Mai. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni-Dezember. St.-M. Marburg.)

² An Wilhelm, Carlsberg, 29. Mai/9. Juni 1744. Konzept. (Kabinettsakten Friedrichs I. 1744. St.-M. Marburg.)

³ Wilhelm an Donop, Apostille, Wabern, 28. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April-Juni. St.-M. Marburg.)

⁴ Frankfurt, 30. Mai 1744. Orig. (Bayern. 1741-46. Kabinettsakten Wilhelms VIII. Ebenda.)

zu verstimmen und auf daß sie nicht in ihrem Begehren erlahme, mit mir wirksam an der Vergrößerung Ihres Hauses mitzuarbeiten. Ich gehe auf die mir von Ihnen vorgeführten Gründe zu sehr ein, um vor der Zeit den Beitritt dieser Krone zu unserer union confédérale bekannt werden zu lassen; auch war die Absicht aller kontrahierenden Teile stets die, diesen Beitritt so lange geheim zu halten, als man es für dienlich und nötig erachten würde, worauf die Krone Frankreich gern einging, weil es ihr peinlich gewesen wäre, nicht zu einer Union eingeladen zu werden, für die sie es sich so angelegen sein ließ, sie zu konsolidieren und ihr das Gewicht zu geben, das ihr zukommt, um die Gegenstände, die sie vorhat, zu erfüllen. Was den Marsch der 6000 Hessen betrifft, so kann die von mir bezeugte ungeheure Lust, sie bald mit meiner Armee vereint zu sehen, Ihnen nur die hohe Wertschätzung beweisen, die ich für die hessischen Truppen hege; Sie werden nicht mehr in Abrede stellen, daß es für unsere Absichten unendlich wichtig sei, meine Armee verstärkt und in Stand gesetzt zu sehen, sich möglichst bald zu zeigen, um unserer Union Achtung zu verschaffen. Übrigens sehe ich, daß wir niemals hierüber verschiedener Ansicht waren. Ich meinerseits wünsche nicht und kann nach dem Wortlaut unseres Vertrags nicht verlangen, daß sich das Truppencorps von den Staaten des Königs von Schweden entferne, während es zu ihrer Verteidigung nötig wäre, und Sie sind Ihrerseits völlig bereit, es zu meiner Armee stoßen zu lassen, sobald diese Gefahr nicht tatsächlich besteht. Es ist wahr, ich meine, gegenwärtig könne sie nicht bestehen, weil ich nicht glauben kann, daß der Wiener Hof rein aus übler Laune und aus Zorn Lande zu insultieren wagen würde, die durch die kontrahierenden Parteien der Bundesunion garantiert sind, und darum bin ich der Ansicht, letztere ohne weiteren Aufschub zu veröffentlichen. Man kann dieser Betrachtung noch hinzufügen, daß die deutschen Staaten des Königs von Schweden auch durch die Stände des Königreichs Schweden garantiert sind. Es hieße doch grundlos die Zahl seiner Feinde vermehren, was besagter Hof meines Ermessens in gegenwärtiger Lage nicht nötig hat.“ Karl überließ es Wilhelm, den Artikel wegen des Truppenmarsches ganz nach seinem Belieben abzufassen. Donop war gewillt, den Abmarsch nur dann zuzugeben, wenn Hessen und Hanau in voller Sicherheit seien, und erklärte dies Törring in einer Konferenz am 30. Mai.¹ Wilhelm war übrigens recht verstimmt; man hatte nie geglaubt, daß Hessen trotz aller Verteuerungen für seinen Parteiwchsel so unbelohnt bleiben würde. „Das Geld“, schrieb Miltig,² „hat Hessen nicht bestimmt, ion-

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 30. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Jan.—Mai. Ebenda.)

² An Donop, Bayern, 30. Mai 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. St.-M. Marburg.)

bern die Hoffnungen, die man ihm auf die Vergrößerung des durchlauchtigsten Hauses gemacht, und die blinde Devotion zum Kaiser. Denn Geld ist Geld, das Geld Englands ist ebenso gut wie das andere und man riskierte weniger.“ Wie gern hätte ja England das Geld weiter gezahlt!

Bei Törring bemühte sich Donop vergebens, daß die Artikel wegen der Truppenstellung so blieben, wie Wilhelm sie bestimmt hatte; die anderen Bevollmächtigten unterstützten Törring, und die Artikel wurden zum Teil abgeändert. Donop sandte nun den Kommissär Mumme der sicheren Auskunft halber an Wilhelm.¹ Voll Ungeduld wartete er auf Mummies Rückkehr, um abzuschließen. Auch riet er Wilhelm,² durch einen Abgesandten den kurlönlischen Hof zu bearbeiten und dort den durch seine großen Eigenschaften erworbenen Kredit auszunützen; betrachtete ihn doch Frankreich als „die Seele der ganzen Maschinerie“. Mumme kam am 6. Juni nach Frankfurt zurück, Donop teilte sofort den anderen Bevollmächtigten die letzten Entschlüsse Wilhelms mit; sie stimmten ohne jedes Bedenken zu, wollten jetzt alle arbeiten und das mundum in Wilhelms Sinn machen; Donop konnte nun keinen Vorwand mehr finden, um die Sache hinauszuziehen, sandte Wilhelm durch Mumme das mundum und hoffte, die mühselige Geschichte endlich abgeschlossen zu sehen.³ Mit den anderen Bevollmächtigten, Törring, Klinggräff, Wachtendonck, unterschrieb Donop am 6. Juni die Einladung an Frankreich,⁴ Wilhelm freute sich des Endes der Arbeit, billigte den Sondervertrag mit dem Kaiser und alle weiteren Abmachungen,⁵ und Donop stellte ihm alles unterzeichnet und gesiegelt zurück, nachdem kleine Abänderungen Wilhelms unbeanstandet angenommen worden waren.⁶ Donop ging am 13. Juni zu Karl VII., um ihm mitzuteilen, alles sei beendet; obwohl gichtkrank, freute sich der Monarch sehr und sprach die Hoffnung aus, nun auf dem Wege zu einem ruhmreichen Frieden zu sein, der ihn in den Stand setze, dem Reiche zu beweisen, daß er sein würdiges Oberhaupt sei.

Der Geheimrat von Hesseburg hatte mittlerweile Friedrich II. in Preußen in Pyrmont aufgesucht; er sollte seine Ansicht erfordern und ihm wegen des Beitritts des Königs-Landgrafen als Herzogs von Pommern zur Union Mitteilung machen.

¹ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 1. Juni 1744. Konzept. (Ebenda.)

² Donop an Miltig, Frankfurt, 2. Juni 1744. Kopie. (Ebenda.)

³ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 6. und 9. Juni 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁴ Kopie, lateinisch. (Kabinettsakten König Friedrichs I. Ebenda.)

⁵ An Donop, Wabern, 11. Juni 1744. Orig. Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

⁶ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 14. Juni 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

Friedrich II. ging eifrig auf letzteres ein und sprach Affeburg in aufrichtigstem Tone von der Vergrößerung Hessens und von seinem guten Willen, mit aller Macht zum Siege der guten Sache beizutragen. Er schien „seiner Sache außerordentlich sicher und bezugte die äußerste Ungeduld zu handeln; allem Anschein nach“, schrieb Wilhelm nach Stockholm,¹ „wird er aber nicht vor Mitte des nächsten Monats den Krieg anfangen, dann wird die österreichische Armee, die jetzt in Heilbronn steht, gezwungen sein, sich zurückzuziehen, und die 6000 Mann Curer Majestät werden sich mit der kaiserlichen Armee vereinigen können; bis dahin aber und bis die Staaten Curer Majestät von jeder Unruhe befreit sein werden, habe ich absolut verweigert, besagtes Corps marschiren zu lassen.“ Wilhelms feste Haltung wirkte, Friedrich II. ließ sich zu derselben bestimmen und beeinflusste in seinem Geiste auch andere. König Friedrich von Schweden war darüber hoch erfreut.² An den Kurfürsten von Köln nach Bonn schickte Wilhelm den dort wohlbekannten Grafen Hsenburg, nach Weimar Wiltig; der Herzog von Weimar sollte Karl VII. seine vier Bataillone überlassen, dann sollte Wiltig nach Gotha, um den mit den Seemächten unzufriedenen Hof zum Anschlusse an die Union zu vermögen.³ Während Sedendorf „nach der Ankunft seiner Hessen jeuzte“ und alles „zum Wohle des Corps unserer tapferen Hessen“ zu tun versprach,⁴ sah Wilhelm alle Schwierigkeiten als gehoben an und schrieb dem Bruder nach Stockholm:⁵ „Diese Unterhandlung, sicherlich die wichtigste, die für die deutschen Staaten Curer Majestät geführt wurde, hat mir, ich gestehe es zu, Mühe gekostet; ich wage aber auch einen Erfolg davon zu hoffen, geziemend und würdig Curer Majestät Größe, und dadurch halte ich mich für die verwendete Arbeit für mehr als belohnt.“ König Friedrich I. war dem Bruder „unendlich verbunden für seine unermüdliche Sorgfalt, um diese dornenreiche Affäre zu leiten und mit so viel Gewandtheit und Glück zu beenden“.⁶

Am 13. Juni schlossen Törring für den Kaiser und Donop für den König-Landgrafen in Frankfurt einen Militärvertrag ab;⁷ ihm zufolge sollte Friedrich I., so lange er Karl VII. 6000 Mann stellte, jährlich 1184461 Reichstaler erhalten, wo-

¹ An König Friedrich, Wabern, 6. Juni 1744. Orig., chiffriert. Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. St. M. Marburg.)

² Penning an Wiltig, Stockholm, 1./12. Juni 1744. Orig. Schwed. Kaffeler Akten 1744/45 2c. Ebenda.)

³ Wilhelm an Donop, Wabern, 11. Juni 1744. Orig. (Bauern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April. Juni. Ebenda.)

⁴ An Donop, Philippsburg, 5. und 12. Juni 1744. Orig. Ebenda.)

⁵ Wabern, 1./12. Juni 1744. Orig., chiffriert. Kabinettsakten König Friedrichs I. Ebenda.)

⁶ An Wilhelm, Stockholm, 12. 23. Juni 1744. Konzept. Ebenda.)

⁷ Orig. Roth 8 c. 17. Geh. St. M. München.)

von die Hälfte zu Anfang jedes Halbjahres vorausbezahlt würde, „welche ganze Summe jedoch dormalen mittelst Unseres Generalmajors und an dem Kaiserlichen Hof residierenden Gesandten August Moriz von Donop gegen dessen Quittung extradirten vierzehn Wechselbriefen bis auf deren Eingang für das vom 20. Mai anni currentis an laufende Jahr so weit wirklich und völlig berichtet worden“. Friedrich I. erteilte seinem wirklichen Geheimrat, Generalleutnant und Generalkriegskommissär, Staatsminister Philipp August, Freiherrn von Degenfeld, am 16. Juni in Cassel „Vollmacht und Gewalt,¹ sothane Gelder für jetzt und künftighin“ in seinem Namen und für ihn von den Bevollmächtigten des Kaisers in Empfang zu nehmen und darüber zu quittieren. Dies tat Degenfeld in Cassel am 16. Juni.² Am 10. Juli (29. Juni) ratifizierte Friedrich I. in Stockholm den Militärvertrag;³ demselben waren Articuli separati et secretissimi (zwischen Törring und Donop) angeschlossen, die in die Ratifikation einbegriffen waren, desgleichen eine Konvention wegen Truppenüberlassung (4 Regimenter Kavallerie mit 1200 Pferden, 6 Regimenter Infanterie mit 4800 Mann und 12 Geschütze).^{4, 5}

Chavigny trat für Frankreich am 6. Juni der Frankfurter Union bei und garantierte sie am 13. Juni,⁶ doch Ludwig XV. ratifizierte die Akzessionsakte zum Unionstraktate erst am 15. Juli 1744 in Dünkirchen.⁷

Mit Ungeduld wartete Seckendorff auf die Hessen; Clément war schwer krank in Mannheim, wo er, 67 Jahre alt, am 17. Juli starb, und ihn vertrat vorerst Wilhelm Adolf Moriz von Waldenheim. Schaffte Chavigny kein Geld, so mußte Seckendorff sein Kommando niederlegen, denn wovon leben?⁸ Der Kaiser bat Wilhelm um freien Durchzug von 358 Rekruten nach Philippsburg wie für andere Rekruten,⁹ und Wilhelm bewilligte es. Den Prinzen Georg von Hessen, seinen jüngeren Bruder, enthob König Friedrich von Schweden auf seine Bitte des Kommandos

¹ Kopie. (Moth 8/c. 18. Ebenda).

² Orig. (Moth 8/c. 19. Ebenda).

³ Orig. (Moth 8/c. 23. Ebenda).

⁴ Kopien. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. St.-M. Marburg.)

⁵ Die Kavallerieregimenter sollten je 6 Schwadronen, die Infanterieregimenter je 10 Kompagnien haben. Im Kön. Bayerischen Kriegsarchiv zu München liegen die „Staabs-Muster-Listen“ der Regimenter Waldenheim, Clément und Donop.

⁶ Frankfurt, 6. und 13. Juni 1744. Kopien. (Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. St.-M. Marburg.) v. Rauch S. 97.

⁷ Bayern. Gesandtschaftsarchiv 1744. Juni—Dezember (St.-M. Marburg).

⁸ Seckendorff an Donop, Philippsburg, 13. Juni 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April—Juni. Ebenda.)

⁹ Karl an Wilhelm, 11. und 16. Juni 1744. Orig. (Geheime Rats-Akten. 1743—44. Korrespondenz mit Karl VII. St.-M. Marburg.)

über die Hessen, die England gedient hatten; Georg trat ungern ab, weil er seine Soldaten liebte, doch war es ihm unmöglich, gegen die Briten, die bisherigen Alliierten, zu fechten; er war von ihnen voll Freundlichkeit behandelt worden, ja „sie hätten ihn gern selbst zu ihrem Haupt genommen, wenn die Grundgesetze ihres Landes es erlaubt hätten“; zu seinem Rücktritt brachte ihn der rasche Systemwechsel, der Sprung von der britischen Allianz und Goldstellung zur gegnerischen, ohne ihn zu benachrichtigten, während niedere Offiziere darum wußten; voll Schärfe äußerte er sich gegen Englands Feinde.¹

Indem Wilhelm an Donop drei Ratifikationsurkunden des Unionstraktats abschickte, um sie in Frankfurt gegen die des Kaisers, des Königs in Preußen und des Kurfürsten von der Pfalz auszutauschen,² war er der Ansicht, der Abschluß müsse zum Heile des hessischen Hauses ausfallen, wenn nicht der Eifer der Interessenten erlahme und wenn die alliierten Waffen glücklich seien: jedenfalls müsse die Nachwelt ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er versucht habe, sein Haus eine große Rolle spielen zu lassen, und daß er seine Schritte nur nach langer Überlegung getan habe. Graf Hsenburg, so setzte er hinzu, habe sich in Bonn ganz nach Praidlohns Vorschriften zu richten.

Donops wesentliche Beschäftigung in Frankfurt war jetzt die Einkassierung der Hessen schuldigen Gelder, am 19. Juni ließ er durch Mumme das 9. Billet mit 150 000 Gulden einnehmen; Frankreich hatte für Hessen 300 000 Gulden in Straßburg, doch schien ihr Transport unterwegs zu gefährdet, weshalb Donop Chavigny riet, sie an Sedendorffs Armee bei Philippsburg zahlen zu lassen und Hessen Wechselbriefe auf Amsterdam zu geben; so konnte man einen Teil der Rückstände, welche man von der kaiserlichen Kasse für die 3000 Mann zu fordern hatte, erhalten.³ Fortgesetzt drängte Donop auf Zahlung der Schuld hin, manchmal redete er scharf, und der Kaiser geriet in Sorge, die 3000 Mann sollten abberufen werden.⁴ Der kaiserliche Kommissär Mumme bekannte,⁵ daß die Militärkasse des Kaisers für die 3000 Mann bis Ende 1743 167 059 Gulden schulde, wovon diese Mannschaft auf Abschlag 70 000 erhalten habe; somit blieb eine Schuld von 97 059 Gulden, wozu der auf monatlich

¹ Georg an Donop, Cassel, 13. Juni 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. April–Juni. Ebenda.) Donop bedauerte in seiner Antwort, 16. Juni 1744 (Konzept, ebenda) den Rücktritt Georgs als sehr trauriges Ereignis.

² Wilhelm an Donop, Cassel, 16. Juni 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

³ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 20. Juni 1744. Orig., chiffriert. Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni–Dezember.)

⁴ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 1. Juli 1744. Orig. (Ebenda.)

⁵ Frankfurt, 9. Juli 1744. Orig. Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni–Dezember. (Ebenda.)

30 000 Gulden stipulierte Sold vom 1. Januar bis letzten Juli 1744 mit 210 000 und für 4½ Monat eigene Jouragierung der 3000 Mann mit 41 182 Gulden kamen: zusammen 348 241 Gulden. Karl VII. versprach, das Geld bald zu zahlen,¹ zumal Wilhelm es nötiger als je brauchte, um die 3000 Mann nicht zu Grund gehen zu lassen.² Laut Konvention forderte und erlangte Donop von dem französischen Gesandten Grafen Emanuel von Bayern, natürlichen Bruder Karls VII., ein eigenes Spital für die 3000 Mann,³ worüber sich Wilhelm freute; Wilhelm war auch sehr befriedigt darüber, daß Donop den Sold für zwei Monate erhalten hatte, ahnte aber, daß es mit den Rückständen noch einige Zeit dauern würde.⁴ Und nun wurden die durch den Grafen von Bayern angewiesenen 30 000 Gulden den 3000 Mann nicht bezahlt, was Donop aufs empfindlichste berührte.⁵ Er schrieb dem kaiserlichen Minister Grafen Kaiserstein,⁶ auf ihn (Donop) falle die Schuld, denn er sei vertrauensselig genug gewesen, es für das Schicksalste zu halten, daß Kaiserstein zahle und die Summe nicht durch Wechselbriefe geliefert werde, doch werfe Kaiserstein zwei Dinge durcheinander; Kaiserstein habe von Törring nur 17 500 Gulden, vom Grafen von Bayern hingegen vier Wechselbriefe zu je 29 000 Gulden und einige im Laufe des Monats zahlbare hundert Gulden erhalten; von diesen Wechselbriefen war, wie Donop las, einer für die 3000 Hessen bestimmt und wurde zur Post gegeben, doch stand diese Summe nicht im Zusammenhange mit den von Törring an Donop übergebenen 30 000 Gulden. Donops Vertrauen ließ sehr nach, er berichtete seinem Hofe, sah sich vom Grafen von Bayern, den er für höchst zuverlässig erklärte,⁷ düpiert, für seine Karl geleisteten Dienste schlecht belohnt und beschwor Kaiserstein, die 3000 Mann stets am 1. Januar zu bezahlen und ihn zur Zahlung nicht mehr an Törring zu verweisen. Kaisersteins Bescheid war wenig trostreich; der Kaiser hatte kein Geld, um die 30 000 Gulden zu zahlen, saß auf dem Trockenen, und der französische Marschall von Coigny brauchte alle Gelder für sein Heer auf; die vier Wechselbriefe des Grafen von Bayern waren schon vor ihrer Ankunft verzehrt und der Graf täte am besten, wenn er, ehe er Anweisungen schickte, die Fonds genau prüfte, ob sie der Ausgabe entsprächen. Kaiserstein, der von der ganzen Summe nur 2400

¹ Donop an Asseburg, Frankfurt, 14. Juli 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

² Wilhelm an Donop, Amalienenthal, 14. Juli 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

³ Donop an Graf von Bayern, Frankfurt, 17. Juli 1744. Kopie (Ebenda.)

⁴ Wilhelm an Donop, Amalienenthal, 21. Juli 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁵ Donop an Asseburg, Frankfurt, 27. Juli 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁶ 27. Juli 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁷ Donop an Asseburg, Frankfurt, 28. Juli 1744. Kopie. (Ebenda.)

Gulden erhalten hatte, war voll Teilnahme für die 3000 Mann, aber ohne Geld, und meinte, Frankreich müsse für den Unterhalt von Truppen sorgen, die es miete.¹ Von Frankreich waren nur noch ein Wechselbrief und 73 741 Gulden zu zahlen, die Mummie bald erwartete, und Donop seufzte:² „Wollte Gott, man wäre ebenso weit mit den Rückständen des Kaisers für die 3000 Mann!“ Er gab sich die größte Mühe, daß man sie wenigstens fortan besoldete. Kaiserstein versprach ihm,³ in wenigen Tagen 15 000 Gulden an die 3000 Mann zu zahlen, bedauerte, nicht das Doppelte zahlen zu können, hatte aber alles, was er besaß, mit dem Generalquartiermeister des Regiments Clément „brüderlich“ geteilt und hoffte nun, fortan den 3000 Mann ihren Sold monatlich regelmäßig zahlen zu können. Laut Mummess Berechnung⁴ schuldete aber die kaiserliche Kriegskasse bis 30. September 1744 den 3000 Mann 348 241 Gulden; diese Schuld frug bis Ende Oktober auf 508 241 Gulden, wovon das Corps in fünf Raten 190 000 Gulden erhielt, so daß noch eine Schuld von 318 241 Gulden blieb.⁵ Frankreich ließ Donop hoffen, es werde die Rückstände für die 3000 Mann auf sich nehmen,⁶ worüber Wilhelm sehr erfreut gewesen wäre;⁷ doch blieb es bei der schönen Aussicht.

Théodore de Chavigny schrieb dem Prinzen-Statthalter die huldigendsten Briefe; war doch Papier stets geduldig! Er behauptete, Wilhelm seit 35 Jahren zu verehren, und nannte dessen Beziehungen zu Frankreich eine Hauptzierde seiner Verwaltung. „Eure Durchlaucht“, schrieb er ihm,⁸ „ist bisher in nichts getäuscht worden. Die Zeit, eine große Lehrerin, wird besser als überflüssige Proteste der Wahrheit meiner Absichten gerecht werden. Der Grund ist gelegt; das durchlauchtigste Haus Hessen hat den ersten Stein zum Baue gebracht und von diesem Tage an halte ich es ebenso wie Frankreich für zu seinem wahrhaften Interesse zurückgekehrt. Die Ehre davon war Ihnen, Monseigneur, vorbehalten, und dies wird nicht die letzte Epoche Ihrer guten Verwaltung sein. Wenn es nur des Eifers bedarf, so werde ich sonderlich in demjenigen nicht nachlassen, der mich gestählt und

¹ Kaiserstein an Donop, Straßburg, 28. und 30. Juli 1744. Orig. (Ebenda.)

² An Wilhelm, Frankfurt, 4. August 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

³ 15. August 1744. Orig. (Ebenda.)

⁴ Frankfurt, 29. Sept. 1744. Orig. (Ebenda.)

⁵ Promemoria Mummess, Mühlendorf, 2. Nov. 1744. Orig. (Ebenda.)

⁶ Donop an Alseburg, Bilschhofen, 14. Nov. 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁷ An Donop, Cassel, 17. Nov. 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁸ Frankfurt, 22. Juni 1744. Orig. (Kabinettsakten Wilhelms VIII. 1744—45. Ebenda.)

mich, so Gott will, bis zum Ende stählen wird.“ Jetzt komme es vor allem, fügte der Diplomat hinzu, auf gegenseitiges Vertrauen an, Ludwig XV. hege das vollste zu Wilhelm und wenn Wilhelm durch seine Emissäre an den deutschen Höfen wirke, so müsse alles gelingen. Wilhelm versicherte zwar Chavigny seiner treuen Freundschaft,¹ schrieb aber zugleich an Donop² voll Mißtrauen gegen Chavigny, voll Bewunderung für den preußischen Monarchen und sehr geärgert über den steten Aufschub der Geldzahlungen. Seine Schritte an den deutschen Höfen blieben erfolglos; Graf Hsenburg erreichte nichts in Köln und reiste ab.³ Daß die deutschen Fürsten dem Kaiser erst dann helfen wollten, wenn er sich von Frankreich losgemacht hätte, sagte der Weimarer Hof ganz offen; trotzdem hoffte Wilhelm auf dessen Anschluß, zwei gute Infanterieregimenter und ein drittes Regiment;⁴ der weimarische Minister Freiherr Karl Sigmund von Ziegefar⁵ wurde zwar nach Kassel geschickt, erklärte aber, sein Herzog, der noch mit niemanden engagiert sei, übereile nichts; Wilhelm schickte den Unionstraktat und alle Argumente nach Weimar.⁶ Es ging nicht so leicht, wie er gemeint, als er am 12./23. Juni an seinen Bruder in Stockholm gelegentlich der Einsendung der von Donop unterzeichneten Verträge zur Ratifikation geschrieben hatte;⁷ der Kourier Hugo hatte sie nach Stockholm gebracht und übermittelte dem Statthalter einen Brief des Königs von Schweden⁸ voll Lobes darüber, daß er nichts vergessen habe, „was möglich war, für unsere Interessen und für die künftige Vergrößerung des Hauses zu stipulieren“; der König erhoffte das Beste „für den Ruhm und Vorteil unseres Hauses und das Heil des lieben Vaterlands“ und sandte ihm den Sondervertrag mit Karl VII., die Separatartikel, die Truppenkonvention, die Garantiekarte Frankreichs, die Einladung an Frankreich und die Beitrittsakte Frankreichs zur Union zurück.

Am 11. Mai 1744 stellte Friedrich II. in Preußen Klinggräff Vollmacht zum Unionsabschlusse aus,⁹ wie Törring und Wachtendonck solche von Karl VII. und Karl Theodor am 1. und

¹ Kassel, 30. Juni 1744. Konzept. (Ebenda).

² Kassel, 30. Juni 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

³ Wilhelm an Donop, Amalienhof, 14. Juli 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁴ Wilhelm an Donop, Kassel, 30. Juni 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁵ Mein Ahne.

⁶ Wilhelm an Donop, Kassel, 18. August 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

⁷ Orig., chiffriert. (Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. (Ebenda.)

⁸ Gothenburg, 29. Juni/10. Juli 1744. Konzept. (Ebenda.)

⁹ Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni—Dezember. St.-M. Warburg.)

4. Juni erhielten,¹ und Klinggräff schickte im Juni den Entwurf der Verträge nach Berlin, erklärte aber, einige Punkte nicht unterschreiben zu können.² Der Prinz-Statthalter schickte auch Donop einen neuen Entwurf eines geheimen Bündnisses zwischen Preußen und dem König-Landgrafen und es galt, die wahren Absichten des preussischen Monarchen kennen zu lernen,³ während die Krankheit des Kaisers den Casseler Hof beängstigte. Am 3. Juli sprach Friedrich II. in einem Briefe an Wilhelm⁴ von der bevorstehenden erfreulichen Heirat der Prinzessin Louise Ulrike von Preußen mit dem schwedischen Thronfolger Herzog Adolf Friedrich von Volfstein-Gottorp und meinte, dieser Anlaß sei „geziemend, um von beiden Seiten daran zu denken, diese Bande des Blutes durch eine engere Union zwischen den beiden Staaten zu konsolidieren, und daß die wechselseitigen Interessen zwischen mir und Schweden erfordern, in Verbindungen einzutreten, die zu unserem gemeinsamen Wohl und zu einer gegenseitigen Garantie unserer Königreiche und Provinzen führen, sowohl um ein richtiges Gleichgewicht im Norden zu erhalten als um die Krone Schweden in Stand zu setzen, in den deutschen Angelegenheiten den notwendigen Einfluß in Übereinstimmung mit den Mächten zu bekommen, welche für das Heil und die Wiederherstellung des Friedens und der öffentlichen Ruhe unseres gemeinsamen Vaterlandes gut gesinnt sind.“ Der preussische Monarch hoffte, daß Wilhelm die Idee billige und dem Könige vom Schweden mündgerecht mache, der für dieselbe bei der schwedischen Nation und dem schwedischen Senate um so mehr Sympathie finden werde, als diese beiden, wie Friedrich II. wohl wisse, gern eine Defensivallianz Schwedens mit Preußen hätten; zu einer solchen könne man auch Rußland einladen, dessen Interessen jetzt die gleichen mit Schweden und Preußen seien. „Seine Majestät der König von Schweden und das ganze Haus Eurer Durchlaucht werden dort in der Eigenschaft deutscher Fürsten und was Ihr Sonderinteresse belangt, gleichermaßen Ihre Rechnung finden, weil das des Königs, des Bruders Eurer Durchlaucht, unzertrennlich von dem Ihren ist, ungerchnet des neuen Reliefs, das eine ähnliche Allianz Seiner Schwedischen Majestät geben würde.“ Wilhelm hieß die Idee gut und stellte seinem Bruder in Stockholm die daraus erwachsenden Vorteile vor. „Ich gebe zu“, schrieb er ihm,⁵ „daß es mir keineswegs zukommt, Sire, mich in die Af-

¹ Kopien. (Ebenda.)

² Donop an Affeburg, Frankfurt, 16. Juni 1744. Orig.: Donop an Wilhelm, Frankfurt, 27. Juni 1744. Orig. (Ebenda.)

³ Donop an Affeburg und Wilhelm an Donop, 23. Juni 1744. Orig. (Ebenda.)

⁴ Potsdam. Kopie. (Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. Ebenda.)

⁵ Amalienenthal, 27. Juni/7. Juli 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

fären einmischen zu wollen, die einzig Eurer Majestät Königreich betreffen; Sie werden mir auch die Gerechtigkeit widerfahren lassen können, daß ich mich stets in den richtigen Grenzen in Bezug darauf gehalten habe; bei gegenwärtigem Anlasse aber, wo Eure Majestät bereits [bezüglich Ihrer deutschen Staaten] in sehr engen Verbindungen mit dem König in Preußen stehen, scheint es, daß die von ihm jetzt vorgeschlagenen nur deren Folge sind und nicht anders als beiderseits vorteilhaft werden können. Ich hätte, Sire, indessen noch geschwankt, Eurer Majestät davon zu sprechen, wenn Sie mir nicht durch Herrn Benning's letzten Brief hätten gnädigst wissen lassen, daß viel Ansehen für einen Allianzvertrag zwischen der Kaiserin von Rußland, dem Könige in Preußen und Eurer Majestät sei. Da ich diese gnädige Mitteilung in Händen hielt, als ich den Brief des Königs in Preußen empfang, so glaubte ich, es zum Scheine ignorieren zu müssen und um so mehr den Auftrag, womit er mich betraut, annehmen zu sollen, als daraus ein persönliches Verdienst für Eure Majestät und eine neue Verbindlichkeit des Königs in Preußen zu Gunsten Eurer Majestät Staaten und Interessen in Deutschland resultieren kann, wenn Sie der fraglichen Allianz Gefälligkeit entgegen bringen wollten, nachdem Sie dazu eigentlich formell aufgefordert worden sind.“ Wilhelm meinte, dies werde seinem Bruder von Schweden um so weniger Mühe kosten, als eine solche Allianz für Schweden sehr vorteilhaft sei und bei Senat und Nation keine Schwierigkeiten finden werde; die schwedische Nation habe ja immer bedauert, daß sie keinen Einfluß mehr auf deutsche Angelegenheiten besitze, und werde sehr froh sein, ihn wiederzugewinnen, auch die schwedischen Minister werden dafür sein. Die dauernde Freundschaft mit Rußland und eine wechselseitige Verbindung zwischen Schweden und Preußen wären nicht der mindest anzuschlagende Vorteil der Allianz, bei der das hessische Haus nur gewinnen könnte. „Als König von Schweden“, fuhr Wilhelm fort, „werden Eure Majestät dann die Bedingungen unterstützen können, die Sie durch die letzten Verträge als Landgraf von Hessen stipulierten“, mit Unterstützung des Kaisers, Frankreichs und Preußens wäre zweifellos ein Übergewicht zu erlangen und die Verheißungen ließen sich verwirklichen, die man dem Könige von Schweden auf Erwerbung der Kurwürde für Hessen gemacht; sollte hingegen die Allianz scheitern, so entstünden vielleicht große Bedrängnisse. Doch will Wilhelm nicht mit weiteren Vorstellungen lästig fallen, sein Bruder ist klug genug, selbst zu urteilen, und er bittet nur um baldige Mitteilung der Antwort, die er nach Berlin geben soll.

In seiner Erwiderung an Wilhelm¹ erklärte sich der König von Schweden für seine Person in Anbetracht der wechselseitigen

¹ Jönköping 7./18. Juli 1744. Konzept. (Ebenda.)

Vorteile sehr geneigt zu einem engeren Bündnisse mit Preußen; „aber“, fuhr er fort, „ich sehe in dieser Angelegenheit große Schwierigkeiten voraus, wenn sie dem Senate zuvor vorgelegt würde; denn man wird erstens hier Mühe haben, die Garantie der neuen Besitzungen des Königs in Preußen zu übernehmen und sich in alle seine Pläne, die ziemlich umfassend erscheinen, hinein ziehen zu lassen, und zweitens wissen wir noch nicht, wie die Kaiserin in Rußland über das allgemeine System denkt und ob sie nicht mehr zu England als zur entgegengesetzten Partei hinneigt. Bei dieser Ungewißheit ist es uns unmöglich, irgend eine Verbindlichkeit einzugehen, ohne daß Rußland sie mit uns gemeinsam eingehe, um so mehr als unsere gegenwärtige Lage uns nicht erlaubt, uns von diesem Grundsatz zu entfernen. Ich wäre deshalb der Meinung, der König in Preußen möge zuerst seinen Vertrag mit Rußland schließen und nachdem beide Höfe übereingekommen, sollen sie uns zum Beitritte einladen. Dann wären hier alle Schwierigkeiten leichter gehoben; ich wenigstens werde alles dazu tun, was mir bei hiesiger Regierungsform menichenmöglich sein wird.“ Prinz Wilhelm sollte Friedrich II. im allgemeinen des guten Willens des Königs versichern und ihm zugleich den vorgeschlagenen Weg als den „einzigen und den leichtesten zur Erreichung der Allianz“ angeben. Am 20. Juli erhielt Donop durch Wilhelm in Kassel seitens des Königs von Schweden Vollmacht¹ zum Abschlusse eines näheren Traktats mit Preußen, der am 27. Juli in Frankfurt erfolgte.² Friedrich II. garantierte darin alles, was Ludwig XV. und Karl VII. zu Gunsten des Königs von Schweden vereinbart hatten.³ In seiner Antwort auf Wilhelms Brief vom 28. Juli fand Friedrich II.⁴ seine Gründe für die vorherige Vereinbarung Preußens mit Rußland völlig berechtigt und erbot sich, König Friedrich I. von Schweden als Herzog von Pommern zum Beitritt zur Union einzuladen. Friedrich II. zog seine Truppen zusammen, um bald loszuschlagen; der preußische Feldmarschall Graf Schmettau, der Cassel auf dem Wege zum französischen Heer berührte, teilte Wilhelm im tiefsten Vertrauen den Feldzugsplan mit.⁵ Der Abzug der russischen Truppen aus Schweden ließ hoffen, daß Kaiserin Elisabeth wenigstens neutral bleibe, wenn sie auch nicht am Unionstraktate teilnehmen wolle, und es war zu erwarten, daß der preußische Monarch, der ja Wilhelms Eröff-

¹ Orig. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni-Dezember. Ebenda.)

² Kopie. (Ebenda.)

³ Wilhelm an Friedrich I. von Schweden, Cassel, 31. Juli 1744. Orig., chiffriert. (Kabinettsakten König Friedrichs I. 1744. Ebenda.)

⁴ Potsdam, 31. Juli 1744. Kopie. (Ebenda.)

⁵ Wilhelm an Friedrich I., Cassel, 5. August 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

nungen einsah, danach handeln und nach der Verlobung des Großfürsten Peter mit der Prinzessin Katharina zu Anhalt-Zerbst Mittel finden werde, „eine um so natürlichere Allianz zwischen den drei Kronen zu stiften, als das wahre Interesse der Thronfolger enge Verbindung erfordere, um sich gegenseitig in ihrem Rechte und ihren Ansprüchen zu unterstützen“.¹ Wilhelm sandte den Vertrag vom 27. Juli zur Ratifikation nach Stockholm; Friedrich I. ratifizierte, äußerst zufrieden mit der preussischen Garantie, empfahl Wilhelm behutsames Weitervorgehen in der eingeschlagenen Richtung, und vorerst sollte alles geheim bleiben; er sprach mit Graf Karl Wilhelm von Finkenstein, dem preussischen außerordentlichen Gesandten in Stockholm, und mit einigen Senatoren, ging aber nicht an den Senat und an die Kanzleien.² Während Karl VII. am 4. August nochmals versprach,³ den Partikularvertrag mit Schweden vom 13. Juni (s. S. 27) genau einzuhalten, wurden die Ratifikationen des Unionstraktates am 8. August bei Törring in Frankfurt von den Bevollmächtigten ausgetauscht,⁴ Törring lobte die kontrahierenden Fürsten sehr, wozu Karl alle Ursache hatte, denn „es war keiner unter ihnen, der nicht unendlich viel riskierte und sich nicht für des Kaisers hohe Interessen aufs Äußerste bringen ließ“.⁵ Karl schickte Donop, Klinggräff und Wachtendonck Dosen von Perlmutter plattiert mit Gold und Wechselbriefe auf 6000 Gulden.⁶ Solche Geschenke waren üblich, und Wilhelm schrieb Donop,⁷ er dürfe nicht ablehnen, sondern solle annehmen und bekomme hoffentlich noch oft solche Geschenke. Wilhelm beauftragte Donop, Chavigny, Törring und Klinggräff Tabatièren oder ersteren beiden 3000, letzterem 500 Dukaten zu geben.⁸ Degenfeld erhielt von Mumme sechs Säcke à 1000 Dukaten, die zum Teil zu Gratifikationen an Chavigny und seine Kollegen in Frankfurt, teils zu den Anweisungen Degenfelds dienen sollten.⁹ Der König von Schweden sandte Törring ebenfalls durch Donop eine Gratifikation.¹⁰ „Gegen den Brauch des bayrischen Hofes“ lag in der

¹ Ebenda.

² Friedrich I. an Wilhelm, Carlberg, 24. August/4. Sept. 1744. Konzept. (Ebenda.)

³ Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. (Ebenda.)

⁴ Donop an Wilhelm, Frankfurt, 8. Aug. 1744. Orig. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁵ Wilhelm an Donop, Cassel, 11. August 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁶ Törring an Donop, Frankfurt, 14. August 1744. Kopie. (Bayern. Gesandtschaftsberichte. c. Ebenda.)

⁷ Cassel, 18. August 1744. Orig., chiffriert. (Bayern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni—Dezember. Ebenda.)

⁸ An Donop, Cassel, 23. August 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

Degenfeld an Donop, Cassel, 25. August 1744. Orig. (Ebenda.)

¹⁰ Donop an Törring, Frankfurt, 1. Sept. 1744. Konzept. (Ebenda.)

Törring zugestellten Tabatière ein Billet auf 6000 Gulden, was Törring deshalb Donop zurückschickte; dieser frag sofort bei Alieburg an, was er tun sollte, meinte dann aber, „die falsche Delikatesse“ Törrings würde wohl am besten behoben, wenn man das Billet in Diamanten oder „andere nippes“ umsetze.¹ Am 11. August wechselte Donop die Ratifikation der Separatverträge mit dem Kaiser und Frankreich aus; die Veröffentlichung des Unionstraktats machte viel Lärm, die Minister Sachsens und der drei geistlichen Kurfürsten waren unangenehm berührt und Kurmainz schien sich Karl nähern zu wollen.² Der Kaiser lud die Könige von Schweden und von Polen als Herzog von Vorpommern und als Kurfürst von Sachsen zum Beitritte zur Union ein.³

¹ Törring an Donop, Frankfurt, 1. Sept. 1744. Orig. (Gesandtschaftsberichte. 1744. Juni - Dezember. Ebenda); Donop an Alieburg, Frankfurt, 1. und 3. Sept. 1744. Orig. (Ebenda.)

² Donop an Wilhelm, Cassel, 11. August 1744. Orig., chiffriert. (Ebenda.)

³ Frankfurt, 22. August 1744. Kopie. (Bavern. Gesandtschaftsarchiv. 1744. Juni - Dezember. Ebenda.)

(Fortsetzung folgt.)

Der Ausgang der landschaftlichen Verordnung in Bayern.

Von Otto Steinwachs.

(Fortsetzung.)

2. Buch.

Die Aufhebung der Landschaft.

1. Kapitel.

Beginnender Zwist mit der neuen Regierung.

Äußere Politik.

Als Karl Theodor die Augen schloß, war das Land von etwa 80000 Österreichern besetzt; die Zeiten Max Emanuels schienen wieder zu kommen. In solcher Lage konnte nur möglichst rasches und zielbewußtes Handeln helfen und das geschah denn auch dank der umsichtigen Bestimmungen der Herzogin Maria Anna und der klugen Verteilung der Rollen. Am 20. Februar war Max Josef IV. in München und am nächsten Tag war der Mann Leiter der auswärtigen Politik, der Bayern zu einem modernen Staat und Königreich hingeführt, Montgelas.¹

Das unterschied die neue Regierung vorteilhaft von der alten, daß sie mit dem System des Abwartens und des Sich-treibenlassens entschlossen brach und feste Richtpunkte für ihre Politik aufstellte. Daß freilich diese trotzdem großen Schwankungen ausgesetzt war, dafür sorgten schon die wechselnden äußeren Verhältnisse. Die Begeisterung für die Koalition war zunächst eine sehr geringe, zumal allgemein die Ansicht herrschte, daß die zweite Koalition kaum glücklicher sein werde als die erste. Das Verhältnis zu Rußland war in diesen ersten Tagen noch ein günstiges und auch mit Österreich bestand no nicht

¹ Heigel, Der Übergang des Kurfürstentums Pfalzbayern an das Haus Pfalz-Zweibrücken. In „Neue geschichtliche Essays“, München 1902. S. 66 ff.

Freundschaft, so doch ein wünschenswertes Einvernehmen; so erschien es denn Montgelas als das wahre Interesse des Landes, „eine hinreichend unabhängige Stellung zu erstreben, um nach Maßgabe des eigenen Vorteils handeln zu können und nicht fremden Absichten untergeordnet zu bleiben“. Um solche Machtsstellung zu erlangen, suchte Montgelas eine bessere Arrondierung der pfalz-bayerischen Länder zu erreichen. Diese beiden Ziele wollte er zunächst durch geschickte Neutralität gewinnen. Die neue Regierung wollte die Neutralität, die sie Preußen genießen sah und von der auch die Landschaft träumte. Um Frankreich nicht zu verfeinden, gedachte sie nur das gesetzmäßige Reichskontingent zu stellen, dessen Abberufung ja einem vollständigen Bruch mit Österreich gleichgekommen wäre. Gleichzeitig wollte sie sich die Gunst des Berliner Kabinetts bewahren als Mittel zum Schutz gegen Frankreich und zum Druck gegen Österreich. Um diese Neutralität zu festigen, sollten die Bande der Freundschaft und Verwandtschaft mit Rußland fester geknüpft werden.¹

Aber gerade das Berliner Kabinett, auf das man so sehr gehofft, mahnte nun zum Festhalten am Bund mit Österreich; dem Neutralitätsplan der Südstaaten stehe Preußen zwar sympathisch gegenüber, aber er sei nicht durchzuführen, wenn Österreich nicht wolle.² Vollends aber mußte der Neutralitätsplan fallen, als sich Bayern durch die Aufhebung der Maltheserzunge den Unwillen des leicht erregbaren Zaren Paul in dem Maße zuzog, daß dieser seinem Korps, das auf dem Weg an den Rhein war, den Befehl gab, Bayern als Feindesland zu behandeln. Österreich sah voll Freude das Geschick Bayerns sich vollenden und auch Preußen antwortete auf den Hilferuf nur unbefriedigend. So gab es für Bayern nur einen Weg, um den Vernichtung drohenden Unwillen des Zaren zu beschwichtigen, Widerrufung der Aufhebung und sofortigen Anschluß an die Koalition, wie es Rußland forderte.³

So war man denn wieder auf den alten Weg zurückgedrängt, den Karl Theodor noch in seinen letzten Tagen sich zu gehen entschlossen hatte. Und Frankreich tat durch den Überfall General Bernadottes auf Mannheim Bayern den Gefallen, den Anlaß zum Bruche zu geben.⁴ Noch kurz vor seinem Tode hatte sich Karl Theodor zum entschiedenen Anschluß an die Koalition aufgerafft, um nicht wieder die traurige Rolle eines erzwungenen und darum leer ausgehenden Mitläufers zu spielen. In den letzten von seiner Hand gezeichneten Reskripten war insolge-

¹ Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 35.

² Heigel, a. o. S. 74.

³ Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 38.

⁴ a. o. S. 39.

dessen auch noch das ganze militärische Programm für die nächste Zukunft festgelegt worden. Am 15. Dezember hatte er dann zu Schwabhausen mit Österreich eine mündliche Konvention abgeschlossen, der zufolge die bayerischen Streitkräfte ohne jeden Vorteil dem österreichischen Oberbefehl übergeben wurden.¹

Wie die Verhältnisse sich nun einmal gelagert hatten und nachdem sich die Durchführung der Neutralität als unmöglich erwiesen, konnte von einer wesentlichen Änderung der Politik keine Rede sein, wie denn auch die Landschaft gestand, daß es Unmögliches verlangen hieße, wenn sie auf der Zurückberufung des Reichskontingentes bestehen wollte.² Jedenfalls aber blieb, auch nachdem sich der erste Weg ungangbar erwiesen, das Endziel der Montgelasschen Politik: Erringung einer „hinreichend unabhängigen Stellung, um nach Maßgabe des eigenen Vortheils handeln zu können und nicht fremden Absichten untergeordnet zu bleiben“ und bessere Arrondierung der pfälzbayerischen Länder.³

Innere Politik.

Bald sollte die Landschaft erkennen, daß eine zielbewußte äußere Politik notwendigerweise auch eine festere innere Politik zur Voraussetzung habe. Diese war um so eher möglich, als die neue Regierung innerlich viel freier dem Herkommen im Lande gegenüberstand, als die vorhergehende. Mit ihr zog ein neuer Geist in Bayern ein. Der alten Regierung war die Form das Wesentliche gewesen und wenn sie nur formal ihr Recht behauptete, gab sie tatsächlich in bedeutenden Fragen der Landschaft nach. Ängstlich und mit peinlichster Sorgfalt ging sie die landschaftlichen Erklärungen durch und kein noch so kleiner Stich blieb ohne hochobrigkeitliche Rüge; im großen dagegen, wo sie fest hätte bleiben müssen, gab sie schwächlich nach. Das ward nun bei der neuen Regierung ganz anders. Sie steht von vornherein auf einem viel höheren Standpunkt der Landschaft gegenüber, sie läßt die Landschaft sich aufregen, so viel sie mag, läßt sie auch über die Form oft genug entscheiden, aber in der Hauptsache gibt es für die Landschaft kein Ausweichen mehr. Die Reskripte sind darum auch auf die längsten landschaftlichen Ergüsse kurz und entschieden und verfehlen so auch nicht ihren Zweck. Als echtes Kind ihrer Zeit, ist der neuen Regierung die Form gar nichts, sie zerstört sie oft genug geradezu mit Behagen, wenn sie Besseres an deren Stelle setzen zu können glaubt. Sie war auch keineswegs ängstlich bemüht, diesen neuen Geist vor Volk und Landschaft zu verbergen. „Zu einer Zeit, — so erklärt sie der Landschaft, —

¹ a. o. S. 29 f.

² 1799. 29. April. L. G.

³ Montgelass a. o. S. 35.

in welcher den Staaten große und gefährliche Erschütterungen drohen, müssen Staatsgebrechen schnell und mit Entschlossenheit geheilt werden, wenn man anders Anarchie vermeiden will. Mit Klugheit und Entschlossenheit sind die Bewegungen zu leiten, welche vielleicht noch eine Zeitlang, aber doch nur mit großem Nachtheile, vielleicht mit Verlust des Ganzen zurückge-
drängt werden könnten. Neuerungen aufzuhalten, welche das unaufhaltsame Fortschreiten des menschlichen Verstandes und das Bedürfnis der Zeit jeder achtsamen Regierung abnötigen, liegt so wenig in unserer Macht, wie das Gebot, einen Strom stillstehen zu lassen. Gefährlich werden Neuerungen nur dann, wenn durch unvernünftige Hemmungen falsche bössartige Auswüchse erzeugt werden. Der Fürst darf sich, um seiner Pflicht, für die Erhaltung des Ganzen zu sorgen, genügen zu können, nicht ängstlich um die Form bekümmern. Was tut die Form zur Sache, wenn nur der Staatszweck zum Wohl des Ganzen erreicht wird? Die Erreichung des Ziels steht höher als die Beobachtung der Form“.¹

Um Wortstreitigkeiten und um Formsachen war es ihr nicht zu tun, da gab sie vielmehr oft genug nach, in der Hauptsache aber, darüber ließ sie von vornherein keinen Zweifel aufkommen, da wollte sie allein Herr sein. Und gerade das war es, was die Landschaft am wenigsten vertragen konnte. Gegen fühle und klare Festigkeit war sie mehrlos und nur zu deutlich ist es zwischen den Zeilen zu lesen, wie sich ihr allmählich ein Alp auf die Brust legte. Sie konnte, wenn ich das Bild gebrauchen darf, keinen festen Blick aushalten, ihr Wesen bekam unter einem solchen etwas Unruhiges, Zerkfahrenes, und was noch schlimmer war, etwas Zwiespältiges. Die Regierung verschafft sich wieder in der Landschaft Achtung und hilft dadurch mit, die Parteibildung in ihr zu beschleunigen. Gleich im Anfang macht sie eine Gehorsamsprobe mit der Landschaft. Sie erinnerte ganz kurz an eine nicht ausgeführte Verordnung Max Josefs III., wonach niemand zugleich Verordneter und Staatsbeamter sein könne und forderte vier Verordnete, die zugleich ein Staatsamt inne hatten, zur Niederlegung einer von beiden Stellen auf.² Vergebens wandten sich jene vier um Intervention an die Landschaft.³ Das Universale erklärte darin kein Landesgravamen oder eine kurfürstliche Ungnade sehen zu können,⁴ was sie aber unter der vorigen Regierung unzweifel-

¹ 1800. 11. Febr. R. R.

s. auch C. F. Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland. Gotha 1862. I. 391.

² 1799. 25. Mai. R. R.

³ 1799. 2. Juni.

⁴ 1799. 3. Juni. Die Landschaft an die Verordneten Frhr. von Berchem, Graf von Lörring-Jettenbach, Anton von Schmid und Graf Anton von Sandizell.

haft getan hätte. Daraufhin legten jene ihre Verordnetenstellen nieder.

Zwar fehlten auch in der inneren Politik gewiß nicht bedeutende Schwankungen, aber allezeit blieb die neue Regierung über der Landschaft stehend und das beängstigte diese immer mehr und nahm ihr von vornherein den Mut und die Lust zur Opposition. So flaute denn bei der Landschaft recht schnell die Begeisterung für den neuen Herrn und seinen leitenden Minister ab, als sie erfuhr, wie unter der äußeren nachgiebigen Miene der Regierung ein unbeugsamer fester Wille sich verbarg, der nach bestimmten Zielen strebte. Es ging ihr, wie einem großen Teil vorher liberal denkender Bayern. Am Todestag Karl Theodors konnte Westenrieder in sein Tagebuch schreiben, „heute frohlockte alles und jeder wünschte dem anderen Glück“,¹ um dann später verstimmt über das rasche Vorwärtsträngen der Regierung in den Münchner Spottvers einzustimmen:

„Die alten Häuser reißt man nieder,
Die neuen fallen selbst ein,
Drum König, laß 's beim Alten wieder
Und sprich zu jedem Neuen dein Nein, oder laß 's sein.“²

Suspension der Säkularisation.

Zunächst war freilich das Verhältnis der Regierung zu der Landschaft das denkbar beste. Sie hatte ja etwas sehr wesentliches von vornherein vor der Regierung Karl Theodors voraus, sie folgte einem viel geschmähten und gehaßten Herrn nach. Als der letzte Kurfürst starb, war es nach dem Zeugnis von Montgelas so weit gekommen, daß ein offener Bruch zu befürchten war. Da war es denn die erste Sorge Max Josefs, die Geister zu beruhigen.³ In dem nach dem Todestag seines Vorgängers datierten Patent versprach er den Ständen, sie bei ihren wohlhergebrachten Rechten, Freiheiten und Privilegien zu schützen und nicht zu gestatten, daß dawider gehandelt würde. Die Erbhuldigung, die Karl Theodor einst umgangen hatte, sollte der augenblicklichen Verhältnisse wegen nur verschoben werden. Eine seiner ersten Regierungshandlungen war der Beruhigung der Gemüter über die Sache des Prälatenstandes gewidmet. Die Ausweisung des Abtes Karl von Benedikt-

¹ „Aus Westenrieders Denkwürdigkeiten und Tagebüchern“, herausgegeben von A. Kluchhohn in Abh. der Akad. der Wissenschaften, histor. Klasse, Band 16, unterm 16. Hornung 1799.

² a. o. 11. Juni 1808.

³ Baubmann=Doeberl, Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas über die innere Staatsverwaltung Bayerns (1799—1817). München 1908. S. 64.

beuren wurde aufgehoben und dem Prälatenstand, der bereits unrettbar verloren schien, noch einmal eine kurze Gnadenfrist bewilligt. Zum Beweis ihrer höchsten Huld gab die neue Regierung die Versicherung, den Prälatenstand ungeschmälert zu erhalten und erklärte sich zufrieden, wenn der Prälatenstand den betreffenden Staatsbeitrag, jedoch in ergiebiger Art und ohne denselben in das Postulat einzurechnen, durch die Landschaft erlege.¹ Damit waren alle Maßregeln gegen den ersten Stand aufgehoben und seine Leistungen wieder auf dem verfassungsmäßigen Wege gefordert. Die Regierung tat das allerdings nicht lediglich zur Beruhigung der Geister, sie hatte wohl eingesehen, daß es unmöglich sei, die verlangte Summe in dieser ungünstigen Zeit aus dem ersten Stande herauszupressen. Die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung der Bulle entgegenstellten, so sagte Montgelas selbst, haben verursacht, daß man schließlich darauf ganz verzichtete.²

Es trat nun ein Prälatenausschuß, bestehend aus den Verordneten dieses Standes und den Äbten Karl von Benediktbeuren und Rupert von Prüfening zusammen, welcher letztere von sämtlichen Mitständen gewählt und mit unbeschränkter Vollmacht versehen worden.³ Am 21. Mai kamen dessen Beratungen zum Abschluß mit dem Erfolg, daß der Regierung $\frac{1}{2}$ Million als einmaliger besonderer Beitrag des ersten Standes zur Landesverteidigung angeboten wurde. Um Form und Ausdruck war es dabei der Regierung nicht zu tun. Bereitwillig korrigierte sie ihren Entwurf des Ausschreibens⁴ nach den Wünschen der Landschaft, die sich durch diese Korrekturen ihre verfassungsmäßigen Rechte wahren wollte.

Nun konnte sich auch der Ritterstand, der seine Land- und Mittersteuerer zu Beiratsäußerungen hierzu aufgefordert hatte, einem außerordentlichen Beitrag nicht mehr entziehen. Er bewilligte 200 000 fl.,⁵ während der Bürgerstand mit 100 000 fl.⁶ nachfolgte.

Auch wurde jetzt endlich die von der vorigen Regierung wiederholt versprochene Einsicht in sämtliche hofkriegsrätliche Rechnungen samt Belegen nach einer neuerlichen Bitte der Landschaft⁷ zur Wahrheit gemacht.⁸

¹ 1799. 11. März. R. R.

² Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 31.

³ mittels Zirkular vom 30. März.

⁴ 1799. 28. Mai. Ausschreibung.

⁵ 1799. 31. Mai. Beschluß des Ritter- und Adelsstandes.

⁶ 1799. 10. Juni. Entwurf des Ausschreibens für den Bürgerstand.

⁷ 1799. 13. März. R. R.

⁸ 1799. 25. Mai. R. R.

Die Finanzverhältnisse.

Große Anforderungen stellte der neue Krieg naturgemäß an Bayern, das nun am 6. April mit Oesterreich einen Vertrag abschloß, der einem Beitritt zur Koalition gleichkam. Zwar hoffte man, durch russische Vermittlung englische Subsidien zu erhalten, aber das lag noch in weiter Ferne.¹ Zunächst war Bayern für seine Rüstungen nur auf seine eigenen Mittel angewiesen und mit diesen Mitteln stand es auch ohne Krieg schon schlecht genug. Wie groß die Verlegenheit der Regierung war, geht schon daraus hervor, daß sie keine bessere Empfehlung für ihre Forderung kannte, als eine rückhaltslose Darlegung der finanziellen Verhältnisse. Bei dem Regierungsantritt, so erklärt die Regierung, fand „S. I. Durchlaucht alle Staatskassen nicht allein ausgeleert, sondern überdies noch mit vielen bisher unbekannten Schulden belastet.“² 150000 fl., welche sich im Privatrücklaß des verstorbenen Kurfürsten gefunden, überwies Max Josef der Staatskasse und es gelang Montgelas mit dieser geringen Summe wenigstens über die erste Zeit hinwegzukommen.³ Auf dem Schuldenwerk lagen nunmehr 15 424 400 fl.⁴ Waren diese auch durch die Schuldenwerksfonds gedeckt, so hatte sich doch noch außerdem bei den verschiedenen kurfürstlichen Hauptkassen seit dem Jahre 1793 eine laufende Schuldenlast von 8 482 032 fl. angesammelt, von denen in diesem Jahre 2 1/2 Millionen zurückzahlbar waren. Gerade diese auf den einzelnen Kassen ruhenden Schulden lasteten überaus schwer auf dem Geschäftsgang, hemmten ihn, oder machten wenigstens Ordnung und Übersicht unmöglich. Erst 1811 wurde der laufende Dienst von dieser inzwischen noch gewachsenen Last der Rückstände befreit. Als Illustration für die beispiellose Finanzverwirrung in Bayern bringt Verchenfeld die Tatsache, daß noch bis zum Jahre 1824 trotz der angestrengtesten Tätigkeit die Rechnungen der einzelnen Ämter und Kassen nicht alle revidiert und festgestellt waren, daß noch nach Jahrzehnten der Bestand der Staatsschuld nicht mit Bestimmtheit festgestellt war und noch immer einzelne Posten zur Liquidation und Einweisung kamen.⁵ Mit den 2 1/2 Millionen im Jahr 1799 zurückzahlbarer laufender Schulden betrug das ganze Erfordernis fast 10 Millionen fl., demgegenüber standen zur Deckung nur

¹ Du Moulin & Cart, Bayern unter dem Ministerium Montgelas. München 1895. I. 154 ff.

² 1799. 11. Juli. Zustand der Staatseinnahmen und -ausgaben bei dem Regierungsantritt Max Josephs IV.

³ Montgelas' Denkwürdigkeiten. S. 31.

⁴ 1802. 4. März. Tilgungschema.

⁵ Verchenfeld, Geschichte Bayerns unter König Max Joseph I. S. 51.

etwas über 5 Millionen, vorausgesetzt, daß die freiwilligen Beiträge der Stände und der ungefreiten Geistlichkeit, sowie die vier Land- und zwei Standsteuern wirklich diesen erhofften Betrag einbrachten. Soll die neue Regierung die alte Unordnung von sich ablehnen und den Staatsbankerott erklären? Das war die Frage, die sie der Landschaft vorlegte, die sie aber gleichzeitig mit einem festen Nein beantwortete, da dies weder rechtlich noch klug sei. Die Regierung gedachte mit Konsens der Agnaten, die liegenden Staatsgüter anzugreifen, vor allem erhoffte sie aber, wie einst das alte Regime in Frankreich, Rettung durch Papierspekulationen, wie sie die Landschaft zuerst angeregt, und forderte die Landschaft auf, ihre Vorschläge zur Errichtung einer Nationalbank einzusenden.¹

Neuorganisation der Verwaltung.

Dabei war aber die Regierung überzeugt, daß es sich nicht allein darum handle, die Mittel zu beschaffen, sondern das ganze Verwaltungswesen neu zu organisieren, um für die Zukunft eine derartige Finanzverwirrung unmöglich zu machen. Die Zentralisation, die Schaffung des modernen Einheitsstaates, die in Preußen schon vollendet und in Frankreich soeben mehr und mehr in extremer Weise durchgeführt wurde, sollte nun auch für Bayern bessere Zeiten bringen. Die Begründung der Staatseinheit war Montgelas' erste und vornehmste Aufgabe.²

Bei diesem großen Werke holte er aber den verfassungsmäßigen landschaftlichen Beirat nur so weit ein, als er keinen Widerspruch zu fürchten hatte. So forderte er ihre Erinnerungen über die Erklärung der Handelsfreiheit, der Aufhebung der Mauten im Inland und der Vereinfachung des Tarifes,³ lauter Sätze aus dem physiokratischen Programm, aber die Behördenorganisation, die Errichtung der Generallandesdirektion, teilte er ihr vorsichtigerweise erst als vollendete Tatsache mit.⁴ Diesem wichtigen Schritt war bereits am 25. Februar, also schon in den ersten Tagen der Regierung Max Josefs, die Errichtung von vier Fachministerien vorausgegangen,⁵ unter denen zum erstenmale wieder die ganze Verwaltung sämtlicher Erblande vereinigt wurde. Der Zweck dieser Veränderungen war die ebenfalls von den Physiokraten geforderte Vereinheitlichung der Verwaltung, die gewiß in wenigen Ländern notwendiger sein konnte als in dem vielregierten Bayern. Die General-

¹ 1799. 11. Juli. R. R.

² Laubmann-Doeberl, Montgelas. Einleitung über die Entstehung des modernen Staates in Bayern von M. Doeberl. S. XIV.

³ 1799. 27. Juni. R. R.

⁴ 1799. 23. April. R. R.

⁵ Seydel, a. o. I. 108.

Landesdirektion ließ die Oberlandesregierung in München, die Hofkammern, die Kommerz-, Münz-, Bergwerks- und Forstkollegien, den Medizinalrat, den Hofkriegsrat und später auch den geistlichen Rat verschwinden und setzte an deren Stelle sieben Deputationen, die kollegialisch berieten und durch ihre Direktoren und je zwei Referenten in der Generallandesdirektion vertreten wurden, der allein in bestimmten Fällen die Entscheidung zustand.¹ Es war dies unzweifelhaft ein großer Fortschritt, aber doch wieder ein Extrem. Die alte Zersplitterung hatte Kollision und Verwirrung hervorgerufen, dieses Zusammenschachteln der mannigfaltigsten Verwaltungszweige in eine allumfassende Behörde mußte die Verwirrung weiter führen. Es wurde darum schon 1803 eine Revision dieser Neuordnung vorgenommen und der Generallandesdirektion ein einfacherer Geschäftsgang gegeben.²

Daß die Landschaft nicht sofort gegen die Umgehung ihres Beirates Beschwerde einlegte, lag wohl vor allem in ihrer Zufriedenheit mit dieser Einrichtung. Es war ja diese Zentralisation der Verwaltungsbehörden ein alter Lieblingsgedanke von ihr und schon 1787³ hatte sie ausgeführt, eine dauernde Sanierung sei nur auf dem Wege der Zentralisation zu erreichen. Sie hatte damals allerdings nur eine recht ernste Mühe für ihre Einmischung in die Kameralbesorgung erhalten, jetzt aber sah sie in der Generallandesdirektion im wesentlichen ihren Gedanken eines „Kollegialdirektoriums“ ausgeführt.

Es war zwar ein alter Gedanke von ihr, aber sie war an dessen jetziger Verwirklichung gänzlich unbeteiligt. Ja, die Regierung hatte sie ängstlich von diesen Zentralisierungsplänen ferngehalten, wie sie später⁴ gesteht, aus einigem Mißtrauen. Sie hielt die Landschaft für eine Gegnerin solcher Bestrebungen und glaubte, ihr Verlangen gehe gerade darauf aus, die Zentralkraft der Regierung zu lähmen, um eine Art Vormundschaft über die schwachbleibende Regierung auszuüben.

Forderung einer Landschaft für sämtliche oberen Länder.

Durch die Einrichtung dieser Generallandesdirektion waren tatsächlich wenigstens hinsichtlich der Verwaltung sämtliche bayerischen Erblande konsolidiert worden. Als nun die Regierung der Landschaft auch offiziell mitteilt, daß sie in Zukunft die Herzogtümer Bayern, Neuburg, Sulzbach und die obere Pfalz als einen Staatskörper sowohl in der Zivil- wie Militär-

¹ 1799. 23. April. Instruktion der Generallandesdirektion.

² Seydel, a. o. I. 109 f.

³ f. o.

⁴ 1799. 21. Juli. R. R.

verwaltung zu regieren gedente,¹ da dankt ihr die Verordnung in hellster Freude,² hatte sie doch auch dieses wiederholt³ aufs eindringlichste als unumgänglich notwendig erklärt. Aber das war ihr doch sogleich klar, daß diese Zentralisation, so segensreich sie für die Einzelländer sein mußte, so vernichtend wirken mußte für sie selbst als ständische Vertreterin eines Einzellandes, wenn ihr nicht sogleich als zweiter Schritt die Wiederherstellung der landschaftlichen Verfassung in sämtlichen oberen Ländern und deren Vereinigung mit ihr nachfolgte. Bevor sie offen an die Regierung mit diesem Wunsch herantrat,⁴ hatte sie sich bereits in loyalster Weise an die Stände der Oberpfalz gewandt, um für diese Vereinigung Stimmung zu machen.⁵ Im gleichen Sinne agitierte eine Flugschrift, „Rechtliche Ausichten und Wünsche der oberpfälzischen Nation bei dem höchst beglückenden Regierungsantritt Maximilians IV.“ 1799. „Ein Bayern unter einem Regenten, unter einer Verfassung“, das ist es, wofür diese Flugschrift in warmen Worten wirkt.

Doch die Landschaft fand wenig Verständnis. Die oberpfälzischen Stände schickten zunächst ein Zirkular herum zur Auswahl von vier Bevollmächtigten. Aber es war wenig Neigung in den dortigen Ritter- und Prälatenkreisen für eine solche Vereinigung. Man befürchtete wohl durch die Verbindung mit der größeren bayerischen Landschaft zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt zu werden und suchte vor allem Bestätigung der oberpfälzischen Freiheiten.⁶ Eben solcher eng-herziger Partikularismus diktierte auch der neuburgischen Landschaft, die ja noch als solche bestand, einen höchst gereizten Absagebrief an die bayerische. „Die Absichten der bayerischen Landschaft auf die neuburger — so schreibt sie — waren seit langem bekannt, doch konnten wir nicht denken, daß die bayerische Landschaft die große Verlegenheit der bayerischen Staatskassen nur dazu benützen sollte, um uns desto zuverlässiger verschlingen zu können und das mit Gewalt durchzusetzen, was nur auf dem Weg freier Bewilligung gerechtfertigt werden könnte“. Die neuburger Landschaft hatte diese Kenntniss von dem Verlangen der bayerischen durch ein kurfürstliches Reskript erhalten und zwar in einer Form, daß sie daraus eine Warnung herauslesen zu müssen glaubte. Sie bedankt sich nun ironisch, mit einer zwar größeren, aber dafür in einen Abgrund

¹ 1799. 16. Juni. R. M.

² 1799. 25. Juni. R. G.

³ 1793. 18. Mai und 1794. 3. März. R. G.

⁴ 1799. 25. Juni. R. G.

⁵ 1799. 21. Juni. Abt Benedikt von Weltenburg an Diepoldus von Ensndorf.

⁶ 1799. 25. Aug. Diepold von Ensndorf an Benedikt von Weltenburg.

von 50 Millionen Schulden versunkenen Provinz verbunden zu werden.¹

Höchst unangenehm war auch, was die Regierung auf den landschaftlichen Wunsch zu antworten mußte. Sie willigte im Prinzip zwar ohne weiteres in die Vereinigung der verschiedenen landschaftlichen Korporationen, da sie ohnehin beschlossen habe, die heroberen Staaten als ein Land zu regieren. Aber sie knüpfte daran Gedanken, die der Landschaft durchaus revolutionär erscheinen mußten und sie lieber auf die Vereinigung verzichten ließ, als um einen solchen Preis. Denn die Frage, die die Regierung hier anschnitt, war keine geringere als die Beteiligung des vierten Standes an dieser Repräsentation des Gesamtlandes. Sie erklärte nämlich, vor dieser Vereinigung seien noch Beratungen zwischen ihnen nötig, „damit diese Vereinigung nicht allein nützlich der ganzen Nation, wovon die arbeitssame Klasse der Bauern den größten Teil ausmache, sondern auch nicht hinderlich den landesherrlichen Rechten in Beförderung des allgemeinen Wohlstandes sein werde“.²

Was sollte die Landschaft auf eine solche Äußerung erwidern, die das Bestehen ihrer so eifersüchtig bewachten ständischen Freiheiten bereits in Frage stellte? Sie schwieg von da an hierüber, aber die Wirkung zeigte sich sogleich in der Geldfrage.

Beginnender Zwist mit der Regierung.

Unter dem Eindruck dieses kurfürstlichen Reskriptes beginnt die Landschaft nun auf allen Seiten Schwierigkeiten zu machen. Sie bekrittelt die Gehaltserhöhungen bei einem solchen Finanzzustand, verlangt genaue Belegung der großen Rückstände bei den einzelnen Kassen und glaubt, es sei nicht undienlich, wenn man ihr eine nähere Einsicht in die Allodialmasse des verstorbenen Kurfürsten gestatte, damit jene Passiva, die dazu geeignet sind, durch sie auch ihre Deckung fänden. Nun beschwert sie sich auch nachträglich wegen der Umgehung ihres Beirates bei der Errichtung der Generallandesdirektion.³ Auf all das bekommt sie aber ziemlich ungnädigen und zurechtweisenden Bescheid.⁴ Darüber nun ihrerseits große Bestürzung und Verschanzung hinter ihre Vollmacht. Sie könne nicht so viel willigen und müsse darum, wenn Serenissimus auf seinen Forderungen bestehen bleibe, um sofortige Berufung eines allgemeinen Landtages bitten. Sie weist darum unter steter Anfechtung des von

¹ 1799. 24. Juli. Die Landschaft von Pfalzneuburg an die bayerische.

² 1799. 11. Juli. R. R.

³ 1799. 17. Juli. S. G.

⁴ 1799. 21. Juli. R. R.

der Regierung dargelegten Finanzzustandes alle Mehrforderungen zurück.¹

Daß das Verhältnis zwischen Hof und Ständen sich schnell verschärfte, dazu halfen die verschiedensten Faktoren mit. Einer der wesentlichsten war natürlich die Weltlage, die immer größere Opfer vom Lande forderte. Nachdem die preußische Antwort alle Hoffnungen auf Berlin entgültig zunichte gemacht hatte, erfolgte der enge Anschluß an Rußland, dessen Garantie Bayern dadurch erlangte.² Infolgedessen mußte nun die Regierung für 24000 Mann, deren Anschluß an die russischen Truppen die fernere Existenz Bayerns erfordere, die Mittel verlangen.³ Dabei war diese Armee bis dahin ausdrücklich als Landesverteidigungsarmee bezeichnet worden, die die Grenzen nicht überschreiten sollte. Dafür war denn die Landschaft sehr schwer zu haben und verschanzte sich, wie immer, wenn sie nicht wollte, hinter ihre Bollmacht.⁴

Dazu kam noch recht zur Unzeit die Erhöhung der Apasage für den Herzog Wilhelm, wozu ein landschaftlicher Vertrag gefordert wurde.⁵ Auch ein Personenwechsel im landschaftlichen Departement trug gewiß nicht wenig zur Verschärfung der Lage bei. Ullschneider war Referendar in Landschaftsachen geworden. Montgelas selbst schildert ihn treffend als einen Mann „rempli d'idées, de vues, d'une imagination ardente, d'une activité infatigable, qui seroit un des administrateurs les plus distingués, s'il donnoit à la réflexion le temps de mûrir ses projets et s'il ne regardoit comme perdus les instans consacrés au détail“.⁶ Ullschneider tritt uns in der That in seinen verschiedenen Gutachten und Entwürfen als eine durchaus von modernem Geiste erfüllte, selbständige und ideenreiche Persönlichkeit entgegen. Er machte aus seiner revolutionären Gesinnung, die unter der neuen Regierung allerdings nicht mehr als solche galt, durchaus keinen Hehl, wie er denn später direkt in den Verdacht revolutionärer Umtriebe kam⁷ und sehr wahrscheinlich im Zusammenhang mit diesen seines Amtes entsetzt ward. Daß dieser der Landschaft sehr

¹ 1799. 6. Aug. und 14. Aug. B. G.

² Du Moulin Edart, a. o. I. 169 ff.

³ 1799. 11. Aug. R. R.

⁴ 1799. 14. Aug. B. G.

⁵ 1799. 30. Aug. R. R.

⁶ Laubmann-Doeberl, Montgelas. S. 65.

⁷ C. F. Neumann, Der Plan zu einer süddeutschen Republik am Ende des 18. Jahrhunderts. In Jahrbücher für Politik und Literatur, 1884. X. 246.

Seigel, Die Jakobiner in München. In „Aus drei Jahrhunderten“, Wien 1881. S. 159 ff.

Ullschneiders „Ehrenrettung“ ist versucht worden von Du Moulin Edart in Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns, V. 139.

schnell mißliebig wurde, ist begreiflich. Auf ihre scharfen persönlichen Ausfälle gegen ihn ging jedoch die Regierung gar nicht ein. Sie verlangte, wenn die Landschaft Klage gegen eine bestimmte Person zu führen habe, so solle sie das in einem gesonderten Akte tun.¹

So entgegnete ihr nun die Landschaft auf ihre Forderungen für die ins Feld rückenden Truppen: „Gefährlich ist die äußere Lage, aber näher ist noch die Gefahr, welche von innen den gewaltigen Umsturz droht. Nahe an dem Throne wird schon eine geraume Zeit an dem Plane gearbeitet, den Prälaten-, Ritter- und Adelsstand zu vernichten. Statt solider Verbesserungen eine größere Verwirrung, Projekte und Neuerungen. Man läßt Druckschriften im Publikum zirkulieren, welche die Stände auf die ungezogenste Art beschimpfen.“² „Finden wohl Ew. k. Durchlaucht — so fragt sie ebenda — noch jenen allgemeinen Enthusiasmus, der bei höchstdero Regierungsantritt sich so schön im Einklang zeigte?“ Warum wollt ihr uns immer gegen die Nation mißtrauisch machen? — antwortet darauf die Regierung.³

Die Regierung ließ sich durch die bitteren Worte der Landschaft nicht von ihrer Bahn abbringen, sie benutzte sie vielmehr, um einmal den Finger auf die empfindlichste Stelle der landständischen Verfassung zu legen, die der Unverhältnismäßigkeit der Besteuerung. Sie versichert zwar, sie habe an eine Vernichtung der Stände noch nie gedacht, erklärt aber dann doch, daß sie gesonnen sei, allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen gleiches Recht und Schirm zu verschaffen. Schon seit zwei Jahrhunderten jammert man in Bayern über die Steuerungleichheit. „Wir sind entschlossen, mit dieser Peraequation der Steuern ohne Zeitverlust anfangen zu lassen, und werden zunächst trachten, unsere Kameralrubriken in eine einzige billige Auflage zu bringen. Findet ihr alsdann diese Auflage eurem Geseße angemessen, so kann diese auch auf den bisherigen Steuerfuß angewendet werden.“⁴

Was die Regierung unter dieser Steuerrektifikation verstand, geht aus dem pfalzneuburgischen Deputationsabschied vom 5. Oktober des Jahres hervor. Danach sollte diese Rektifikation nach folgenden Grundsätzen vorgenommen werden: Die Landsteuern werden nach dem Flächeninhalt des Grundes

¹ 1799. 21. Sept. R. R.

² 1799. 6. Sept. R. R.

Von den Pasquillen sei hier genannt: „Leben und Taten des berühmten und landverderblichen Dr. Herkommens“. 1799 und auch: „Über die Quellen des wachsenden Mißvergnügens in Bayern“ 1799.

³ 1799. 21. Sept. R. R.

⁴ a. o.

und Bodens von jedem Besitzenden, wer es auch immer sei, ohne Ausnahme, und die Konsumtionssteuer nach der Größe einzelner Lebensartifel von jedem Konsumenten gleichfalls ohne Ausnahme entrichtet werden. Bei der Ausmittlung der Landsteuern wird die Güte und Art des Bodens in Betracht gezogen. Außer diesen Abgaben soll es nur mehr eine Haussteuer und Maut- und Akzisegebühren in Neuburg geben. Alle anderen Abgaben, auch der von der Landschaft so oft angefochtene Hofsfuß soll aufgehoben sein. Auch die Scharwerksleistungen der Grundholden sollen rektifiziert und für ablösbar erklärt werden.

Alsobald verwahrt sich die Landschaft gegen die Idee einer allgemeinen Gleichheit und erklärt, falls unter Steuerrektifikation eine Veränderung des Steuerwesens in den Grundlinien verstanden werden sollte, so müsse sie sich für unberechtigt halten, darauf einzugehen und auf einen Landtag hinweisen.¹ Um sich über die geltende Steuerverfassung noch genauer zu orientieren, verlangt die Regierung die Einsendung der Steuer- und Aufschlagsrechnungen für die letzten 10 Jahre,² was die Landschaft nicht weigern konnte. Bayern sollte jedoch noch Jahre lang auf die Ausführung dieser Steuerrektifikation warten müssen.

So sehr die Worte über eine notwendige Steuerrektifikation die Regierung auszeichneten, so beherzigenswert und tolerant war auch ihre Antwort auf die landschaftlichen Klagen über Pasquille. „Mißbräuche — so schreibt sie — dürfen gerügt werden, sonst bleiben sie ewig. Lassen wir die zu Menschen geborenen Geschöpfe immer Menschen werden, lassen wir sie Gebrauch von ihren Verstandeskräften machen, lassen wir sie raisonnieren, wir wollen sie nicht drücken, nicht drücken lassen“.³

Bankprojekte.

Auch das Bankprojekt, von dem man Rettung erhofft, zog sich unter diesen Verhältnissen ergebnislos in die Länge. Es war ja die Zeit reich an solchen finanztechnischen Kunststücken, die meist recht traurig endeten und denen selbst der Laie heutzutage die schwachen Seiten ansieht, von deren Nichtigkeit man aber damals in weiten Kreisen überzeugt war. So hatte auch der Landschaftsanzler den Plan für eine Landbank zuerst vorgelegt.⁴ Zweck dieser Bank sollte sein, das Land vor der Ueberschwemmung mit fremdem Papiergeld zu bewahren. Die erste Dotation derselben sollte durch Ueberweisung der

¹ 1799. 27. Nov. L. G.

² 1799. 3. Dez. R. H.

³ 1799. 21. Sept. R. H.

⁴ 1799. 22. Mai. Magrthofen, Skizze eines neuen Landbanko.

außerordentlichen ständischen Beiträge dieses Jahres geschehen. Der Plan zeichnete sich vor allen anderen durch Solidität aus. Vorläufig sollte die Bank keine zu große Ausdehnung bekommen, denn vorerst müssen die Bankpapiere vollen Kredit erhalten. Es muß vollständige Sicherheit geboten werden und Unabhängigkeit vom Staate. Alle anderen Pläne litten an dem großen Fehler, daß man, um ein drastisches Bild zu gebrauchen, die Kuh melken wollte, bevor man ihr Zeit zum Kalben gelassen.

Dem landschaftlichen Vorschlag erwuchs sogleich ein gefährlicher Konkurrent in dem Projekt des neuen landschaftlichen Referendars Uhschneider, dem die Regierung den Vorzug gab. Danach sollte der Kredit der Bank nicht auf bare Kapitalien, sondern auf Grund und Bodenwerte gegründet sein und die Bank deshalb Hypotheken-Kasse-Komptoire heißen.¹ Der Plan war nicht originell, er war die verkleinerte Ausgabe des Bankprojektes, das im Februar 1796 einige Pariser Industrielle und Finanzmänner unter dem Vorstize des Abgeordneten Lafond-Debat ausheckten, wonach gegen Ueberlassung von Nationalgütern der Regierung ein bedeutender monatlicher Zuschuß von Seite der Bank gewährt werden sollte.² Auch darin glich diesem der Uhschneidersche Plan, daß es zunächst die Güter des Prälatenstandes sein sollten, die der Bank zwangsweise die hypothekarische Sicherheit boten. Die ständischen Klöster und Abteien sollten bei dieser Anstalt für 2 1/2 Millionen Aktien nehmen, indem sie einen Teil ihrer in Bayern liegenden Güter der Bank verschrieben. Für dieses Kapital sollte dann Papiergeld in gleicher Höhe hinausgegeben werden. Mit Recht übte die Landschaft nach den schlechten Erfahrungen, die Frankreich mit derartigen Finanzmanövern gemacht, die schärfste Kritik an diesem Projekt und betonte, daß der Staat hiervon keinen anderen Nutzen haben werde, als den, auf eine unbeschränkte Art Schulden zu machen.³

Von der Regierung aufgefordert,⁴ legte sie nun einen neuen ausführlichen Entwurf vor, der aber dieselben Fehler hatte, nur daß hier nicht die Regierung, sondern sie selbst es war, die auf eine unbeschränkte Art Schulden machen konnte. Sie gesteht ein, daß dies Papiergeld eine wahre Staatsrevolution sei und bei seiner Unerhörtheit in Bayern vom Publikum auch als eine solche empfunden werde. Sie glaubt aber den sich ergebenden Mißständen durch staatlichen Zwangskurs, eine halbe Bankrotterklärung, abhelfen zu können. Man sieht, wie man-

¹ 1799. 11. Juli. R. R.

² Sybel, a. o. IV. 80 f.

³ 1799. 8. Aug. S. G.

⁴ 1799. 11. Aug. R. R.

ches die altfeudale Landschaft bereits von den Kindern der Revolution gelernt, daß sie sich jetzt gar schon den Antrag der Pariser Kommune¹ zu eigen macht. Den Hauptwert legt sie dabei darauf, daß die Regierung, die selbst Partei sei, nichts mit der Bankverwaltung zu tun habe. Der natürliche Administrator ist vielmehr sie selbst, denn sie besitzt die nötigen Fonds zur Schaffung des Kredits, die Schuldenwerksfonds; sie besitzt das nötige Personal und die Gebäulichkeiten. Dafür verlangt sie aber, daß das Schuldenwerk ihr allein ausgeliefert werde und daß die gemeinsame Verwaltung desselben aufhöre.² Das Bankprojekt sollte ihr also helfen, ihre Macht zu stärken.

Die Landschaft stellt sich die Operationen so vor: Sie bewilligt ein Extraordinarium von 3 Millionen, kann aber nur 1 Million leisten, so stellt sie für 2 Millionen Bankpapiere her und gibt sie als unverzinsliche Zahlungsmittel hinaus, gleichzeitig zahlt sie die vorjährigen Anleihen in Bankpapieren zurück und schafft so aus verzinslichen unverzinsliche Anleihen. Es war in der That ein recht windiges Projekt. Daran änderte auch nichts, daß sie nach Turgots Vorbild Auswechslungskassen³ eingerichtet wissen wollte, die jedes vorgewiesene Papier bar einlösen mußten. Doch sollte der Gulden Papiergeld nur mit 59 Kreuzer ausgewechselt werden, um dadurch die Regiekosten zu decken. Sie bedenkt aber nicht, daß dadurch sofort auch wieder der Kurs gedrückt wird. Auch vergißt sie das Wesentliche, woher die Gelder zur Auswechslung genommen werden sollten. Denn das war doch bei dem Mißtrauen, das man allenthalben im Lande zu den Finanzverhältnissen hatte, unausbleiblich, daß an demselben Tage, da die Auswechslungskassen eröffnet wurden, auch der Sturm auf diese Kassen begann. Es konnte sich dann nur um Tage handeln, daß diese, die doch nur durch die Schuldenwerksfonds gedeckt wurden, die nebenbei bemerkt bereits ihre schweren Verpflichtungen hatten, ihre Zahlungen einstellen mußten. Es wäre dann eine Finanzkrisis entstanden wie im September 1783 in Paris bei dem Sturm auf die Caisse d'Escompte.⁴

Sehr skeptisch antwortete darum nun wieder ihrerseits die Regierung.⁵ Sie verlangte nun von sieben Münchner Geldmännern ein Gutachten, das die Verknüpfung beider Projekte empfahl.⁶ Aber inzwischen waren diese Pläne in die Öffentlichkeit gedrungen. Das Publikum war aufs äußerste erregt

¹ Rom 11. Aug. 1792. f. Sybel, a. o. I. 506.

² 1799. 23. Aug. R. G.

³ a. o.

⁴ Wahl, a. o. I. 306.

⁵ 1799. 30. Aug. R. H.

⁶ 1799. 11. Okt. Gutachten.

darüber und äußerte sich nach einer Eingabe der Gemeindevertreter an den Magistrat¹ nicht gar zu glimpflich gegen einzelne bei diesem Projekt beteiligte Personen. Ergebnislos schleppten sich dann noch einige Zeit die Verhandlungen hin.

Jedenfalls war es gut, daß alle diese Pläne scheiterten, denn der Hauptfehler konnte durch keine Verhandlung und keine Klugheit in jener Zeit behoben werden. Es war der gleiche Fehler, wie der, welcher in Frankreich das unsägliche Elend der Assignatenwirtschaft heraufbeschworen, daß man glaubte, durch eine Maßregel, die nur bei bereits vorhandenem festem Kredit Aussicht auf Erfolg hatte, diesen Kredit erst schaffen zu können. „Es ist ein Widerspruch in sich selbst, wenn ein bankrotter Schuldner sich durch neue Schuldscheine Vertrauen erobern will“.²

Urteil der neuen Regierung über die Landschaft.

Die Landschaft war zuletzt recht verhandlungsmüde,³ hatte sie doch fast während des ganzen Jahres gehandelt. So kam schließlich ein Vergleich zustand, wonach die Landschaft gegen 3 Millionen leistete.⁴ So durfte sie kurz vor Jahreschluß nach Hause gehen, nachdem ihr noch die bittere Wahrheit mit auf den Weg gegeben worden: „Die diesjährige lange Postulats-handlung ist ein Beweis, daß ihr dem Staat nicht das leisten könnt, was ihr doch vor, bei und nach dem Antritt Unserer Regierung so heilig öfters mündlich versichert habt“. Das Urteil der neuen Regierung über die Landschaft stand bereits vor Ablauf des ersten Jahres fest: „Die Fehler der Vorzeit, die Gebrechen der Steuerverfassung, die Unentschlossenheit der Landschaft, diesen Fehlern und Gebrechen mit Ernst zu begegnen, hindern sie auch bei ihrem besten Willen, die Staatsverfassung auf unerschütterliche, wahre und gute Grundlagen zurückzuführen“.⁵ Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, daß die Regierung die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zog, sie hieß: Aufhebung der landschaftlichen Verordnung.

¹ vom 2. Nov. 1799.

² Sybel, a. o. I. 114.

³ 1799. 11. Nov. R. G.

⁴ 1799. 27. Nov. R. G.

⁵ 1799. 18. Nov. R. R.

2. Kapitel.

Die Vollmachtserneuerung.**Vorstoß der Regierung.**

Die politischen Aussichten hatten sich inzwischen wieder verschlimmert. Das furchtbare Mißgeschick, das Suworoff bei seinem Abstieg über die Alpen getroffen, hatte naturgemäß auch lähmend auf der bayerischen Regierung gelegen, die ja im Vertrag von Gatschina ihr Schicksal mit dem russischen verknüpfte. Der offenbare Zwist zwischen den Hauptmächten der Koalition ließ sie auch der Landschaft gegenüber mildere Saiten aufziehen, so daß das alte Jahr noch einmal Landschaft und Regierung verhältnismäßig friedlich voneinander scheiden sah.

Nun aber begann im neuen Jahr, 1800, allmählich wieder mehr Licht in die politischen Verhältnisse zu kommen. Die Kunde, der Zar werde im Frühjahr eine neue Armee von 60000 Mann marschieren lassen,¹ zeichnete den Weg, den Bayern unter diesen Verhältnissen allein gehen konnte, klar vor. Sofort aber machte sich auch die Rückwirkung hiervon im Inneren bemerkbar. Der Rückhalt, den die Regierung in ihrer äußeren Politik wieder an Rußland gewonnen zu haben glaubte, gab ihr auch mehr Kraft gegenüber der Landschaft, ähnlich wie gleichzeitig in Württemberg der Herzog durch das Bündnis mit Oesterreich Herr über seine Stände ward.²

Schon im August des Vorjahres, da die Regierung mit vollen Segeln im Fahrwasser der Koalition schwamm, hatte sie einmal nebenher ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Vertretung des Gemeinlandes nicht der Landschaft, sondern allein dem Landesherrn zulomme,³ worauf denn die Landschaft sie entsetzt beschuldigte, an der Vernichtung der Stände zu arbeiten.⁴ Auch stand bei ihr schon am Ende des vergangenen Jahres das Urtheil über die Landschaft fest, daß diese unfähig sei, die notwendigen Mittel aufzubringen und die zeitgemäßen Reformen durchzuführen.

Nun glaubte die Regierung Kraft genug zu haben, mit der notwendigsten Reform zu beginnen. In dem ersten Reskripte des Jahres⁵ erklärte sie, die Steuerrektifikation nun selbst in Hand zu nehmen und mit ihr im laufenden Jahr zu beginnen und lud die Landschaft zur Teilnahme an diesem Werk ein.

¹ Du Moulin Gdard, a. o. I. 215.

² Welfschner, Geschichte von Württemberg. S. 485.

³ 1799. 30. Aug. R. R.

⁴ 1799. 6. Sept. R. R.

⁵ vom 9. Jan. 1800.

Ußsneiders Einfluß gab sich da nicht undeutlich kund, zumal er auch ausdrücklich zum kurfürstlichen Spezialkommissar in dieser Angelegenheit ernannt wurde. Es wird dann weiter in diesem Schreiben, dem der Name Postulat nicht zukommt, weil in ihm nicht postuliert, sondern verfügt wird, der Landschaft mitgeteilt, daß die Regierung die Ausschreibung von zwei Landsteuern bereits verfügt habe¹ und nun erwarte, daß sie auch zwei Standsteuern auf dasselbe Ziel ausschreiben werde. Damit war das ständische Steuerbewilligungsrecht, wenigstens für das Gemeinland, tatsächlich umgangen. Zugleich verfügte sie, daß die Landschaft mit Schluß jeder Woche 20000 fl. an die Kriegskasse abführe.

Landtagsforderung.

Da die Landschaft noch gar nicht versammelt war, war erst ein langes Umfragen bei den Berordneten nötig. Am 27. Januar antwortete sie dann mit einem energischen Protest gegen diese Entrechtung und forderte die Berufung eines Landtages, denn „mit revolutionären Grundsätzen durchdrungene Menschen arbeiten offenbar mit rastlosem Eifer daran, an der bisherigen Verfassung gutes und schlechtes ohne Unterschied verhaßt zu machen“. Zu der gleichen Forderung sei sie gedrängt durch das Verhalten ihrer Mitstände, die nicht bloß in anonymen Druckschriften, sondern auch in legalen Formen immer mehr und mehr ihre Unzufriedenheit mit der landschaftlichen Geschäftsführung zu erkennen geben, die auch die stillschweigende Verlängerung der Vollmacht durch ausdrückliche Erklärung aufheben. Und doch fehlte dieser Forderung die durchgreifende Energie, indem die Landschaft für den Fall, daß die Berufung des Landtags unmöglich sei, sich entschloß, trotzdem weiterzuhandeln, wenn auch nur provisorisch. Das hatte sie schon so oft getan, daß die Regierung vor einer derartigen sogenannten provisorischen Handlung keine Angst zu haben brauchte.

Diese Schwäche hatte ihren Grund in einem immer schärfer hervortretenden Gegensatz in der Landschaft selbst über die Frage der Notwendigkeit eines Landtags. Vor allem Arco,² der vermöge seiner Energie in den meisten Fragen bis dahin den Ausschlag zu geben pflegte, war unter dem Eindruck der revolutionären Stimmung immer mehr zu einem offenen Gegner eines allgemeinen Landtages geworden. Ihm folgten andere, zunächst der Abt Amand von Aspach.³ Ihnen gegenüber standen als Vorkämpfer für den Landtag Graf Preysing⁴ und der

¹ 1799. 9. Jan. Ausschreiben der Generallandesdirektion.

² 1800. 24. Jan. Votum Arcos.

³ 1800. 27. Febr. Votum des Abtes Amand von Aspach.

⁴ 1800. 16. Jan. und 27. Febr. Vota des Grafen von Preysing.

Bürgerstandsvertreter Lizentiat Pronath. Noch hatten die letzteren das entschiedene Uebergewicht, aber es fehlte ihnen mit Ausnahme des Grafen Preysing die Kraft, ihrer Überzeugung zu lieb notwendigen Falls auch auf ihre ganze Stellung und die damit verbundenen Einkünfte zu verzichten. Sie konnten sich selbst nicht verhehlen, daß sie nicht mehr bevollmächtigt seien, daß sie nicht mehr das Vertrauen ihrer Kommittenten besaßen, ja daß ihre Stellung haltlos gegenüber dem Lande und der Regierung geworden, aber sie besaßen nicht den Opfermut, zu sprechen: Entweder Berufung eines gesetzmäßigen Landtages oder wir legen unser Amt nieder. Und darin lag ihre tragische Schuld an dem Untergang ihrer Korporation. Das gab der Regierung ein bedeutendes moralisches Uebergewicht. Nichts ist bezeichnender für die Bedeutung der Landtagsfrage, als das, daß sofort als das Gerücht in die Öffentlichkeit drang, die Landschaft fordere nun ernst einen Landtag, sie auch wieder Strebit hatte.¹

Die Regierung kannte nur zu gut die Stimmung in der Landschaft und wußte sie zu nutzen. Das trat in der kurfürstlichen geheimen Staatskonferenz vom 1. Februar klar zu Tage.² Aus allen Gutachten geht da das Eine hervor, die Landschaft handelt in einer Zwangslage mit ihrer Landtagsforderung. Sie hat darum eine sehr sichtbare Tür gelassen, durch welche der Hof, wenn er will, entslüpfen kann. Man wußte nur zu gut, wie sehr die einzelnen Verordneten an ihrer Stellung und ihren Diäten kleben, darum schlug Krenner vor, die Landschaft an ihrer verwundbarsten Stelle anzugreifen und ihr vorzuschlagen, durch ein Zirkular sollten alle Stände einen neuen Ausschuß erwählen, dann werde sie selbst gern das Loch benutzen, das sie der Regierung offen gelassen.

Ulschneiders Entwurf.

Ulschneider ist der Einzige, der rückhaltlos anerkennt, ein Landtag ist notwendig, er ist das einzige Mittel, die häufigen und tiefliegenden Staatsgebrechen zu heilen. Nachdem die Landschaft bisher unter der Hand immer der Einberufung des Landtags entgegengearbeitet, so habe auch er nicht gewagt, seine Ansicht über die Frage vorzulegen, wie der Landtag gehalten werden müsse. Er führt aus, das Wesentliche an dem Landtag sei, daß die Stimme der Nation gehört werde, wie das aber geschehe, das sei Sache der Regierung. Es war der damals schon alt gewordene Optimismus, der da glaubte, durch die einfache Bewilligung einer wenn auch noch so unvollkommenen Volksvertretung auf einmal alle Schäden und Un-

¹ 1800. 27. Febr. Votum von Barth sen.

² 1800. 1. Febr. Protokoll der k. geh. Staatskonferenz.

zufriedenheit beseitigen zu können. So meinte auch er, es sei nicht rätlich, sämtliche Landstände und auch vielleicht die zum Landtag sich meldenden freien Güterbesitzer auf einen Platz zusammenzuberufen, denn in keinem Fall dürfe man die Politik dem großen Haufen überlassen, wie durch die unmenschlichen Erschütterungen in Frankreich und durch den polnischen Reichstag bewiesen werde. Vielmehr sollen mit Benützung der alten erklärten Landesfreiheit sachkundige Männer eine neue unter dem gleichen beliebten Namen verfertigen, welche den dermaligen Verhältnissen und Zeitumständen angepaßt ist und das Verhältnis des regierenden Hauses zu der Nation genau bestimmt, also einen förmlichen Staatsgrundvertrag für Bayern enthält. Diese Arbeit soll von anderen nachgeprüft und vom Kurfürsten ratifiziert werden. Dann soll sie, durch agnatischen Konsens verstärkt, an alle Stände versandt werden zur Annahme. Erfolgt die Annahme, was nicht zu bezweifeln ist, wenn man bei Auswahl der Kommissare und Beamten und bei der Behandlung der Pfarrer vorsichtig ist, so tritt alsdann die gegenwärtige Verordnung ab und die neue dafür ein. Diese wird zum erstenmal durch den Kurfürsten selbst gewählt, d. h. er schlägt sie in der neuen erklärten Landesfreiheit gleich vor, dann kooptiert sich diese durch Wahl. Wird der Landtag auf solche Weise gehalten, so hat der Fraktionsgeist keinen Spielraum. Allerdings, aber das war auch alles andere eher, als ein Landtag.

Der Erfolg eines derartigen Pseudolandtages läßt sich leicht vermuten aus den Erfahrungen, die Frankreich mit ähnlichen halben Maßregeln gemacht hatte, die anstatt zu beruhigen, erst recht aufrüttelten. Vor allem zeigt das Ulschneidersche Projekt viel Ähnlichkeit mit den Nederschen Provinzialversammlungen vom Jahre 1778, die sich ja auch durch landesherrliche Ernennung und Kooptation aus Ständen und freien Güterbesitzern zusammensetzten.¹

Daß sein Plan nicht ausgeführt wurde, schreibt Ulschneider Montgelas zu, dieser habe S. I. Durchlaucht beredet, daß der Aufsatz voll von Demokratismen sei.² Und daß Ulschneider damit Recht hat, geht aus den Denkwürdigkeiten des Ministers hervor. Danach hatte Ulschneider anfänglich die besten Aussichten, mit seinem Plan durchzudringen. Die Ausfertigung der Landtagsberufung im Sinne Ulschneiders war bereits zur Unterschrift fertig, als der Kurfürst Montgelas in Nymphenburg früher als gewöhnlich vorfand und ihn befragte. Montgelas erklärte sogleich, eine so wichtige Angelegenheit müsse

¹ Bahl, a. o. I. 272.

² 1800. 28. Febr. Notiz zu dem Entwurf einer neuen erklärten Landesfreiheit.

reiflich erwogen werden. Es fand darauf eine schriftliche Abstimmung statt, in der das Projekt einstimmig als verfrüht und in dem Augenblick gefährlich verworfen wurde.¹

Beachtenswerter ist noch Ullschneiders Entwurf einer neuen erklärten Landesfreiheit. Ein wesentlicher Grund für eine solche Tat liegt nach ihm in der Unzufriedenheit des Landvolks. Mit großer Offenheit führt er aus, die dermalige Regierung hat neben dem vielen Guten, das sie getan, den großen Fehler gemacht, daß sie für das Landvolk wirklich noch gar nichts getan hat. Sie muß sich darum das Zutrauen der Nation wieder durch Vorlage einer geeigneten Landesfreiheit erwerben. Die ständischen Grundherren können hinfort nicht mehr als die Geschäftsführer des Landmanns auftreten. Ein Drittel des ständischen Ausschusses wird fortan gebildet aus dem Grundeigentum besitzenden Landvolk, ein anderes Drittel aus dem Bürgerstand und das dritte aus Adel und Geistlichkeit. Das wäre also ein doppelt so starkes Hervortreten des 3. und 4. Standes gewesen als bei Berufung der französischen Reichsstände. In der Gesetzgebung soll es nunmehr oberster Grundsatz sein, daß Gesetze, die das Eigentum der Nation angreifen, nicht ohne Einwilligung des Ausschusses erlassen werden können, eine Forderung, die die Landschaft schon lange gestellt. In der Rechtspflege muß erster Grundsatz sein, daß kein Richter in eigener Sache Recht spricht, also auch kein Grundherr über Leistungen seiner Grundholden. Im Sinne der Landschaft erkennt sein Entwurf die Verpflichtung des Kammergutes zur Deckung der Staatsausgaben rückhaltlos an, weswegen bei Steuerforderungen der Landesherr der Landschaft eine Uebersicht der Kammergüter vorzulegen hat. Am schwersten fiel ins Gewicht die Erklärung der allgemeinen Steuergleichheit. „Jeder im Staate ohne Ausnahme ist verbunden, nach dem Verhältnis seines Vermögens zu zahlen.“ Auch der Landesherr entzagt hierdurch für seine Person und seine Privatgüter aller Steuerfreiheit. Es soll dabei nur Grund-, Gewerbe- und Konsumtionssteuer mehr geben. Jeder Grundherr hat einen Kataster der Pflichten seiner Grundholden einzusenden und es steht dem Landesherrn frei, wenn diese Kontrakte ungerechte Eingriffe in das Allodialvermögen und die Nutznießungsrechte der Grundholden enthalten, solche gänzlich zu kassieren. Jeder ist hinsichtlich seiner Person gänzlich frei und kann Leibesstrafen nur nach Untersuchung durch den ordentlichen Richter unterworfen werden. Vor allem muß aber dem Volke Sicherheit des Eigentums verbürgt werden, auch dem Ausland gegenüber. Ullschneider hat darum den für die damaligen Verhältnisse abenteuerlichen Plan, eine Armee

¹ Baubmann-Doeberl, Montgelaß. S. 65 f.

von 70 000 Mann aufzustellen, der man allerdings versprechen müsse, sie nicht über den Bech hinausgehen zu lassen. Dann würden die fremden Mächte nicht mehr wie bisher mit der bayerischen Regierung spielen.

Stellungnahme der Landschaft hierzu.

Gewaltiges Aufsehen erregten diese Gutachten und Pläne Ulschneiders, die sofort in die Öffentlichkeit drangen und zusammen mit einem Vortrag Ulschneiders vom 30. Juli des Vorjahres unter dem Titel „Materialien zu einem zukünftigen Landtag in Bayern“ in Regensburg wiederholt gedruckt wurden.¹ Kein Wunder, daß die Landschaft gegen den längst Verhassten schäumte. „Man muß — den Antrag stellte der Propst von Alttötting, Graf Josef von Königsfeld, — bei dem Kurfürsten vorstellig werden, um ihm die Augen zu öffnen und den schädlichen Ratgeber in seiner ganzen Blöße darzustellen und auf dessen Entfernung vom landschaftlichen Referat förmlich und namentlich zu dringen“.²

Die Erregung ging um so tiefer, als die Landschaft von der Verwerfung des Ulschneiderschen Planes durch die Regierung zunächst noch nichts erfuhr, vielmehr aus dem Reskripte vom 11. Februar entnehmen mußte, daß sie ihn nun verwirklichen wolle. Denn in ihm ruft sie der Landschaft zu: „So faßt Vertrauen zu Uns! Wir wollen Hand ans Werk legen und, ohne viel Lärm zu machen, die Gebrechen der Verfassung mit Herzhaftigkeit und mit redlicher Liebe zur Nation und ohne Zeitverlust heilen“. Gleichzeitig macht sie hohe Anforderungen an die landschaftliche Vorratskasse und verlangt, um die Landschaft hierzu geneigt zu machen, Abrechnung über diese Geheimkasse. Sie erklärte dann aber nochmals, daß es nur ein Mittel gebe, die Finanzkalamität wirklich zu beheben, eine Rektifikation der Besteuerung. „Mit 40 Geometern und 40 000 fl. läßt sich das rasch erreichen, doch die Landschaft scheint diesem Geschäft immer auszuweichen; oder sollen Wir allein, ohne euer Zutun es unternehmen?“

Wie ernst die Landschaft dies Reskript nahm, geht schon aus der Länge der Zeit hervor, die sie sich zur Beantwortung nahm. Erst am 17. März gab sie ihre Haupterklärung ab. So lange zogen sich wohl die Kämpfe in ihrem Inneren hin, wie aus Arcos Zusatz zu seiner Unterschrift³ hervorzugehen scheint und wie es seine späteren Erklärungen und Gutachten zur Gewißheit erheben. Er war wohl der Ansicht, man müsse

¹ Auch abgedruckt in der „Unparteiischen Prüfung des untertänigst gehorsamsten Antrages über einen Landtag in Bayern“. 1800.

² Gutachten vom 18. Febr. 1800

³ „Dem Concluso gemäß verfaßt zu sein, wird hiermit bezeugt.“

der Regierung die Hand bieten, um dadurch wieder die Stellung der Verordnung einigermaßen zu festigen. Die Mehrheit setzte jedoch durch, daß nochmals erklärt wurde, ihre Vollmacht sei erloschen und man müsse auf der Berufung eines Landtages, aber keiner Volksversammlung, bestehen bleiben. Nur zu deutlich zeigt sie bei der Frage der Steuerreklifikation ihren schlechten Willen, wenn sie erklärt, diese leide keine Übereilung, man solle überhaupt nur verbessern, um zu erhalten, und vor allem Rücksicht auf das Herkommen nehmen. Es ist hier dasselbe Zurückweichen vor diesem doch so notwendigen Werke, wie es sich einst in Frankreich gezeigt, als sich die Parlamente so leidenschaftlich gegen die Katastrierung des Landes gewehrt.¹ Viel vernünftiger handelten die Neuburger Stände, die noch im Vorjahr, im Ständerezeß vom 5. Oktober, die Schaffung eines neuen Katasters angenommen hatten.

Der Subsidienvertrag.

Obgleich die Landschaft in dieser Erklärung für die Landesverteidigung nichts bewilligt hatte, verlangte sie doch von der Regierung, sie solle vor der Hand keine Maßregeln für diese ergreifen und keine Verhältnisse eingehen. Doch diese Warnung kam zu spät, am Tage zuvor, am 16. März, war bereits der Subsidientraktat von Montgelas mit William Wickham in München unterzeichnet worden.² Nach diesem Vertrag mußten dem englischen Könige für die Dauer eines Jahres 12000 Mann gestellt werden, die er unter dem Oberbefehl eines von ihm zu ernennenden Generals in allen Teilen Europas verwenden kann. Der Landschaft wurde der Vertrag nicht mitgeteilt, aber es wurde ihr geantwortet, daß gerade sie durch ihre immerwährenden Weigerungen die Regierung vom Ausland abhängig mache.³

Die unsägliche Erbitterung über diesen Subsidientraktat hat seine Ursache in dem alten Erbfehler der Massen, die Politik mit dem Gefühl statt mit dem Verstand zu machen. Blieb denn Bayern in seiner Lage etwas anderes übrig, als mit beiden Händen nach den Subsidien zu greifen? Den eingeschlagenen Weg konnte selbst die Landschaft damals nicht tadeln, sie weigerte eigensinnig die Mittel hierzu. Was blieb der Regierung anders übrig? Aber nur wenige Stimmen⁴ warnen vor dem blinden Eifer gegen das Wort Subsidie, das seit

¹ Wahl, a. o. I. 184.

² Du Moulin Edart, a. o. I. 235.

³ 1800. 12. April. R. R.

⁴ „Bemerkungen über den Subsidienvertrag Bayerns mit England.“ 1800. „An die Bayern und Pfälzer, ein Wort zum Nachdenken von einem Luteszenten.“ 1800.

dem amerikanischen Befreiungskrieg für viele mit Menschenverkauf gleichbedeutend geworden. Wenn Großbritannien es seinen Zwecken angemessen findet — so sagt ein nüchterner Beurtheiler dieses Vertrags — bei den in Deutschland gegen einen mächtigen und gefährlichen Reichsfeind streitenden Armeen die Stelle eines Zahlmeisters zu übernehmen, so sehe ich hierin . . . ein sehr glückliches Ereignis¹. Die meisten wütheten aber um dieser That willen gegen den „ersten Seelenmörder Bayerns“.² Aller Haß gegen Oesterreich, alle Sympathie für die Franken und nicht zum wenigsten alle Angst und Furcht vor den hierdurch notwendig werdenden doch immer noch ungewohnten Aushebungen unter den eignen Landeskindern wirkten da zusammen. Dazu kam noch die Verhegung durch die aufreizendsten Flugschriften, wie z. B. die derbrealistischen „Szenen aus unseren Tagen,“ 1800, in denen all diese Faktoren deutlich hervortreten und der Kurfürst mit dem Namen „Hofmeßger“ belegt wird, „seit er unsre Kinder verkauft wie's Vieh“. Selbst die edle Dichtkunst mußte mithelfen, gegen diesen Vertrag aufzuheken:

„Er ist so liebvoll, — meint's so gut
Mit euch und euren Kindern,
Verlangt von euch nichts als das Blut —
Den Schafen gleich und Kindern.
Wohin euch nun sein Machtwort treibt,
Geht folgsam, gute Kinder!
Und denket nicht und lebt und leibt,
Wie Gunde für den Schinder!“³

Am wenigsten hatte freilich die Landschaft Ursache, sich gegen den Vertrag zu stemmen, denn sie hatte durch ihre Weigerung die Regierung gerade hierzu gezwungen. Aber bei ihr kam dreierlei zusammen, die Abneigung gegen Oesterreich, die Gefahr, daß der Hof sich nun durch fremdes Geld von ihr unabhängig mache, und die Umgehung ihrer Mitwirkung bei dem Vertrag und dessen Ausführung. Solange der Traktat dem Lande noch keinen Schaden gebracht, tritt vor allem das letztere hervor, daß er ohne Rücksprache mit ihnen abgeschlossen und daß bei den neuen Aushebungen für die Subsidientruppen sie entgegen dem bisherigen Gebrauch nicht befragt worden. Diese Abneigung gegen den Subsidientraktat, die neuerliche Ablehnung des Landtages und die Beharrlichkeit, mit der die Regierung immer wieder auf die Steuerrektifikation

¹ „Zwei wichtige Briefe von einem bayerischen Landbewohner an seinen Freund in München.“ 1800.

² „Die Zeichen der Zeit oder die letzten Zudungen des Adels und der Pfaffen in Bayern.“ Köln im Jahre IX.

³ „Die gutgefinnten Bayern.“ In „Bayerische Nationallieder am Ende des 18. Jahrhunderts und im letzten Jahr der Sklaverei.“

zu sprechen kam, ließen nun die Verordneten auf die Forderung verfallen, mit sämtlichen Komittenten Rücksprache zu pflegen und von ihnen neue Vollmacht zu erbitten.¹

Daß sie hierauf verfiel, dazu wirkte aber vor allem die öffentliche Meinung mit und das Verhalten ihrer Mitstände.

Lange hatte die Landschaft allein gestanden in ihrem Kampfe und selbst mit ihrer Forderung nach einem Landtag. Bayern mußte erst reif werden zur Behandlung dieser Verfassungsfragen, zu der die französische Revolution, zu der auch der Adjunktentag hindrängte. Wohl mag beides auch in weiteren Streifen das Interesse wieder geweckt haben, aber es äußerte sich anfangs nur im Weitererzählen von Klatsch und Anekdoten über den landschaftlichen Zwist mit der Regierung.² Die Unruhen in München, die sich an unfortunale Einrichtungen und Getreideausfuhr knüpften, hatten mit diesen Fragen gewiß nichts zu tun. Auch ein so inhaltsreiches Werk wie die revolutionären „Freimütigen Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Deutschlands“, 1795, mit seiner Forderung der Herstellung der Landstände und einer besseren Repräsentation durch diese hatte in Bayern zunächst keine wahrnehmbare Wirkung. Erst in den 3 letzten Jahren des Jahrhunderts begann die öffentliche Meinung mit der Landtagsforderung nachzufolgen, dann allerdings alsbald in einer Art, daß den meisten Verordneten die Freude am Landtag, die ohnehin wohl nie allzugroß gewesen, verging. Der Landtag, der 1797 in Würtemberg nach 27 jähriger Unterbrechung wieder berufen wurde und sich zu einer Kritik fast alles bestehenden erhob,³ mußte unbedingt auch auf das so nahe und verfassungsverwandte Bayern wirken. Gerade in diesem Jahr erschien nun auch das grundlegende Werk „Über den Wert und die Folgen der landständischen Freiheiten in Bayern“, 1797. Die Schrift verlangt wesentliche Reformen und ist zugleich eine Anklage gegen die Verordnung. Sie kann sich nicht Volksvertretung nennen, weil ihr die Repräsentation nie übertragen worden. Ihr Steuererhebungsrecht und die geringen Beiträge der Stände zu den Staatslasten sind Mißbräuche. Sie fordert, da Palliativmittel nichts mehr nützen, einen Landtag, der wirk-

¹ 1800. 16. Mai. U. G. Die Behauptung: „In Bayern wurden unter Mitwirkung des engeren und weiteren (Landtags-) Ausschusses 10000 Mann ausgehoben“, (Montgelas, Denkwürdigkeiten S. 47) beruht auf einem Fehler des Übersetzers. Es soll wohl heißen: In Bayern wurde der engere und weitere Ausschuß (eine altbayerische Rekrutierungsform) in der Höhe von 10000 Mann ausgehoben.

² Wenigstens wissen die österreichischen Gesandtschaftsberichte nicht viel zu erzählen, wenn sie auf die Haltung des Publikums gegenüber dem landschaftlichen Kampfe zu reden kommen.

³ Wohlwill, Weltbürgertum und Vaterlandsliebe in Schwaben, insbesondere von 1789—1815. Hamburg 1875. S. 46.

lich diesen Namen verdiene, in dem sämtliche Untertanen durch selbstgewählte Abgeordnete vertreten sind. Die Vertreter des Bauernstandes müssen mindestens ebenso stark an Zahl sein wie die 3 gefreiten Stände.

Diese Schrift war epochemachend und gab das Signal zu einer ganzen Flut von Broschüren über diesen Gegenstand. Von da an datiert erst die Landtagsbewegung in Bayern für die breitere Öffentlichkeit. „Wer hat von uns, die letzten zwei Jahre ausgenommen, je von einem Landtag gehört?“ so fragt 1800 eine Flugchrift „Nur ein Landtag kann Bayerns Selbstständigkeit und Glück für die Zukunft gründen“.¹ Die Bedeutung dieser Tat konnte auch die „Gegenschrift zu der neuen Flugchrift über den Wert und die Folgen der ständischen Freiheiten“, 1797, die in Ton und Inhalt von ihrer ruhig und sachlich gehaltenen Vorlage unangenehm absticht, nicht abschwächen, noch weniger vermochte das die völlig reaktionäre „Beurteilung einer anonymen Schrift über den Wert und die Folgen der ständischen Freiheiten“, die 1800 erschien. Für den Tiefstand der letzteren ist schon die Ansicht über die älteste Verfassung Bayerns bezeichnend. Danach waren ursprünglich alle Grundstücke Eigentum der Grafen, Edlen und Freigeborenen. Die Bauern und Unedlen waren Knechte und Sklaven der Adelligen. Daher hatten diese auch von Anfang an die niedere Gerichtsbarkeit. Eine Volksvertretung ist ein Unding, denn die Beschwerden der Bauern gehören nicht auf den Landtag, sondern vor den Grundherrschaften. Wenn der sie nicht abstellt, dann ist kein Prozeß nötig, der Bauer kann dann einfach sein Grundstück seinem Herrn zurückgeben und gehen.

Es verquickte sich mit dieser Landtagsforderung das Verlangen nach Besserstellung des Bauernstandes überhaupt und verlieh der Landtagsbewegung immer mehr Wucht und Volkstümlichkeit. Vor die Frage nach Abhaltung eines Landtages trat die nach Beteiligung des vierten Standes an ihm. Schon 1798 war ein ruhig gehaltener „Beitrag zur Geschichte der Frone oder Scharwerk in Bayern“ erschienen, der für die Abschaffung der Frone plaidierte, dabei aber scharf betonte, daß die Stände, die nur auf ihren Nutzen bedacht seien, die Anwälte des Volkes nicht länger mehr sein könnten. Der Schrift folgte, da inzwischen keine Besserung eintrat, 1800 ein zweiter Teil mit leidenschaftlichen Angriffen gegen die Stände: „ihr wollt euch als unsere Verteidiger aufwerfen, ihr unsere Despoten und Würger, die ihr zur Staatskasse nichts oder wenig genug nach euerem Belieben gebet und auch das wieder doppelt von uns nehmet?“ „Etwas über die Bevölkerung in Bayern“,

¹ f. auch „Die Landstände von Bayern. Was waren sie? Was sind sie? Was sollen sie sein?“ 1800.

1798, stellte die gleiche Forderung nach besserer Vertretung des vierten Standes, da es für einen „gemeinen Bauernverband zu hoch und unbegreiflich ist, wie doch die gnädigen Herrn es dahin haben bringen können, sich zu alleinigen Spreichern des ganzen Volkes aufzuwerfen“.

Ganz systematisch ging die Schrift „über die Quellen des wachsenden Mißvergnügens in Bayern“, 1799, vor. Die Elemente der bürgerlichen Glückseligkeit sind danach Freiheit, Gleichheit und Sicherheit der Person und des Eigentums. Zur Wahrung der Freiheit ist die Trennung der gesetzgebenden, vollziehenden und richtenden Gewalt unbedingt nötig. Die gesetzgebende Gewalt ist unveräußerliches Recht der ganzen Nation. Die Gleichheit macht die Existenz eines erblichen Adels, einer begüterten Geistlichkeit und monopolischer Zünfte überflüssig. Zur Sicherung der Person und des Eigentums muß die Kriminaljustiz menschlicher und der Zivilkoder einfacher sein. Um aber die Anarchie zu vermeiden, muß eine neue Konstitution geschaffen werden und zwar auf einem Nationalkonvent aller Klassen und Stände. Für die Berufung dieses Sorge zu tragen, wird die Landschaft zum Schluß aufgefodert.

Wenn in dieser Schrift nur nebenbei und theoretischer Weise die republikanische Verfassung gelobt wird, so vertritt die Flugschrift „über Süddeutschland“, 1799, direkt die Sache der Republik und sucht ihre Verwirklichung anzubahnen. Den gleichen Zweck verfolgen in poetischer Form die „Bayerischen Nationallieder am Ende des 18. Jahrhunderts im letzten Jahre der Sklaverei“. Doch kommen diese und andere¹ direkt revolutionären und republikanischen Ergüsse hier weniger in Betracht, denn deren Wirkung auf die Landschaft war doch nur indirekter Art. Sie schreckten einen Teil der Landschaft von jeder Änderung des bestehenden ab, einen anderen ermunterten sie, den Landtag zu fordern als ein Vorbeugungsmittel gegen derartige Pläne. Ungleich wichtiger sind die gemäßigten Stimmen, die im wesentlichen einen Landtag im alten Sinne verlangen und die Stimmen ihrer eigenen Mitstände.

Die ständische Opposition.

Dahin gehören, um einige zu nennen, die Flugschriften: „Von der Stimmung und den Einsichten des Publikums in betreff der Landschaft und des Landtages“, „An die Stände Bayerns“, „Stündliche Notwendigkeit eines Landtages in Bayern“, 1799. Gerade der Regierungswechsel schien ja Gelegenheit zur Landtagsberufung zu bieten, um auf ihm die

¹ f. Seigel, Die Jakobiner in München. a. o.

übliche Guldigung vorzunehmen. „Willst du noch länger warten, — so mahnt ein Anhänger des Alten¹ — bis gewisse monstrosen Ideen vom vierten Stand in Umlauf kommen und bis du nicht mehr verbessern kannst, ohne auf das gewaltsamste durchgehends erschüttert und notgedrungen ins Ungewisse hinüber, weiß wie, geändert zu werden? Erwache, Bayern, und handle sogleich und verlange, was recht und notwendig ist!“

Gerade jetzt gab die größere Pressfreiheit nach der Aufhebung des Bücherzensurkollegiums² die Gelegenheit zur Aussprache. „Man stieg zurück zu den Quellen unserer Geschichte. Die Existenz einer Kommission zwischen Landesherren und Ständen, die sich selbst ergänzte, erschien als ein fortwährendes Attentat auf die Rechte der Kommittenten“.³

Von Siegharts borgte sich die Einteilung und das Geheimnis des Erfolgs der Verfasser der vielzitierten Schrift: „Die Landstände von Bayern: Was waren sie? Was sind sie? Was sollen sie sein?“, 1800. Sie waren nur wenig und sind beinahe alles geworden, so beantwortet der Verfasser sich selbst. Ihre wohlervorbenen Rechte sollen so viel als möglich gesichert werden. Das Maximum der Veränderungen besteht darin, daß alle Besitzer eines selbständigen steuerbaren Eigentums durch selbstgewählte Repräsentanten einen verhältnismäßigen aktiven Anteil an der Landesversammlung nehmen; das Minimum besteht darin, daß die Landstände in Rücksicht der öffentlichen Abgaben ganz auf gleichen Fuß mit den übrigen Volksklassen gestellt werden, um so das Interesse des nichtvertretenen Volkes zu ihrem eigenen Interesse machen. „Die Verordneten sollen bei einem zukünftigen Landtag so lange ihrer Stimme verlustig und alle Güter und Besitzungen dem Lande so lange verhaftet sein, bis sie durch Ablegung der Rechnungen und Rechtfertigung der gemachten Schritte sich vor den Kommittenten gereinigt haben“.

Derselbe Ruf tönt der Landschaft auch aus der Schrift: „Ein neuer Landtag, die wichtigste Angelegenheit für Bayern“, 1799, ernst entgegen. Ihre Vollmacht ist erloschen und wenn sie nur wirklich ernstlich den Landtag fordert, so wird ihn der Landesherr auch berufen.

Wird hier noch in anonymer Form die Vollmacht für erloschen erklärt, so geschieht das am 6. August 1799 offiziell und in aller Form in einem Protest von 26 Gliedern des Adelsstandes an die Landschaft. Unterzeichnet hat Heinrich Freiherr von Leoprechting auf Trlbach als erster, die Seele der Oppo-

¹ „Ständliche Notwendigkeit eines Landtags in Bayern.“ 1799. S. 64.

² Am 10. April 1799. f. Seydel, a. o. I. 111.

³ Raubmann-Doeberl, Montgelas. S. 65.

sition ist aber jedenfalls Johann Nepomuk Freiherr von Bellhooen, der später unter dem gutgewählten Pseudonym Dietrich von Blieningen mit großem Geschick die Sache der altständischen Partei jedoch im fortschrittlichen Sinne verfocht. Die Vorstellung war durch die landschaftliche Ausschreibung einer außergewöhnlichen freiwilligen Gabe des Ritter- und Adelsstandes von 200000 fl. veranlaßt. Die Unterzeichner erklärten, hiezu nicht vermögend und schuldig zu sein, da sie weder selbst vernommen, noch zu solcher Beschwerung ihre Repräsentanten bevollmächtigt haben. „Die Vollmacht des ersten Ausschusses von 1669 ist um so mehr erloschen, als sie nur auf persönliche Eigenschaften gegründet war“. „Man lege nach 130 Jahren entschlossen die Hand ans große Werk eines Landtages“. Zu Opfern erklären sie bereit zu sein, verlangen aber, daß ihre Zustimmung erholt werde auf einer gemeinschaftlichen Tagung.

Gerade diese offizielle Vollmachtentziehung machte auf die Landschaft den größten Eindruck. Sie konnte sie nicht unbeantwortet lassen, zumal sie sofort auch im Druck erschien unter dem Titel: „Bittliche Vorstellung mehrerer Individuen des Ritter- und Adelsstandes in Bayern an die hochlöbliche Landschaft“ und zwar mit sämtlichen unterzeichneten Namen.¹ Als diese Vorstellung ohne sichtbaren Erfolg blieb, folgte in demselben Geiste der „Neueste landständische Bundbrief mit Erläuterungen“, 1800, der im Anfang Januar 1800 öffentlich in Bayern verkauft wurde und, ein Beweis für seine einschlagende Wirkung, sofort an drei Orten Bayerns nachgedruckt wurde. Am 30. Januar verbot die Regierung den Bundbrief und ließ nach dem Verfasser fahnden, da er nur dahin ziele, „unter Unseren lieben und getreuen Ständen wechselseitiges Mißtrauen und Zwiespalt zu erregen und sie zur Willkürverletzung anzuleiten“. Der Bundbrief erklärte, „in Erwägung, daß die ausnehmende Verachtung der Landesversammlung die größte, wenn nicht die einzige Ursache des Unfugs und Übels ist, in die Bayern seither versunken, tun wir hiermit kund, daß wir fest entschlossen sind, der Landschaftsverordnung oder deren Beamten keine Steuerbeiträge mehr zu reichen, sondern diese, jedoch nur unter der Voraussetzung der baldigsten Zusammenberufung des Landtages einstweilen unmittelbar an unseren gnädigsten Landesherrn gelangen zu lassen“. Die Stände haben das Recht, wenn es nicht anders geht, auch ohne landesherrliche Berufung zusammenzutreten. Noch aber wollen sie davon

¹ Dagegen richtet sich der „Appendix zu bittlicher Vorstellung mehrerer Individuen des Ritter- und Adelsstandes in Bayern“, 1800, und gegen diese wieder die „Briefe zum Appendix... Vom Verfasser der bittlichen Vorstellung“. 1800.

² „Der Bannstrahl des Hofes gegen den neuesten landständischen Bundbrief in Bayern.“ 1800.

abstehen und nur wenn die Verordnung nicht abtritt, so wird sich vielleicht vor ihren Augen ein landständischer Konvent versammeln, der über ihre Aufhebung berät wegen der Art und Weise, wie man in die Verordnung kommt und wie dort die Geschäfte geführt werden und wegen der Korruption der einzelnen Verordneten, die sich durch Vänder, Schlüssel und sonstige Vorteile gewinnen lassen. Eine „Notwendige Beilage zum neuesten landständischen Bundbrief“ schlägt vor, mit Umgehung der Landschaft einen Landtag zu verlangen oder auf einem Konvent eine neue Verordnung zu erwählen, der dann gebundene Marschroute gegeben werden müsse.

Was wollten neben so lauten Rufen einige reaktionäre Stimmen bedeuten, wie z. B. die „Wünsche eines bayerischen Patrioten an den Landtag“, 1800, die, wenn einmal ein Landtag gehalten werden sollte, nur die Befestigung der extremsten altständischen Anmaßungen von ihm erwarten!

Die Vollmachtserneuerung.

Die Landschaft konnte sich, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollte, der energischen Forderung ihrer Mißstände nicht länger entziehen. Es mußte von ihrer Seite etwas geschehen. Die Landtagsberufung bei der Regierung durchzusetzen, dazu fehlte ihr die Kraft und was noch wesentlicher war, der ehrliche Wille. Wenn ein Vorwurf der Mehrzahl der Verordneten gemacht werden kann, so ist es der, daß sie sich zu fest an ihre Stellung klammerte. Die Verordnung verfiel darum auf den Ausweg, mittels einer schriftlichen Abstimmung die Erneuerung ihrer Vollmacht zu erlangen. Unter Voranstellung der Sachlage und der wiederholten Bitten um einen Landtag seit dem Jahre 1794 und gleichzeitiger Mitteilung der wichtigsten neueren Aktenstücke legt sie ihren Kommittenten die Fragen vor: „1. Ob auf der unausgesetzten Erbittung eines Landtags bestanden werden solle, 2. ob diesfalls der Landtag noch in diesem Jahre eintreten, 3. ob einem landschaftlichen Ausschuß, respektive der Verordnung bis auf weiteres eine neue Vollmacht erteilt werden, 4. wie lange in diesem Falle diese neue Interimsvollmacht dauern solle und 5. ob besagte Vollmacht nicht auch dahin ausgedehnt werden wolle, um sich in Beratung wichtiger Reformen oder in Vorbereitung der auf einem Landtag definitiv zu berichtenden Gegenstände einlassen zu können“.¹

Was die Landschaft am liebsten hören wollte, das war deutlich genug in der Fragestellung enthalten: Erneuerung und Ausdehnung ihrer Vollmacht. Eine wirksame Opposition machte sie schon durch die Art der Abstimmung unmöglich, dann aber

¹ 1800. 16. Mai. Die Landschaft an alle Stände Ober- und Unterlands Bayern.

auch durch Auslassung der Frage, was denn geschehen solle, wenn die Vollmacht der Landschaft nicht erneuert werden sollte. Ausschlaggebend aber war die politische Lage, war doch Moreau bereits im Anmarsch auf Bayern, als die Landschaft sich zu dieser Befragung ihrer Kommittenten entschloß. Daß in solch' gefahrdrohender Lage nicht die Zeit sei, eine neue Verordnung zu wählen, daß im Gegenteil die alte Verordnung in den bevorstehenden schweren Tagen möglichst zu stützen sei, dieser Einsicht konnten sich voraussichtlich nur wenige entziehen. Trotz all dieser Momente war aber der Ausfall der Abstimmung keineswegs befriedigend für die Landschaft. Von den 349 eingelaufenen Stimmen bestritten nur 4 die Notwendigkeit eines Landtages, 160 wollten ihn womöglich noch in diesem Jahre, 54 nach weiterer Entfernung des Kriegstheaters und 82 Stimmen wollten ihn nach abgeschlossenem Frieden berufen wissen. Eine Majorität von 296 Stimmen forderte also die Landtagsberufung bis spätestens nach Eintritt des Friedens. Trotz der Fragestellung aber ergaben sich bei der Frage nach der Erneuerung der Vollmacht größere Differenzen. 192 stimmten für Erneuerung, während 74 dagegen waren. Sehr wesentlich wurde die Beantwortung der 4. Frage, die gegen 100 Stimmen offen ließen, während 181 die neue Vollmacht nur bis zum Landtag beziehungsweise bis zum Frieden dauern lassen wollten. Da der späteste Termin der Landtagsberufung kurz nach eintretendem Frieden war, so war die neue Vollmacht ungewisselhaft auch dann erloschen, wenn es sich nach dem Frieden zeigte, daß man an eine Landtagsberufung gar nicht mehr dachte. Die letzte Frage um Ausdehnung der Vollmacht beantworteten 164 Stimmen mit Ja, 52 mit einem bedingten Ja und 85 mit einem glatten Nein.¹

So war denn die Vollmacht der Verordnung bis zum Frieden und zwar in ausgedehnter Weise erneuert worden. Dies sollte auch seine Schattenseiten für die Landschaft haben. Es wurde ihr hierdurch die gewichtigste Waffe gegenüber der Regierung genommen, die Berufung auf die Beschränkung ihrer Vollmacht. Zugleich aber hatte sie nun die Rechte ihrer Kommittenten ausdrücklich durch die Befragung anerkannt. Ihre Stellung mußte haltlos werden, so bald sie sich in Gegensatz zu dem bei der Abstimmung zu Tage getretenen Willen der Majorität ihrer Mitstände setzte.

¹ 1800. 27. Juli. B. B. mit vorläufiger Mitteilung des Resultats.

1800. 18. Sept. Bericht des Ausschusses an die Landschaft über den Erfolg der Abstimmung.

Gebruckt in „4. Lieferung der Präliminarien eines neuen Landtags in Bayern“. 1800.

3. Kapitel.

Die neue französische Invasion.**Vor der Invasion.**

Während so die Landschaft um den Rest ihres Lebens kämpft und von ihren Auftraggebern noch einmal für kurze Zeit eine neue Vollmacht erhält, geht die Weltgeschichte ihren Gang weiter, der schließlich doch zu ihrer Vernichtung führen mußte. Bonaparte war aus Aegypten zurückgekehrt und das Kriegsglück heftete sich wieder an die französischen Fahnen. Am 1. Mai überschritt Moreau den Rhein und am 26. Mai stand er bereits wieder an den Grenzen Bayerns.¹ Gerade in dieser äußersten Not versagte auch diese Regierung. Der Kurfürst floh vorzeitig auf einen falschen Alarm hin und kehrte am 1. Juni wieder zurück² nach München, ohne dadurch den üblen Eindruck verwischen zu können. Anstatt dem Grafen Merveldt, der die Lechlinie zu halten entschlossen war, alle verfügbaren Truppen anzuvertrauen, wurden ihm selbst die geforderten 1500 Mann Infanterie zum größten Teil versagt, so daß er diese wichtige Linie preisgeben mußte.³

Auch der Landschaft gegenüber fehlte der Regierung in diesem Augenblick die durchgreifende Energie. In einer kombinierten Ministerkonferenz⁴ eröffnete Montgelas den landschaftlichen Deputierten die Gefahr eines französischen Einfalls, legte die Landesverteidigungspläne vor und verlangte vor allem einen Voranschuß von 120 000 fl. In solcher Gefahr wagte die Landschaft, die um ihres eigenen Vorteils willen tausendmal skrupellos ihre Vollmacht vergessen, ihre Hilfe zu weigern, weil sie nichts entscheiden könne, ehe die neue Vollmacht eingetroffen. Ja sie legte gegen die Aushebung von Kapitulant-Beschwerde ein. Keiner hätte die Regierung schelten dürfen, wenn sie da dasselbe getan hätte, wie Kurfürst Friedrich von Württemberg 1805 gegen seine Stände, denen er in ähnlicher Lage seine Deputierten aufs Landhaus sandte, die in seinem Namen die landschaftlichen Klagen erbrachten.⁵ Auch gab das Finanzdepartement, von Montgelas zur Äußerung aufgefordert,⁶ einen ähnlichen Rat, indem es auf das Vorgehen des ersten bayerischen Kurfürsten im Jahre 1634 hinwies, der, als der Feind

¹ Du Moulin & Cart, a. o. I. 252 ff.

² 1800. 27. Juni. Pro Notitia in den Postulatsakten.

³ Du Moulin & Cart, a. o. I. 269.

⁴ 1800. 27. Mai.

⁵ Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes. 1905. I. 178.

⁶ 1800. 7. Juni. Montgelas an das geh. Finanzdepartement.

im Land stand und die Landschaft Hilfe verweigerte, eine kurfürstliche Deputation zu den landschaftlichen Ständen ordnete, die Gehälter der Verordneten sperrte und Steuern ausschrieb. Aber das ging doch Montgelas zu weit, er wollte ein derartiges Vorgehen erst zuletzt angewendet wissen. Er schlägt vor, die Landschaft auf eine minder auffallende Art zu entlassen. Man soll suchen, die angefangene Postulatzhandlung mit Beseitigung aller Anstände und Weitläufigkeiten zu Ende zu führen, um sie dann so schnell wie möglich zu entlassen. Da die Landschaft vor allem die Gelder zur Landesverteidigung verweigert, so behalte man sich einen Nachtrag vor und nehme die halbe Million aus der Subsidienkasse.¹ Er selbst entwirft auch ein so lautendes Reskript, in dem zugleich zur Beruhigung der Verordnung versprochen wird, den allgemeinen Landtag einzuberufen, sobald die Herstellung des Reichsfriedens diese Maßregel zuläßt und man von den vorhergegangenen reichlichen, gemeinschaftlichen Vorbereitungen den gehörigen Nutzen erwarten kann.²

Die Franzosen in München.

Doch es war längst schon zu spät, noch irgend etwas Beiehlisches für die Landesverteidigung zu schaffen. Das mochte wohl auch Montgelas zur Nachgiebigkeit bestimmen. Die Ereignisse in Italien brachten auch die in Deutschland zur Entscheidung. Am 28. Juni zog bereits die Division Decaen in München ein, nachdem der Kurfürst am Tag zuvor unter Hinterlassung einer bevollmächtigten Generalhofkommission nach Amberg geflüchtet war.³

Zum zweiten Male sah nun Bayern Moreau in seinen Grenzen. Doch Max Josef hatte dafür gesorgt, daß sich diesmal nicht dieselben Vorgänge wie 1796 wiederholten. In einer eigenen Instruktion war das Generalhofkommissariat angewiesen worden, der Landschaft in keinem Falle zu gestatten, über die damals abgeschlossene Konvention oder über irgend einen Gegenstand unmittelbar mit dem Feinde zu unterhandeln. Wer sich außer dem Generalhofkommissariat auf irgend eine Art mit dem Feinde einläßt, oder von einem anderen Aufträge an diesen übernimmt, soll als Staatsverräter angesehen werden.⁴ An die Nichterfüllung der Konvention von Pfaffenhofen wurde ja in diesen Tagen das ganze Land nachdrücklich durch General Decaen erinnert, der nun die damals

¹ 1800. 19. Juni. Montgelas an das geh. Finanzdepartement.

² 1800. 19. Juni. R. R. nach Montgelas' Entwurf.

³ 1800. 28. Juni. Pro Notitia.

⁴ 1800. 30. Mai. Max Josef an das Generalhofkommissariat.

nicht gezahlten Millionen vom Lande forderte.¹ Daß es zu keiner Konvention im Stile von Pfaffenhofen kam, lag an der Landschaft gewiß nicht. Am Unterhandeln hätte sie die noch ausstehende Vollmachtserneuerung ja nicht gehindert, die hinderte nur beim Zahlen. Sofort am Tage des Einzugs der Franzosen in München erklärte sie den Augenblick nahe, in gütliche Unterhandlung zu treten und daß sie ihrer Obliegenheit nicht vergessen dürfe, in tätigster Konkurrenz mitzumirken, um möglichst schonende Bedingungen zu erlangen. Sie hatte sogar schon vier Deputierte zu diesen Unterhandlungen erwählt.² Die Regierung lehnte natürlich ihrer Instruktion gemäß ab,³ doch setzte die Landschaft wenigstens durch, daß ihre Deputierten gemeinsam mit den kurfürstlichen Moreau in Nymphenburg begrüßen durften. Dort erhielt ihre Unterhandlungslust neue Nahrung durch Moreau selbst, der eine kurfürstliche Erklärung wünschte.⁴

Sendung Preysings an das Hoflager.

Da die Generalhofkommission fest blieb, sandte die Landschaft Preysing und ihren Archivar Panzer an den Kurfürsten, um dort mündlich ihrer Vorstellung über die Notwendigkeit von Unterhandlungen Nachdruck zu verleihen. Weil der Subsidientraktat offenbar ein Haupthindernis für eine gütliche Auseinandersetzung mit den Franzosen war, so sollten sie vor allem auf dessen Kündigung hinwirken und versprechen, die Landschaft wolle für den Unterhalt dieser Truppen mit möglichster Anstrengung willigen.⁵ Allerdings war Preysing in nicht geringer Verlegenheit bei seiner Mission, da ihm jede Nachricht fehlte, wohin Max Josef sich begeben. Er suchte ihn in Ansbach, Bayreuth und Nürnberg und fand ihn schließlich in Amberg. Aber dort war alle Mühe vergebens. Schon nach dem ersten Gespräch mit Montgelas am 8. Juli mußte er, was der Kurfürst ihm antworten werde. In zweimaliger Audienz erklärte ihm der Kurfürst, daß es jetzt noch nicht möglich sei, zu unterhandeln und die bayerischen Truppen von der I. I. Armee wegzuziehen, da das Waffenglück sich noch ändern könne, die garantierende Macht fehle und die eigenen Kräfte zu gering seien, um ein derartiges Arrangement behaupten zu können. Nur das Eine erreichte er, daß der Landschaft erlaubt wurde, sich bei Moreau um Ermäßigung der Requisition zu vermen-

¹ Du Moulin Edart, a. o. I. 277.

² 1800. 28. Juni. B. G.

³ 1800. 28. Juni. Generalhofkommissariat an die Landschaft.

⁴ 1800. 1. Juli. Notiz.

⁵ 1800. 2. Juli. B. G.

den.¹ Diese Erlaubnis half ihr jedoch wenig bei der Generalhofkommission, die sie trotzdem von den betreffenden Verhandlungen, die der kurfürstliche geheime Rat Anton von Cetto, unterstützt von dem preussischen Residenten Garnier, in Augsburg führte,² völlig ausschloß, so daß die Landschaft mit Einstellung aller Zahlungen drohte, wenn ihr nicht eine beruhigende Erklärung zu teil werde, daß diese Umgehung ihrer Konkurrenz für die Zukunft keine Folgen habe.³

Die Kontribution.

Inzwischen waren aber die Resultate der Abstimmung bekannt geworden und die Landschaft konnte am 27. Juli die Erneuerung und Ausdehnung ihrer Vollmacht vorläufig der Regierung bekannt geben. Das hatte nun sofort für sie die Folge, daß sie sich nicht mehr wie bisher den notwendigen außerordentlichen Zahlungen entziehen konnte. Moreau hatte ja 8 Millionen Franks gefordert, die er auf Verwendung Cettos und Garniers auf 6 Millionen ermäßigte.⁴ Gleich in der ersten Ministerkonferenz mußten die landschaftlichen Deputierten sich nun zur Bewilligung und Ausmittlung einer Summe von fast einer Million für diese Kontribution verstehen und mußten dabei auch ihren so ängstlich gehüteten Vorrat angreifen. Gleichzeitig verwahrte sich allerdings die Landschaft gegen die „unselig eingeschlagene Politik“, die ihr wohl Ursache sein könne, daß sie sich der Zahlung der Kontribution ganz entziehe und diese ganz allein auf S. kurfürstliche Durchlaucht hinweise.⁵ Es war ja inzwischen von Kray am 15. Juli der Waffenstillstand von Parsdorf mit Moreau abgeschlossen worden, der für Bayern der denkbar ungünstigste war.⁶ Es war dadurch von seinem Bundesgenossen dem Feinde und nun auch feindseliger Behandlung preisgegeben.

Die Geldgeschäfte gingen dabei langsam vorwärts. Es wurden in den Städten freiwillige Kontributionsklassen eingerichtet, an denen gleiche Rechte zu haben, Regierung und Landschaft nach einigen Streitereien sich einigten. Der Kurfürst ermächtigte dazu die Landschaft zur Aufnahme eines neuen Anlehens und diese war trotz ihrer Unzufriedenheit mit der

¹ 1800. 12. Juli. Bericht Prenzings über seine Mission.

² Du Moulin Cart, a. o. I. 320.

³ 1800. 27. Juli. L. G.

⁴ Du Moulin Cart, a. o. I. 320. Zum Dank für ihre Tätigkeit überreichte die Landschaft jedem von beiden 300 Karolinen. f. 1800. 2. Aug. Beschluß der Landschaft.

⁵ 1800. 28. Juli. Protokoll der Ministerkonferenz. f. auch Instructions der Deputierten zu dieser Ministerkonferenz.

⁶ Du Moulin Cart, a. o. I. 309.

kurfürstlichen Politik ganz willig.¹ Es schien ja nun doch, als ob durch preussische Vermittlung endlich ein Arrangement mit der Republik angebahnt werde.

Die Supplementarkonvention.

Da drangen auf einmal Gerüchte nach München von einer Erneuerung des Subsidienvertrags, die tatsächlich am 15. Juli in Form einer Supplementarkonvention in Amberg erfolgt war und für Bayern ungleich günstiger als der erste Subsidienvertrag war. Zugleich sickerte etwas von einer Unterredung Montgelas' mit dem englischen Geandten Wigham bei dieser Gelegenheit durch, in der Montgelas wie aus Zufall den Gedanken hingeworfen, ob es etwa möglich sei, für das bayerische Fürstenthum ein ansehnliches Königreich am Rhein und in Belgien zu schaffen.² Die Erneuerung der Konvention gerade in diesem Augenblick, da Bayern von Moreau besetzt war und noch dazu die scheinbare Wiederaufnahme des alten Tauschprojekts ließ die Landschaft sofort Schwierigkeiten machen. Nun kam sie auf einmal mit nachträglichen Bedingungen für ihre Willigungen. Von diesen war die wesentlichste die Erklärung des Kurfürsten, ob er die Subsidien fortzusetzen oder aufzugeben gedenke und was er zur Entrichtung der Kontribution beitragen wolle. Diese Frage nach der Supplementarkonvention war für die Regierung höchst unangenehm. Sie suchte die Interpellation durch die Forderung zu verschleppen, die Landschaft müsse das in eigenem Berichte vorbringen.³ Als nun dieser kam und die Landschaft in ihm mit allem Nachdruck betonte, daß die Freundschaft der Republik dem Lande nicht nur im Falle des Krieges, sondern auch des Friedens von größtem Nutzen sein werde, während England mit seiner geographischen Lage Bayern nicht zu schützen vermöge,⁴ wurde ihre Eindrängung in die Politik von Amberg aus gerügt.⁵ Auf alles Drängen der Regierung, die erklärt, das Land könne ohne Ruin bei längerer Weigerung der Landschaft nicht bestehen,⁶ hat die Landschaft immer nur ihre Gegenfrage nach dem Bestehen des Subsidientraktats. Wenn sie von Kreditmachen gesprochen, so habe sie dies nur in der Hoffnung getan, daß Serenissimus diejenigen Wege der Politik einschlagen werde, die den Kredit eines Landes und das Vertrauen des Publikums heben.⁷ Da mußte denn die Regierung nachgeben und

¹ 1800. 31. Juli, 3. Aug. und 6. Aug. Ministerkonferenzprotokolle.

² Du Moulin Gdard, a. o. I. 320.

³ 1800. 14. Aug. Protokoll der Ministerkonferenz.

⁴ 1800. 19. Aug. L. G.

⁵ 1800. 26. Aug. Amberg, R. R.

⁶ 1800. 28. Aug. Gen. R.

⁷ 1800. 30. Aug. L. G.

1801. Sept. L. G.

erteilte am 3. September in einer Ministerkonferenz den landschaftlichen Deputierten Aufschluß über die neue Supplementarkonvention. Diese scheint der Landschaft dann doch nicht mißfallen zu haben, denn sofort zeigte sie sich wieder willig.

Der Vertrag von Hohenlinden.

Da kam die Kunde von dem Vertrag von Hohenlinden, den Lehrbach am 20. September mit Moreau abgeschlossen. In ihm war Bayern von Österreich gänzlich vernachlässigt worden und Ingolstadt als Pfand den Franzosen eingeräumt. Noch am 19. September hatte der Kurfürst das Anerbieten Moreaus, einen Separatfrieden einzugehen,¹ abgelehnt und nun diese Überraschung, die Pfaffenhofen und Parsdorf würdig zur Seite stand. Was alle Vorstellungen der Landschaft nicht vermochte, das bewirkte dieser Vertrag, der für den Hof geradezu niederschmetternd war. Die Landschaft nahm ihn ganz anders auf, sie fühlte nicht das Schmählische desselben, sie sah in ihm nur einen Anlaß, wieder zu hoffen. Wie es das Schicksal aller Glieder dieser Koalition war, daß sie nach Vergrößerung und Ländererwerb ausschauten, sei es, daß eine Schlacht gewonnen oder verloren war, sei es, daß Frieden oder Krieg beschlossen wurde, so hoffte auch die Landschaft in diesem Augenblick, da sie doch der Loyalität Frankreichs, dessen Anerbietungen sie eben erst noch zurückgewiesen, bedingungslos übergeben war. Nun müssen wir, so schreibt ihr Mitverordneter Josef von Leyden, der ihr die erste ziemlich genaue Kunde über den Vertrag von Landshut aus brachte, ohne Zeitverlust alles anwenden, um unser Regentenhaus für den übergroßen Verlust, der ihm jenseits des Rheins unausweichlich bevorsteht, mit Zurundung seiner Donaulande vollgültig zu entschädigen. Er beantragt bei den in München anwesenden Verordneten, eine nochmalige Abordnung an Max Josef zu entsenden, ein Schritt, den das Publikum von der Landschaft erwartete.²

Zweite Sendung Brenßing an das Hoflager.

So wird denn Brenßing nochmals nach Amberg an das Hoflager mit der Instruktion entsandt, darauf zu dringen, daß der Kurfürst sich von der Koalition trenne, eine Annäherung an Frankreich suche und einen Gesandten nach Paris entsende. Brenßing wird zu dem Versprechen ermächtigt, daß die Landschaft aus allen Kräften mitwirken werde, um die zur Durch-

¹ Du Moulin Gdard, a. o. I. 341 ff.

² 1800. 21. Sept. Josef von Leyden an die Landschaft.

führung einer derartigen Politik notwendigen Mittel aufzubringen. Sollte die Bitte abschlägig beschieden werden, so sollte Preysing erklären, „daß wir es weder möglich noch verantwortlich halten können, unsere bisherigen Anstrengungen länger fortzusetzen . . . und daß wir uns in die Notwendigkeit versetzt sehen, auf unsere öffentliche Rechtfertigung zu denken und wenigstens für uns diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die wir der Wohlfahrt des Landes und unserer Vertretungseigenschaft schuldig sind“.¹ Sybel geht entschieden zu weit, wenn er behauptet, die Landschaft habe gedroht, „unter dem Schutze des Generals Moreau eine Landesdirektion einzusetzen, um das Landeswohl selbst wahrzunehmen“.² Daran hat die Landschaft sicher nicht gedacht. Vielmehr war wohl ihre Absicht, in diesem Fall ihren Kommittenten Rechenschaft abzulegen und, wie sie es seit den Tagen von Pfaffenhofen erstrebt, nochmals selbständig mit Moreau oder in Paris zu unterhandeln.

Doch es war gar nicht nötig mehr, mit diesen Drohungen zu kommen. Die Landschaft stand nicht allein mit ihrer Forderung. Noch vor dem Warsdorfer Waffenstillstand hatte der Kabinettssekretär von Kaiser die allgemeine Stimmung geltend gemacht und die Notwendigkeit einer Ausöhnung mit der französischen Regierung darzulegen gesucht. „Allein dazumal erlaubte die Vorsicht noch nicht, auf solche Ratschläge einzugehen“. Nun aber waren die Verhältnisse andere geworden und gerade Jar Paul I., der kurz zuvor noch der erbitterteste Gegner des 1. Konsuls gewesen, hatte geraten, seinem Beispiel zu folgen und mit Frankreich gütliche Verhandlungen zu beginnen.³ So hatte denn die Landschaft schon am 1. Oktober einen günstigen Entscheid und das Generalhofskommissariat war mit der Absendung Cetto's nach Paris beauftragt. Wie Preysing berichtet, fand er in seiner ersten Audienz noch nicht die gewünschte Disposition, man gab ihm zu verstehen, man müsse erst die Absendung eines kaiserlichen Gesandten nach Paris abwarten. Am 30. September war dann jedoch der Umschwung in der Politik vollzogen, der Kurfürst erklärte, ohne Verzug Cetto nach Paris senden zu wollen, ebenso entschlossen war er, die Kontingenttruppen zurückzuziehen und mit den Truppen in der Oberpfalz zu vereinigen. Nur die Subsidienfrage verschob er bis nach Entscheidung über Krieg und Frieden. Nach der Mittagstafel aber hatte Max Josef seinen Entschluß doch modifiziert und fand es besser, Cetto nur im Namen des General-

¹ 1800. 24. Sept. Instruktion für den Grafen Preysing.

² Sybel a. o. V. 639. Auch war Preysing nicht Präsident der Landschaft. Von Sybel ist diese Behauptung in *Önden, Zeitalter der Revolution*, II 60, übergegangen.

³ Montgelas, *Denkwürdigkeiten*. S. 51 f.

hofkommissariats abzuordnen.¹ Dazu wurde Cetto ohne genügende Vollmacht entsandt, ja ihm vorläufig auch der diplomatische Charakter vorenthalten.² Gerade das mußte seine Sendung von vornherein aussichtslos machen. Mit Halbheit war hier nichts getan. Es fehlte eben der Regierung der Mut zur entschlossenen Tat, was bei der politischen Lage Bayerns allerdings sehr begreiflich war. Sie scheute sich, sich schon jetzt zu binden und wollte nur für alle Fälle durch jederzeit desavouierbare Schritte vorläufig die Gunst der französischen Machthaber anrufen. Man mußte Rücksicht nehmen auf Oesterreich und vor allem auch auf England, dem gegenüber Montgelas die Sendung Cettos mit der Forderung der Stände begründete, eine Herabsetzung der Kontribution herbeizuführen.³

So wurde die kostbare Zeit verpaßt und gewartet, bis die Republik nach der Schlacht von Hohenlinden völlig als Sieger dastand und Oesterreich sich bereits zu einem Separatfrieden verpflichtet hatte.⁴ Diese Unentschlossenheit hatte, ebenfalls noch vor Hohenlinden, zu einem eigenartigen Anknüpfungsversuch Montgelas' mit Frankreich geführt. Durch einen Freund hatte er die Vermittlung eines damals gerade in München weilenden Lehrers an der polytechnischen Schule in Paris, Charles Neveu, angerufen, der dann in einem Briefe an Joseph Bonaparte diesen um seine guten Dienste beim ersten Konsulat, damit er Bayern wenigstens zur Neutralität zurückkehren lasse, da die Lage der Dinge in diesem Augenblick vielleicht nicht erlaube, daß der Kurfürst zu den süßesten Wünschen seines Herzens nach einer aufrichtigen und dauerhaften Allianz mit der französischen Republik zurückkomme.⁵

Die erste Vermögenssteuer.

In der Zwischenzeit, das war die Folge des Zögerns, war Bayern immer größeren Forderungen Moreaus ausgesetzt. So verlangte dieser anfangs November eine monatliche Geldrequisition von 1200000 fl.⁶ Wie sollten solche ungeheuren Summen, deren monatlicher Betrag allein schon den Steuertrag eines ganzen Jahres weit überstieg, aufgebracht werden? Derartige schwierige Finanzprobleme waren das beste Mittel, die Landschaft für eine Zeit von der hohen Politik abzuhalten. Eine Kriegsteuer war bei der herrschenden Steuerungleichheit nicht ergiebig genug, so entschied man sich endlich

¹ 1800. 6. Okt. Bericht Preysfings.

² Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 52.

³ Du Moulin Eckart, a. o. I. 357.

⁴ Im Waffenstillstand von Steier. s. Eybel, a. o. V. 644.

⁵ Bitterauf, a. o. I. 85 f.

⁶ 1800. 7. Nov. Generalhofkomm.-Reskript.

unter dem Titel Kriegskostenvorschuß zu einer Vermögenssteuer, der ersten in Bayern.¹ Es ist bezeichnend, wie auch hier der getreueste Erbe des alten Geistes in der Verordnung, Arco, allein gegen diesen unzweifelhaften Fortschritt protestiert, da auf ihn die Autoritäten des physiokratischen Systems keinen Eindruck zu machen vermöchten.² Auch einige Stände Burghausens unter Führung des Regierungspräsidenten Graf Maximilian von Berchem beschwerten sich bei der Landschaft gegen diese „Vermögensguillotine“, wurden aber von jener nicht einer Antwort gewürdigt.³ Arco schlägt statt dessen eine progressive Besteuerung des Einkommens vor. Es ist dies derselbe Widerstand, den einst das Pariser Parlament Calonne entgegensetzte, als dieser den sehr vernünftigen Gedanken hatte, die „an Papieren Reichen“ heranzuziehen.⁴

Doch ging hier in Bayern diese erste progressive Vermögenssteuer nicht direkt auf Frankreichs, sondern auf Württembergs Vorbild zurück. Die Tabellen zu der Vermögenssteuer, die Württemberg zu gleichem Zweck erhob,⁵ lagen dem bayerischen Entwurf zu Grunde. Am 13. November war dank der württembergischen Vorarbeit die Arbeit der gemischten Kommission bereits beendet und am Tage der Schlacht bei Hohenlinden, am 3. Dezember, wurde die Kriegskostenvorschußumlage ausgeschrieben.⁶ Die neue Steuer blieb allerdings in ihrem Ertrag hinter den Erwartungen zurück.⁷

Die monatliche Requisitionssumme war zwar auf preussische Vermittlung hin auf 900 000 fl. ermäßigt worden, aber es zeigte sich auch alsbald die Wirkung von Moreaus Sieg bei Hohenlinden. Jetzt verlangte dieser von den noch ausstehenden Geldern innerhalb 10–12 Tagen eine Million.⁸

Um eine Ermäßigung dieser Zahlung zu erlangen, sandte darum die Generalhofkommission einen Deputierten in das Hauptquartier Moreaus nach Salzburg und gestattete auch der Landschaft, ihrerseits einen Vertreter diesem beizuordnen.⁹ Die Deputation fand dort jedoch nicht das erwartete Entgegenkommen.

¹ 1800. 6. Okt. und 14. Nov. Entwürfe der Regierung.

² 1800. 18. Nov. Arcos Gutachten.

³ 1801. 8. Januar. Graf Berchem und andere Stände Burghausens an die Landschaft.

⁴ Wahl, a. o. II. 13.

⁵ Verordnung in Betreff einer allgemeinen Vermögenssteuer. Stuttgart 6. Okt. 1800.

⁶ Das geringste steuerpflichtige Vermögen hatte 1/4% und das höchste 1 1/2% zu entrichten. Z. B. hatte für ein Vermögen von 50–99 fl. 12 Kr., von 400–499 fl. 1 fl. und 12 Kr., für 100 000–109 999 fl. 1575 fl. entrichtet zu werden.

⁷ 1801. 28. Febr. Conf.-Protokoll.

⁸ 1800. 27. Dez. Gen.-Reskript.

⁹ a. o.

Moreau erklärte einen Nachlaß für unmöglich und gab Preysing nur den sehr zweifelhaften Trost mit, daß er bei Renitenz der Untertanen gegen diese neuen Forderungen die Exekution für die Regierung übernehmen wolle. Dabei verstand man es aber im französischen Hauptquartier, die Friedenssehnsucht der Landschaft von neuem anzufachen. Sämtliche Oberoffiziere, besonders Moreau selbst, dann auch vor allem Desolle und Cahorie drangen darauf, daß der Kurfürst mit seinem Frieden den Österreichern zuvorkommen müsse, wer zu spät zur Mittagstafel komme, finde nur kleine Reste übrig. Der Kurfürst möge keinen Augenblick warten, den Frieden abzuschließen.¹ Gerade jetzt schien es leichter als je, mit Frankreich abzuschließen, da Erzherzog Karl endlich die von Amberg aus geforderte Entlassung der bayerischen Truppen hatte gestatten müssen² und dadurch das wesentlichste Hindernis einer Verständigung mit der Republik beseitigt war.

Frieden.

Die Landschaft tat denn auch alles, um den Rat Moreaus durchzusetzen; Preysing wurde sofort nach seiner Rückkehr aus Salzburg zum 3. Mal an das Hoflager entsandt. Vor allem sollte er erfragen, ob Cetto Vollmacht zur Unterhandlung habe und darauf dringen, die Koalition völlig zu verlassen und mit der französischen Republik, wenn nicht einen Separatfrieden, so doch einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Die Landschaft ist so bescheiden, keine detaillierte Mitteilung über die bestehenden Verhandlungen zu verlangen, auch nicht sich Gesinnungen zu erlauben, die dem landschaftlichen Rechte, bei Friedensschlüssen zu konkurrieren, entsprechen, aber sie erwartet wenigstens, daß diejenigen Länder, welche Bayern beim Friedensschluß erhalte, mit Bayern vollkommen konsolidiert werden. Und zum letzten sollte Preysing Verminderung des Militärs verlangen.³

Das alles war echt landschaftlich gedacht. Eben erst besiegt, erwartet man obendrein noch Vándierzuwachs und, noch außerhalb des Friedens, will man in der Hoffnung auf diesen bereits abrüsten. Bald schon konnte Preysing Dinge nach München melden, die der Landschaft lieblich zu hören waren, daß die zurückberufene Subsidiendivision bereits in der Oberpfalz eingetroffen, daß die Landesdefensionslegion entlassen und vom 16. Januar an sämtliche Truppen auf den Friedensfuß gesetzt würden.⁴ Auch die Stimmung am Hofe, dem Preysing

¹ 1801. 8. Jan. Bericht Preysings an die Landschaft.

² Du Moulin Gchart, a. o. I. 427 ff.

³ 1801. 8. Jan. Instruktion für Preysing.

⁴ 1801. 12. Jan. Amberg, Preysing an die Landschaft.

nach Bayreuth nachgereist war, fand er zufriedenstellend. Max Joseph gab ihm die Versicherung, daß er bereits vor der Schlacht bei Hohenlinden Cetto die Vollmacht, einen Separatfrieden mit der Republik abzuschließen erteilt habe. Auch erhielt er beruhigende Erklärungen über die Konsolidierung etwa zu erwerbender Länder mit Bayern, doch müsse man zuvor über deren Zustand und Eigenart genauer unterrichtet sein.¹

Es kam aber doch nicht zu einem Separatfrieden, Osterreich kam wieder zuvor. Am 9. Februar 1801 wurde endlich der langersehnte Friede auch im Namen des Reiches mit der Republik in Luneville abgeschlossen. Bayern verlor durch ihn den größten Teil der Rheinpfalz nebst allen jenseits des Rheins gelegenen Fürstentümern und Grafschaften und außerdem das Herzogtum Berg, Länder, die es allerdings in den letzten Jahren nicht mehr tatsächlich besessen hatte. Am wenigsten tat dieser Verlust der bayerischen Landschaft in ihrem Partikularismus wehe, zumal der Artikel 7 Aussicht auf Entschädigung durch geistliches und immediales Gebiet gab.²

Zunächst verspürte jedoch Bayern noch wenig vom Frieden. Zu große Rückstände waren zu decken. Der Ausfall der Kriegskostenzuschußumlage hatte gewaltig enttäuscht. Das 3. Besoldungsquartal vom Jahre 1800 war noch zum Teil und das 4. Quartal war noch ganz ausständig und alle Klassen im Zustand völliger Erschöpfung.³ Nochmals versuchte die Regierung vergeblich bei Moreau eine Ermäßigung zu erwirken⁴ und die Landschaft vermittelte einige Anlehen.⁵

Wenigstens hörten nun die drückenden Einquartierungen auf. Am 12. April zogen die französischen Truppen völlig aus der Umgebung von München fort und die bayrischen, die schon seit einigen Tagen bei Nymphenburg gestanden, besetzten wieder die Stadt.⁶ Am 14. kam auch Max Joseph zurück und gab der Landschaft sofort seine höchste Zufriedenheit kund für die Beweise ihrer Treue und Anhänglichkeit, die sie während dieser kritischen Periode fortdauernd gegeben.⁷

¹ 1801. 15. Jan. Bayreuth, Preysing an die Landschaft.

² 1801. 7. April. Kaiserlich allergnädigstes Kommissionsdekret an die Reichsversammlung zu Regensburg.

³ 1801. 28. Febr. R. Conf.-Protokoll.

1801. 2. März. R. G.

⁴ 1801. 12. März. R. Conf.-Protokoll.

⁵ 1801. 1. April und 1. Juni.

⁶ 1801. 12. April. Notiz.

⁷ 1801. 14. April. R. R.

4. Kapitel.

Verfall der Landschaft.**Der Streit um die Vollmacht.**

Die Vorarbeiten zu einer Neuordnung der Zivilverwaltung und vor allem auch die Sorge für Bayerns äußeres Geschick ließen die Postulatsgeschäfte des Jahres 1801 monatelang liegen bleiben. Vergebens hatte die Landschaft zweimal versucht, die Regierung zur Fortführung der notwendigen Verhandlungen zu bewegen.¹ Sie hatte gleichzeitig auch darauf hingewiesen, daß nach Erklärungen ihrer Kommittenten der Landtag eintreten solle, sobald der Frieden geschlossen und das Kriegstheater sich von Bayern so weit entfernt habe, daß man in Ruhe beraten könne. Dieser Zeitpunkt war nun unstreitig gekommen und auch das einzige Bedenken, das die Regierung noch am 4. Februar 1800 geäußert, behoben.

Die Regierung aber beantwortete diese Bitte um den Landtag zunächst gar nicht. Ja sie ging im Postulat, das sie endlich am 10. August stellte, wieder zu dem verhassten Steuersystem über, das einst Karl Theodor² bei seinem Regierungsantritt beliebt und dann 1781 wieder abgeändert hatte. Auch hier kam das gleiche Wollen aus den gleichen Ursachen. Die Steuerrestitution, die durch dieses Postulatsreskript wieder aufgenommen wurde, konnte für dieses Jahr nicht mehr in Kraft treten. Um aber trotzdem schon für 1801 die Steuerungleichheit zwischen den freien und nicht freien Ständen einigermaßen auszugleichen, postulierte die Regierung nun nicht auf bestimmte Summen, sondern auf eine bestimmte Anzahl von Steuern, um so das Verhältnis von Stand- zu Landsteuern selbst bestimmen zu können. Dafür gab es nach Überzeugung der Landschaft nur eine Antwort, die Forderung eines Landtages.³ Ebenso kurz aber antwortete die Regierung: Nein, denn der Friede ist zwar geschlossen, aber die wichtigsten Artikel sind noch nicht berichtigt.⁴ Ein Abtretungs- und Entschädigungsplan war allerdings bereits am 24. August 1801 mit Frankreich zu stande gekommen, nachdem die bayerische Regierung unter dem Einfluß Rußlands die Schwenkung in

¹ 1801. 20. Mai und 14. Juli. L. G.

² f. o.

³ 1801. 20. Aug. L. G.

⁴ 1801. 31. Aug. R. R.

ihrer Politik vollzogen und mit Frankreich Verhandlungen angeknüpft hatte.¹

Nun mußte es sich zeigen, wie weit der gute Wille der Landschaft ihren Kommittenten gegenüber ging. Durch die Abstimmung war die Vollmacht nur bis zum Landtag, der spätestens kurz nach Friedensschluß berufen werden sollte, verlängert worden. Diese Zeit war nun da und die Regierung vertagte den Landtag wieder auf unbestimmte Zeiten.

Austritt Preysings aus der Verordnung.

Die Majorität glaubte auch ohne jede Rücksprache mit den Kommittenten und ohne Gewißheit, ob der Landtag wenigstens nach Verichtigung des Indemnisationsgeschäftes sicher einberufen werde, weiter handeln und gar das Extraordinarium bewilligen zu dürfen. Vergeblich kämpfte die Minorität unter Führung des Grafen Preysing für die Rechte der ständischen Auftraggeber. Preysing erklärte schließlich, als er die Unmöglichkeit durchzudringen sah: gemäß den Erklärungen der Kommittenten im Vorjahr ist die erloschene Vollmacht des Jahres 1669 nur bis zum eintretenden Landtag verlängert worden, dieser aber soll wenigstens dann abgehalten werden, wenn das Kriegstheater sich von Bayern so weit entfernt hat, daß in Ruhe beraten werden kann. Die Vollmacht ist darum von neuem erloschen. Die Landschaft kann nur mehr in das Ordinarium willigen, da dies zum Fortgang der Regierung unumgänglich nötig ist. Da aber die Majorität mit ihrem Willen sich in direkten Gegensatz zum Willen ihrer Kommittenten und zu ihren früheren Schriften an den Hof gestellt, so sieht er sich in die Lage versetzt, sich von allen Universalisierungen zu suspendieren, so lange nicht die Kommittenten ausdrücklich das Vorgehen der Majorität billigen oder diese ihre Gesinnung ändert.²

Vergebens suchte Arco ihn von diesem Entschluß abzubringen, denn bei Preysing war diese neuerliche Umgehung des Rechtes der Auftraggeber nicht das einzige, was ihn zu diesem Schritt trieb; er war innerlich bereits völlig zerfallen mit der Landschaft. Ihm paßte das ganze selbstherrliche Gebaren der Verordnung überhaupt nicht mehr. Er verlangte, daß die Stände auch außerhalb eines Landtages gewisse Rechte aus-

¹ Heigel, Die Memoiren des bayerischen Ministers Grafen von Montgelas in „Historische Vorträge und Studien“, 3. Folge. München 1887. S. 68.

² 1801. 16. Sept. Preysings Erklärung an die Landschaft. Gedruckt in [Pelthoven], „An Dietrich von Pleningen, meinen Mitständen zur Beherzigung gewidmet.“ 1801. Und Preysing, „Auch ein Wort an das Publikum“. 1802.

üben dürfen. Die Stände haben das Recht, die Verordnung beim Überschreiten ihrer Vollmacht zur Verantwortung zu ziehen, ja sie gerichtlich zu belangen. Sie haben auch außerhalb des Landtags Versammlungsrecht, können vollmachtswidrige Schritte der Verordnung für null und nichtig erklären und einen neuen Ausschuß anordnen.

Trotzdem Preysing diesen Schritt nicht vor der Öffentlichkeit tat, konnte er doch nicht lange verborgen bleiben, zumal ein Gefinnungsgenosse Preysings, Freiherr von Belfhoven, diese Erklärung in einem anonymen Briefe „an Dietrich von Blieningen, meinen Mitständen zur Beherzigung gewidmet“ (1801) veröffentlichte. Gerade bei dem Ansehen, das Preysing besonders nach seiner Sendung zum Rastatter Kongreß und seinen Missionen an das Hoflager und an Moreau allenthalben genoß, war dieser Schritt für die Landschaft außerordentlich kompromittierend. Arco verfaßte darum eine Gegenerklärung, in der er die von jenem geforderte Rücksprache mit den Kommissanten als der Landschaft unwürdig bezeichnete, da sie hierdurch zu einer bloß korrespondierenden Stelle herabgedrückt werde.¹ Die Landschaft forderte Preysing auf, sich durch diese Gründe beruhigen zu lassen und wieder an ihren Versammlungen teilzunehmen.²

Auf die Aufforderung, entweder an den Universalversammlungen wieder teilzunehmen oder seine Stelle niederzulegen, die Preysing aus diesem Schreiben herauslas, erklärte er, zwar fehle der Landschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung die Kompetenz zu einem derartigen Schritt, aber aus freiem Willen wolle er seine unbedingte Demission geben.³

Doch war die Partei Arcos immer noch nicht so stark, um gegenüber der Regierung das Verlangen nach einem Landtag völlig fallen lassen zu können. Ein Entwurf von der Hand Arcos, daß die Landschaft sich noch bevollmächtigt halte und sich auch durch illegale Einstreuungen nicht irre machen lasse, da sie keine andere Auflösung als die durch einen Landtag annehmen könne, fand doch nicht die Billigung der Majorität.⁴ Denn Preysing stand in der Verordnung nicht allein. Vor allem die Bürgerschaftsvertreter, Vizentiat Pronath⁵ an der Spitze, und auch Vertreter des Prälatenstandes⁶ versuchten das gleiche, aber es fehlte ihnen die Energie und die Überzeugungsstreue, das Amt, das sie mit ihrer Überzeugung in Konflikt

¹ 1801. 15. Okt. Arcos Gegenerklärung.

² 1801. 16. Okt. Die Landschaft an Preysing.

³ 1801. 22. Okt. Preysing an die Landschaft. Gedruckt in [Belfhoven] „Noch ein Brief an Dietrich von Blieningen“. 1802.

⁴ Undatierter Entwurf von Arco.

⁵ 1801. 14. Nov. Botum Pronaths.

⁶ 1801. 21. Okt. Botum des Abtes Benedikt von Weltenburg.

brachte, von sich zu werfen. Erst durch die spätere Ausscheidung des Prälatenstandes wurde die Minorität, die einen Landtag wirklich ehrlich betrieb, bedeutungslos, da der Ritterstand damit stets das Übergewicht erhielt. An Stelle des Grafen Max von Preysing wählte der Ritterstand einen Gesinnungsgefährten Arco, den Grafen Johann Kaspar von Preysing zu Moos.¹

Die ständische Opposition.

Mit seinem mannhafte[n] Schritte wollte Preysing die Majorität der Verordnung zwingen, ihre Vollmacht als erloschen anzusehen und danach solange zu handeln, bis ein Landtag auf einen bestimmten nahen Termin ausgeschrieben sei, oder die Kommittenten die Vollmacht wieder erneuerten. Seine Absicht erreichte er zwar nicht, aber moralisch war sein Schritt jedenfalls vernichtend für die Verordnung. Darum versuchte auch Arco in einer anonymen Druckschrift² sich und die Majorität zu rechtfertigen, indem er gleichzeitig seine Mitstände, die auf einem Landtag bestehen blieben, als verkappte Demokraten hinstellte und Preysing als deren Mauerbrecher, dem er nur sein herzlichstes Bedauern zu schenken vermöge. Gerade hiedurch nötigte er Preysing „Auch ein Wort an das Publikum“ (1802) zu sprechen.

Mächtig war der Widerhall, den Preysings Erklärungen bei seinen Mitständen fand. Dieselben Männer, die einst durch ihre bittliche Vorstellung im Jahre 1799³ die Landschaft zur Befragung sämtlicher Kommittenten getrieben, ließen nun ein Zirkular⁴ herumgehen, in dem sie gegen den Versuch der Landschaft, sich perpetuierlich zu machen, feierlichst Einspruch erhoben, ihre Vollmacht gemäß der jüngsten Abstimmung von neuem für erloschen und ihre Handlung für null und nichtig erklärten. Es sei Zeit, so mahnte das Zirkular, wenn nicht zur Bewirkung eines unmittelbar erfolgenden Landtages, doch zur Organisierung einer anderen Verordnung einen Versuch zu wagen. Das Zirkular lud zur Unterschrift einer Vorstellung an den Kurfürsten ein und war unterschrieben von dem Regierungspräsidenten von Straubing, Freiherrn von Fraunberg, dem Regierungsrat Freiherrn von Belthoven und seinem Vater.

¹ 1802. 15. März. Votum des Grafen Joh. Kaspar von Preysing

² „Meine Verteidigung im Verbanke mit meinen Gefinnungen.“ 1802

³ f. o.

⁴ 1801. 29. Okt. Zirkular der Freiherrn von Fraunberg, Belthoven und Genossen mit einer Vorstellung an den Kurfürsten und einer Erklärung an die Verordnung.

Gedruckt in: „Was sollen die bayerischen Landstände jetzt tun?“ 1801 und von gegnerischer Seite in:

„Zirkulare einiger neuerungsfüchtiger bayerischer Landstände.“ 1801. Letztere mit sehr parteiischen und oft gehässigen Anmerkungen.

Die Seele dieser Opposition war unzweifelhaft wieder Regierungsrat Freiherr Johann Nepomuk von Belthoven, der ja auch die erste Erklärung Preysfings veröffentlichte unter dem Namen Dietrich von Plieningen.

In der Vorstellung an den Kurfürsten machten sich die Unterzeichner manchen Gedanken Ullschneiders¹ zu eigen, indem sie zur Kompetenz des erbetenen Landtags zwar die Einrichtung eines zweckmäßigen Staatsverwaltungssystems rechneten, aber zugleich erklärten, daß die Verbesserung der Landesverfassung nur von wenigen, die mit kaltem Blut deliberieren, vorgeschlagen, von allen aber angenommen werden solle. Der erste Landtag soll darum nur einen würdigen Ausschuß wählen, der zusammen mit den kurfürstlichen Delegierten diesen Entwurf fertigstellt, um ihn dann dem nächsten Landtag zur Annahme vorzulegen. Sollte der Kurfürst diese Bitte zurückweisen, so bitten sie wenigstens um Erlaubnis zur Neuwahl eines landschaftlichen Ausschusses.

Als zweite Beilage hatte das Zirkular eine sehr bündige Erklärung an die Landschaft: „Wir sehen uns bemüht, zu erklären, daß wir bis auf weiteres alle Handlungen, die sich eine hohe Verordnung erlauben würde, als null ansehen müssen und mit dem Jahre 1802 anfangend auch keine Staatsbeiträge mehr leisten werden, welche hochselbe gewilligt haben“. Welche Zustimmung dies Vorgehen fand, geht schon daraus hervor, daß trotz des raschen Eingreifens der Regierung und des Verbots weiterer Zirkulation diese Erklärung an die Landschaft auf dem einen Exemplar 28 und auf dem anderen 55 Unterschriften gefunden hatte.²

Kaum hatte nämlich diese Opposition begonnen, so bekam auch die Regierung davon Wind³ und verlangte, nachdem sie Bericht darüber von der Landschaft erhalten hatte,⁴ von dieser eine bindende Erklärung, ob sie sich noch für bevollmächtigt halte, oder ob sie vielmehr den Gesinnungen „ihrer sogenannten Herrn Kommittenten“ beitrete.⁵ Das war freilich eine sehr peinliche Frage für die Landschaft; ob sie nun Ja oder Nein antwortete, sie entzog sich dadurch selbst den Boden unter den Füßen. Sie gestand darum auch offen ihre Verlegenheit ein und wagte kein offenes: Ja wir halten uns noch für bevollmächtigt, lehnte aber auch die Solidarität mit jenen Unter-

¹ f. o.

² 1801. 11. Dez. übersandten Graunberg und Belthoven der Landschaft die 2 Exemplare.

³ 1801. 6. Nov. R. N.

⁴ 1801. 9. Nov. S. G.

Arco war in Besitz eines Zirkulars gekommen und legte es der Landschaft vor.

⁵ 1801. 12. Nov. R. N.

zeichnen ab. Wir müssen, so erklärte sie in ihrer Verlegenheit, ehrfurchtvollst bitten, „daß Em. kurfürstliche Durchlaucht lediglich nach höchstdero Weisheit, Gerechtigkeit und in Übereinstimmung mit dem Verfassungssinn selbst das geeignete zu beschließen und zu verfügen geruhen wollen“.¹ Nachdem so die Landschaft ihre weitere Bevollmächtigung in das Ermessen des Hofes gestellt, verbot die Regierung die weitere Zirkulation der oppositionellen Schreiben und erklärte, mit den jetzt bestehenden Verordneten als dermaligen und einzigen Bevollmächtigten des Landtages fortunterhandeln zu wollen.²

Mit Recht und doch vergeblich sprach Pronath den Mitständen das Wort, warnte, eine Existenz von Hofes Gnaden zu führen³ und fand in der kurfürstlichen Verordnung eine bedenkliche Verfassungsverletzung.⁴ Arco dagegen bestritt den Ständen jedes Recht zu einem derartigen Schritt. Die Verordnung ist der wahre und einzige Stellvertreter des Landtages. Die Stände sind der Verordnung Ehrerbietigkeit und ihren billigen Aufträgen auch Unterwürfigkeit und Gehorsam schuldig.⁵

Noch gab die ständige Opposition ihre Sache nicht verloren. Noch im Dezember 1801 erschien auf die kurfürstliche Verordnung hin: „Was sollen die bayerischen Landstände jetzt tun?“, wahrscheinlich aus der Feder Belthovens. Unter Mittheilung der betreffenden Aktenstücke wird denen, die durch die kurfürstliche Verordnung an der Unterzeichnung gehindert worden, geraten, ihre Rechte in einem sogenannten Weibrief zu verwahren. Die bereits unterzeichnet haben, „werden dagegen am besten tun, wenn sie abwarten, was die ersten Unterzeichner tun, morüber das Publikum, wie zu wünschen ist, nicht mehr lange in Ungewißheit bleiben wird“. An die Vorschriften der Verordnung, deren Handlungen null und nichtig sind, sind die Stände nicht gebunden und steht gegen diese der Weg an eines der höchsten Reichsgerichte offen.

Erfolgreicher war schon das Vorgehen des Grafen Christian August von Königsfeld mit 5 Mitständen zwecks Organisierung eines korrespondierenden und vorbereitenden landständischen Ausschusses aus den drei Ständen in jedem Rentamt zwecks gemeinschaftlicher Antwort auf die kurfürstliche Verordnung vom 25. November.⁶ Es wurde nun wenigstens sämtlichen

¹ 1801. 14. Nov. R. G.

² R. Verordnung vom 25. Nov. 1801 im Churpälzbayerischen Regierungss- und Intelligenzblatt, Nr. 48 vom 28. Nov. 1801.

³ 1801. 14. Nov. Votum Pronaths.

⁴ 1802. 12. März. Votum Pronaths.

⁵ 1802. 16. März. Votum Arcos.

⁶ 1801. 17. Dez. Vorstellung des Grafen Christian August von Königsfeld und Genossen an die Landschaft.

Land-, Prälaten- und Mittersteuerern freigestellt, die betreffenden Akten in der ober- und unterländischen Kanzlei einzusuchen.¹

Unter diesen Verhältnissen erwartete auch Peltshoven vorüberhand keinen Landtag mehr, aber er hoffte wenigstens auf die Erlaubnis, einen neuen Ausschuß mittelst schriftlicher Abstimmung wählen zu können.² Die alte Landesverfassung, so klagt er, ist fast ganz vernichtet und eine neue ist nicht an ihre Stelle getreten. Die Regierung scheint keine Schranken zu kennen und hat doch keine feste Basis. Jeder Stand fordert und klagt und keiner kennt mehr bestimmt seine Rechte. Die alten Pfeiler des Gebäudes sind erschüttert, fallen zusammen oder sind zu schwach. Überall sind die Verbindungsmittel gelockert und nirgends ist mehr fester Zusammenhalt. Bemerkenswert ist dabei der liberale Zug in seinen Schriften; auch den ungefreiten Grundherrn erkennt er einen aktiven Anteil an der Landesrepräsentation zu,³ ja er bekennet, ich glaube, daß die Landschaft aus dem ganzen Volk besteht,⁴ und gibt dem künftigen Landtag die Aufgabe, über die Vertretung des vierten Standes Beschluß zu fassen.⁵ Auf welchen reaktionären Tiefstand dagegen Arco allmählich angelangt war, offenbart er selbst in einer Ausführung über die Aufklärung und ihre Folgen im Anschluß an einige Thesen gegen die landständischen Privilegien, wie sie in Landshut unter dem Vorsitz der Professoren Michl und Fehmayer verteidigt worden.⁶ Daß die Aufklärung Licht ist und als solches besser wie die Finsternis, gesteht er ohne weiters zu. „Wenn aber bloß Licht wäre — fährt er fort — und ganz keine Finsternis und hierauf zielt das Bestreben der heutigen Gelehrten, so wäre es ungleich schlechter als Licht im Verbande mit Finsternis. Ewiger Tag würde erblinden machen“. Um die richtige Mischung von Licht und der nach seiner Ansicht für Bayern so nötigen Finsternis zu bewahren, ist die Bestellung der unteren Schulen mit bloßen Geistlichen notwendig und auch Anstellung derselben bei den Universitäten in den gesicherten Fächern, dazu scharfe Überwachung der Professoren, besonders der Universitätslehrer.

¹ 1802. 24. März. Die Landschaft an Königsfeld.

² [Peltshoven], Dietrich von Pieningen an seine Freunde B. v. G. . . und A. . . 1802.

³ [Peltshoven], Dietrich von Pieningen oder vertraute Briefe eines niederbayerischen Landstandes über die wichtigste Angelegenheit seines Vaterlands. 1801. [Peltshoven], An Dietrich von Pieningen, meinen Herren Mitständen zu Beherzigung gewidmet. 1801.

⁴ [Peltshoven], Noch ein Brief an Dietrich von Pieningen. 1802.

⁵ [Peltshoven], Dietrich von Pieningen an seine Freunde B. v. G. . . und A. . . 1802.

⁶ 1802. 5. Juni. Zu Landshut verteidigte Sätze. Die Ausführungen Arcos hierzu sind undatiert.

Das Wort Bonapartes soll allenthalben als Grundsatz gelten, „que chacun reste, comme il est“.

Jedenfalls hat die Verordnung seit dem Armutzeugnis, das sie sich selbst am 14. November ausgestellt, ihren letzten Halt verloren. Entgegen dem, was sie ihrem Wesen nach sein sollte, war sie nun ein Ausschuß lediglich von Hofes Gnaden. Die Achtung und Anerkennung ihrer Kommittenten hatte sie wenigstens größtenteils völlig verloren und war darum zu unbedingter Gefolgschaft des Hofes verurteilt, denn nur so lange dieser sie noch hielt, konnte sie bestehen. Es fehlte denn auch nicht an Stimmen, die alsbald nach dieser Tat, deren entscheidende Bedeutung klar erkannten. So trug die Weisung an die oppositionellen Stände, die kurz darauf hinausging, „Was sollen die bayerischen Stände jetzt tun?“ als Motto das bezeichnende Wort Spittlers: „Ist einmal die öffentliche Meinung von dem Korps gewichen, so ist der heftische Tod desselben gewiß und freilich gehört dann noch leider auch zu diesem heftischen Sterben, daß der Kranke selbst seine Gefahr am wenigsten ahnt“. Gar drastisch gab im Februar 1802 ein Unbekannter seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Tage der Landschaft nunmehr gezählt seien, in dem „Glaubwürdigen Bericht des berühmten Arztes Dr. Schlendrian über die bedenklichen Krankheitsumstände der bayerischen landschaftlichen Verordnung“, dem alsbald die „Beschreibung der vornehmsten Umstände, von welchen der Eintritt der hochseligen Landschaftsverordnung begleitet war“, nachfolgte.

Bedenklich waren die Krankheitsumstände der Landschaft sicherlich, wenn auch die satyrische Todesbeschreibung noch etwas verfrüht war. Bald kamen Zeiten, wo die Landschaft selbst um ihr Leben bangte. Nichts ist dafür bezeichnender als ihr ängstliches Haschen nach Gelegenheiten, ihre Stellung wieder zu festigen und zu diesem Zwecke selbst Dinge zu tun, die sie in ihren guten Tagen als außer ihrer Vollmacht liegend weit von sich gewiesen. So begrüßte es Arco mit Freuden, als im neuen Postulatsjahr 1802 die von der Regierung versprochenen Vorlagen für die Steuerrektifikation wieder ausblieben. Es schien ihm die günstigste Gelegenheit, „sich in Sachen künftige Landeseinrichtung betreffend tief einzumengen und dadurch mehr Nutzen als durch das gewöhnliche Postulatsgezänk zu schaffen“.¹ Während die Minorität unter Pronath² darauf drang, engeren Anschluß an die Kommittenten zu suchen und sich auf die Behandlung des Ordinariums zu beschränken, setzte er es durch, daß sich die Landschaft selbst in diese schwerwie-

¹ 1802. 18. März. Votum und Berichtsentwurf Arcos.

² 1802. 12. März. Votum Pronaths.

f. auch Votum des Grafen Berchem vom 17. März 1802.

genden Materien einließ, ja daß sie erklärte, dieselben Rechte wie der Landtag zu haben. Doch nötigte die öffentliche Meinung und vor allem wohl die Berufung des Neuburger Landtagsausschusses wenigstens zu der Bitte, nach berichtigter Indemnisation den Landtag zu berufen,¹ worauf die Regierung ausweichend erklärte, eine solide Lösung dieser Frage sei gerade jetzt in dem Zustand des Ganges unmöglich.²

Bei der zielbewußten Festigkeit der Regierung war das Ordinarium schnell berichtigt.³ Ja, so lähmend wirkte die Regierung auf die Landschaft, daß diese auf Arcos Vorschlag auch die außerordentlichen bedeutenden Forderungen rasch bewilligte, obwohl sie überzeugt war, daß kein einziger von diesen Posten wahre Schuldigkeit sei. Sie bangte um ihr Leben und glaubte alles bewilligen zu müssen, nur um dafür vor allem die Bestätigung ihrer Freiheiten, die Sicherstellung ihres Weirates und ihres Konkurrenzrechtes und Einstellung der Neuerungen zu erlangen.⁴ Sie mußte sich alsbald noch zu der Willigung eines weiteren Extraordinariums in der Höhe von fast einer Million verstehen, nachdem das Indemnisationsgeschäft erledigt worden und es sich gezeigt, wie gut es doch gemessen, daß Bayern mit der Abrüstung doch noch gewartet. Durch ihre Deputierten ließ sie dem Kurfürsten die Willigung dieser Summe als einen kleinen Beweis des Nationaldankes zusagen.⁵

Versprechen der Landtagseinberufung.

Nachdem nun am 23. Mai 1802 der Entschädigungsvertrag für Bayern in Paris unterzeichnet worden,⁶ hatte die Regierung auch auf die Frage nach der Landtagsberufung geantwortet, es solle mit den Vorbereitungskonferenzen begonnen werden, sobald die Entschädigungsangelegenheit berichtigt sei. Diese offizielle Berichtigung geschah dann durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, so daß nun der Termin für die Landtagsvorbereitung und Einberufung gekommen war. Als nun das Universale auf den 12. April berufen wurde, konnte der österreichische Gesandte melden, daß die bevorstehende Versammlung sich hauptsächlich mit den zur Eröffnung eines förmlichen Landtages geeigneten vorbereitlichen Deliberationen zu beschäftigen habe.⁷

¹ 1802. 22. März. R. G.

² 1802. 14. Mai. R. R.

³ 1802. 24. März bereits Steuermandat.

⁴ 1802. 7. Juli. R. G.

⁵ 1802. 24. Aug. Protokoll der lomb. Ministerkonferenz.

⁶ Onden, Das Zeitalter der Revolution. 1884. II. 102.

⁷ B. St. A. 1803. 29. März. Graf Buol Schauenstein an Colloredo.

Die Regierung erklärte nun der Landschaft, sie wolle einen Landtag einberufen, sobald die nötigen Vorbereitungen hierzu getroffen.¹ Da der letzte Landtag vom Jahre 1669 in solcher Übereilung gehalten worden, daß er für den neuen kein Vorbild abgeben konnte, ließ Montgelas nach den alten Erblandesmarschallakten suchen.² Zu dieser plötzlichen Gestaltung mag auch viel der Erfolg der württemberger Stände mit ihrem Refurs an den Kaiser wegen verweigerter Landtagseinberufung mitgeholfen haben. Der Reichshofrat hatte nämlich unter dem 3. Februar beschlossen, es sei in diesem Falle die Einberufung eines allgemeinen Landtags nicht zu versagen.³ Vor allem aber war es die Erregung über die Aufhebung des Prälatenstandes,⁴ die die Regierung durch diese Landtagspräparationen zu beschwichtigen gedachte.⁵

Da die Landschaft sofort vermutete, daß diese Landtagspräparationen nur zur Verzögerung der Landtagsberufung dienen sollten, so erlaubte sie sich in Nachahmung des Vorgehens der württemberger Stände, der Regierung mit den Reichsgerichten zu drohen, falls nicht ein fester Termin für die Berufung des Landtags ihr versprochen würde.⁶ Die Regierung wußte jedoch die Landschaft, deren Drohung bei der tatsächlichen Abneigung der Majorität gegen den Landtag nicht allzu ernst zu nehmen war, schnell zu beruhigen. Sie erklärte, die zur Kenntniss der alten Landesverfassung nötigen Landtagshandlungen lägen bereits unter der Presse. Mit den Formalia hoffe sie bald zu Ende zu kommen, die Materialien dagegen solle die Landschaft durch eine Deputation mitberaten. Eine Kommission solle eine neue erklärte Landesfreiheit entwerfen, sowie die Grundsätze der Steuer- und Aufschlagsreifikation und Pläne zur Deckung der Staatsschulden und der laufenden Staatsbedürfnisse. Um die Landschaft diesen Plänen von vornherein günstig zu stimmen, versichert sie, in der Zwischenzeit nichts zu gestatten, was der Landesverfassung oder dem gegründeten Privatrechte einzelner Stände zu nahe trete, ja im Prinzip erkannte sie sogar an, daß die in der Grafschaft Werdenfels Ende des vergangenen und anfangs des laufenden Jahres ohne Zutun der Landschaft ausgeschriebenen Natural- und Geldlieferungen dieser zu vergüten seien. Das Extraordinarium, das die Landschaft nicht mehr behandeln zu können erklärt hatte, solle bis zum Landtag ruhen, das Ordi-

¹ 1803. 25. Juli. R. H.

² 1803. 20. Juli. Montgelas an Graf von Tauffkirchen.

³ Belschner, a. o. S. 491.

⁴ s. unten.

⁵ Laubmann-Doeberl, Montgelas. S. 68.

⁶ 1803. 1. u. 30. Aug. L. G.

narium aber vorher noch berichtigt werden.¹ Bei dieser Sachlage einigten sich denn auch der Ritter- und Bürgerstand provisorisch über das Verhältnis ihrer Deputierten, nachdem die Aufhebung des Prälatenstandes, von der weiter unten die Rede sein wird, das Verhältnis zwischen den Ständen gänzlich verschoben hatte.² Zu der Kommission ernannte die Landschaft 9, die Regierung 7 Personen.³

Nachdem nun die Landschaft das Ordinarium bewilligt, wurde sie entlassen.⁴ Doch nicht alle gingen gern nach Haus. Wie schon vorher Graf Lörring-Seefeld⁵ votiert hatte, so gab nun auch Berchem zu den Älten, die Landschaft müsse zusammenbleiben, bis der Landtag berufen sei. Er traute der Regierung nicht, ihre systematische Festigkeit ängstigte ihn. Er konnte nicht glauben, daß nach all den einschneidenden Reformen, nachdem eben erst sogar ein ganzer Stand von ihr gestrichen worden, sie nun wirklich alle Freiheiten und Rechte der Stände durch einen Landtag anerkennen wolle. Er gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Hof sein System, nach dem er ohne Rücksicht auf die Verfassung bis dahin verfahren, nicht auf einmal aufgeben werde. Zum mindesten verlangt er darum für die Deputierten zu dieser Vorbereitungscommission eine feste Instruktion, in der sie angewiesen werden, nur das an der Verfassung zu ändern, was der Zeit nicht mehr entspricht, dagegen das Herkommen nicht als ein Gebrechen, sondern als Gesetz zu behandeln. Zudem soll die Landschaft noch vor ihrem Auseinandergehen ein allgemeines Sündenregister der Regierung zusammenstellen und dieses ihren Kommissaren übergeben.⁶ Weiter ging noch Pronath, der verlangt, daß, so lange nicht allen Neuerungen durch die Regierung tatsächlich ein Ende gemacht werde, die Landschaft sich auch nicht auf die Landtagspräparationen einlassen dürfe in der Art, wie sie der Hof vorgeschlagen, da sie dann offensichtlich doch nur Hinhaltung bezwecken. Vielmehr müsse die Landschaft dann sofort die reichsgesekliche Hilfe anrufen. Nur durch ihre Nachgiebigkeit habe es die Landschaft so weit gebracht, daß man mit ihr wie mit Kindern spiele.⁷ Welche Zweifel in diese Landtagspräparationen gesetzt wurden, zeigte am schlagendsten die Ablehnung des Revisionsrats von Streittmayer, den die Verordnung in die Deputation als Nichtverordneten gewählt.⁸

¹ 1803. 12. Aug. R. R.

² 1803. 9. Sept. B. G.

³ 1803. 14. Sept. R. R.

⁴ 1803. 13. Okt. R. R.

⁵ 1803. 23. Aug.

⁶ 1803. 4. Okt. Votum des Grafen Berchem.

⁷ 1803. Okt. Votum Pronaths.

⁸ 1803. 10. Okt. B. G.

Nach dem Räte Bercheims wurde nun den Deputierten noch eine Instruktion mitgegeben, die ihre Vollmacht eng umgrenzte und sie verpflichtete, über alles Bericht zu erstatten und darauf zu dringen, daß nicht einzelne Punkte aus der Verfassung herausgehoben würden, sondern eine Erklärung der Landesfreiheit, ein förmliches Landesgrundgesetz vorgelegt werde. Bei Eingriffen in die Rechte der Landstände hatten sie zugesäumt die Verordnung zu benachrichtigen, die sich für diesen Fall ihr sofortiges Wiederzusammentreten vorbehielt.¹ Wenn etwas im Stande war, die Regierung zu überzeugen, daß es aussichtslos sei, mit diesen Resten altständischer Vertretung eine neue zeitgemäße Verfassung zu beraten, so war es diese Instruktion. Denn gerade in ihr traten die Interessengegensätze in größter Schärfe hervor. Für die Landschaft hatte der Landtag den einzigen Zweck, das zusammenstürzende Gebäude ihrer Macht wieder möglichst getreu zu restaurieren gegenüber der Regierung, diese aber wollte gerade das Gegenteil, eine neue zeitgemäße Verfassung im Geiste all der Reformen, die sie seit 1799 begonnen. Die Verordnung wollte Sanktion der alten ständischen Staatsform durch den Landtag, der Hof dagegen die Sanktion des Bruches mit dem altständischen Prinzip.

Bei derartigen unüberbrückbaren Gegensätzen war der tatsächliche Erfolg der Landtagspräparationen die Verschleppung der Landtagsangelegenheit. Die Konferenzen, die am 8. November 1803 unter dem Vorsitz von Montgelas begonnen hatten, wurden bis zum Beginn des Krieges von 1805 fortgesetzt. Sie hatten nach dem Zeugnis Montgelas' „kein anderes direktes Resultat, als daß einige dunkle Punkte der bayerischen Geschichte aufgeklärt wurden, aber sie hatten den Vorzug, die Hitze der Geister zu beruhigen und die Einigkeit zu erhalten in Umständen, wo sie so nötig war.“²

Als die Postulatsbehandlung des Jahres 1804 begann, wurde es der Verordnung alsbald klar, daß auch in diesem Jahre es nicht zu dem Landtag kommen werde, aber merkwürdig schnell gab sie sich damit zufrieden und erklärte sich zur Postulatsbehandlung völlig bereit, wenn der Landtag wenigstens im nächsten Jahre berufen werde.³

Unzweifelhaft war es ein Segen, daß gerade in dieser Zeit der Neugestaltung Bayerns, da so viele und mannigfache Interessen notgedrungen geopfert werden mußten, eine bevollmächtigte Versammlung dieser mehr oder weniger sehr eigenartigen Interessenten vermieden wurde. Preußen hat ja in ähnlicher Lage, im Februar 1811, dies Experiment versucht.

¹ 1803. 10. Okt. Instruktion.

² Raubmann-Doeberl, Montgelas. S. 68.

³ 1804. 15. Juni. L. G.

Trotzdem aber Hardenberg noch die Vorsicht gebrauchte, daß er keine Repräsentanten, sondern ernannte Notabeln berief, war „die Unbotmäßigkeit der Ritterblütigen, das Durcheinander der theils verletzten, theils bedrohten Sonderinteressen so arg, daß trotz monatelangen Zusammenseins aus dem Stimmengewirr kaum ein einziger gesunder Gedanke herauskam“.¹ Sicher wäre hier in Bayern der Wirrwar noch viel größer geworden, da hier die ständische Scheidung viel lebendiger, der Gegensatz der Stände zur Regierung viel schärfer war und vor allem auch der Partikularismus der einzelnen Provinzen im Augenblick noch zu sehr der Sorge der Regierung für das Gesamtland widerstrebte.

Aufhebung des Prälatenstandes.

Inzwischen war aber durch die Vernichtung des ganzen ersten Standes das landschaftliche Gebäude bereits in seinen Grundfesten erschüttert worden. Karl Theodor hatte in seinen letzten Tagen mit einer in ihrer Wirkung wenigstens einer partiellen Säkularisation gleichkommenden Belegung der Klöster begonnen² und es war eine der ersten Taten Max Josephs gewesen, zur Beruhigung der Gemüther allen diesen Schritten Einhalt zu gebieten. Er gab sich mit einer einmaligen außerordentlichen Leistung des Prälatenstandes zufrieden und versicherte, diesen Stand ungeschmälert zu erhalten und keine Abtei ohne ihren selbstigen Zerfall aufzuheben.³ Doch nicht lange dauerte es, da kamen auch bei dieser Regierung dieselben Pläne wieder und zwar in schärfster Form. Nachdem einmal in Rastatt, Campoformio und Luneville das Prinzip der Säkularisation anerkannt worden, war dem Drängen des Zeitgeistes, der sich auch in Bayern laut genug äußerte,⁴ nicht mehr zu widerstehen, zumal der Abneigung

¹ Enden, a. o. II. 477.

² f. o.

³ f. o.

⁴ In dem einen Jahre 1802 erschienen für die Säkularisation:
„Briefe eines Oheims an seinen in B. . . studierenden Nefen.“
„Gespräch zweier Landebelleute über den jetzigen Gang der Regierung in Bayern von H. . . g.“

„Kurze Blicke in die geheimen Machinationen der Mönche.“

„Notwendigkeit der individuellen Säkularisation.“

„Was ich überhaupt in den Klöstern geändert wünsche.“

„Über die Verwendung einiger Klostergüter zu Bildungs- und Wohltätigkeitszwecken.“ Gegen die Säkularisation sprachen:

„Die Klöster waren nie so notwendig als heutzutage.“

„Wieder einige geistliche Projekte in Bayern.“

„Wie sind die oberpfälzischen Abteien im J. 1669 abermals an die geistlichen Ordensstände gekommen?“

Zahlreich waren auch die Bittschriften von mißvergnägten Religiösen.
f. Kr. A. M. G. R. 633/44, Gutachten ad manus Seren. vom 5 Juni 1801

gegen den „Monachismus“ der materielle Vorteil zur Seite trat. Eine Regierung, die sich gleich in den ersten Tagen die Frage vorlegen mußte, ob sie den Staatsbankrott erklären solle,¹ mußte gerade diese Seite der Säkularisation am mächtigsten locken.

Die Landschaft, die schon unter Karl Theodor zuletzt ihren Widerspruch hatte fallen lassen, war jetzt noch weniger zu fürchten, nachdem sie mit ihren Kommittenten völlig zerfallen war. Am 25. Januar 1802 geschah der erste Schlag, die Bettelmönche wurden auf den Aussterbeetat gesetzt und den nichtständischen Klöstern mit Ausnahme der dem weiblichen Unterricht gewidmeten Orden die Aufhebung angekündigt.² Da hierdurch, streng genommen noch kein ständisches Interesse verletzt war, schwieg auch die Landschaft, aber bald begann sie doch zu erkennen, daß dies nur die Einleitung zur Aufhebung auch der ständischen Klöster sei und verlangte von der Regierung eine beruhigende Erklärung über das Schicksal des Prälatenstandes.³ Diese wies nur kurz darauf hin, daß es bei ihrer Erklärung aus dem Jahre 1799 sein Bewenden habe, daß also der erste Stand ungeschmälert erhalten bleiben solle.⁴ Trotz dieser Versicherung aber wurden die Aussichten dieses Standes immer trüber. Als kein Zweifel mehr über das Vorhaben der Regierung blieb, beschlossen die in München anwesenden Verordneten, sich ohne weiteres in Sachen des Prälatenstandes an den Reichstag oder an ein höchstes Reichsgericht zu wenden.⁵ Der Kurfürst, so berichtet der österreichische Gesandte, war über diesen Entschluß äußerst aufgebracht und drohte, München für immer zu verlassen und Würzburg als Residenzstadt zu wählen.⁶ Er weiß auch zu berichten, daß vor allem der einsichtige Abt Rupert von Prüfening und der landschaftliche Archivar Panzer als Deputierte für Regensburg ausersehen seien.⁷ Als die erste Hitze vorüber war, forderte der Kurfürst die Verordneten auf, sich noch mit einer vorläufigen Vorstellung an ihn zu wenden.⁸ Daß die Landschaft tatsächlich einen Deputierten und zwar den Grafen Verchem an den Reichstag abgesandt, berichtet Montgelas selbst.⁹

Für die Verbreitung des Mißvergnügens unter den Religiosen und deren Agitation für die Säkularisation ist bezeichnend das Tagebuch des Benediktiners Schrettinger zu Weißenhohe. f. M. HS. A. Schrettingeriana.

¹ f. o.

² Raubmann-Doeberl, Montgelas. Einleitung S. XLV.

³ 1802. 2. Sept. L. G.

⁴ 1802. 16. Sept. R. R.

⁵ B. St. A. 1803. 22. Jan. Buol Schauenstein an Colloredo.

⁶ a. o. 1803. 28. Jan.

⁷ a. o. 1803. 1. Februar.

⁸ a. o. 1803. 4. Februar.

⁹ Raubmann-Doeberl, a. o. S. 67.

Noch am Ende des vergangenen Jahres hatte im landschaftlichen Auftrag Panzer Bayern bereist, um Urkunden zu sammeln, die der Landschaft als Defensionalien dienen könnten.¹

Doch auch diese Schritte beim Reich konnten nur völlig ergebnislos sein, stellte doch am 25. Februar der Reichsdeputationshauptschuß die Güter der fundierten Stifter, Abteien und Klöster zur Verfügung des Landesherrn. Und nun säumte die Regierung nicht mehr, von dieser Erlaubnis Gebrauch zu machen. Als das neue Universale für das Jahr 1803 zusammenberufen ward, da bestand der 1. Stand nicht mehr und die Regierung konnte in der Anrede des Postulatsreſkriptes² die seinen Vertretern geltenden Worte: „würdig und ehrsame in Gott“ auslassen. Nur eine schwache letzte Vorstellung wagte der Kumpf der alten Verordnung noch einmal an den Kurfürsten abzusenden. In dieser Vorstellung, die von Arco entworfen worden, erkannte sie die Berechtigung einer partiellen Säkularisation selbst an.³ Nur zu klar zeigen die verschiedenen Vota, wie zerrissen und zwiespältig die Verordneten des Ritter- und Bürgerstandes dieser Zerbröckelung der landständischen Verfassung gegenüberstanden. Wie tief die Entmutigung teilweise in landschaftlichen Kreisen ging, illustriert am besten der nicht angenommene Berichtsentwurf des Kanzlers von Mayrhofen, der nicht einmal mehr eine Vorstellung wagt, vielmehr nur bittet, daß den ehemaligen Verordneten, Rechnungsaufnehmern und Steuerern aus dem Prälatenstande ihre Ehrungen und Befoldungen verblieben. Doch glaubte die Regierung bei aller Mutlosigkeit der Landschaft sie durch die Landtagsversprechung und Vorbereitung beruhigen zu müssen. Das gelang ihr denn auch vollkommen. Nach ihrem kurzen Bescheid, daß sie aus finanziellen Gründen von den Verfügungen über den Prälatenstand nicht mehr abgehen könne,⁴ fügt die Landschaft sich ohne ferneren ernstlichen Widerspruch, so daß es doch scheint, als ob der Rest der Verordnung noch immer nicht die volle Tragweite des Vorgehens der Regierung erkannt habe. Denn konnte der Landesherr einen ganzen Stand aus eigener Machtvollkommenheit einfach austreichen, dann war er in der That Herr über die Verfassung und das Weiterbestehen der übrigen Stände hing allein von seiner Gnade ab.

Auch die ständische Opposition tabelte die Energielosigkeit der Verordneten in dieser bedeutsamen Frage. Vellhoven beklagt bitter, daß die Landschaft sich nicht gegen diese Totalver-

¹ 1802. 27. Dez. Ingolstadt, Stadtkommissar Gruber an die Landesdirektion.

² 1803. 11. April. R. R.

³ 1803. 6. Mai. R. R.

⁴ 1803. 14. Mai. R. R.

nichtung des ersten Standes erhoben.¹ Einer Initiative ist auch wohl das „Pro Memoria vieler Individuen des Ritter- und Bürgerstandes Unterlands Bayern“ zuzuschreiben. Darin wird der Vermunderung Ausdruck gegeben, daß die Landschaft noch nicht Refkurs an Kaiser und Reich ergriffen und an die Tatkraft der württemberger Stände erinnert, die den gleichen Schlag von ihren reformierten Abteien abzuwenden gemüht. Man müsse Herzog Wilhelm zur Garantie der Verfassung aufrufen, den Primas von Deutschland um seine Verwendung beim Papste bitten und auch zugleich das Publikum warnen, etwas von den säkularisierten Gütern zu kaufen. Auf eine nochmalige Vorstellung² mehrerer Individuen des Adel- und Bürgerstandes wußte Mayrhofen nur zu votieren, es entspreche der Würde eines landschaftlichen Körpers nicht, unnütze Versuche zu wiederholen.

Wie sehr Mut und Vertrauen unter den Verordneten zu schwinden begannen, geht aus dem Botum Berchems hervor: „es ist gefährlich, seine Meinung zu sagen, da leicht geschwächt wird und schon mancher sich die unangenehmsten Folgen dadurch zugezogen hat.“³

Trauriger noch als die schwächliche Haltung der Kumpfverordnung bei der Aufhebung des ganzen ersten Standes war entschieden der Streit um die erledigten Siege des Prälatenstandes. Das gab der Regierung besser als alle landschaftlichen Vorstellungen zu erkennen, wie sich die Verordnung bereits in die Aufhebung des Prälatenstandes hineingefunden hatte. Freilich war der Streit sehr begreiflich, denn das Stimmenverhältnis war nun gänzlich verschoben. Während bis dahin der Ritterstand so viel Stimmen zählte wie der Prälaten- und Bürgerstand zusammen, war er jetzt denen vom Bürgerstand doppelt überlegen. Aber die Art, wie man den Streit zum Austrag bringen wollte, spottete allen Grundsätzen der Kollegialität und war derer, die sich als die letzten Hüter der alten Verfassung aufzuspielen gewöhnt waren, durchaus unwürdig. Kaum war noch der erste Stand ganz begraben, da wandten sich bereits die Verordneten des Bürgerstandes ohne vorläufiges Benehmen mit dem Univerſale⁴ direkt an den Kurfürsten mit der untertänigsten Bitte, „höchstdieselben mögen geruhen und gnädigst gestatten, daß wir entweder die Bürgerbank mit ebenso vielen Gliedern, als Ritter vorhanden sind, besetzen,

¹ Dietrich von Mieningen an seinen Freund B. von G. . . 8. 1803. Dort auch das nachermähnte Promemoria vom 6. April 1803 an die Landschaft abgedruckt.

² 1803. 31. Mai. Nochmalige Vorstellung mehrerer Individuen des Adel- und Bürgerstandes an die Landschaft. Ebenda abgedruckt.

³ Undatierte Vota zur „Nochmaligen Vorstellung“.

⁴ 1803. 18. Mai. Promemoria.

oder abgesehen über die vorkommenden Gegenstände delibrieren".¹ Gleichzeitig erklärten sie im Universale, sich so lange jeder Abstimmung zu enthalten, bis die kurfürstliche Entscheidung auf ihre Abstimmung eingetroffen. Sofort legte nun der Ritterstand gegen den bürgerlichen beim Kurfürsten Beschwerde ein und bat um deren abschlägige Bescheidung.² Damit war die bis dahin in der Verordnung unbekannte Parteibildung nach Ständen vollzogen und, was noch schlimmer war, die Verordnung, deren Aufgabe es doch war, die Stände gegen die Regierung zu vertreten, hatte sich in innerem Zwist dem Hofe in die Arme geworfen, statt den einzig verfassungsmäßigen Weg zu beschreiten, die Befragung der Kommittenten auf schriftlichem Wege oder auf einem Landtag, der ihr ja jezt näher erscheinen mußte als jemals. Dankbar nimmt sie aus kurfürstlicher Hand die Entscheidung entgegen, daß nun nach dem Ausscheiden der Prälatenbank in der Verordnung zwischen denen vom Ritter- und denen vom Bürgerstand das Verhältnis von 4:3 herrschen solle, nachdem auch die landschaftliche Deputation zu den Landtagspräparationen nach diesem Verhältnis gewählt worden.³

Bald sollte sich diese Parteibildung nach Ständen noch viel schroffer kundgeben. Unterm 15. Mai 1804 hatte das Regierungsblatt das neue wichtige Kantonsreglement vom 30. April veröffentlicht, ohne daß vorher der verfassungsmäßige Beirat der Landschaft erholt worden wäre. In diesem Kantonsreglement war zum ersten Mal für Bayern der Grundsatz der gleichen Dienstverbindlichkeit für alle aufgestellt. Unter den zahlreichen Ausnahmen waren zwar auch die Bürger in Städten und Märkten zu finden, aber deren Söhne waren nunmehr als dienstpflchtig erklärt, während der Adel, die Geistlichkeit und die im Dienste des Staates stehenden siegelmäßigen Zivil- und Militärbeamten und ihre Söhne dienstfrei blieben. Bei den Beratungen über dieses Kantonsreglement kam der ständische Gegensatz grell zu Tage. Die vom Adelstand gaben sogleich dem Gesetze, daß in Zukunft auch die Bürgersöhne zum Militärdienst verpflichtet seien, ihren vollen Beifall. Dagegen wehrten sich die vom Bürgerstand ganz energisch und Pronath erklärte in seinem Votum unter den schärfsten Ausfällen auf die Ritterbürtigen, nicht die Dienstfreiheit der Bürger sei schuld an dem Ruin der Landeskultur, sondern die Höhe der Abgaben der Grundholden an die Grundherrschaft, die unmäßige Jagdlust des Adels, die Frohndienste und alle anderen Zwangsrechte und die Privilegien des Adels gegen alle anderen Stände.

¹ 1803. 18. Mai. Die Bürgerstandsverordneten ad manus Seren.

² 1803. 21. Mai. Ritter- und Adelsstand ad manus Seren.

³ 1804. 28. Mai. R. R.

Klassen, allerdings wiege ja das Bürgerblut den Wert eines Hofmarksuntertanen nicht auf. Durch sein Verhalten gegen den Bürgerstand, so führt er aus, habe der Ritterstand die Bündnisurkunde von Lichtmeß 1514 verletzt und der Bürgerstand hätte schon deswegen gerechte Ursache, ein eigenes Kollegium zu bilden, um sich vor gänzlicher Unterdrückung zu schützen.¹ In einer gemeinsamen Erinnerung verlangen die Bürgerstandsvertreter, daß in dem landschaftlichen Hauptberichte die bisherige Freiheit der Bürgersöhne von der ordentlichen Militärpflichtigkeit und der Aushebung aufrecht erhalten bleibe und daß nur im Falle eines wirklichen Vaterlandskrieges die erforderliche Mannschaft von den Städten gefordert werde. Das geschah denn auch schließlich,² allerdings völlig erfolglos. Als man sich überzeugt, daß das Gesetz bereits ausgeführt werde, versuchten die bürgerlichen Verordneten nochmals eine gemeinsame Vorstellung zu bewirken, aber der Ritterstand beschloß in einer gesonderten Session, „daß diese Bürgerfreiheit nicht mehr bestehen könne“ und setzte eine Erklärung an den Kurfürsten in diesem Sinne durch.³ So blieb den Bürgerlichen nichts als eine feierliche Vermahnung aller ihrer Rechte bis auf den nächsten Landtag übrig, „wann aber — so fügt Pronath seinem Votum bei — dieser so oft verheißene Messias kommen wird, das wissen die Götter“.⁴

Waren schon die Streitigkeiten um die Notwendigkeit eines allgemeinen Landtages, die schließlich zum Austritt Preßings aus der Verordnung geführt, ein bedenkliches Zeichen des Verfalls, so war es diese schroffe Sonderung nach Ständen noch in viel höherem Grade. Die ideale Auffassung ihrer Stellung, die die Verordnung in ihren guten Tagen emporgehoben, ist ihr fremd geworden. In einer Zeit, da durch die Aufhebung des ersten Standes keiner sich mehr ihre schwankende Existenz verhehlen konnte, findet sie es noch am Platze mehr Diäten zu verlangen.⁵ Verleugnet von ihren Kommittenten, nach außen und innen zerfallen, konnte sie auch der Regierung keine Achtung mehr abnötigen. Ihre Geschichte, die zeitweilig fast zur inneren Geschichte Bayerns geworden, wird wieder die einer abhängigen Steuerbehörde und Steuerbewilligungsmaschine, die außer allem Zusammenhang mit den großen Ereignissen ihrer Zeit steht.

¹ 1804. 4. Aug. Vota.

² 1804. 20. Aug. L. G.

³ 1805. 28. Jan. L. G.

⁴ 1805. 21. u. 25. Jan. Vota der Bürgerstandsverordneten.

⁵ 1803. 18. Mai. Memorandum über Diätenfachen.

5. Kapitel.

Aufhebung der ständischen Steuerprivilegien und der Verordnung.

Das Ende der landschaftlichen Verordnung nahte reißend schnell, darüber konnten auch vorübergehende letzte landschaftliche Energieaufwallungen nicht hinwegtäuschen. Die Regierung hatte in ihrer eifrigen Reformtätigkeit innerlich bereits völlig mit der überlebten Verfassung gebrochen. Sie war zu weit vorgegangen, um noch stehen bleiben zu können. Die Schaffung des Einheitsstaates, die Montgelas auf sein Programm geschrieben, forderte gebieterisch die Beseitigung derartiger hemmender provinzieller Sonderverfassungen. Vor allem forderte aber die finanzielle Frage eine ganz andere Art der Postulatsbehandlung, dazu völlige Gleichheit aller Stände in der Besteuerung und Aufhebung des Dualismus in der Finanzverwaltung. Mit all diesem fiel aber auch die landschaftliche Verfassung selbst. Die Finanzlage war ja bereits schwierig genug gewesen, nun aber begann Bayern eine neue Stellung in der Welt einzunehmen, bald schloß es sich im Rheinbund noch fester an Frankreich, mußte damit aber auch bis dahin unerhörte militärische Lasten auf sich nehmen, für die es nicht mehr wie im alten Reich ein „Non possumus“ gab.

Kurz vor Beginn der Postulatshandlung des Jahres 1805 schnitt deshalb Montgelas in Voraussicht kriegerischer Verwicklungen und dadurch notwendiger Rüstungen die Frage einer ganz neuen, modernen Postulatsbehandlung an: „soll das Postulat in der alten Form auf eine bestimmte Anzahl Steuern gestellt werden, oder in einem spezifizierten ordentlichen Budget?“¹ Er schloß sich dann aber dem Gutachten Strenners² an, der ausführte, er wünschte von ganzem Herzen, daß Bayern jetzt schon nach einem förmlichen Budget postulieren könne, aber er fürchte den Widerstand der Landschaft, die man nicht zwingen könne, da das Compaktat von 1781 ihr formell recht gebe.

Noch immer hielt also die Regierung die Scheu vor einem offenen Bruch zurück, obwohl diese Scheu sie andererseits von den bedenklichsten Verfassungsverletzungen nicht abschreckte. So hatte sie eben erst eine allgemeine Umlage von 1 fl. auf jeden Hof für Rordonskosten ausgeschrieben, ohne davon der Landschaft, die diese allein bewilligen konnte, auch nur Nachricht zu geben.³ Diese Verfassungsverletzung im Zusammenhang mit

¹ 1805. April. Montgelas an Strenner.

² Vom 29. April 1805.

³ 1805. 19. Juni. Frhr. Anton von Leyden zu Armstorf an die Landschaft.

vielen anderen Beschwerden und der Ergebnislosigkeit der kostspieligen Landtagspräparation, die sich eben jetzt herausstellte, ließen die Landschaft noch einmal auf Antrag Pronaths sich zu der energischen Erklärung aufraffen, sie könne sich so lange nicht auf die Postulatsbehandlung einlassen, als ihr eine Antwort auf ihre Beschwerden verweigert werde.¹ Sie stellte denn auch vom 19. Juni an ihre Zahlungen an die Provinzialhauptkassa ein² und übersandte ihre Gravamina.³

Politische Lage.

Da wurden ihre Gravamina und Widerstandsgelüste durch die politischen Ereignisse ohne Zutun der Regierung beseitigt. Ein neuer Krieg um die endgültige Gestaltung Europas war schon längst nur mehr eine Frage der Zeit. Frankreich suchte dabei die Unterstützung der süddeutschen Staaten und ließ darum Bayern schon im Frühjahr 1805 Bundesanträge unterbreiten. Früher als Max Josef erkannte sein Minister die Unhaltbarkeit der Neutralität und legte ihm in den ersten Junitagen ein umfassendes Memoire vor, in dem er, da weder von Preußen noch von Rußland ein Einschreiten zugunsten der bayerischen Neutralität zu erwarten war, die Notwendigkeit eines Offensiv- und Defensivvertrages mit Frankreich darlegte.⁴ Der Kurfürst dachte noch immer an Passivität und Neutralität, aber Napoleons Wort an Talleyrand bereitete solchen Hoffnungen ein rasches Ende: „Ich will nicht, daß Bayern neutral bleibe“.⁵ Nach schweren Seelenkämpfen willigte Max Josef in der Wohnung von Montgelas in Bogenhausen in die Unterzeichnung des Vertrages durch seine Minister. In diesem Vertrag wurde durch Napoleon die Integrität Bayerns in dem durch den Reichsdeputationshauptschluß festgesetzten Umfange garantiert. Der Kurfürst versprach, bei Ausbruch eines Krieges mit Österreich 20000 Mann zu stellen, wofür ihm im Falle des Sieges Vergrößerung und Arrondierung zugesagt wurde. Wenige Tage danach unterzeichneten auch Württemberg und Baden.

Was also Bayern in die Arme Frankreichs getrieben, war gewiß nicht Sympathie, sondern lediglich die harte Not. Bald trat auch der Bündnisfall ein, während Österreich noch in letzter Stunde versuchte, den Kurfürsten durch Drohungen auf seine Seite zu zwingen.

¹ 1805. 14. Juni. B. G.

² 1805. 11. Juli. Provinzialhauptkassa an das geh. Finanzdep.

³ 1805. 3. Juli. B. G.

⁴ Bitterauf, a. o. I. 161 ff.

⁵ Feigel, „Die Erhebung Bayerns zum Königreich“. In „Histor. Vorträge und Studien“, 3. Folge, 1887. S. 130.

Verfehlte Spekulation.

Die Landschaft war von der Regierung über die kriegsdrohende Lage mit keinem Worte benachrichtigt worden. Während sie noch auf den Erfolg ihrer Zahlungseinstellung wartet, erhielt sie plötzlich am 6. September durch ihre Landsteuerer des Rentamts Burghausen Nachricht von der Annäherung der österreichischen Truppen und zwei Tage später von ihrem Einmarsch und fast gleichzeitig ein kurfürstliches Reskript mit der Mitteilung von der Abreise des Kurfürsten in seine fränkischen Provinzen.¹

Sofort schlägt die Stimmung in der Landschaft um und Mayrhofen beantragt, trotzdem die Regierung die Landschaft von der Gefahr in Unkenntnis gelassen, ihr zum Beweise der Devotion das lange versagte Orbinarium zu berichtigen. Noch weiter ging Arco,² der die Abführung aller Guthaben an die kurfürstlichen Rassen beantragte. Aus seinem Gutachten gehen die Beweggründe für diese Schwenkung wenigstens für ihn persönlich klar hervor. Da steht kein Wort von Pflichten gegen das Vaterland, sondern nur von dem Geschäft, das man mit der Not der Regierung zu machen hofft. „Wird Friede durch den Sieg der kombinierten Armeen, — so führt Arco aus — so läßt sich Bayerns Schicksal unschwer voraussehen und die Stände wissen, was sie zu erwarten haben. Wird Friede durch die Siege Frankreichs, so sinkt Oesterreich tief und Bayern hebt sich groß. Und auch in diesem Falle ist die Aussicht, so die Landstände haben, nicht sehr einladend, denn mit Oesterreich verfällt auch die Reichsverfassung, es entsteht ein souveräner König, der den Landständen Gesetze geben wird nach gutem Belieben“. So weit waren Arcos Ausführungen scharfsinnig und, wie die Zukunft lehrt, auch völlig begründet. Verfehlt aber sollte sich die Spekulation erweisen, die Arco an diese Gedanken anknüpft. Für den Fall eines österreichischen Sieges glaubt er mit Recht, wird die Landschaft auch nicht viel machen können, im Fall eines französischen Sieges aber steht ihr ein großes Feld der Spekulation offen. Jetzt ist die Regierung in der äußersten Not, Geld in solcher Zeit gegeben, hat doppelten und dreifachen Wert. Er hofft auf Wucherzinsen für alles Geld, das man jetzt in dieser äußersten Not der Regierung gibt und beantragt darum Abführung aller Guthaben an die Regierung, zumal das Geld ja doch verloren wäre, sobald die Oesterreicher weiter vorrücken. Man soll Serenissimus eine respektvolle Zuschrift senden, daß die Landschaft auf jede Weise den Hof unterstützen wolle und solle ihm zugleich den land-

¹ 1805. 8. Sept. R. R.

² Anträge zur Session vom 14. Sept. 1805.

schaftlichen Kredit anbieten. Also mit dürrn Worten, unser Geld ist doch verloren, darum wollen wir es dem Hof geben, damit wir ihn uns dadurch verpflichten.

In diesem Sinne beschließt denn auch die Landschaft und sendet eine von ihr gar nicht mehr gewohnte, übertrieben unterwürfige Erklärung an den Kurfürsten, in der sie die Abordnung des Grafen Clemens von Törring-Seefeld ankündigt.¹ Durch seine Instruktion² war Törring angewiesen, 55 000 fl. dem Kurfürsten und 11 000 fl. der Kurfürstin als kleinen Beweis der Devotion der gemeinen Landschaft zu überreichen. Dazu brachte er die Nachricht von neuen Steuerbewilligungen und von der Bereitwilligkeit zur Ausstellung neuer Schuldauffkürationen, bat aber gleichzeitig, um ja keinen Irrtum über den Zweck der Anstrengung auskommen zu lassen, das verfassungsmäßige Benehmen mit der Landschaft eintreten zu lassen, die Gravamina zu beantworten und „mit allen Schritten und Verfügungen einzuhalten, welche der Landesverfassung oder den Rechten der treu devotesten Stände nahe treten“. In solchem Augenblick mußte die Landschaft ganz anders sprechen: Wir wollen in dieser Not des Vaterlandes unseren Streit vertagen, wir geben von unseren Rechten nicht das Geringste auf, aber glauben zunächst, alle unsere Kräfte und Mittel dem bedrängten Vaterland darzubieten zu müssen. Das hätte Eindruck machen können, aber diese Spekulation konnte der Regierung nur die äußerste Furcht verraten. Und gerade das hätte unter allen Umständen vermieden werden müssen. Noch immer hatte bis dahin die Regierung Scheu gehabt, es auf eine ernste Machtprobe mit der Landschaft ankommen zu lassen, diese Scheu wurde ihr genommen durch dies Betteln in solchem Augenblick, wo ganz andere Dinge noch als das Leben einer greisenden Landschaft auf dem Spiele standen. Daß freilich auch das Extrem von dem Vorgehen der bayerischen Landschaft, das Verfahren der württemberger Stände, das Schicksal nicht aufhalten konnte, zeigte sich gleichzeitig. Dort in Württemberg hatten nämlich in der gleichen Landesnot die Stände sich nicht für berechtigt erklärt, zur Ergänzung des Heeres 300 000 fl. zu bewilligen: da ließ Kurfürst Friedrich einfach ihre Kassen durch seine Kommissäre erbrechen.³

Zunächst schien sich allerdings Arcos Spekulation glänzend zu bewähren. Österreich hatte früher losgeschlagen, als Napoleon dachte. Am 8. September war Mac bereits in Bayern eingerückt, das nun bis zur rettenden Ankunft der französischen Truppen schwere Stunden durchzumachen hatte. Und gerade

¹ 1805. 14. Sept. B. G.

² Vom 14. Sept. 1805.

³ Bitterauf, a. o. I. 178.

in der schwersten Zeit, da Bayern Österreich völlig überantwortet war, kam Törring in Würzburg an. Demgemäß war auch sein Empfang beim Kurfürsten am 20. September. Max Josef fiel ihm um den Hals und verharnte schluchzend „einige Minuten“ in dieser Stellung. Das Kreditiv wurde heftig aufgerissen, nicht aufgeschnitten, sehr schnell durchlesen, zu Zeiten aber mit dem Ausruf aus dem Innersten: „Ihr seid wackere Bayern!“ unterbrochen, endlich Törring wieder mit der Versicherung zugestellt, daß alle Punkte desselben gewährt werden sollten. Der Kurfürst war in einer Verfassung, daß er alles zusagte. Doch war Törring so vorsichtig, daß er die Zusagen schriftlich erbat und auf seinen Wunsch auch eine vorherige Einsicht gestattet erhielt.¹ Die Landschaft mußte glauben, nun den Kurfürsten festgelegt zu haben.

Sofort ging an die Verordnung ein Reskript ab² mit der Nachricht, daß das Generallandeskommissariat angewiesen worden, nach Erfordernis der Umstände, in allen, das gemeine Wohl des Landes betreffenden Fällen, wie es zuvor unter ähnlichen Verhältnissen geschehen, das gemeinschaftliche Benehmen mit der Landschaft eintreten zu lassen. Zugleich ging an das Generallandeskommissariat die Weisung, in denjenigen Kultur- und Polizeigegegenständen, die zu landschaftlichen Beschwerden Veranlassung geboten, den bisherigen Zustand unverrückt zu belassen, da in dem jetzigen Zeitpunkt überhaupt weit mehr auf Entfernung des äußeren Zwanges als auf Fortsetzung der Reformen Bedacht genommen werden müsse.

Die Landschaft hatte noch zur rechten Zeit ihren Deputierten ans Hoflager gesandt; so belam sie doch wenigstens noch ein paar schöne Versprechungen. Nach der Vereinigung der bayerischen Truppen mit den herannahenden französischen, am 2. Oktober, hätte sie nicht einmal mehr diese bekommen, denn nun war man aus der schlimmsten Not heraus und der Vertrag von Bogenhausen begann seine Früchte zu bringen. Kurz darauf konnte der Landschaft die Kapitulation von Mac in Ulm angezeigt werden.³ Der Feldzug war im wesentlichen entschieden. Die Landschaft handelte währenddessen voll Eifer. Um den großen Anforderungen gerecht zu werden, eröffnete sie ein landschaftliches Vorratsanlehen⁴ und schrieb ein Kriegsanlehen aus.⁵

¹ 1805. 31. Sept. Bericht Törrings an die Landschaft.

² Unter dem 21. Sept. 1805.

³ 1805. 20. Okt. Offizielle Anzeige.

⁴ 1805. 1. Nov. Rombin. Ministerkonf.

⁵ 1805. 6. Nov. Landschaftl. Ausschreibung eines Kriegsanlehens.

Napoleon und die Landschaft.

Seit dem 20. Oktober¹ wurde Napoleon in München erwartet, am 24. zog er unter großem Jubel ein. Am folgenden Tag wurden ihm in feierlicher Audienz die verschiedenen Behörden vorgestellt, die Landschaft kam aber, da der Aufruf nach dem Hoffkalender ging, zu ihrem großen Schmerz erst an zweitlehter Stelle. Sie hatte gehofft, diese Gelegenheit benützen zu können, um den Allmächtigen für sich zu interessieren. In einer vom Universale beratenen Ansprache wollte sie ihn als „Napoleon den Großen“ und „Erretter Bayerns“ begrüßen, es wurde ihr aber statt der erhofften privaten Audienz nur eine allgemeine Aufwartung gestattet und Napoleon wußte ihre feierliche Ansprache durch fortwährendes Fragen zu verhindern. Lieblich klang in ihren Ohren, was er im allgemeinen über die Zukunft Bayerns und die Zuweisung von Schwaben und Tirol sagte, weniger angenehm aber, wie er sich über die landschaftliche Verfassung äußerte. Der Kaiser orientierte sich genau über die Zahl, Zusammensetzung, Ergänzung und Rechte der Verordneten, ebenso über die Zusammensetzung und Verfassung der Landtage. Dabei ließ er sie verschiedene unangenehme Wahrheiten und Mahnungen hören; die jetzige Verordnung gleiche nur einem Schatten von Repräsentation und die Landtage schienen den bayerischen Regenten nicht zu behagen, vermutlich besorgten sie hiervon Unruhen. Sehr vorsichtig drückte sich Arco, der das Wort führte, auf die peinliche Frage aus, wie denn die Staatsimposte reguliert wären, ob auf den 6. oder 7. Teil des jährlichen Einkommens? Ohne von dem ständischen Steuerprivileg nur ein Wort zu sagen, antwortete er, daß Bayern noch kein bestimmtes Regulativ habe, worauf der Kaiser entgegnete, in drangvollen Umständen erachte er, daß eine Gabe zum vierten Teil, also 25% vom Einkommen nicht zu viel sei. Nach dieser indirekten Mahnung, die den landschaftlichen Deputierten wohl wenig gefiel, schloß er mit der Aufforderung, dem Landesfürsten tüchtig unter die Arme zu greifen.²

Von ihm, das konnte die Landschaft sich jetzt sagen, war keine Hilfe zu erwarten, im Gegenteil, er würde bei ihrer ersten Weigerung dem Kurfürsten dieselben Worte zurufen, wie kurz vorher dem Kurfürsten von Württemberg: „chassez les bougres!“³

Die Landschaft tat denn auch alles, um dem Kurfürsten tüchtig unter die Arme zu greifen, Anleihen und Steuern

¹ 1805. 20. Okt. Offizielle Anzeige.

² 1805. 25. Okt. Aufzeichnungen Arcos.

³ Bitterauf, a. o. I. 188.

wurden ausgeschrieben und neue Affekurationen gedruckt, alles im engsten Einverständniß mit der Regierung.

Der Preßburger Friede.

Mitten in diese Verhandlungen hinein traf die Siegeskunde von Austerlitz und dem sich daran anschließenden Waffenstillstand mit Oesterreich. Was Arco vorausgesagt, trat nun ein; der Sieg Frankreichs brachte Bayern ein souveränes Königtum. Schon in den nächsten Tagen, am 10. Dezember schloß der bayerische Gesandte Gravenreuth einen Vertrag mit Frankreich, der Bayern zum Königreich erhob, ihm ein enges Bündniß mit Frankreich auferlegte und dafür stattliche Besitzungen gab. Als man auch durch den Vertrag von Schönbrunn, durch den am 15. Dezember Haugwitz Ansbach an Bayern abgetreten, Sicherheit vor dem wegen des Durchmarsches grollenden Preußen erlangt hatte, entschloß man sich in München zur Besitzergreifung der ritterschaftlichen Güter Neuburgs und der deutschen Ordensbesitzungen in Schwaben. Durch die Heirat der Prinzessin Auguste mit Eugen Beauharnais wurde der neue Bund besiegelt. Am 26. Dezember kamen dann auch in Preßburg die Verhandlungen mit Oesterreich zum Abschluß, in denen die Errungenschaften Bayerns auch von österreichischer Seite anerkannt wurden.¹ So war denn Bayern aus den Wirren der letzten Jahre, in denen ihm mehr als einmal fast die Vernichtung gedroht, vergrößert als ein souveränes Königreich hervorgegangen.

Auch die Landschaft nahte sich ihrem Könige nun mit Glückwünschen, aber diese Glückwünsche kamen ihr aus recht gepreßten Herzen, denn mit ihnen mischte sich die bittere Sorge um ihre eigene Existenz.² War die neue Gestaltung Bayerns noch vereinbar mit der alten landschaftlichen Verfassung? — Viele Stimmen sagten nein. Vor allem aber mußten die Vorgänge in Württemberg ein schlechtes Omen sein. Dort wurde bereits am 30. Dezember dem ständischen Ausschuß eröffnet, daß der König kraft seiner Souveränität die bisherige Landesrepräsentation für aufgelöst erkläre und jede Versammlung oder kollegialische Beratschlagung als Empörung ansehen werde.³ Und hatte man nicht auch hier in Bayern einen Stand bereits vernichtet und dazu mit der Unterwerfung des reichsunmittelbaren Adels begonnen? — Da war voranzusehen, daß man sich erst recht nicht von den Privilegien der eigenen Landstände zurückhalten lassen würde, im Inneren die so notwendige Verfassungseinheit zu schaffen. So verband denn die Landschaft

¹ Bitterauf, a. o. I, 235 ff.

² 1806. 30. Jan. L. G.

³ Bitterauf, a. o. I. 253.

mit ihrem Glückwunsche die Bitte um eine beruhigende Erklärung über das fernere Bestehen der Landesverfassung, denn „voreilige und fast möchte man sagen verwegene Deutungen haben die Meinungen der großen Haufen irre zu führen gesucht“. ¹ Diese beruhigende Erklärung erhielt sie nicht, statt dessen wurden ohne ihr Zutun am folgenden Tage die Artikel des Preßburger Friedens, die eine Abänderung der bisherigen äußeren und inneren staatsrechtlichen Verhältnisse Bayerns bewirkten, als pragmatisches Gesetz veröffentlicht. Das war auch eine Antwort auf die Bitte der Landschaft.

Daß es in Bayern vorläufig noch nicht zur Aufhebung der landschaftlichen Verfassung wie in Württemberg kam, war ein Akt kluger Vorsicht. Die Regierung wollte das Alte nicht vernichten, ehe sie eine neue brauchbare Verfassung an deren Stelle zu setzen hatte. Es hätte in der That kein besserer Weg gefunden werden können, als der, zunächst die Erhebung und Verwaltung der Steuern von der Landschaft zu lösen und noch während des Bestehens der Verordnung die Steuergleichheit einzuführen und erst dann, wenn die neue kurfürstliche Steuerbehörde und das Publikum sich in diese Zustände eingelebt, die alte Verfassung aufzuheben. Zudem wirkte hier auch noch die unerledigte Frage der Besitzergreifung der neuen und der entfloierten oder benachbarten reichsunmittelbaren Gebiete mit, wie überhaupt die Unsicherheit und Unvollkommenheit des gegenwärtigen Zustandes. Erst nach der Unterzeichnung der Sonderakte des Rheinbundes für Bayern gewannen die Verhältnisse eine gewisse Stetigkeit, so daß die Regierung nun an die Lösung der inneren Fragen gehen konnte. Mit der Souveränität war ja der Alp der kontrollierenden Reichsinstanzen, die bei aller Ohnmacht doch immer noch bei Händeln zwischen Regierung und Ständen ein gewichtiges Wort mitsprechen konnten, von Bayern genommen. Nun stand der Weg zur Verichtung der ständischen Verfassung offen.

Edikt vom 8. Juni 1807.

Von da an war die Landschaft völlig bedeutungslos und von allem, was nicht die Steuern betraf, gänzlich ausgeschlossen. Darum ließ auch der Krieg gegen Preußen und Rußland nicht die geringsten Spuren in den landschaftlichen Akten zurück, zumal er ja zu speziellen Forderungen keine Veranlassung bot, sondern, wie Montgelas selbst berichtet, fast keinen Aufwand verursachte, indem er ganz auf Kosten des Feindes geführt wurde. ²

¹ 1806. 30. Jan. B. G.

² Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 155.

Zum eigentlichen Postulat kam es erst im Januar 1807, nachdem die Regierung begonnen hatte, die Etatsjahre von Oktober zu Oktober zu rechnen. Die Landschaft wagte dabei in diesem Jahre nicht einmal mehr eine Beschwerde. Erst das traurige Resultat der Anlehen öffnete ihr den Mund. Von dem im November 1805 eröffneten Vorratsanlehen im Betrage von $\frac{1}{2}$ Million waren bis Mai 1807 ganze 8500 fl. eingegangen. In dem ersten Monat hatte das Anlehen guten Fortgang genommen, als dann aber die Verhandlungen in Preßburg kamen, als gar durch den Frieden die landschaftliche Existenz völlig schwankend geworden, zog sich das Kapital zurück und bereits gemachte Anerbietungen wurden plötzlich wieder rückgängig gemacht. Ja, der Landschaft waren seit dem Preßburger Frieden bereits 200000 fl. Kapitalien, die auf ihrem Vorrat gelegen, gekündigt worden, eine Erscheinung, die ihr bis dahin auch in den bedenklichsten Lagen fremd geblieben.¹ Dieselbe Erfahrung machte gleichzeitig auch Württemberg. Auch dort hatte der Kredit mit der Auflösung der Stände einen schweren Stoß erlitten; sofort nach der Aufhebung waren die Staatsobligationen um 10% gesunken.² Auf der bayerischen Landschaft lasteten noch $1\frac{1}{2}$ Millionen halbjährig kündbarer Anlehen. Es war darum die größte Gefahr für die Zahlungsfähigkeit der Landschaft, wenn das Mißtrauen in die Fortexistenz der Verordnung nicht alsbald durch eine bündige königliche Erklärung behoben wurde. Um diese bat nun die Landschaft in Anbetracht ihrer augenblicklich schlechten Kreditverhältnisse, allerdings mit einem sehr negativen Erfolg.

Der feste Anschluß an Frankreich im Rheinbund und dessen Erfolge gegen Preußen und Rußland gaben der Regierung, die inzwischen die Vorbereitungen zur Neuorganisation der Finanzverwaltung getroffen, die Kraft zum entscheidenden Schlage gegen die Landschaft. Ohne daß dieser zuvor eine andere Kunde als durch vage, unkontrollierbare Gerüchte zugekommen war, erschien am 8. Juni 1807 ein königliches Generaledikt betreffend die Gleichheit der Abgaben, Steuerrectifikation und Aufhebung der besonderen landschaftlichen Steuerlassen, ein Edikt, das für die Verfassung von 1808 und 1818 grundlegend ist. Durch diese Verordnung wurden mit einem Schlage alle ständischen Steuerprivilegien aufgehoben, so daß es, selbst die kgl. Domänen nicht ausgenommen, keine Befreiung von der Grundvermögens-

¹ 1807. 12. Mai. Z. G.

Über den Kredit der bayerischen Landschaft sagt das gegen Montgelas gerichtete Pamphlet „Bayern unter der Regierung des Ministers Montgelas“ 1813, S. 47: „Ihr Kredit war so fest gegründet daß ihre Obligationen stets in vollem Wert standen und daß sie nie übermäßige Zinsen und Provisionen zahlen mußte“.

² Bitterauf, a. o. I. 253.

steuer mehr gab. Erreicht war, was Ulschneider schon im Jahre 1800 in seinem Entwurf einer neuen Erklärung der Landesfreiheit in Bayern als Grundsatz aufgestellt: „Jeder im Staate ohne Ausnahme ist verbunden, nach dem Verhältnis seines Vermögens Steuer zu zahlen“.¹ Endlich wurde auch die lange berufene Steuerrektifikation ernstlich angeordnet und zum Dritten der Dualismus in der Finanzverwaltung durch Konzentration aller Staatskassen nach Aufhebung der landschaftlichen gesonderten Steuerkassen beseitigt. Den Ständen wird die eigene Erhebung, Berechnung und Verwaltung der Steuern entzogen, da dies eine Verrückung der Scheidewand der Gewalten und ein Überschritt des repräsentativen Körpers in das Gebiet der exekutiven Macht bedeute. Als Unterlage für die Staatsschulden wird ein eigener Schuldentilgungsfonds gegründet. Was also für Alt-Bayern bereits in dem sogenannten gemeinen Schuldenableidungswerk bestanden, wurde modifiziert auf das ganze Königreich übertragen. Einsicht in das gesamte Schuldenwesen des Staates hat die Zentralschuldenetatskommission, zu der auch landschaftliche Deputierte gezogen werden sollen. Die landschaftlichen Ausschüsse und Deputationen bleiben, solange die bisherige ständische Verfassung keine andere Einrichtung erhält, unverändert und das Postulat wird in der nämlichen Form wie bisher gestellt. Auch wurde nun den Deputierten das Recht der Einsicht in die Verwendung der Steuern, worum die Landschaft in den neunziger Jahren so lange gekämpft, gegeben.

Damit war das wesentlichste Bollwerk altständischer Macht und Selbständigkeit, die eigene Erhebung und Verwaltung der Steuern und Aufschläge, der modernen Staatsidee zum Opfer gefallen. Daß diese Tat nur die Einleitung zur gänzlichen Aufhebung der landschaftlichen Verfassung sei, wurde bereits in diesem Edikt angedeutet. Der König behält sich in ihm vor, „ihre Erhaltung oder ihre Umformung nach den Erfordernissen höherer Staatszwecke und der Einheit des Reiches“ in eifrige Überlegung zu nehmen und hiernach seine Entschließung zu fassen.

Noch am gleichen Tage wurden die Ausführungsbestimmungen für die altbayerische Provinz erlassen und das Provinzietatskuratel angewiesen, sämtliche landschaftliche Kassen und Rechnungsbücher und das landschaftliche Kassenpersonal in fgl. Dienste zu übernehmen. Die Land- und Rittersteuerer wurden pensioniert und ebenso die Rechnungsaufnehmer, so daß die Verordnung nunmehr auf 13 Personen zusammenschrankte. So waren der Landschaft in dieser letzten Not gerade die Männer entzogen, die die meiste Arbeit zu leisten gewohnt und

¹ f. o.

am tiefsten in die Finanzverhältnisse eingeweiht waren. Auch ihren fähigen Archivar Panzer, der auch publizistisch ihre Sache sehr geschickt vertreten hatte, entzog ihr die Regierung durch dessen Ernennung zum egl. wirklichen Landesdirektionsrat.¹

Am 11. Juni wurde in Gegenwart der meisten Verordneten das landschaftliche Kassapersonal in egl. Pflicht genommen und sämtliche Kassen gestürzt. Der Landschaftsfanzler erklärte dabei im Namen der Verordnung, die Landschaft sei überrascht durch diese Maßregeln und hätte wenigstens erwarten zu dürfen geglaubt, daß über diese höchst wichtigen Gegenstände man sich mit ihr vorläufig näher benommen hätte, sie könne gegen Gewalt nichts ausrichten, verwahre jedoch alle ihre Rechte. Es fanden sich in den landschaftlichen Kassen 1275185 fl. 27 Kr., davon 736875 fl. in barem Geld. Darunter sind auch die Gelder der geheimen Vorratskasse begriffen, die noch trotz der starken Inanspruchnahme in den letzten Jahren 235540 fl. 13 Kr. enthielt,² eine Summe, die vermuten läßt, welcher hohen Bestand diese Kasse etwa in dem Anfang der neunziger Jahre gehabt haben muß.

Am 30. Juni kam die Landschaft noch mit einem nachträglichen Protest und Vorstellung. In dieser erklärte sie, daß durch das Edikt vom 8. Juni die Landesverfassung wesentlich alteriert sei und erbittet darum eine sichernde Konstitutionsurkunde. Zur Beratung dieser will sie sofort gemeinsame Verhandlungen begonnen wissen, deren Resultat einem Landtag oder wenigstens einem größeren Ausschuß der Stände vorgelegt werden solle.

Einzelne unter den Verordneten mußten sich aber auch in die neue Zeit zu schicken und suchten nur das in die Gegenwart hinüberzuretten, was an der ständischen Verfassung wirklich lebensfähig war, die Idee der Repräsentation. So votierte Graf Hegnenberg, man müsse den Schritt des Königs als durch den Preßburger Frieden vollkommen berechtigt anerkennen und müsse die ehemalige Sprache von geübten Rechten mit Billigkeitsgründen vertauschen, auf das Genommene müsse man unbedingt verzichten und nur suchen, die Idee der Repräsentation zu retten. Die Landschaft solle darum dem König sogar den Dank aussprechen für seine Gefinnungen über den Wert einer Repräsentation und ihn um eine Repräsentation für das ganze Reich bitten, zuvor aber um gemeinsame Beratungen über die zweckmäßige Einrichtung derselben.³

¹ 1807. 16. Juni. R. H.

² 1807. 11. Juni. Protokoll.

³ 1807. 18. Juni. Votum des Grafen Hegnenberg.

Steuerprovisorium.

Im Postulatsjahr 1807/8 wurde zum erstenmal die Besteuerung nach dem Prinzip der Gleichheit für alle durchgeführt. Ein Versuch der Landschaft, nach dem alten System der Land- und Standsteuern weiter zu willigen,¹ wurde ignoriert und mit dem Erlaß eines „Provisorium momentaneum“² beantwortet. Die Fassionen der Landsteuer gingen auf das Jahr 1612 zurück, $\frac{3}{4}$ des Wertes blieben damals frei und nur $\frac{1}{4}$ mußte mit 5% versteuert werden, also von 100 fl. tatsächlichen Grundvermögens im Jahre 1612 mußten 1 fl. 15 Kr. gereicht werden. Da nun auch die Stände diese Landsteuern zu reichen hatten, für die bis dahin noch keine Fassionen vorhanden waren, wurde bestimmt, daß $\frac{1}{9}$ des gegenwärtigen Wertes als der Wert vom Jahre 1612 zu gelten habe, also $\frac{5}{90}$ vom gegenwärtigen Grundvermögen gesteuert werden müsse. Auch die Städte und Märkte, die bis dahin für jede bewilligte Standsteuer nur ein Uversum von 20 000 fl. gereicht hatten, mußten sich nun das wahre Erträgnis auf 42 904 fl. berechnen lassen. Den Rest hatten bis dahin die Stadtkammern für sich verausgabt. Damit diese nun nicht Not litten, sollten 3 Stadt- und Marktsteuern erhoben werden, die zusammen ungefähr 5 Landsteuern gleichkamen, davon sollten 2 in der Form der bis dahin üblichen Uversa, die 3. jedoch vollständig eingeliefert werden, so daß sich ihre Leistung an den Staat mehr wie verdoppelte.

Bei all dem war die Landschaft gänzlich unbeteiligt, nur daß man ihrer Bewilligung von 5 Landsteuern formell Geltung ließ. Auch äußerlich wurde ihr die Mißachtung dadurch befundet, daß ihr nicht mehr wie bis dahin ein Staatsminister das Postulat erläuterte. Selbst der Entwurf des Steuermandates, den sie bis dahin gemacht, wurde ihr entzogen. Lediglich die Motive ihrer Beschlüsse legte die Regierung vor. Dagegen glaubte diese denn doch Widerspruch erheben zu müssen. Sie versteifte sich in ihrer Vorstellung vom 11. Januar 1808 auf ihre in früheren Steuermandaten festgelegte Steuerfreiheit, wenn sie auch zugestand, daß in Hinsicht des Verhältnisses der gestreiten Stände zu den anderen Kontribuenten manches auszugleichen sei. Sie erhob nun, nachdem auch die Neuburger Landschaft einen Protest gegen das Provisorium momentaneum an den König gesandt hatte,³ Protest gegen alle Verfügungen, die ohne vorherige Mitteilung bereits im Regierungsblatt als definitive Entscheidungen veröffentlicht worden.

¹ 1807. 13. Nov. R. G.

² 1807. 20. Nov.

³ 1807. 14. Dez. Die Neuburger Landschaft an die bayerische.

Gleichzeitig wandten sich die Verordneten des Adelsstandes in einer gesonderten Vorstellung an die Regierung. Darin erklärten sie, es sei zwar gerecht, daß bei den gesteigerten Staatsbedürfnissen die adeligen Güterbesitzer etwas mehr wie bisher herangezogen würden, aber dafür könnten sie keinen Grund finden, daß der Adel als freier Stand im Gabenmaß der 5 Landsteuern dem Bauernstand gleich gehalten werde. Wenn die Regierung sich nicht mit den gewilligten $2\frac{1}{2}$ Landsteuern begnügen wolle, so gedenken sie mit königlicher Genehmigung mehrere ansehnliche und einsichtsvolle Mitglieder des Ritter- und Adelsstandes beizuziehen und mit ihnen über geeignete Fassungen der adeligen Güter zu beraten und dann auch die Ausführung zu übernehmen.

Wiederum ignorierte die Regierung diese Vorstellungen und befahl die Indrucklegung des Steuermandates.¹ Obwohl die Landschaft gar nicht gefragt worden, ja dagegen protestiert hatte, war in diesem zu lesen: „nach vorläufigem Benehmen mit unserer lieben und getreuen Landschaft“. Das veranlaßte diese, eine Richtigstellung an ihre ehemaligen Land- und Rittersteuerer zu senden und ihre Gutachten einzufordern.²

Auf ihre verschiedenen Vorstellungen bekam sie endlich am 18. März die Antwort, daß diese durch die bekannten königlichen Entschlüsse sich von selbst erledigt hätten. Damit war eine erste Verwarnung verbunden wegen der landschaftlichen Ausschreibung an ihre nicht mehr bestehenden Land- und Rittersteuerer, auf die hin die ehemaligen Landsteuerer des Bezirks Straubing ein Patent in Umlauf gesetzt hätten. Die Regierung verlangt darum in kategorischem Tone die sofortige Zurückziehung aller Ausschreibungen, sowie die Einziehung der von jenen in Umlauf gesetzten Patente.

Wie dabei die Landschaft bemüht war, wenigstens, wenn es irgend ging, den Schein ihres Beirates zu retten, geht aus anderem hervor. Aus dem Regierungsblatt hatte sie gesehen, daß zur Steuerreklifikation auch die Grafen von Berchem und Hegenberg gezogen werden sollten, die zugleich Verordnete waren, darum beeilt sie sich, diese beiden zu ihren Deputierten zu ernennen, obwohl sie früher bereits andere zu diesem Geschäfte außersehen hatte.³ Die Teilnahme jener am Steuerprovisorium war aber eine sehr geringe. Es wurde ihnen am 3. April lediglich der fertige Entwurf mit den Ausführungsbestimmungen vorgelegt mit dem Verlangen, innerhalb 14 Tage ihre Erinnerungen dazu einzureichen.⁴

¹ 1808. 14. Jan. R. H. an die Landesdirektion.

² 1808. 22. Febr. Die Landschaft an ihre Land- und Rittersteuerer.

³ 1808. 22. Febr. Die Landschaft an ihre Verordneten Graf Berchem und Hegenberg.

⁴ 1808. 3. April. Generallandeskomm. an Berchem u. Hegenberg.

Einen nochmaligen Protest gegen alle diese Beschränkungen, der schon fertig vorlag, wagte die Landschaft gar nicht mehr abzusenden. Dafür sandten 28 Individuen des Ritter- und Adelsstandes eine Vorstellung an den König,¹ die die neuen Fassungen lediglich von dem Standpunkt aus angriff, daß durch sie der Adel ruiniert wurde. Ihre Angebote werden zwar zurückgewiesen, aber die Landesdirektion zugleich beauftragt, die Behauptung einer Ungleichheit mit aller Sorgfalt wohl und reif zu erwägen.²

Das eigentliche Steuerprovisorium folgte dem Provisorium momentaneum am 13. Mai 1808. Es lag aber sogleich im Kampf mit dem Definitivum, womit man in München und in anderen Orten Versuche anstellte. Erst 1828 wurde der Streit zwischen Provisorium und Definitivum entschieden.³

Die Aufhebung der Landschaft.

Die Landschaft fristete in diesen ersten Monaten des Jahres 1808 eigentlich nur mehr ein Scheindasein. Ohne Rechte und auch ohne Pflichten, schien sie nur noch versammelt zu sein, um auf ihr Todesurteil zu warten. Die politischen Ereignisse hatten die Entwicklung beschleunigt.

Aus dem Frieden von Tilsit war das Königreich Westfalen hervorgegangen, das am 25. November 1807 eine für die Rheinbundstaaten vorbildliche Verfassung erhalten hatte. Als Napoleon Ende November nach Italien ging, lud er König Max Josef zur Zusammenkunft nach Mailand ein und wirkte dort aller Wahrscheinlichkeit nach bestimmend auf ihn und Montgelas ein, der neuen bayerischen Verfassung die westfälische zu Grunde zu legen.⁴ Sofort nach der Rückkehr des Königs begannen im Januar 1808 die Verfassungsberatungen, die am 2. April ihren vorläufigen Abschluß fanden. Die Frucht dieser Beratungen war die Konstitution vom 1. Mai 1808, die am 25. Mai im Regierungsblatt veröffentlicht wurde.⁵

In Ausführung dieser Verfassung wurde die Landschaft am 15. Mai für den nächsten Tag mit ihrem gesamten Personal ins Landhaus geladen zwecks Entgegennahme einer kgl. Botschaft. Diese bestand in einem kgl. Patent vom 1. Mai, „an die bisherige landschaftliche Versammlung in Bayern“ betitelt. „Wir haben für zweckmäßig gefunden — so beginnt das Patent — Unserem Reiche eine neue allgemeine gleiche

¹ Vom 5. April 1808.

² 1808. 15. April. R. R. an die Landesdirektion.

³ Seydel, a. o. I. 137 ff.

⁴ Ostler von Reinhardtstoettner, Beiträge zur Geschichte der bayerischen Verfassungsurkunde, insbesondere des vierten Titels derselben. Berlin 1906. S. 15 ff.

⁵ Seydel, a. o. I. 98.

Konstitution zu geben und statt der bisher nur in einigen Provinzen bestehenden besonderen landschaftlichen Verfassungen eine allgemeine Repräsentation einzuführen. Als Folge dieses Beschlusses müssen alle die bisherigen landschaftlichen Korporationen aufgehoben werden und solche werden auch hierdurch als aufgehoben erklärt". Es wurde weiterhin in diesem Patente versprochen, den gedachten Deputierten, sowie ihren Kommittenten in ihrer Eigenschaft als begüterte Eigentümer an der neuen Repräsentation einen ehrenvollen Anteil zu geben.

Im Namen der Landschaft gab der Kanzler von Mayrhofen ohne ferneren nutzlosen Protestversuch eine würdige Erklärung zu Protokoll. Sie erinnere sich zwar, daß sie ihr Dasein und ihren Berufskreis von den allgemeinen bayerischen Landtagen erhalten habe, sie bemerke dieses, um allenfallsigen Desideriis ihrer bayerischen Mitstände zu genügen, sie tröste sich aber zugleich mit der allerhöchsten Versicherung, daß nach dem heutigen Ereignisse ihrer Auflösung eine allgemeine Repräsentation an ihre Stelle unmittelbar treten und eine sichernde Reichskonstitution gleichzeitig werde verkündet werden. Sie finde Trost in dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung und eine besondere Beruhigung, daß ihre seit mehreren Jahren dringend geäußerten Wünsche und alleruntertänigsten Bitten um Vereinigung der verschiedenen Verfassungen wenigstens in den altbayerischen Provinzen und Enklaven nun zugleich in Erfüllung gebracht worden, wodurch nur allein mehr Einheit und Kraft zum Besten des Ganzen entspringen könne.

So war denn für die Verordnung das Ende gekommen, das ihr schon lange prophezeit und auf das sie auch, wie ihre wohlgelesene Erklärung bezeugt, zuletzt vorbereitet war.

In dieser Verfassung von 1808 waren die Grundlagen für die endgültige Gestaltung der bayerischen Verfassung gegeben; für den Ausbau waren freilich die nächsten Jahre nicht die günstigsten. Ihr wesentliches Verdienst war, daß sie den Dualismus des mittelalterlichen Territorialstaates Bayern, der im Finanzwesen so grell zutage trat, überwunden. Die Einheitsidee, für die die Landschaft schon unter Karl Theodor gekämpft, hatte, gesiegt, hatte aber in ihren Konsequenzen sie selbst vernichtet,

Die Verfassung von 1808.

Die Verfassung von 1808 hatte die von Westfalen zum Vorbild.¹ Sie hatte alle Vorzüge und alle Mängel des damaligen Regierungssystems. Gerade in den hier interessierenden Bestimmungen über Kreis- und Landesvertretung war sie

¹ Reinhardstoettner, a. o. S. 18.
eb. 57.

völlig mißlungen.¹ Die Nationalrepräsentation sollte nur aus einer Kammer bestehen. Jeder der 15 Kreise des Königreiches schickte sieben Deputierte, die aus den 200 höchstbesteuerten Grundbesitzern, Kaufleuten und Fabrikanten gewählt werden. Gewählt werden diese Deputierten von der Wahlversammlung ihres Kreises, deren Mitglieder vom König aus der Zahl der Höchstbesteuerten auf Lebenszeit ernannt werden. Die Amtsdauer der Repräsentanten sind 6 Jahre. Sie versammeln sich alle Jahre und beraten die Vorlagen des Königs, dem allein die Initiative zusteht, über Gesetzesvorschläge und Budget. Der König beruft sie, kann sie vertagen und auflösen, in welchem letzteren Fall er jedoch innerhalb zweier Monate eine neue Versammlung berufen muß. Der Präsident und die vier Sekretäre werden aus der Versammlung durch den König ernannt. Zwei oder drei Kommissäre überbringen die Gesetzesvorschläge; nur diese und die von der Versammlung gewählten Mitglieder der vier Kommissionen haben das Wort, die eigentliche Nationalrepräsentation ist stumm und beschließt ohne Diskussion in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit.²

Daß diese so vorsichtig gewählte und dazu noch der Initiative beraubte stumme Vertretung der Geldaristokratie nie ins Leben trat, war gewiß kein Schaden. Sie verdiente den Namen Nationalrepräsentation noch weniger als die alte Verordnung oder die ihr verwandte stumme gesetzgebende Versammlung der Konsularverfassung.

Montgelas selbst entschuldigt die Nichtberufung dieser Versammlung mit den kriegerischen und ungewissen Zeiten. „Diese so lang andauernde Sachlage verlangte den Gebrauch außerordentlicher und schnell wirkender Mittel, eine Schnelligkeit in der Ausführung, eine Vereinigung des absoluten Willens, die unverträglich ist mit dem konstitutionell gesetzlichen, aber langsamem Weg der Nationalversammlung, darum sah sich Ew. Majestät gezwungen, die Ausführung des diesbezüglichen Planes zu vertagen.“³ Der wirkliche Grund lag aber gewiß nicht darin allein, auch nicht allein in Montgelas' Scheu vor einer öffentlichen Darlegung der Finanzlage, als vielmehr in seiner Abneigung gegen das repräsentative System, für das ihm Deutschland noch nicht reif erschien.⁴

Ausblick.

Erst die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft ließ die Verfassungsfrage wieder allgemein in den Vordergrund des Interesses treten, „die Verfassungspläne regneten von allen

¹ Seydel, a. o. I, 99.

² Laubmann=DoebnerI, Montgelas, S. 73 f.

³ a. o. S. 75 f.

⁴ a. o. Einleitung S. XIII.

Seiten“. Für die bayerische Regierung war vor allem der Wunsch, „etwaigen Beschlüssen des Wiener Kongresses bezüglich der Wiederberufung der Landstände zuvorzukommen“,¹ maßgebend für die Wiederaufnahme der Verfassungsberatungen. Eine Kommission zur Ergänzung der Konstitution von 1808 trat auf königliche Berufung hin zusammen, aber das Resultat ihrer Beratungen war die Negation alles dessen, was eine Verfassung bezwecken soll. Nun entwarf Kronprinz Ludwig, dem die Ablehnung dieses Entwurfes wohl vornehmlich zu danken ist, selbst einen Plan, der dem engeren Ausschuß der Verfassungskommission unterbreitet wurde. Der Krieg, den Napoleons Rückkehr von Elba wieder entzündet, unterbrach die Arbeit und Montgelas mußte sie auch für die nächste Friedenszeit zu verhindern.² Erst der Sturz dieses Mannes gab freie Hand. Bezeichnenderweise erneuerte der König am gleichen 2. Februar 1817 sein Versprechen, eine neue Konstitution zu geben. Am 26. Mai 1818 wurde sie feierlich verkündet. Montgelas freilich bekannte von ihr, „ich habe an den Grundsätzen, die sie ausspricht, kein Wohlgefallen und keinen Teil daran.“³

Während nach altständischer Auffassung eine neue Verfassung nur mit Einwilligung eines von den drei gesreiten Ständen gebildeten Landtages zustande kommen konnte, war diese nun lediglich durch königlichen Willensakt ins Leben getreten und mit ihr war eine Vertretung in den beiden Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten gegeben.⁴ Konnten auch mit ersterer die Anhänger der alten landschaftlichen Verfassung zufrieden sein, so war wohl die starke Vertretung des vierten Standes in der Abgeordnetenlammer wenig ihren Wünschen entsprechend. Versöhnend mußte auf sie der hohe Zensus der Wählenden und die ständische Gliederung wirken, die für alle liberal Denkenden hingegen ein Stein des Anstoßes war und erst durch das Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 beseitigt wurde.⁵

Durch die neue Verfassung waren die Befugnisse der beiden Kammern gegenüber denen der alten Landschaft wesentlich erweitert. Rechte, um die diese Jahre lang mit wechselndem Erfolg gekämpft, waren jenen nun zuerkannt. blieb auch die Erhebung und Verwaltung der Steuern dauernd der Landes-

¹ a. o. S. 76.

² Heigel, Der Anteil des Kronprinzen Ludwig am bayerischen Verfassungswerk. In Heigel, „Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns“. München 1884 S. 375 ff.

³ D. v. Reinhardtstoettner, a. o. S. 25 f.

⁴ Hierzu und zu folgendem s. Verchenfeld, Geschichte Bayerns unter König Maximilian Josef I. mit besonderer Beziehung auf die Entstehung der Verfassungsurkunde. Berlin 1854. S. 181 ff.

⁵ Riezler, Das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte. 1906. S. 20.

vertretung entzogen, so war doch das Bewilligungsrecht in vollstem Umfang bestätigt und ergänzt. Alle direkten Steuern sowie die Einführung neuer und die Erhöhung oder Veränderung bestehender indirekter Steuern unterlagen der Willigung beider Kammern. Eine genaue Übersicht sämtlicher Staatseinnahmen und Ausgaben, ein förmliches Budget, sollte ihnen als Grundlage für ihre Willigungen, jedoch nur von sechs zu sechs Jahren, vorgelegt werden, ein Recht, das die Landschaft in den neunziger Jahren nur unvollkommen zu erringen vermocht hatte, weil die von der Regierung willkürlich gezogene Grenzlinie zwischen Staats- und Kammergut eine solche Übersicht über sämtliche Einnahmen und Ausgaben unmöglich gemacht. Auch die genaue Nachweisung über die Verwendung der Staatseinnahmen, die die alte Landschaft nur für die Extraordinaria vollständig zu erlangen gewußt hatte, wurden nun den Kammern durch die Verfassung zugebilligt. Ausdrücklich wurde ihr Aufsichtsrecht über die Staatsschulden betont und die Notwendigkeit ihrer Zustimmung bei Eingehung von neuen Schulden. Wie die Landschaft es stets in Anspruch genommen, so wurde nun bestimmt, daß bei allen die Freiheit und das Eigentum der Personen betreffenden Gesetzen die Teilnahme der Stände eintreten müsse. Doch wurde nun aus dem „ohnmaßgebigen Beirat“ der alten Stände eine notwendige Zustimmung. Letzteres Recht der Zustimmung hatte der Landschaft gefehlt und sie hatte sich oft genug dadurch zu helfen gesucht, daß sie an ihre Willigungen Bedingungen gesetzgeberischer Akte knüpfte. Diesem Unfug, der die alten Postulatshandlungen so oft verschleppt hatte und der nun für die Stände auch entbehrlich geworden, wurde noch ausdrücklich durch die Bestimmung gesteuert, daß die Steuerbewilligung an keine Bedingung geknüpft werden dürfe, die außer rechtlichem Zusammenhang mit dem Budget steht. Die gesetzgeberische Initiative, die der alten Landschaft abgestritten worden und die auch der nicht ins Leben getretenen Nationalrepräsentation von 1808 gefehlt, wurde nun den Kammern zuerkannt.

Auch diese neue Verfassung hatte ihre großen Mängel, aber unzweifelhaft ist, daß diese noch viel schärfer hervorgetreten wären, wenn den drei ersten Ständen ein Einfluß auf ihre Entstehung eingeräumt worden. Nur klein war die Zahl der ehemaligen Verordneten, die, als nun die neuen Kammern zusammentraten, ihren Weg dorthin gefunden. Unter den erblichen Reichsräten war es vor allem der liberale Graf Max von Preysing, der einst um der Landtagsforderung willen seinen Austritt aus der Landschaft erklärt, neben ihm aber auch sein anders gesinnter Ersatzmann Graf Kaspar von Preysing zu Moos und Graf August von Törring-Settenbach. In die Kammer der Abgeordneten kam als einziger der ehemalige

Landschaftskanzler May von Mayrhofen. Aus den Reihen der ständischen Opposition fanden sich dagegen die bedeutendsten ein, Johann Nepomuk Freiherr von Bellhoven, der als Dietrich von Blieningen den literarischen Kampf gegen die Verordnung geführt, und sein Gesinnungsgenosse Freiherr Christof von Aretin. Auch der von Landschaft bestgehaßte ehemalige landschaftliche Referendär, nun Bürgermeister von München, Josef von Ugschneider, war unter den erstgewählten bayerischen Abgeordneten.¹

Die landschaftliche Verordnung hatte fallen müssen, weil sie nicht mehr in die neue Zeit hineinpaßte, ja einer gesunden Fortentwicklung hemmend in den Weg trat. Ihre Aufhebung war die Vorbedingung für die Verfassung des Jahres 1818. Und diese wird, mögen auch die Anforderungen an eine Verfassung mit der Zeit andere werden, stets ein Ruhmesitel des bayerischen Königshauses bleiben, denn zuerst unter allen größeren deutschen Mächten hat es freiwillig seinem Lande eine die Regierungsgewalt beschränkende Volksvertretung geschenkt.

¹ Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern. 1819. S. 132 ff.

**Das Rechtsverfahren wider die Hexen zu Wemding
im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts
dargestellt von Joseph Schneid.**

Einleitung.

Die vorliegende Abhandlung will das Rechtsverfahren wider die Hexen zu Wemding im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts zur Darstellung bringen. Sie hat nicht bloß lokalen Wert, sondern dürfte zur Klärung der Geschichte des Hexenwesens gute Dienste leisten. Da die archivalischen Quellen aus dieser Zeit in Wemding ziemlich ergiebig fließen, so war es mir möglich, den Gegenstand nahezu erschöpfend zu behandeln. Wenn an verschiedenen Stellen der Arbeit Zitate aus Kriminalprozessen vorkommen, die andern Jahrhunderten angehören und mit der Hexerei nichts zu schaffen haben, so rechtfertigt sich das durch die Erwägung, daß das Hexenprozeßverfahren zu Wemding und anderswo der Hauptsache nach mit dem Verfahren in andern schweren Kriminalfällen übereinstimmte. Schreibt doch die General- und Spezialinstruktion über den Hexenprozeß im Kurfürstentum Bayern vom Jahre 1622 (fol. 318a): „Es soll auch in diser schweren sachen dergleichen process gehalten werden, wie in andern peinlichen Malleßhandlungen, die Ehr, Gueth, Blueth, Leib und Leben betreffen.“ Man könnte deshalb die vorliegende Abhandlung auch eine Schilderung des Wemdinger Kriminalverfahrens überhaupt unter dem Bilde der Hexenprozesse nennen.

Ausführliche Reflexionen über das Hexenwesen sind in dieser Arbeit nicht zu suchen. Sie ist aber ihrer Natur nach eine Kritik jener beklagenswerten Zeit. Denn sie bietet einen Beweis mehr, wie verheerend und unheilvoll im Völkerverleben religiöse Prinzipien wirken können, wenn sie in unverständiger und leidenschaftlicher Weise ausgebeutet werden. Ein solches Prinzip ist die Lehre des Christentums, daß der Mensch in verwerflichen Verkehr mit der Dämonenwelt treten kann.

Wögen diese Zeilen meinen Lesern, besonders meinen lieben

Landsleuten zu Wemding eine infolge des Stoffes zwar nicht anmutende aber wenigstens interessante Lektüre sein. Schließlich obliegt mir noch die Pflicht, dem Herrn geistl. Rat und Stadtpfarrer Büß und dem Herrn Bürgermeister Zech dafür bestens zu danken, daß sie mir die Benützung des Pfarr- und Stadtarchivs zu Wemding gestatteten.

Benützte Quellen:

1. Archiv der Stadt Wemding.
NB! Wenn z. B. act. 431 zitiert ist, so ist das betreffende Aktenbündel des Stadtarchivs gemeint.
2. Archiv der Stadtpfarrei Wemding: Matrikeln, Pfarrbuch des Stadtpfarrers Dr. Gabriel Knogler zc.
3. Kaiser Karl V. und des hl. Römischen Reiches peinliche Gerichtsordnung. Frankfurt, Christian Egenolff 1558: zitiert unter dem Namen Carolina.
4. Manzius Caspar, commentarius in Carolinam. Ingolstadt, Gregor Hünlin, 1650.
5. Blumlaicher Christoph, Commentarius in Kaiser Karl V. und des hl. Römischen Reiches peinliche Halsgerichtsordnung. Salzburg, Johann Baptist Mayr, 1670.
6. Bayerisches Landrecht: hier Malefizprozeßordnung der Fürstentümer Ober- und Niederbayern. München, Nikolaus Heinrich, 1616. Zitiert: M. P. D.
7. Landtgebott wider die Aberglauben, Zauberey, Hexerey und andere sträffliche Teufelskünste Herzog Maximilians in Bayern. München, bei Anna Bergin Wittib, 1611.
8. General- und Spezialinstruktion über den Hexenprozeß im Kurfürstentum Bayern v. J. 1622 (vgl. Reichsarchiv München, Gegenakten Nro. 1¹/₂ fol. 303 bis 319).
9. Bämpel Peter und Johann, summa processus criminalis. Ingolstadt, Gregor Hünlin, 1645.
10. Baizenegger Ferdinand, dissertatio VI de servitute daemoniaca, hoc est maleficio et processu contra maleficos instituendo. Ingolstadt, Gregor Hünlin, 1637.
11. Mederer, annales Ingolstadiensis Academiae. Ingolstadt, Joh. Wilh. Krüll, 1782.
12. Herzoglich bayr. Aktenprodukte, den Nachlaß wegen Hexerei hingerichteter Personen zu Wemding betreffend. 1609. 6 Produkte (vgl. Reichsarchiv München Nro. 28).
13. Hexenprotokolle von Wemding. Cod. bav. 2197 der kgl. Hof- und Staatsbibliothek München.
(Wenn ich zitiere z. B. II, 17, so bedeutet das: zweite Abteilung, Zeuge Nro. 17.)
14. Baber Joseph, Neue Chronik der Stadt Wemding (3. Teil). Nördlingen, Bed, 1861.
15. Kiezler, Geschichte der Hexenprozesse in Bayern. Stuttgart, Cotta Nachfolger, 1896.
16. Rath. Blätter aus Franken, Bamberg 1852: Artikel: Christoph von Weyerstetten, Fürstbischof von Eichstätt von Suttner S. 137 ff.

17. Sipowsky, Geschichte des bayr. Kriminalrechtes. München, Joseph Bentner, 1803.
18. Solger, Der Landstnechtsobrist Konrat von Bemelberg. Nördlingen, Beck, 1870.

Erster Teil.

Erster Abschnitt.

Das Zeugenverhör.

Die Hexenprozesse in Wemding gehören dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts¹ an und zwar sind, soweit die Akten des Wemdinger Stadtarchivs sprechen, zwei Perioden zu unterscheiden. Die ersten Prozesse waren 1609 und 1610;² ihnen fielen 10 Personen zum Opfer. Die andern waren in den Jahren 1628 bis 1631; sie forderten 39 Opfer. Diese Ernte ist allerdings groß genug, daß man froh sein kann, wenn in Wemding der Scheiterhaufen nicht öfter ausloderte.

Wemding war schon im 17. Jahrhundert eine bayerische Stadt. Während aber gegenwärtig der Ort rings von bayerischem Gebiete eingeschlossen ist, bildete er damals mit den Dörfern Laub und Amerbach seit ihrer Angliederung an Bayern im Jahre 1467 eine Enklave, die das Fürstentum Pfalzneuburg, die Grafschaft Ottingen, die Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth und andere zu Nachbarn hatte.

Die Verwaltung und Rechtspflege in diesem Gebiete oblag in der Hauptsache einem vom Landesherrn bestellten Pfleger; doch besaß auch die Stadt, wie wir sehen werden, bedeutende Rechte. Das Kriminalverfahren zu Wemding regelte sich nach der peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V., die auf den Reichstagen zu Augsburg und Regensburg 1530 und 1532 genehmigt worden war; dann nach dem bayerischen Landrechte;³

¹ Es wurden zwar schon vor dem 17. Jahrhundert Personen zu Wemding verbrannt; allein es geschah nicht der Hexerei wegen. Wenn am 23. Dezember 1684 eine gewisse Rohrin von Amerbach zu Wemding in puncto veneficii et parricidii mit dem Schwerte vom Leben zum Tode gebracht wurde, so handelte es sich hier nicht um veneficium im Sinne von Hexerei, sondern von Giftmischierei. Die Rohr hatte nämlich ihren Vater mit arsenikhaltigem Mäuspulver vergiftet. act. 443. 435. 438.

² act. 564 v. 24. Jan. 1629 bezeichnet ausdrücklich 1609 und 1610 als Prozeßjahre.

³ Einschlägig ist hier die Malefizprozeßordnung der Fürstentümer Ober- und Niederbayern vom Jahre 1616; außerdem noch das Landgebot des Herzogs Maximilian wider Aberglauben, Zauberei, Hexerei uff. vom Jahre 1611 und die General- und Spezialinstruktion über den Hexenprozeß im Churfürstentum Bayern vom Jahre 1622.

endlich nach den Ortsgebräuchen, wie sie langjährige Gewohnheit und besondere Privilegien der Landesherrn geschaffen hatten. Sehen wir nun, in welcher Form sich die Hegenprozesse in Wemding abspielten.

Die Einleitung eines Hegenprozesses war Sache des Pfliegerichtes, wozu es die landesherrliche Genehmigung einzuholen hatte. Wenn sich nämlich das Pfliegericht auf Grund eigener Wahrnehmung oder auf erfolgte Denunziation¹ hin überzeugt hatte, daß zu Wemding das Hegenwesen in bedenklicher Weise um sich greife, so sandte es an den Hofrat zu München untertänigsten Bericht und bat um die Erlaubnis, gegen das Übel einschreiten zu dürfen.² War die Erlaubnis eingetroffen, so trat alsbald ein Untersuchungsgericht zusammen, das aus dem Pfliegerichter, dem Gerichtsschreiber und zwei Abgesandten³ der Stadt bestand. Die Stadt hatte nämlich im Einklang mit der bayerischen Malefizordnung⁴ und der Carolina⁵ die Befugnis, zwei Ratsfreunde in das Untersuchungsgericht abzuordnen.⁶ Dieses Untersuchungsgericht ließ nun durch den Amtsbürgermeister der Stadt⁷ allerlei Personen, Männer, Weiber und selbst Kinder vor sich laden,⁸ von denen man annahm, daß sie über

¹ Die Instruktion von 1622 verpflichtet die Untertanen zur Denunziation der Hegen. (fol. 308a).

² Am 24. Januar 1629 schreibt der Stadtrat an seinen Advokaten (act. 564): „Es ist nunmehr leider an tag, wie daß das erschreckliche Vaster der Hegererei überhandt genommen, daß an etlichen Orten, ja in der revier herum auch zu Wemding alhier dehewegen (ohngezweifelt auf unterthänigsten berichten und darauf gnädigsten bevelch) der Prozeß besagts Vasters vonessicii angestellt ist“ usw. vergl. unten § 157.

³ Früher waren es drei Ratsdeputierte. vergl. act. 431 u. §. 190. Im 17. Jahrhundert und später durften nur zwei Ratspersonen der Untersuchung beiwohnen, act. 564 v. 24. Jan. 1629 und act. 565 v. 20. Nov. 1628.

⁴ §. 797.

⁵ art. 46.

⁶ Am 20. XI. 1628 erklärt der Magistrat: „es sei Privileg der Stadt, daß, so oft eine Malefizperson in fängliche Haft geraten, zu der guet oder peinlichen examination, ja auch geringeren verhöör dero Richter Amt jedesmal zwei aus unserer Mitte sein gezogen.“ (act. 564.) Am 24. I. 1629 heißt es ebenso: „zu dem prozeß sind wie je und allerwegen hergebracht, ja solange die Stadt dem churfürstlichen Hauße Bayern incorporiert zwei des Rhats oder gerichtsgeszaigen zur guet- und peinlichen Ausfagen gezogen.“ (act. 564.)

⁷ Die Stadt hatte damals zwei Ober- und zwei Unterbürgermeister. Der regierende Oberbürgermeister führte den Titel Amtsbürgermeister.

⁸ Das Pfliegericht konnte Zeugen der Stadt Wemding nur durch den Bürgermeister vor sich laden. In einem Rezekß von 1643 (act. 459) wird festgesetzt: „Was und soviel die Stöll- oder Verschaffung der Burger anlangt, soll in Malefizsachen und Bigthomwandeln ermeltes Pfliegericht die verbrechenden Burger zu Wemding ohne begerte Stallung mittels des Gerichtsamtsknechts für sich erfordern zu lassen befugt sein, solches aber sich auf die Burger, welche in gemelten fällen entweder als vorgeschukte gezeugen abzuheören oder bei ihnen ex officio erfahrung ein-

gewisse im Hexengeruche stehende Leute Auskunft geben könnten. Als Untersuchungslokal diente das kurfürstliche Schloß im Mayrhof.¹ Die Aussagen der Zeugen wurden zumeist unter Eid abgegeben.² Zeugen, die selbst der Hexerei verdächtig waren, blieben in der Regel unbeeidigt.³ Den Zeugen wurde strengste Verschwiegenheit bezüglich der an sie gestellten Fragen und ihrer Antworten auferlegt;⁴ ebenso waren selbstverständlich alle Mitglieder des Inquisitionsgerichtes zum Stillschweigen bezüglich des Gehörten und Gesprochenen verpflichtet.⁵ Der Gerichtsschreiber hatte die Zeugenaussagen, die nach einem bestimmten Fragenschema⁶ erholt wurden, genauestens zu protokollieren.

Zwei solcher Zeugenprotokolle aus Wemding sind uns erfreulicherweise noch in der kgl. Staatsbibliothek München unter dem Titel *codex bavaricus* Nr. 2197 erhalten. Der eine Faszikel umfaßt 84 Blätter in folio und trägt die Aufschrift: „Inquisitiones zue Wemding, welche auf mehrerley Personen bösen verdachts der Hexerey willen eingeholt wurden anno 1630. 3.—7. Juni.“ Der zweite Faszikel umfaßt 89 Blätter in folio. Seine Aufschrift lautet: „Eingezogene Erfahrung mediante corporali juramento über etlich der Hexerey halber sehr hoch beschreiten Personen alhie zue Wemdingen; angefangen den 25. octobris anno 1630.“ Das Ganze enthält die Aussagen von 68 Zeugen, die in der Zeit vom 3.—7. Juni 1630 und vom 25. Oktober bis 7. Dezember 1630 an 21 Amtstagen vernommen worden waren. Als Inquisitoren werden auf dem Titelblatte der beiden Faszikel genannt: „commissarius Dr. Schmid, Richter, Gerichtsschreiber.“ Der Richter hieß Balthasar Vogl, der Gerichtsschreiber Alexander Holzhauer. Über diese drei Männer und über die auffallende Tatsache, daß von den beiden Ratsdeputierten nichts erwähnt wird, soll weiter unten die Rede sein. Man gewinnt durch diese Aktenstücke einen wahr-

zuholen, nit erstreden, sondern Burgermeister und Rhat sollen umb deren Stöhl- oder Verschaffung, doch ohne special meldung, allein mit der andeutung in geners wasmaßen die Notdurft erfordern, diesen oder jenen Burger wegen vorkommenen Malefiz oder Bisthommwandels abzuheören, gebührend ersucht werden.“

¹ Hex. Prot. II, 1. II, 15.

² ib. I, 25: Der Zeuge Rudolph Krüchraum, ein Reitersmann, wurde aus unbekannten Gründen nicht vereidigt.

³ ib. II, 38: Die der Hexerei verdächtige Maria Kragerin sagte „ohne geleisten Nydt“ aus; dagegen wurde nach I, 1 der alte Jakob Schnierle, obwohl er bald nachher eingezogen und verbrannt wurde, als Zeuge „auf leiblich geschwornen Nydt hin“ verhört.

⁴ In den Hex. Prot. kehrt bei den Zeugen fast ständig die Schlußbemerkung wieder: „worben Ime stillschweigen auferlegt wurde“.

⁵ Über das Amtsgeheimnis des Gerichtsschreibers und der Ratsdeputierten redet W. P. D. tit. I art. 5. 6. S. 797.

⁶ Die Hexenprotokolle lassen das überall durchblicken.

haft erschütternden Einbild in die Wahnvorstellungen, die damals die Bürgerschaft von Wemding beherrschten. Noch peinlicher aber berührt es, wenn man sieht, wie die Richter kein Bedenken trugen, auf die einfältigsten Indizien¹ hin unglückliche Menschen den schmerzlichsten Torturen und dem Feuer-tode zu überliefern. Denn die in den Protokollen niedergelegten Aussagen kosteten 7 Personen das Leben.²

Die Vorwürfe, die man in diesen zwei Protokollen den Hexen macht, decken sich mit den Vorwürfen, die man zu jener Zeit allüberall in Deutschland den Hexen zu machen pflegte. Man klagt über sie, daß sie ihren Mitmenschen an Gesundheit und Leben zu schaden trachten. So ein grimmer Unhold war der Vater Benedikt Keller.³ Eines Tages ließ Zeuge Krager ihn zu sich kommen, damit er seinen Knaben wegen eines Sprachfehlers untersuche. Keller berührt den Kleinen am Kiefer, streicht ihm mit dem Finger in den Mund und von demselben Augenblicke an konnte das Kind keinen Tritt mehr gehen, „welches doch zuvor wohl gehen mögen, also an allen Bieren erkrummt“. (I, 9.) Derselbe Keller, meint ein anderer Zeuge, namens Kragermeier, sei vermutlich Schuld, daß seine Schwester an den Füßen großen Schmerz leide, nicht gehen könne und daß ihre Füße wie Holz ohne Empfindung seien. „Er, der Zeuge, habe einen medicum von Nördlingen gebraucht, welcher gemelt, sey eine Erkältung, so nichts außgerichtet und den Scharfrichter zue Lauingen⁴ Rhats gepflogen. Der habe gesagt, die Krankheit komme von Hexenvergiftungen her, ein trunck geordnet, so Sie (die Schwester) eingenommen und ein

¹ Über die Indizien der Hexerei schrieb ein Zeitgenosse Professor Waizenegger S. 26–30 u. 104–117. Vergl. Instruktion von 1622 fol. 308b–310a.

² Ihre Namen sind: Jakob Schnierle, Kaspar Riß, Katharina Koller die alte, Maria Krager, Katharina Wasser und Jörg Rößlad. Sie wurden den Flammen übergeben. Eine Frau namens Apollonia Hasenmair aus dem Spital starb vor ihrer Hinrichtung im Kerker. Labor III, 82, vergl. unten S. 175.

³ Benedikt Keller wohnte Hs. 305^{1/2} (jetzt ein Garten hinter der Kräuleinswirtschaft neben Hs. 306) und betrieb daselbst eine kleine Badeanstalt, Stadtbad genannt. Da seine beiden Eltern, die Vaders-eheleute Leonhard und Anna Keller 1609 als Hexen hingerichtet worden waren (vergl. unten S. 164) und viele Zeugen ungünstig von ihm aus-sagten, so schwebte auch er in der höchsten Gefahr. Merkwürdigerweise entging er dem Henkertode und starb im Jahre 1642 eines natürlichen Todes. Er war ein religiöser, stiller und höflicher Mann. Vielleicht bestimmte das die Richter, die Zeugenaussagen weniger ernst zu nehmen. Sein Enkel, der Mittagsprediger Reichard Keller, wurde der Urheber der Wassfahrt Wemding, vergl. Labor III, 109 ff.

⁴ Dieser Scharfrichter und Schinder scheint eine vielbefragte und vielgebrauchte Persönlichkeit in Hexensachen gewesen zu sein, wie sein Jüngstgenosse Meister Jörg Abriel, der Nachrichten von Schongau, vgl. Kiezler Hexenprozesse S. 172 f.

greuliche Materi, gehl grün und schwarz gewesen, von Ihr geschossen, worauffen sich der Schmerzen in etwas gelindert.“ (II. 6.) Der Zeuge, Zinngießer Andre Spörl¹ ist herzlich froh, daß seine Ehevirtin mit knapper Not einem teuflischen Anschläge seiner Nachbarin, der Büttnerwitwe Katharina Koller² entronnen ist. „Vor 14 oder 15 Jahren, erzählt er, sei ein fremder Mann zu seinem Weib thomen, Ir die Planeten zu lesen begert. Die haben gesagt, in dieser gaß seyen lauter Unhold. Er wölle Sie gewarnt haben. Item die Hexen haben Ir etwas unter die Hausthür eingraben, welches ein Hund widerumb heraußgescharrt hatte; und wenn Sie darüber gängen, wäre Sie ganz erkrummt oder außgethort. Inzwischen habe die Kollerin alleweil zum Fenster in Irem Hauß herausgeschaut, biß diser Mann widerumb von seinem weib weggegangen. Von derselben Stund an habe die Kollerin sein weib anfangen zu feinden biß auf den heutigen Tag und wenn sein weib nur ein weisch an den Zaun gehenkt, sei die Kollerin thommen und solche hinweggeworffen.“ (I, 3.)

Natürlich ist auch das liebe Vieh vor den Unholden nicht sicher. Der Zeuge Melchior Maurer³ hat auf seine Nachbarin, die Schustersgattin Barbara Pronnemair,⁴ die in der ganzen Stadt als Unholdin ausgerufen werde, einen starken Argwohn als habe sie sein Vieh verhergt, „indem sie Immerzue Sach bei Im entlehne und in Küestall begert, wann das Vieh darin gewesen, wie dan vor einem Jahr in der Fasten zur nachts Ime im stall ein Kalb ledig geworden, so er auffn Hof gethan, habß gleich nit mehr auf den flüssen stehen wöllen, hab Ers schlachten lassen müssen, der Mekger gesagt, die Unholdin habe diß Kalb geritten, und weil die Pronnenmairin öfters in sein stall thommen, habe er den Verdacht auf Sie gehabt wie noch.“ I, 11.

Unter den Zeugen glauben einige, daß auch die Wemdingen Hexen in dunkeln Nächten auf ihrem Besen zum Rauchfang hinausfliegen und zu den Teufelsfesten auf dem Venusberge und im Paradies sich begeben. Höchstwahrscheinlich fänden in Wemding selbst Hexenzusammenkünfte statt (I, 17. II, 26). Die Zeugin Anna Diebmair hat nämlich oft vom verstorbenen Nacht- und Mauerwächter Sporer⁵ erzählen hören,

¹ Wohnte im Hauszins Hs. Nr. 165.

² Katharina Koller, die ältere wohnte Hs. Nr. 164. Sie starb 1630 den Hs. Nr. 30.

³ Hs. Nr. 30.

⁴ Hs. Nr. 34. Ihr Name wird oft auch Pronnenmann geschrieben. Körperlich sehr häßlich und von widerwärtigem Benehmen war sie für ihren Mann und ihre Mitmenschen eine Plage. Die Zeugen schildern sie in den ungünstigsten Farben. Trotzdem entging sie dem Scheiterhaufen.

⁵ Der Nacht- und Mauerwächter mußte jede Nacht auf dem Wehrgange der Stadtmauer die Runde um die Stadt machen, kam also an

daß der Bräuer Hans Schweigert,¹ den alle Welt für einen Unglücksvogel und für einen Hexenmann halte, „alle Nacht um 12 Uhr in seinem Hof und Garten, dergleich bei seinem Haus gewesen sei. Item alda habe etwas stark gewinselt, im Brunnen und ställen ein greulich getemel gehört und gesehen, daß in sein (Schweigerts) hinterm neuen Bau, in der stuben Lichter in der nacht geprannt, gewispelt, alß wenn Hexengasteren oder Zechleut dort gewesen weren, da doch nichts richtiges von gäst bei Ime einlehre, zuedeme hat man am Morgen erfahren, daß man Ihein gäst gehabt.“ I, 10. Auch für die Wohlhabenheit gewisser Personen finden ein paar Zeugen keine natürliche Erklärung mehr. „Die Katharina Wasser,² sagt Peter Baumholzer,³ sei gehling reich geworden, welches den Leuten gar verdecktig vorkommen, zumalen man Ir vor der Zeit nit gern umb ein Pfennig Brott geborgt. Item Mann gehe zwar das wagnerhandwerk ziemlich ab und er sey fleißig, Ihomme nie in Ihein Würtshauß. Allein andere Leuth arbeiten auch, ebensoviel alß dieser wagner, Ihönnen aber nit reich werden; sonderlich halt er (Wagner) Ihein geföllen; die Haußhaltung sei schwer und das Holz merklich theuer.“ (II, 33.) Ähnlicher Ansicht ist der Birkhuhnwirt Burkard Schwalber:⁴ „Die Wasserin habe nur 4 gemeine schlechte Ihöie und buttere oft alle tag auß und mache soviele Schmalz mehr, als die ganze nachparschafft, die über 12 Ihöie haben; zugleich löse sie oft über 60 fl. auß tuech,⁵ so doch ein Mairhof Ihaum solches vermögen sollte, daheru sich die ganze nachparschafft verwundere und genzlich darfür halte, es Ihönnue mit diser Wasserin nit recht zu gehen.“ (II, 42.)

Es dürfte von Nutzen sein, wenn ich auf Grund der Zeugenprotokolle ein Gesamtbild von einigen der Hexerei verdächtigten Personen zeichne. Man ersieht daraus, auf welche „Indizien oder Erfahrungen“ hin das Gericht sich bestimmen ließ, einen Hexenprozeß weiterzuführen.

Maria Kragerin

war eine Witwe von 67 Jahren (II, 38). Sie bewohnte das jetzt eingegangene Häuschen Nr. 224 in der „Wettelmanssumfehr“ und hatte eine kleine Oekonomie mit Kühen, Hennen usw.

den hintern Räumlichkeiten des Hauses Nr. 163, das Schweigert besaß, vorbei.

¹ Hans Schweigert Nr. 163 war Storchenvirt. In den Zeugenverhören kommt er sehr schlecht weg. Es blieb ihm jedoch der Denkers tod erspart.

² Hs. Nr. 195. Sie starb als Hege am 10. März 1631.

³ Peter Baumholzer war seines Zeichens ein Quacksalcker und bewohnte zuerst das Haus Nr. 225, dann Nr. 229.

⁴ Schwalber besaß die Brauerei zum roten Hahn oder zum Birkhuhn Nr. 184 und war Nachbar des Wagners Wasser.

⁵ Auch ist soviele als Leinwand.

Die Zeugen sagen von ihr, daß sie keinen Abgang an zeitlicher Nahrung hatte, sondern immer hinreichend mit Getreide, Milch, Schmalz und andern Lebensmitteln versehen war (II, 11). Trotz ihrer 67 Jahre war sie ein gesundes, ziemlich starkes Weib (II, 11). Bis in die jüngste Zeit besaß sie ein freundliches allerlustiges Wesen (II, 11. II, 14). Zum Plaudern geneigt konnte man sie oft gar lange mit ihren „Gespielinnen“ auf der Straße und in den Häusern schwätzen sehen. Auch soll sie einem fröhlichen Trunk und guter Akung mit ihren Freundinnen nicht abhold gewesen sein (II, 11). Sie hatte aber den schweren Fehler, daß sie ein höchst abergläubisches Weib war, und das sollte ihr zum Verderben gereichen.

Man stellte bei ihr als erstes Indizium der Hexerei fest, daß sie eine Menge Zaubersprüche wisse und bei Menschen und Tieren, wenn auch größtenteils in wohlwollender Absicht zur Anwendung bringe. Sie segnete für das Herzgespörr (II, 6; II, 13; II, 34), den Herzgesser und den Herzwurm (II, 11), sie segnete für das fliegende Feuer (II, 39) und für das Kopfsweh (II, 19), sie segnete für die Mundsäule (II, 31) und für das Geschoß (II, 19). Bei kranken Kindern scheint sie besonders gute Erfolge erzielt zu haben, weshalb man sie überallhin holte oder ihr die Kleinen nicht bloß aus der Stadt, sondern auch aus den benachbarten katholischen und protestantischen Ortschaften zutrug (II, 34). Als sich die Krägerin eines Tages weigerte, den Buben der Schlosserchefrau Eva Zeiter¹ für das Herzgespörr zu segnen, da flehte sie die besorgte Mutter um Gotteswillen an, ihre Hilfe nicht zu versagen, und hörte nicht auf zu bitten, bis sich endlich die Krägerin erweichen ließ (II, 13). Die Zeugin Uhl² mußte, daß die Krägerin im Geschrei einer Hege war und daß ihr der Beichtvater das Ansegnen strengstens untersagt hatte; gleichwohl ließ sie ihren vier Kindern von ihrer Nachbarin die Mundsäule segnen (II, 31). Die Segnungen geschahen möglichst unter freiem Himmel (II, 28. II, 34) und leise (II, 14). Nur gewisse Worte wurden laut gesprochen. So hörte Maler Georg Schabhardt³ bei der Segnung seines an Herzwurm und Herzgesser leidenden Kindes nur die Worte (II, 11): „es seye diesem Kindt zur buetz zelt im namen Gottes deß Vatters, Sohnes und heilig geists.“ Maria Kemmerling, die junge, war aber so glücklich, aus dem Munde der Krägerin einen ganzen Spruch für das fliegende

¹ HsNr. 32. Ihr Mann hieß Hans.

² Georg und Margareta Uhl besaßen das Haus Nr. 226.

³ Wohnte HsNr. 250. Er war ein Mann, der steif und fest an das Hexenwesen glaubte und seiner Zunge vor den Richtern fröhlichen Lauf ließ. Merkwürdigerweise bediente sich gerade dieser redselige und über das Hexenwesen „entzündete“ Zeuge nicht selten in seiner Familie der Hilfe von Personen, die ihm als Hexenverdächtig bekannt waren.

Feuer ihrer Stiefmutter Maria Kemmerling¹ zu erfahren. Er hieß: „Weich, schlier und schlag; es fúelen 3 Mann von Himel herab; den Ersten hentht man, den andern extrenht man, der Dritte verginge sonst also. Dir, alt Maria Kemmerlin, soll es auch also vergangen. Dir sey es zue bueß zelt im Namen Gott deß Vatters, Sohnes und heyligen Geistes. Amen.“ (II, 39.)

Schlimmer war ein zweites Indizium. Man bezichtigte nämlich Maria Kraker mehrerer erschrecklicher Taten zum Nachtheile ihrer Mitmenschen. Der Maler Schabhardt hatte eine 17 jährige Tochter Maria, die in der Kreuzwoche 1630 erkrankte, um sich stieß und ein Aussehen bekam, als „wollte sie gar austhorren“. Eines Tages nun, erzählte Schabhardt, sei die Krakerin in sein Haus gekommen und habe zu dem Mädchen gesagt: „Liebe Marie, es ist Dir etwas auß einem Häsele oder ein strich aus der Pfannen geben worden; du mußt austhorren. Darauß schließe er, dise Krakerin müsse notwendig wissen, wer seiner tochter Etwas geben, oder sie müsse es ohne mitl selbst verricht haben“. (I, 6.) Das Mädchen ist übrigens nicht „austhorrt“, sondern konnte bald wieder gesund und frisch als Zeugin wider die Hexen auftreten. (II, 36.) Am Karfreitag desselben Jahres hatte sich die Krakerin eine andere greuliche Untat in der Familie Schabhardt erlaubt. Eine Tochter Schabhardts holte an diesem Tage bei der schändlichen Hexe eine Maß Buttermilch um 2 Pfennig. (II, 36.) Die Mutter und 4 Kinder aßen davon. Kaum hatten sie aber davon gegessen, da fühlten sie fast alle heftiges Unwohlsein. Die Mutter ging zwar noch in die Kirche, erkrankte darin aber also, daß sie nit allein aller erblaiht, sondern unversehener Ding im gesicht, am ganzen leib, an Hendt und süßen aufgeloffen, so groß als ein Stachlos, rudo. starkh purgiert. Zuvor seyen Mutter und Kinder alle frisch und gesundt gewesen und haben wegen diser Krankheit einig und alleinig der Buttermilch die schuldt zugemessen“. (I, 6.) Es dauerte geraume Zeit, bis Alles wieder völlig hergestellt war. Dieses Ereignis muß den Richtern für sehr wichtig und für sehr bedenklich erschienen sein, weil sie beim Verhöre immer wieder auf die Buttermilch zurückkamen. (I, 6. I, 16. II, 36. II, 37. II, 49. II, 50.)

Der Zeuge, Schneider Hans Hegele,² bekundet, „er habe ein Kind gehabt, ein Püblein, welches zu der Krakerin täglich kommen und von Ihr oft ein brott und je ein Apfel empfangen, geessen, unterdessen anfangen zu thauern, am leib abgenommen, alleraußgethorrt und entlich vor 2 Jaren gestorben.“ II, 14.

¹ Die alte Maria Kemmerling starb als Hexe 28. Mai 1630.

² Hans Hegele besaß das Haus No. 227, war also nächster Nachbar der Maria Kraker.

„Er habe bey dem medico Rats gefragt, welcher dise Krankheit zu einem Fieber geschickt“. Seine Heilmittel seien aber vergeblich gewesen. Nach seiner Meinung habe die Kragerin das Kind verhext, weil er aber nichts auf sie erweisen können habe er geschwiegen. II, 14.

Eine Zeugin, die Dienstmagd Margareta Reiss „will oft unter den Leuten gehört haben, die Kragerin habe selbst gemacht, daß ihr Mann¹ zue todt gefallen seye und In also umgebracht habe.“ (II, 19.)

Ein schweres Indizium bildete der vertraute Verkehr, den Maria Krager mit einigen wegen Hexerei bereits hingerichteten Personen unterhalten hatte. So pflog sie fast tägliche Kundschaft mit der Sternwirtin Magdalena Maack.² Kamen sie zusammen, so blieben sie „stetig alleinig bey einander stehen, still geredt und oftmals starck gegeneinander geweinet. Wann Jemand zu Inen hinzu getreten, haben sie von andern Sachen geredt.“ (II, 8.) Ebenso verkehrte sie viel mit der Apollonia Hainlin,³ der Agnes Schneidin⁴ und Apollonia Besenmairin.⁵ (II, 11. II, 14. I, 6.)

Noch ein Indizium sprach wider die Krager. Während sie nämlich früher stets heiterer Dinge war, trug sie seit dem Beginne der Hexenbrände ein höchst gedrücktes Benehmen zur Schau. „Wenn sie den Amtsknecht Christian Grünwedl⁶ schmecke, laufe sie von einer gaß in die andere und sey in ir ein greuliche forcht zu verspüren, inmassen das Kind auf der gassen auf sie deute; zue deme erbleiche sie starck, wenn sie den Schergen sehe“. II, 5. Eines Tages, berichtet Maler Schabhardt, habe sie allertraurig zu seinem Weibe gesagt, sie würde „gern all ihr Hab und Gut hinten und schwinden lassen, wenn sie an ihrer Statt wäre“. Dabei machte sie den Eindruck, als stecke sie in einem Sarge. II, 11. Als man ihre Freundin Magdalena Maack eingefangen, weinte sie, wie Zeuge Koller⁷ bemerkt hat, den ganzen Tag in bitterlichster Weise. II, 8. Ihre Angst, verhaftet zu werden, verriet sie besonders deutlich bei der Gefangennahme ihrer Nachbarin Christina Graf.⁸ In der Meinung, der Scherge wolle sie (die Krager) einziehen, sei sie, behauptet Zeuge Johann Hegele, beim

¹ Ihr Mann hieß Nikolaus. Derselbe † 1618 infolge eines Sturzes.

² Hingerichtet am 6. Febr. 1630.

³ Verbrannt 6. Februar 1630.

⁴ Verbrannt 17. August 1629.

⁵ Verbrannt 6. Februar 1630.

⁶ Der kurfürstliche Scherge oder Amtsknecht — 1630 hieß er Christian Grünwedl — hatte seine Dienstwohnung in dem Häuschen Nr. 310½, wovon die Gasse den Namen Schergengasse erhielt.

⁷ Ein Kupferschmied Hausnr. 218. Seine Frau Katharina Koller, die junge, starb als Hexe 1631.

⁸ Verbrannt 17. August 1629.

Anblick des Schergen mit Gewalt neben ihm in sein Haus eingedrungen, „ungeachtet er sie nit einlassen wöllen, allererbleicht außgesehen, fast nit reden thönnen und öffentlich ansehen lassen, ob were sie dem schergen entrunnen. Wie Sie nun gesehen, daß der scherg vorüber, habe Sie in sein hoff die Hennen geruffen und erzaigt, ob wolte Sie Hennen suchen“. II, 14. Man sah also in der Furcht des armen Weibes nur ein stummes Bekenntnis ihrer Schuld. Niemand hatte ein Verständnis für ihre innern Qualen und Keinem wollte es in den Sinn kommen, daß auch ein unschuldiger Mensch die Ruhe verlieren muß, wenn er sich Tag und Nacht vom Henker bedroht weiß. Denkt man sich in die Seelenverfassung der Krager hinein, dann versteht man es auch leicht, wie sie sich mitunter den Anschein gab, als freue sie sich über die Hexenbrände und wie sie eines Tages äußern konnte, in Wemding gehe man zu saumselig gegen die Hexen vor; in Eichstätt mache man es schneller. (II, 11.)

Auf Grund dieser Indizien wurde Maria Krager am 20. November 1630, nachdem sie noch als Zeugin vernommen worden war, ad capturam genommen (II, 38) und nach einer Haft von fast 4 Monaten am 10. März 1631 den Flammen übergeben.

Naspar Kilg,

eine zweite in den Protokollen geschilderte Persönlichkeit, war Bäcker und Mehlhändler auf Hausnr. 110 und ein Mann in den besten Jahren. Die Zeugen entwarfen von ihm in seltener Übereinstimmung ein Bild, das nichts weniger als schmeichelhaft ist. Er war leidenschaftlich dem Trunke ergeben, soff von einem Wirtshaus zum andern (I, 6) und war mehr voll als nüchtern (I, 23). Dabei sprach er dem Weine ebenso herzhast zu wie dem Biere. Auch sein Appetit war mehr als alltäglich. Er liebte das Spiel und trieb allerlei schlechte Poffen. 1, 2. Vom Arbeiten wollte er wenig wissen. Haderstüchtig wie er war, machte er seinem Zorne oft durch Flüchen und Schelten Luft. (I, 2, I, 3.) Zeuge Spörl nennt ihn einen Hurer und einen Menschen, der auf allen Bieren nichts nuz sei (I, 3). Er scheint auch ein großer Prahlhans und Sprecher gewesen zu sein. Rühmte er sich doch, „Er gewinne mehr mit seinem Fressen, Sauffen und Spielen als ein anderer mit Arbeiten“. (I, 17. I, 23.) In der Kirche ließ er sich wenig sehen und wenn er erschien, dann „wisse man nit, bett Er oder nit“. (I, 2. I, 18.) Mit einem Worte, Kilg war ein total verlotterter Bursche, mit dem deshalb auch kein ehelicher Mann etwas zu schaffen haben mochte. (I, 2.)

Wie stand es nun bei ihm mit dem Hexenwesen? Schon seit langer Zeit war er „im geschray, ein Hexenmann zu sein“.

(I, 3.) Waren doch auch seine verstorbenen Eltern¹ anerkannte Unholde. (I, 3.) Die Untersuchung förderte denn auch folgende schlimmen „Erfahrungen“ zutage.

1. Kilg führte höchst verdächtige Reden, aus denen man notgedrungen den Schluß ziehen mußte, „daß Er mehr thönne als Brott essen“. (I, 2.) Zu dem Zeugen Michael Spielberger² sagte er einmal: „Du, Michl, ich will Dich etwas lehren, daß Du nit mehr notleidest“; fürs andere wollte er ihm mitteilen, „wie Er im schießen alles was er begehrt, treffen thönne“. Spielberger merkte alsbald, daß ihm Kilg eine Schlinge legen wollte und gab deshalb keine Antwort. (I, 17.) Kilg redete auch gerne vom Hexenwesen und zwar wie einer, der Genaueres wisse. (I, 2.)

2. Trotz seiner Müßiggängerei und liederlichen Lebensweise hatte Kilg „immer guets genug, mangelte Ime nichts“. (I, 12.)

3. Seine religiöse Gleichgültigkeit fiel allgemein auf und wurde von vielen Leuten als ein Zeichen der Hexerei angesehen.³

4. Zeuge Hans Diebmair⁴ bemerkte an ihm seit 2 Jahren, d. h. seitdem man brenne, eine große Niedergeschlagenheit. „Man sehe an seinem Gesicht, daß Er ganz traurig und dunkel herumgehe und gewiß ein Unhold sey, lauffend immer zue von einem Orth zum andern; darauß schließe Er, solch gesöllen fürchten immerzue, man werde Sie täglich einziehen“. (I, 2.)

5. Kilg war frampshaft bemüht, den Hexenverdacht von sich abzulenken. „Er sey froh, erklärte er eines Tages bei Kaspar Münder, dem Kreuzwirt, und danke Gott, daß er kein Unhold sei.“ Schlagfertig entgegnete ihm Maler Schabhardt, der mit unter den Gästen saß: „Kilg, habt mir nichts verübl; man sagt ins gemain, wer sich selbst entschuldigt, sey zum

¹ Die Badersheleute Sebastian und Margarete Kilg.

² Michael Spielberger war ein noch junger Mann von 30 Jahren und wohnte im Zins auf HsNr. 163¹/₂, ein jetzt zur Storchenvirtschaft gehöriges Häuschen.

³ Wenn man übrigens bei Kaspar Kilg wegen seiner Nachlässigkeit im Kirchenbesuch den Schluß auf Hexerei machte, so trug man bei andern der Hexerei Verdächtigen kein Bedenken, ihr häufiges Kirchengehen und ihr sonstiges religiöses Verhalten als einen Beweis hinzustellen, daß es ihnen nur um die Bemäntelung des abscheulichen Lasters der Unholderei zu tun sei. In diesem Sinne heißt es von Hans Schweigert: „Er gehe zimlich in die Kirch; wann die Kirch helff, gehen alle Hexen darein.“ (II, 1.) Anna Froschin, Badersfrau und Tochter der verbrannten Badersheleute Leonhard und Maria Keller, „sei eine Betschwester, aber man sage insgemein, Sie seye eine Heze“. (I, 6.) „Die Hasenmairin erzaiß sich, alß wenn Sie ein Engel were, da man Sie doch in der ganzen statt für eine Heze halte.“ (I, 6.)

⁴ Hans Diebmair wohnte mit seiner Frau Anna in dem kurz vorher erwähnten Häuschen Nro. 163¹/₂.

Ersten dergleichen Leuth“. Kilg lachte munter und ging dann hinweg. (I, 6.)

6. Auch bei Kilg bekundeten die Zeugen, daß er eine starke Kundschaft mit hingerichteten Unholden gehabt habe, insonderheit mit Kaspar Müller.¹ „Wenn diese gesöllen bey einander gewesen und andere Männer auch zuehören wollen, wären Sie voneinander geloffen“. (I, 2.) Einer seiner Freunde war der Glaser Philipp Amon.² Drei Tage nach Philipp Amons „Befachung“ plauderte er beim Biere aus, „er hätte den hingerichteten Amon unterschiedlichmals und zwar noch selbig Abend, wie man Ine eingefangen, gewarnt, Er solle aufreißen, flüchtig sueß setzen, man werde Ine gewiß einziehen. Item er habe Ine selbst 20 fl., damit er fortthommen möge, darleihen wollen; jezt liege er Inne“. (I, 6.)

7. Ein Indizium unheimlicher Art war folgende Geschichte: Anno 1628 zechte Kilg bei seinem Freunde Kaspar Müller, dem Sonnenwirt, in Wein. Spät in der Nacht, ehe er ans heim's ging, begann er zu frösteln. Müller ließ ihm daher ein Wams, geleitete ihn zur Türe hinaus, wobei er ihm die benediction gab, schlug ihn auf die Achsel und sprach: „Glück zu!“ Und was geschah? — Kaum war Kilg auf der Gasse, da erfaßte ihn der Schwindel und er vermeinte, daß er für das Nördlinger Thor hinaus in das Stübchen des Thorwerts fliege. Derweilen sei er, wie mehrere Zeugen aus seinem eigenen Munde wissen, nach Hause gekommen und in seinen großen Racheofen hineingefahren, wo ihn seine Magd nächsten Morgen aufgefunden habe. (I, 3.)

Diese „Anzeigungen“ veranlaßten das Gericht, auch gegen Kilg weiter vorzugehen und noch im Sommer des Jahres 1630 sühnte er sein verfehltes Dasein durch den Feuertod. Wenige werden ihm Tränen nachgeweiht haben. Eine andere Frage aber ist die, ob er des Verbrechens, wofür er starb, schuldig war.

Fanden sich bei Maria Straker und bei Kaspar Kilg wenigstens einige Anhaltspunkte, welche den Hegenverdacht zu rechtfertigen geeignet waren, so ist das bei einem dritten Verdächtigen, den ich jezt schildern will, schlechtthin ausgeschlossen. Man kann sich kaum in den Gedanken finden, daß auch er von seinen Richtern zum Tode verurteilt wurde.

Jörg Löfflad

war ein noch junger Bürger der Stadt. Er bewohnte mit Frau und 3 kleinen Kindern das Haus Nr. 102 am Markt, woselbst er das Gewerbe eines Melbers und Weinschenken aus-

¹ Kaspar Müller war Sonnenwirt und wurde am 14. März 1629 hingerichtet.

² Philipp Amon wurde verbrannt den 28. Mai 1630.

übte. Seine Vermögensverhältnisse scheinen nicht schlechte gewesen zu sein. Durch den frühen Tod seiner Eltern kam er als Knabe in das Haus¹ seiner Großmutter Agnes Schneid und erhielt dort eine gute Erziehung. Er hing mit ganzer Seele an seiner Großmutter und bewahrte diese Anhänglichkeit auch in den reiferen Jahren. Im Jahre 1629 wurde nun seine Großmutter unter dem Verdachte der Hegererei gefänglich eingezogen und verbrannt. Seitdem geriet auch Löfflad in den Ruf der Hegererei und dieses „Geschrei“ nahm umsomehr zu, je länger der Hegerprozeß währte. (I, 2.) Löfflad sah mit Schrecken, daß auch ihm das Schicksal seiner Erziehungsmutter drohe. Einige Monate hielt es ihn noch in Wemding. Als aber die schöne Jahreszeit von 1630 kam, floh er mit Weib und Kind aus Wemding und ließ sich bei einer Reiterkompagnie,² die eben in der Nördlinger Gegend stand, als Gemeiner anwerben. Seine Freude, nun der gefährlichen Heimat entrückt zu sein, sollte nicht lange währen. Schon nach ein paar Tagen wurde er unter dem Verdachte der Hegererei in einem Keller zu Goldburghausen³ als Gefangener eingeworfen. „Es ist wahr, sagte der Reiterkorporal Rudolph Krüchraum⁴ vor dem Untersuchungsgerichte zu Wemding, daß Löfflad etlich tag bey Jnen im Quartier gelegen. Nachdem aber sein Rittmeister weithleufig verstanden und unter der Kompagnie das geschrey emporgangen, ob solte Löfflad im Verdacht der Hegeren sein, dahere an Jne (Krüchraum) bevelch ergangen, Jme zu verhafts zuenehmen und zu Krauthausen zu verwahren, biß man seiner von Wemding auß zur Zieferung begehrt“. (I, 25.) Die Bitte des Pfliggerichtes, Löfflad nach Wemding auszuliefern, ließ nicht lange auf sich warten. Der Leutnant der Kompagnie schickte zu diesem Zwecke den Reiter Hans Adam Fridinger nach Wemding mit der Meldung, Löfflad werde ausgeliefert, wenn man 40 Reichstaler für seine Erledigung zahle. Das Pfliggericht erklärte sich bereit, die 40 Reichstaler samt den andern Unkosten zu erlegen. Fridinger teilte das bei seiner Rückkehr dem Gefangenen mit. Nun wußte Löfflad, wie er daran war. Um sich zu retten, bot er wiederholt 50 Reichstaler „neben Abtragens

¹ Nr. 231. Agnes Schneid (vergl. unten S. 168) war ebenfalls Melberin. Sie starb als Heger am 17. August 1629.

² Es waren jedenfalls bayrische Reiter, wie aus den Personalien der beiden Reiter zu schließen ist, die Löfflad ablieferten. Die Schweden standen 1630 noch nicht im Ries.

³ Goldburghausen, im Volksmunde Krauthausen genannt, liegt unweit von Nördlingen in Württemberg. Damals gehörte der Ort zur Grafschaft Etingen.

⁴ Reiterkorporal Rudolph Krüchraum war von Geisensfeld im Rurfsrentum Bayern (bei Ingolstadt) gebürtig.

alles Unkostens, wann die Soldaten ihn des Arrests erliegen". (I, 25.) Allein es war vergebens. Auf die Frage Krüchraums, warum er denn nit anheims wölle, gab er traurig und verzagt die Antwort: „man lege Ine gewiß für ein Hegenmeister ein, weil er außgerissen, unangesehen er Rhein Unhold¹ sey.“ (I, 25.) Ost hätten sie, sagt Krüchraum I, 25, des Hegenlasters wegen mitsammen geredet. Da habe Vöfflad „allzeit untersch und Rhein Menschen recht angesehen und sich mit einem bettbuch verdecktig gemacht“. Gefragt, warum er so heilige Sachen lese, wann er ein Hegenmeister sein solle, habe er geantwortet: „Die Hegenleuth können zwar dergleichen Sach wol lesen, aber bey Gott nichts darmit erhalten.“

Eines Tages — es war abends um 9 Uhr — erledigte der Korporal Vöfflad aus dem Keller, tat mit ihm einen Trunk und kündigte ihm an, er müsse nach Laub,¹ wo man wegen seiner Erledigung affordieren werde. Vöfflad wurde auf ein Bauernpferd gesetzt und von den beiden Reitern Krüchraum und Fridhinger nach Laub begleitet. „Unterwegs, erzählt Fridhinger I, 26, habe Vöfflad seinem Pferde zwei- oder dreimal die Sporen gegeben, anfangen zu sprengen und erzeugt, ob wolte er von Inen aufreißen, deme Sie allzeit mit Pistolen und starkem fürtruch vorgebogen, habe Er nur allzeit darzue gelacht“. Morgens um 4 Uhr kamen die Reiter mit ihrem Gefangenen, wie mit dem Pflegergericht Wemding verabredet worden war, in Laub an. Vöfflad wurde ausgelöst und den Abgesandten des Pflegergerichts übergeben. Damit war er wieder in den Händen seiner Peiniger. I, 26.

Das Zeugenverhör bot gar nichts, woraus man einen ernstlichen Schluß auf Hexerei hätte machen können. 4 Zeugen (I, 2. I, 12. I, 17. I, 23) erklärten einfach, Vöfflad gelte mit Recht als Unhold, weil seine Ahnfrau Agnes Schneid, die ihn erzogen, eine Hexe gewesen sei. So meinte Melchior Rohmüller:² „Er habe den Vöfflad zuvor als jetzt für einen Hegenmann hören aufrufen, insonderheit darum, weil die hingerichte Agnes Schneidin als sein Ahnfrau ihn auferzogen habe.“ I, 12.

Einige Male scheint Vöfflad zwar ganz berechtigte, aber unter den obwaltenden Umständen recht unvorsichtige Äußerungen über das Hegenwesen und über das richterliche Verfahren gemacht zu haben. Zeuge Hans Siebmair weiß darüber Auskunft zu geben: „Wenn man von den Hegen Schaden geredt,

¹ Laub gehörte 1630 zum Pflegergerichte Wemding und war Grenzort gegen das Ottingische hin. Es liegt an der Linie Krauthausen—Wemding. Von Krauthausen bis Laub sind etwa 20 km, von Laub nach Wemding 6½ km.

² Melchior Rohmüller war Eigentümer des Häuschens No. 160. das jetzt nicht mehr besteht, sondern in das Seelhaus einbezogen ist.

habe der Röffeladt nur dazue gelacht und gesagt, es sey Gottes will. Oft vom Hexenwerth anfangen zu reden und darbey gemelt, wann man nur niemandt Unrecht tete. Darauf Er und andre burger geschlossen, Er sey gewiß ein Unhold.“ (I, 2.)

Man rechnete es ihm auch böß an, daß er seit der Hinrichtung seiner Großmutter seinen Schmerz und seine Niedergeschlagenheit nicht verbergen konnte. „Er sei seither man sein Ahnfrau Agnes Schneidin verprennt habe, allertraurig. Item er habe sich in seinem wandl und gehen auch unter sich ganz an tag geben, ob thette er Sich deß Einfangens besorgen.“ (I, 2.)

Einmal wird Röfflad ein gottloser Mann genannt, wohl deshalb weil Röfflad als Unhold galt. (I, 6.)

Das Schlimmste, was man gegen ihn vorzubringen mußte und was bei seinen Richtern offenbar am durchschlagendsten wirkte, war seine Flucht zur Reiterkompagnie. Röfflad wäre sicher nicht ausgerissen, meinten verschiedene Zeugen (I, 2, I, 10. I, 4. I, 17), wenn er sich nicht für schuldig gehalten hätte. Daß auch ein Unschuldiger in solcher Lage die Flucht ergreifen könne, das kam, soviel ich sehe, den Leuten nicht in den Sinn.

Trotz dieser nichtsagenden Verdachtsgründe wurde Röfflad im Sommer 1630 gefangen gesetzt und nach langer Kerkerhaft 1631 zum Tode verurteilt. Wer könnte dem Unholden Jakob Schnierle Unrecht geben, wenn er von den Zeugenverhören im Schlosse meinte: „Es sey halt lauter Narren Blitschen- und Bletschenwerk und was das Fragen seyn solte“. (I, 17.)

Zweiter Abschnitt.

Die gute und peinliche Frage.

Nach beendigtem Zeugenverhöre machte das Pfleggericht dem Hofrate zu München pflichtmäßige Mitteilung von dem Ergebnisse seiner Untersuchung und bat um gnädigste Entscheidung, ob wider die verdächtigen Personen weiter vorgegangen oder das Verfahren eingestellt werden solle. Entschied sich der oberste Gerichtshof fürs Erstere, so erging an das Pfleggericht die Weisung, die verdächtigen Personen zu verhaften und ordnungsgemäß zu befragen.¹

¹ not. 458 schreibt der Magistrat am 23. Sept. 1609: „Von Ihr Frl. Drl. Herzog Maximilian zu Obern- und Niederbayern ist nach eingenommener erfahrung und unterthenigsten berichtlich anfügungen hinwider zum hñigen Pflegamt guter bevelch außgefertiget, Barbara Schmidtin u. s. w. umb Hexerey willen in sentliche Verhaft zu nehmen, welche hierüber Thails sowohl guet als Peinlichen auf ordnliche Fragstuch examiniret“. Vergl. unten S. 188.

Die Verhaftung¹ war nicht Sache der Stadt, sondern wurde von dem kurfürstlichen Schergen² im Auftrage des Pflegamtes³ vollzogen. Auch das Haftlokal war nicht städtisch, sondern kurfürstlich.⁴ Es befand sich im Schergenhanse Nro. 310^{1/2} bzw. für die Spitalinsassen und Spitaluntertanen im Bürgerspital. Bei größerem Bedarfe wurden auch der Amerbacher Torturm und der Kreuztorturm in Anspruch genommen.⁵ Eine Notiz im städtischen Archiv act. 35 berichtet uns nämlich, „daß Herr Konrad von Bemelberg der junge“ 2 Stuben in 2 Haupttürmen für die Malifilanten bauen und inwendig repariren ließ“. Möglicherweise wurden auch die noch vorhandenen Keller im kurfürstlichen Schlosse und die beiden Gewölbe im Torturm⁷ zu Haftlokalen benützt, wenn die Zahl der Gefangenen stark angewachsen war.“ Der sogenannte Hegenurm, der noch vor drei Jahrzehnten an der Südwestecke der Stadtmauer stand und vom Volke zu den Hegen in Beziehung gebracht wurde, hatte nie etwas mit den

¹ Über die Verhaftung schreibt die Instruktion von 1622 fol. 310b: Die verdächtige Person „mag gefänglich angenommen und eingezogen werden, so Tags, so Nachts, wo die zu betreten; dann diebstahls für abergläubig zu halten, daß Sy etwann aus dem Pödt müssen aufgehebt werden, damit sye des Ertrich nit berühren. Dann die tägliche erfahrung befindet sich anders, daß solche Personen als ihre Stärck und Teufelskünst verlieren, wann sye von der Obrigkeit angriffen sindt und thündten durch die zauberische Stud nimmermehr entweichen“.

² Der Scherge war auch zugleich Gefängnißwärter, vergl. Hegen-Prot. II, 10.

³ Hegen-Protok. II, 6. II, 14. vergl. den Regeß von 1643 act. 459 (oben S. 121) und den act. 459a von 1517. Dort erklären die Herzöge Wilhelm und Ludwig „daß unser Pfleger und Richter zu Wemding nun für an unser burger zu Wemding . . . venstlich nicht annemen noch einlegen sollen, aufgenommen umb Malefiz sachen, die sich zum todt ziehen oder Bigthomb handel seynndt.“

⁴ In einer Bittschrift der Angehörigen des Unholdes Math. Epplé vom 23. Januar 1630 (act. 458) wird das Haftlokal ausdrücklich „Hurfstl. Drlt. Fronfest“ genannt.

⁵ Der Amerbacher Torturm wurde noch zu meiner Anwesenheit gebraucht, um leichtsinnige Jungen oder unbotmäßige Soldaten der Bürgerwehr auf Befehl der Stadt einzuschließen. Man hieß ihn deshalb auch spottweise den „Luxusturm“. Der Nördlinger Torturm eignete sich nicht für ein Haftlokal. Dagegen hatte der Kreuztorturm bis zu seiner Abrutzung Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts kellerartige Räume, die allerdings nur mehr zu einer Privatwohnung dienten.

⁶ Pfleger zu Wemding 1607—1616.

⁷ Siehe unten S. 138.

⁸ Die Instruktion von 1622 verlangt für Hegenpersonen möglichst Einzelhaft: „Da also der gefengthnuhten Personen mehr dann aine werden, sollen dieselben, so vill gefengthlicher Behaltuissen halber möglich seyn mag, von ainander abgesondert werden, damit Sye Sich unwahrhafter Aussagen mit ainander nit verainigen oder, wie Sye ihre Mißthaten bescheintigen wollten, unterreden mögen“. fol. 311a.

Unholden zu schaffen. Er hieß in alter Zeit „Hegenturm“,¹ woraus der Volksmund später „Hegenturm“ machte. Noch weniger darf man an die neuere Fronsfeste Qsnr. 54² denken, da dieselbe erst im 19. Jahrhundert zu einer solchen umgebaut worden ist.

Die Befragung der Gefangenen — auch Besprechung genannt — war nicht dem Belieben des Richters überlassen, sondern geschah mittels der sogenannten Fragstücke, die zuvor aus den gewonnenen „Erfahrungen“ schriftlich zusammengestellt und vom Richterkollegium gebilligt werden mußten. Die Malefizprozeßordnung bestimmt bezüglich der Fragstücke folgendes: „Die Fragstück sollen aus der zuvor eingezogenen Erfahrung genommen, klar und verständlich gestellt und darin dem Verhafteten nicht insonderheit vorgesagt, und was er sagen soll, angedeutet werden, sondern man soll ihn selber auf die Fragpunkte antworten lassen, ingestalt und nachdem dieselben in der Erfahrung vorgekommen und daraus gezogen sind. Es sollen auch solche Fragstücke zuvor bei den Gerichten von den Richtern und Gerichtsschreibern abgelesen werden.“³ Die Instruktion von 1622 empfiehlt den Richtern unter dem Titel „Interrogatoria“,⁴ darauf ungefehrlich die zauberisch oder Hegenpersohnen peinlich examinirt werden mechten“ ein ausführliches Fragenschema zur Benützung bei der Besprechung der Gefangenen, ohne einen Zwang ausüben zu wollen. Dieselbe Instruktion⁵ warnt mit Nachdruck vor jedem Mißbrauche der Fragestellung. „Wie auch die examinatores . . . vleißig mercken sollen, das Sie die wahrheit nit durch unbefugte böse mittl von den Gefangenen herausforschen, als durch falsche Verheißung der Erlöbding, so dieselben wurden bekennen oder dergleichen. Wie Sye auch (da es sich in Wahrheit nit also befundten) den ainen nit sollen falschlich anzaigen, daß das andere solchs Vaster von ihme allbereith peinlich bekhannt hette. Sye sollen auch vil weniger andere abergläubische mittl hiezu gebrauchen, als probierung durch das thalte Wasser, gliehendte Eisen in die handt zu nehmen und dergleichen, sondern den ordenlich für geschriebenen weeg gehen“.

Man unterschied eine doppelte Befragung gefangener Personen, die „gute“ und die „peinliche“. Die gute Befragung

¹ Hegen ist soviel als Elster. Man heißt in Wemding die Elstern wegen ihres „schetternden“ Geschreies ganz analog nicht Schetterhegen, sondern Schetterhegen.

² Das Haus ist gegenwärtig Knabenschule.

³ tit. III art. 4 S. 807.

⁴ fol. 313b—316b. Ich lasse weiter unten S. 193 eine Kopie dieser Interrogatoria folgen, weil dieselben ein grelles Licht auf die damaligen Bahnvorstellungen werfen und weil die Wemdingener Hegen vermutlich darnach befragt wurden.

⁵ fol. 312a. b.

bestand darin, daß man den Gefangenen an der Hand der Fragstücke ohne Anwendung von Drohungen oder gar Folterqualen zum Bekenntnisse seiner Schuld oder zur „Urgicht“,¹ wie man es damals nannte, zu veranlassen suchte. Zu diesem Zwecke wurde „ir (d. h. der gefangenen Person) zuvor eröffnet und angezeigt, aus was Ursachen und wie sie des Lasters verdacht und verschrant oder andere Vermuthungen oder halbe beweisungen von Irrtentwegen eingenommen worden seyen, daß Sze sich darnach wisse zu andtworten, doch in allweg, daß dijenige, so die verdachte Persohn angezeigt, nit offenbar gemacht werden.“² „Es were denn, das Rhein Gefahr deshalb zu besorgen, so können dieselbe dem Beklagten und Ihrem advocaten im fahl der Notdurft benendt und fürgestellt werden.“³ Wenn der Gefangene es wünschte, so wurde ihm auch der Beistand eines Advokaten oder Procurators gestattet.⁴

Je nach dem Ausgange der gütlichen Befragung entschied sich das Schicksal des Gefangenen. Leugnete er kurzweg oder nahm er zu haltlosen Entschuldigungen seine Zuflucht, so beschloß das Gericht durch ein Neben- oder Beurteil, in der Rechtsprache *sententia interlocutoria* genannt, die peinliche Befragung mittels der Tortur bei ihm anzuwenden.⁵ Die

¹ Statt Urgicht liest man mitunter auch „Vergicht“.

² Instruf. v. 1622 fol. 311b.

³ *ibid.* fol. 318a. Nach der Malefizprozeß-Ordnung tit. III. art. 3 S. 806 mußte im allgemeinen der Name des Anzeigers dem Gefangenen und dessen Advokaten kundgegeben werden. „Doch ist solches zu verstehen allein von denen, die zuvor in einem ehrlichen stand gewesen, und nicht von Landtdieben, Mördern, Raubern und dergleichen schädlichen Leuten.“ Da aber bei den Hexenprozessen die Denunzianten der Unholde, der Freundschaft oder ihres höhern standts halber“ (fol. 318a) nicht selten, wie die Instruktion durchblicken läßt, durch das Bekanntwerden ihrer Namen ernste Unannehmlichkeiten zu erfahren hatten, so bestimmte der Erlass von 1622 im obigen Sinne.

⁴ Wämpel schreibt S. 34 n. 21. 22: „Weil Viele sei es aus Beschränktheit, sei es aus Niedergeschlagenheit, sich nicht zu verteidigen wissen, so sind ihnen deshalb auf ihre Bitten Advokaten und Fürsprecher zu gewähren, ja manchmal *ex officio* zu bestellen“. (Vergl. Wämpel S. 51 n. 2.)

⁵ Die Malefizprozeßordnung schreibt tit. III art. 8 S. 808: „Dat nun der Richter gründlichen bericht, daß ein übeltat wahrhaftig beschehen, und wider den gefangnen gnugsame anzeigungen zu Peinlicher Frag vorhanden, und der beschuldigte auff erstes gütliches anfragen nichts bekannt, noch auch ainiche außführung seiner unschuld thun möchte, soll Richter durch bepurthel zuvor erkennen, daß der verhaßte, wo er sein Mißhandlung gütlich noch nit bekennen wurde, Peinlich soll gefragt werden“.

Manz erklärt S. 185 n. 7 zu art. 45 der Carolina: „Man dürfe nach dem Sinne des Kaisers nur dann zur Tortur schreiten, wenn durch den Richter ausgesprochen werde, daß die Indizien gesetzmäßig, bewiesen (probata) seien, daß man also zur Tortur schreiten müsse, kurz es habe ein Beschluß oder Beurteil (*sententia interlocutoria*) bezüglich der Folter des Angeeschuldigten voranzugehen“.

Tortur durfte aber in der Regel nur dann vorgenommen werden, wenn der Hofrat zu München hiezu seine Genehmigung erteilt hatte. Die Malefizprozeßordnung schreibt nämlich tit. III art. 5 §. 807 vor: „Wann bey den Landgerichten die gefangne auff die Fragstuck ordentlich verhört worden, so sollen dieselben sambt den Aussagen vor allen Dingen in den fürstl. Hofrat überschickt und ohne desselben befehl niemand mit Peinlicher Frag angegriffen werden. Es wäre dann ein Übelthat oder beschädigung offentlich und unwidersprechlich vor Augen, also daß sich an demselben Thäter nicht zu vergreiffen, sondern zu besorgen were, daß durch verlängerung gen Hof schiden . . . ichts versaumbt wurde. So mögen die fürstl. Pfleger und Richter die Frag nach gelegenheit und gestalt der sachen, wann der Thäter die that laugnete, fürderlich zu geschehen versuegen und solches alßdann ohne verziehen in den fürstl. Hofrath gelangen lassen.“ Ich bin der Meinung, daß man bei den Wemdingen Hegerprozeßsen die Genehmigung des Hofrats zur Anwendung der peinlichen Frage nicht erholt hat, weil der Hofrat schon vor der Verhaftung des Angeeschuldigten von den „Anzeigungen“ gründlich unterrichtet worden war, eine Änderung der Sachlage in anbetracht der schwierigen Materie aber schwerlich eintreten konnte.

Wenn der arme Sünder sein Verbrechen unumwunden eingestand, so unterblieb natürlich die peinliche Befragung. Man sah auch von der Folter ab, wenn über eine verbrecherische That jeder Zweifel ausgeschlossen war. „Wann einer die Übelthat, sagt die Malefizprozeßordnung tit. III art. 9 §. 809, mit allen ihren Umständen gnuessam und klärlich uberrwisen were, ein solcher ist nit zu torquieren.“ Es fragt sich allerdings, ob bei der Hegererei ohne ein Schuldbekenntnis des Angeklagten genügende Klarheit erzielt werden konnte.¹

An einem vom Richter festgesetzten Tage und zwar meist in den Vormittagsstunden² führte man den zur Tortur Verurteilten an den Ort der peinlichen Frage. Nach alter Tradition war das in Wemding der sogenannte lange Turm, ein

¹ Waizenegger schreibt §. 34 n. 137. „Die Richter müssen von der Folter absehen, so oft durch Zeugen, durch die Uracht oder sonstwie Gewißheit über die Freveltat besteht oder bestehen kann. Weil nämlich die Tortur als Hilfsmittel angewendet wird, um die Wahrheit herauszubringen und Gewißheit über das begangene Verbrechen zu verschaffen, so ist dieselbe unangebracht, wenn durch gesetzmäßige Beweise, die heller als die Mittagssonne sind, oder durch das eigene gesetzmäßige Geständnis vor Gericht der Schuldige überwiesen dasteht.“

² Die M. P. D. sagt tit. III art. 9 §. 809: „Die Tortur ist auch nit fürzunehmen, dann allein zu morgens; hette aber der Richter ursach, über mittagzeit mit der Tortur zu verfahren, soll man dem gefangenen inzwischen auffser einer Labung nit zu essen oder zu trinken geben“

bastionartiges Gebäude in der südlichen Stadtmauer mit einem breiten Durchgange und zwei übereinanderliegenden düstern Gewölben, die jetzt dem harmlosen Berufe eines Heustadels dienen. Hoch oben unter dem Dache, wohin man von außen über eine steinerne Treppe an der Westseite gelangte, wurde die Tortur vorgenommen. Noch heute wird deshalb das Gebäude vom Volke der Folterturm genannt. Die Quälereien besorgte der Schinder der Stadt, den man euphemistisch „Meister“ hieß.

Was die Arten der Folter betrifft, so war man zu Anfang des 17. Jahrhunderts von der raffinierten Grausamkeit früherer Jahrhunderte schon merklich abgekommen. Professor Manzius von Ingolstadt, ein Zeitgenosse unserer Hexenprozesse, schildert die Torturen in folgender Weise¹: „Bei uns (in Bayern) ist wohl die gelindeste Tortur der Daumenstock, ein Instrument, wodurch der Daumen stark gequetscht wird. Eine andre bilden dünne und fest zusammengebrochte Stricke, womit die Henker den Angeschuldigten die Handgelenke sehr eng zusammenschnüren. Diese Schnürfolter ist mehr als jede andere heutzutage im Gebrauche. Eine dritte besteht darin, daß die Angeschuldigten, nachdem man ihnen die Härde, manchmal auch zugleich die Füße auf den Rücken gebunden hat, in die Höhe gezogen werden, so daß sie eine Zeitlang in dieser hängenden Stellung erhalten werden. Wenn sich Trotz zeigt und die Indizien zwinzender Art sind, hängt man Gewichte an die Füße oder legt solche auf den Rücken. Man gießt auch zur Steigerung des Schmerzes auf den Rücken des Hängenden kaltes Wasser oder es wird nach längerem Aufziehen, wenn die Glieder und Gelenke verrenkt sind, der Strick, an dem der Sünder hängt, oben in Zeitabständen mit einem Stocke erschüttert, damit der Körper dadurch ins Zittern gerät und der Schmerz in allen Teilen und Gliedmaßen gesteigert wird. Es ist auch noch die Rutenfolter üblich, die meines Wissens gegen Zauberer und Hexen, wenn man sie ausgiebig strich, mit glücklichem Erfolge angewendet worden ist. Weil aber Manche von den Angeschuldigten, namentlich Zauberer und Hexen ganz ohne Empfindung sind und keinerlei Art von Folter spüren, indem sie das durch Zauberkünste bewirken, oder indem sie Mittel für die Unempfindlichkeit von Andern erhalten haben und bei sich führen, so werden sie, um diesen Zaubereien zu begegnen, hie und da aller ihrer Kleider beraubt und mit andern bedeckt; weil schließlich auch in den Haaren Hexenpulver verborgen sein kann oder irgend etwas unter denselben, so werden die verschiedenen Haare am ganzen Körper abgeschnitten und mit dem Messer abrasirt.“²

¹ Manzius in Carol. art. 68 S. 237 f. n. 21 ff.

² Ausführliches über diese Zaubermittel bei Waizenegger Nr. 146. 156. 159 (S. 36. 40. 41).

Bezüglich der Foltergrade schreibt Manzius¹ in Übereinstimmung mit der Malefiz-Prozeßordnung tit. III art. 10 §. 809: „Von den Rechtslehrern werden zwar verschiedene Grade angegeben; weil sie aber geteilter Meinung sind und fast alles von der Art und Beschaffenheit der Person, des begangenen Verbrechens und der Umstände abhängt, so muß man das dem Ermessen des Richters anheimstellen, der je nach der Stärke oder Schwäche, der Jugend oder dem Alter des Schuldigen, dann auch nach der Schwere des Verbrechens und nach andern Umständen die Tortur verringern oder verschärfen kann. Indessen unterscheidet man bei uns gewöhnlich 3 Grade der Folter. Der erste Grad besteht in der Einschüchterung, wenn nämlich der Richter nicht bloß mit Worten sondern tatsächlich die Tortur androht, indem er den Angeeschuldigten zum Orte der Tortur führen läßt und den Befehl erteilt, daß er von den Schergen entkleidet, gebunden und mit den von ihm beabsichtigten Torturen gequält werden solle. Diese Foltergattung wendet der Richter dann an, wenn die Indizien schwach und zur vollen Tortur unzulänglich sind, den Schuldigen aber immerhin belasten. Der Richter bedient sich ihrer nicht bei kräftigen, abgefeimten und schlaun Männern, sondern bei Schwächlingen, Furchtsamen, Kleinmütigen und Zartgebauten. — Den zweiten Grad der Folter bildet es, wenn der Angeklagte in der Tortur aufgezogen und eine merkliche Zeit, jedoch ohne Erschütterung des Strickes obengehalten wird. Man wendet diesen Grad an, wenn der Angeklagte schwerer verdächtig ist, wenn die Indizien nahezu oder ganz beweiskräftig sind, das Verbrechen aber nicht abscheulich oder der Angeklagte bei abscheulichen Verbrechen vom Adel, aus guter Familie, in hervorragender Stellung und guten Leumundes ist. Der dritte Grad besteht darin, daß man den Schuldigen in die Höhe zieht und durch einen oder mehrere Schläge auf den Strick ins Zittern bringt. Das geschieht aber nur, wenn die Indizien äußerst belastend sind, der Verbrecher sehr verdächtig, kräftig gebaut und das Verbrechen abscheulich oder skandalös ist. Leugnet der Angeklagte oder scheint er die Tortur zu mißachten und ist das Verbrechen ärgster Art, dann können Gewichte aufgelegt und an die Füße gebunden werden.“

Kinder unter 14 Jahren durfte man nach der Malefiz-prozeßordnung tit. III art. 9 §. 809 „anderst nicht peinlich fragen, dann durch Ruethen mit Bescheidenheit. Dergleichen fast alte Leut von 60 und 70 Jaren, sonderlich wann sie sehr schwach und abkommen; doch da sie noch in ziemlicher stärke, kan man sie ring torquieren und mit solcher bescheidenheit,

¹ Manzius §. 238 ff. n. 30 ff. zu art. 58 der Carolina.

daß es ihnen an ihrem gesundt und Leben nit schad.“ Leute vom Adel, doctores, Geschlechter und Ratsverwandte in ansehnlichen Städten durften nach der Malefizordnung (ib. S. 809) nur bei „schweren Lastern“ gefoltert werden; hiezu gehörte aber die Hegererei als crimen enormissimum.

Auf die Frage, wie oft die Tortur vorgenommen werden konnte, gibt die Malefizprozeßordnung tit. III art. 13 S. 811 folgende Antwort: „Der gefangne mag auff die wider ihn einkommne anzaigungen öffter nit dann einmal Peinlich gefragt werden. Es kommen dann mehrere indicia und anzaigungen für, welche für sich selbst zur Tortur gnueg. Aber es hat auch dises sein Ausnam. Dann erstlich wann die Übeltat schwer und groß, die anzaigungen stark und der befängnußte stark und von dem ersten aufziehen nichts bekennen wolt, so mag der Richter solche Tortur thailen, also ihn über die erste indicia zway oder drey mal lassen auffziehen, und dise würdet nur für ein Tortur gehalten, doch daß hierinn gebührende bescheidenheit gebraucht werde. Deßgleichen, wann einer nur gering were torquiert worden, umb daß man gehofft, er werde die warheit sagen, er aber solche nit bekennen wolte, mag er wider torquiert werden, und das helt man auch für ein sondere neue Tortur, sondern sie ist allein ein erstreckung der ersten.

Item wann einer auff die erste Tortur die Übeltat bekennet, aber hernach solches widerrueft mit fürgebung, was er gesagt, hette er auß schreden und marter gesagt, soll er wider torquiert werden, und da er über solche Tortur dennoch auff seinem laugnen verharret, mag man ihn weiter nit torquieren, er were dann das erstemal nur gering torquiert worden und die indicia oder anzaigungen wider ihn gar stark. Bekennete er aber die Übeltat in solcher andern Tortur wider und blibe abermalen nit bey seiner bekannntnuß, wie zuvor, so kann man ihn, wann die indicia stark, zum drittenmal Peinlich fragen und alßdann weiter nit, er bleib gleich bey seiner Bekannntnuß oder nit; es kämen dann ganz neue indicia wider ihn für, welche von den vorigen gänglich unterschieden und stärker als die ersten sein; so mag er auff dieselbige wider von neuem torquiert werden.“

Über die Dauer der Torturen sagt Manzius (S. 241 n. 47 zu art. 58 der Carolina): „Hier läßt sich kein sicheres und bestimmtes Maß angeben; auch im Rechte ist das nicht deutlich ausgedrückt. Somit scheint die Zeit dem Ermessen des Richters überlassen zu sein. Was das Aufziehen betrifft, so geht die Praxis dahin, daß es manchmal nur geringe Zeit nämlich ein Ave Maria, ein Pater noster oder ein Miserere lang dauert, manchmal die Zeit von 2 Miserere und etwas darüber, manchmal eine, zwei oder drei Viertelstunden, manch-

mal eine ganze Stunde, je nach der Beschaffenheit der Personen, des Verbrechens und der Indizien. Über eine Stunde darf Niemand aufgezo-gen werden.“

Es war auch durch die Malefizprozeßordnung (tit. III art. 13 S. 811) untersagt, unterschiedliche Torturen an einem Tage vorzunehmen oder einen Feiertag hiefür zu verwenden „außgenommen in gar grossen überschweren Übeltaten“.¹

Ich bemerke, daß über die gütliche und peinliche Befragung der zu Wemding verbrannten Hexen keine Aufzeichnungen im Stadtarchive vorliegen. Es ist also kein Urteil darüber möglich, inwieweit die gute bezw. die peinliche Befragung nötig war und erfolgte. Nur einmal ist act. 458 vom 23. September 1609² kurz erwähnt, daß 4 Hexenpersonen „teils sowohl guet als Peinlichen auf orndtliche fragkuch examinirt worden seien“.

Während der Tortur mußten der Richter, der Gerichtsschreiber und die beiden Gezeugen des Rates ununterbrochen anwesend sein. Pflicht des Richters war es, die Art der Tortur zu bestimmen, ihre Zeitdauer zu bemessen und je nachdem Erleichterungen oder Verschärfungen eintreten zu lassen.³

Das Schuldbekenntnis eines Gefolterten wurde erst nach der Tortur rechtsgültig entgegengenommen und protokolliert. Denn es heißt in der Malefizprozeßordnung (tit. III art. 16 S. 812): „Was der gefangne zur zeit, wann er noch an der Tortur ist, bekennet und außsagt, das mag ihm der Richter zu besserer seiner nachrichtung und gedächtnuß gleichwohl sonderbar auffzeichnen. Aber solche Außsag ist nit gültig, sie soll auch nit protokolliert, sondern der gefangne, wann man ihn allberait von der Tortur gelassen, erst besprachet und seine Außsag alßdann ordenlich protokolliert werden.“ Nach dem

¹ Es läßt sich nicht verkennen, daß aus diesen Bestimmungen der M. P. O. verhältnismäßig ein Geist der Milde spricht. Anderseits freilich boten sie unverständigen Richtern eine Handhabe zu den schlimmsten Ausschreitungen.

Wie man außerhalb Bayerns und zwar hart an dessen Landesgrenze verfuhr, darüber nur zwei Beispiele. In Nördlingen wurde die Kronenwirtin Höl 56mal mit der ausgesuchtesten Grausamkeit gefoltert. Das ungewöhnlich standhafte Weib ließ sich aber trotzdem kein Geständnis abzwingen und mußte deshalb zum Leidwesen ihrer Peiniger schließlich der Haft entlassen werden. — Die Sterbematrikel der Stadtpfarrei St. Peter in Neuburg a. D. (bei Lipowsky S. 209) berichtet: „Ursula Koppin ist 18 Wochen ingeleget, ohne die kleine Pein in allen 11 mal, und 9 mal stark torturiert worden, ehe sie etwas bekennet, auf 2 Stund, einmal auf 4 Stund, hat vor dem Geistlichen beständig gelaugnet, beyneben um Gottes Willen gebethen, man wolle sie sterben lassen. Hat auf dem Richtplatz, da sie entpöht, 3 mal öffentlich geschrien: Ich bin mein Leben lang nie von Gott abgewichen, will auch von ihm nimmer weichen. Habens viele für unschuldig gehalten.“ So geschehen im Jahre 1630.

² vergl. unten S. 188.

³ M. P. O. tit. III art. 10. S. 810.

Geständnisse gönnte man dem armen Sünder einige Tage der Ruhe, damit er sich von seinen Ängsten und Schmerzen erholen konnte. Während er aber vor seinem Geständnisse möglichst in Einzelhaft verwahrt worden war,¹ erhielt er jetzt in seinem Kerker Gesellschaft. Die Instruktion von 1622 fordert nämlich:² „Es soll nach besprechung und gethoner Befandtnuß thaine deren zauberischen Hexen allein in der gefentnuß gelassen, sondern derselben umb weniger verzweiflung willen Leuth zugegeben werden.“

Alsdann in 2 oder 3 Tagen nach der Tortur, schreibt Blumlacher,³ „wenn der Gepeinigte von den Schmerzen wieder Ruhe bekommen und er seine Kräfte wieder refolligirt, ist der Gemarterte in die Büttelstube oder ander Gemach wiederum vor den Richter und zwei des Gerichts zu führen, ihm sein Bekenntnis durch den Gerichtsschreiber vorzulesen und er, ob sein Bekenntnis wahr sei, zu fragen und was er darauf sagen, bestätigen, widerneinen, verbessern oder anderst erläutern würde, durch den Gerichtsschreiber fleißig zu protokolliren. Solches wird lateinisch *constitutum ad bancum juris* genannt. Dieses *constitutum* und *ratificatio ad bancum juris* ist auch vonnöten, über die Bekenntnisse, welche zwar nit aus wirklicher Marter, doch aber aus Bedrohung, Zubereitung und Fürweisung der zur Marter gehörigen Instrumenten geschieht. Wann demnach die Tortur allein mit Worten außer dem Orte der strengen Frage angedroht wird, ist die Ratifikation *ad bancum juris* nicht vonnöten. Noch weniger aber ist dergleichen Ratifikation vonnöten, wo die Bekenntnis ganz gültig und ohne einige Bedrohung der Marter geschieht“.⁴

Wenn ein Gefangener bei der Tortur kein Geständnis ablegte oder wenn er *ad bancum juris* sein Geständnis widerrief, so wurde die Tortur in der oben S. 141 angegebenen Weise wiederholt. blieb auch die wiederholte Tortur wirkungslos, so trat die Verordnung der Instruktion von 1622 fol. 318b f. in Wirksamkeit: „Es ist auch sonderlich zu observieren, da eine wahrhafte Person der angegebenen Laster nit sollt gestendig seyn, und auf verneinung beharren, so soll dieselb außer der Tortur nit verurtheilt werden, ob schon andre auf sye bekhenndt hetten, ja auch gestorben weren, darumben, dieweill der Thetler zu der Verurtheilung, zuvor genuessamb überweisen werden muß, und in solchen fahl diejenigen Malleßigpersohnen, so etwann auf sye bekhenndt hetten, zu solcher unzweifellicher vollkommer Zeugnuß nit genuessamb seyen, hierin

¹ vergl. oben S. 135 Anm.

² fol. 318b.

³ S. 153 n. 2 ff. zu art. 56 der Carolina.

⁴ vergl. M. P. D. tit. III art. 17 S. 812 f.

allerdings wurde Glauben geben. Es were dann den Anzeigung nit allain von denjenigen, so auf sye bekhennt hetten, sondern auch anderwerths hero, sovill, das thein Zweifel khündten sein, Sye weren für bekanntlich anzunehmen. Wie wohl aber, doch müsse in disen sahl die straff (woher die aigen Befhandtnus nit zugegen) etwas geringet werden. Es sene dann sach, daß solche Persohn ofentlich und unzweifelhaftig überwisen, müsse gegen Ihr sowohl, und sogleich, als gegen andere verfahren werden."¹

Was nun die Gefangenen teils gütlich, teils peinlich eingestanden hatten, „über solches wurde vom Pflegamt zu Wemding Inquisition gepflogen, Rundschaft eingenommen und das an Ihre Jrl. Drtl. untertänigst berichtlich gefüget“;² mit andern Worten: der Richter mußte sich die Überzeugung verschaffen, ob die Aussagen der Gefangenen hinsichtlich der Übelthat und deren Umständen auch Glauben verbienten,³ und hatte dann die Pflicht, sämtliche Akten dem Hofrate zu München zur Begutachtung und Beschlußfassung einzusenden. Kam darauf von München der Befehl, den Gefangenen „fürs malifizisch Recht zu stellen und was ihm dasselbe gibt, ergehen zu lassen“,⁴ dann war der Informationsprozeß des Untersuchungsgerichtes abgeschlossen und es begann der letzte Akt des düsteren Dramas.

Dritter Abschnitt.

Die Verurteilung.

Die Führung des Informationsprozesses in Kriminalfällen lag stets in der Hand des Wemdinger Pfleggerichts.⁵ Dagegen ruhte die Fortsetzung des Prozesses, also der Urteilspruch und die Exekution des Urteils nur dann in den Händen der Pfleger, wenn sie oder ihre Sachwalter den „Blutbann“ empfangen hatten. Unter Blutbann verstand man das Recht, in schweren Kriminalfällen über Leben und Tod eines Menschen zu ent-

¹ Wider diese strenge Praxis äußert sich Manzius (S. 255 f. n. 6 ff. zu art. 61 der Carolina): „An manchen Orten pflegen sie auch nach schwerer Tortur und bei beharrlicher Leugnung, wenn die Indizien sehr belastend sind, den Angeklagten zu verurteilen, zwar nicht zur ordentlichen Strafe, sondern zu einer außerordentlichen, namentlich wenn der Angeklagte sehr verrufen ist. Allein dieses Verfahren ist für jeden Fall hart. Manche Gründe sprechen dagegen. Schließlich ist es doch besser, in der Milde einen Mißgriff zu tun, als in der Strenge.“ Vergl. M. P. D. tit. VI art. 6. S. 821.

² Magistratschreiben aot. 458 v. 23. Sept 1609, vergl. unten S. 188

³ Vergl. Wämpel S. 52 n. 6. 7.

⁴ M. P. D. tit. III art. tit. 1 art. 1 S. 795.

⁵ Vergl. M. P. D. tit. I art. 1 S. 795.

scheiden. Besaßen sie den Blutbann nicht, so hatten sie einem vom Landesherrn für die betreffenden Fälle mit dem Blutbann betrauten Richter¹, den man deshalb Bannrichter hieß, die Untersuchungsakten „zu schöpfung einer Urteil zu überscheiden, welcher alsdann das Malefizrechten besitzen, das Urteil schöpfen, eröffnen, darüber den Stab brechen und das Urteil zu exequiren befelchen muß.“²

In Wemding verhielt sich letzteres etwas anders. Es schöpfte nämlich nicht der Bannrichter das Urteil über Leben und Tod, sondern es besaß die Stadt das wichtige Privileg, daß 12 aus der Mitte des Stadtrates gewählte Männer unter der Führung des Amtsbürgermeisters³ im Namen der Stadt das Urteil zu schöpfen, also über Leben und Tod der Schwerverbrecher zu entscheiden hatten. Man nannte sie Urtilsprecher, Schöffen oder Weisiger (Aefforen).⁴ Dieses Privileg⁵ hatte die Stadt schon

¹ Als man 1684 die Anna Rohrin von Amerbach wegen Vatersmords verurteilte, hatte nicht der Pfleger, sondern der kurfürstliche Bannrichter Georg Kieger von München den Blutbann. Vergl. act. 438 v. 28. Nov. 1684; 5. Dez. 1684. act. 443 etc.) Ähnlich war es 1698, als man die Elisabeth Weigl von Wemding wegen Totschlags verurteilte. Damals schrieb der Pfleger Charles Marquis de Beauvau an den Kurfürsten Maximilian: „Die Exekution wird, weilten mir Hauptpfleger noch dato der Pan nit ist Verliehen worden, durch dero Panrichter in München gleichwie in anno 1684 beschehen, müssen vorgenommen werden.“ act. 564, vergl. act. 435 v. 27. Mai 1775 usw.

² M. P. O. tit. I art. 1 S. 795.

³ Der Amtsbürgermeister hieß Oberurtilsprecher, die andern Unterurtilsprecher act. 431.

⁴ Von diesen 12 Schöffen ist oft in den Akten die Rede. Die erste Erwähnung geschieht in act. 431: processus in causa criminali (siehe unten S. 190). Vergl. ibid. „Auszug, wie sich ein amtierender Bürgermeister etc.“ art. 435: Exekutionsbericht der Anna Rohrin usw.

⁵ act. 564 erklärt die Stadt dem Kurfürsten am 19. Aug. 1623: „Weilten von gemeiner Statt Wemding, so lang sie dem Hause Bayern incorporirt, über alle Malefizanten das Urtil geschöpft usw.“ act. 438 schreibt Kurfürst Max im Jahre 1685 an Bürgermeister und Rat zu Wemding: „Wir haben nit ermangelt über Euren unterthänigst erstatten Bericht und allegiertß von alters hergebrachtß gebür über die zu Wemding einkommende Malefizanten nit allein Recht und Urtil zu sprechen, sondern auch das ausgesprochene Malefizurtil von Rats wegen durch Euch publizieren und selbiges von unserm alda aufgestellten Richter (welcher den Blutpan gehabt) exequieren zu lassen, bei unserer Hofrats Registratur die allegierte praejudicia auffuchen und in Rat vorlegen lassen. Weilen sich dann bezeugt, daß Eur vorschreiben an dem wahr und es also bei Euch hergebracht worden, als wollen wir es sürohin allerdings dabei gelassen haben. München den 3. Januar 1685.“ act. 564 sagt Pfleger Charles Marquis de Beauvau anno 1685: „daß in dergleichen Malefizfällen, die zum Tode gehen, Bürgermeister und Rat zu Wemding je und allzeit observiertermassen oblegen sei, das Urteil zu verfassen und ein solches um der gnädigsten Ratifikation willen gehorsamst einzuschicken.“ Am 12. Juli 1688 bestätigt Kurfürst Max gegenüber dem Pfleger aufs neue das Recht der Stadt: „Wir haben nit ermangelt, bei unserer Hofratsregistratur (über die Wemding Privilegien in Kriminalfällen) nachsuchen und uns in Rhat vorlegen zu lassen. Al-

bei ihrer Einverleibung in das Herzogtum Bayern 1467. Es erlosch dasselbe erst trotz wiederholter Anfechtung 1799, als das Pfliegergericht in Wemding aufgehoben wurde. Infolge dieses Vorrechtes der Stadt beschränkte sich die Amtstätigkeit des Bannrichters im wesentlichen nur auf die Leitung des Prozeßverfahrens und auf die Exekution.

Wenn nun ein jeweiliger Bannrichter in Wemding eintraf, wurden zu ihm zwei Deputierte des Rates geschickt, um ihn zu „beneventiren“ und ihn zu bitten, er möchte eine Zeit bestimmen, wann man zu Rat sitzen solle.¹ Eine der ersten Amtshandlungen des Bannrichters war die, „daß er dem Gefangenen einen Advokaten oder Prokurator zuordnete,“ demselben die Akten zustellte und ihm vergönnte, im beisein des Richters oder einer darzu verordneten Gerichtsperson mit dem Gefangenen zu reden, ob derselbe vielleicht noch etwas in der Geschichte beweisen und aufzuführen oder im Rechten sonst einen behelf haben möchte, welches ihm dienlich sein kundte.“²

Am festgesetzten Tage versammelte sich der Gerichtshof, der sich aus dem Bannrichter, dem Gerichtsschreiber und den genannten 12 Schöffen der Stadt zusammensetzte, in der Ratsstube, um über das Schicksal des Gefangenen in geheimer Sitzung zu beraten, das Urteil zu fällen und sich über die Art des Todes schlüssig zu machen. Man nannte das den „stillen oder geheimen Rechtstag“. Vor Allem legitimierte sich der Bannrichter bezüglich seiner Vollmachten. Dann legten die 12 Schöffen, wenn sie es nicht schon bei der ersten Begrüßung des Bannrichters getan hatten, „den alhiefigen Form und Ordnung vor“, um ihre Rechte und Gepflogenheiten bei Kriminalprozessen darzutun, und überreichten dem Bannrichter ein Verzeichnis ihrer Namen.⁴ Im übrigen sagt die M.=Pr.=D.

hiemelten sich dann bezeigt, daß es vorgeschriebenermassen observiert: daß Urth von Burgern und Rath geschöpft, vom Gericht aber die execution vorgenommen worden. — Als hat es fürdaß auch dabey sein Wemndten, und bleibt Dir (Pfleger) hiemit unverhalten, daß unserm Rath und Bannrichter alhier, indem dir der Ban dato nit verliehen, die execution auf deinen Unkosten vorzunehmen anbefohlen worden.“ Vergl. act. 564 v. 20. Nov. 1628 etc. Versuche, das Privileg der Stadt zu beseitigen, wurden 1684 (vergl. act. 438), 1698 (vergl. act. 564), 1775 (vergl. act. 435), 1788 (vergl. act. 431) u. s. f. gemacht; allein der Stadt gelang es jedesmal, ihr althergebrachtes Recht gegen alle Angriffe zu behaupten.

¹ act. 431: „Auszug wie sich ein amtierender Bürgermeister etc.“

² Sofern der Gefangene nicht schon einen Rechtsbeistand hatte vergl. oben S. 137.

³ M. P. D. tit. VI art. 1 S. 819. In Wemding scheinen hauptsächlich die Volksschullehrer das Amt des Prokurators versehen zu haben. 1611 z. B. war der „teutsche Schulmeister“ Alexander Holzhauser Prokurator.

⁴ act. 431 „Auszug, wie sich ein amtier. Bürgermeister usw.“

(tit. VI art. 2 §. 820) von diesem geheimen Rechtstage: „Es soll sich der Richter mit den Besigern eines gewissen Tags, das heimlich Malefiz Recht zu besigen, vergleichen und ein jeder zuvor Gott umb Gnad anrufen, daß er sprechen und erkennen lünde, was recht ist. Und wann sie darauff zusammen kommen, soll man die Urgichten¹ und was etwan der Advokat dem gefangnen zu guetem möcht verfaßt haben, ablesen, und Richter umhfragen, der Gerichtschreiber alle vota und stimmen fleißig verzeichnen, und was für ein Urthl mit dem mehreren² geschlossen würdet, soll von dem Richter in diesem geheimen und stillen Malefiz-Gericht außgesprochen und von dem Gerichtschreiber protokolliert werden.“

Wenn es sich um schwierigere Malefizfälle handelte, so empfahl die Carolina³ den Gerichtshöfen, das Gutachten rechtsverständiger Männer einzuholen. In Bayern wurde das manchmal vom Hofrath in München ausdrücklich befohlen — und dann übernahm die Landesregierung die Kosten der Konsultation — oder es geschah das seitens des Gerichtes aus eigenem Antriebe bezw. nach dem Wunsche der Landesregierung⁴ — dann mußte die Stadt Wemding für die Kosten der Konsultation aufkommen.⁵ Soviel ich sehe, befrag man in Wemding bei schweren Kriminalfällen die juristische Fakultät der Universität Ingolstadt. Das beweisen die Gutachten, die noch im Archive der Stadt vorhanden sind. Als es sich 1609 um die Verurteilung der vier Hegenpersonen Leonhard und Anna Keller, dann Margaret und Barbara Schmidt handelte, schrieb der Stadtrat an die Universität Ingolstadt:⁶ „Wann wir dann gemainer Stadt altem herkommen nach jederweilen geurthlt, so haben wir, weil uns hochlobseeligster und miltister gedachtnuß Rhauser Carls peinliche Halßgerichts Ordnung zu des Rechts erfahrenen weist, nit underlassen sollen, bey E. E. Frdl. deßhalb Rechts zu erlernen. Derowegen, waß mir uns hierin judicando gegen neubernannte vier personen zu verhalten, Bitten E. E. Frdl. wir ganz dienstlich, die wollen uns sollich urthl under der hohen schuel secret verfertigt zukommen lassen. Dabenebens haben E. E. Frdl. umb diser 4 dachbesagten Personen peinlich be-

¹ Urgicht ist soviel als Geständnis des Angeklagten.

² d. h. mit Stimmenmehrheit.

³ Carolina art. 219.

⁴ Die Instruktion von 1622 schreibt bezüglich der Hegen (fol. 319b): „Und damit die Richter mit solchen Persohnen umb so vill mehr sicher gehen, mögen sye vor Anstellung der execution die sährl, so sich jedermahlen begeben, mit allen umstenden der sachen, bey den hohen Schuelen und Universitäten oder andern Rechtsgelehrten beratschlagen lassen.“ Vergl. M. P. O. tit. VI art. 2 §. 820.

⁵ Vergl. M. P. O. tit. I art. 2 §. 796: „Wie der Bannrichter deß End Urtheils halber Rath erhalten möge.“

⁶ aot. 458 v. 23. Sept. 1609 siehe unten S. 187, Beilage 1.

greiffender Urthl 32 Reichstaller und 3 Kreuzer zu empfangen“. Am 6. März 1614 berichtet die juristische Fakultät zu Ingolstadt, als es sich wieder um 4 nicht der Hexerei, sondern anderer Verbrechen schuldige Personen¹ handelte, an den Stadtrat von Wemding²: „Wir haben die uns von den Herren überschiedten Kriminalakten mit allem Fleiß durchlesen und über besagte 4 Malefizpersonen einer peinlichen Urteil verglichen, wie die Herren hiemit aus beigefügten Beilagen mit Wieder-sendung mehrers zu entnehmen“. Dann heist es bezüglich des Todesurteils eines der Sünder: „Daß dies Urthl den uns überschiedten Akten und Rechten gemäß bekennen wir Dechant und Doktoren der Juristenfakultät hoher Schul zu Ingolstadt. Zur Urkund mit unserm Fakultätsiegel verfertigt.“

Das Urteil wurde, wie aus einer kurzen Notiz am Schlusse einer Kriminalprozeßordnung act. 431 hervorgeht, in der Regel vom Bannrichter verfaßt, wenn man nicht der Juristenfakultät zu Ingolstadt auch die Formulierung des Urteils überließ.³

War das Urteil im geheimen Malefizgericht gefällt und von den Rechtsverständigen begutachtet, so ging es zur Bestätigung an den Hofrat nach München. Pfleger Charles Marquis de Beauvau sagt ausdrücklich⁴: „Daß in Malefizfällen, die zum Tode gehen, es dem Burgermeister und Räte der Stadt Wemding je und allzeit observiertermassen obgelegen sei, das Urteil zu verfassen und ein solches daselben umb die gnädigste ratification willen gehorsamst (nach München) einzuschicken“. Ebenso heist es in einem Schreiben (act. 458) des Stadtschreibers Georg Lang vom 23. Januar 1630, „daß der Hexenkommissär Dr. Schmidt an den Churfürsten untherthenigsten bericht wegen der Hinrichtung zweier Hexenpersonen habe ablaufen lassen“.

Auf den geheimen Malefizrechtstag folgte der offene Malefizrechtstag. An diesem von dem Bannrichter im Einvernehmen mit dem Stadtrate festgesetzten Gerichtstage wurde das bisher nur im Stillen gefällte Urteil über den Gefangenen öffentlich gesprochen und dann gleich nachher auf dem Hinrichtungsplatz vollzogen.

Zwei Tage vor diesem offenen Malefiztage wurde der Gefangene wieder vor den Richter geführt. „Es soll ihm da, befiehlt die M. B. D. tit. VI. art. 3 S. 820, nochmal seine Aussagen und Bekanntnussen fürgelesen und gefragt werden, ob er bey solcher noch beharre, und da er dabey verbleibt, ihm das öffentliche Malefiz Recht auff den folgenden

¹ Marg Osterriedt; Eva Osterriedt, dessen Weib; Apollonia Schell, dessen Mutter und Wolfgang Stehler.

² Baber III S. 80.

³ Vergl. das Schreiben des Stadtrates an die Fakultät zu Ingolstadt v. 23. Sept. 1609 siehe unten S. 187.

⁴ act. 564 vom Jahre 1698.

ritten Tag hernach angekündigt werden, daß er entzwichen beichten, sich mit Gott versöhnen und das Hochwürdig Sacrament empfangen möge.¹ Würde er aber sein bekannnuß, die er zuvor gethan, widersprechen, soll man die verkündigung des Malefiz Rechts einstellen und gegen ihn weiter verfahren, wie tit. III art. 13 geordnet ist.“²

War der offene Rechtstag gekommen, so wurde für den armen Sünder früh morgens in der Stadtpfarrkirche zu St. Emeram eine hl. Messe gelesen.³ Ungefähr zwischen 6 und 7 Uhr in der Frühe begaben sich der Bannrichter, die 12 Schöffen und der übrige Stadtrat⁴ in die große Stube auf dem Rathhause.⁵ Dort war der „obere Tisch, daran die zwei andern stoßen, mit schwarzem Bey bedeckt und ein Krucifix darauf gestellt“. ⁶ Der Advokat hatte am offenen Rechtstage nichts mehr zu tun.⁷ Ebenso wurde kein Widerruf des Gefangenen mehr angenommen. Die Instruktion von 1622 sagt nämlich: „Es sollen auch diejenigen Persohnen, so aus Ihrer aigen Belhantnus der Wissethaten genuessamb überzeugt und allbereith gerichtlich condemnirt seint, nit mehr zum Verantworthung und Widerrufung Ihrer Belhantnus zuegelassen worden, obgleich wohl Iye Ihr missethat widerrufft; dan diejenigen Aussag und Anzaigung, so gerichtlich solenniter geschcehen, sollen für belhandt angenommen und dabey verharret werden. Sonsten wurde der gerichtlich Prozeß kein Bestandt haben und mann in dergleichen sachen nimmer zu rheinem Endt kommen können“. (fol. 319a.) Selbstverständlich galt das nur, wenn es sich um einen einfachen Widerruf handelte. Konnte der Gefangene neue und gewichtige Beweise für seine Unschuld vorbringen, so mußte sein Widerruf selbst am Hochgerichte noch angenommen werden nach der M.=P.=D. tit. VI art. 5 §. 821: „Es were dann, daß solch verurtheilte

¹ anno 1684 wurde die Anna Thorrin von Amerbach hingerichtet. Am Mittwoch den 20. Dezember kündigte man ihr den Malefizrechtstag an und sprach ihr das Leben ab. Tags darauf wurde sie mit den hl. Sakramenten versehen. Freitag den 22. Dezember war der offene Malefizrechtstag und noch am gleichen Tage büßte die Schuldige ihre Tat mit dem Tode durch den Strang, nachdem sie zuvor mit einer glühenden Zange am Arm gezwickt worden war. act. 431.

² b. h. es wurde die Tortur wiederholt. Vgl. oben S. 143.

³ act. 431 processus criminalis etc. Vergl. unten S. 190.

⁴ Der äußere und der innere Rat. Diese Ratsmitglieder gehörten nicht zum Gerichtshofe, sondern waren nur zur Erhöhung der Feierlichkeit bei dem ernstesten Akte anwesend.

⁵ ibidem act. 431.

⁶ act. 431 „wie sich ein amtierender Bürgermeister etc.“.

⁷ In einem Schreiben an den Kurfürsten v. 19. Aug. 1623 act. 564 erklärt der Stadtrat, daß beim offenen Rechtstag zu Wemding nie „der Tätter angeklagt und durch einen Redner defendiert oder vertheidigt worden sei“. Vergl. M.=P.=D. tit. VI art. 4 §. 820 f.

Person fürgebe, sie were dahero unschuldig, daß nemblich zu erweisen seye, das die Übeltat, welche sie bekennet, gar nicht beschehen oder durch einen andern beschehen were, also ihr unschuld beweisen wolte, und benebens anzaigte, wie und was gestalt solches öffentlich und augenscheinlich zu latein per evidentiam facti lünde bewiesen werden“.

Während sich die Richter und die Ratsverwandten in das Rathaus verfügten, versammelten sich der Stadtleutnant,¹ 6 Korporale, 36 Musketiere und 1 Trommler vor der Wohnung des Amtsbürgermeisters und marschierten dann zur kurfürstlichen Fronfeste, um den Gefangenen, sobald der Befehl erging, auf das Rathaus zu geleiten.² Gleichzeitig fand sich auch der Nachrichter³ in der Fronfeste ein, weil derselbe den Gefangenen „wohlverwahrt“ vor das Gericht zu führen hatte.

Sobald der Vannrichter und die übrigen Gerichtsgenossen in der Ratsstube vollzählig beisammen waren, mußten sie sich alle niedersetzen⁴ und also ehrsamlich sitzen bleiben, bis zum Ende der Tagung. Dabei hatte der Vannrichter einen Stab in der Hand und den durfte er nicht von sich legen. Auch war weder ihm noch den Urteilsprechern gestattet, aufzustehen „ohne sonderliche Ursache“, wozu letztere die Erlaubnis des Vannrichters zu erwirken hatten.

Nun wurde das Gericht⁵ in folgender Weise „verbannt“:

Richter:

„Auß empfangenen Gnedigsten Bevelch will Ich hiemit das Gericht bey höchster Leibstraff verbannt haben, daß Jemandt darunder nichts öffentlich rede oder handle, dann deme es von Rechtswegen erlaubt ist.“

Nach diesen Worten durfte das Volk der Stadt, soweit der Raum es gestattete, in die Ratsstube eintreten. Dann fuhr der Richter fort:

Richter:

„Der durchleuchtigist Fürst und Herr, Herr Maximilian Pfalzgraf bey Rhein, Herzog in Obern- und Niderbayern . . . mein gnedigster Fürst und Herr Jr. Drtl. haben mich hieher verordnet und mit den Pann, über das Menschenblut in der-

¹ So hieß der Unterkommandant der städtischen Bürgerwehr.

² act. 431 „Auszug, wie sich ein amtierender Bürgermeister etc.“.

³ act. 431 „processus in causa criminali“. Das Amt des Nachrichters hatte ebenfalls der städtische Schinder zu versehen.

⁴ act. 431 „processus in causa criminali“.

⁵ act. 431 enthält mehrere Gerichtsordnungen aus verschiedenen Zeiten. Ich wähle daraus eine solche vom 17. Jahrhundert, da sie der Zeit der Hegenprozesse entspricht. Derselben fehlt die genaue Datierung. Unten S. 190 werde ich eine ältere Gerichtsordnung, die bisher unter dem Titel „processus in causa criminali“ zitiert worden ist, im Wortlaute wiedergeben. Mich veranlaßt hiezu ihr interessanter Inhalt, der von den späteren Gerichtsordnungen zum Teil abweicht.

selben statt und gericht Wemding zu richten, gnedigst ver-
liehen, mir auch desselben schriftliche Urkund unter Jr. Drtl.
secret erthailen lassen: das soll meniglich ablesent anhören.“

Gleich darauf wurde umgefragt¹ wie hernach steht:

Richter:

„Herr Burgermeister N. N. Ich frage Euch auf den Aidt,
ob daß Gericht zue Peinlicher Handlung mit mir und euch ge-
nugsamb und woll besetzt sey, krafft Ihrer churfürstl. Drtl.
Regalien, über Leib und Leben zu richten?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Herr Richter, dieweil euch von Ihrer Drtl. in Bayern etc.
unseren gnedigsten Fürsten und Herrn der Pann vermeg der-
selben Regalien, über Leib und Leben zu richten, gnedigst ver-
liehen worden, so bekenne und sprich ich auf meinen Aidt, daß
das Gericht mit euch und mir genugsamb besetzt sey.“

Ebenmäßig wurden die Unterurtheilspreeher einer nach dem
andern gefragt also:

Richter:

„Ich frag euch gleichergestalt auf den Aidt u. s. w.“

Antwort:

„Ich verfolg dem Burgermaister, daß deme also auf meinen
Aidt.“

Nach dieser Umfrage gab der Richter den Befehl, die ge-
fangene Person auf das Rathhaus wohlverwahrt zu führen.
Die Bürgerwehr nahm den armen Sünder mit dem Scharf-
richter in ihre Mitte und schritt dem Rathause zu. Unterdessen
wurde das Blutglocklein im Rathhausturme geläutet. Der Stadt-
leutnant, die Gemeinen und der Trommler blieben unten an
der Rathhausstaffel stehen; die 6 Corporale aber führten den
Gefangenen in die Ratstube hinauf und hielten das in der
Ratstube anwesende Volk in geziemender Entfernung vom
Richtertische, bis der actus vorüber war.²

Alsdann wurde die Urgicht des Gefangenen verlesen und
darauf durch den Richter weitere Umfrage gehalten also:

Umfrag der Urthl.

Richter:

„Herr Burgermeister N. N., ich frag euch abermahlen auf
den Aidt, waß dise gegenwertige Persohn auf die jetzt ver-
lesene Urgicht verwirkt habe?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Herr Richter, es ist ein Urthl in schriftten verfaßt, die
erkenne und sprich ich zurecht auf meinen Aidt.“

¹ Um die gestellten Fragen richtig beantworten zu können, hatten
Bürgermeister und Schöffen Zettel in der Hand, auf welchen die Ant-
worten geschrieben waren.

² act. 431: „Auszug, wie sich ein amt. Bürgermeister etc.“.

Ebenmäßig wurden die Unterurteilsprecher gefragt also:

Richter:

„Ich frag euch auch des Rechts auf den Mgd.“

Antwort:

„Ich verfolg dem Burgermeister der gesprochen Urthl und belhenne es auf meinen Mgd.“

Schließlich redete der Richter zu dem Scharfrichter also:

Richter:

„Meister N., es wird ein Urthl verlesen werden. Darauf will ich dir¹ kraft meines tragenden Amtes und empfangenen Blutpans nach verlesung solcher Urthl die gegenwertige N. Persohn in deine hendt überantwortet haben, mit bevelch, daß du sie zur gewöhnlichen richtstatt wolgebunden fürst und da angeregter Urthl nach deinem besten Vermegen und fleiß wirkliche Vollziehung thuest zc.“

Dann befahl der Richter dem Gerichtschreiber, das Urteil zu verlesen, worauf vom Bannrichter der Stab gebrochen wurde. Hiemit war der actus in der Ratstube beendet. Bannrichter und Schöffen konnten sich wieder von ihren Sitzen erheben.

Man führte nun den Verurteilten hinab vor das Rathhaus und stellte ihn auf eine niedere Bühne,² die eigens zu diesem Zwecke neben der Rathhausstaffel errichtet worden war. Hier verlas der Stadtschreiber vor dem Verurteilten und allem Volke im Namen der Stadt Wemding³ noch einmal das Todesurteil. Darauf ging es hinaus zur Richtstätte.

Die Exekution des Urteils war Aufgabe des Pflegamts und daneben nach der Ansicht des Stadtrates auch der Stadt Wemding.⁴ Darum begaben sich auch der Bürgermeister und Stadtschreiber mit dem Bannrichter — alle drei hoch zu Ross, zur Richtstätte.⁵

¹ Der Nachrichten wurde mit „Du“ angeredet, weil das Amt eines Nachrichters zu den „unehrlichen“ Verrichtungen zählte.

² act. 431: „Auszug, wie sich ein amt. Bürgermeister etc.“ Die öffentliche Ausstellung eines Verurteilten wurde in der Carolina art. 85 ausdrücklich gebühret.

³ 1685 den 3. Jan. act. 438 schreibt Kurfürst Max an die Stadt, daß sie das Recht habe, „das ausgesprochene Malefizurteil von Ratswegen publizieren zu lassen“.

⁴ Die Sache scheint strittiger Art gewesen zu sein. Kurfürst und Pfleger beanspruchten die Exekution für das Pflegamt. Darum erklärte Kurfürst Max in dem ebenzitierten act. 438 vom 3. Jan. 1685: „Das Urthl ist von unserm alda aufgestellten Richter (welcher den Blutpan gehabt) equiren zu lassen.“ Charles Marquis de Beauvau sagt act. 564 v. 1698: „Die Exekution wird außer Zweifel, weilen mir Hauptpfleger noch dato der Pan nit ist Verliehen worden, durch dero Panrichter in Mänchen, wie anno 1684 beschehen, müssen vorgenommen werden.“ Die Stadt dagegen berichtet 1628 (act. 564) dem Kurfürsten: „Die Exekution ist stets neben Ew. Churf. Beamten zu werf gerichtet worden.“

⁵ act. 431 in einer kleinen Fußnotiz.

Auf dem Verbrechen der Hexerei stand, wenn sie in der schlimmsten Form austrat, der Tod durch Verbrennen bei lebendigem Leibe. Zur Verschärfung der Strafe konnte der Verurtheilte vor seinem Tode auch noch mit glühenden Zangen gezwickt werden. Eine Milde rung des Strafverfahrens erblickte man darin, daß man den Verbrecher, bevor er zu Asche verwandelt wurde, durchs Schwert oder, was das gewöhnlichste war, durch Erdroffelung tötete.¹

Gemäß art. 109 der Carolina band man den armen Sünder, wenn er lebendig verbrannt wurde, an eine Säule und ließ ihn dann langsam durch das Feuer verzehren. Von der Erdroffelung schreibt die M.-P.-D. tit. VIII art. 9 S. 827: „Es mag der Richter nach gestaltsame der Übelthat, da sie nit gar überschwer und der Übelthäter christliche reuße seiner Mißhandlungen erzaigte, diße Straff also milteren, daß der arme Sünder nicht lebendig verbrannt, sondern zuvor mit dem Strang an der Saul ertödt werde.“ Die Instruktion v. 1622 fol. 318 b motiviert diese mildere Behandlung mit einem noch anderen Grunde: — „Damit solchje Verfohnen aus forcht der pein nit etwann in Kleinmiethigkeit und verzweiflung gerathen, mögen dieselben zuvor mit dem Strang vom Leben zum Tod gericht und alsdann erst verbrenndt werden.“ Es wird aber dann beigelegt: „Es were denn sonderbare, erzeßliche und wichtige ursachen, aus welchen der Richter andern zu einem abscheuen und mercklichen exempl den thetter lebendig durch das Feuer straffen und hinrichten lassen wolte.“ Vermuthlich haben die Wemdinger Hexen keinen Anlaß zu dem strengeren Verfahren geboten. Von einigen Unholden ist ausdrücklich berichtet, daß sie „ihre hechste verbrechen mit unaussprechlicher vergießung heißer threnen hechlich bereuten“,² also zweifellos vor dem Verbrennen in Gnade erdroffelt wurden.³

Sehen wir uns nun den traurigen Zug, der sich mit dem Unglücklichen vom Rathause her zur Richtstätte bewegte, näher an. An der Spitze marschierte der Trommler, die Trommel auf dem Rücken, ohne also das Spiel zu rühren. Dann folgte die kommandierte Bürgerwehr, von der oben die Rede war. In ihrer Mitte befand sich der Wagen mit dem Verurtheilten und dem Scharfrichter an seiner Seite. Den Wagen begleitete ein Priester, um dem armen Sünder auf seinem letzten, so

¹ Instruk. v. 1622 fol. 318 b; Landgebot v. 1611 fol. 30 ff. art. 1. 2. 10. 11.

² Vergl. die *Madische Bittschrift* act. 458 u. S. 188.

³ Die Erdroffelung geschah zu Wemding wahrscheinlich am Galgen, der unmittelbar neben dem Brandplaz sich erhob. Ich lese wenigstens in den Akten von verwendeten Leitern, was mich an den Galgen denken läßt.

schweren Gange mit tröstender Liebe beizustehen.¹ Ob der Bannrichter, Bürgermeister und Stadtschreiber am Zuge teilnahmen oder getrennt zur Richtstätte ritten,² entzieht sich meiner Kenntnis. Hinter dem Wagen³ und der Bürgerwehr folgte natürlich eine bunte Menge von Neugierigen aus der Stadt und Umgebung, die sich das graufige Schauspiel nicht entgehen lassen wollte.

Die Brandstätte für die Hegen⁴ war auf dem Galgenberg etwa 1,5 km südlich der Stadt. Auf der Höhe⁵ dieses Berges stand der gemauerte Galgen,⁶ der jetzt abgetragen ist. Nur einige Steintrümmer und Mörtelbrocken, beschattet von friedlichen Buchen und Tannen, erinnern noch an die Stätte früheren Jammers. Unmittelbar neben dem Galgen lag die Stelle, wo die Hegen verbrannt wurden. Man bemerkt noch jetzt daselbst eine schwache Bodenerhebung, auf welcher eine spätere pietätvolle Hand Spiräen und türkischen Hollunder anpflanzte. Hier schlummert die Asche von 49 armen Hegenleuten und wartet auf den großen Rechtstag am Ende der Zeiten, der Gerechtigkeit ohne Wahn und Fehl bringen soll. Gegenwärtig ist der Galgenberg bewaldet, mit prächtigem Ausblicke auf die Riesebene. Im 17. Jahrhundert war er aber ohne

¹ Die Carolina sagt act. 102: „Nach der Verurteilung soll man den Armen beichten lassen, auch ein Priester oder zwei am Ausschleifen oder Ausführen bei ihm sein.“

² Vergl. oben S. 152

³ Bei den Bränden 1609 hatte das städtische Spital Wagen und Pferde zu stellen gehabt. 1629 und die folgenden Jahre wurden hiezu pflegerische Urbaruntertanen von Rothenberg, Mittelwegerhof, Gosheim, Ruckbühl und Fünfstetten vom Pflegamt beordert. Gegen diesen Befehl ergriffen Thomas Eisenhart zu Rothenberg, Hans Eisenhart zu Mittelweg, Andreas Bader zu Gosheim, Leonhard Schmidt zu Ruckbühl, Balthasar Knoch und Martin Vogel zu Fünfstetten Verufung an den Kurfürsten. Es deuchte sie offenbar schändlich, daß sie ihr Fuhrwerk und ihren Anspann für einen solchen Zweck hergeben mußten. Allein die Proteste, welche die Leute deswegen beim Kurfürsten wider das Pflegamt einreichten, blieben erfolglos. Vergl. act. 458.

⁴ Verbrecher, welche enthauptet wurden, sühten ihre Tat nicht auf dem Galgenberge, sondern auf der „Köpfstätte“, einem kleinen dreieckigen Plage an der Harburger Straße neben der städtischen Anlage nordöstlich vom Kapuzinerkloster. Gegenwärtig steht eine junge Friedensseiche auf dem Plage zum Andenken an den Krieg 1870/71.

⁵ Man darf sich nicht durch die greulichen „Hegenmalereien“, welche an den Felswänden des ehemaligen kurfürstlichen Steinbruches auf dem Galgenberg angebracht sind, verleiten lassen, hier am Bergabhange in dem Steinbruche den Platz des Galgens zu suchen. Der Galgen stand vielmehr hoch oben auf dem Stamme des Berges. Die „Malereien“ stammen, wie mir mein Vater selig erzählte, von dem längst verstorbenen Kanzlisten Schwab, den ich noch gut unter dem Namen Gageleschwab kannte. In neuester Zeit sind sie von einer mir unbekannten „Künsterhand“ umgemalt worden.

⁶ Unser Chronist Haber sah noch den gemauerten Galgen, wie er in seiner neuen Chronik von Wemding S. 82 erzählt.

Zweifel lahl, damit alle Welt schon von ferne sich ein abschreckendes Beispiel an den hoch am Galgen baumelnden Verbrechern nehmen konnte.

War der Zug in langsamer Gangart mit dem Verurteilten durch das Nördlinger Tor hinaus auf der Höhe des Galgenberges angekommen, so bildeten die Musquetiere einen Ring um den Richtplatz¹ und nun waltete innerhalb dieses Ringes der „Meister“ seines traurigen Amtes. Nach der Exekution pflegte er den Bannrichter zu fragen,² ob er das Urteil recht vollaßen habe, worauf ihm dieser zur Antwort gab: „Wenn du gerichtet, wie Urteil und Recht geben hat, so laß ichs dabei bewenden.“

Beim Tode von Hexen blieb die Sterbeglocke der Pfarrkirche, die man sonst jedem Christenmenschen läutete, stumm. Keine fromme Jahrtagsstiftung durfte ihre Namen der Nachwelt kundgeben. Kein Leichengottesdienst sorgte für ihre Seelenruhe. Man trug nicht einmal ihre Namen in das Sterbebuch der Pfarrei ein. Ihr Gottesacker war die ungeweihte Erde des Galgenberges und es blieb den Winden und Regengüssen überlassen, was sie mit der Asche der Ehrlosen anfangen wollten.

Sobald der Gerechtigkeit auf der Höhe des Galgenberges genüge geschehen war, begleiteten der Bürgermeister und der Stadtschreiber den Bannrichter in sein Quartier heim. Ebenso marschierten die Bürgersoldaten — diesmal mit klingendem Spiele — in die Stadt zurück, präsentierten sich vor der Wohnung des Amtsbürgermeisters und verflühten sich dann nach Hause.³

Vierter Abschnitt.

Abgeändertes Verfahren.

Das Vorstehende hat uns mit dem Verfahren bekannt gemacht, wie es sich in Wemding bei schweren Verbrechen überhaupt, besonders aber bei den Hexenprozessen 1609 und 1610 abspielte. Die Hexenprozesse von 1628 bis 1631 brachten eine Neuerung. Nachdem noch in den ersten Monaten des Jahres 1628 die althergebrachte Ordnung befolgt worden war, erschien im Herbst dieses Jahres ein Spezialkommissär

¹ Akt 431: „Auszug, wie ein amtierender Bürgermeister etc.“

² act. 431: Gerichtsordnung aus dem 17. Jahrh. Vergl. Carolina art. 98 u. act. 431: „processus in causa criminali.“

³ act. 431: „Auszug, wie sich ein amt. Bürgermeister etc.“

zur Bekämpfung des Unholderwerkes in Wemding und entthob¹ die Stadt „der adjunction und verhör, auch beifig“ bei den Hegenprozeffen. Ja er dehnte sogar diese Maßregel auf die Kriminalfälle der Sodomiterei und des schweren Diebstahls aus.² Die Stadt beschwerte sich über dieses Vorgehen beim Kurfürsten unterm 20. November 1628 (act. 564) mit der Erklärung, „es sei Privileg der Stadt, daß so oft ein Malefizperson in gefengliche Haft geraten, zu der guet oder peinlichen examination, ja auch geringeren verhör dero Richter Ambt jedesmal zwei aus unserm Mittl sein gezogen: folgendß die Urgicht uns eingehändig, nach abgelesener selbiger das Urthl eingeholt, darauf das gericht mit Ratspersonen besetzt und also neben Em. Churf. Beambten die execution zu werck gerichtet worden, gestalt dann auch sonst der gleiche Beifig der Peinlichen Halsgerichtsordnung Karl V und der publizierten Malefizprozeßordnung durchaus gemetz ist.“

Schon am 28. November 1628 erfolgte eine Antwort des Kurfürsten, in welcher er das offenbar von ihm veranlaßte Vorgehen seines Spezialkommissärs in aller Form billigte. (art. 567): „Daß zu der guet- undt peinlichen Besprachung der zu Wemding in Verhaftl enthaltenen mißthätigen Persohnen Rhein gezeuge und Besißer auß Euren oder ains Stadtgerichts alda mittel gezogen worden, und Ir daher umb Gnedigster versiegung willen, das Ir bey dem alten herkomen und gebräuchigen beywohnung solcher der Malefiz Persohnen notwendigen berichtigung ferners gelassen werden möchtet — hierauf wollen wir Euch in diesem angestellten process auß gewissen und beweglichen Ursachen : jedoch Euch an Euren disfalls habenden privilegien und altem herkhomen unabbrichig: der Bewohnung obberierter Besprachung genzlich enthoben haben“.

Mit diesen Maßregeln war es dem Kurfürsten offenbar nur darum zu tun, die Mitwirkung des Stadtrates beim Inquisitionsverfahren auszuschalten. Eine weitere Bescheidung der städtischen Privilegien, namentlich des Rechtes, das Urteil über die Malefizpersonen zu schöpfen, war nicht beabsichtigt, wenn auch die Stadt letzteres befürchtete, wie sich aus dem folgenden ergibt.

Die Frage, von welchen „gewissen und beweglichen Ursachen“ der Kurfürst bei seinem Vorgehen geleitet worden sein mag, ist nicht schwer zu beantworten. Schon seit vielen Jahren hatte Maximilian höchst mißfällig wahrgenommen,³ daß an verschiedenen Orten seines Landes von den Richtern und namentlich von den städtischen Behörden zu lässig wieder das

¹ act. 564 v. 24. Jan. 1629.

² act. 564 v. 31. Jan. 1629.

³ Belege hiefür bei Riezler S. 214 ff.

Hegenvoll vorgegangen wurde. Um diesem Uebelstande abzuhelpen und mit den Unholden schnell und gründlich aufzuräumen, kam er auf den Gedanken, Spezialkommissäre mit ausgedehnten Vollmachten nach Wemding und anderswohin zu entsenden.

Der Stadtrat von Wemding glaubte sich mit der Antwort des Kurfürsten vom 28. November 1628 nicht beruhigen zu dürfen. In seiner Verlegenheit wandte er sich an einen gewissen Lang¹ zu Ingolstadt, um die Ansicht der Juristen an der Universität in der Sache zu hören. Lang befragte die Professoren Dr. Waizenegger und Dr. Denich und schrieb dann am 31. Januar 1629² an die Stadt: „Die Herren Dr. Waizenegger und Dr. Denich seien nämlich einer Meinung, was das crimen veneficii belange, dürfen sich die von Wemding, daß die aus des Rats Mitte der adjunction und verhör auch beifig gnädigst enthoben worden, nicht wundern, dann diß in etliche bereits unterschiedlichen orten des Churfürstentums Bayern beschehen, ja in dem ganzen Land gleichsam gericht werden solle. (Und) zwar sei diß ein solch laster, daß es sonderbare, hochverständige, verschwiegene und discretierte Personen erodere, welches mit Herrn Dr. Schmid durch sondere Gnedigste Churfürstl. Bevelch Verordnung beschehen; aber auch vermerken müssen, daß bereits in München der bishero zu Wemding geführte process mit Roter Tünten gezeichnet und bald ein anders gehört werde. Und daß neben diesem laster (dessen die von Wemding als Beyfig und Berechtigung gnädigst, ja höflich und so schnell enthebt worden) andere als das crimen Sodomiae und furti einfallen und einigen weg als den andern ohne Zuziehung der Ratsverwandte procediret, vermundern man sich gleichwohl, sei aber weitläufig beiden Herrn (Waizenegger und Denich) vorkommen, daß man diß laster schier größer als das laster veneficii bei Hof durch bericht gemacht, indem daß solches weiter zu Wemding eingerissen, als das Hegenwesen. Ist unser Traum, den wir gehabt, daß man mit andern lastern das Unholdenwerk wöll bemänteln, herauskommen, also gehts, wann niemand mehr dazu gezogen wird.“ Lang gab dann den Rat, man solle persönlich nach München gehen und dort mündlich verhandeln. Ich glaube nicht, daß die Stadt diesen Rat befolgte. Denn schon im Laufe des Januars 1629 hatte sie sich an einen Advolaten gewendet und denselben beauftragt, die Interessen der Bürgerschaft von Wemding zu vertreten. Am 24. Januar 1629 (act. 564) schickte sie dem Advolaten ein memoriale zu dessen Instruktion, in welchem die Beschwerden der Bürgerschaft auseinandergelegt

¹ Dieser Lang wird wohl ein geborener Wemdinger aus der Stadtschreiberfamilie Lang gewesen sein.

² act. 564.

waren. In diesem Schreiben heißt es, es seien „bereits in nunmehr vor guter geraumer Zeit 3 Weibß ein mans und erst vor wenig tagen widerumb ein junge Weibßpersohn wegen des lasters veneficii in fentliche Verhaftung gezogen; zu disem prozeß seind gleichwol anfangs wie je und allerwegen hergebracht, ja so lange die Stadt dem churf. Haus Bayern incorporiert, zwei des Rats oder gerichtß gezaigen, als anno 1609 und 1610 gleichfalls beschehen, zur gut und peinlichen Ausagen gezogen“. Durch den neuen Kommissär sei dies aber geändert worden. Er habe „Eines ersamen Rats zuvor dazu gezogene Zaigen ausgesetzt und nicht mehr zu verhöören verordnet“. Damit nun (die Stadtbehörden) „wegen der irigen und nachkümling nichts verabsäumt haben, und bei meniglich, bevor benachparten, ein immerwehrender despect, auch böser verdacht sich entlediget, als hat man gleichwohl beschlossen, sich auch in unterthenigster devotion an churf. Drchl. deß Hegenprocess enthebung halber anzumelden und gleichsam unterthänigst zu befragen.“ „Es habe ganz das ansehen, daß man gemeine Stadt an ihren alt üblichen herbringen deß Beyßig und Berechtigung successive zu depoffedieren ganz intentionieret.“

Doch alle Schritte der Stadt blieben erfolglos. Das Inquisitionsverfahren ruhte von 1628 bis 1631 definitiv in der Hand des Kommissärs und des Pfliegergerichtes unter Ausschluß der beiden Ratsdeputierten, es bewahrheitete sich aber nicht die Befürchtung der Stadt, daß man ihr das Privileg der Urteilsprechung entziehen werde.

Bei den Hegenprozessen 1609 und 1610 stand an der Spitze des Pfliegamtes Wemding Konrad von Bemelberg.¹ Richter war Gottfried Sattel.² Die vier Bürgermeister hießen Sigt Bischer, Endres Mertins, Matthäus Epplen und Friedrich Schad.³

1628 bis 1631 finde ich als Bürgermeister in den Akten genannt Quirin Lang (Amtsbürgermeister), Gg. Mertins, Mich.

¹ Konrad von Bemelberg war der Urentel des berühmten Vandsknechtobristen Konrad von Bemelberg, der unter anderm beim sacco di Roma 1527 hervorragend beteiligt war. Vergl. Solger S. 126 ff.

² Bei Riezler ist S. 224 von einem Hegenrichter Gottfried Sattler in Eichstätt die Rede, der wegen Amtsmißbrauchs gestraft wurde. Ist das vielleicht unser Gottfried Sattel? Gottfried Sattel war von Wemding, geb. 1575 als Sohn des Bräuers Georg Sattel und seiner Frau Marie Haus-Nro. 151.

³ Sigt Bischer besaß Hs. Nr. 60. 61. 98. Endres Mertins war Hirschenwirt Nro. 153. Matthäus Epple, der 1630 selber dem Hegenwahn zum Opfer fiel, übte die Rotgerberei aus und hatte die Häuser Nro. 222, 293 und 351 vergl. unten S. 170. Friedrich Schad wohnte Nro. 50.

Mayrhofer und Leonhard Wiedemann.¹ Stadtschreiber war Georg Lang.²

Wer war nun die „sonderbare, hochverständige, verschwiegene und discretierte Persönlichkeit“, die in Wemding 1628 wider die Unholden berufen wurde?

In den Hegenprotokollen II, 18 ist 1630 von einem verstorbenen Dr. Kolb die Rede, der „ainsmals zu Wemding etliche Hegenpersonen habe einziehen lassen“. Am 7. Februar 1629 erging an die Hofkammer der Befehl des Kurfürsten, dem Richter zu Wemding, Balthasar Vogl, zu verordnen, daß er im Namen Sr. Durchlaucht dem Dr. Wolf Kolb für seinen Aufsatz einer Instruktion über den Hegenprozeß 60 Reichstaler verehere.³ Dieser Dr. Wolf Kolb war also zu Wemding bei Beginn der zweiten Hegenperiode mit dem Aufspüren der Unholden beschäftigt. In seiner Instruktion scheint er die in Wemding von ihm beobachteten Mißstände in ziemlich düstern Farben nach München gemeldet und einschneidende Maßregeln dagegen empfohlen zu haben. Doch erstreckte sich seine Tätigkeit nur auf einige Monate des Jahres 1628. Der eigentliche Hegenhammer von Wemding tauchte im Herbst des Jahres 1628 in der Person des Dr. Schmid von Ingolstadt auf. Dieser Mann führte 1629 den Titel:⁴ Dr. Valentin Schmid von Wellenstein, Doktor der beiden Rechte, der hohen Schul zu Ingolstadt Rektor, kurfürstl. Rat, professor ordinarius, der Juristenfakultät Dekan und commissarius für das Hegenwesen zu Wemding.⁵ Ob er die geeignete Persönlichkeit war, muß billig bezweifelt werden, da er in wenigen Jahren 39 Menschen⁶ auf den Scheiterhaufen lieferte und wohl noch viele als Unholden verurteilt hätte, wenn er nicht endlich durch einen Andern abgelöst worden wäre. Am 10. Februar 1632 erhielt er nämlich in der Person des Bannrichters und Regi-

¹ Lutrin Lang, früher Stadtschreiber, besaß Nro. 363. Georg Mertins war Bierbräuer auf Nro. 362. Michael Mayrhofer hatte die Kaufmannschaft auf Nro. 58. Leonhard Wiedemann besaß vermutlich die Häuser Nro. 12 und Nro. 281.

² Georg Lang hatte das Haus Nro. 253 erworben.

³ Bergl. Kiezler S. 219 Anmerkung.

⁴ Akt 458 vom 13. März 1629.

⁵ Dr. Joh. Valentin Schmid stammte nach Mederer II S. 235 aus Bregenz am Bodensee. 1623 erhielt er für Stuber mit dem üblichen Honorare von 100 fl. die außerordentliche Professur der Pandekten (ib. S. 236). Im Jahre 1628 wurde er der 314. Rektor der Universität Ingolstadt (ib. S. 252). 1636 übernahm er das Amt eines Kanzlers in Burghausen (ib. S. 279). Er hinterließ unter andern folgende Schriften: de locationis, conductionis et emphiteuseos contractibus (1626); de donationibus; ex materia subhastationum; und de continentia causarum (1628) u. s. f. (ib. S. 279).

⁶ Bergl. unten S. 165.

mentsadvokaten Dr. Johann Georg Pittinger von Landshut einen Nachfolger.

Das Rechtsverfahren, das Dr. Schmid in Wemding beobachtete, war im allgemeinen mit dem in den früheren Abschnitten geschilderten Rechtsverfahren identisch. Ein Unterschied bestand darin, daß eben die Mitwirkung des Stadtrates beim Inquisitionsverfahren ausgeschaltet war. Letzteres handhabte der Kommissär nur mehr mit dem Pfleggericht Balthasar Vogl¹ und dessen Gerichtsschreiber Alexander Holzhauser.² Der Kommissär besaß dann insofern ausgedehnte Vollmachten, als er nicht mehr an die so umständliche und zeitraubende Berichterstattung an den Hofrat zu München bei der Verhaftung, der Tortur usw. der Gefangenen gebunden war,³ sondern nur das im geheimen Rechtstag gefällte Todesurteil der landesherrlichen Genehmigung zu unterbreiten hatte.⁴ Endlich oblag ihm die Führung des ganzen Prozesses von der ersten Zeugenvernehmung an bis zur Exekution auf dem Richtplatze.

Sein Nachfolger Dr. Johann Georg Pittinger war offenbar viel besonnener und milder. Vom 10. Februar 1632,⁵ dem Tage seiner Bestallung als Hegenkommissär zu Wemding bis zum Palmsonntag dieses Jahres, der damals auf den 4. April fiel, ließ er keine einzige Verhaftung wegen Hezerei noch vielweniger eine Hinrichtung vollziehen.⁶ Am Palmsonntag den 4. April aber kamen die ersten Heeresabteilungen der Schweden, die eben unter dem Kommando ihres Königs Gustav Adolf von Weissenburg her über Monheim nach Donauwörth und von da aus ins Bayrische marschierten, vor den Stadtmauern Wemdings an. Es waren das jedenfalls nur Streifscharen. Am 6. April⁷ fiel die Stadt per Alford in

¹ Balthasar Vogel aus Neustadt führte den Titel: „Hurfürstl. Dröhlcht. in Bayern Stadt Wemdingischer Pflegerverwalter, Richter und Rastner.“ act. 458. Er bewohnte HsNr. 52. Rechtshaberisch angelegt lag er fast ständig in Fehde mit der Bürgerschaft.

² Alexander Holzhauser, aus Kirchheim gebürtig, war früher „teutscher Schulmeister“ zu Wemding und versah nebenbei das Amt eines Advokaten oder Procurators bei den Prozessen in der Stadt Wemding (vergl. oben S. 146). In späteren Jahren vertauschte er seine bisherige Tätigkeit mit der einträglicheren eines kurfürstl. Gerichtsschreibers. Er besaß zuerst das Haus Nro. 254. Nach dem Verkauf desselben 1625 erwarb er Haus Nro. 258 und wohnte dort bis zu seinem Tode.

³ Schon die Instruktion von 1622 fol. 319b läßt durchblicken, daß man bei den Hegenprozessen nicht mehr auf die Berichterstattung an den Hofrat, sondern nur auf die Befragung von Rechtsgelehrten usw. Gewicht legte. Vergl. Riegler S. 218.

⁴ Vergl. oben S. 148.

⁵ act. 458. Bericht des Magistrates an den Kurfürsten vom 17. Okt. 1639.

⁶ *ibid.*

⁷ Bezüglich des Tages, an welchem die Stadt Wemding in den Besitz der Schweden überging, herrscht in den Quellen eine merkwürdige

ihre Hände; zugleich bemächtigten sie sich der ganzen Umgegend. Von da an bis zum August 1634 blieb Wemding in der Gewalt der Schweden. An eine Fortsetzung des Hegenprozesses durch Pittinger¹ war unter solchen Umständen nicht mehr zu denken. Es fehlte übrigens auch jede Neigung dazu. Denn die folgenden schweren Kriegsnöten, die sich auch in Wemding namentlich in den Tagen vom 4. bis 10. Mai 1633²

Beschriebenheit. Pittinger berichtet in einem Schreiben an den Kurfürsten vom Jahre 1636 (act. 458), es sei am Palmsonntag (4. April) 1632 geschehen. Vaber S. 51 und S. 209 spricht vom 6. April. Endlich bezeichnet der Stadtrat in einem Schreiben an den Kurfürsten vom 17. Okt. 1639 (act. 458) den 13. April als den Tag der Okkupation. Ich deute mir die Sache in der oben angegebenen Weise. Das Datum vom 13. April ist wohl unrichtig.

¹ Pittinger schreibt 1636 (act. 458) an den Kurfürsten: „Hurfürstl. Dschl. haben den 10. Februar des verwichnen 1632. Jahres mich zuendenbenannten zu Prosequierung des angefangenen Hegenprozeß zum Commissarium nach Wemding gnädigst verordnet und geschickt; auch jerslichen 400 fl., als monatlich 33 fl., für mein deputat, mir bei dero Pflegamt daselbst zu reichen, vermög an den Hurfürstl. Richter alda abgegangnen Befehls verschafft. Als ich nun zu gedachtem Wemding angelangt und eine Zeitlang verbliben, ist an dem hl. Palmsonntag der feindt alda eingefallen und hat die statt Wemding mit Affort erobert, auch sich der ganzen Refier dergestalt bemächtigt, daß mir unmöglich gewesen were, mit meinem bei mir gehabten Eheweib wiederum von dannen zu kommen, sondern habe mit höchster Lebensgefahr und stets wehrender vielfältiger ausgestandener Focht und schröcken alda so lang nottrungentlich verbleiben müssen, biß mir endlich bey der Nacht, nachdem ich in die 7 viertel Jahrlang alda selbst verharret und auf recuperierung gehofft etc. durch Rath und Helf des Ambtsbürgermaisters Quirin Langen und Hurfürstl. Berichtschreibers Alexander Holzhausers bey der höchsten Gefahr hatmilich hinausgeholfen worden, daß ich in selbiger Nacht sambt meiner Ehewürtin biß nach Pappenheimb kommen bin.“

² Knogler schreibt über diese Tage: „Am 4. Mai 1633 kamen schwedische Truppen und begehrten, ohne eine Ordre vorweisen zu können, ins Quartier eingelassen zu werden, was ihnen aber verweigert wurde, indem die 24 Mann, als vom Obrist Burmbrand hieher kommandierte Salva-Guardia, strengen Befehl hatte, Niemand in die Stadt einzulassen. Sie begehrten nur zum Futter eingelassen zu werden; aber auch dieses wurde ihnen abgeschlagen. Hierauf gerieten sie in größten Zorn, hieben die Schlagbäume in Stücke, zerstörten die Brücken und drangen mittagszeit um 11 Uhr unter rasendem Lärm und Geschrei in die Stadt hinein und fingen sogleich an, ins Rathhaus und andere ansehnliche Häuser einzubrechen, zu zerstören, zu plündern und Jedermann zu mißhandeln, und setzten dieses Unheil ganze 7 Tage fort, bis vom Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar von Eischkätt herauf Hülfe geschickt und die Wardenurs hinausgetrieben wurden. Bei diesen Jammerszenen sind 18 Personen umgekommen und mehr als 70 elendiglich zugerichtet worden. Den Spitalpfarrer Johann Renner, der sich den Kirchturm hinauf geflüchtet, haben sie durch das Schallloch hinaus auf die Gasse heruntergeworfen. Ledige und verheiratete Weibspersonen haben sie notgezüchtigt. Aus der Pfarrkirche haben sie alles, was einen Wert hatte, geraubt. Das Spital und die ganze Bürgerschaft sind um alle ihre Dösen, Röhre,

in grauenhafter Weise fühlbar machten, waren mehr als genügend, das Interesse an weiteren Hegenprozessen bei Richter und Volk zu ersticken. Bittinger mußte noch über 1½ Jahre notgedrungen in Wemding bleiben, bis es ihm und seiner Ehegattin durch Mithilfe des Bürgermeisters Luirin Lang und des Gerichtsschreibers Alexander Holzhauer endlich glückte, bei Nacht und Nebel nach Pappenheim zu entfliehen. Die Hegenprozesse gehörten hiemit wenigstens in Wemding der Geschichte an.

Noch ist ein Versuch zu erwähnen, den man 100 Jahre später in der Absicht machte, neue Hegenprozesse in Wemding herbeizuführen. Im Jahre 1714 richtete nämlich der kurfürstliche Pflücksommiffär an den Rat der Stadt folgendes Schreiben (act. 448):

„Laut der acta und des Malefizprotokolls sein von anno 1609 biß ad annum 1631 beedes inclusive dahier zu Wemding mehrer nit als nur 52¹ Hegen und Hegenmeister verbrennt: vorhero mit glühender Zange gezwidt: ertrosselt: und auf andere dergleichen Weiß justifiziert worden. Davon : angemerkt von deren Namen und Stamme noch einige vorhanden : vermuethlich ein stachl übrig verbliben: mithin vielleicht nunmehr widerumb an der Zeit sein mechte, zu Administrierung der lieben Justiz, und Austreibung solch gottbergäffen, schädlichen Gsündels, ainen anfang zu machen, und doch im Rahmen des allerhöchsten handt anzulegen.“

Unterzeichnet ist das Schreiben von Johann Matth. Weinberger.

Dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Es waren inzwischen Leute herangewachsen, die keine Lust mehr hatten, Scheiterhaufen für Unholde anzuzünden.

Schweine und Schafe gekommen.“ Ein Zeitgenosse berechnete den Schaden der Bürgerschaft durch diese Plünderung auf 100 000 fl. Vergl. Laber S. 51 f.

¹ Diese Zahl ist wohl unrichtig. Wahrscheinlich hat der Verfasser des Schriftstückes zu den Hegen auch jene Personen gezählt, die in dieser Zeit wegen Sodomiterei und anderer Verbrechen zum Tod verurteilt worden sind. Es starben z. B. wegen Sodomiterei 1629 der alte Kaspar Trollmann HsNr. 59 und 1630 der Bäcker Hans Osterriedt HsNr. 178; vergl. oben S. 157 und S. 148.

Zweiter Teil.

Erster Abschnitt.

Die Opfer der Hexenprozesse.

Die erste Hexenperiode fällt, wie oben S. 120 gesagt worden ist, in die Jahre 1609 und 1610. Diese Prozesse kosteten 10 armen Menschen das Leben. Ihre Namen sind:

- | | | |
|----------------------|---|--------------------------------------|
| 1. Schmidt Margareta | } | Erster Brand
am 5. November 1609. |
| 2. Schmidt Barbara | | |
| 3. Keller Leonhard | | |
| 4. Keller Anna | | |

Dann folgen:

- | | | |
|---------------------|---|-----------------|
| 5. Fromm Ursula | } | verbrannt 1609. |
| 6. Reichart Barbara | | |
| 7. Schwalber Anna | | |
| 8. Endres Margareta | | |
| 9. Gempff Anna | | |

10. Müller Elisabeth.

Über diese Personen habe ich den Akten¹ nachstehende biographische Einzelheiten entnommen:

1. Schmidt Margareta war die Gattin eines Jägers, weshalb sie gewöhnlich die Jägersgret genannt wurde. Sie hatte auch den Namen Bäckengret. Ihr Vater Konrad Meyr von Wemding war Seiler. 1573 heiratete sie den Andreas Schmidt aus Bamberg. Dieser Schmidt, beim Tode seiner Frau 1609 57 Jahre alt, war 14 Jahre lang Wemdingischer Forstknecht und 26 Jahre lang Jäger bei Konrad von Bemelberg dem Ältern gewesen. Die Eheleute bewohnten das Haus Nro. 45. Mit Margareta Schmidt nahmen die Hexenprozesse ihren Anfang, indem sie als erste Unholdin „in fenchliche Bewahrung eingegangen“. Ihr Witwer erreichte durch eine Bittschrift an den Herzog Max, daß von der Konfiskation des Vermögens Umgang genommen wurde.

2. Schmidt Barbara, eine Schustersfrau Hñr. 47. Sie war die Tochter des Richard Reinsfelder und eine Schwester der Hege Anna Keller, mit der sie am 5. November 1609 auf demselben Scheiterhaufen verbrannt wurde. Am 29. Okt. 1582 hatte sie den Schuhmacher Jakob Schmidt geheiratet. Da ihr Mann als Sohn des

¹ Den Pfarrmatrikeln, dem Knoglerschen Pfarrbuche, den magistratischen Verlassenschaftskatten, meiner Hausliste usw.

Dietrich Schmidt den Hausnamen Dieh führte, erhielt sie den Namen Diekelsbell. Sie hinterließ ihrem Gatten 3 unversorgte Kinder. Jakob Schmidt wendete sich wie sein Nachbar Andreas Schmidt an die Gnade des Herzogs Max und erreichte ebenfalls die Nichteinziehung seines bescheidenen Vermögens.

3. und 4. Keller Leonhard und Anna.

1576 heiratete Leonhard Kölner, Sohn des Andreas Kölner von Donaumörth, zu Wemding die Tochter des Richard Weinsfelder, namens Anna. Sie besaßen das kleine Stadtbad, welches unter Hs. 305^{1/2} im Garten zwischen Hs. 304 und 288 hinter der alten Roßschwemme, früher Hüll dann Weth geheißen, sich befand, jetzt aber ganz verschwunden ist. Als Leonhard und Anna am 5. November 1609 sterben mußten, betrauernten sie 7 Nachkommen: Leonhard, Benedikt, Katharina, Anna, Ursula, Ottilia und Marta. Leonhard, geboren 1583, studierte damals in Dillingen „optimae vitae et magnae expectationis“ und wurde später Ordenspriester. Eine Tochter nahm den Schleier. Benedikt erhielt, nachdem er durch eine Bittschrift die Einziehung des elterlichen Bades abgewendet hatte, dieses Anwesen. Anna, eine religiöse Person, heiratete 1604 den Bader Georg Frosch von Wemding. Beide Geschwister, Benedikt und Anna, werden sehr oft in den Hegerprotokollen von 1630 der Hegererei verdächtigt und zwar meist wegen ihrer vor 21 Jahren verurteilten Eltern. Die Badersehegatten Leonhard und Anna Keller scheinen brave und auf eine gute Kinderzucht bedachte Leute gewesen zu sein.

5. Fromm Ursula,

die Ehefrau des Kaspar Fromm oder Frumm auf Nro. 172. Unter dem Namen Heizenurschl bekannt, wurde sie 1609 als Hege dem Scheiterhaufen übergeben. Ihr Todesstag ist nicht bekannt. Am 16. März 1609, kurz vor ihrer Hinrichtung war ihr Mann gestorben. Eine Tochter namens Magdalena heiratete 1597 den Fuhrmann Georg Jall, Sohn des verstorbenen Melchior Jall Hs. 199. Dieselbe wurde nach den Hegerprotokollen im Jahre 1630 sehr stark der Hegererei bezichtigt, entging aber mit knapper Not der Verurteilung. Ursulas Sohn Kaspar heiratete 1607 auf das elterliche Anwesen eine Katharina Weinmagr. Letztere wurde 1629 als Unholdin verbrannt. Kurz vor ihrem Tode vermachte Ursula Fromm 350 fl. zu guten Zwecken (vergl. unten S. 180).

6. Reichart Barbara.

Auch sie wurde 1609, unbekannt an welchem Tage, den Flammen geweiht. Über ihre sonstigen Schicksale bestehen nur Vermutungen. Im Jahre 1573, 1585 und 1589 erzeugen ein Hans Reichart und seine Gattin Barbara die Knaben Johann,

Jakob und Leonhard. Ihre Wohnung hatten sie Hs. 30. Johann Reichart starb als Witwer am 21. Oktober 1610 an der Pest.

7. Schwalber Anna.

Im Jahre 1583 erwarb Johann, Sohn des Willibald Schwalber das Bürgerrecht und heiratete Anna, Tochter des Stephan Braun von Fünfstetten. Johann betrieb eine kleine Oekonomie und das Fuhrmannsgeschäft. Als Anna 1609 „zu Aschen verbrennt“ wurde, war sie Witwe. Ihre Kinder bewirkten durch eine Bittschrift an den Herzog Max die Neueinziehung des elterlichen „mit ihrer sehr harten, sauren, täglichen Hand- und Feldarbeit, meistens mit dem Fuhrwerk eroberten“ Vermögens. Vor ihrem Tode vermachte sie 350 fl. zu guten Zwecken. Warum sie den Spitznamen „Kräuterurschl“ führte, ist mir unbekannt.

8. Endres Margareta.

Sie war Schneiderin. Auch sie vermachte vor ihrer Hinrichtung 350 fl. zu frommen Zwecken. Ob sie 1609 oder 1610 verurteilt wurde, läßt sich nicht bestimmt sagen. Es fehlen von ihr auch sonstige biographische Notizen.

9. Gempff Anna.

Von ihr wird nur berichtet, daß sie eine Witwe war und 350 fl. vor ihrem letzten Gange zu frommen Zwecken stiftete. Ihr Todesjahr, ob 1609 oder 1610 ist nicht bekannt.

10. Müller Elisabeth.

Nachweisbar saß der Mehger Veit Müller schon 1554 auf dem Anwesen Nro. 278. Seine Frau hieß Elisabeth und wurde wegen ihres Mannes nur die Veitmehgerin genannt. 1584 starb Veit Müller. Nun hauste Elisabeth als Witwe weiter, bis sie 1605 an ihren Sohn Kaspar Haas und Geschäft übergab. 1609 oder 1610 wurde sie als Hexe verbrannt. Sie hinterließ 4 Erben, ihren Sohn Kaspar und 3 Töchter. Kaspar und eine Tochter Maria hatten später das Schicksal der Mutter (vergl. S. 167 und 171).

Die Hexenbrände von 1629 bis 1631 begannen nach einer vom Kommissär Dr. Valent. Schmid 1634 geschriebenen Liste (act. 458) am 14. März 1629. Der letzte Brand gehört dem Jahre 1631 an. Es fehlt aber das genaue Datum. Die Namen der in dieser Periode hingerichteten Personen sind:

1. Müller Kaspar		Erster Brand am 14. März 1629 (4 Personen).
2. Schnitzer Susanna		
3. Krabler Barbara		
4. Langenbauer Melusina		

5. Sieder Barbara	}	Zweiter Brand am 17. August 1629 (5 Personen).
6. Graf Christina		
7. Fromm Katharina		
8. Schneid Agnes		
9. Hainle Brigitta	}	Dritter Brand am 6. Februar 1630 (11 Personen).
10. Hainle Apollonia		
11. Ralmair Anna		
12. Ebermair Sibilla		
13. Epplen Matthäus	}	Vierter Brand am 12. April 1630 (3 Personen).
14. Mad Magdalena		
15. Besenmair Apollonia		
16. Renner Katharina		
17. Stachl Barbara	}	Fünfter Brand am 28. Mai 1630 (7 Personen).
18. Löfflad Sibilla		
19. Bischer Maria		
20. Schwalber Agatha		
21. Heinleth Leonhard	}	Sechster Brand ohne Datum ¹ (4 Personen).
22. Kilg Margareta		
23. Schneid Elisabeth		
24. Biber Margareta		
25. Kemmerling Maria	}	Siebenter Brand am 14. Oktober 1630 (1 Person).
26. Dietrich Hans		
27. Dietrich Jakob		
28. Amon Philipp		
29. Krabler Georg	}	Achter Brand am 10. März 1631 (2 Personen).
30. Jörg Katharina		
31. Schnierle Jakob		
32. Kilg Kaspar		
33. Koller Katharina die Alte	}	Neunter Brand ohne Datum (2 Personen).
34. Wunderle Apollonia		
35. Höger Elisabeth		
36. Krager Maria		
37. Wasser Katharina	}	
38. Löfflad Georg		
39. Koller Katharina die Junge		

¹ Am 7. Juni 1630 war Jakob Schnierle noch nicht eingezogen (Hegenprot. I, 23). Am 5. August 1630 wurde der Nachlaß der Kath. Koller sen. verteilt. Also fand der sechste Brand zwischen dem 7. Juni und 5. August 1630 statt.

Will man noch die Hasenmair Apollonia, die vor ihrer Verurteilung im Kerker starb, zu den Opfern der Hexenprozesse rechnen, so wären 40 Personen in der zweiten Hexenperiode umgelommen. Dem Geschlechte nach endeten

1609 und 1610	1 Mann und 9 Frauen,
1629 bis 1631	10 Männer und 29 Frauen.

Im ganzen also 11 Männer und 38 Frauen
ihr Leben durch den Hentler.

Über die sonstigen Lebensschicksale der Hexen aus der zweiten Periode kann ich folgende Angaben machen:

1. Müller Kaspar,

Sohn des Mehgers Veit Müller und seiner 1609 oder 1610 als Hexe getödteten Ehefrau Elisabeth (vergl. oben S. 165) wurde wie sein Vater Mehger. 1605 übernahm er von der Mutter sein elterliches Anwesen Nro. 278, nachdem er am 23. Januar 1604 Barbara, die Tochter des Hafners Leonhard Kochbrunner HsNr. 93 geheiratet hatte. Um 1620 kaufte er auch die Sonnenwirtschaft HsNr. 148. Seine Hinrichtung erfolgte am 14. März 1629. Wenige Wochen nach ihm starb am 3. April 1629 seine Witwe Barbara. Beide hinterließen 6 Kinder: 3 Knaben und 3 Mädchen. Ein Erlebnis Kaspars siehe S. 131.

2. Schniger Susanna.

Sie war die Ehefrau des Tuchmachers Jakob Schniger. Die Pfarrmatrikel nennt folgende Kinder des Ehepaares: Martin geb. 1589, Eva geb. 1591, Andreas geb. 1592, Katharina geb. 1594, Maria geb. 1596, Sibilla geb. 1602. Susanna starb am 14. März 1629. 4 Monate darnach ging auch Jakob Schniger in die Ewigkeit. Beide bewohnten das Häuschen Nro. 33.

3. Krabler Barbara,

Frau des Sattlers Veit Krabler HsNr. 221. Sie war eine Freundin der Hexe Katharina Waffer, bei deren Töchterlein sie 1613 Patenstelle vertrat. Ihr Todestag ist der 14. März 1629. Veit Krabler starb bald nach seiner unglücklichen Frau.

4. Langenbauer Melusina.

Geboren 1575 als Tochter des Hans Schwab und seiner Ehefrau Apollonia HsNr. 171, heiratete sie am 6. April 1611 den Bäcker Adam Langenbauer, Sohn des Bäckers Wolfgang Langenbauer HsNr. 110, und erwarb mit ihm das Haus, Nr. 169. Aus der Ehe gingen 3 Kinder hervor: Simon 1612 Sigmund 1614 und Maria 1617. Melusina starb am 14. März 1629. Ihr Mann heiratete nach ihrem Tode noch einmal und beschloß sein Leben am 29. April 1635.

5. Sieder Barbara.

Am 30. Mai 1588 heiratete der Weinwirt Hans Sieder, Sohn des Andreas Sieder Barbara, Burkard Schwalbers Tochter auf ihr väterliches Anwesen Nr. 4. Hans besaß auch Nr. 3. Später übergab er an seinen Sohn Mathias und erwarb sich das Haus Nr. 165 als Altitz. Aus seiner Ehe gingen mehrere Kinder hervor: Margareta 1589, Johann 1590, Leonhard 1594 u. a. Barbara Sieder wurde am 17. August 1629 verbrannt. Ihr Mann starb 1638.

6. Graf Christina.

Sie war nicht aus Wemding gebürtig, sondern die Tochter des Bartholomäus Ebermayer von Unterbissingen. Am 15. April 1597 heiratete sie in Wemding einen Christoph Graf, Sohn des verstorbenen Michael Graf. Beide wohnten in den letzten Jahren in dem Häuschen Nr. 220, scheinen also nicht viel Vermögen gehabt zu haben. Christina endete am 17. Aug. 1629, Christoph beschloß sein Leben am 11. April 1632.

7. Fromm Katharina,

Tochter des Gastwirtes Melchior Weinmayr und seiner Ehefrau Katharina Nr. 356. Sie schloß am 2. Januar 1607 die Ehe mit Kaspar Fromm, Sohn des Kaspar Fromm und der 1609 verbrannten Hege Ursula. Anfangs bewohnten Beide das Haus des Kaspar Fromm sen. Nr. 172. Dann kauften sie das Haus Nr. 217. Durch den Tod ihres Mannes Witwe geworden und kinderlos mußte sie als Hege am 17. August 1629 sterben.

8. Schneid Agnes.

Ihr Mann hieß Leonhard. Beide hatten in Laub geheiratet und zogen im Jahre 1608 mit ihrem Sohne Georg und ihrem Tochterkinde Georg Löfflad (vergl. unten S. 174) nach Wemding, nachdem sie das Haus Nr. 231 von der Stadtschreiberfamilie Lang erkaufte hatten. Dasselbst übten sie die Melberei aus. Am 2. Februar 1609 heiratete der Sohn Georg die Tochter des verstorbenen Stadtschreibers Johann Lang auf das elterliche Anwesen und erzeugte mit ihr 10 Söhne. 1624 starb Leonhard Schneid. Am 18. Dezember 1627 wurde auch Georg Schneid, der die Melberei seines Vaters übernommen hatte und Mitglied des inneren Rates geworden war, von einem allzufrühen Tode hinweggerafft. Nun führten die beiden Witwen Agnes und ihre Schwiegertochter Margareta den Haushalt und zwar in ungestörter Eintracht. Georg Löfflad, das Enkelkind der Agnes, hatte schon 1614 als Melber auf das Haus Nr. 102 geheiratet. Die Söhne des Georg Schneid wurden dank der guten Erziehung seitens ihrer Eltern und ihrer Großmutter tüchtige Männer. Jakob geb. 1610, der älteste Sohn, ward Stadtschreiber und später rechtskundiger Bürger-

meister von Wemding; zwei Söhne erhielten unter den Ordensnamen Roman und Konrad die Abteiwürde in den Benediktinerstiften Prüfening und hl. Kreuz zu Donaumörth. Kaspar wurde Rentamtmann in Monheim. Karl Marx Christoph wurde Gerichtschreiber in Wemding. Johann Thomas lernte die Bäckerei und machte sich in Donaumörth ansässig. Matthäus lernte das Sattlerhandwerk und wurde später Bürgermeister seiner Vaterstadt. Ich verehere in ihm meinen Urahn. Ein Sohn Johann Christoph starb schon als Knabe. Georg, der zweitälteste Sohn und Liebling seiner Großmutter Agnes, wurde leider im blühendsten Alter von den Schweden bei Dödingen erschossen. Nur von einem der 10 Brüder ist sein Schicksal gänzlich unbekannt. Agnes Schneid wurde ihrer Familie am 17. August 1629 durch Hentlershand entrißen. Da sie bei ihrem Tode schon Urenkel im Alter von 13 und 11 Jahren hatte, muß sie eine hochbetagte Frau gewesen sein.

9. Hainle Brigitta,

Tochter des Leonhard Ditelmann HsNr. 156, verehlte sich nach dem Tode ihres Vaters mit dem Fuhrmann Andreas Hainle, Sohn des Michael Hainle, im Jahre 1583 und übernahm das elterliche Haus. Aus dieser Ehe gingen mehrere Kinder hervor: Katharina 1588, Brigitta 1593, Matthäus 1602. Brigitta wurde den Flammen übergeben am 17. August 1629, ihr Mann starb als Witwer am 2. November 1634.

10. Hainle Apollonia.

Sie war vermutlich die zweite Gattin des Michael Hainle HsNr. 158, den sie 1609 nach dem Tode ihres Mannes Johann Schwalber geheiratet hatte.

11. Kalmair Anna.

Eine Hufschmiedsfrau HsNr. 138. Sie war zuerst mit einem Sohne des Bürgermeisters Matthäus Haden verheiratet. Nach dessen Tode heiratete sie am 22. April 1607 den Hufschmied Johann Kalmair, Sohn des Johann Kalmair HsNr. 138 auf sein väterliches Anwesen. Ihre Hinrichtung erfolgte am 6. Februar 1630. Der Mann Johann, der 1626 von seinem Vater die Schmiede selbständig bekommen hatte, nahm noch am 9. Sept. 1630 seine Nachbarin Margareta, Witwe des Johann Wertsch, zur Frau und erhielt dadurch auch das Haus Nr. 139 in seinen Besitz.

12. Ebermair Sibilla.

Am 9. März 1583 geboren als die Tochter des Emeram Gempfinger und seiner Ehefrau Anna Margareta geb. Vierheimer heiratete sie am 25. Juni 1604 den Johann Ebermair, Sohn des Georg Ebermair. Sie starb 47 Jahre alt am 6. Februar 1630.

13. Epplen (Epple) Matthäus,

ehemaliger Rotgerber und einer der wohlhabendsten und angesehensten Bürger der Stadt. Sohn des Rotgerbers Hans Epple Hs. Nr. 274 heiratete er 1575 Barbara, die Witwe des Bräuers Burtard Schwalber. Nach ihrem 1596 erfolgten Tode ehelichte er Anna, die Witwe des Kaspar Kefler. Aus beiden Ehen erhielt er Nachkommen, doch überlebte ihn nur sein Sohn Leonhard. Über 50 Jahre lang bekleidete er städtische Ehrenämter: 2 Jahre gehörte er dem äußern und 48 dem innern Räte an. Als er 1597 seine zweite Frau Anna heiratete, war er schon Bürgermeister. Seit diesem Jahre war er auch, ohne eine Entschädigung zu fordern, Pfleger des Hospitals. Bei seinem Tode am 6. Februar 1630 zählte er 80 Jahre. Er besaß die Häuser Nr. 222, 293 und 351.

14. Maß (Magg) Magdalena,

Gattin des Bräuers und Sternwirts Martin Maß Nr. 151. Sie wurde geboren zu Wemding am 4. Februar 1572 als Tochter des herzoglichen Gerichtschreibers und Stadtschreibers M. Johann Lang aus Rain. Am 8. November 1604 schloß sie die Ehe mit Martin Maß. 25 Jahre später endete sie als Unholdin am 6. Februar 1630 im Alter von 58 Jahren. Sie hinterließ ihrem Manne vier lebende Kinder. Vergl. die Bittschrift unten S. 188.

15. Besenmair Apollonia,

eine Schuhmachersfrau Hs. Nr. 282. Tochter des Erhard Hiemayr und seiner Gattin Apollonia, wurde sie geboren 1571, heiratete am 23. Juni 1597 Adam Kummel, Sohn des Matthias Kummel und reichte nach dessen Tode ihre Hand dem Schuhmacher Hans Besenmair. Sohn des Ratsherrn und späteren Bürgermeisters Kaspar Besenmair, am 23. April 1615. Sie erwarben das alte Predigerhaus Nr. 282, das Stadtpfarrer Dr. Waizenegger mit herzoglicher Genehmigung hatte veräußern dürfen. Apollonia starb am 6. Februar 1630 59 Jahre alt. Ihrem Mann hinterließ sie 3 Töchter.

16. Renner Katharina,

Müllerin auf der Heinesmühle Nr. 40. Sie war die Tochter des Balthasar Wonhardt. Als dem Müller Balthasar Renner seine erste Frau gestorben war, nahm er Katharina am 1. Sept. 1612 zur Ehe und erzeugte mit ihr die Kinder: Magdalena 1613, Martin 1614, Magdalena 1616, Balthasar 1618, Jakob 1619, Matthias 1621 und Apollonia 1627. Katharina wurde am 6. Februar 1630 hingerichtet. Ihr Mann starb kurze Zeit darnach am 3. Juli 1630.

17. Stachl Barbara.

Sie war von Amerbach und starb am 6. Febr. 1630.

18. Böfflad Sibilla.

Sie war von Laub und starb am 6. Febr. 1630.

19. Vischer Maria,

eine wohlhabende Mehgersfrau auf Nr. 167. Tochter des Mehgers Veit Müller und seiner als Hege verbrannten Ehefrau Elisabeth heiratete sie 1600 den Mehger Georg Vischer. Sie besaßen anfangs Haus Nr. 78. 1615 erbte Georg auch das Haus seines verstorbenen Vaters Emeram Vischer Nr. 109. Nachdem er dieses verkauft hatte, erwarb er das Haus Nr. 167, hatte also zwei Häuser, dieses und Nr. 78. Marie und ihr Mann erhielten die Kinder: Martin 1608, Kaspar 1610, Barbara 1620 u. a. Der Todestag Mariens war der 6. Februar 1630; ihr Mann starb 1632.

20. Schwalber Agathe.

Über ihr Vorleben liegt nichts Bestimmtes vor. Wahrscheinlich war sie ledig und die 1573 geborene Tochter des Willibald Schwalber und seiner Ehefrau Apollonia. Sie wurde 6. Februar 1630 verbrannt.

21. Heinleth Leonhard

wurde zu Ellingen als Sohn des Christoph Heinleth geboren. Am 15. August 1610 heiratete er zu Wemding Marie, die Tochter des Bräuers Wolf Renner auf ihr väterliches Anwesen Nr. 245. Nach seinem Tode am 12. April 1630 führte die Witwe das Geschäft fort. Seine Ehe war mit mehreren Kindern gesegnet: Katharina 1612, Johann Jakob 1617, Marie 1618, Georg 1624, Anna 1626 usw. Diese Kinder und ihre Nachkommen nahmen in Wemding und auswärts lange Zeit eine recht geachtete Stellung ein. Ein Zweig der Familie wurde später in Dr. Joh. Nep. Heinleth geadelt.¹

22. Kilg Margareta.

Von ihr ist mir nur der Todestag bekannt: 12. April 1630.

23. Schneid Elisabeth.

Sie war aus Laub und starb am 12. April 1630.

24. Biber Margareta,

Tochter des Schmiedes Emeram Geier Nr. 252, heiratete am 4. Februar 1593 den Johann Biber, Sohn des verstorbenen Michael Biber. Beide erwarben 1601 das Haus Nr. 260. Am 7. April 1611 starb Johann Biber. Nun führte Margareta mit ihren Kindern den Haushalt fort bis zu ihrem Ende am 28. Mai 1630. Das Anwesen erhielt dann der Sohn Michael Biber, ein Schuster. Eine Tochter Margareta's, namens

¹ Dr. Johann Nepomuk Heinleth wurde geboren zu Wemding 1735. Seine Tüchtigkeit als Arzt brachte ihn in kurfürstl. Dienste nach München, wo er schließlich in den Adelsstand erhoben wurde. Er starb im Jahre 1811 zu München, vgl. Luber S. 125.

Katharina, Gattin des Kupferschmieds Koller, theilte das Los der Mutter, vergl. S. 174.

25. Kemmerling Maria, Witwe des Schullehrers Jakob Kemmerling. Als Tochter des Zacharias Rinig heiratete sie 1613 den Witwer Jakob Kemmerling Hs. 41, nachdem dessen Frau Barbara gestorben war. Sie selbst bekam keine Kinder; dagegen hatte sie aus der ersten Ehe des Mannes Stiefkinder. Von einer Tochter Maria Kemmerling und ihrer Stiefmutter haben wir schon S. 126 gehört. Am 26. Januar 1629 starb Jakob und am 28. Mai 1630 folgte ihm in der traurigsten Weise Maria.

26. Dietrich Hans wurde 1571 geboren als Sohn des Rotgerbers Wolf Dietrich und seiner Ehefrau Margareta. Am 2. Oktober 1610 heiratete er Maria, Tochter des Andreas Hainle Nr. 156. Rotgerber wie sein Vater trieb er sein Geschäft auf Nr. 257. Aus seiner Ehe gingen 3 Kinder hervor: Maria 1614, Michael 1615, Andreas 1617. Er starb den 28. Mai 1630 mit seinem Bruder Jakob. Seine Witwe lebte noch lange mit ihren Kindern auf dem Hause Nr. 257 fort.

27. Dietrich Jakob, ein Bruder des Dietrich Hans. Auch er war Rotgerber und endete am gleichen Tage wie sein Bruder als Unhold. Geboren 1574 verehelichte er sich am 13. Sept. 1603 mit Maria, der Tochter des verstorbenen Michael Wertsch Nr. 178. Mit ihr erzeugte er 14 Kinder, von denen das jüngste Sibilla 1626 geboren wurde. Er wohnte Hs. 330 und erreichte ein Alter von 56 Jahren, während sein Bruder Hans 59 Jahre alt wurde.

28. Amon Philipp, ein Glaser auf Nr. 65. Sohn des am 4. August 1614 verstorbenen Glasers Konrad Amon und seiner Ehefrau Veronika übernahm er nach seines Vaters Tode Haus und Geschäft. Philipp war zuerst mit einer gewissen Anna verheiratet. Als diese am 13. Sept. 1624 gestorben war, heiratete er am 18. April 1625 Katharina, Tochter des Weißgerbers Hans Weinleiter Nr. 288. Anna und Katharina gebaren ihm je 4 Kinder. Das letzte Kind, ein Mädchen namens Katharina, geboren am 31. Okt. 1629, erblickte nur 7 Monate vor der Hinrichtung des Vaters das Licht der Welt. Philipp starb am 28. Mai 1630.

29. Krabler Georg war ein wohlhabender Bürger und Seilermeister auf Hs. 149 am Marktplatz. Er hatte am 28. Oktober 1599 Magdalena, Tochter des verstorbenen Hans Widemann von Amerbach geheiratet. Am 28. Mai 1630 mußte er als Unhold sein Leben lassen.

30. Jörg Katharina.

Wahrscheinlich ist sie die Witwe des Sebastian Degener gewesen, die 1625 den Johann Jörg auf ihr Anwesen Nr. 320 heiratete.

31. Schnierle Jakob,

ein Metzgermeister Nr. 146 und Mitglied des inneren Rates. Er heiratete 1582 die Margareta Richter auf ihr Metzgeranwesen Nr. 146. Als er starb, zählte er bereits 77 Jahre und mußte sich mit Hilfe einer Krücke fortbewegen. Er hinterließ 2 Kinder: Sibilla geb. 1583 und Jakob 1590. Letzterer übernahm das Vaterhaus, kaufte später auch das Anwesen Nr. 278, das jetzt noch seinen Namen trägt, und wurde Bürgermeister. Vom alten Jakob Schnierle wissen die Hegenprotokolle viel zu berichten.

32. Kilg Kaspar

wurde geboren 1594 als Sohn des Bäckers Sebastian Kilg und seiner Frau Margareta. Auch er lernte die Bäckerei und schloß am 1. Sept. 1616 die Ehe mit Katharina, Tochter des Metzgers Thomas Koller Nr. 230. Er erzeugte mit ihr sieben Kinder: Leonhard 1618, Samuel 1619, Thomas 1620, Georg 1624, Marta 1625, Sebastian 1626 und Kaspar 1628. Seine Bäckerei war Hs. 110. Nach seinem im Sommer 1630 erfolgten Tode setzte die Witwe eine Zeitlang das Geschäft allein fort, heiratete dann den Bäcker Martin Künzler von Amerbach auf ihr Haus und erwarb hierauf mit ihm ein anderes Bäckeranwesen Nr. 105, wo sie schon 1632 starb. Kaspar Kilg wurde 26 Jahre alt. Näheres über ihn wurde oben S. 129 ff. mitgeteilt.

33. Koller Katharina die Alte,

eine Wütnerswitwe Hs. 164. Ihr Mann hieß Georg Koller. Sie war die Tochter des Sattlers Johann Schad Hs. 10 und heiratete den Georg Koller am 26. November 1590. Sie hinterließ bei ihrem Tode im Sommer 1630 Kinder und Kindeskinder. Eine Tochter hatte den Wagner Veit Nuernhamer Hs. 168 geheiratet. Ein Sohn Matthias Koller, der wie sein Vater das Wütnerhandwerk gelernt hatte, übernahm das mütterliche Anwesen Nr. 164. Katharina Koller machte am 5. Juni 1630 im Kerker vor dem Gerichtsschreiber Alexander Holzhauer ihr Testament. Am 5. August 1630 wurde ihr Nachlaß verteilt. Also muß ihre Hinrichtung in die Zwischenzeit gefallen sein.

34. Wunderle Apollonia.

Sie starb mit der Hegen Katharina Koller und den beiden Unholden Schnierle und Kilg. Von ihren andern Lebensschicksalen weiß ich nur zu berichten, daß sie — eine geborne Thiler — am 28. Dez. 1617 zu Wemding einen gewissen Jakob Wunderle von Finingen, Hoshirt der Stadt, heiratete. Sie

wohnten HsNr. 330. Ihre Ehe blieb kinderlos. Jakob starb bald nach seinem Weibe 1630.

35. Höher Elisabeth

aus Lauterbach gebürtig wurde allein am 14. Oktober 1630 getödtet. Sonst ist von ihr nichts bekannt.

36. Kraker Maria,

Oekonomenswitwe HsNr. 224. Im Jahre 1589 heiratete Nikolaus Kraker eine Margareta aus Alach. Nach deren Tode verheiratete er sich mit Maria 1591. Aus dieser Ehe gingen mehrere Kinder hervor: Marta 1593, Andreas 1592, Marta 1594, Johann 1609 u. a. Nikolaus Kraker verlor 1618 sein Leben durch einen Unglücksfall. Maria Kraker setzte als Witwe mit ihren Kindern den Haushalt fort bis zu ihrem Ende am 10. März 1631. Das Anwesen erhielt dann ihr Sohn Nikolaus. Andere Einzelheiten aus ihrem Leben sind oben S. 125 ff. mitgeteilt worden.

37. Wasser Katharina,

eine Wagnersfrau HsNr. 187. Am 30. April 1601 heiratete der Wagner Johann Wasser, Sohn des Martin Wasser von Reimlingen zu Wemding Katharina, die Tochter des Leonhard Krakmayr von Otting. Beide erzeugten 3 Kinder: Barbara 1611, Maria 1613 und Georg 1615. Maria Wasser starb am 10. März 1631 mit ihrer „Gespielin“ Maria Kraker. Ihr Mann schied aus dem Leben am 19. Nov. 1634.

38. Döfflad Georg.

Geboren zu Laub als der Sohn des Georg und der Maria wurde er nach dem frühzeitigen Tode seiner Eltern von seinen mütterlichen Großeltern Leonhard und Agnes Schneid, als dieselben 1608 von Laub nach Wemding übersiedelten, mitgenommen und in ihrem Hause Nr. 231 erzogen. Am 4. Januar 1614 verheiratete er sich mit Anna, Tochter des Metzgermeisters und Rats Herrn Johann Schnierle HsNr. 69. Er kaufte das Haus Nr. 102 und betrieb dort eine Melberei und Weinwirtschaft. Seine Kinder hießen Maria 1616, Johanna 1618, Johann 1619, Johann 1621, Martin 1623, Susanna 1625. Nach langer Gefangenschaft wurde er endlich 1631 hingerichtet. Sein Todesstag ist unbekannt. Die Witwe Anna lebte noch viele Jahre auf dem Hause Nr. 102 fort. Vergl. über Georg Döfflad das oben S. 131 ff. Gesagte.

39. Koller Katharina die Junge,

eine Kupferschmiedin Nr. 218. Als Tochter des Johann Biber und der Hege Margareta Nr. 260 heiratete sie um 1626 den den Kupferschmied Philipp Koller. Sie bekamen 2 Kinder: Georg 1627 und Katharina 1628. Ihr Mann war 1631 29 Jahre alt. Sie selbst scheint etwas älter gewesen zu sein.

1631 wurde sie mit Georg Köfflad als letzte Hexe von Wemding verbrannt.

40. Hasenmair Apollonia

verbrachte ihre alten Tage als Pfündnerin im Spitale. 1630 oder 1631 beschloß sie im Kerker in Folge der ausgestandenen Leiden unter dem Verdachte der Hexerei ihr armes Leben.

Zweiter Abschnitt.

Die seelsorgliche Behandlung der Hexen.

Was diesen schwierigen Gegenstand betrifft, so kann die geschichtliche Forschung selbstverständlich nur über das Aufschluß geben, was bei der seelsorglichen Behandlung der Hexen in die Öffentlichkeit trat. Jene erschütternden Seelenkämpfe, die sich gar oft bei dem geheimen Verlehere zwischen Sünder und Priester im heiligen Beichtgerichte im Innern der Weiden abgespielt haben werden, entziehen sich der geschichtlichen Betrachtung.

Es ist auffallend, daß in Wemding und anderswo die meisten Hexenleute voll Reue über ihre Greuelthaten gestorben sind, obwohl man bestimmt annehmen kann, daß sie sich tatsächlich dieser Greuelthaten nicht schuldig gemacht hatten. Wir lesen vom alten Bürgermeister Matthäus Eppe (act. 458 vergl. oben S. 170), daß „er in seiner jetzt wehrenden Verhaftung seine begangenen Sündt und Missetaten bitterlich beweint und bereut“ hat. Von der Sternwirtin Magdalena Mad heißt es (act. 458 vergl. oben S. 170 und unten S. 188), „daß Sie Ihre hechste verbrechen mit unaussprechlicher vergießung heißer trehnen hechlich bereute“. Daß es sich in diesen Fällen um einen gekünstelten Reueschmerz gehandelt habe, läßt sich unmöglich annehmen. Will man nun diese auffallende Erscheinung erklären, so reicht der Hinweis auf die Tortur nicht aus. Die Tortur konnte zwar unwahre Geständnisse erpressen, nicht aber einen Reueschmerz in der Seele der Gefolterten auslösen. Meines Erachtens liegen hier merkwürdige Fälle von Suggestion vor. Versetze man sich einmal in die Seelenstimmung der Unholde. Zeugen, Richter und vielleicht sogar ihr Beichtvater hielten ihnen immer wieder im Tone völliger Überzeugung vor, daß sie Hexenleute seien. Oft und oft hatten die armen Menschen gehört, daß es in Deutschland allüberall nur so von Hexen wimmelte und wie leicht man in dieses Laster verfallen könne. Viele der Hexen waren alte, geistig und körperlich bereits minderwertige Personen. Dazu kamen die Einschlüchterungen seitens der Richter und die Qualen der Folter, die

nur allzu sehr geeignet waren, die ruhige Urteilskraft der Gefangenen zu erschüttern. Endlich mochten sich manche Unholde bewußt sein, daß sie sich kleine abergläubische Handlungen früher tatsächlich zuschulden hatten kommen lassen. Ist es da verwunderlich, wenn sich die Leute schließlich einreden ließen, sie seien wirkliche Unholde, und wenn sie sich zu den abenteuérlichsten Urgichten verstanden?

Was den Alerus betrifft, so teilte er wohl im allgemeinen die Wahngedanken der Zeit. Es scheint aber schon frühzeitig gerade in den Kreisen jener Priester, die sich mit der Hexenseelsorge zu beschäftigen hatten, eine kräftige Reaktion gegen diese Wahngedanken vorhanden gewesen zu sein und sich bald da bald dort, wenn auch ohne nachhaltige Wirkung, deutlich bemerkbar gemacht zu haben. Stadtpfarrer Leonhard Mayr¹ zu St. Peter in Neuburg a. D. schrieb am Schlusse des schrecklichen Hexenjahres 1630 folgenden Stoßseufzer in die Sterbematrikel seiner Pfarrei: „So hat also das Jahr ein Ende gehabt; Gott gebe, daß auch jene äußerst verdächtige Art des Prozedierens (wider die Hexen) ein Ende habe.“ Bekannt ist, daß der Jesuitenpater Friedrich von Spee, nachdem er als Beichtvater in Würzburg an zweihundert als Hexen und Hexenmeister Verurteilte zu ihrem letzten Gange vorbereitet hatte, offen die Überzeugung aussprach, es sei kein einziger darunter schuldig gewesen.² Man mag es beklagen, daß sich diese Stimmen nicht noch energischer und zahlreicher hervorgewagt haben.

Die Instruktion vom Jahre 1622 (fol. 316 b f.) beschäftigt sich mit den Unholden nach vollzogenem Bekenntnisse und schreibt dann: „Wie auch so lang all solche zauberische Personen gefänglich verhaftt, geistliche sachen, als Weihwasser, Krutzifix, geistliche Bilder, Agnus Dei und dergleichen gegenwertig seyn sollen, damit des Teufels gewalt verhindert werde. Es sollen auch die Priester solche gefangene Personen jederzeit threulich vermahnen zu bueffertigen Leben, wahrer Reu der Sündten und christlicher Inbrünstiger Lieb, damit Ewe Gott dem Herrn wider mögen versöhnt werden . . . Und dierweillen die Erfahrung lautter zu erkennen gibt, daß es nicht quett, das man (zuvor und ehe die Malefizperson sich mit beständiger Belhantnuß und Neuigen bueffertigen Herzen zu der Beicht geschickt macht) die Priester allein zu Ihnen lassen, derowegen soll der judex solches außer der Beicht keineswegs gestatten, sondern ihnen allzeit ain oder zwo Personen, welche bey der Besprechung gewesen, da er, judex, anders selbst nicht darbey seyn kann, zuaignen, auch nit vergohnen, das Ewe haimblich mitainander reden, sondern der Priester soll sye zur

¹ Sipowsky, S. 209 f.

² Vergl. Mezler S. 248.

Gedult, bekennung der Wahrheit, zu widersagung des Teuffels eingeben und gethonen glühts, zu wahrer Reue und Bueß vermahnen und Ihnen zu der revocation nit ursach geben, oder dieselbe ohne wichtige Ursachen von Ihnen annehmen.“ Diese Vorschriften mit ihrem reichen Maße von Mißtrauen in die mit der Hegenseelsorge betrauten Priester ist ein neuer Beweis, wie sehr sich manche Priester Mühe gaben, die bedauernswerten Opfer der Hexenprozesse zu retten.

Die wichtigste Aufgabe der Seelsorger bestand darin, daß sie die Verurteilten auf einen würdigen Empfang der heiligen Sakramente der Buße und des Altars vorbereiteten. Der Empfang selbst fand statt, nachdem das öffentliche Mafesizrecht¹ auf den folgenden dritten Tag dem Gefangenen angekündigt war. Die Instruktion von 1622 sagt noch genauer (fol. 319 b): „Und als wie obvermelt solche Mafesizpersohnen durch die Priester mit sonderm Bleiß zu der Bueß vermahnet werden, soll denselben ain tag zuvor, ehe dann Eie den Gerichtstag haben, oder aber, so ursachen und Verhinderungen vorhanden, außs wenigst 4 Stundt vor dem Todt daß hl. Sacrament gereicht werden. Bey welchen aber kein richtig Bueß, sondern ein teuflisch, halsstarrige Verstockung gefunden wirdt, denselben soll das heil. Sacrament mit nichten geraicht werden“.

Die Autoren jener Zeit regen unter andern die Frage an, wie sich der Beichtvater Personen gegenüber zu verhalten habe, die in und außer der Tortur andere Mitmenschen fälschlich der Hegerie bezichtigt hatten. Darauf erwidert Dr. Waizenegger (S. 23 u. 92): „Es ist wohl die allgemeine Ansicht der Theologen, daß ein Unhold, der eine unschuldige Person denunziert hat, nicht bloß vor, sondern auch nach seiner Verurteilung verpflichtet ist, die falsche Denunziation zu widerrufen, und daß er hiezu von einem klugen Beichtvater angehalten werden muß“. Eine zweite Frage, ob der Beichtvater den Widerruf bereits geständiger Hexen veranlassen oder begünstigen darf, beantwortet Dr. Waizenegger in folgender Art (S. 45 und 180): „Die Beichtväter müssen in diesem Stücke vorsichtig sein, daß sie nicht die Angeklagten in ungehöriger Weise (importuna) zum Widerrufe ihres Bekenntnisses veranlassen, weil Niemanden erlaubt ist, die wider das allgemeine Beste und zum Schaden rechtschaffener Leute verübten Bosheiten der Angeklagten durch List und Lügen zu verdecken. Wenn aber der Angeklagte selbst ununterbrochen behauptet, daß ihm das Bekenntnis durch die heftigen Torturen oder durch Einschüchterung abgenötigt worden sei, und Umstände mit Wahrscheinlichkeit darauf hinweisen, dann ist es dem Beichtvater nicht verwehrt, den Schutz des verurteilten Angeklagten zu übernehmen und den Widerruf dem

¹ Vergl. Carolina art. 102. M. P. O. tit VI, art. 3, § 820.
 Bd. 57.

Richter, sofern eine Hoffnung besteht, daß derselbe nach reiflicher Erwägung der Sache sich umstimmen läßt, zu unterbreiten. Besteht keine Hoffnung, so ist es ratsamer, den Angeklagten zu trösten und zu ermahnen, er möge nach dem Beispielen der Märtyrer die kurze Todesstrafe standhaft ertragen und die für andere Sünden verdienten dauernden Strafen des andern Lebens damit sühnen“.¹

War der Todestag des Unglücklichen gekommen, so wurde für ihn in der Frühe bei St. Emeram eine heilige Messe gelesen. Bei seinem letzten Gange zur Richtstätte befand sich in seiner Nähe nach der Vorschrift der Carolina art. 102 wenigstens ein Priester, um ihn mit Gebeten und liebevollen Ermahnungen aufrecht zu halten. Im übrigen aber blieben ihm andere Christenrechte versagt. Seine Asche wurde nicht in den Gottesacker verbracht, sondern dem Spiele der Witterung überlassen. Ihm läutete nicht die Sterbglöcke der Pfarrkirche. Es wurde kein öffentlicher Leichengottesdienst für ihn gehalten, wenn auch manche Hexen private hl. Messen für ihre Seelenruhe bestellen konnten. Es wurde nicht einmal sein Name in das Sterbepuch der Pfarrei Wemding eingetragen. Ich füge das alles, obschon es bereits oben mitgeteilt worden ist, des Zusammenhangs wegen noch einmal hier an.

Man legte mit Recht Gewicht darauf, daß nur wohlgefahrene Priester die Seelsorge des Hexenvolkes übernahmen. In dieser Hinsicht verordnet die Instruktion vom Jahre 1622 (fol. 317 a) folgendes: „In allweg aber soll der judex guette Achtung und vleissige fürsorg tragen, damit solchen Mallefizpersohnen geschickte, taugliche und gottseelige Priester (welche, zuvor und ehe sye obbemeldte Mallefizpersohnen besuechen, von dem judex Ihres thuens und gethonner Bekhandtnuß wohl informiert werden sollen) zu ordnen, und da man der orthen mit dergleichen qualificirten Priestern nit versehen, sollen sye von andern nechsten liegenden Orthn darzue erfordt und berueffen werden.“

In der ersten Hexenperiode waren zu Wemding Jesuitenväter mit der Pastoration der Hexen betraut worden. Suttner schreibt darüber: „Im Jahre [1609 und 1610]² wurden die Jesuiten (aus Eichstätt)⁴ nach Wemding berufen, um 10 ver-

¹ Vergl. Carolina art. 103.

² „Katholische Blätter aus Franken“ (Biographie des Eichstättener Fürstbischofs Christoph von Westerhütten). Bamberg 1852. S. 337 ff.

³ Die beiden Zahlen 1609 und 1610 sind von mir eingesetzt. Suttner schreibt irrthümlicherweise 1612. In diesem Jahre sind aber keine Hexenbrände vorgenommen worden. Der Irrtum Suttners ist auch in die Geschichte der Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt von Sag, Landshut 1884, S. 514, übernommen worden.

⁴ Der Ort Eichstätt ist aus Gründen der Wahrscheinlichkeit von mir eingefügt.

urteilte Unholden auf den Richtplatz zu begleiten, und protestantische Prediger beobachteten sie, um ihre Weise, den Unglücklichen beizustehen, ihnen abzulernen.“

Wie es in der zweiten Hegerperiode diesbezüglich gehalten wurde, ist mir unbekannt. Vermutlich trug damals die Wemdinger Ortsgeistlichkeit die schwere Bürde der Hegerseelsorge.

Dritter Abschnitt.

Güterkonfiskation und Gerichtsgebühren.

In den Jahren 1609 und 1610 galt in Wemding der Grundsatz, daß nicht bloß das persönliche Eigentum einer Heger, sondern auch das ganze Vermögen der Familie, wozu die Heger gehörte, dem Staate nach ihrem Tode verfallen sei. Dies ergibt sich klar aus sechs Wemdinger Schriftstücken, die unter dem Titel: „herzoglich bayr. Aktenprodukte, den Rücklaß wegen Hegererei hingerichteter Personen zu Wemding betreffend, 1609 Nr. 28“ noch im Reichsarchive zu München vorhanden sind. Nur eines ist datiert. In Nr. 1 schreibt der Pfleger Konrad von Bemelberg an den Herzog Max, man habe auf seinen Befehl von vier jüngst wegen Hegererei hingerichteter Personen deren Verlassenschaft „anfangs inventirt, hernach confiscirt und wirklich eingezogen“. Er lege seinem Berichte ein Verzeichnis bei, was die justifizierten Personen ad pias causas vermacht hätten. Der hingerichtete Vader¹ habe vor seiner justification auf das demütigste und flehentlichste gebeten, seinem zu Dillingen studierenden Sohne, qui optimae vitae et magnae exspectationis sei, zur Fortsetzung seiner studien 100 fl. vor andern aus lauter Gnade folgen zu lassen. Das Datum lautet: Wemding den 13. Nov. 1609. In Nr. 2 klagt Andreas Schmidt² dem Herzog Max „mit herzbetrübten gemüt“, daß all sein und seines hingerichteten Weibs Hab und Gut inventiert und konfigniert worden sei. Als „jezt herzklaidiger Hinterlassener 57 jähriger Mann, der 14 Jahre dem Herzog für einen Forstknecht, dann dem Herrn Konrad dem alten von Bemelberg in die 26 Jahre für einen Jäger gedient habe“, stelle er, nachdem er sich einst zu seiner hingerichteten Hausfrau ehepflichtig mit 200 fl. eingelassen, während sie ihm nur ein Krautgärtlein in die 30 fl. wert zugebracht habe, an den Herzog die innigste Bitte, daß man ihm seinen Besiß nach Abzug aller wegen seiner Hausfrau angelaufenen Unkosten gnädigst lassen möge. Ganz ähnlich bittet Schuhmacher Jakob Schmidt³ in Nr. 3

¹ Leonhard Keller vergl. S. 164.

² Vergl. S. 163.

³ Vergl. S. 163.

den Herzog: „Ich habe Donnerstag den 5. diß Monats¹ Novembers mit bekümmertem Gemüt vernommen, in was gefertliches Laster der Hegererei Ew. frstl. Drchl. Unterthanin Barbara Schmidtin geraten; darum sie vor dem Malefizrecht vom Leben zum Todt mit Feuer gestraft; hiernach alles verlassen hab und Gut von dem Pflegamt in Wemding inventiert und consigniert worden, — Alß hab ich armer unschuldiger Witiber Ew. frstl. Barmherzigkeit anzurufen, daß ich und meine 3 Kinderlein bei solchem schlechten vorhandenen Häuslein, daran ich in die 160 fl. zu nachfristn schuldig bin, und wenigen Feldstücken, über meiner hingerichteten Hausfrau aufgelaufenen Unkosten, verbleiben möge.“ In Nro. 4 flehen die 7 hinterbliebenen Kinder² des Baders Leonhard Keller den Herzog um seine Milde bezüglich ihres Vermögens an: Nachdem ihr Vater Leonhard Keller, Bader, und Anna, seine Frau, am 5. November vor dem Malefizrecht vom Leben zum Todt mit Feuer zu Aschen verbrannt gestraft, hiernach all ihr verlassen hab und Gut von dem Pflegamt alhier inventirt und consignirt worden sei, so möge der Herzog Gnade walten lassen, „daß man uns unschuldigen unsers Vaters und Mutters Verlassenschaft zu unserer zeitlichen Unterhaltung angedeihen lasse“. In Nro. 5 stellt Benedikt Keller im Anschluß an das Gesamtbittgesuch der Kellerschen Kinder die besondere Bitte, man möchte ihm, wie sein Vater vor seinem Tode gewünscht habe, die Badstube *salva venia* in Gnaden belassen. In Nro. 6 endlich wenden sich die Erben der Anna Schwalber³ an den Herzog, daß auch sie von der Konfiskation des elterlichen Vermögens verschont bleiben möchten. Interessant ist die Motivierung des Bittgesuches. „nach etlich Rechtsgelehrter mainung sollen im laster der Hegererey ergriffener und überzeugter Persohnen hinterlassene Güter secundum jura codicis dem Fiskus heimgehen und unterwürfig sein, welche mainung doch auch viel anstoß erleide.“ Möge dem sein wie ihm wolle, so solle der Fürst Barmherzigkeit üben. Alle Habe sei vom Vater selig und der hingerichteten Mutter „mit irer sehr harten sauren, täglichen Hand- und Feldarbeit, meistens mit dem Fuhrwerk erobert worden“. Der Fürst möge auch bedenken, was die Wemdinger als Grenzbewohner Lasten und Gefahren für den Fürsten wider die Sektischen zu tragen hätten.

Die totale Gütereinziehung 1609 und 1610 war auch der Grund, warum damals mehrere Verurteilte, die doch mit Glücksgütern keineswegs reich gesegnet waren, vor ihrem Tode ganz erhebliche Legate zu frommen Zwecken testierten. Es

¹ 5. November 1609.

² Ihre Namen siehe S. 164.

³ Vergl. oben S. 165.

schenkten nämlich, wie Anogler S. 101 b berichtet, vier Hexen: Katharina Fromm, Anna Gempf, Anna Schwalber und Margareta Endres¹ je 350 fl. ad pias causas. Das Geld verwendete Stadtpfarrer Dr. Waizenegger mit Genehmigung des Landesherrn zur Wiederherstellung der höchst schadhast gewordenen Pfarrkirche von Wemding. Vor die Wahl gestellt, ihr Erspartes entweder ganz dem Fiskus zu überlassen oder einen Teil desselben zu guten Zwecken herzugeben, machten die armen Leute von letzterem einen möglichst ergiebigen Gebrauch.

Man hat wohl damals auch bei Hofe empfunden, daß die Einziehung des ganzen Vermögens einer Familie, in deren Schoß sich leider eine Hexenperson befand, nur schwer gerechtfertigt werden könne. Denn alle Bittgesuche, von denen kurz vorher die Rede war, fanden bei der höchsten Stelle geneigtes Gehör.

Ein Beweis von etwas milderen Anschauungen ist auch das Landgebot, das Herzog Max im Jahre 1611, also unmittelbar nach den ersten Wemdinger Hexenprozessen, wider den Aberglauben in seinen Landen erließ. Dieses Landgebot zählt im ersten Teile die gebräuchlichsten Formen des damaligen Aberglaubens auf. Der zweite Teil enthält in 16 Artikeln die Strafbestimmungen, durch welche der Landesherr diesen Aberglauben unterdrücken zu können hoffte. Ich will fünf dieser Artikel, da sie sich mit der Vermögenskonfiskation der Hexen beschäftigten, des besseren Verständnisses halber im Wortlaute hier anführen.

1. Artikel.

Ein jedwederer so den bösen Geist oder den Teuffel solcher gestalt und mainung, als wie Gott, außtrudlich anruffet oder anbettet, soll mit dem Feur vom leben zum todt gerichtet, und seine Haab und Gütter der Obrigkeit mit der maß und Ordnung, wie in gemeinen beschribenen Rechten herkombt, ut liberis portiones relinquantur, eingezogen werden.

2. Artikel.

Wer den Teuffel mit außtrudlichen worten anruffet, aber doch nicht als wie Gott. oder, von wem man billich vermuten, und nicht wol anders wissen, vermessen, oder sagen und darfür halten kan, als daß er den Teuffel angeruffen, gestaltsame da einer die Teuffel durch ohnzuleffige Magische oder Schwarzkünstlerisch mittel zu und nach seinem willen beschweren thut, oder spiritum familiarem, das ist, einen vermeintlich eingesperten und gefangnen bösen Geist bey ime oder in seiner gewalt hat, im sahl derselb nicht sonsten etwas anders verbrochen, deßwegen er ein höhere oder größere straff verdient, der solle

¹ Siehe oben S. 164 ff.

mit dem Schwert gerichtet und nacher zu Aschen verbrent, auch seine Haab und Güter eingezogen werden.

9. Artikel.

Befünde sich wieder jemandt, daß er mit dem bösen Feindt sein außtrudlichen pact, verbündnus, gemeinschafft, thuen lassen, es seye mit Worten oder Werken gehabt, der solle mit peynlicher frag angegriffen, und die wahrheit von ihm gebracht, ob er den Teuffel außtrudlich, wie Gott den Herrn selbst, angerufft, angebettet, verehret, und alsdann, da sich solches befünde, gegen ihm, wie oben bey dem ersten Articul vermeldt, mit der Feursstraff, und einziehung seiner Haab und Güter verfahren werden.

10. Artikel.

Diejenige so nicht allein den Teuffel wie Gott angeruffen, angebettet, und verehret, sonder noch darzu Menschen, Viech, und den Früchten durch Zauberey Schaden zugefügt, sollen mit ebenmessiger straf des Feurs und einziehung der Güter, auch nach gestaltsame begangener missethaten und schäden, ehe sie in das Feur gesetzt, am Leib als mit eim, zweyen oder mehr griffen, durch glühende Zangen oder sonsten abgebließt werden.

11. Artikel.

Da sich aber bey dergleichen Zauberer, Hexen und Unholden nit befünde, daß sie den Teuffel wie Gott angeruffen, angebettet oder verehret, noch denselben sonst mit außtrudlichen Worten angeruffen oder unsäglige und mehr dann Sodomitische ungeheure gemeinschafft mit ihm gehabt, die dennoch durch Zauberey oder giffit jemandts Schaden gethan, die sollen vermög der Peynlichen Halsgerichts ordnung gestrafft, und ire Güter den Erben gelassen werden.

Aus diesen Artikeln ergibt sich, daß man zwischen einfacher und qualifizierter Hexerei unterschied. Bei einfacher Hexerei wurde von Einziehung des Vermögens ganz abgesehen und den Erben die Hinterlassenschaft eines Verurteilten ungeschmälert ausgeliefert (art. 11). Aber auch bei qualifizierter Hexerei fand nur mehr eine beschränkte Einziehung statt, indem den Kindern Teile des Vermögens gelassen wurden (art. 1).

Die Malefizprozeßordnung vom Jahre 1616 begnügt sich bezüglich der Konfiskation tit. VII art. 2 §. 822 mit der kurzen Erklärung: „Were das verbrechen also beschaffen, daß nit allein der Leib gestrafft, sonder auch vermög der Recht des Thäters Guet konfisziert werden möcht, darinn soll dem Landtsfürsten des Guets halben sein Recht und Obrigkeit vorbehalten sein.“ Die Instruktion vom Jahre 1622 äußert sich gar nicht zur Konfiskation. Also war bei Beginn der zweiten Hexenprozesse in Wemding das Landgebot geltendes Recht.

Da erwarb sich nun Dr. Valentin Schmid, der, wie wir gehört haben, in den Jahren 1629 bis 1631 als Hegenkommissär zu Wemding tätig war, ein unleugbares Verdienst, indem durch sein Zutun die Einziehung der Hegen Güter ganz aufgehoben wurde.¹ Infolgedessen kam die Verlassenschaft sämtlicher Unglücklichen, die vom 14. März 1629 bis zum Frühjahr 1631 verbrannt wurden, ihren Hinterbliebenen zugute.

Ich erwähne hier noch eines kleinen Kompetenzkonfliktes, der „wegen der Inventur der Malefizpersonen hab und gütter“ zu Anfang des Jahres 1629 ausgebrochen war, ob nämlich das Pölegamt oder, wie es bisher in Kriminalfällen üblich war, die Stadt allein diese Formalität zu besorgen habe. Der Streit wurde interimistisch durch eine kurfürstliche Erklärung beigelegt. „Damit inmittels keinem Teil noch der Delinquenten Erben und Creditoren präjudizirt werden möge, als haben S. churf. Drchl. wegen der jetzigen und künftigen Hegen vermögen sub dato 5. dieses Monats März (1629) gnädigst bevelch ergehen lassen, daß vor der execution vorseßtes Pölegamt neben Bürgermeister und Rath biß zum Auftrag erwähnter Streitigkeit die annotation oder inventur vornehmen solle.“²

Was die Gerichtsgebühren betrifft, so galten damals nach Wämpel: *summa processus criminalis* folgende Grundsätze:

Wenn ein Angeklagter im Kerker oder dessen Verwandte zum Beweise seiner Unschuld Zeugen aufbringen wollen, dann sind diese auf ihre Kosten zu befragen; sind sie aber aus Armut nicht imstande, die Auslagen zu bestreiten und das zu leisten, was zum Nachweis der Unschuld des Angeklagten nötig ist, dann muß die Obrigkeit hiefür aus öffentlichen Mitteln aufkommen. (n. 6 S. 67.)

Nach bayrischem Rechte ist eine Gebühr von 6 Kreuzern an die Schreiber und die Untersuchenden für die Abhörnung eines jeden Zeugen und die Protokollierung seiner Aussage zu entrichten. (n. 8 S. 68.)

Hat ein Angeklagter die Indizien durch die Tortur von sich abgewälzt, so muß er nach seiner Freisprechung und Entlassung die Verpflegungskosten bezahlen. (n. 9 S. 68.)

¹ Am 19. Oktober 1634 (act. 458) schreibt Dr. Valentin Schmid an die Stadt: „Ich habe den gefährlichen Hegenprozeß in das dritte Jahr geführt und darinnen mich also gegen der Justifizirten Verlohnern haab und Güeter verhalten, das sowohl die Lebensstraff gelindert, als auch die confiscation der Güter aufgehoben worden ist.“

² Entnommen einem Schriftstücke vom 13. März 1629 (act. 458), in welchem die 3 Kontrahenten Dr. Johann Valentin Schmid und Balthasar Vogl seitens des Pölegamtes und Stadtschreiber Georg Lang seitens der Stadt sich in diesem Kompetenzkonflikt einigen.

Wenn ein Angeklagter die Todesstrafe erleidet, so bezahlt er nach der Gewohnheit vieler Orte durch seinen Tod alle Verpflegungskosten, so daß dieselben von den Erben nicht erhoben werden können. (n. 12 S. 68. 69.)

Es hat sich in dieser Hinsicht ein jeder Gefängnisverwalter an die in seinem Orte herrschende Sitte zu halten. (n. 15 S. 69.)

Bezüglich der Konsultation von Rechtserfahrenen wird in Bayern eine Unterscheidung gemacht. Gibt der Hofrat oder die herzogliche Regierung wegen der Schwierigkeit eines Falles den Sachwaltern den Auftrag, sie sollen, falls ihnen die Sache zu schwer vorkomme, den Rat von Rechtserfahrenen einholen, dann kann der Bannrichter diese Konsultation ohne seine Kosten bewerkstelligen; wird aber ein solcher Auftrag nicht erteilt, dann muß er auf seine Kosten die Rechtserfahrenen befragen. (n. 21 S. 70.) Der Angeklagte darf zur Bestreitung dieser Kosten nicht herangezogen werden. (n. 8 S. 68.)

Alle andern Auslagen, wie die Sporteln und die Entschädigungen der Richter, der Beisitzer, der Schreiber, der Gerichtsdieners, der Wächter, des Nachrichteners und seiner Gehilfen, muß die Obrigkeit übernehmen. (n. 22 S. 70.)

Inwieweit nun diese Grundsätze in Wemding zur Anwendung kamen, darüber läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da das städtische Archiv keine Gebührenrechnungen enthält und in den Akten immer nur im allgemeinen von den „Unkosten“ der Hingerichteten die Rede ist. In zwei Punkten geben indes die Akten Aufschluß. Es bezahlte nämlich die Stadt Wemding an die Universität Ingolstadt „umb 4 Hegenpersonen peinlich begreifender Urthl.“ am 23. Sept. 1609¹ 32 Reichstaler und 3 Kreuzer. Dann hatte die Verlassenschaft der hingerichteten Hegenleute kraft kurfürstlichen Deputates² die Verpflichtung, für den Gehalt der beiden Kommissäre Dr. Johann Valentin Schmid und Dr. Johann Georg Pittinger aufzukommen. Dr. Schmid war Kommissär vom Herbst 1628 an bis in den Sommer 1631:³ in das dritte Jahr, wie er selbst sagt, und bezog „täglich vier Gulden wie auch jährlich 400 fl. recompens.“⁴ Dr. Pittinger übte sein Kommissariat vom 10. Februar 1632 bis zum Palmsonntag dieses Jahres aus und mußte dann noch 1½ Jahre notgedrungen in Wemding aus-

¹ Vergl. unten S. 187.

² Schreiben des Dr. Schmid an die Stadt v. 19. Okt. 1634 act. 458 und Schreiben des Dr. Pittinger an den Kurfürsten vom Jahre 1636 act. 458.

³ Vergl. oben S. 159.

⁴ Schreiben des Dr. Schmid an die Stadt v. 19. Okt. 1634 act. 458. Die Worte „täglich vier Gulden“ werden wohl nur so zu verstehen sein, daß Dr. Schmid für jeden Gerichtstag 4 fl. Diäten verrechnen durfte.

harren.¹ Ihm waren „jährlich 400 fl. als monatlich 33 fl. an ein deputat“ ausgesetzt. Die Auszahlung des Geldes besorgte das Pfliegamt,² die Einlassierung der Magistrat und zwar in der Weise, daß die Einzelnen je nach ihren Vermögensverhältnissen in Anspruch genommen wurden. Allein dieses Geld wollte gar nicht pünktlich eingehen. Erben und Magistrat wußten immer neue Vorwände auszufinnen, um ihre lästige Verpflichtung entweder ganz von sich abzumwälzen oder doch möglichst lange unerfüllt hinauszuschieben. Am 19. Oktober 1634, also 3 Jahre nach seinem Abzug von Wemding, schreibt Dr. Schmid folgenden Brief an den Magistrat: „Ich habe den gefährlichen Hegenprozeß in daß dritte Jahr geführt und darinnen mich also gegen die Justifizierten Versohnen haab und Güeter verhalten, daß sowohl die Lebensstraff gelindert, als auch die confiscation der Güter aufgehoben worden ist. Obwohlen nun krafft churf. Deputats mir täglich vier Gulden wie auch jährlich 400 fl. recompens auß der justificirten Vermögen assignirt und verordnet wordten, so hab ich dennoch meines Rests, so sich auf 305 Gulden erstreckt, bis dato ermangelt und meine löstte Underhaltung allhie auß meinem Säckel bezahlen müssen.

Wenn ich aber der Churf. Gnedigsten Befelchen mich erinnere, welchen den justificirten Hegenpersohnen die Entrichtung aller billichmäßigen Unthosten auferladen, benebenß die natürliche Billigkeit einen jeden zu Bezahlung aines durch sein Schuldt verursachten Unthosten antreibt, und ich nit befinden than, warumben meine als gewesten commissarii restirende Zehrung unter die billiche expensen nit solle oder möge zuvorderst gezehlet werden, als bin ich verursacht worden, meinen obgedeuten Rest bey der hingerichtten Verlassenschaft und Erben (nach Besag eingeschlossener Verzeichnuß)³ als ein rechtmäßige Schuld zu suchen und die herren erster instanz als der meisten Interessenten ordentliche Obrigkeit dienstfreundlich anzulangen, daß Selbige mir hierzu entweder durch gutlich oder Obrigkeitliche mittel verhelfen und die außthailung nach proportion des Vermögens anstößen zu wollen.

Sintemalen höchstgedachte churf. Dtl. etwan nit bedacht noch schuldig seyndt, mir mein praetension auß Iren Churf. eigenen gefallen, sondern auß der delinquenten Säckel, wie es mit anderen Ausgaben jeder Zeit practicirt wordten, gutt zu machen.“ (act. 458.)

Dieser Brief hatte die Wirkung, daß der Magistrat wenig-

¹ Bergl. oben S. 160.

² Schreiben des Dr. Bittinger an den Kurfürsten 1636 act. 458.

³ Dieses Verzeichnis ist die S. 165 angeführte Liste der 9 Hegenbrände und deren Opfer.

stens einen Anlauf nahm, dem Kommissär Dr. Schmid zu den 305 fl. Rest zu verhelfen. Eine für ihn am Martinitage 1635 vorgenommene Beitreibung lieferte folgendes Ergebnis (act. 458):

1. Matthäus Epples Erben 9 fl.
2. Magdalena Wack 6 fl.
3. Jakob Schnierle der Alte 2 fl.
4. Kaspar Müller 2 fl.
5. Susanna Schniger 1 fl.
6. Barbara Krabler 2 fl.
7. Melusina Langenbauer 3 fl.
8. Barbara Sieder 4 fl.
9. Christina Graf 1 fl 15 kr.
10. Katharina Fromm 2 fl.
11. Agnes Schneid 2 fl.
12. Brigitta Hainle 3 fl. 30 kr.
13. Apollonia Hainle 1 fl. 30 kr.
14. Anna Kalmair 1 fl. 30 kr.
15. Sibilla Ebermair 2 fl.
16. Agatha Schwalber ?
17. Maria Wischer 3 fl.
18. Apollonia Bessenmair 1 fl.
19. Katharina Kenner 2 fl.
20. Leonhard Heinleth 7 fl.
21. Margareta Kilg 1 fl.
22. Margareta Biber 2 fl.
23. Maria Kemmerling 2 fl.
24. Hans Dietrich 30 kr.
25. Jakob Dietrich 30 kr.
26. Philipp Amon ?
27. Georg Krabler 3 fl.
28. Katharina Jörg ?
29. Apollonia Wunderle 1 fl.
30. Katharina Koller die Alte 1 fl.
31. Kaspar Kilg 1 fl. 30 kr.
32. Elisabeth Höker von Lauterbach ?
33. Georg Löfflad 2 fl.
34. Katharina Koller die Junge 30 kr.
35. Maria Krager 1 fl.
36. Katharina Wasser 1 fl.
37. Barbara Stachl von Amerbach 1 fl.
38. Sibilla Löfflad von Laub 1 fl.
39. Elisabeth Schneid von Laub 1 fl.

Um den letzten Rest zu erhalten, mußte Dr. Schmid noch mehrere Jahre mit dem Magistrat brieflich unterhandeln. Erst im Jahre 1639 heißt es in einem Schreiben der Stadt (act. 458), daß die Forderungen Dr. Schmid's befriedigt seien.

Ähnlich ging es Dr. Pittinger. Er hatte noch im Jahre 1639 Rückstände im Betrage von 300 fl. bei der Stadt. Nach manchen vergeblichen Versuchen, zu seinem Guthaben zu gelangen, wandte er sich endlich beschwerdeführend unterm 13. Sept. 1639 an den Kurfürsten.¹ Wenn die Stadt Wemding vor- schütze, daß die Erben der Hingerichteten infolge ihrer Not und ihrer geringen Erbanteile nur äußerst schwer eine solche Summe aufbringen könnten, so seien im Gegenteil bei den Agnaten der Hexen noch Mittel genug zu haben. Der Kurfürst forderte die Stadt zur Rechenschaft auf. Nun schrieb der Magistrat am 17. Okt. 1639² zurück, daß Herr Dr. Joh. Georg Pittinger vor dem schwedischen Einfall den 10. Februar 1632 zur Fort- setzung des angefangenen Hexenprozesses allhero geschickt wor- den sei und also bis auf den 13. April,³ da die Stadt von dem Feinde okkupiert worden, 8 Wochen 5 Tage zugebracht, in solcher Zeit aber einige Personen zu Verhaft nicht gesetzt habe, zu geschweigen, daß er einen executionis actum exerziert und vollendet habe, derentwegen ihm von den Interessenten geholfen werden könnte. Seien also die Ansprüche des Herrn Dr. Pit- tinger überhaupt nicht begründet, so bestehe umsoweniger ein Grund, die Agnaten immer wieder heranzuziehen, als dieselben ihre Schuldigkeit Herrn Dr. Val. Schmid gegenüber getan hätten. — Welchen Ausgang dieser Streit nahm, ist aus den Akten nicht zu entnehmen. Vermutlich hat auch Dr. Pittinger seine 300 fl. erhalten.

Vierter Abschnitt.

Aktenstücke.

Nro. 1.

Schreiben der Stadt Wemding an die Universität Ingol- stadt vom 23. September 1609 eines Hexenurteils wegen.

Edl, Ehrenvest hochgelehrt . . . E. E. Frdl. haben auf hiebey bewahrten notis günstig ablesendtz zueverstehen, wie und waß gestalt Margaretha Schmidtin, sonsten Jägerin oder Peden genannt, in fensckliche Bewahrung eingegangen, hinczwischen auch von Ihr Frl. Drtl. Herzog Max zu Obern und Niderbayern 2c. unserm Gnedigisten Landtsfürsten und Herrn nach eingekom- mener erfahrung und unterthenigisten berichtlich anfügungen, hinwider zum hisigen Pfliegampt guter bevelch ausgefertiget, Barbara Schmidtin, ins gemain Dügels Well genannt, Len-

¹ act. 458.

² act. 458.

³ über dieses offenbar unrichtige Datum siehe oben S. 160 Anm.

hardten Kellern und seine Chewirthin umb Heyerey willen in femtliche Verhaft zu nehmen, welche hierüber Thails somohl guet als Peinlichen, auf orndtliche fragtuch examiniret. Waß dieselbigen dan bekhent und außgesagt, über solches von dem Pflegampt inquisition gepflogen, Kundtschafft eingenommen und daß alles an Ihr Frl. Ortl. underthenigist berichtlich gestüetet. Auf solches hiebey Verwahrter obgedachter vier umb Heyerey willen in fentlicher Haft enthaltener Personen guet und peinlicher Aussag sampt der einthommenen erfahrungen und entzwischen ergangener Alten ist just bevohlen worden, Inhalt beygelegnen gnedigsten Bevelchs, alle vier fürs malefig Recht zur stellen und waß Ihnen dasselbige gibt, ergehen lassen solle. Wann wir dann gemainer Stadt altem Herthommen nach jederweilen geurthlt, so haben wir, weil uns hochlobseeligster und milftister gedachtnuß Rhayser Carls peinliche Halsgerichts Ordnung zu des Rechts erfahrenen weist, nit underlassen sollen, bei E. E. Frdl. deßhalb Rechts zu erlernen.

Derowegen, waß mir uns hierin judicando gegen nebvernannte vier personen zuverhalten, Bitten E. E. Frdl. wir ganz diensltlich, die wollen uns sollich urthl under der hohen schuel Secret verfertiget zuthommen lassen.

Dabenebens haben E. E. Frdl. umb dieser 4 dachbesagter Personen peinlich begreifender Urthl 32 Reichstaller und 3 Kreuzer zu empfangen. Thun uns denselben damit diensltlich, vordrist in deß Allmechtigen gnadenreichen Segen bevehlen.

Datum Wemding den 23. September 1609

E. E. Frdl.

dienstwilliger

Burgermaister und Rath dasselbsten.

Nro. 2.

Eingabe der Angehörigen der Heye Magdalena Maß an den Kurfürsten, daß die Hinrichtung derselben wegen der Schande nicht öffentlich vollzogen werde. Magdalena Maß (vergl. oben S. 170) war die Frau des Sternwirthes Martin Maß und als Tochter des 1605 verstorbenen Stadt- und Gerichtschreibers Johann Lang die Schwester des Amtsbürgermeisters Quirin Lang, des Stadtschreibers Georg Lang usw. Die zweite Frau des Johann Lang war eine Schwester des Hofkanzlers Georg Brucklacher gewesen. Die Eingabe ging in der Nacht vom 23. Januar 1630 nach München ab, blieb aber, wie alle ähnlichen Eingaben, ohne Erfolg. Magdalena Maß erlitt am 6. Februar 1630 öffentlich den Heyentod. (act. 458.)

Durchleuchtigster Churfürst geruhen, diese unnsrer vast unaussprechentliche Bekhumernuß zu vernehmen und uns zu höchst bedirftiger erquidung mit gnedigster hilf zu erscheinen.

E. Churfürstl. Drtl. tragen ohn unserer hertzbelhummertliche erzehlung zuvor gnedigistes wissen, daß mein weib, darmit ich 4 noch lebendige kinder ehlich erworben und unsere Schwester Magdalena Mackin wegen deß abscheulichen lasters vonoficii halber, alhier in E. Churf. Drtl. verhaßft genommen. Wann wir nun in wehrender Ihrer custodi, mit höchstem ja größtem herzenlaidt vernommen, daß diese greuliche tath, darob billich ein christliches hertz versterben mechte, bey Ihr laider wahr befunden, dessetwegen wie wir weitleifig vernommen, sy Gott und dem malesiz bevolchen sey und wir aber in die traurmuetige gedankhen gerathen, es mechte eheist ein erbermliches blut-urtl ergehen. —

Als haben Ew. Churf. Drtl. wir neben andern blutsfreunden und verwandten diese sueßfellige Collect unterthenigist und demuetigist wollen übergeben, nicht zwar der Meinung, daß wir dieß laster mit dem geringsten jota zu extenuiren gedachten, sondern ainzig und Allein auß eingepflanztem natthlichen affect und nahender verwandtnuß willen, underthenigist zu bitten, daß Ew. Churf. Drtl. dero weltthündtig angeborener Churfürstl. Milte nach, an meinem Armen weib und unser Schwester Obangeregte Magdalena Mackin hohe und Churfürstliche Gnad einzuwenden, auch hierinen, neben Andern, die Nachgehende Umfstendt gnedigist zue beherzigen geruhen mechte, weillen erstlich Eze Ihre hechste verbrechen mit unaußsprechlicher vergiehung haßer trehnen hechlich beruuet, wir auch als bluett freund hiedurch, neben Stehts Empfindeten herzenlaidt in großem, ja gleichsamb unaußsprechlichen schimpf und spot gerathen, der sich aber, hoffentlich durch erzaigende Churfürstl. Milte baldt wurde Ringern, inmassen wir andere und sonsten in großer Anzahl enthaltene befreundte, darunter sich unser in Gott Ruhender lieber schwacher und vatter etc. Johann Lang, Ew. Churf. Drtl. biß in das 37. Jahr alhier gewester gericht und Stattschreiber, der dazemahlen jerlich nur umb 15 fl., doch aber hoffentlich treulich und ehrlich gedient, sich auch wegen der vor disen wider die Pfalz Neuburg gehalten allerhandt Streitigkeiten, dessen Ime jehiger Herr Cankler zue Landshut Zeugnuß geben würdt künden, seine miglichist doch schuldigist vleiß, daß alle sachen zur Richtigkeit gebracht ohne endtgeldt eine lange zeit angewendtet, nicht allein sondern unser lieben respective muetter bruder, Herr Johann Georg Brugglacher, beeder Rechten doctor Ew. Churf. Drtl. für ein hof Cankler sich biß in sein Endt gebrauchen lassen und noch andere mehr im leben befündet.

Bitten derentwegen gang flehentlich und demuetigist, Ew. Churf. Drtl. geruhen, unß diese hechste Gnad umb Gotts willen zu erzaigen, daß doch wir wegen meines weibs und der kinder, auch unsern Schwester deß offentlichen unaußsprech-

lichen Ewigen Spots Gnedigist verschondt und sye Ihres verbrechen willens, da es annderst sein than oder mag, nit also offentlich und mit den andern mechte justificiret; welche erzaigendte hohe gnadt (dero Gnedigiste modification Ew. Churf. Drtl. wûr underthenigist und demietigist anheimbs stöllen) mer gehorsambst zu demeriren, wollen wir mit unserm Eifrigen gebett gegen dem Allmechtigen deroselben hechst desiderirte friedfertige regierung und wol behegliche leibs vigor die Zeit unsers lebens inbrünstig nachzusetzen nit underlassen; Ew. Churfürstl. Drtl. umb hechst bedirfftige erquickung und decret zur beharlichen Churfürstl. Milten gnaden unß gehorsambist bevelchend

Ew. Chfr. Drtl.

unterthenigist: demietigist

herzbetriebte Arme Unterthanen.

Nro. 3.

Die älteste, den schwer leserlichen Schriftzügen nach aus dem Ende des 15. Jahrhunderts stammende Gerichtsordnung von Wemding, die auch bei den Hegenprozessen mit einigen Abänderungen zur Anwendung kam. (act. 431.) Sie trägt den Titel: processus in causa criminali ad poenam sanguinis ultimi suplicii. Dann heißt es:

Bemerckt wie die Gerichtsordnung über schedlich leut und übel dätter gehalten werden sol, wan die durch die Herschafft eingepracht und geschafft wurden, die in crafft unsers gnedigen Herrn regalia uff ware handtat und gichtig mund zu rechtfertigen.

Von erst sol man des armen vergicht mit dreien Geschwornen des rats, die bey der vergicht gewesen sint, bezeugen, die ware handtat angezaigt.

Zum andern sol man die ware handtat oder glaplichen schein von schuld oder gnügsam urkund davon haben und die sol in der rechtvertigung vor augen sein.

Zum dritten soll der aman von unserm gnedigen hern den pan uber das plut empfangen; des sollen die urtailsprecher ain wissen haben; es sollen auch der rat und besonder 12 urtlsprecher da sein und sullen vor den gesakten rechteg mit der herschafft under reden, damit hinnach nit irrung entste.

Item am driten tag vor dem gesakten rechteg soll dem gefangnen furo verkent¹ sein, sich zu beichten und das hailig sacrament zu empfangen; darauff n wird er umb sein ubeltat furgeführt und geurtailt, was war und recht sey.

Item am aubt² vor dem gesakten rechteg um vesperzeit

¹ vergönnt.

² Abend.

sol der puttel¹ dem gefangen verkunden zum dritten malen, daß er am morgend umb sein ubeltat furgfürt und hören werde darüber zu urtailen, was er verschult hat.

Item am gesakten rechte tag, su man ain meß gehalten hat und die gewonte tagzeit erscheint als ungefarlich um 6 oder 7 ur, sul man den gefangenen mit der² in den Stul öffentlichen setzen und sollen sich der aman, urtailsprecher und ratte mit ainander an die gerichtstat fügen, der aman, die urtlsprecher und rate haisen nidersitzen, darnach er auch mit seinem stab und also ersamlich sitzen plieben, biß zu ende der Sachen und der aman den stab also in der hand haben und den nit von im legen weder noch die urtlsprecher aufstehen on sonder urlach und erlapnuß des aman.

Item als dan fragt der aman den burgermaister also: burgermaister, ich frag euch auff den aid, ob das gericht mit euch und mir besetzt sey in crafft unsers gnedigen herrn Regalien und freiheit uber lip und leben zu richten.

antwort der burgermaister:

herr richter nachdem von unserm gnedigen herrn euch der pan verilhen und ir den von seiner fursilichen Gnad empfangen habt, ir und wir daher verordent sint, erkenn ich uff mein aid, das das gericht also mit euch und uns jeko besetzt sey uber lip und leben zu urtailen.

Desgleichen fragt der aman die andern urtailsprecher ainen nach dem andern also: n ich frag euch auch auff den aid.

antwort:

Ich verfolg dem burgermaister auff meinen aid.

Item darnach bevilht der aman, das man den armen wolverwart fursüren solle, und so der arme also gepunden durch den nachrichter fur gericht gebracht wurt, so heist der aman sein vergicht verlesen, und wan das beschicht, so fragt der aman die 3 des rats, so bey der vergicht gewesen sein also: n ich frag euch auff den aid, ob das des gefangenen vergicht sey.

antwort:

Herr richter, wie die vergicht jek da verlesen ist, also hat dieser gefangene arme die vor mir und andern bekennet; das sag ich auff meinen aid.

Und so die drei ir sag also getan haben, sullen die umb bainlich urtail gefragt werden; wa aber der gefangene sein vergicht bestritt, so tut es diser fragen nit nott.

Item darnach fragt der aman den burgermaister: auff des ware handtaten und vergicht frag ich euch des rechtens auff den ayb.

¹ Büttel, Scherge.

² Zwei Worte unleserlich.

antwort:

Herr richter, auß des waren handtat und verlesen ver-
gicht, so erkenne ich in crafft unsers gnedigen Herrn Regalia
auff meinen ayd zu richten, das diser gebundene arme mit
seiner ubeltat das leben vermurkt habe.

Desgleichen fragt man und antwurten die andern urtail-
sprecher, wie oben statt.

Item darnach fragt der aman den nachrichter: maister n,
du hast ain urtl gehört, das diser arme mit seiner ubeltadt
sein leben vermurkt hat; darum frag ich dich auff deinen aid,
wie man in von leben zum tod richten solle, damit der urtail
gnug beschee: zum ersten, zum andern und zum dritten malle.

antwort:

Herr richter, auff des verurtailten armen ubeltadt sag ich
auff meinen aid:

diebstall:

indem man in hinauß an den nechsten galgen füret; daran
sol man in mit dem strang druckner hand vom leben zum tod
richten, wie urtail und recht geben hat, damit fürs land und
leut mittels von waifen urtls vor im versichert werde.

straßraub:

das man in zu der gewonlichen hauptstatt auff furen und
soll in mit dem Swert ain plüttigen streich zwischen seinem
haupt und corper machen, damit er vom leben zum tod pracht
werde, als urtail und recht geben hat, auff das land und
leudt |: wie vor :|

morderen:

indem man in biß zu der gewonlichen richtstatt schlaiffen
und im seine glider und sein Hertz mit ainem rade zerprechen
sol, biß er vom leben zum tod bracht wurd, wie urtail und
recht geben hat, damit land und leut etc.

prand:

indem man in an die gewonliche richtstatt mit gefurter ¹
hand vom leben zum tod bringen oder zu eschen verprennen
sol, damit land und leut etc.

ertrennen:

daß man in inn ainen wasser, weyer, wann sein Hertz
ersticken ² und mit nasser hand vom leben zum tod bringen
soll etc.

viertailen:

daß man in sein hertz und aller ingwaid auß dem corper
werfen, den corper zu 4 stufen hauen und die in die 4 straßen
in den luft henken soll, damit er also mit pluttiger hand vom

¹ feuerversehener Hand.

² ersticken.

leben zum tod bracht werden sol, wie urtail und recht geben haben, damit furo land etc.

Also sol der nachrichter von aigentlichen underricht werden, wie er umb ein jede ubeltadt die Straff benemen sol.

Darauff bevilht der aman dem nachrichter, daß er volziehe, wie urtail und recht geben haben.

Also sol man in wol bewart auffuren und die vergicht aufruffen.

Und so das alles geschicht, so statt der aman und die urtailsprecher aller erst auff.

Und wan der nachrichter nach der egefulion den aman fragt, ob er recht gericht habe, Antwurt der aman: wan du in vom leben zum tod und wie geurtailt ist, gericht hast, so lass ich es dabey bleiben und wil darauff meinen gerichtstab zerbrechen.

Nro. 4.

Interrogatoria, darauf ungefehrlich die zauberisch oder Hegenpersohnen peinlich examinirt werden mechten. Diese Interrogatoria oder Fragstücke (vergl. oben S. 136) sind in der Instruktion vom Jahre 1622 fol. 313 b bis 316 b enthalten. Ich führe sie im Wortlaute deshalb hier an, weil sie eine klare Vorstellung von dem geben, was man damals dem Hegenvolle zumutete, und weil man sie höchstwahrscheinlich bei den Wemdinger Hegenprozessen der zweiten Periode dem Verfahren zugrunde legte.

Erstlich in gemain ihres Namens, Alters, das Ort, da sye geboren, und wer ir Vatter und Muetter seye.

Item was die Ursach, das Sie bey meniglich oder vill (wie es etwann in der Geschicht seyn wurdet) Hegenwerchs halben verruecht, verdecktig und im Geschrey seye.

Ob sye sich nit an den laydigen Sathan ergeben, Gott und seine Heiligen, auch die hl. sacramenta verlaugnet haben.

Wie sye hinder das Laster gerathen, waß sye darzue bewegt, wer sye es, und was sye für Stuck gelehret, wie und an waß Orten das geschehen, und wie lang sye es getriben habe.

Item was für Unehre sye den heyligen Sachen, sonderlich dem hl. sacrament, wann sye etwann communizirt, angethan habe, und was sye sonsten für Gottslästerung mehr getrieben.

Ob sye nit Zauberey getriben, das sye darmit zuekonstige Ding, Haimbligkeiten und Anschlag der Menschen erkennen wollen, durch Brillen sechen, oder dergleichen.

Ob sye sich auch nit understanden habe, mit sonderlichen Worten oder Teufelkünsten Kranckheiten zu vertreiben.

Was dasselb für Kranckheiten gewesen und was für Mittel sye dargegen gebraucht, gegen weme es geschehen.

Item ob sye nit Krankheiten und anders Uebl mehr den Leuten und dem Vieh, und wie sye ihnen daselb zuegefügt.

Welchen, wie oft und aus was Ursachen.

Ob denen, so etwan noch leben und also verlegt waren, nit mehr zu helfen seye, und wie.

Item ob sye nichts andern zu Verletzung eingraben habe, wohin, wo manns zu bekommen, und wann es geschehen.

Was es denjenigen, so es gemeint oder die sonst ungesehr darüber gehen, für Schaden bringen solle.

Item wo sye ihre Salben und hexische Sachen hinbehalten, wer ihr dieselbe geben, und aus wem die gemacht seyen.

Wie oft sye gefahren, auf welche Tagzeit und Stund, mit welchen Persohnen, und wer ihre Mitgesellschaft gewesen, was sye verbracht und gehandelt haben.

Ob sye nie und welchen Keller gefahren, den Wein ausgeschoffen und wer aller mitgewesen.

Ob ihr Mann oder contra deß Weib solcher Laster nie vermerkt und wie es hab verdeckt und verschwigen bleiben können.

Item ob sye nit Ungewitter, Regen, Reiff, Tonner, Blitz oder Hagel zu machen sich understandten, was Maas und Weis, wie oft und ob es Schaden gebracht, auch wann und wie es abgangen seye, was sye darzue gebraucht.

Wie ihr teufflicher Pueß heiße, was für Gemeinschaft sye mit demselben gehabt, und was Gestalt sye ihme verpundten.

Wie sye yberall zusammen kommen und was sye miteinander verbringen.

Ob sye nie in Gestalt wunderbahrlicher Thiere zu Erschreckung und Verblendung der Leut erschinen und in was Gestalt, wem, wo und wann.

Item ob keine Leut von ihr gelembt oder gar getödet worden, sonderlichen, ob sye die jungen Rinder nit verlegt, gestollen und hinweggeführt oder die ungetauften ausgraben oder vor dem hl. Tauf verlegt habe, wie vill, an was Orten und durch was Gestalten.

Was sye mit den ausgrabnen Rindern oder ihren Gepainneren gemacht, zugericht oder für Zauberey gebraucht.

Ob sye mit leinen Gifft umgangen, Schlangen oder andern vergiften Thieren, wann, und was sye damit gethonn, obs mit Zwispalt und Unainigkeit zwischen den Eheleuten zugericht, und was Mith und warumb.

Ob sye auch nit teuffliche unzüchtige Dieb hab gemacht oder geursacht, dardurch etwann die Frauen oder die Mannen zu Fall kommen und in Ehebruch oder andere unehrliche Sachen gerathen, gegen weme das beschehen, warumb und wie.

Obs auch nit Jungfrauen oder junge Gefellen gelernet,

mit dergleichen teuflischen Sachen ihren Muthwillen zu verbringen.

Welche dieselb gelernet, ob sye es zu lernen begehrt und angesprochen oder sye es ihnen selbstem zuegemuthet, was Orts und was sye darzue gebraucht.

Obs auch nit widerumben solche Sachen und maleficia aufgelösst habe.

Mit was seltsamen teuflischen Worten, Püegstaben und dergleichen zauberischen Seegen sye die Leut betrogen.

Obs keinen sein verlohren Guett durch solche Mittl zuwegen gebracht, weme, was sye darzue gebraucht, gerödt und wie sye es wissen mögen.

Item wann sye auch ausgefahren, an was Orten sye gemeiniglich seyen zusammen komen, wie vill der Hexen uss meist allweegen beeyinander gewesen, ob sye es alle, und wem Sye darunder gekendt. Wer die fürnembst gewesen, und was sye jedesmahls beschlossen haben.

Ob sye kainen nie mitgeführt habe, der sonst der Sachen nit interessirt seye, wenn und warumb.

Die ybrigen Fragstuck wird ein jeder Inquisitor, diemeill die Fäll unterschiedlich, selbstem seiner Discretion mit allen Umbstendten darzue zu thun wissen.

Das Haus Pfalz-Zweibrücken im bayerischen Erbfolgestreit bis zum Ausbruch des Krieges.

Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges

von Dr. Johann C. Schloesser.

(Schluß.)

6. Hofenfels in München.

König Friedrich war bei Görzens Ankunft in Berlin schon nach Schleffen zur Armee abgereist. Das Verhalten des Herzogs von Zweibrücken hatte ihm den rechtlichen Vorwand zu seinem Protest gegen das Vorgehen Österreichs geliefert. Auch Kaiser Joseph war zum Krieg bereit; aber der Beginn der Feindseligkeiten wurde noch verschoben. Auf die merkwürdige Immediatkorrespondenz zwischen den beiden Monarchen, die sich kampfbereit gegenüberstanden, folgten die Verhandlungen zwischen den preussischen Kabinetministern und Kobenzl in Berlin. Einen Erfolg versprach sich König Friedrich allerdings nicht davon, denn er wußte ganz genau, daß Österreich nicht gesonnen war, die erste Rolle im Reich mit Preußen zu teilen. Daß der Wiener Hof nicht nachgeben wollte, ersieht man aus seinem Vorgehen in Regensburg, München und Zweibrücken.

Am Sitz der Reichsversammlung sprachen die österreichischen Gesandten in hochfahrendem, fast verletzendem Tone von der Zweibrückener Protestnote und dem König von Preußen, über dessen wahre Absichten man dem Reich bald die Augen öffnen werde.¹ Sie kündigten dem Herzog eine strenge Zurechtweisung für sein unschickliches Benehmen an. Am 10. April erteilte der Wiener Hof seine offizielle Antwort auf die Noten vom

¹ Äußerung der österreichischen Minister an verschiedene Gesandte in Regensburg, den 27. März. M. A. R. 61. 419/13.

16. März.¹ In ihr wurde nur gegen Preußen eine offenbar vom Ärger über die mißlungenen Pläne eingegebene deutliche Sprache geführt, um die Hauptsache aber, die Ansprüche Zweibrückens, drückte sie sich sorgfältig herum. Dofensels sagte, ihr Inhalt sei so übel, daß man glauben möchte, ein schlechter Advokat habe sie gemacht, der eine faule Sache verteidige.² Schwarzenau bemerkte, sie sei so systematisch schwach und matt ausgefallen, daß er darüber habe lachen müssen.³ Eisebeck meinte, Preußen werde darauf erwidern, denn gegen König Friedrich sei ja die Erklärung hauptsächlich gerichtet. Mit Befriedigung stellte er fest, daß der angebliche Fehler bei der Austeilung der zweibrückischen Deklaration jetzt genügend gehoben sei, denn diese werde in der kaiserlichen Erklärung als bekannt angenommen, ohne daß eines Fehlers dabei Erwähnung getan werde.⁴

Schneidt teilte am 6. April dem Reichstagsdirektorium seine Entlassung aus dem zweibrückischen Dienst mit. Das vom 18. März datierte Entlassungsschreiben des Herzogs hatte er erst Tags zuvor erhalten. Die Geschäfte mußte vorläufig Poschinger versehen, denn ein Ersatz für Schneidt war nicht so leicht zu finden, da Schwarzenau bei der Auswahl eines für Zweibrücken geeigneten Kandidaten sehr kritisch vorging. Er wollte keine bestechliche Kreatur des Wiener Hofes in Regensburg dulden.⁵

In München wirkte die Herzogin Marianne auf das eifrigste für die gute Sache. Mit Leyden und Görz unterhielt sie einen regen Briefwechsel, Schwarzenaus Verhalten fand ihren vollen Beifall. Natürlich korrespondierte sie auch mit König Friedrich, um ihn von allen Begebenheiten in München zu unterrichten und ihn in kampfbereiter Stimmung zu erhalten. Denn sie war für Krieg, da sie von langen Verhandlungen nur Verluste an bayerischem Gebiet fürchtete, und jeder Gedanke an Länderverlust war ihr zuwider.⁶

Die bayerischen Patrioten gingen in ihrem Eifer und in ihrer Begeisterung für König Friedrich soweit, ihm für den bevorstehenden Krieg ein Freikorps anzubieten. Der Wiener Hof dagegen stellte an den Kurfürsten die unglaubliche Zumutung, seine Truppen mit den österreichischen gegen Preußen

¹ Kaiserl. königl. Gesandtschaftsäußerung vom 10. April 1778. Bollst. Samml. Bd. I. No. 26. Vgl. J. J. Moser, Staatsgeschichte des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen 1778–79 (Frankfurt 1779). III. § 53.

² Dofensels an Eisebeck, München, 14. April, M. A. N. bl. 424/2.

³ Poschinger an Dofensels, Regensburg, 12. April, ebd.

⁴ Eisebeck an Görz, Zweibrücken, 19. April; an Dofensels, 19. April, ebd.

⁵ Schwarzenau an den preussischen Kriegsminister, Regensburg, 13. April, B. A. N. XI. 33, fasc. 87.

⁶ H. Erhard, Herzogin Marianne von Bayern u. der Teschener Friede (Oberbayer. Archiv f. vaterländ. Geschichte 40. Bd.).

zu vereinigen. Da mußte nun Lehrbach doch erfahren, daß er seinen Einfluß überschätzt hatte: Karl Theodor war nicht zu bewegen, seine kleine Truppenmacht dem Kaiser zur Verfügung zu stellen, er wollte auf jeden Fall vollkommen neutral bleiben. Bieregg teilte bereits Anfang April dem Freiherrn von Hofensfels diesen Entschluß mit.¹

Die Austauschverhandlungen zwischen dem Wiener und dem Münchner Hof dauerten an. Kaunitz, der ganz Bayern an Österreich bringen wollte, schickte Ludwig von Lehrbach, einen Neffen des österreichischen Gesandten, nach München, um sich über die Einkünfte Bayerns und das Schuldenwesen zu unterrichten. Auch sollte er die Grenzen des dem Wiener Hof durch die Konvention vom 3. Januar zugefallenen Gebiets genau feststellen. Die kaiserlichen Truppen hatten 21 Ortschaften besetzt, von denen der Münchner Hof behauptete, daß sie nicht zu dem durch die Teilung von 1353 dem Herzog Johann von Bayern-Straubing zugefallenen Anteil gehörten. Der Kurfürst gab den Auftrag, den Teilbrief von 1353 dem jungen Lehrbach im Original vorzulegen, dagegen sollte der Wiener Hof den durch Kaiser Sigmund dem Herzog Albrecht 1426 erteilten Belehnungsbrief auf diesen Anteil Johanns vorlegen. Nach dem Teilbrief hatte keine der 21 Ortschaften zum Anteil des Herzogs Johann gehört. Die zur Erledigung dieser Angelegenheit von Karl Theodor eingesetzte Kommission, der Obermayer und Lori angehörten, überreichte daher am 22. März Lehrbach eine Denkschrift,² in der sie baten, diese 21 Ortschaften dem Kurfürsten wieder einzuräumen. Am 11. April wurde diese Bitte wiederholt.³ Nun aber erklärte Lehrbach, nach Artikel I der Konvention vom 3. Januar müsse der Kurfürst den Beweis führen, daß diese 21 Ortschaften nicht zu Bayern-Straubing gehört hätten. Als nun der Kurfürst sich entschlossen zeigte, diesem Ansinnen stattzugeben, verfaßte die Kommission eine Denkschrift,⁴ in der sie Lehrbachs Zumutung für konventionswidrig, schädlich und unmöglich erklärte. Ehe diese Denkschrift überreicht werden konnte, ging von Karl Theodor an die Kommission der schriftliche Befehl ein, die Beweisführung zu beschleunigen.⁵ Der Wiener Hof hatte aber die Vorlegung des Sigmundschen Lehnbriefs rundweg abge schlagen,⁶ daher bestand die Kommission, in ihren Zweifeln

¹ Hofensfels an den Herzog. München, 4. April, M. A. R. 61. 424/2.

² Bollst. Samml. I. S. 85.

³ ebd. S. 128.

⁴ Kopia Berichts ad intimum wegen zugemuteter Beweisführung über die von Österreich gegen die Konvention besetzten Gerichte, den 27. April 1778. M. A. R. Schw. 27/16.

⁵ Bollst. Samml. I. S. 172.

⁶ In Lehrbachs Promemoria vom 27. April.

bestärkt, nochmals darauf, daß der Kurfürst zur Beweisführung sich ebenfalls für unverbunden erklären und die 21 Ämter zurückfordern möchte.¹

So wuchs aus dieser Angelegenheit eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kurfürsten und seinen Räten heraus. Die Kommission war von ihrem Standpunkt nicht abzubringen. Schließlich erklärte sich der Wiener Hof bereit, diese Grenzberichtigung einem Kompromiß anheimzugeben. Der Kurfürst und die Kaiserin sollten je einen Schiedsrichter ernennen. Ritter unterstützte bei Karl Theodor diesen Vorschlag,² er hoffte, dem Kurfürsten werde es gelingen, durch seine Vermittlung zwischen der Kommission und Lehrbach die Sache zu erledigen. Aber vergebens. Hofensfels hatte nicht unrecht, wenn er sagte, das ganze Kommissionsgeschäft, von dem man auf dem Reichstag und bei fremden Höfen so viel Wesens mache, sei und bleibe eine bloße Gaukelei. Der junge Lehrbach, zu ehrlich, um den Absichten des Wiener Hofes genügen zu können und mit den Anschauungen seines Oheims nicht übereinstimmend, begehrte seine Rückberufung. In seinem Brief nach Wien bemerkte er, die Mitglieder der Kommission seien zu erleuchtet, als daß man sie mit hinterlistigen Streichen täuschen könne, und ihre Redlichkeit sei ohnehin nicht zu attackieren.³ Am 23. Mai erging an ihn der Auftrag, unter dem Vorwand, über verschiedene Dinge mündlich Bericht erstatten zu müssen, nach Wien zurückzukehren. Die wirkliche Regelung dieser Angelegenheit blieb dem Teschener Friedensschluß vorbehalten.

Hofensfels hatte sich wegen der Kommission keine Sorgen gemacht. Als er die herzoglichen Briefe an Kaiser und Kaiserin an den Zweibrückener Agenten nach Wien geschickt hatte, war Lehrbach über ihn noch mehr verstimmt geworden. Dieser brach allen Verkehr mit ihm ab, ließ ihm aber durch Bieregg sagen, der Wiener Hof werde dem Herzog keine Mitteilung verweigern, vorausgesetzt, daß der Herzog von seinen Verhandlungen mit Preußen Bericht gebe.⁴ Lehrbach glaubte wohl selbst nicht, daß diesem Ansinnen stattgegeben werde, und Hofensfels vermutete, auf die herzoglichen Schreiben werde eine Antwort so bald nicht erfolgen.⁵ Hierin sollte er sich allerdings getäuscht haben. Die Majestäten beeilten sich, dem Herzog ihre Meinung zu sagen. Schon am 4. April wurden dem Agenten Braun die Gegendepefchen eingehändigt, die dann sofort nach München abgingen,⁶ so daß Hofensfels sie am 9. nach Zwei-

¹ Postscriptum vom 2. Mai, M. A. R. Schm. 27 16.

² Ritter an Karl Theodor, Wien, 29. April, M. A. R. Schm. 329, 32.

³ Aus Hofensfels' Bericht nach Zweibrücken vom 16. Mai.

⁴ Gdrß an den König, Zweibrücken, 27. März, B. A. R. 96, 19. B.

⁵ Hofensfels an den Herzog, München, 4. April, M. A. R. bl. 424/2.

⁶ Braun an Hofensfels, Wien, 4. April, ebd.

brücken senden konnte. Bieregg war schon am 8. durch eine Eskafette aus Wien mit ihrem Inhalt bekannt gemacht worden.¹ Maria Theresia bemerkte in ihrem Brief, der Herzog könne ihr nicht zumuten, ihn über ihre Rechtsgründe aufzuklären. Wenn es ihm gutdünke, möge er sich wegen seiner Ansprüche an den Kurfürsten wenden.² Der Kaiser bezog sich in seiner Antwort auf die Äußerungen seiner Mutter.³

Als diese Briefe in Zweibrücken angekommen waren, ging Eisebeds Rat dahin, sich genau an die kaiserlichen Weisungen zu halten und vom Kurfürsten die Mitteilung der Rechtstitel zu verlangen. Auf diese Weise, meinte er, könnte man in kurzer Zeit wissen, ob Karl Theodor die Rechtstitel besitze oder nicht. Der Münchner Hof habe bisher stets nach den Weisungen Lehrbachs gehandelt, ihm werde der Wiener Hof schon mitgeteilt haben, was der Kurfürst auf dieses Verlangen des Herzogs antworten solle.⁴

Am 16. April antwortete O'Reilly auf den ihm mitgeteilten Bericht Hofensels' vom 24. März:⁵ Es sei gar nicht wahrscheinlich, daß der König von Preußen seine Pläne diesmal auf Jülich und Berg ausdehnen werde; was die vermutete Schadloshaltung Preußens betreffe, so sei dieser Punkt gar nicht zu berühren, indem dies erst Anlaß geben könnte, daß König Friedrich, der bisher nichts davon habe merken lassen, darauf geführt werde. Der Versailler Hof billige das bisherige Betragen des Herzogs, er möge aber den kaiserlichen Hof aufs äußerste schonen. Eisebed meinte, die Ratschläge Frankreichs hätten sich als sehr vernünftig erwiesen, denn die Antworten der kaiserlichen Majestäten seien ganz höflich. Das Verhalten des Herzogs seinem Oheim gegenüber werde Vergennes gewiß billigen, diesem werde es auch nicht gleichgültig sein, daß der Herzog sich mit seinem Bruder verglichen habe.

Für den Beitritt des Herzogs zu den Hausverträgen von 1766, 1772 und 1774 rechnete der Zweibrückener Hof ebenfalls auf Frankreichs Beifall. Die Beitrittsakte zu den Hausverträgen hatte Karl August am 8. März unter Berufung auf die sofortige Besitznehmung aller Teile Bayerns durch Karl Theodor nach dem Ableben Max Josefs ausgestellt.⁶ Am 19. April wurde sie an Hofensels geschickt, der allerorten davon Gebrauch

¹ Hofensels an Eisebed, München, 9. April, ebd.

² Wien, 3. April 1778. Orig. ebd.

³ Datiert vom 4. April. Orig. ebd.

⁴ Mémoire Eisebeds, wahrscheinlich von Bachmann entworfen, ebd.

⁵ Nota Bachmanns vom 18. April. Antwort O'Reillys auf den ihm zugestellten Extrakt Hofenselsischen Berichts vom 24. März, die er am 16. April Eisebed aus einer erhaltenen Depesche in substantia erteilt hat, ebd.

⁶ Accessionsakte zu den Hausverträgen zw. Pfalz und Bayern de annis 1766, 1771, 1774. Abschrift ebd.

machen sollte.¹ Prinz Maximilian Josef wollte dieser Akte durch ein Schreiben beitreten.

Damit Hofensfels die Einsicht in die Rechtstitel, auf denen die Konvention vom 3. Januar beruhte, gestattet werde, entwarf Bachmann ein Promemoria für den Kurfürsten, in dem daran erinnert wurde, daß schon wiederholt dieses Ersuchen an den Münchner Hof gerichtet worden sei, und daß man in den kaiserlichen Schreiben nun ebenfalls an diese Stelle verwiesen werde.² Dazu schrieb Gesebeck an Hofensfels, aus der Antwort müsse sich mit absoluter Deutlichkeit ergeben, ob man die Rechtstitel zeigen wolle oder nicht. Hofensfels wurde auch beauftragt, im Namen des Herzogs den Landständen für ihre gute Gesinnung zu danken. Bemerkenswert ist die Schlussbemerkung Gesebecks: „Unser Plan ist beständig der, sich nichts zu vergeben und jedermann zu menagieren.“³ Man muß anerkennen, daß der Zweibrückener Hof diesem Grundsatz bisher stets treu geblieben war.

Wegen Sachsen hatte man am Zweibrückener Hof noch einige Besorgnisse. Es hatte in seiner Erklärung in Regensburg vom 31. März die Hand zum Vergleich geboten, sich hierüber aber noch nicht mit dem Herzog verständigt. Ohne dessen Mitwirken, meinte Gesebeck, könne ein Vergleich nicht geschlossen werden.⁴ Er schrieb deswegen an Görz, wandte sich aber auch an Vergennes, denn er glaubte, daß Sachsen nicht ohne Wissen Frankreichs handle.⁵

Hofensfels hatte in den letzten Wochen aus Zweibrücken nur sehr spärliche Nachrichten erhalten. Er war daher etwas unruhig, besonders weil er von den Fortschritten der Unterhandlungen mit Preußen nichts wußte, gegen das er manchmal ein gewisses Mißtrauen hegen zu müssen glaubte.⁶ In große Verlegenheit geriet er, als Bieregg ihm mitteilte, der Wiener Hof verlange eine Aufklärung über die Beziehungen des Herzogs zu Preußen. Die Denkschrift, welche er am 13. April Bieregg aufstellte, beweist deutlich, welche Mühe es ihm machte, seine Unkenntnis über die Verhandlungen seines Hofes mit Preußen zu verbergen. Er konnte von den Schritten des Herzogs nur die Protestnote vom 16. März und die Briefe an die Majestäten anführen. Wie ärgerlich er war, das beweist sein

¹ Der Herzog an Hofensfels, Zweibrücken, 19. April, ebb.

² Projekt, welches Hofensfels zugesandt werden könnte, um von dessen Inhalt Gebrauch zu machen, abgegangen den 19., ist ohne Veränderung von Hofensfels abgegeben worden am 26. IV. ebb. Die Denkschrift Hofensfels', mit Beibehaltung des Wortlauts des Zweibrückener Projekts etwas ausführlicher gestaltet, in: Vollst. Samml. IV. S. 209.

³ Gesebeck an Hofensfels, Zweibrücken, 19. April, ebb.

⁴ Gesebeck an Görz, Zweibrücken, 19. April, M. A. N. bl. 424/2.

⁵ Mémoire vom 18. April.

⁶ Hofensfels an Bachmann, München, 29. April, M. A. N. bl. 424/2.

Brief an Eisebeck, in dem er sich bitter darüber beklagte, daß er seit vier Wochen ohne Nachricht geblieben sei.¹ Dabei wußte er bereits von Görz, daß er nach Berlin zurückberufen sei.²

Görz hätte den tüchtigen Hofensfels gern in der Umgebung des Herzogs gesehen, und ihm ist es wohl zuzuschreiben, wenn Hofensfels tatsächlich die Weisung erhielt, womöglich nach Zweibrücken zu kommen. Wahrscheinlich ging am 2. April diese Weisung von Zweibrücken ab, aber am 14. schrieb Hofensfels an Bachmann, solange der Kurfürst in München sei, könne er unmöglich abkommen, weil allem Anschein nach noch vor seiner Rückreise nach Mannheim die zweite Konvention fertig werden solle.³ Hofensfels gedachte also noch seinen Einfluß auf ihren Abschluß geltend zu machen; wenn dann der Kurfürst die schon oft angekündigte Reise wirklich antreten würde, wollte er ihn begleiten.⁴

Als endlich die Nachrichten und Weisungen aus Zweibrücken eingetroffen waren, übergab Hofensfels am 26. das von Bachmann entworfene Promemoria nebst den kaiserlichen Antwortschreiben dem Baron Bieregg. Seine Zweifel über Preußen waren jetzt vollkommen behoben.

Über den Notenwechsel zwischen Preußen und Zweibrücken sollte das tiefste Geheimnis bewahrt werden, vor allem sollte Frankreich vorläufig nichts davon erfahren. Hofensfels durfte selbst der Herzogin nichts davon sagen. Marianne hatte aber bereits einiges von diesen Abmachungen erfahren, und ungeduldig fragte sie mehrmals bei Hofensfels an, der sich mit Unwissenheit entschuldigte.⁵ Die Herzogin war schon längst nicht mehr mit dem Zweibrückener Hof zufrieden, sie verlangte, daß er eine weitere Protestation in Regensburg einreiche. Schwarzenau preßierte sie von einer Post zur anderen. Zwischen der Herzogin und dem preußischen Reichstagsgesandten herrschte das beste Einvernehmen. Beide drängten unaufhörlich bei Hofensfels auf die ferneren Deklarationen. Dieser konnte nichts anderes tun, als ruhig alles hinnehmen und nach Zweibrücken berichten.

Immer, wenn Hofensfels um eine Antwort auf seine Denkschrift vom 26. April bat, gab Bieregg eine ausweichende Antwort; als ihm schließlich Hofensfels zu ungeduldig wurde, sagte er ihm, die Antwort sei unter der Feder. Kreittmayr aber versicherte dem Zweibrückener Minister, daß das nicht wahr sei, und so beschloß Hofensfels, bald wieder von neuem zu drängen.⁶

¹ Hofensfels an Eisebeck, München, 14. April, M. A. R. 61. 424/2.

² Hofensfels an Görz, München, 14. April, Donzdorf.

³ Hofensfels an Bachmann, München, 14. April, M. A. R. 61. 424/2.

⁴ An Eisebeck, 14. April.

⁵ Hofensfels an Bachmann, München, 28. April, M. A. R. 61. 424/2.

⁶ Hofensfels' Berichte nach Zweibrücken vom 10. und 16. Mai, ebd.

Unterdessen wurde er selbst mehr und mehr von Marianne und von Schwarzenau gedrängt. Der preussische Gesandte, auf dessen Meinungen die bayerischen Patrioten sehr viel gaben, ärgerte sich, daß der Zweibrückener Hof nicht seinen Ratschlägen folgte. Er hätte gern die ganze Erbfolgeangelegenheit unter seiner Führung am Sitz der Reichsversammlung erledigt, aber natürlich hatte weder Joseph II. noch Friedrich Lust, die sie unmittelbar so sehr interessierende Angelegenheit dem schleppenden Geschäftsgang des schon sehr in Mißkredit geratenen Reichstags anzuvertrauen. Vergebens wartete man in Regensburg auf eine kaiserliche Erklärung, aus der zu entnehmen sei, was der Kaiser an Kurpfalz zurückgeben wolle,¹ und die Depeschen, die Schwarzenau aus Berlin erwartete, um auf die kaiserliche Gesandtschaftsäußerung vom 10. April antworten zu können, sollten noch lange ausbleiben. Die Monarchen setzten vorläufig in Berlin die maßgebenden Verhandlungen fort.

Vor und nach Ostern (19. April) war Leyden in München, wo er mit Kummer sehen mußte, welchen Einfluß Leute wie der alte Lehrbach, Bieregg und Seinsheim auf den Kurfürsten hatten. Dagegen freute er sich über Obermayer, Vori und Kreittmayr, die sich mit Festigkeit und Sachkenntnis den Absichten des Wiener Hofs auf eine zweite Konvention widersetzen.² Er wußte Karl Theodor zu dem Versprechen zu bewegen, daß Bayern im bevorstehenden Kriege vollständig neutral bleiben werde. Am 3. Mai hatte er auch mit Hofensfels eine Unterredung. Man unterhielt sich hauptsächlich über die Aufrichtigkeit der Gesinnungen des Königs von Preußen. Als Hofensfels versicherte, daß er die feste Überzeugung hege, der Plan des Königs sei der beste von der Welt, da waren alle Patrioten sehr erfreut. Sie hofften, daß Preußen bald die Feindseligkeiten beginnen werde, denn nur durch einen Krieg, glaubten sie, könne Bayerns Integrität erhalten werden. Hofensfels glaubte, der Haß der Bayern gegen Österreich sei so groß, daß, wenn der Krieg ausbrechen und kaiserliche Truppen in die Nähe kommen würden, die Bayern sicher zu den Waffen greifen würden, um sich von den Österreichern zu befreien.

7. Görz betreibt Hofensfels' Sendung nach Berlin.

Während Hofensfels ziemlich ratlos in München saß, hatte Görz einen neuen Posten für ihn ausersuchen. Er sollte nach Berlin kommen, um als Vertreter Zweibrückens an den Verhandlungen der preussischen Minister mit Cobenzl teilzunehmen.

¹ Bericht Baumgartens nach Zweibrücken vom 23. April, M. A. R. 61. 424/2.

² Leyden an Görz, Regensburg, 18. Mai. Donzdorf.

Görz hatte ihm am 5. Mai davon geschrieben,¹ aber der Brief war chiffriert, und Hofensfels hatte den Schlüssel zu der zwischen Görz und Eisebeck verabredeten Chiffre noch nicht erhalten. Er wandte sich an Leyden und Schwarzenau in der Hoffnung, daß sie vielleicht etwas wüßten, denn noch mehr wie er war die Herzogin auf die Neuigkeiten gespannt, die sie in Görzens unlesbarem Brief vermutete. In seiner Antwort an den Grafen konnte Hofensfels daher lediglich dem Kummer über sein Mißgeschick Ausdruck geben und versichern, daß er mit Ungeduld Nachrichten aus Zweibrücken erwarte.²

Hier mußte man allerdings schon, daß die Anwesenheit eines herzoglichen Vertreters in Berlin gewünscht wurde. Am 27. April hatte Görz an Eisebeck geschrieben, der Kaiser habe mit dem König eine friedliche Immediatkorrespondenz angefangen, die sich vielleicht demnächst zu einer Verhandlung in Berlin entwickeln werde. Der König wünsche, daß der Herzog jemand dazu entsende. Hofensfels sei für diese Unterhandlung der fähigste und angenehmste.³ In Zweibrücken gab es sofort wieder allerlei Bedenken. Vor allem wunderte man sich, daß Frankreich über eine solche Verhandlung nicht das geringste gesagt habe. Daß aber ohne Zutun des französischen Hofes kurzerhand zwischen Kaiser und König etwas abgeschlossen werden würde, das hielt man für ganz unwahrscheinlich. Man meinte, es könnte sehr üble Folgen haben, wenn ohne Vorwissen Frankreichs jemand nach Berlin geschickt werde; daher beschloß man, O'Reilly eine Denkschrift deswegen zu stellen, um so bald als möglich die Meinung des Versailler Hofes zu erfahren. Außerdem wollte man Hofensfels den Auftrag geben, sich hierüber vertraulich mit Luzerne zu besprechen und das Resultat nebst einem eigenen Gutachten einzuüberichten. Bachmann setzte auch am 6. Mai eine Depesche für Hofensfels auf; diese ging aber erst am 25. ab, an welchem Tage der Kammerrat Creuzen als Nachfolger Hofensfels' nach München reiste und diesem seine Instruktion für Berlin mitnahm.

Der Zweibrückener Hof gab also Hofensfels von dem Wunsch der preussischen Minister, ihn in Berlin zu sehen, nicht eher Nachricht, als bis er ihn direkt anwies, sich dorthin zu begeben; dem Grafen O'Reilly überreichte Eisebeck aber am 10. Mai wirklich eine Denkschrift. Ein zweites, dringenderes Schreiben war von Görz eingetroffen, in dem es hieß, die Verhandlungen der Minister mit Kobenzl hätten begonnen. Der Kaiser habe eine Erklärung des Königs wegen seiner eigenen Ansprüche verlangt, dieser habe aber geantwortet, daß er die Befriedigung der Höfe,

¹ Görz an Hofensfels, Berlin, 5. Mai 1778. Donzdorf.

² Hofensfels an Görz, München, 14. Mai, ebd.

³ Görz an Eisebeck, Berlin 27. April, in Zweibrücken angekommen am 2. Mai, ebd.

die sich an ihn gewendet hätten, verlange, für sich aber nichts. Der König verlange, daß nichts ohne Einverständnis des Herzogs von Zweibrücken abgeschlossen werde. Man erwarte schließlich die Entschliebung des Herzogs oder seinen Gesandten.¹ Eisebeck erwähnte also in seiner Denkschrift für O'Reilly, daß Görz ihm geschrieben habe, im Interesse des Herzogs möge jemand nach Berlin geschickt werden. Der Herzog habe beschlossen, Hofensfels mit dieser Sendung zu beauftragen. Er wünsche aber vorher die Meinung Frankreichs darüber kennen zu lernen.²

Noch eine zweite Denkschrift übergab Eisebeck am 10. Mai dem französischen Gesandten. Da kurz vorher von Görz die Nachricht eingetroffen war, daß der Berliner Hof dem Versailler im allgemeinen etwas von dem Altenaustausch zwischen Preußen und Zweibrücken gesagt habe, beschloß man, dem Versailler Hof durch O'Reilly in einem *mémoire* davon Mitteilung zu machen. In diesem wurde aber der Gedanke, daß etwas Schriftliches zwischen Preußen und Zweibrücken abgemacht worden sei, auszuhalten gesucht, damit man nicht so leicht um Mitteilung der Akte selbst gegangen werde. Man fürchtete, daß sie, einmal in das französische Bureau gelangt, nicht mehr geheim sei und ein glücklicher Fund für das Wiener Ministerium sein dürfte.³

In Zweibrücken hätte man nun natürlich am liebsten zunächst Frankreichs Antwort auf die beiden Denkschriften abgewartet; aber in Versailles beeilte man sich nicht damit, und Görz mahnte wiederholt so ungeduldig, daß man schließlich ohne Vergennes' Rat einen Entschluß fassen mußte. Zunächst aber schrieb Eisebeck an Görz, es sei vorläufig nicht möglich, daß Hofensfels von München weginge, denn der Kurfürst wolle demnächst die bayerische Hauptstadt verlassen, und vor seiner Abreise müsse die Klementinische Sukzessionsache einigermaßen in Ordnung gebracht werden.⁴ Er unterstützte diese, ihm selbst wohl nicht ganz glaubwürdig vorkommende Ausrede durch die Versicherung, daß indessen das Interesse des Herzogs nirgends besser aufgehoben sei als bei dem König und dem Grafen Görz.

Es war die Ansicht Bachmanns, „eine eigene Abschiedung

¹ Görz an Eisebeck, Berlin, 5. Mai. Die Entwürfe der Briefe Görzens an Eisebeck sind in Donzdorf, die Originale fast alle im M. A. N. bl. 424.5: Baviers. affaires de succession. Korrespondenz mit Görz und hernach mit Hofensfels während dessen Anwesenheit in Berlin.

² *Mémoire*, Zweibrücken, 10. Mai, M. A. N. bl. 424.2.

³ Nach Bachmanns Bericht an Hofensfels vom 6. Mai. *Mémoire* à Mr. O'Reilly, Zweibrücken, 10. Mai, M. A. N. bl. 424.2.

⁴ Bekanntlich war Hofensfels im Januar unter dem Vorwand, die von Herzog Klemens ererbten böhmischen Lehensgüter für den Herzog in Besitz nehmen zu wollen, nach München gegangen. Von dieser Anwesenheit war bis zu diesem Briefe Eisebecks an Görz vom 10. Mai in keinem Aktenstück mehr die Rede gewesen.

nach Berlin“ brauche nicht übereilt zu werden. Denn, so sagte er, wenn der König darauf bestehe, daß alles in vorigen Stand gesetzt werden solle, so gebe der Wiener Hof „entweder pure oder mit einem gewissen Temperament oder gar nicht“ nach; im letzteren Fall werde der Krieg unvermeidlich sein, in den beiden ersten könne die Sache nicht übers Knie gebrochen werden, sondern es müsse zu einem Kongreß kommen, zu dem natürlich die interessierten Parteien würden eingeladen werden.¹

In Zweibrücken meinte man also, von Bayern werde nichts an Oesterreich abgetreten werden, und tatsächlich war bisher von einem solchen Länderverlust nicht die Rede gewesen. Nun aber kamen weitere Berichte des Grafen Görz über die Verhandlungen in Berlin an, und in dem vom 9. Mai stand, der König begehre zwar nur die Befriedigung seiner Verbündeten und die Erhaltung des Gleichgewichts, aber es sei nicht zu hoffen, daß nach den anfangs getanen Schritten kaiserlicherseits ganz Bayern zurückgegeben werde, jedoch werde man solche Verluste, durch die der Friede erhalten werde, dem Hause Pfalz so wenig wie möglich nachteilig zu machen suchen. Dann schrieb Görz weiter, der König wünsche wenigstens vorläufig eine auch allenfalls schriftliche Erklärung des Herzogs, ob er sich in die Verhandlungen einlasse und was für Bedingungen ihm annehmlich wären. Drei Tage später schrieb der Graf, König und Ministerium sähen mit Ungeduld der Nachricht wegen Abscheidung eines Bevollmächtigten und der vorläufigen Gesinnungen des Herzogs entgegen. Dem Anschein nach sei immer mehr Aussicht auf gütlichen Vergleich, und der König werde versuchen, schon jetzt dem Herzog Vorteile zu verschaffen. Die böhmischen Lehen in der Oberpfalz, die kaiserlichen Besitzungen in Schwaben, auch wohl ein Teil der Niederlande könnten als Entschädigung — und letztere für den Herzog so gleich — erworben werden. Auch werde von Niederbayern den Oesterreichern soviel als möglich wieder abgenommen werden.

Die uns heute naturgemäß rückständig vor kommenden Zustände im Verkehrs- und Postwesen des 18. Jahrhunderts brachten es mit sich, daß Nachrichten meist ihren aktuellen Wert schon verloren hatten, veraltet waren, wenn sie ihre Adresse erreichten. Ein eigentlicher Briefwechsel nahm viel Zeit in Anspruch, und bei eiligen Angelegenheiten durfte der Schreiber die Antwort des Empfängers oft nicht abwarten. So mußte Görz über die Fortschritte der Verhandlungen mehrmals nach Zweibrücken berichten und um die Absendung Hofensfels' ersuchen, ohne daß er jedesmal sofort eine Antwort erhalten konnte. Sein Eifer machte ihn ungeduldig, und er beklagte

¹ An Hofensfels am 10. Mai, Fortsetzung des Berichts vom 6. Mai, der, wie bemerkt, am 25. nach München abging.

sich bei Bachmann über das anhaltende Stillschweigen Gesebeds,¹ denn dessen Brief vom 10. Mai erhielt er erst am 17. Beruhigt war er allerdings nicht dadurch, daher schrieb er sofort nochmals an Gesebed, er möge ihn doch von den Gesinnungen des Herzogs unterrichten.² Vier Tage später, bei immer mehr sich zeigender Aussicht auf günstigen Erfolg der Verhandlungen, forderte er wieder dringender die sofortige Abreise Hosenfels'. Dabei versicherte er nochmals auf das verbindlichste, daß der König für sich aller Vorteile entsage, auch nicht einmal die sonst mit Recht zu fordernde Kriegssentschädigung verlange, sondern sein Hauptaugenmerk darauf richte, wie die bayerischen Lande soviel wie möglich unzerstückelt bleiben und — wenn aus Liebe zum Frieden etwas geopfert werden müsse — dem Hause Pfalz eine Vergütung verschafft werden könnte.³

Als dieser Brief Görz's die Reise nach Zweibrücken antrat, hatte man dort schon endgültig die Absendung Hosenfels' beschlossen. Zunächst aber war man sehr verwundert darüber gewesen, daß nun auf einmal von Entschädigung die Rede war. Soll denn also Niederbayern bei Oesterreich bleiben? so fragte Bachmann erstaunt. Er fand, daß das gegen den ersten Plan sei, nach dem die Zerstückelung Bayerns sollte verhindert werden. Der Herzog glaubte berechtigt zu sein, alle von dem verstorbenen Kurfürsten verlassenen Lande nach den Hausgesetzen fordern zu können. Mindelheim und Wiesensteig wollte er, wenn der Friede damit erkaufte werden könne, opfern. Er wollte sich aber nicht eher über seine Zugeständnisse erklären, als bis er wüßte, was der Kaiser fordern werde. Daher wurde am 19. dem Grafen Görz auf seinen Brief vom 9. geantwortet, sobald als der Kaiser seine Forderungen vorbringe und der König sich darauf einlasse, möge er durch einen Kurier davon Nachricht geben, und Hosenfels werde alsdann sofort nach Berlin geschickt werden.⁴

Mit dieser Versicherung scheint es dem Zweibrückener Hof wirklich ernst gewesen zu sein, denn schon hatte man als Vertreter Hosenfels' in München den Kammerrat Creuzen ausersuchen. Am 15. Mai war dieser zur Abreise bereit. Man hatte zuerst gezweifelt, ob man ihn sofort mit dem Befehl an Hosenfels zur Abreise nach München schicken, oder zunächst das Eintreffen der kaiserlichen Forderungen abwarten sollte. Im ersteren Fall konnte man Hosenfels keine Instruktion geben, da es hauptsächlich darauf ankam, was für Vorschläge der Kaiser machen werde, daher entschied man sich für den zweiten Plan, und

¹ Berlin, 16. Mai.

² Berlin, 19. Mai.

³ Görz an Gesebed, Berlin, 23. Mai.

⁴ Gesebed an Görz, Zweibrücken, 19. Mai, Orig. Donzdorf.

Creuzen blieb vorläufig in Zweibrücken. Rücksicht auf Frankreich, von dem man noch keine Äußerung über seine Stellung zu den Verhandlungen hatte, wird zu diesem Entschluß beigetragen haben. Als aber Görzens Brief vom 12. ankam, sah man zu spät ein, daß mit dem Entschluß abzuwarten wieder einmal der falsche Weg eingeschlagen worden war. Sofort war man entschlossen, Hofensels den Befehl zur Abreise nach Berlin zu geben; das Hauptverdienst an diesem schnellen Entschluß wird man der energischen Sprache Bachmanns zuschreiben haben, der darauf drang, daß die Depeschen an Hofensels nun endlich abgehen sollten. Ihn überzeugte hauptsächlich die Besorgnis vor den drohenden Länderverlusten von der unbedingten Notwendigkeit der Anwesenheit Hofensels' in Berlin. Die von Görz erwähnten Entschädigungen waren nicht nach seinem Geschmack. Mit den österreichischen Niederlanden, „dem alten Lieblingsprojekte des Wiener Hofes“, war er gar nicht einverstanden. „Ist man denn verpflichtet“, so sagte er, „sich wider seinen Willen aus seinem Stamngut in ein abgelegenes Land weisen, die pfalz-bayerische Macht in alle vier Winde zerstreuen zu lassen, um dem Haus Österreich ein Arrondissement zu verschaffen?“ Bachmann war der Ansicht, daß Niederbayern den Österreichern mehr wert sei als ganz Brabant. Daher riet er, wenn der König von Preußen so weit nachgeben sollte, daß der Kaiser den größten Teil von Niederbayern behalten werde, müsse man ganz Brabant fordern und gleich die jülich-sche Sukzession damit verbinden.¹

Diesem Gutachten gemäß schrieb Eisebeck an Görz, der Herzog finde die Vorschläge gegen des Königs Hauptplan, nämlich die Unteilbarkeit Bayerns. Von diesem Plan sei nicht abzugehen, wenn es der König nicht unbedingt nötig finde. Das längst bereitgehaltene Paket für Hofensels wurde nun durch Hinzufügung einiger weiterer Schriftstücke endlich reisefertig gemacht: zunächst das herzogliche Schreiben an das preußische Ministerium,² dann die Vollmacht für Hofensels³ und eine Instruktion, nach welcher dieser Creuzen in die Geschäfte einweisen, dann sich aber sofort auf den Weg nach Berlin machen sollte.

Da man in Zweibrücken noch nicht wußte, was der Wiener Hof fordern werde, konnte Hofensels nicht mit einer Spezialinstruktion versehen werden. Er wurde angewiesen, lediglich die Vorschläge Österreichs abzuwarten und, wenn das königliche Ministerium sich darauf einlassen wolle, darüber Bericht zu erstatten. Vor allem sollte er darauf achten, daß die Ge-

¹ Nota Bachmanns an Eisebeck, 23. Mai, M. A. R. bl. 424/5.

² Zweibrücken, 24. Mai. Orig. B. A. R. XI, 33, fasc. 123.

³ vom 24. Mai, Entw. M. A. R. bl. 424/2.

rechtfame des Hauses Pfalz nicht verletzt würden. Als solche sah man vornehmlich an: die Ansprüche auf Ober- und Niederbayern und die Oberpfalz, und die Erbfolge in Fälich und Berg. Würden deswegen hinlängliche Garantien gegeben, so wolle der Herzog gern etwas dagegen opfern. Hofensfels sollte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß mit jedem Opfer das Haus Pfalz einen Teil seiner Rechte aufgebe, denn die kaiserlichen Rechtsansprüche seien unbegründet. Von der sächsischen Allodialforderung und den Ansprüchen Mecklenburgs auf Reuchtenberg wollte man in Zweibrücken ebenfalls nichts wissen. Aber durch zwecklosen Widerstand, fürchtete der Herzog, würden einem nur noch außerdem Millionen Kriegskosten auf den Hals fallen,¹ daher wurde Hofensfels in einer Nachschrift zur Instruktion angewiesen, einer vom König für nötig gehaltenen Abtretung zuzustimmen.²

Am 25. Mai trat Creuzen seine Reise nach München an. Dem Versailler Hof, von dem man gar nichts mehr hörte, wollte Gesebeck, wenn er von Hofensfels' Abreise nach Berlin Nachricht hatte, sagen, er sei verlangt worden.

Inzwischen hatte man in Zweibrücken auch an die Wiederbesetzung der Reichstagsstimme gedacht. Bachmann meinte, ein zweibrückischer Gesandter müsse sich vor allem der Freundschaft der altfürstlichen, meist protestantischen Häuser erfreuen, da auf die Unterstützung der katholischen Fürsten wenig zu rechnen sei. Eine solche Person war nach Schwarzenaus Ansicht der Gesandte des Bischofs von Lüttich, von Magis. Görz hatte zwar den Kanonikus Thurn vorgeschlagen, aber dem Zweibrückener Hof schien es doch räthlicher, bei der dormaligen Lage einen Mann zu wählen, der dem französischen und dem preussischen Gesandten angenehm war. Daher bat Gesebeck am 21. Mai Schwarzenau, er möge Magis fragen, ob er das zweibrückische Botum übernehmen wolle.³ Schwarzenau übernahm mit Vergnügen diesen Auftrag und fand Magis bereit, der sich bei seinem Bischof sofort die Erlaubnis einholen wollte.⁴

Nun richtete der Herzog sofort an den Bischof von Lüttich das Ersuchen um Ertheilung seiner Genehmigung. Für den neuen Gesandten wurde auch sogleich eine Instruktion entworfen, in der mit klaren Worten und erfreulicher Offenheit die Gesinnung Karl Augusts, ganz wie sie den Wünschen Friedrichs des Großen entsprach, zum Ausdruck kam: der tiefe Respekt vor dem Kaiser und die Hochachtung vor dem Kurfürsten sollten sorgfältig beibehalten werden, man wolle sich

¹ Bachmann an Hofensfels, 24. Mai, M. A. R. 61. 424, 2.

² Instruktion für Hofensfels, 24. Mai, ebd.

³ Gesebeck an Schwarzenau, 21. Mai, ebd.

⁴ Schwarzenau an Gesebeck, Regensburg, 28. Mai, ebd.

gern in einen Vergleich einlassen, wenn dieser mit den Rechten des Hauses Pfalz und der Reichsverfassung bestehen könne, man bestehe aber bei der Verwahrung vom 16. März.¹ Es sollte noch lange dauern, bis dieses Schriftstück Magis übergeben werden konnte. Vier Wochen nach seiner Absendung an Schwarzenau war vom Bischof noch immer keine Antwort da. Er fürchtete wahrscheinlich die Mißbilligung des Wiener Hofes. Schwarzenau aber, der vernommen hatte, daß man in Wien gegen die Besetzung nichts einzuwenden habe, gab Magis am 22. Juli die Instruktion. Wenige Tage später traf die Einwilligung aus Lüttich ein.² Görz, anfangs mißvergnügt darüber, daß Eisebeck in dieser Angelegenheit nicht seinen Rat eingeholt hatte, gab sich nachher mit dem Geschehenen zufrieden.³

Im Mai fand eine weitere Auseinandersetzung zwischen Karl August und seinem Bruder statt. Der Zweibrückener Hof hatte dem Prinzen am 18. April von der bevorstehenden Veröffentlichung der Accessionsakte des Herzogs zu den Hausverträgen von 1766, 1771 und 1774 mit der Bitte Mitteilung gemacht, er möge durch ein Schreiben seinen Beitritt zu der Akte erklären. Statt dieses Beitrittschreibens traf am 18. Mai zum größten Ärger des Herzogs und seiner Räte ein Gesuch des Prinzen um Mitteilung der Hausverträge ein. Ohne Kenntnis derselben könne er ihnen nicht beitreten, erklärte Prinz Mag. Gleichzeitig gab er seiner Erwartung Ausdruck, daß die drei Verträge nicht im geringsten der Testamentsordnung des Herzogs Wolfgang widersprächen, und daß Karl August dem Ketzeh vom 27. März keine andere als eine dieser Ordnung angemessene Bedeutung zuzuschreiben gesonnen sei.⁴ Man dachte aber in Zweibrücken gar nicht daran, diesem gewiß zu verstehenden Ersuchen des Prinzen zu entsprechen, im Gegenteil, man war empört über eine solche Zumutung. An die Möglichkeit, daß an Stelle Karl Augusts sein jüngerer Bruder die Erbfolge in Bayern antreten könnte, dachte man in Zweibrücken offenbar gar nicht, besonders da seit 1776 ein Erbprinz vorhanden war. Karl Augusts Antwort an den Bruder fiel förmlich und abweisend aus. Es hieß darin, man habe keineswegs die Absicht gehabt, seine Verpflichtung zu verlangen, der Herzog habe lediglich von seinem „hausgrundgesetzmäßigen diesfalligen Fürschritt“ Eröffnung tun wollen, daher falle die Ursache der verlangten Mitteilung der Hausverträge von selbst weg. Gleichwohl wolle man von der unter der Feder stehenden Ausführung

¹ Instruktion für Magis, Zweibrücken, 6. Juni. W. A. R. bl. 424/2.

² Magis an Eisebeck, Regensburg, 29. Juli, ebd. 424/3.

³ Görz an Eisebeck, Berlin 16. Juni, ebd. 424/6; Briefe Eisebeds an Görz vom 26. Juni und 9. Juli, Donzdorf.

⁴ Schreiben Maximilian Josefs an seinen Bruder Karl, Straßburg, 10. Mai 1778, W. A. R. bl. 424/2.

der Gerechtsame des Hauses Pfalz auf die bayerische Erbfolge,¹ welche demnächst im Druck erscheinen werde, ein Exemplar einsenden, dort werde man die erneuten und die alten Hausverträge beisammen finden.²

Nicht minder scharf, aber berechtigter, war die Abweisung, welche der Kurfürst von Köln, Maximilian Friedrich, vom Zweibrückener Hof erfuhr. Es handelte sich um das Großmeistertum des Ritterordens St. Michaelis, das nach den Ordenssagungen für den Fall des Absterbens des Hauses Bayern auf die zeitlich regierenden Kurfürsten von Köln fallen sollte. Maximilian Friedrich hielt diesen Fall mit dem Tode Maximilian Josephs für eingetreten, daher bat er in einer Zuschrift vom 5. März den Kurfürsten Karl Theodor um die Auslieferung der Ordensinsignien. Dieses Ansinnen wurde aber abgewiesen, da sich der in den Ordensstatuten vorgesehene Fall noch nicht ergeben habe.³ Nun wandte sich der Kurfürst von Köln an den Herzog von Zweibrücken; der aber erkannte sofort, daß er durch seine Zustimmung zu den Wünschen Maximilian Friedrichs die Reihe der Herzöge von Bayern selbst für erloschen erklären würde. Das aber war gerade die Frage, um die sich im Erbfolgestreit alles drehte, das Vorgehen des Herzogs stützte sich auf die Behauptung, daß das bayerische Haus noch bestehe: nämlich in der Rudolfinischen Linie. So antwortete dann Karl August, daß er der Antwort seines Oheims über diesen Fall beitrete.⁴ Bei diesem Standpunkte verharnte er auch, als Maximilian Friedrich nochmals an ihn schrieb, denn er fürchtete durch sein Nachgeben denen, die dem Hause Pfalz übelgesinnt waren, selbst Anlaß zu dem Glauben zu geben, daß er das bayerische Haus für erloschen halte.

Bei Graf Görz in Berlin hielten vorläufig Unruhe und Unwille an, denn die Nachricht von dem Hofensfels erteilten Auftrag zur Abreise konnte er natürlich erst Anfang Juni erhalten. Seine Verlegenheit wuchs, als er erfuhr, daß Hofen-

¹ Mit dieser Arbeit, die im November erschien, war Bachmann beschäftigt, Hofensfels hatte dazu die Anregung gegeben. Ihr Titel lautet: Vorlegung der fideicommissarischen Rechte des Kur- und Fürstlichen Hauses Pfalz überhaupt und des regierenden Herzogs zu Pfalz-Zweibrücken als dormaligem nächsten Agnaten und Kurfürst insonderheit auf die von dem am 30. XII. 1777 höchstselig verstorbenen Herrn Kurfürsten Maximilian Josef in Bayern, als dem letzten der Wilhelminischen Linie, verlassenen sämtlichen Bande und Leute samt Zugehörde (Zweibrücken 1778); mit Urkundensammlung. Nachgedruckt in: Vollst. Sammlung IV.

² Antwort des Herzogs vom 24. Mai. M. A. R. bl. 424/2.

³ Abschrift Schreibens von Kurpfalz an Kurköln, München, 20. März 1778, ebb.

⁴ An den Kurfürsten zu Köln, Zweibrücken, 24. Mai 1778, ebb.

fels die verabredete Chiffre nicht erhalten hatte.¹ Die Herzogin Marianne bestürmte ihn fortwährend mit Fragen. Die Schuld an ihrer Unruhe schrieb er Eisebeck zu, von dem er behauptete, daß er ganz untätig, ja, er hätte lieber gesagt: unfähig, sei. Er tröstete sie mit dem Hinweis auf die Uneignung des Königs, der im Interesse der Bayern alles aufopfere.²

Inzwischen war die Aussicht auf einen gütlichen Vergleich zwischen Österreich und Preußen sehr gering geworden. Es war zu befürchten, daß die Verhandlungen würden abgebrochen werden. Daher gab Görz dem Zweibrückener Hof den Rat, er möge, falls Hofensfels noch nicht abgereist sei, ihn noch die nächste Post abwarten lassen, dann könne er vielleicht mit Gewißheit melden, ob die Verhandlung fortgesetzt werde oder nicht.³ Cobenzl erwartete einen Kurier aus Wien; von dem, was er mitbringen würde, hing die Entscheidung ab. Da erhielt Görz Eisebecks Nachricht von Hofensfels' Abreise. Letzterem schrieb nun der Graf nach Regensburg, daß er bei seiner Reise nach Berlin passieren mußte, er möge, ehe er seine Reise fortsetze, noch den nächsten Posttag abwarten, alsdann werde er ihm melden können, ob er nach Berlin kommen müsse, oder ob seine Anwesenheit unnütz sei.⁴

In Zweibrücken glaubte man, nun werde in Berlin alles seinen regelrechten Verlauf nehmen. Mit Görzens Brief vom 19. Mai kam auch das Antwortschreiben der Kaiserin von Rußland an. Der Graf bemerkte dazu, der König lasse versichern, daß, wenn es auch nur allgemeine Ausdrücke enthalte, der Erfolg sicher den Wünschen des Herzogs entsprechen werde.⁵ Das Stillschweigen des Versailler Hofes wirkte sehr beunruhigend auf den Herzog, er konnte es sich nur als eine Mißbilligung der unternommenen Schritte auslegen. Dazu kam noch, daß mittlerweile der Subsidienvertrag abgelaufen war, ohne daß O'Reilly etwas von seiner Erneuerung gesagt hatte. Was aber die Verlegenheit Karl Augusts noch größer machte, das war die mündliche Äußerung des französischen Gesandten, daß sein Hof die Abschiedung Hofensfels nicht gern sehe, da es den kaiserlichen Hof beleidigen könnte. O'Reilly erhielt die Antwort, der Herzog hätte es gewiß lieber gesehen, wenn er direkt vom Wiener Hof zu der Verhandlung wäre eingeladen worden, aber da die Kaiserin-Königin erklärt habe, sie könne sich über die Erbfolgefrage nicht mit dem Herzog auseinandersetzen, so werde

¹ Görz an Eisebeck, 26. Mai, Entw. Donzdorf.

² Görz an Marianne, Berlin, 27. Mai, Entw. Donzdorf.

³ Görz an Eisebeck, 30. Mai. M. A. R. bl. 424/5.

⁴ Görz an Hofensfels, 2. Juni, Abschr. Donzdorf.

⁵ Antwortschreiben der russischen Kaiserin, Sarskoje Selo, 16. IV. 1778 (alten Stils). Orig. M. A. R. bl. 424/2.

sie ihn auch sicher nicht zu einer Verhandlung darüber einladen. Die Minister in Berlin könnten aber nicht mit Erfolg unterhandeln, ohne die Absichten, Rechte und Interessen des Herzogs zu kennen. Daher habe der Herzog, der die Frage am liebsten durch einen Vergleich erledigen möchte, nicht umhin gekonnt, Hofensfels nach Berlin zu schicken. Er werde gegen beide Parteien ganz offen sein. Karl August versprach dem Versailler Hof auch, ihn von dem Fortgang der Verhandlungen stets zu benachrichtigen. Er glaubte Frankreich noch ein besonderes Zeichen seines Vertrauens und seiner Offenheit geben zu müssen; daher teilte er jetzt die preussische Garantieakte und seine Gegenakte dem Versailler Hof im Wortlaut mit.¹

Als Anfang Juni Görz's Nachricht von der schlechten Aussicht der Verhandlungen in Zweibrücken ankam, mußte man vermuten, daß Hofensfels schon in Berlin sei.² So war es in der Tat, am 6. Juni war der Zweibrückener Gesandte in der preussischen Hauptstadt angekommen. Nach den von Görz erhaltenen Nachrichten schien aber dem Zweibrückener Hof seine Anwesenheit in Berlin unnötig zu sein, und in der Hoffnung, Frankreich und dem Kaiser einen Gefallen zu tun, faßte man sofort den Beschluß, Hofensfels wieder zurückzuberufen.³

8. Hofensfels verläßt München und geht nach Berlin.

Hofensfels erfuhr zuerst durch Leyden, daß er in Berlin verlangt werde; dieser riet ihm zu reisen, ohne den ersehnten Kurier seines Hofes abzuwarten.⁴ Aber ohne Instruktion und Vollmacht konnte Hofensfels in Berlin nichts machen, er mußte also warten. Unterdessen erhielt er auf seine Denkschrift vom 26. April endlich (am 22. Mai) die mehrmals nachgesuchte Antwort. Bieregg teilte ihm darin lediglich den Inhalt der Urkunde mit, durch die Kaiser Sigmund 1426 seinen Tochtermann Herzog Albrecht von Österreich mit Niederbayern belehnt haben sollte und fügte die Versicherung hinzu, dieser Lehnbrief sei Ritter in Wien im Original vorgelegt worden.⁵ Es scheint, daß Hofensfels dieser Versicherung keinen rechten Glauben schenkte, aber dieser Angelegenheit maß er auch jetzt keine so große Bedeutung mehr bei, viel wichtiger war ihm seine Stellung zur Herzogin und zu ihrem Anhang.

Marianne meinte, der Herzog könne sich entweder aus Furcht vor seinem Oheim nicht entschließen, Hofensfels nach

¹ Mémoire Gesebeds an C'Rellg, 31. Mai 1778. M. A. R. bl. 424 2. Gesebed an Görz, 29. Mai, Orig. Donzdorf.

² Gesebed an Görz, 2. Juni Orig. ebd., 9. Juni ebd.

³ An Görz und an Hofensfels, 16. Juni. M. A. R. bl. 424 5.

⁴ Leyden an Görz, 18. Mai. M. A. R. XI. 33. fasc. 88.

⁵ Bieregg's Promemoria vom 22. V. 1778. M. A. R. bl. 426 1.

Berlin zu schicken, oder Bieregg habe ihn bereits gewarnt. Bekteres schien ihr wahrscheinlicher zu sein und Hofensfels hielt sie für den Mitwisser. Daher bezeugte sie ihm das äußerste Mißvergnügen. Die Briefe Görkens an sie und ihre Freunde und das Drängen Schwarzenaus erregten sie immer mehr. Hofensfels mußte ihr allerorten ängstlich ausweichen. Der Herzog war in Gefahr, seinen ganzen Anhang in München zu verlieren. Alle Entschuldigungen Hofensfels' waren vergebens, zuletzt verbot die Herzogin ihm sogar die Maxburg (in der sie wohnte) und schrieb ihm die härtesten Sachen zu.

Die Ankunft Kreuzens war für Hofensfels eine wahre Erlösung. Obermayer und Lori ließen sich schnell versöhnen, und auch Marianne wurde wieder zugänglicher. Sie berieten, was nun zu tun sei. Von seiner Instruktion durfte Hofensfels ihnen aber unmöglich etwas sagen, er fürchtete, sie würden verzweifeln, wenn sie hörten, daß von Bayern etwas abgetreten werden sollte. Der König hatte ihnen immer versichert, daß alles in den früheren Stand zurückversetzt werden müsse.¹

Hofensfels mußte sich bei dem Kurfürsten beurlauben, denn er war an ihn akkreditiert. Eine Verheimlichung der Reise nach Berlin würde für den Herzog üble Folgen gehabt haben, weil dadurch dem Kurfürsten ein offenes Mißtrauen gezeigt worden wäre. Marianne, Obermayer und Lori waren dafür, daß Hofensfels dem Kurfürsten von seiner Reise nach Berlin und deren Zweck Nachricht geben und ihn um Verschwiegenheit für etliche Tage bitten solle, bis er in Berlin angekommen sei. Hofensfels begehrte also eine Partikularaudienz und erhielt sie am 31. Mai. Karl Theodor war äußerst freundlich und gnädig; er versprach, das Geheimnis zu wahren, auch gab er Hofensfels ausdrücklich den Auftrag, dem Herzog zu melden, er sehe diesen Beweis des Vertrauens als ein Zeichen seiner freundschaftlichen Zuneigung an. Bieregg wollte er allerdings Mitteilung von dem Vorhaben Hofensfels' machen, aber ihm gleichfalls Stillschweigen auferlegen. Auf Karl Theodors Geheiß ging Hofensfels selbst zu Bieregg und sagte ihm, er habe hauptsächlich Befehl, die kaiserlichen Vorschläge anzuhören. Auch Bieregg versprach Verschwiegenheit gegenüber Lehrbach. Alle Patrioten waren überrascht und erfreut, daß der Kurfürst die Sache so gut aufnahm, denn man hatte Schlimmes befürchtet, weil er bei dem ganzen Geschäft gleichsam für nichts gezählt wurde.² Am demselben Tage reiste Hofensfels ab.

Am 6. Juni kam er in Berlin an;³ zufällig traf er in seinem Hotel sogleich mit Görk zusammen. Nach dem, was

¹ Hofensfels' Bericht vom 31. Mai. M. A. R. 61. 424/2.

² Hofensfels an Bachmann, München, 31. Mai, ebd.

³ Die lange Dauer der Reise erklärt sich zum Teil dadurch, daß Hofensfels sich unterwegs in Regensburg und Bayreuth aufhielt.

der Graf ihm erzählte, mußte er einsehen, daß er besser drei Wochen früher angekommen wäre; auf Frieden war wenig Hoffnung mehr.¹ Er wollte aber aus seinem Aufenthalt in Berlin möglichst großen Gewinn ziehen. Sofort wurde er Herzberg vorgestellt, der ihn sehr zuvorkommend empfing. Eine Folge seiner Unterredung mit dem Kabinettsminister war es, wenn Hofensels noch am 6. Juni an seinen Freund Marbois eine dringende Bitte richtete. Er hatte eingesehen, daß Frankreich gegen den Wiener Hof nicht die Waffen ergreifen werde. Nun wollte er durch Marbois und Luzerne vom Versailler Hof die Erklärung zu erlangen suchen, daß Frankreich im Kriegsfall neutral bleiben werde. Hofensels meinte, für seine Unterhandlung wäre das von größter Wichtigkeit und es wäre doch das mindeste, was der Versailler Hof tun könnte.² Man war noch immer ungewiß über die Gesinnung Ludwigs XVI., der Oesterreich längst seine Neutralität erklärt, aber Preußen und Zweibrücken gegenüber sich über seinen Standpunkt noch nicht so deutlich ausgesprochen hatte. An die Herzogin schrieb Hofensels, sie möge ihm in einem ostensiblen Schreiben die Versicherung geben, daß der König auf die Treue, Standhaftigkeit und Unterstützung der Bayern zählen könne. Solches habe er bei den Kabinettsministern nötig.³

Am 7. Juni überreichte Hofensels mit seinem Creditiv dem preussischen Kabinettsministerium ein kurzes *mémoire*, das im wesentlichen den Inhalt seiner Instruktion wiedergab, jedoch den Wunsch nach Beibehaltung der Integrität Bayerns betonte. Dabei wurde an die königliche Versicherung vom 25. März erinnert.⁴ Sodann entwarf Hofensels noch eine umfangreichere Denkschrift, in der es neben historischen wesentlich wirtschaftliche Gründe waren, aus denen er die Unteilbarkeit Bayerns für unumgänglich notwendig erklärte.⁵ Sie wurde sowohl dem Ministerium überreicht als auch dem König geschickt. Auch Görz war für den Gedanken der Integrität Bayerns gewonnen, und in einer eigenen Denkschrift unterstützte er Hofensels' Ansichten. Der Zweibrückener Gesandte verkannte allerdings nicht, daß es in Berlin eine starke Partei gab, die anderer Ansicht war. Die ganze Verhandlung gefiel ihm nicht sonderlich, daher bemühte er sich eifrig, dem König und dem Ministerium den wahren Sachverhalt darzulegen, der ihm österreichischerseits ganz verkehrt dargestellt worden zu sein schien. Von einem

¹ Görz an Eisebeck, 6. Juni, Donzdorf.

² Hofensels an Marbois, Berlin, 6. Juni. W. A. R. 61. 424 7.

³ An die Herzogin, ebd.

⁴ *Mémoire* an das kgl. preuß. Kabinettsministerium, Berlin, 7. Juni 1778. W. A. R. 61. 426 14.

⁵ *Mémoire* Hofensels', Berlin, 8. Juni, Abschrift Donzdorf; Görz an den König, 13. Juni. W. A. R. XI. 33. fasc. 89.

Vergleich erwartete er kein Heil, er meinte, es müßten „kräftigere Mittel“ angewendet werden.¹ Die Herzogin sollte ihn noch weiter unterstützen: er schrieb ihr, sie, Obermayer und Vori möchten ihren patriotischen Nationalgeist vereinigen und einen ostensiblen Brief an ihn schmieden, darin sie ihn aufforderten, die absolute Unteilbarkeit Bayerns schlechterdings zu fordern. Ferner sollten sie darin ihrem Haß gegen Österreich, ihrer Anhänglichkeit an den Herzog und ihrer Erkenntlichkeit gegen den König Ausdruck geben. Ähnliches schrieb Hofensfels an Leyden. Um seine Behauptungen von der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Integrität Bayerns durch Belege unterstützen zu können, verlangte er auch Berechnungen der Einkünfte und andere zahlenmäßige Beweise, sowie Karten und Pläne.

Preußen und Österreich vermieden unterdessen in den Verhandlungen ängstlich den entscheidenden Schritt, da jeder gern dem anderen die Schuld am Bruche zugeschoben hätte. Am 7. Juni las Cobenzl den preussischen Ministern das Ultimatum des Wiener Hofes vor: Preußen gibt seinen Widerspruch gegen Österreichs Erwerbungen in Bayern auf, der Wiener Hof wird gegen den Anfall von Ansbach und Bayreuth an Preußen nichts mehr einwenden.² Die Minister glaubten, der König werde es mit der Kriegserklärung beantworten. Hofensfels, der durch Herzberg über die Verhandlungen Bescheid wußte, hoffte, nun werde endlich die Entscheidung fallen. Aber Friedrich wollte den Gegner jeder Möglichkeit berauben, die Schuld an dem Bruche ihm zuzuschieben, er verlangte nun zu wissen, worin die Entschädigung für Bayern bestehen solle. Wieder mußte die Antwort des Wiener Hofes abgewartet werden.

Hofensfels suchte unterdessen möglichst viele nützliche Bekanntschaften anzuknüpfen. Bei Hofe war er sehr zuvorkommend, „favorabler als in München“, aufgenommen worden; er lernte auch die fremden Gesandten kennen, aber merkwürdigerweise war sein Urteil über die meisten nicht besonders günstig. Am ungünstigsten urteilte er über den Freiherrn von Schlipp, den pfälzischen Gesandten, der sich allerdings seit längerer Zeit in München aufhielt. Er war in Berlin ganz unbeliebt,³ jeder hielt ihn für einen Menschen ohne Kenntnisse und ohne Rechtschaffenheit, die Minister machten sich über ihn lustig. Lehrbach, Ritter und Schlipp sah man in Berlin als die Ursachen aller Unruhen an; andererseits hießen diese Unruhestifter für den Wiener Hof: Görz, Gesebeck und Hofensfels.

Das preussische Ministerium drängte darauf, daß der Zweibrückener Hof seine Darlegung der Rechte des Hauses Pfalz

¹ An die Herzogin, 13. Juni. M. A. R. 61. 424/7.

² Vgl. Unzer, Herzbergs Anteil an den preuß.-öferr. Verhandlungen 1778/79. (Frankfurt 1890.)

³ Hofensfels an Gesebeck, 23. Juni. M. A. R. 61. 424/6.

fertigstellte. Auch Görz drängte auf die Herausgabe der Denkschrift, er schrieb an Eisebeck, das Ministerium habe vom König Befehl, auf ihre schnellste Eiderung zu pressieren. Den fremden Höfen sei es auffallend, daß der König allein den Verteidiger mache, ohne daß etwas von Pfalz erscheine.¹

In Zweibrücken arbeitete Bachmann mit allem Eifer an der Deduktion, so daß am 12. Juli Eisebeck dem Grafen Görz mitteilen konnte, daß sie fertig sei. Aber der Band versprach an die fünfhundert Druckseiten auszumachen, und die Pressen arbeiteten langsam. Daher wurde die Hauptsache in einem kurzen Abriß zusammengefaßt, der Anfang August an die Höfe verschickt wurde.²

Eine sehr erfreuliche Botschaft für Herzog Karl August war sicher Hofensfels' Meldung, daß die Frage wegen der Garantie Süllichs und Bergs ganz zu seiner Zufriedenheit geordnet sei.³ Dem Zweibrückener Hof hatte bekanntlich diese Angelegenheit besonders viel Sorge gemacht. Nun erhielt Hofensfels über diese Frage beruhigende Zusicherungen, die König Friedrich später im Frieden zu Teschen auch erfüllte.

Die Muße des Wartens auf die Entscheidung benutzte Hofensfels zur Abfassung einer weiteren Denkschrift für die preussischen Kabinettsminister, in der er besonders die österreichische Habsucht zu beweisen suchte. „Schon seit der Zeit“, so behauptete er darin, „da das Erzhaus eine eigene Konsistenz erhalten, hat dasselbe den Plan gefaßt, Bayern durch Zerstückelung seiner Provinzen so zu beschränken, daß es in seiner Schwäche vergehen müsse.“ Die Geschichte beweise, daß die Habsucht Österreich wie ein Erbfehler anlebe, daß das Wort „Vergrößerungsabsichten“ im Wiener Staatslexikon obenansteh. Der Wiener Hof streue den Samen der Zwietracht unter die Haupt- und Nebenlinien. In Pfalz und Bayern sei man überzeugt, daß das meiste Ungemach, so das Gesamthaus betroffen, von den Hindernissen herrühre, die der Wiener Hof der Herstellung guten Einverständnisses in den Weg gelegt habe.⁴

Aus dem weiteren Inhalt der Hofensfelschen Denkschrift ist noch folgendes hervorzuheben: Verräterei und Unwissenheit haben die Konvention vom 3. Januar zustande gebracht. Durch sie nötigt man den Kurfürsten, ungegründete und nie gesehene Titel sowie die Erlöschung des bayerischen Mannesstammes anzuerkennen, ferner zwingt man ihn, ein Recht der Kaiserin-Königin auf die übrigen bayerischen Lande, die man gleichsam

¹ Görz an Eisebeck, 27. Juni, ebd.

² Eisebeck an Görz, 12. Juli, ebd. Das Abrégé in der vollständ. Samml. II. S. 29.

³ Hofensfels an den Herzog, Berlin, 27. Juni. M. A. R. bl. 42b 6.

⁴ Österreichische Hausmaxime, geschrieben von Hofensfels. M. A. St. bl. 419/60.

ex speciali gratia ihm noch auf kurze Zeit belassen will, anzuerkennen. Wird es nicht in Zukunft heißen: Euer Recht geht nicht weiter, als solches anerkannt worden? Und verurteilt alles dies nicht deutlich die Absicht auf ganz Bayern?

Die Möglichkeit, daß es zu weiteren Verhandlungen kommen werde, in denen sich Kaiser und König schließlich zu ihrem gegenseitigen Vorteil verständigen und Bayern nur den Schaden haben würde, hielt Hofensfels nicht für ausgeschlossen. Daher erinnerte er den König mit Nachdruck an sein gegebenes Versprechen. Er reichte in den nächsten Tagen noch mehrere Denkschriften und historische Abhandlungen ein, in denen er die Notwendigkeit der Unteilbarkeit Bayerns verfocht. Wieder waren es wirtschaftliche Gründe, die er mit ganz besonderem Nachdruck als Beweise für die Richtigkeit seiner Ansichten anführte.¹ Leider hatte Hofensfels von der Herzogin und ihren Anhängern noch keine Antwort erhalten, die von ihm beehrten Hilfsmittel waren ausgeblieben. Das war ihm um so unangenehmer, als er nun mit seinen Vorstellungen an König und Ministerium ganz allein auf seine Gründe angewiesen war und seine Behauptungen der amtlichen Belege entbehrten. Auch mußte das Ausbleiben jeglicher Zuschriften aus München in ihm die Befürchtung erwecken, daß die Patrioten mit seinem Verhalten nicht einverstanden sein könnten. Ein Trost war es für ihn, daß die Minister ihm sagten, sie hätten dem König geraten, die unglückliche Verhandlung abzubrechen. Die nächsten Tage mußten die Entscheidung bringen.

Bevor aber diese nach Berlin gelangte, traf Herr von Schlipp dort ein. Für Hofensfels und Görz kam er nicht unerwartet. Ersterem hatte Marbois geschrieben, daß Schlipp am 15. Juni nach Berlin abreisen werde. Er werde dort aber hauptsächlich im Dienste Oesterreichs tätig sein, da dieses wegen des bevorstehenden Krieges keinen eigenen Gesandten in Berlin halten könne.² Dagegen hatte Leyden an Görz geschrieben, daß Schlipp als Vertreter Karl Theodors an den Verhandlungen der preussischen Rabinettsminister mit Kobenzl teilnehmen solle.³ In Berlin war wirklich eine Zeitlang überlegt worden, ob man nicht einen Vertreter Karl Theodors zu den Verhandlungen hinzuziehen solle. Aber Görz hatte in einer Note an die Rabinettsminister seine Bedenken dagegen geäußert, indem er darauf hinwies, daß Karl Theodor doch keinen anderen als Schlipp zu seinem Bevollmächtigten ernennen werde, und so hätte die Sache keinen Zweck. Der Ansicht Görzens waren die Minister beigetreten.

¹ B. A. R. XI. 33. fasc. 123. M. A. R. 61. 424/6.

² Marbois an Hofensfels, München, 14. Juni, M. A. R. 61. 424/7.

³ Leyden an Görz, Regensburg, 19. Juni, B. A. R. XI. 33, fasc. 89.

Die Briefe Marbois' und Leydens wurden von Hofensfels und Görk den Rabinettsministern übergeben, die sie dem König mitteilten. Dieser antwortete: „Wir müssen uns vor Schlipp hüten, weil er als Spion der Österreicher bekannt ist“.¹ Demgemäß erhielt Hofensfels von Herzberg die Versicherung, daß er Schlipp empfangen werde, wie ein Verräter des Vaterlandes es verdiene.² So geschah es auch; als der Bruch mit Österreich vollzogen war, zögerten Findenstein und Herzberg nicht, in München seine Rückberufung zu beantragen mit der Begründung, daß sie diesem Mann kein Vertrauen schenken könnten.³

Einige Aufschlüsse über die Absichten und Gefinnungen des Kurfürsten kann die Instruktion geben, die er Schlipp nach Berlin mitgab. Karl Theodor bemerkte darin, seine Abmachungen mit dem Wiener Hof seien eine Folge seines Systems, daß die Klugheit zu befolgen erfordere, um seine Staaten vor einem verderblichen Kriege zu bewahren. Er trug Schlipp folgendes auf: 1. alles ist daran zu setzen, um den König und das Ministerium wieder günstiger zu stimmen; 2. er darf von der Konvention nur mit aller Vorsicht und nur dann sprechen, wenn man ihm Gelegenheit dazu gibt; 3. wenn man von der Konvention spricht, so ist auf die Lage hinzuweisen, in der Wir uns befinden; die Sache muß aber so geschildert werden, daß nicht im geringsten der Verdacht entstehen kann, wir wollten uns über den Wiener Hof beklagen oder uns auf Preußens Seite schlagen, da wir nichts anders tun können, als die Konvention gewissenhaft so lange zu beobachten, wie sie nicht von Seiten Österreichs verletzt wird; 4. wird darauf hingewiesen, daß Preußen uns seine Hilfe angeboten habe, so ist zu versichern, daß das für unsere Staaten sehr gefährlich war, denn sie wären unfehlbar von österreichischen Truppen überschwemmt worden; 5. wenn von unseren Verhandlungen mit dem Wiener Hof über die Erbfolge vor dem Tode Max Josephs die Rede ist, so ist zu sagen, daß der genannte Hof betont habe, er würde seine Ansprüche konsequent aufrecht erhalten und möchte, um einen Krieg zu vermeiden, mit uns gern einen friedlichen Vergleich abschließen; 6. wird vom Herzog von Zweibrücken gesprochen, so ist zu sagen, daß Wir ihn zu derselben Zeit von unseren Absichten unterrichtet hatten, als Wir beschlossen, mit dem Wiener Hof zu verhandeln. Er sei anfangs sehr zufrieden gewesen und habe versprochen, alles zu billigen, was Wir zum Wohle unseres Hauses tun würden, und Wir würden nicht verfehlt haben, ihm alles Gesehene

¹ Randbemerkung des Königs, ebd.

² Hofensfels an Gesebeck, 30. Juni, M. A. R. bl. 424 B.

³ Findenstein und Herzberg an den König, Berlin, 1. Juli 1778. M. A. R. XI. 33. fasc. 89.

mitzuteilen, wenn die Zeit es erlaubt hätte; 7. für den Kriegsfall ist Unsere strengste Neutralität zu versichern; 8. Unser Gesandter hat in keiner Weise an den Verhandlungen teilzunehmen, zu denen Hofensfels abgeordnet ist, insofern sie sich nicht auf die Verpflichtungen beziehen, die Wir gegen den Wiener Hof in Bezug auf die bayerischen Angelegenheiten haben.¹

Am 2. Juli erklärte Schlipp dem Grafen Findenstein die Neutralität des Kurfürsten. Seine weitere diplomatische Tätigkeit war nicht bedeutend. Er wurde von der ganzen Welt „mit mépris traktiert.“² Wie erwähnt, forderten die Minister seine Rückberufung. Zwar beschwerte sich Bieregg darüber, daß „der ehrliche Schlipp als unschuldiges Opfer einiger Übelgesinnten“ so sehr verleumdet werde, aber vergebens. Am 4. Oktober mußte der Kurfürst Schlipp aus Berlin abberufen.³

Der endlich erfolgende Abbruch der Verhandlungen machte Hofensfels viel Freude. Am 27. Juni erließ König Friedrich an die Minister den Befehl, den Prinzen Heinrich von dem erfolgten Bruch in Kenntnis zu setzen und dann Cobenzl die Kriegserklärung zu übergeben. Am 29. traf des Königs Entscheidung in Berlin ein. Am 1. Juli, morgens 5 Uhr, rückte Prinz Heinrich an der Spitze der Berliner Garnison aus, und Hofensfels war sehr erstaunt, daß man um 4 Uhr noch nichts von dem Ausbruch der 22000 Mann mit Pferden, Artillerie und Train gemerkt hatte. Eine besondere Freude machte es ihm, daß der Prinz bei dem Ausmarsch noch einen Augenblick anhielt, um sich von ihm zu verabschieden.⁴

Noch konnte sich Hofensfels nicht darüber beruhigen, daß man ihm auf seine wiederholten dringenden Schreiben nach München keine Antwort gegeben hatte. Wie groß sein Unwille darüber war, geht aus seinem Schreiben an Beyden hervor: „In kritischer Zeit, wo es das Wohl des Vaterlandes gilt, sind unnötige Furcht und ungegründete Mutmaßungen schlecht angebracht. Ich muß gestehen, daß ich durch mein bisheriges, niemals zweideutiges Betragen verdient zu haben glaubte, daß man mir zutraute, das Wohl Bayerns sei mir ebenso sehr als das meines Herrn angelegen.“⁵ In ähnlicher Weise beklagte sich Hofensfels bei der Herzogin und bei Obermayer. Er schrieb das Ausbleiben der verlangten Schriftstücke zum Teil einer

¹ Instruction, suivant laquelle Schlipp, notre Ministre Résident à la Cour de Berlin, devra se conduire, lorsqu'il sera de retour à son poste. München, den 15. Juni 1778. M. A. R. Schw. 508/18.

² Hofensfels an die Herzogin, 3. Juli. M. A. R. bl. 424/7.

³ Bieregg an Hochstetten, Schwefingen, 25. Juli u. 8. Oktober; Friedrich II. an den Kurfürsten zu Pfalz, 17. Oktober, M. A. R. Schw. 528/27.

⁴ Hofensfels an Bachmann, Berlin, 3. Juli, M. A. R. bl. 424/6.

⁵ Hofensfels an Beyden, Berlin, 8. Juli, M. A. R. bl. 424/7.

noch von den letzten Wochen seines Aufenthalts in München zurückgebliebenen Mißstimmung gegen ihn zu. Es läßt sich nicht genau feststellen, wodurch die eigentümliche Zurückhaltung der Patrioten gegen Hofensfels veranlaßt wurde. Da man täglich den Abbruch der Verhandlungen erwartete, nahm man an, daß die mit vieler Mühe anzufertigenden Berechnungen und Deduktionen zu spät kommen würden. Man war mit Hofensfels zufrieden, wenn er in keine Teilung einwilligte. Marianne drückte ihm ihre Anerkennung aus und pries sein weises Verhalten.¹

Hofensfels hoffte nun, da der Krieg ausgebrochen war, Berlin verlassen zu können. Von seinem Hofe war er schon mehrmals gefragt worden, wann er zurückkehren werde. Am 3. Juli schrieb er an Eisebeck: „Ich hoffe, abreisen zu können, da wir noch viele Dinge zu ordnen haben.“² Er war der Meinung, daß der Herzog in den beginnenden Krieg werde tätig eingreifen müssen. Aus seinem Briefwechsel mit Obermayer geht hervor, daß geplant war, der Herzog solle auf einige Zeit nach München kommen, um Stände und Untertanen zur Hilfe aufzufordern. Dabei sollte er seine Truppen mit den preussischen vereinigen, und die Mannheimer Garnison, meinte Obermayer, könnte gleich mit ihm marschieren. Aber die preussische Regierung dachte anders. Schon am 27. Juni schrieb Görz an Eisebeck, Hofensfels werde auch nach Ausbruch des Krieges noch nötig sein, „um die zukünftigen Fälle vielleicht vorzupräparieren“.⁴ Finkenstein sagte am 2. Juli zu Hofensfels, er möge die ersten Evolutionen noch in Berlin abwarten, alsdann könne man einen „plan de conduite“ beraten und festsetzen. Bis dahin solle man in Zweibrücken dafür sorgen, daß einstweilen die Deduktion erscheine und, „ohne irgendwelche weitere Schritte zu tun, alles ruhig bleibe“.⁵ Damit hatte es für die Zukunft sein Bewenden, und als bald darauf mit der Ankunft Thuguts im Lager des Königs die Verhandlungen wieder begannen, reiste Hofensfels erst recht nicht ab, denn er wollte daran teilnehmen.⁶ Er blieb als zweibrückenscher Gesandter in Berlin und vertrat im nächsten Jahre Herzog Karl bei den Friedensverhandlungen in Breslau und Teschen.

Am Zweibrückener Hof war man gleich nach Eintreffen der Nachricht Görzens von der Ausichtslosigkeit der Verhandlungen entschlossen, Hofensfels wieder abzurufen. Daher wurde ihm, sobald man seine Ankunft in Berlin erfahren hatte, ge-

¹ Die Herzogin an Hofensfels, 10. Juli, ebd.

² M. A. R. bl. 424 6.

³ M. A. R. bl. 424 7.

⁴ M. A. R. bl. 424 6.

⁵ Hofensfels an Bachmann, 3. Juli, ebd.

⁶ An Bachmann, 1. und 18. August, ebd.

schrieben, man erwarte seinen Bericht, wann seine Anwesenheit nicht mehr nötig sei.¹ Neue Weisungen erhielt er nicht. Der französische Hof, dem die Sendung Hofensfels' nach Berlin zuerst nicht recht gewesen war, hatte auf die Denkschrift vom 31. Mai erklärt, daß es ihm gleichgültig sei.² Als die Nachricht von der Kriegserklärung eingetroffen war, schrieb Eisebeck an Hofensfels, es dürfte nun wohl bei dem kaiserlichen und dem französischen Hof großes Aufsehen erregen, wenn er noch länger in Berlin bliebe. Auch scheine seine Anwesenheit jetzt ohnehin, da das Vergleichsgeschäft stillstehe, nicht mehr nötig zu sein.³ An Görz schrieb Eisebeck dasselbe.⁴

Nun erneuerte der französische Hof auch den Freundschafts- und Subsidienvertrag mit dem Herzog von Zweibrücken. Eisebeck schrieb darüber am 16. Juli an Hofensfels, der am 27. in einem Promemoria an Graf Findenstein dem preussischen Hof davon Mitteilung machte.⁵ Herzog Karl konnte über dieses Entgegenkommen des Versailler Hofes um so mehr erfreut sein, als er dadurch die Gewißheit erlangte, daß sein Verhalten in der Erbfolgeangelegenheit vollkommen gebilligt werde. Görz machte dem Grafen Findenstein auf dieses offenbare Zeichen der wohlwollenden Gesinnung Frankreichs gegen den Herzog ganz besonders aufmerksam und fügte die Versicherung hinzu, daß er aus sicherster Quelle wisse, ehe der Herzog sich unter den Schutz Preußens gestellt habe, sei man in Frankreich ganz und gar nicht gewillt gewesen, diesen Vertrag zu erneuern, oder wenigstens habe man die Subsidien vermindern wollen.⁶

Noch eins befürchtete Görz: am 26. Juni war Kurfürst Karl Theodor in Mannheim angekommen; es war leicht möglich, daß er seinen Neffen nun in ungünstigem Sinne beeinflussen werde. Aber hierüber beruhigte ihn Eisebeck. Er schrieb dem Grafen, daß die Anwesenheit des Kurfürsten in Mannheim gar keinen Einfluß auf das System des Zweibrückener Hofes habe. Ein Schreiben von dort an den Herzog sei noch nicht erlassen worden und auch noch keines dahin abgegangen. Noch weniger sei daran zu denken, daß der Herzog einen Besuch in Mannheim abstatte oder einen Schritt tun werde, der seinen mit Preußen eingegangenen Verpflichtungen zuwider wäre.⁷

Diesem Versprechen Eisebecks blieb der Zweibrückener Hof

¹ An Hofensfels, 16. Juni, M. A. R. bl. 424/5.

² An Hofensfels, 21. Juni. ebd.

³ ebd. 424/6.

⁴ Eisebeck an Görz, 16. Juni, Orig. Donzdorf.

⁵ Orig. B. A.

⁶ Görz an Findenstein, Berlin, 26. Juli 1778 Orig. B. A.

⁷ Eisebeck an Görz, 26. Juli, Orig. Donzdorf.

auch in der Folge treu. Der Herzog hatte zum König von Preußen das Vertrauen, daß er die Erbfolgefrage zu seiner Zufriedenheit lösen werde. Er sah der Zukunft um so mehr mit Vertrauen entgegen, als er gewiß war, daß auch der Versailler Hof, an dessen Gunst ihm sehr viel lag, seinem bisherigen Verhalten vollen Beifall zollte. Er war zwar, um nicht später noch größere Opfer bringen zu müssen, bereit, in die Abtretung eines kleinen Theiles von Bayern an Oesterreich einzuwilligen, aber er hoffte, Friedrich der Große werde nach einem siegreichen Feldzug dem Wiener Hof den Frieden diktieren können, und dann werde von einem Länderverlust Bayerns nicht mehr die Rede sein. Diese Hoffnung sollte sich allerdings nicht erfüllen. Die Kriegslust war sowohl bei Preußen als auch bei Oesterreich nicht besonders groß, nach einem wenig ruhmreichen Feldzug nahmen die streitenden Mächte die Vermittlung Rußlands und Frankreichs an. Als die Parteien in Teschen zusammenkamen, um über den Frieden zu verhandeln, zeigte es sich, daß auch Preußen nicht ganz ohne Vortheil aus dem Kriege hervorgehen wollte. Für die Zusicherung, daß der Einverleibung Ansbachs und Bayreuths in Preußen von Oesterreich kein Widerspruch entgegengesetzt werde, war es bereit, diesem einen kleinen Ländererwerb zu bewilligen. Hofensels, Vertreter Karl Augusts bei den Friedensverhandlungen, konnte die vollständige Erhaltung der Integrität Bayerns nicht durchsetzen. So wurde das Innviertel an Oesterreich abgetreten. Die Konvention vom 3. Januar dagegen wurde für nichtig erklärt, und Preußen erneute den Vertrag von 1741, der dem pfälzischen Hause die Herzogtümer Jülich und Berg garantierte.

Die Wahl des Herzogs Joseph Clemens von Bayern zum Erzbischof von Cöln 1688.

Von Dr. Ernst Böhmländer.

(Schluß.)

Die Kunde von der Wahl des bayerischen Prinzen fand nicht nur allenthalben im Reich freudigen Widerhall, sondern wurde auch in Spanien und den Generalstaaten mit lebhafter Befriedigung aufgenommen, und beide Mächte boten Joseph Clemens sofort ihre Hilfe zur Aufrechterhaltung der Election an. Besonders am Siege des Reichstags rief die Botschaft aus Cöln unter den Bürgern die jubelnde Begeisterung wach, mit der man sonst die Siege über den Erbfeind im Osten feierte, und die Gesandten der deutschen Fürsten eilten zu dem kaiserlichen Prinzipalkommissar, dem Markgrafen Hermann von Baden, um aus seinem Munde die Bestätigung der willkommenen Nachricht zu vernehmen und ihrer Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß dem Rietling Frankreichs sein Streich auf das rheinische Erzstift mißglückt war.¹

Welch' trauriges Gegenstück zu dieser warmen Anteilnahme der an der Cölner Sache nicht unmittelbar Beteiligten bietet die Haltung des Münchener Hofes! Keine Spur von frohgemuter Entschlossenheit, den errungenen schönen Erfolg rasch und zielbewußt auszubauen zum endgültigen Siege! Die in Abwesenheit Mag Emanuels „zur Regierung verordneten Räte“ gedachten vor der Publikation des päpstlichen Urteils „keinerlei Konsequenz aus der Wahl zu ziehen“ und keinen Anspruch auf das Erzstift zu erheben, und Joseph Clemens unterließ es, den kurfürstlichen Titel anzunehmen und das Kurkolleg um Admission der Cölner Stimme zu ersuchen. Mit Recht beklagte sich der Kurfürst von Brandenburg über diese Versäumnis, die nicht geeignet war, ihm den Entschluß zu erleichtern, durch offene Stellungnahme zugunsten des bayerischen Kandidaten

¹ Reichstagsbericht an Philipp Wilhelm vom 26. Juli 61. 248.1.

sein Band der Rache Frankreichs auszuliefern.¹ Da es bei der Aufnahme Joseph Klemens' in das Kurkolleg in erster Linie auf die beiden weltlichen Staaten ankam, die an dem Ausgang der Sache verhältnismäßig das geringste Interesse hatten, nämlich auf Brandenburg und Sachsen, da ferner die sächsische Politik sich ganz nach der brandenburgischen richtete, war die Haltung des Kurfürsten Friedrich III. von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Sohn des Großen Kurfürsten machte nicht nur bei den Verhandlungen, die zum Abschluß eines neuen Bündnisses mit Frankreich führen sollten, zur Vorbedingung, „daß diese Allianz so eingerichtet werde, wie es das Interesse des Reiches, unseres werten Vaterlandes, von welchem sich das unsrige nicht trennen läßt, und unsere schweren Pflichten gestatten“, sondern eröffnete gerade in diesen Sommertagen die denkwürdige Reihe seiner Verträge, welche den Schutz der von den Uebergriffen Ludwigs XIV. bedrohten Staaten bezweckten: Er schloß am 30. Juni einen Freundschaftsvertrag mit der niederländischen Republik und am 27. Juli eine „Erb-Defensiv-Allianz“ mit Hessen-Cassel, worin er versprach, im Falle eines Angriffs auf das Reich oder die Generalstaaten für die Sicherheit der Städte Köln und Coblenz und Hollands tätig zu sein; am 24. August folgte das Bündnis mit Kursachsen.² In Bezug auf die Kölner Angelegenheit war der brandenburgische Standpunkt, wie Meinede³ mit Recht bemerkt: „Neutralität in der Wahlfrage selbst, aber Opposition gegen jede gewalttätige Einnischung“. Friedrich war für seine Person entschlossen, die Entscheidung der Kurie als der allein zuständigen Stelle zu erwarten über die Frage, „wer von den beiden Bewerberinnen das bessere Recht hat“ und hoffte, daß auch andere Staaten sich bis zu dem Eintreffen des päpstlichen Spruches jeder Einnischung in diese interne Sache des Reiches enthalten und einen Eingriff unterlassen würden, der nur zu neuen Unruhen und gefährlichen Weiterungen führen müßte; zugleich wies er darauf hin, daß selbst die Anhänger Fürstenbergs dessen Postulation offenbar nicht für zweifellos erachteten, da sie ja dem kurkölnischen Reichstagsgesandten Holkhemius lediglich die bei Sedisvakanz übliche Vollmacht im Namen des Kapitels erteilt hätten.⁴ Wie

¹ Bericht des brandenburgischen Reichstagsgesandten Schmettau vom 16./26. Juli und Reskript an denselben vom 24. Juli/3. August Berlin Rep. XI. 59. Kurköln 6b vol. I.

² Reskript an Spanheim vom 31. Juli/10. Aug., Berlin Rep. 81, Paris II. 20; vgl. Meinede, Brandenburg und Frankreich 1688 (Histor. Zeitschrift Bd. 62, 1889) S. 206/7.

³ Mörtner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 501—504.

⁴ a. a. O. S. 208.

⁵ Nachtrag zum Reskript an Spanheim vom 31. Juli/10. August Berlin Rep. 81. Paris II. 20.

Friedrich III. vor der Wahl den Sieg des kaiserlichen Kandidaten ersehnte,¹ so bezeugte er lebhafteste Freude über die Election des bayerischen Prinzen,² unterließ es, den Cardinal auf die Mittheilung seiner Postulation hin zu beglückwünschen und weigerte sich, einem nach Berlin abgeordneten Vertreter Fürstenbergs ein Refreditiv zu erteilen, in welchem dieser als Kurfürst bezeichnet war.³ Überzeugt, daß die Election die päpstliche Bestätigung finden werde, erklärte er dem Kurfürsten von Sachsen, der von der Kurie approbierte Kandidat müsse als Kurfürst anerkannt und in seinem Rechte geschützt werden, auch regte er bei der sächsischen Regierung bereits jetzt, dem Münchener Hofe weit vorausseilend, an, man möge dem bayerischen Herzog, der ja die Volljährigkeit bald erreichen werde, mittelst einer kaiserlichen Altersdispens sobald als möglich die Aufnahme in das Kurkolleg sichern, und der brandenburgische Reichstagsgesandte Schmettau erklärte sich dem kaiserlichen Prinzipalkommissar gegenüber bereit, eine Vollmacht, die für den Cardinal die Führung der Kölner Stimme beanspruchen würde, nicht anzuerkennen.

Als Holkhemius nicht nur dem Reichstage die Postulation Fürstenbergs mittheilte, sondern sogar die Druckschriften, welche die Gültigkeit der Postulation behaupteten, verbreitete, unterließen der brandenburgische, pfälzische und sächsische Bevollmächtigte, — der Posten des bayerischen Gesandten war gerade unbesezt —, demonstrativ den Besuch der Sitzungen solange, bis der Kölner sich gezwungen sah, seine Unabhängigkeit von beiden Parteien des Kapitels zu versichern und sich als Vertreter der sämtlichen Domherren zu bezeichnen.⁴ Der mainzische Kanzleidirektor, bei dem sich die Abgeordneten der neuen Kurfürsten anzumelden hatten, kam dem Ersuchen des Prinzipalkommissars, eine etwaige Legitimation eines fürstenbergischen Gesandten zurückzuweisen, nicht nach unter Hinweis auf das Herkommen, welches ihn verpflichtete, eine formell einwandfreie Vollmacht ohne weiteres anzunehmen. Die Auffassung des mainzischen Beamten fand indes nicht den Beifall seines Ge-

¹ Restrikt an den brandenburgischen Gesandten in Stockholm vom 18/28. Juli Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b vol. I. Dieses Schreib. n tritt auch dem am schwedischen Hofe verbreiteten Gerücht, der Große Kurfürst habe die Stoadjutantwahl Fürstenbergs gebilligt, mit bemerkenswerter Schärfe entgegen.

² Freitag an Philipp Wilhelm 31. Juli 61. 82/34.

³ Bemerkung der brandenburgischen Kanzlei zum Schreiben Fürstenbergs an den Kurfürsten vom 5. Aug. Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b vol. II. Auch in den Restripten, die nach der Wahl an Spanheim ergangen sind, bezeichnet Friedrich III. den Landgraten lediglich als „Cardinal“ oder „Bischof von Strassburg“, aber niemals als Kurfürsten oder Erzbischof von Köln.

⁴ Brandenburg an Sachsen 26. Juli/5. Aug. Dresden loc. 8930. Reichstagsbericht an Philipp Wilhelm 26. Juli 61. 248/1.

bieters, denn dieser wies ihn am 30. Juli an, eine vor dem Eintreffen des päpstlichen Spruches eingereichte Vollmacht Fürstenbergs abzulehnen.¹ Der pfälzische Gesandte, Hofgerichtsrat Herpfer, nahm das Verhalten des Holzemius zum Anlaß, um den diplomatischen Verkehr mit ihm abzubrechen und blieb sogar ebenso wie die kaiserliche Kommission dem Mahle, das zur Feier der Geburt des englischen Thronfolgers veranstaltet wurde, fern, weil die Teilnahme des Holzemius angekündigt war. Zugleich betonte Herpfer gegenüber dem bayerischen Geschäftsträger die Notwendigkeit, durch schnelle Absendung eines eigenen Gesandten die Interessen Joseph Klemens' auf dem Reichstage wahrzunehmen und stellte im Einverständnis mit seinem brandenburgischen und sächsischen Kollegen dem Münchener Kabinett in Aussicht, die Vollmacht des Kapitels für Holzemius als infolge der Election für erloschen zu erklären, sobald ein Bevollmächtigter des bayerischen Prinzen dessen Sitz und Stimme im Kurkolleg antreten würde; auch ließ er die bayerische Regierung ersuchen, den Wählern des Herzogs nahezu legen, sie möchten dem Holzemius von ihrem Standpunkte aus den Hergang der Wahl schildern.² Philipp Wilhelm billigte ausdrücklich dieses Verhalten seines Gesandten und beauftragte ihn, einen Bevollmächtigten Joseph Klemens' sofort anzuerkennen und ihm bestens an die Hand zu gehen, dem „Bischof von Straßburg“ dagegen erwiderte der Pfälzer Kurfürst auf dessen Mitteilung von seiner Postulation sehr kühl, er habe von seinem Vetter, dem „Erzbischof von Köln“, die Nachricht von dessen kanonischer Wahl erhalten und ihm auch bereits seine Glückwünsche ausgesprochen. Gleichzeitig ermahnte er den bayerischen Prinzen, in Regensburg und Köln schnelligst alle zur Durchsetzung seines Rechtes erforderlichen Schritte zu ergreifen und erluchte die österreichischen Minister wiederholt, den Kaiser zu entschiedenem Eintreten für Joseph Klemens bei der Kurie zu drängen, die Fernhaltung Fürstenbergs vom Kurkolleg und, falls dieser auf seinem Anspruch beharren sollte, seine Exkommunikation zu beantragen, sowie ihn mit der Reichsacht zu belegen.³

Diese Vorschläge fanden in der Hofburg einen fruchtbaren Boden. Bereits am 25. Juli waren an den Papst und an die einflußreichsten Kardinäle Expreßbriefe abgefertigt worden, in denen die Gültigkeit der Election dargelegt und die Bitte ausgesprochen war, den bayerischen Bewerber baldigst zu be-

¹ Wien Mainzer Erzkanzler-Archiv Nr. 273.

² Herpfer an Philipp Wilhelm 26. Juli bl. 248/1; Bericht des bayerischen Geschäftsträgers Dürr vom 29. Juli schw. 188 2.

³ Philipp Wilhelm an Fürstenberg 31. Juli bl. 252 1, an Joseph Klemens 28. Juli bl. 47/9, an Kauniz 24. Juli bl. 14 13, an Strattmann 27. Juli bl. 14/14.

stätigen, dem Kardinal dagegen jede Verwaltungstätigkeit im Erzstift ernstlich zu verbieten und ihm zu befehlen, sich nach seinem Bistum Straßburg zu begeben. Das Schreiben, in welchem Fürstenberg dem Kaiser seine Postulation mitteilte, wurde dem Ueberbringer zurückgegeben, die kaiserliche Kommission in Regensburg sollte den Eintritt des Verhafteten in das Kurkolleg um jeden Preis hindern, den Eligenten ward reicher Lohn versprochen, Max Emanuel wurde aufgefordert, für das Interesse seines Bruders gemeinsam mit dem Kaiser zu wirken und ihm in Aussicht gestellt, daß zu eingehender Beratung und Beschleunigung der Angelegenheit der Hofrat Graf Fugger in das Heerlager nach Ungarn entboten werde. In dem Glückwunschschreiben an Joseph Klemens gab der Kaiser als Motiv seines Eintretens für den Prinzen nicht nur die „sonderliche Liebe“ zu ihm, sondern auch ausdrücklich die Rücksicht auf das Staatswohl an.¹

Mit dem raschen Blick des Feldherrn ergriff Max Emanuel sofort zweckentsprechend Maßregeln: Er teilte jedem einzelnen Kurfürsten die kanonische Election seines Bruders mit, beauftragte den Hofrat und Pfleger zu Traunstein, Freiherrn von Neuhaus, sich eiligst als Vertreter des Neugewählten nach Regensburg zu begeben und etwaigen Ansprüchen des Kardinals auf den Kurfürst entgegenzutreten, fragte bei Taufkirchen und Karg an, ob, wann und mit welchem Hofstaat Joseph Klemens sein eben gewonnenes Land besuchen solle, schlug seinen Münchener Räten vor, angesichts der zu erwartenden Eingriffe Fürstenbergs in die Regierung des Erzstifts einige wohlgesinnte Domherren mit der Führung der Administration bis zur Volljährigkeit des Herzogs zu betrauen und regte an, den Eligenten aus der Verlassenschaft Max Heinrichs Belohnungen in der Höhe bis zu 10000 Talern zuzuweisen.²

Wenige Tage vor dem Eingreifen Max Emanuels war sein Geheimer Rat von der unberechtigten Proklamation des

¹ Schreiben Leopolds I. an den Papst und die Kardinäle vom 25. bezw. 26. Juli, an Max Emanuel 25. Juli, an die Kommission in Regensburg 26. Juli, an Joseph Klemens 28. Juli Wien Geistliche Wahlen, Köln 17a. Bericht Schmettaus vom 23. Juli/2. Aug. Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b. vol. I. Leibniz gab dem Standpunkte des Kaisers gegenüber dem Kardinal Ausdruck mit den Worten: „Ich zweifle, daß Fürstenberg jemals im Reich und im Kurkolleg anerkannt werden wird außer infolge einer großen Umwälzung, und dies wird denjenigen zur Warnung dienen, die glauben, zum größten Glück steigen zu können auf Kosten ihres Vaterlandes.“ Komme!, Briefwechsel zwischen Leibniz und dem Landgrafen Ernst von Hessen-Rheinfels, Bd. II S. 175.

² Schreiben an Salankemen vom 2. Aug. Schw. 45/17 u. 18. Der Geheimer Rat jedoch beauftragte aus Furcht vor Fürstenberg die Gesandtschaft in Bonn, erst nach Eintreffen der päpstlichen Bestätigung die Eligenten zu belohnen; Schreiben an Karg vom 4. Aug. Schw. 45/18.

Kardinals zum Kurfürsten¹ sowie von der Verbreitung der Druckschriften der Postulanten durch Holgemius in Kenntniß gesetzt worden: Unter dem Eindruck dieser Nachrichten erteilte die Münchener Regierung Karg, der zu der Wahlagitation nach Rüttich abgereist war, den Befehl, sofort nach Köln zurückzulehren, die Eligenten zu treuem Aushalten auf Seite des Gewählten anzuapornen und die Wahllisten unverzüglich nach München zu schicken, damit sie von hier an die Kurie weiter befördert werden könnten; auch war beabsichtigt, Karg nach Rom zu senden, um über das gesamte Verhalten Fürstenbergs Beschwerde zu führen. Neuhaus erhielt den Auftrag, nach Regensburg zu eilen und das Kurkolleg um Beistand wider die jüngsten Übergriffe Fürstenbergs zu ersuchen; endlich wurde der Rämmerer Freiherr von Gözengrün nach Bonn abgeordnet, um dem Grafen Tauffkirchen bei der Inventarisierung des Nachlasses Max Heinrichs behilflich zu sein, und die Bonner Gesandtschaft wurde angewiesen, sich unter keinen Umständen aus der Residenz verdrängen zu lassen.² Gleichzeitig bat Joseph Klemens den Kaiser, die Dauphine³ und die Kurfürsten um Schutz gegen die „unverhofften, unsuegsamen Unternehmungen des Bischofs von Straßburg“, während Scarlatti der Kurie versichern sollte, der bayerische Prinz sei endgültig entschlossen, im geistlichen Stande zu verbleiben; ferner hatte der Agent in Rom dahin zu wirken, daß die Gegenseite vom Papste solange nicht gehört werde, bis die sämtlichen Dokumente der bayerischen Partei am Vatikan eingetroffen seien. Der kaiserlich gesinnte bayerische Minister Freiherr von Leyden triumphierte über den frischen Zug, der jetzt die Politik des Münchener Hofes zu durchwehen schien und betonte: „Herzog Joseph Klemens ist ganz verändert und zum geistlichen Stande ebenso begierig wie er früher ihm abgeneigt war“.⁴

Leopold I. wiederholte unterdes in Rom seine Bitte, den Kardinal zur Residenz in Straßburg anzuhalten und ersuchte, so schnell als möglich die Konfirmation der Wahl zu vollziehen und bis zur Volljährigkeit des bayerischen Prinzen mit der

¹ Oberbayer. Archiv Bd. 56 S. 245-46. Die erste genaue Schilderung des Wahlhergangs lieferte dem bayerischen Hofe der Bericht Kargs vom 19. Juli (schw. 45-17).

² Geheimer Rat an Max Emanuel, Karg und Tauffkirchen 30. u. 26. u. 28. Juli, Protokoll des Geheimen Rates vom 26. u. 28. Juli, Geheimer Rat an Neuhaus 28. Juli (schw. 45-17).

³ Max Emanuel wies am 16. August den Vorschlag des Geheimen Rates, Ludwig XIV. durch eine eigene Gesandtschaft um Vermittlung in der Kölner Frage zu ersuchen, zurück.

⁴ Undatierter Brief Leydens an Kaunitz (sicher vor dem 12. August), Wien, Berichte aus Köln fasc. 1 b. Joseph Klemens an den Kaiser und an die Kurfürsten 28. Juli, an Scarlatti 30. Juli (schw. 45-17, an den Papst 9. August (schw. 45-18).

geistlichen Verwaltung des Erztifts den Weihbischof Anethan, mit der weltlichen Regierung den wohlbewährten Rarg zu betrauen.¹

Daß der Münchener Geheime Rat vergaß, Neuhaus mit einer eingehenden Spezialinstruktion nach Regensburg abzuordnen, sollte sich bald rächen. Am 30. Juli an seinem Bestimmungsorte angekommen, ließ sich der bayerische Gesandte von den Mitgliedern der kaiserlichen Kommission und dem pfälzischen Bevollmächtigten über die Lage Bericht erstatten und den Entwurf seines ersten Vortrags im Kurkolleg überarbeiten. So kam es, daß seine Rede vom 2. August auf den von Philipp Wilhelm beliebten entschiedenen Ton gestimmt war. Beginnend mit einer Beschwerde über die zum Nachteil des „ordentlich erwählten Erzbischofs“ getroffenen Maßnahmen Fürstenbergs sowie über die Verteilung der Druckschriften durch den „ehemaligen kurcölnischen Gesandten Holzgemius“ behauptete er in theoretischen Ausführungen die Gültigkeit der Election und beantragte, weder den Kardinal als Kurfürsten noch einen von ihm Bevollmächtigten als kölnischen Gesandten anzuerkennen, sondern lediglich den Herzog Joseph Klemens als kanonisch gewählten Erzbischof in das Kurkolleg aufzunehmen, umso mehr, als Kaiser und Papst sicher zu seinen Gunsten entscheiden würden.² Holzgemius war geschickt genug, zu erwidern, er sei weit davon entfernt, dem Urteile des Papstes über die Rechtsbeständigkeit der beiden Wahlen vorzugreifen, habe die zugunsten der Postulation sprechenden Traktate nur wie andere Nachrichten über Tagesereignisse verbreitet, ohne sich mit ihrem Inhalte zu identifizieren und gedenke zwar ausschließlich auf Grund der ihm nach dem Tode Max Heinrichs von dem ganzen Kapitel erteilten Vollmacht die Geschäfte zu führen, müsse sich aber gegen jeden Eingriff in die unzweifelhaften Rechte des Kapitels entschieden verwahren. Neuhaus trat daraufhin den Rückzug an mit der Erklärung, er habe keinen Anlaß, gegen die Vollmacht sämtlicher Domherren Einspruch zu erheben. Wie es in Wahrheit mit der Neutralität des Holzgemius bestellt war, zeigt die Tatsache, daß er den Landgrafen, dem er den kurfürstlichen Titel beilegte, zu überreden suchte, Sitz und Stimme im Kurkolleg zu ergreifen und ihm auch den Weg angab, auf dem seine Vollmacht voraussichtlich am sichersten Annahme finden konnte.³ Neuhaus wurde auf seine Anfrage, ob er dem Beispiele des pfälzischen und sächsischen Vertreters folgen und die diplomatischen Beziehungen zu Holzgemius abbrechen

¹ Leopold I. an den Papst und Pio 8. Aug. Wien, Geistliche Wahlen Cöln fasc. 17b.

² Gondorp, Acta publica XIII 646.

³ Holzgemius an Fürstenberg 24. Juli Schw. 45. 17.

solle oder nicht, von München aus angewiesen, den Verkehr mit dem kölnischen Gesandten solange fortzusetzen, als dieser auf der Legitimation durch das ganze Kapitel fuße und Herzper den Besuch des Kurkollegs zu empfehlen, da Holgemius das Fernbleiben der anderen Bevollmächtigten vom Reichstage eher für als gegen sich auslegen würde; Joseph Klemens dürfe vor dem Eintreffen der päpstlichen Bestätigung auf die Kur umso weniger Anspruch erheben, als es für das Haus Bayern überaus demütigend wäre, wenn seine Vollmacht in Zweifel gezogen oder ganz zurückgewiesen werden sollte.¹

Diese Möglichkeit war indes nahezu ausgeschlossen, denn nicht nur Brandenburg und Sachsen waren bereit, eine Legitimation Joseph Klemens' sofort anzuerkennen, sondern auch Erzbischof Johann Hugo von Trier versprach, keine auf den Nachteil des Kletten abzielende Handlung zu unterstützen.²

Das Gegenstück zu der schwankenden Politik des bayerischen Geheimen Rates bildet das rücksichtslose, aber zielbewußte Vorgehen Fürstenbergs. Am 25. Juli beriet das Kölner Kapitel über die Einrichtung der neuen Administration, wobei sich der Kardinal zum Schein bereit erklärte, von der Verwaltung des Erzstifts, die ihm erst vor 5 Tagen auf seinen eigenen Antrag hin anvertraut worden war, zurückzutreten: als ihn jedoch die Kanoniker ersuchten, im Hinblick auf den Ernst der Lage dem Kurstaat seine kostbare Kraft nicht zu entziehen, legte er — ein Zeichen, wie ernst er es mit dem eben ausgesprochenen Verzicht gemeint hatte — einen fertigen Organisationsentwurf vor, der ihn tatsächlich zum Haupte der Regierung erklor: Allerdings nahm dieses Projekt formell in Aussicht, daß die Verwaltung von dem Dean und dem ganzen Kapitel gemeinsam geführt werden solle, die wahren Gedanken Fürstenbergs aber enthüllte seine Erklärung, die Administration nur mit denjenigen Domherren teilen zu wollen, die ihm nach der von den Franzosen besetzten und befestigten Stadt Bonn folgen würden; seinen Anhängern war als Lockspeise die Befugnis zugebacht, das Siegel des Konvents zu führen und somit den einseitigen Akten einer Partei den Stempel von Kundgebungen des gesamten Kapitels aufzudrücken;³ auch der Eid, den die

¹ Instruktion vom 6. Aug. schw. 183/2. Sogar Philipp Wilhelm beauftragte seinen Gesandten, das Kolleg wieder zu besuchen, allerdings vorausgesetzt, daß er den Holgemius als Gesandten des Erzbischofs Joseph Klemens anerkennen könne; Reskript vom 14. Aug. bl. 7521.

² Johann Hugo an Joseph Klemens 8. Aug. schw. 45/18. Das Schreiben des Erzbischofs an Fürstenberg vom 25. Juli dagegen war mit kalter diplomatischer Höflichkeit abgefaßt. Wien Reichskanzlei Berichte aus Köln faso. 1b.

³ Protokoll vom 25. Juli, Düsseldorf, Kölner Domstiftsprotokolle Nr. 200.

Beamten nunmehr zu leisten hatten, gebot Treue dem Defan und der „pro corpore capituli“ zu erachtenden Mehrheit sowie ausschließliche Anerkennung des von der Majorität gewählten Erzbischofs.¹ Mit dem Beschluß der Mehrheit, den Entwurf Fürstenbergs anzunehmen, war auch die räumliche Scheidung des Kapitels vollzogen; die Eligenten, die gemäß den kanonischen Vorschriften am Sitze der Metropolitankirche zurückblieben, sahen sich von der Verwaltung des Kurfürstentums ausgeschlossen, zudem waren sie persönlich gekränkt durch den Beschluß der Postulanten, daß die in Köln residierenden Kanoniker in der Wahlangelegenheit keinen Schritt unternehmen dürften, ohne vorher die Bonner Regierung eingeladen zu haben. Daß die Anhänger Fürstenbergs entschlossen waren, von ihrer Macht rücksichtslosen Gebrauch zu machen, zeigten sie noch am 25. Juli damit, daß sie den Grafen Taufkirchen aufforderten, die Bonner Residenz, zu deren Benützung er nach dem Ablauf von 6 Wochen seit dem Tode Max Heinrichs kein Recht mehr habe, der neuen Administration einzuräumen, alle aus dem Nachlasse des Erzbischofs stammenden Brieffschaften auszuliefern und Bezahlung der Erbschaftsschulden zu beschleunigen. Holzemius wurde am 5. August von Bonn aus angewiesen, bei dem Direktorium des Kurkollegs dahin zu wirken, daß die Legitimation zur Führung der Kölner Stimme nur einem Vertreter des von der Mehrheit anerkannten Bewerbers erteilt werde.² Sein Amt als Domdefan mißbrauchte Fürstenberg dazu, dem Kapitelsyndikus die Originalprotokolle über den Hergang der Wahl abzufordern, um so der Gegenpartei die rechtzeitige Absendung ihres Materials nach Rom unmöglich zu machen; erst die vereinten Vorstellungen des Nuntius Tanara, des Grafen Kaunig und Kargz, welche mit Beschwerden in Rom und Wien drohten, hatten zur Folge, daß die Protokolle dem Nuntius zur Weitergabe an Kaunig ausgehändigt wurden.

Am Abend des 28. Juli hielt der Landgraf an der Spitze seiner Wähler unter Kanonendonner und Trompetengeschmetter feierlichen Einzug in die Residenz zu Bonn. Taufkirchen wurde abermals zum Verlassen des Schlosses gedrängt, wo er doch am zweckmäßigsten der Inventarisierung des Nachlasses obliegen konnte; außerdem erhob die Bonner Regierung im Namen des Kapitels zahlreiche unbegründete Ansprüche auf die Erbschaft, Fürstenberg benützte die Mobilien seines verstorbenen Herrn, als wären sie sein Eigentum und zum Zeichen, daß man an dem mit mittelbachiſchem Golde erbauten Schlosse jede Spur der Erinnerung an das Haus Bayern tilgen wollte,

¹ Wer diesen Eid nicht leistete, wurde entlassen, so der Hofrat Bourmann, ein langjähriger Diener Max Heinrichs.

² ſchw. 45/17.

wurde die Wegnahme der Siegel Max Emanuels angeordnet; nur dem eindringlichen Zureden Tanaras war es zu danken, daß der völlig gebrochene Taufkirchen nicht die ihm so sehr verleidete Aufgabe im Stiche ließ.¹ Am 2. August gingen die Anhänger des Domdekans noch einen Schritt weiter: Sie beschloßen nicht nur, die Einkünfte des Erzstifts ausschließlich zu ihren eigenen Gunsten zu verwenden, sondern verpflichteten sich, unter allen Umständen an der Wahl Fürstenbergs festzuhalten, die Miliz und die Festungen des Kurstaates unter die Notmäßigkeit der Franzosen zu bringen und jeden erreichbaren Beistand zur Aufrechterhaltung der Postulation anzurufen; in diesem Entschlusse wurden sie bestärkt durch ein Schreiben Ludwigs XIV., das sie wegen ihrer Treue gegen den Kardinal, dessen Politik dem Nutzen des Erzstifts und dem allgemeinen Frieden diene, belobte, und ihnen die Hilfe Frankreichs gegen alle Angriffe auf ihre Freiheiten verhiess.²

Die Eligenten sahen sich darauf beschränkt, wider alle Übergriffe der Gegenpartei zu protestieren; denn einem wirkungsvollen Vorgehen ihrerseits stand ganz besonders die Tatsache entgegen, daß die Pfalzgrafen und Karg am 23. Juli Köln verließen, um in Lüttich und Münster die letzte Hand an das Wahlwerk zu legen. In ersterer Diözese hatte der Deutschmeister eifrig arbeiten lassen, konnte aber nicht durchbringen, da der Kaiser die österreichisch gefinnten Kapitularen aufforderte, für Joseph Klemens einzutreten, und als die Stimmenzersplitterung auf der deutschen Seite den Sieg der französischen Partei herbeizuführen drohte, führte in letzter Stunde ein Kompromiß zum Ziel: Sämtliche Gegner Fürstenbergs wählten am 17. August den angesehenen Lütticher Domdekan Johann Ludwig van Elderen; dagegen sah in Münster der 29. Juli den Sieg des von Fürstenberg und von Brandenburg unterstützten Kandidaten, Friedrich Christian von Plettenberg.³

¹ Der Graf äußerte in seinem Unmute über die Schikanen von Seite der Administration: „Nieher würde ich im Zuchthaus sitzen, als noch weiter mit diesen Leuten zu tun haben.“ Protokoll vom 28. u. 30. Juli, Düsseldorf, Kölner Domstiftsprot. Nr. 209, Karg an Max Emanuel, 22. Juli und Kaunig an Karg 29. Juli schw. 45/17. Taufkirchen an Max Emanuel 3. Aug. schw. 45 18. Kaunig an den Kaiser Wien, Reichskanzlei, Berichte aus Köln fasc. 1b.

² Mandat des Kapitels vom 2. Aug. Düsseldorf A III Kurcöln 1 Erzbischöfe Joseph Klemens Nr. 1. Schreiben Ludwigs XIV. vom 28. Juli, Londonp XVI 176.

³ Reichhaltiges Material über die Wahl zu Münster enthalten die Akten Berlin Rep. XI. 165c Nr. 3 u. 165d Nr. 1. Den Kurfürsten von Brandenburg veranlaßte zu seiner Haltung die Besorgnis, die Gebiete von Jülich und Münster würden in der Hand der beiden Pfalzgrafen ein bedrohliches Bollwerk des Katholizismus im westfälischen Kreise bilden; ebenso nahmen die Generalstaaten aus konfessionellen Gründen gegen den Bischof von Breslau Partei. Außerdem wurde von Branden-

In der gemeinsamen Sitzung vom 9. August kam es zwischen den beiden Parteien des Kölner Kapitels zu einem Zusammenstoß. Verlesen wurde der Entwurf eines an die übrigen Domstifte zu richtenden Rundschreibens, worin behauptet war, die Eligenten seien, von Kauniz verleitet, dem vor der Roadjutormahl abgegebenen Versprechen, an der Postulation Fürstenbergs unter allen Umständen festzuhalten, untreu geworden; in dem gleichen Schriftstück wurden sämtliche Kapitel aufgefordert, an den Kaiser die gemeinsame Bitte zu richten, er möge bei künftigen Bischofswahlen keinen Bewerber mehr empfehlen und keinen ablehnen. Der Domherr Uetlihan protestierte gegen dieses Schreiben unter Hinweis darauf, daß er nur durch die Verleihung des Eligibilitätsbrevés an Joseph Klemens veranlaßt worden sei, seine Stimme dem vermutlichen Willen des Papstes anzupassen und verließ mit der Bemerkung, er wolle dergleichen „anzäpflichen Kapiteln“ nicht mehr beiwohnen, die Sitzung; Wormbs und Daemen verwahrten sich gleichfalls gegen die Expedition des genannten Schriftstücks, sowie des Entwurfs einer Instruktion an den kölnischen Hofrat Solemacher, der die Kurfürsten von Mainz und Trier mündlich ersuchen sollte, sich dem Widerstand gegen die Aufnahme des Herzogs Joseph Klemens in das Kurkolleg anzuschließen. Die Majorität billigte jedoch beide Konzepte ebenso wie einen gegen die Admision des bayerischen Prinzen auf dem Reichstage gerichteten Brief an die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen. Außerdem beschloßen die Anhänger Fürstenbergs, im Namen des Kapitels um Zulassung der Postulation bei der Kurie zu ersuchen und das offizielle Wahlprotokoll durch den französischen Agenten Tissier dem Papste vorlegen zu lassen.¹ Am 19. August wurde Holgemius von den Postulanten angewiesen, über den Vortrag des Freiherrn von Neuhaus, der dem päpstlichen Urteil vorgegriffen habe, Beschwerde zu erheben; ferner sollte er gegen jeden Eingriff in die Rechte des Kapitels protestieren und die kurfürstlichen Bevollmächtigten ersuchen, die Nichtigkeit der Elektion und die Gültigkeit der Postulation „wohl vorzusehen“, — also das nämliche tun, was man eben bei dem bayerischen Gesandten getadelt hatte.²

Holgemius leitete den Vortrag, den er auf Grund dieses Befehls im Kurkolleg hielt, mit der Bemerkung ein, er könne nicht glauben, daß Neuhaus am 2. August im Auftrage Max Emanuels gesprochen habe und bezweifle das Recht des Geheimen Rates, bei Abwesenheit des Kurfürsten Maßregeln von

burg sowie von Fürstenberg der Standesgegensatz der meist dem niederen Adel angehörenden Domherren gegenüber dem kurfürstlichen Hause Pfalz mit Erfolg ausgebeutet.

¹ Kapitelsprot. v. 9. Aug., Düsseldorf Prot. Nr. 209.

² Düsseldorf A III Kurcöln I Erzbischöfe Joseph Klemens Nr. 1.

größerer politischer Tragweite zu ergreifen. Daß Joseph Clemens von diesem Vertreter der köln'schen Stimme keine Wahrung seiner Interessen erwarten durfte, zeigte sich, als Holgemius auf die Frage Neuhaus', ob er dem Kolleg eine Vollmacht des Prinzen oder seiner Wähler vorzeigen könne, nur erwiderte, er müsse dem Befehl der Administration nachkommen, ausschließlich den Kandidaten der Mehrheit anzuerkennen.¹ Die Eligenten beschwerten sich daher mit Recht in einer Denkschrift ganz besonders über die einseitige Stellungnahme des angeblich im Dienste des ganzen Kapitels stehenden kölnischen Reichstagsgesandten.²

Bald folgte ein neuer Gewaltakt gegen die bayerische Gesandtschaft in Bonn. Den aus Rom einlaufenden Nachrichten war zu entnehmen, daß die Bestätigung der Election nicht mehr lange auf sich warten lasse; Karg riet daher dem Münchener Kabinett, sofort nach dem Eintreffen der Konfirmation von dem Kölner Dom Besitz zu ergreifen, die Kanoniker Quentel und Wehring, die juristischen Berater Fürstenbergs, durch Androhung der Exkommunikation auf die Seite Bayerns zu bringen; und, auf die im Erzstift über die Willkür des Kardinals herrschende Erbitterung sich stützend, mit Hilfe der in Köln stehenden Kreistruppen sich der Stadt und Residenz Bonn zu bemächtigen. Von diesen Vorschlägen gewann der Sekretär der bayerischen Gesandtschaft in Bonn, Stray, Kenntniss und machte einem Mitgliede der Administration gegenüber die unbedachte Äußerung, die bayerischen Beamten dürften das erzbischöfliche Palais nicht verlassen, da in nächster Zeit die Bestätigung des Prinzen Joseph Clemens und die Besitzergreifung für ihn zu gewärtigen sei. Diese Worte veranlaßten die Anhänger Fürstenbergs, abermals den Grafen Tauffkirchen zum Verlassen der Residenz aufzufordern. Da der Graf die Bevollmächtigten des Kapitels, welche dieses Ansinnen zu überbringen hatten, trotz ihrer vorhergehenden Anmeldung nicht vorließ, da ferner die Münchener Gesandtschaft formell ohne Oberhaupt war, — Gözengrün besaß keine genügende Vollmacht, und Tauffkirchen begab sich eiligst nach Köln, als er merkte, daß Gefahr im Verzug sei — erging am 23. August vonseiten der Administration der Befehl, das Bonner Schloß innerhalb zwei Tagen der Regierung als dem Hausherrn zu räumen; doch auch jetzt rettete noch einmal das Eingreifen Tanaras die bayerischen Beamten vor dem Außerstehen.³

¹ Bericht des Holgemius an das Kapitel vom 16. Aug. Schw. 45/18.

² Druckschrift v. 19. Aug. Berlin Rep. XI. 59. Rurköln 6b vol. II. Das Original einer Vollmacht der Eligenten für Neuhaus, der ihre Beschwerden auf dem Reichstage vorbringen sollte, wurde von Spionen Fürstenbergs abgefangen.

³ Berichte Kargs, Gözengrüns und Strays v. 20., 22., 23. u. 24. August Schw. 45/18.

Der Münchener Geheime Rat erhob nunmehr geharnischten Protest wider das „unter christlichen Mächten unerhörte“ Verhalten der Bonner Kapitularen und ermahnte die Gesandtschaft, vor Vollendung des Inventars aus dem Schlosse nur zu weichen im Falle körperlicher Gewaltanwendung; an die Kurfürsten wurde von München aus die Bitte gerichtet, nach dem Eintreffen der päpstlichen Bestätigung dem Prinzen Joseph Klemens baldigst zu Sitz und Stimme im Kurkolleg zu verhelfen; Kauniz und Karg, welcher letzterer seine Reise nach Rom aufgeben sollte, wurden beauftragt, ungesäumt mit den Eligenten zu beraten, wie von dem Erzstift Besitz zu ergreifen und die neue Verwaltung einzurichten sei. Neuhaus sollte beantragen, daß Holzhemius solange vom Reichstage ausgeschlossen werde, bis er entweder eine von den beiden Parteien des Kapitels genehmigte Vollmacht beigebracht habe oder bis die Sedisvakanz durch das päpstliche Urteil endgültig beseitigt sei, keinesfalls aber dürfe Neuhaus den Vertrauensmann der Postulanten als Gesandten des Kapitels anerkennen, müsse vielmehr jeden diplomatischen Verkehr mit ihm abbrechen.

Auf der Gegenseite gefiel sich der französische Reichstagsgesandte Crécy, einem bewährten Kunstgriff der bourbonischen Politik folgend, in der Rolle des Anwalts der „deutschen Freiheit“: Er behauptete, die Rede des Grafen Kauniz vor der Kölner Wahl habe deutlich gezeigt, welche Gefahr der Unabhängigkeit der deutschen Domkapitel drohe, ebenso bedenklich sei der Versuch der Eligenten, die Postulation der „maior et sanior pars“ unbeachtet zu lassen und dem Kapitel das ihm gebührende Recht zu nehmen, während der Sedisvakanz Sitz und Stimme auf dem Reichstage zu führen; das Grab der vielgerühmten Libertät der Stände bedeute es, wenn der Papst nach Gutdünken über deutsches Gebiet verfügen und die Konföderate umstoßen dürfe; die konfessionellen Gegensätze suchte Crécy zu vertiefen durch die Mahnung, man müsse jetzt den Übergriffen der Kurie Einhalt gebieten, sonst sei es bald um den säkularisierten Besitz der evangelischen Fürsten geschehen. Zu dem freiheitlichen Tone dieser Vorstellungen paßte allerdings wenig die Drohung, solange der Kaiser in der Kölner Sache seinen Einfluß geltend mache, werde Ludwig XIV. nicht aufhören, den Kardinal mit allen Mitteln zu unterstützen. Die kaiserliche Kommission sowie der brandenburgische und sächsische Gesandte beschränkten sich darauf, die Erklärungen des französischen Ministers zur Kenntnis zu nehmen, ebenso wie den Vorschlag des englischen Vertreters, den Kardinal als Erzbischof und Joseph Klemens als seinenoadjutor anzuerkennen oder wenigstens ersterem auf Lebenszeit die Administration des Erzstifts zu übertragen.¹

¹ Berichte Schmettaus v. 17./27. Aug. u. 23. Aug./2. September Berlin Rep. XI. 59. Kurköln 6b vol. II. Bericht Herpfers v. 5. August bl. 248/1.

Der von Neuhaus am 1. September gestellte Antrag, Holgemius aus dem Kurkolleg auszuschließen, wurde lediglich von dem pfälzischen und dem sächsischen Gesandten unterstützt, während die übrigen Bevollmächtigten erklärten, sich vor Empfang einer Instruktion in dieser wichtigen Frage nicht binden zu können.¹ Immerhin hatte das Vorgehen Bayerns die Folge, daß Holgemius den Kardinal ersuchte, man möge ihm namens der sämtlichen Kanoniker eine neue Vollmacht erteilen und ihn zu völliger Neutralität in der Wahlsache anhalten. Nachdem die Eligenten in der Sitzung vom 10. September nochmals alle seit der Wahl im Dienste Fürstenbergs vorgenommenen Handlungen des Holgemius für nichtig erklärt hatten, erging an diesen unter dem 13. September vonseiten des ganzen Kapitels der Befehl, als Vertreter beider Parteien im Kurkolleg aufzutreten und seine Berichte direkt an das Kapitel in Köln zu richten.² Der bayerische, pfälzische und sächsische Gesandte ließen sich jedoch auch jetzt nicht herbei, den diplomatischen Verkehr mit Holgemius wieder aufzunehmen und zwar aus dem gleichen Grunde, der die Kölner Domherren zu dem eben genannten Reskript an Holgemius bewog: Die Bestätigung der Election stand unmittelbar bevor.

Am 10. August berichtete der geistliche Vertreter der französischen Interessen am Vatikan, Kardinal D'Estrees, seinem Könige: „Es ist leicht, die Parteilichkeit des Papstes in der Kölner Sache nachzuweisen: Er hat das Bestätigungsbreve für den Prinzen Joseph Klemens auf einen einfachen Brief desselben hin anfertigen lassen, ohne vorher einen Akt des Kapitels erhalten oder erwartet und ohne sich über die zugunsten Fürstenbergs sprechenden Gründe unterrichtet zu haben. Man muß sich gefaßt machen auf alle Strafen, welche der Heilige Stuhl manchmal in zu weitgehender Nachgiebigkeit und Leidenschaftlichkeit anwendet.“³ Auf den Berichten Estrees fußend, haben,

¹ 'Berichte Neuhaus' v. 2. Sept. Schm. 183/2, Verpfers v. 2. Sept. bl. 248/1, Schmettaus v. 23. Aug./2. Sept. Berlin Rep. XI. 59. Kurköln 6b vol. II.

² Holgemius an Fürstenberg 2 Sept. Schm. 45 18. Protokoll vom 10. Sept. Düsseldorf Prot. Nr. 209. Reskript des Kapitels an Holgemius v. 13. Sept. Schm. 45 19.

³ Michaud, Louis XIV. et Innocent XI., Band III 174. Die Methode Estrees sei durch folgendes Beispiel gekennzeichnet: Der Papst äußerte gegenüber dem Kardinal Spinola: „Im Hinblick auf die Erbitterung des Kaisers und der meisten Reichsstände gegen Fürstenberg erscheint es im Interesse der öffentlichen Ruhe als das Beste, wenn der Kardinal auf seinen Ansprüchen nicht weiter beharrt; jedenfalls muß der Entscheidung dieser wichtigen Angelegenheit eine erschöpfende Untersuchung des Wahlgangs vorausgehen und billigerweise überläßt man es jedem Volke selbst, seine Angelegenheiten zu besorgen.“ Diese Äußerung verfaß Estrees mit dem Kommentar: „Tout cela fait bien voir une volonté déterminée à mal faire.“

abgesehen von Gérin¹ alle französischen Bearbeiter dieser Epoche, voran Michaud,² die Objektivität Innocenz' XI. in der Kölner Frage in Abrede gestellt.

Ganz mit Unrecht. Dieser Papst, der so ganz in gregorianischen Ideen lebte, Doktrinär und Idealist, aber kein Diplomat, war von der hochpriesterlichen Erhabenheit und den einzigartigen Pflichten seines Amtes aufs tiefste durchdrungen. Wie Leopold I. seinen Glauben an das „Mirakel“-Glück des Hauses Österreich auch in den gefährlichsten Bedrängnissen nicht verlor, so war Innocenz XI. unerschütterlich überzeugt, daß an dem Felsen Petri alle Wogen zerschellen müßten, wenn er nur, seiner göttlichen Mission folgend, unbeugsam auf dem kirchlichen Standpunkte beharre. Die Auffassung, daß er für sein Verhalten Gott allein Rechenschaft schulde, machte es dem Papste unmöglich, durch Nachgeben in der Kölner Angelegenheit, das ihm als eine Verletzung seiner oberhirtlichen Rechte und Pflichten erschienen wäre, den Staatskirchenkonflikt mit Frankreich zu mildern. Wie ernstlich Innocenz XI. indes bei aller Prinzipientreue bemüht war, strengste Objektivität zu wahren, zeigt die Tatsache, daß er sich standhaft weigerte, den im Vatikan lebhaft unterstützten Bitten des Kaisers sowie der Kurfürsten von Bayern und von der Pfalz um tunlichst rasche Bestätigung der Election vor genauer Kenntnis der Sachlage zu willfahren.³ Dem obersten kirchlichen Richter stand das Recht zu, aus eigener Machtvollkommenheit die Election zu bestätigen und die Postulation zu verwerfen oder eine dritte Person zum Erzbischof zu ernennen; statt von diesen Befugnissen Gebrauch zu machen, berief er am 28. Juli zur Untersuchung des Wahlhergangs eine Kardinals-Kongregation und verfuhr bei der Auswahl ihrer Mitglieder mit solcher Vorsicht, daß die Zahl der dem bayerischen Prinzen günstigen Stimmen kaum $\frac{1}{3}$ der ganzen Kommission betrug. Unterdessen waren vonseiten Fürstenbergs und seiner Parteigänger bereits mehrere Denkschriften in Rom eingelaufen: Der Landgraf klagte, durch die von Kauniz vor versammeltem Kapitel vorgebrachten Drohungen und Beleidigungen sei in seiner Person sämtlichen Kardinälen ein unleidlicher Schimpf zugefügt worden; die Postulanten beanspruchten, dem päpstlichen Befehle vom 3. Juli, dem geeignetsten Bewerber aus ihrer Mitte die Stimmen zu geben,⁴ dadurch nachgekommen zu sein, daß sie den seit vierzig

¹ Le Pape Innocent XI et l'élection de Cologne en 1688 in *Revue des questions historiques*, Band 33 (1883).

² Dieser (a. a. O. I 151) versteigt sich sogar zu der Behauptung, der Papst habe von vornherein, lediglich um Frankreich einen Streich zu spielen, beschlossen, die Wahl Fürstenbergs für nichtig zu erklären und Joseph Clemens die erzbischöfliche Würde zu verschaffen.

³ Berthier II 405.

⁴ Oberbayer. Archiv Bd. 56 S. 232 A. 4.

Jahren im Dienste der Kirche erprobten, von dem gegenwärtigen Papste selbst des Purpurs für würdig erachteten Dombesan mit Rücksicht auf das von den Ketzern bedrohte Erzstift einem unerfahrenen Jüngling vorgezogen hätten, der noch nicht endgültig zur Hingabe an den geistlichen Stand entschlossen sei und nicht einmal dem Kölner Kapitel angehöre; sollte der Papst dem Kardinal die ihm gebührende Kölner Mitra vor-enthalten, so sei eine der schwersten Katastrophen, die das Reich je gesehen, unvermeidlich. Kaum hatte die Kardinals-Kongregation ihre Tätigkeit begonnen, so wurde sie vom Papste in ängstlichem Streben nach Unparteilichkeit aufgelöst, da Tissier gegen ihre Besetzung Einspruch erhob und Estrées ihre Vertagung forderte unter Hinweis darauf, daß Fürstenberg noch nicht Gelegenheit geboten worden sei, seinen Standpunkt eingehend darzulegen.¹ Gleichzeitig billigte jedoch Ludwig XIV. den Befehl Estrées an Tissier, die Schriftsätze des Dombesans und seiner Parteigänger der Kommission nicht vorzulegen, da Fürstenberg dann den Einwand erheben könne, man habe ihn sein Recht gehindert zu vertreten.²

Diese Politik des französischen Kabinetts hatte ihren Grund darin, daß die Stimmung des Pariser Hofes gegenüber Fürstenberg noch nicht geklärt war: Einerseits wollte man Zeit gewinnen, um durch sorgfältig vorzubereitende kriegerische und diplomatische Aktionen ein dem Kardinal günstiges Urteil der Kurie herbeizuführen, andererseits war auf die Kunde von dem Ergebnis der Kölner Wahl das bisher unbedingte Vertrauen in die Sache des Landgrafen gesunken.³ Jetzt wurde daran erinnert, daß Gravel schon im Frühjahr vorgeschlagen hatte, den Kölner Koadjutor im Hinblick auf seinen unziemlichen Lebenswandel und den Widerstand der kaiserlichen Partei gegen seine Kandidatur fallen zu lassen. Croissy, der Minister des Auswärtigen, gestand Spanheim, Fürstenberg besitze nicht die zu einer gültigen Postulation erforderliche Stimmenzahl und müsse sich daher einer nochmaligen Wahl unterziehen; der Erzbischof von Rheims, ein Bruder Louvois', der General der französischen Jesuiten und der in kanonischen Fragen als Auto-

¹ Tatsächlich war die mitteleuropäische Partei mit der Einsendung ihres Materials im Rückstand, nicht zum mindesten infolge der langen Verweigerung der Wahlprotokolle durch die Postulanten. Selbst neutrale Kardinäle, wie Cybo, Carpegna, Ottobuoni sahen sich veranlaßt, die Münchener Regierung zu ermahnen, sie möge doch endlich die Ansprüche des Prinzen Joseph Clements mit der erforderlichen Entschiedenheit bei der Kurie vertreten. Berichte Scarlattis vom 4., 7. u. 14. Aug. schw. 315-1.

² Mézin a. a. O. 110 A 2.

³ Der König ließ die Nachricht von dem Ausgange der Wahl erst 4 Tage, nachdem er sie erhalten hatte, veröffentlichen. Brug Die Kölner Wahl und Frankreichs Friedensbruch (Distor, Taschenbuch 1840) S. 197.

rität angefehene Abbé D'Hervault sahen zwar voraus, das Urtheil der Kurie werde gemäß der Rechtslage zu ungunsten des Landgrafen ausfallen, räumten aber gleichwohl ein, daß ausschließlich der Papst zu der vollkommen freien Entscheidung dieser Frage zuständig sei.¹

Der weltliche Bevollmächtigte Frankreichs am Vatikan, Marquis De Lavardin, konnte wegen der über ihn verhängten Exkommunikation² keinen Zutritt bei dem Papste erlangen, während sich Estrées infolge seiner Kardinalswürde gegenüber seinem geistlichen Oberhaupte immerhin gewisse Schranken auferlegen mußte; daher wurde die Aufgabe, zugunsten Fürstenbergs bei der Kurie einzugreifen, einem dritten französischen Gesandten übertragen. Hierzu wurde der Generalquartiermeister Marquis De Chamlay ausersehen, einer jener Schüler 'Louisvois', die auf blutiger Walfstatt wie auf dem glatten Boden der diplomatischen Kämpfe gleich wertvolle Dienste leisteten. Ihn wies die von Croissy am 6. Juli abgefaßte Instruktion an, als flandrischer Edelmann unter dem Namen D'Horschamp, angeblich um Erlösung aus schwerer Gewissensnot zu finden, gen Rom zu fahren, dort seinen Aufenthalt entfernt von dem französischen Quartier zu nehmen, Lavardin und Estrées nicht in das Vertrauen zu ziehen, sondern durch Bestechung Casonis³ eine geheime Audienz bei Innozenz XI. zu erbitten und ihm ein Schreiben des Königs von Frankreich zu überbringen mit dem Beifügen, der Papst möge, wenn die Unterredung zu keinem Ergebnis führen sollte, den Brief zurückgeben und nie-

¹ Die gleiche Ansicht vertritt der Verfasser der Flugschrift: *Lettres sur les matières du temps*. (München, Staatsbibliothek, Eur. in 4° 380/39.) Bericht Spanheims vom 27. Juli/6. August Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b vol. II. Roussel. Histoire de Louvois IV 75 Gérin 110/111.

² Nachdem sämtliche Mächte außer Frankreich auf die Quartierfreiheiten verzichtet hatten, weigerte sich der Papst, einen Gesandten des Staates an seinem Hofe zu dulden, der noch auf diesem Privileg bestand. Als Lavardin in offenem Troke wider diese Erklärung an der Spitze einer bewaffneten Schar in Rom einzog, wurde er exkommuniziert und die Kirche S. Luigi, wo er trotz dieser Zensur der Weihnachtsfeier bewohnte, mit dem Interdikt belegt. Die Quartierfreiheit entzog nicht nur das geschützte Gesandtschaftsgebäude und den Umkreis desselben der päpstlichen Polizei und Gerichtsbarkeit, sondern bedeutete auch einen Freibrief für alle Häuser, an denen das Wappen der Gesandtschaft angebracht war und für alle Personen, die ihre Territorialität durch einen Schein nachweisen konnten.

³ Eine merkwürdige Inkonssequenz im Hinblick auf die Tatsache, daß Croissy den päpstlichen Sekretär Casoni, wohl seit einer persönlichen Verstimmung auf dem Rymweger Kongreß, als erbittertsten Feind Frankreichs bezeichnete. Das Rätsel würde sich lösen, wenn als Vermittler der päpstliche Geheimschreiber Cesari bestimmt worden wäre, wie Prug Seite 194 angibt; Roussel und Gérin nennen jedoch übereinstimmend Casoni auf Grund der Akten des dépôt de la guerre und des Archives des Auswärtigen. Näheres über die Sendung Chamlays s. Roussel IV 73—87, ihm folgt, manchmal wörtlich, Michaud III 185—94.

mandem von dem Verlaufe der Audienz ein Wort mittheilen, widrigenfalls von französischer Seite die ganze Mission abgeleugnet werden würde. Der Zweck der Sendung war, daß der Papst zum Lohn für das beabsichtigte Nachgeben Frankreichs im Regalien-¹ und Quartierstreit die Postulation Fürstenbergs bestätigen und die vom Könige eigenmächtig ernannten französischen Bischöfe anerkennen möge.

Diese Instruktion schien dem Kriegsminister Louvois zu farblos, er brauchte einen kräftigen Appell an die Waffen, um den Einfluß Croissys, der unblutige diplomatische Erfolge dem kriegerischen Vorbeer vorzog, zu brechen. Vom französischen Standpunkte aus gebührt Louvois das Verdienst, die Politik seines Königs, dessen Ehrgeiz er zur Verwirklichung seiner eigenen Pläne trefflich zu nutzen verstand, auf den Boden strenger Folgerichtigkeit zurückgeführt zu haben. Die Nachricht von der Kölner Wahl traf den Kriegsminister im Bade; sofort ersuchte er seinen Gebieter, der Election entgegenzutreten und die Kandidatur Fürstenbergs auf jede Weise zu unterstützen, da der mit dem Kaiserhause verschwägte bayerische Prinz, besonders nach der bevorstehenden Ernennung Max Emanuels zum Gouverneur der spanischen Niederlande, vereint mit Spanien, den Generalstaaten und Jülich-Berg, der Krone Frankreich ein gefährlicher Nachbar sein werde. Der König beauftragte nunmehr Louvois, eine neue Weisung für Chamlay auszuarbeiten: Ihr zufolge sollte der Gesandte dem Papste erklären, die kaiserlichen Minister hätten Joseph Klemens als Bewerber um den Kölner Kurstuhl nur zu dem Zwecke aufgestellt, damit er diese Würde dem Bischof von Breslau abtrete in dem Augenblick, wo er seinem kinderlosen Bruder auf dem bayerischen Throne folgen müsse. Der Verwirklichung dieses Planes werde sich Ludwig XIV. jedoch unter allen Umständen widersetzen, auch auf die Gefahr hin, hiedurch das Signal zu einem 20jährigen Kriege zu geben. Würde sich Innozenz XI. den Vorstellungen Chamlays unzugänglich zeigen, so sollte dieser als äußerstes Zugeständnis Frankreichs vorschlagen, die Kurie möge Fürstenberg als Erzbischof bestätigen und zugleich Joseph Klemens als seinen Stoadjutor bestimmen.

Das außergewöhnliche Vorgehen Chamlays wurde die Ursache des Mißerfolges seiner Sendung. Cybo und Casoni blieben taub gegen seine Bitte, ihm eine Audienz beim Papste zu vermitteln und betonten, daß es einen schlimmen Eindruck machen werde, wenn er sich nicht wie alle anderen französischen Untertanen, die Zutritt bei der Kurie zu erlangen wünschten, vorher bei Estrées melden würde. So mußte Chamlay dem

¹ Näheres Philippson, Das Zeitalter Ludwigs des Vierzehnten S. 184 ff.

Kardinal Estrées sein Geheimnis enthüllen und ihn ersuchen, eine Unterredung mit dem Papste in die Wege zu leiten; Innocenz XI. weigerte sich jedoch, den Marquis zu empfangen, da für Friedensunterhandlungen der ordentliche Vertreter Frankreichs genüge, der Ueberbringer einer kriegerischen Botschaft aber nicht die Maske eines Spions anzunehmen brauche. Die Enttäuschung über das Fehlschlagen seiner Mission veranlaßte Chamlay, der am 18. August den Befehl zur Rückkehr erhielt, ein möglichst ungünstiges Bild von der Politik der Kurie zu entwerfen. Er meldete, der Papst sei infolge der Energielosigkeit des Kaisers gewohnt, die weltlichen Souveräne vollständig nach seinem Gutdünken zu behandeln, er werde in seinem feindseligen Verhalten gegen Ludwig XIV. durch den unumschränkten Einfluß Casonis noch bestärkt und habe sich die eben geschehene Demütigung Frankreichs nur gestatten können infolge der ständigen Nachgiebigkeit dieser Macht, die ihn auf den Gedanken bringen müsse, daß die Frömmigkeit des Königs und seine friedliche Gesinnung alles Unrecht vonseiten des Vatikans ruhig hinnehmen würden.¹

Chamlay war übel beraten, als er von der Schwäche eines Fürsten sprach, von dem ein Talon und Bossuet verkündigten, er regiere unter steter göttlicher Inspiration, dessen Reichstagsgesandter ihn offen als seinen Papst in politischen Angelegenheiten bezeichnete,² eines Fürsten, der seine territoriale Unerfättlichkeit zum Dogma erhoben und den alten sakralen Charakter des kapetingischen Königtums³ zu einem Universal-kultus des Trägers der Krone ausgebaut hatte. Es war eine verhängnisvolle Eigenart der Politik Ludwigs XIV., daß sie in entscheidenden Augenblicken bestimmt wurde von dem Affekt, der ihn gerade beherrschte. So ward es Louvois ein Leichtes, dem Könige den Glauben beizubringen, seine Ehre sei aufs tiefste verletzt, wenn er jetzt nicht mit Ausbietung aller Kräfte die Bestätigung Fürstenbergs erzwingen. Dazu kam, daß sich

¹ Bericht Chamlays vom 11. Aug. Roussel IV 85–87, Michaud III 190, Gêrin 110.

² Äußerung Grécy's, mitgeteilt von Schmettau in dessen Bericht vom 20./30. Juli Berlin Rep. XI. 59. Rurcdln 6b vol. II.

³ Der französische Publizist Fancan, ein Zeitgenosse Michelieus, nennt seinen König „vicair et lieutenant de la divinité au gouvernement de son Etat“. Renan bezeichnet in seiner Philosophie de l'histoire contemporaine (Revue des deux mondes Bd. 84 S. 79) das Königtum der Kapetinger als „eine Art von Religion, geboren in St. Denis, gesalbt in Rheims“ und fährt später fort: „Das war mehr als ein Königtum, das war ein Priestertum . . . , Frankreich hatte ein echtes Sakrament geschaffen, das Sakrament des Königtums“; vgl. Preuß, Wilhelm III. von England und das Haus Wittelsbach im Zeitalter der spanischen Erbfolgefuge, Einl. S. 7; Rofer, Über die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte. Histor. Zeitschr. Bd. 61 (1889) S. 268–70.

in den letzten Monaten in Deutschland das Gerücht verbreitete, Frankreich habe durch die Auswanderung der Hugenotten einen unerseßlichen Verlust an Nationalvermögen erlitten und sei durch das Anschwellen der Staatsschulden derart bedroht, daß es finanziell nicht mehr in der Lage sei, einen längeren Krieg auszuhalten; wegen der Unzuverlässigkeit der nur scheinbar zur katholischen Konfession bekehrten Reformierten müsse im Kriegsfall eine starke Truppenmacht im Lande zurückbleiben, endlich lasse der psychische und physische Gesundheitszustand des Königs, in dessen Person Ruhm und Größe des Landes verkörpert schien, viel zu wünschen übrig.¹ Die Ergebnisse der Kölner und Bitticher Wahl² bewiesen, daß die Furcht vor den französischen Waffen nicht stark genug war, um diese Kapitel dem Interesse des Versailler Kabinetts gefügig zu machen. Kurfürst Philipp Wilhelm berührte jede Frage der auswärtigen Politik, um die Absichten Ludwigs XIV. zu durchkreuzen; Max Emanuel dienten gerade die Kämpfe gegen die Bedränger seines kaiserlichen Schwiegervaters dazu, seinen brennenden Ehrgeiz zu stillen; der neue brandenburgische Herrscher war durchaus nicht geneigt, sich in das Schlepptau Frankreichs nehmen zu lassen, selbst das verachtete Spanien und das „elende Krämer-voll an der Maas“ gaben offen ihre Abneigung gegen Fürstenberg kund, und eben hatte sich gezeigt, daß auch der Papst, das Beispiel der weltlichen Mächte nachahmend, „dem lebenden Abbilde Gottes“ die schuldige Ehrerbietung versagte. Bedenken wir noch, daß jeder Erfolg der kaiserlichen in Ungarn den Franzosen wie eine Bedrohung ihrer im Westen des Reiches gemachten Eroberungen erschien, so verstehen wir, daß Louvois, getreu dem Satze „der Dieb ist die beste Parade“ seinen König zu überzeugen suchte, jetzt sei der geeignete Augenblick gekommen, um mit einem Schlage das erschütterte Ansehen Frankreichs in Europa wieder herzustellen.

Am 18. August erklärte Ludwig XIV. — selbst den Versailler Höflingen überraschend —, er müsse Fürstenberg um jeden Preis schücken, gab neue Offizierspatente aus und begann den Truppen Marschbefehle zu erteilen. Am 20. August wurde dem Kölner Defan, der übrigens mehr Wert auf die Sendung

¹ Bericht des bayer. Geschäftsträgers in Paris, Mayr, v. 25. Aug. schw. 45 18. Schreiben des Kaisers an die Stadt Köln, Kölner Stadtarchiv, Angekommene Schreiben (1686—89) A III 19 2 Br. — Eing. 3. Meinede 213 14. Auch Kardinal Pio glaubte nicht, daß Frankreich einen Angriff auf das Reich wagen könne, Bericht Pieruccis v. 28. Aug. bl. 72 1.

² Am 26. Aug. schrieb Mad. De Sévigné an den Grafen De Buffon-Habutin: Frankreich ist entrüstet über das Ergebnis der Wahlen von Bittich und Köln und wird den Krieg beginnen, ohne zu warten, daß man es angreift. Lettres de Mad. De Sev., de sa famille et de ses amis VIII 177.

von Geld als von Soldaten legte,¹ baldige und ausgiebige militärische Hilfe in Aussicht gestellt, und bereits am 21. August konnte ihm Louvois triumphierend schreiben, der König habe 16000 Mann zu seiner Unterstützung ausheben lassen und werde diese Zahl in kurzer Frist verdoppeln; am 23. August wußte man in Paris, daß der Krieg unvermeidlich sei und daß ein Angriff auf eine bedeutende Reichsfestung, — schon wurde Philippsburg genannt —, bevorstehe; am 27. August wurden 9 Regimenter Kavallerie und 14 Bataillone Infanterie nach dem Erzstift Köln beordert, und zu Ende des Monats August war der französische Feldzugsplan fertiggestellt.²

Des Schlimmsten mußte die Reichsstadt Köln vonseiten ihres Todfeindes Fürstenberg gewärtig sein. Am 2. September wurde in der Bürgerschaft bekannt, daß sich eine starke französische Heeresäule näherte und ein mächtiger Artilleriepark, mit Material für eine Blockade reichlich versehen, heranrollte. Der Magistrat, der am 22. Juli dem kaiserlichen Gesandten erklärt hatte, im Falle des Anzugs französischer Soldaten eine Besatzung von 3—4000 Mann westfälischer Kreistruppen aufzunehmen, ward nunmehr von Kauniz an dieses Versprechen erinnert mit der Drohung, der Kaiser werde einen Bruch dieser Zusage als Hochverrat bestrafen. Die politische Haltung der Kölner bot das reichsübliche Bild deutscher Uneinigkeit. Die häufigen Konferenzen der Bürgermeister und des von Fürstenberg bestochenen Syndikus mit dem Kanzler des Stifts Straßburg gaben dem Gerücht, die Stadt werde bald das Schicksal Straßburgs teilen, beständige Nahrung und veranlaßten einen Teil des Rates zu fatalistischer Ergebung in das scheinbar unabwendbare Unheil, die Zünfte dagegen erklärten sich offen für Kaiser und Reich, und auch das niedere Volk rief nach frischem, fröhlichen Kampf, freilich nur, um an dem Gut der Geistlichkeit reiche Beute zu machen.

Aber auch hier erwies sich das rücksichtslose Vorgehen Frankreichs als die Kraft, welche die auseinanderstrebenden Elemente zu gemeinsamem Widerstand einte. So eindringlich auch der Kommandant von Bonn den Kölner Rat zur Anwerbung eines französischen Regiments zu überreden suchte, so

¹ Der „teure Kardinal“ erhielt damals außer seiner jährlichen französischen Pension von 20000 Talern noch einen monatlichen Zuschuß von 2000 Talern. Journal de Dangeau III 176. Über das Drängen Louvois', Fürstenberg solle möglichst viele französische Truppen in das Erzstift aufnehmen s. Roussel IV 89 ff.

² Mit Recht bemerkt Meinede S. 214 Anm. 1, daß „der Gedanke des pfälzischen Unternehmens selbst nicht erst im September gefaßt wurde“; vgl. außer den von Meinede angegebenen Belegen noch Klopp IV 101 ff. Näheres über den Charakter und die Tätigkeit Louvois' auch bei Bourgeois, Spanheim, Relation de la cour de France 1690 S. 339—46, 494, 550.

ungestüm auch der Gesandte Héron drohte, sein König werde die Bürger als Feinde behandeln, falls sie es wagen sollten, eine deutsche Garnison in ihre Mauern aufzunehmen: Die Antwort des Magistrats und der zu der entscheidenden Sitzung beigezogenen Gaffelmeister bestand in dem Beschluß, auf Kosten der Stadt deutsche Truppen in Sold zu nehmen, für ihren Unterhalt eine besondere Steuer auszuschreiben und das Direktorium des niederrheinisch-westfälischen Kreises um Ueberlassung weiterer Streitkräfte zu ersuchen. Trotzdem wurden noch immer neue französische Gegenminen gelegt: Héron forderte, — allerdings vergeblich —, die Stadt solle Fürstenberg und seinen Parteigängern jederzeit freien Zutritt gewähren, den französischen Soldaten einen Markt für sämtliche Lebensmittel und das notwendige Kriegsmaterial eröffnen, den deutschen Mannschaften dagegen sogar die Vornahme militärischer Übungen verbieten.¹ Am 10. September langte Marschall Sourdis mit einem Armeekorps unweit der Stadt Cöln an. Zwei Tage darauf erklärte Fürstenberg in einem Dekret, der König von Frankreich fühle sich als Garant der Friedensschlüsse von Münster und Nimwegen und als Kontrahent des Luxemburger Vertrages verpflichtet, das Erzstift Cöln gegen jeden gewalttätigen Eingriff zu schützen und habe sich daher entschlossen, „lediglich zur Aufrechterhaltung des Friedens eine geringe Truppenzahl in den Kurstaat zu verlegen“. Wie die Angabe über die Stärke dieser Streitkräfte irreführend war, — in Wahrheit standen bereits 6000 Franzosen im Erzstift und weitere 1000 Mann waren an der Grenze desselben des Befehls zum Einmarsch gewärtig —, so fanden die fiedenatmenden Versicherungen des Kardinals auf deutscher Seite keinen Glauben: Die Eligenten verwahrten sich gegen die ohne ihr Wissen erfolgte und durch keine Herausforderung von deutscher Seite veranlaßte Heranziehung eines fremden Heeres, sowie gegen ein zweites Mandat des Domdefans, worin sämtliche Kapitularen für allen von den Franzosen verursachten Schaden haftbar gemacht wurden.² Da die Feinde, — mindestens zehnmal so stark als die Cölner Garnison —, einen immer engeren Ring um die Stadt zogen und bereits in der Nähe der Festungswerke operierten, wagte der Cölner Rat, die Bonner Administration nach dem Zweck eines so starken Aufgebots zu fragen. Die Antwort, der Magistrat habe den Kanonikern keine Vorschriften über die Anord-

¹ Berichte Tautilchens und Gögengrüns v. 2. u. 21. Sept. schw. 45/19; Cölner Ratsprotokolle v. 16. u. 20. Sept. Stadtarchiv Cöln (Rep. 135) Nr. 141. Gécin 117.

² Dekrete v. 9. u. 12. September Düsseldorf A III. Kurcöln I. Erzbischöfe Joseph Clemens Nr. 1. Dem Protest der Eligenten schloß sich sogar der Domkapitular Mehring, einer der eifrigsten Parteigänger Fürstenbergs, an.

nung ihrer Truppen zu machen, ließ nichts Gutes ahnen, und so führten auch die am 16. September begonnenen Konferenzen zwischen den Vertretern der Stadt und der Postulanten in Folge des gegenseitigen Mißtrauens zu keinem positiven Ergebnis.¹ Seitdem Marschall Sourbys sich hatte vernehmen lassen, sein König werde die Rechte Fürstenbergs mit seiner gesamten Kriegsmacht aufrecht erhalten,² wußte man in Cöln nur zu gut, daß die Tage der Reichsfreiheit der Stadt gezählt waren, wenn ihr nicht schnelle und ausgiebige Hilfe zuteil wurde. Doch woher sollte der Retter kommen?

Die nächste weltliche Territorialmacht war das Herzogtum Jülich-Berg. Pfalzgraf Johann Wilhelm zeigte sich zunächst nicht geneigt, den bedrohten Bürgern Truppen zu überlassen, da er sich wohl bewußt war, daß sein Vater wegen der Orleans'schen Frage den ersten Anprall der französischen Waffen gewärtigen mußte. Kaunitz jedoch war seit Anfang September überzeugt, daß jetzt am Rhein nicht mehr der Diplomat, sondern der Krieger das Wort zu führen habe und ließ daher durch Freitag den Kurfürsten von Brandenburg um Sicherheitsmaßregeln für Cöln ersuchen. Diese Vorstellungen waren von bestem Erfolg begleitet.

Von Mitte August an hatte Friedrich III. bedeutungsvolle Konferenzen mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel und Bentinck, dem Gesandten Wilhelms von Oranien. Der Erbstatthalter erachtete es seit der im Juni erfolgten Geburt eines englischen Thronerben als unabwiesbare Notwendigkeit, daß England das Joch der Stuarts abschütteln müsse, und gerade im Hinblick auf die von Fürstenberg drohende Gefahr erklärte auch der bisher widerstrebende Staat Amsterdam den Anschluß an Oraniens Unternehmen. Bei der anfangs September erfolgten Zusammenkunft Wilhelms mit Kurfürst Friedrich in Minden wurden wichtige militärische Verabredungen wegen der Expedition nach Britannien getroffen und insbesondere beschlossen, durch brandenburgische und holländische Truppen die Südflanke der Generalstaaten zu decken, während ihr größter Mann über See weilte.

Nach der Rückkehr von Minden drang der Brandenburger darauf, daß Johann Wilhelm und der Bischof von Münster sich an dem Schutze der Stadt Cöln durch Kreistruppen beteiligten.³ Im Interesse der Sicherheit Cölns wies er den

¹ Protokoll v. 15., 16., 17. u. 18. Sept. Düsseldorf Prot. Nr. 209.

² Schreiben Sourbys' an die Stadt Cöln, 12. Sept. Cöln Stadtarchiv. Angekommene Schreiben (1686—89) A III 19/2 Br.—Eing. 3.

³ Fürstenberg sandte den Grafen Lerchenfeld zum Bischof von Münster mit der Bitte, der Sendung von Kreistruppen nach Cöln entgegenzuarbeiten; der Bischof erklärte sich zwar zunächst bereit, durch beständige Aufrollung formaler Schwierigkeiten in dem gewünschten Sinne

Kommandanten seiner im clevischen Gebiet stehenden Truppen an, den Wünschen des Kölner Rates wegen Verpflegung der Kreismannschaft und ähnlicher Fragen nach Möglichkeit zu willfahren und ersuchte den Magistrat dringend, der Aufnahme von Kreistruppen keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen, da es sonst um die Reichsfreiheit der Stadt geschehen sei.

Als Gravel in einem Tone, der nur einem Untertan seines Königs gegenüber angebracht war, Brandenburg drohte, Frankreich werde auf keinen Fall die Besetzung Kölns durch deutsche Streitkräfte gestatten, sprach Friedrich III. in einer Note an Spanheim sein Befremden darüber aus, daß Ludwig XIV. im Gegensatz zu seinem früheren Versprechen, der Kölner Gelegenheit ihren rechtlichen Lauf zu lassen, nunmehr Tausende von Soldaten in das Erztift sandte; zugleich erhielt Spanheim den Befehl, in Versailles zu erklären, daß keine auswärtige Macht im geringsten befugt sei, sich in die Kölner Frage einzumischen und irgend einen Reichsstand an der Beobachtung seiner vaterländischen Pflichten zu hindern.¹ Während Croissy im Gespräch mit dem dänischen Gesandten Meyercroon beteuerte, Frankreich werde schon zufrieden sein mit der Versicherung Brandenburgs, in Bezug auf die Kölner Frage und die etwa daraus entstehenden Folgen neutral zu bleiben, suchte Gravel Friedrich III. zu einem Vertrage zugunsten Fürstenbergs zu bewegen und forderte gebieterisch, der Kölner Kreisgarnison, deren Stärke im ganzen nicht mehr als 1000 Mann betragen dürfe, jeden Eingriff in die Wahlsache zu verbieten; der Kurfürst dagegen ging weder von dem Verlangen ab, Frankreich möge seine im Erztift liegenden Truppen abberufen und die Wahlangelegenheit dem päpstlichen Urteil oder einem gütlichen Vergleich anheimstellen, noch wollte er sich auf die

tätig zu sein, schloß jedoch dank den eindringlichen Vorstellungen der brandenburgischen Gesandten mit diesen den Vertrag vom 20. September ab, worin er als Mitdirektor des westfälischen Kreises darenin willigte, daß der Kurfürst von Brandenburg und Johann Wilhelm 3000 Mann nach Köln werfen, — jedoch nur zum Schutze der Stadt und nicht zu Angriffszwecken —, sowie daß innerhalb Monatsfrist die durch den Tod Max Heinrichs unterbrochenen Konferenzen des Kreisdirektoriums mit den Vertretern der Stadt über Unterhalt, Einquartierung und Kommando der Kreisgarnison aufgenommen werden durften, zugleich stellte er den beiden Fürsten anheim, noch weitere 1000 Mann in die Stadt einmarschieren zu lassen und versprach sogar, im Notfalle seine eigenen in Köln befindlichen Truppen zu verstärken bezw. das Quantum anderer Kreisstände zu übernehmen. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 504/5. Das so lange hinausgeschobene Garnisons-Reglement wurde endlich am 10. November abgeschlossen und unterstellte die Kölner Kreisbesatzung hinsichtlich der Verteidigung der Stadt dem Kommando des Rates bezw. des kaiserlichen Stadtkommandanten. Friedrich III. an Köln 4. Sept. Köln St. A. Angel. Schr. (1686–89) A III 19,2 Br.—C. 3; vgl. Mörner 507–10.

¹ Restrikt an Spanheim 5./15. Sept. Berlin Rep. 81. Paris II 20.

von den Franzosen bestimmte Höhe der Kölner Kreismannschaft festlegen.¹

Während Gravel noch mit den Berliner Ministern über die Zahl dieser Streitkräfte verhandelte, rückte der brandenburgische Marschall Schomberg durch eine Lücke im Ring der Belagerer an der Spitze von 1200 Brandenburgern und 1200 jüdischen Soldaten in Köln ein.²

Wie sehr die rheinische Metropole der Hilfe von deutscher Seite bedurfte, bewiesen neue Uebergriffe Fürstenbergs. Dieser heischte nämlich von dem Magistrat die Auslieferung des Druckers der Schrift: „Decas dubiorum“ und ließ sich von seinem Vorhaben, den Unglücklichen mit Gewalt nach Bonn vor sein Gericht schleppen zu lassen, nur abbringen durch den Hinweis darauf, daß die bayerische Partei diesen Akt mit Repressivmaßregeln gegen die literarischen Anwälte des Kardinals beantworten werde. Das Gesuch des Kölner Rates an das Kreisdirektorium um eine noch weitergehende militärische Unterstützung sowie der Beschluß des Magistrats, die deutschen Mannschaften auch in die Häuser der Geistlichen und in die Klöster zu verlegen,³ die Zusammensetzung der Kreistruppen aus Protestanten und Untertanen des pfälzischen Kurprinzen, endlich die Erinnerung an seine Gefangennahme im Jahre 1674, gaben dem „postulierten Erzbischof und Kurfürsten zu Köln“ Anlaß, über den Kapitelsbeschluß vom 25. Juli hinausgehend, aus eigener Machtvollkommenheit den „ordentlichen und ausschließlichen“ Sitz des Domkapitels nach Bonn zu übertragen.⁴ Zur Strafe für die Aufnahme der Kreistruppen verbot Fürstenberg,

¹ Das Wesentliche aus den hierüber gepflogenen Verhandlungen stellt Meinede S. 210/11 dar.

² Gaake, Brandenburgische Politik und Kriegsführung 1688 und 1689 S. 39. Bericht des Grafen Kauniz an den Kaiser v. 19. u. 20. Sept., Wien, Reichskanzlei, Berichte aus Köln fasc. 1b. Die letztere Relation bezeichnet als Tag des Einzugs der deutschen Truppen in Köln den 20. September, während Pufendorf den 13. September nennt. Wenn wir uns auf die ganz bestimmte Angabe des damals in Köln anwesenden österr. Gesandten stützen, so kann der von Bruß (Brandenburg und Frankreich 1688 Histor. Taschenbuch 1885, S. 267) vermutete „ursächliche Zusammenhang“ zwischen dem Einrücken der Kreisgarnison in Köln und dem französischen Manifest vom 24. September, abgesehen von den Gründen, die Meinede S. 213/14 anführt, kaum bestanden haben, wenn wir folgendes erwägen: Die Besetzung der Stadt durch die Deutschen blieb den Belagerern zunächst unbekannt, und die Nachricht von ihr beanspruchte auf dem Wege nach Paris gewiß längere Zeit als die Kunde von dem Ergebnis der Kölner Wahl, die bei einem eigens aus diesem Anlasse eingerichteten beschleunigten Postdienste die gleiche Strecke in 2 Tagen durchlief.

³ Fürstenberg belegte jedoch seinerseits die Bonner Geistlichkeit mit Quartierlasten; Bericht Götzengrüns v. 30. Sept. schw. 45/19.

⁴ Dekret vom 20. Sept. Düsseldorf A III Kurköln I Erzbischöfse Joseph Clemens Nr. 1.

aus dem Gebiete des Erzstifts Lebensmittel in die verhaßte Stadt zu liefern; die als Vollstrecker dieses Boykotts aufgestellten französischen Soldaten hatten den Befehl, die abgefangenen Viktualien in die allenthalben im Kurstaat errichteten französischen Magazine zu schaffen.¹ Als die bei Héron erhobenen Beschwerden kein Gehör fanden, unternahm der Stadtkommandant von Cöln, der kaiserliche General Beck, kühne und meist erfolgreiche Ausfälle: So herrschte in diesem Gebiete schon vor der förmlichen Erklärung der Feindseligkeiten der tatsächliche Zustand des Krieges.

Die Rüstungen Louvois' waren zu Beginn des September so weit gediehen, daß die französische Armee und Diplomatie sich die Hand reichen konnten zu einem neuen Vorstoß. Es galt, einem oft angewendeten Kunstgriff des Versailler Kabinetts folgend, denjenigen zu bezeichnen, der das friedensselige Frankreich gezwungen habe, die Waffen zu ergreifen. Die Wahl fiel auf — den Papst. Bereits am 27. August sah Ludwig XIV. voraus, daß die Kurie ihn nötigen werde, das Deutsche Reich zu bekriegen, und ein Brief des Königs an Estrées vom 6. September führte heftige Klage darüber, daß ein um die Kirche und besonders um das Erzstift Cöln so verdienter Würdenträger wie Fürstenberg die gebührende Bestätigung seiner Postulation noch nicht erlangen konnte, tadelte die Behandlung Chamlaus durch den Vatikan, protestierte gegen die Erteilung des Wählbarkeitsbrevés an den angeblich noch viel zu jungen Joseph Klemens, erklärte sich außerstande, den parteiischen Papst als Schiedsrichter in der Orleans'schen Erfolgsfrage anzuerkennen und machte endlich Innozenz XI. verantwortlich für alle Folgen, die aus seinem Verhalten gegen Fürstenberg entstehen mußten: Den Einmarsch französischer Truppen in Italien und in die französischen Besitzungen des Papstes, einen unabsehbar blutigen Weltkrieg, die Vernichtung der katholischen Konfession in England und das vorzeitige Ende der Siege des Kreuzes über den Halbmond.² Wenn der König sich darüber beschwerte, daß die Bestätigung der Postulation ausblieb, so vergaß er ganz, daß ja die erste zur Prüfung des Wahlhergangs eingesetzte Kommission gerade auf den Wunsch Estrées hin aufgelöst worden war.

Als auch die Eligenten die erforderlichen Beweisstücke, bei deren Beschaffung dem Cölner Nuntius ein wesentliches Verdienst zum, ³ beigebracht hatten, wurde am 26. August eine neue Kongregation, bestehend aus 7 Kardinälen und 10 Prä-

¹ Defret v. 25. Sept. ebda.

² Actes et procès-verbaux du Clergé t. V, pièces justificatives p. 303 ff., Edit. 1767; vgl. Gérin 76-77 und 114.

³ Scarlatti an Joseph Klemens 2. Okt. schw. 315 l.

laten, zur endgültigen Entscheidung der Kölner Angelegenheit eingesetzt. Die angesehensten Mitglieder dieses Kollegiums waren Kardinal Carpegna, ein ausgesprochener Anhänger Frankreichs und Kardinal Ottobuoni, der unter französischem Einflusse gewählte Nachfolger Innozenz' XI.; die übrigen Angehörigen der Kommission hielten sich, abgesehen von Casoni und Albani, teils neutral, teils neigten sie offen auf die Seite Frankreichs hin. Allerdings war die Rechtslage derart beschaffen, daß die römischen Advokaten nach Prüfung des von beiden Parteien vorgelegten Materials einmütig erklärten, Joseph Klemens besitze die zur Gültigkeit seiner Wahl erforderliche Stimmenzahl;¹ dazu kam, daß der von Philipp Wilhelm beeinflusste Mons. Emerix, der auf die Prälaten der Kongregation großen Einfluß ausübte, sowie Pio, Pierucci und Scarlatti mit Eifer bemüht waren, die Berechtigung der Elektion nachzuweisen, ausß beste unterstützt von dem Großherzog von Toskana, der sowohl durch Handschreiben an die Kardinäle als auch durch mündliche Vorstellungen seines Bruders, des Kardinals Medici, für das Interesse seines Schwagers Joseph Klemens eintrat. Obwohl Tissier unmittelbar vor Beginn der entscheidenden Sitzung eine umfangreiche Denkschrift zugunsten der Postulation vorlegte, erklärte die Kommission am 26. August einstimmig die Wahl des Herzogs Joseph Klemens für gültig.²

Wenn Michaud angibt, mit dem Berichte Casonis über den Spruch der Kongregation sei die Bestätigung der Elektion ohne weiteres entschieden gewesen, so übersieht er, daß der Papst zunächst die Veröffentlichung des Urteils verbot, in seinem Streben nach Objektivität die Vorlage eines sorgfältigst ausgearbeitenden schriftlichen Gutachtens der Kommission forderte und sich das gesamte Aktenmaterial vorlegen ließ.³ In Wien und München, wo die Nachricht von der Konfirmation der Wahl seit den letzten Tagen des August mit Ungeduld erwartet

¹ Druck schw. 45/18; vgl. Gérin 112 Anm. 1; Bericht Scarlattis v. 28. Aug. schw. 45/18.

² Auf einem Mißverständnis beruht die Angabe Ennens S. 493, das Urteil der Kongregation sei erst am 15. September gefällt worden; vgl. Bericht des brandenburg. Agenten Dobrzewski vom 18./28. August, Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b vol. II; Bericht Pieruccis v. 28. Aug. bl. 72/1; Berichte Scarlattis v. 27. Aug. u. 2. Sept. schw. 315/1.

³ Berichte Scarlattis v. 28. Aug. schw. 45/18, Pieruccis v. 28. Aug. u. 11. Sept. bl. 72/1. Dem Drängen des ersteren gegenüber erklärte sich der Papst auch im Interesse des bayerischen Prinzen für verpflichtet, ein nach allen Seiten hin unanfechtbares Urteil zu fällen, Bericht Scarlattis v. 27. Aug. schw. 315/1. Wo nicht ein Konflikt mit seinem priesterlichen Gewissen drohte, erwies übrigens Innozenz XI. sogar in dieser Zeit der Spannung Ludwig XIV. gelegentlich einen Gefallen, so erteilte er ganz wider Erwarten des Versailler Hofes einem Sohne der Frau von Montespan eine Dispens.

wurde, — weshalb auch die Reise Karls nach Rom als überflüssig unterblieb —, befürchtete man infolge dieser abermaligen Verzögerung den Sieg der französischen Partei am Vatikan. Auf Grund des Studiums der Akten konnte der Papst jedoch den Fürsprechern des Landgrafen nachweisen, daß ihre Angabe, dem Kardinal sei bei seiner Bestätigung als Bischof von Straßburg die Wählbarkeit in Cöln vorbehalten worden, auf Irrtum beruhe; andererseits überzeugte sich Innozenz XI. davon, daß Joseph Klemens am 19. Juli die zu einer gültigen Election erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hatte;¹ mit Recht verwies der Papst auch darauf, daß der Kaiser verhüten müsse, daß in der Person des Erzbischofs von Cöln ein ausgesprochener Schrittmacher der französischen Eroberungspolitik in das Kurkolleg, die wichtigste Körperschaft des Reiches, einziehe, während Ludwig XIV. sich gegen den Geist der von ihm so oft im Munde geführten Freiheit vergangen habe, indem er unter Ausschluß aller übrigen Bewerber den Günstling seines Cabinetts einem auswärtigen Stift als Hirten und einem fremden Staate als Mitglied aufzwingen wolle. Auf den Papst, der sogar nach dem Urtheile Richauds² die Bestechlichkeit und das Günstlingswesen bei der Kurie mit unerbittlicher Strenge auszurotten suchte und sich dadurch die Unzufriedenheit seiner Familiaren zuzog, machte besonders peinlichen Eindruck der Nachweis, daß der König von Frankreich und sein Kandidat den Cölner Kanonikern jahrelang bedeutende Summen gezahlt hatten: So ward das Gold, das den Rhein zum französischen Strom machen sollte, gerade dem gierigen Eroberer und seinem Werkzeug zum Fluch.

Neue Schwierigkeiten erregte in Rom die pfälzische Partei durch den Antrag, der Papst möge nicht nur Joseph Klemens nahelegen, die Bistümer Freising und Regensburg der Kurie zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Kapitel dieser Stifte anweisen, den Pfalzgrafen Friedrich, den 7. Sohn Philipp Wilhelms, zu wählen; Innozenz XI. schlug jedoch dieses Ansinnen rundweg ab.³ Auf die Bitte Scarlattis, ihm für die Verwaltung des Erzstifts Cöln geeignete Persönlichkeiten zu bezeichnen, hatte der Münchener Geheime Rat erwidert, diesem Ersuchen erst dann stattgeben zu können, wenn im Einvernehmen mit dem Kaiser und den Kurfürsten die Frage entschieden sei, ob und inwieweit Joseph Klemens nach der Vol-

¹ Brug, Die Cölner Wahl und Frankreichs Friedensbruch S. 197-98, Richaud III, 173. Die von den Postulanten wegen seiner durch Kriegsdienste hervorgerufenen Irregularität angefochtene Stimme des Markgrafen von Baden wurde von der Kurie und den römischen Rechtsgelehrten als gültig betrachtet.

² I 57.

³ Philipp Wilhelm an Pierucci bezw. an dessen Stellvertreter Sereni 17. Aug u. 7. Sept. Bericht Pierucci vom 28. Aug. bl. 72 f.

denen Bulle die weltliche Administration des Kurstaats selbstständig führen dürfe; Scarlatti beantragte indes, von dem Sekretär der Breven, Mons. Albani, kräftig unterstützt, bei der Kurie, dem Herzog die ausschließliche weltliche Regierung des Erzstifts zu übertragen und während seiner Minderjährigkeit zum Leiter der geistlichen Angelegenheiten den Weihbischof Anethan zu ernennen.¹ Obwohl Albani als der beste Kenner dieser Materie am Vatikan galt, ging die Gewissenhaftigkeit des Papstes soweit, selbst wegen der Frage der einstweiligen Verwaltung des Erzstifts eine eigene Kommission einzusetzen. Die Entscheidung dieses Ausschusses, die am 9. September erging, fiel im Sinne der Vorschläge Scarlattis aus und wurde gleichzeitig mit dem ausführlichen Gutachten der zur Prüfung der Wahl eingesetzten Kongregation dem Papste vorgelegt.

Jetzt endlich überwand Innozenz XI. seine Bedenken und verfügte am 10. September den Entwurf eines Breves, worin unter Zurückweisung der Postulation die Election des Herzogs Joseph Clemens bestätigt wurde; der Prinz erhielt zwar die Alters- und die Weihe-Dispens für die Kölner Würde, wurde jedoch aufgefordert, sobald als möglich die Weihen zu nehmen; die Bistümer Freising und Regensburg durfte er beibehalten und wurde trotz seiner Minderjährigkeit mit der weltlichen Regierung des Kurstaates betraut, während die Leitung der geistlichen Angelegenheiten dem Weihbischof Anethan übertragen ward. Die Verleihung der ausschließlichen weltlichen Administration war eine ganz besondere Gnade und gründete sich in erster Linie auf das Motiv, daß die Berufung eines Domherrn zum Landesverweser die neue Regierung sofort wieder in den Streit der Parteien verwickelt hätte. Das Konzept des Breves war eben fertiggestellt, als Estrées am 15. September dem Papste das Schreiben Ludwigs XIV. vom 6. September vorlas. Die Antwort Innozenz' XI. bestand darin, daß er den zuständigen Sekretär rufen ließ und ihm in Anwesenheit des Kardinals befahl, unverzüglich die Bestätigungsurkunde für den Wittelsbacher auszufertigen; richtige Erkenntnis der bedeutenden Tragweite seines Schrittes nicht minder wie das erhebende Bewußtsein eines reinen Gewissens sprechen aus den Worten des Papstes: „Precipiti il mondo, Dio Giusto punirà che è colpevole“.²

¹ Das Ersuchen Scarlattis wurde wohl von Karg angeregt; dieser machte nämlich in München, wo er sich seit dem 2. September aufhielt, in Bezug auf die Verwaltung des Erzstifts die gleichen Vorschläge wie Scarlatti in Rom; außerdem beriet er mit dem Geheimen Rat über die Abfassung der Wahlkapitulation des neuen Erzbischofs. Vom bayerischen Hofe aus reiste er nach Wien, um dem Herzog für den Fall eines französischen Angriffs den Beistand des Kaisers zu sichern.

² Roussset IV 91. Bericht Pieruccis v. 18. Sept. bl. 72/1. Die in München angefertigten Drude des Breves sind v. 20. Sept. datiert; vgl. Gêrin 114 A. 4.

Noch war der Jubel nicht verrauscht, mit dem das Volk von Rom die Veröffentlichung des päpstlichen Urteils begrüßte, da traf eine zweite Freudenbotschaft ein, eine Botschaft, die der Papst gerade an diesem Tage als eine willkommenen Fügung des Himmels betrachten durfte: Max Emanuel hat Belgrad erobert!¹ Als der Papst, der jahrelang mit jugendlicher Energie für den heiligen Krieg eingetreten war und für diesen seinen großen Gedanken aus eigenen Mitteln die bedeutendsten Opfer gebracht hatte,² die Kunde von dem Sturze des stolzen Bollwerks der Osmanenmacht vernahm, da ließ er sofort Scarlatti rufen, erging sich ihm gegenüber in „unbeschreiblich gütigen Ausdrücken für den Helden der Zeit und Verteidiger des Glaubens“,³ und so tief war seine Seele ergriffen von dem Glück der Stunde, daß der den Freuden der Welt sonst so abholde Priester Feuerwerke und andere Volksbelustigungen veranstalten ließ.⁴ Am 2. Oktober überbrachte ein Bote des Kurfürsten von Bayern dem Papste als Geschenk mehrere den Ungläubigen entriffene Fahnen; Innozenz XI. ließ diese Trophäen zunächst drei Tage lang unter außerordentlichem Andrang des Volkes im Hause Scarlattis ausstellen, nahm sie am Jahrtage seiner Krönung in Anwesenheit des kaiserlichen Kardinalprotektors Pio feierlich entgegen, worauf sie zum ewigen Gedächtnis an den glorreichen Tag von Belgrad den Kostbarkeiten der Kirche S. Maria Maggiore einverleibt wurden.⁵

Die erste Folge des Bestätigungsbreves war, daß Joseph Clemens die niederen Weihen nahm und am 29. September

¹ Am Vormittag des 16. Sept. wurde das Urteil der Kurie in Rom verkündigt, noch am gleichen Tage traf die Siegesnachricht ein; aus dem Bericht Hieruccis vom 18. Sept. geht hervor, daß nicht erst diese Kunde den Papst bestimmt hat, die Konfirmation veröffentlichten zu lassen.

² Gerin 124 A. 1 und 125.

³ Bericht Scarlattis v. 18. Sept. schw. 315/1. Die gleichen Gefühle sprechen aus dem Breve v. 18. Sept., in welchem der Papst dem Kurfürsten von Bayern die Bestätigung seines Bruders mitteilt (schw. 45/19).

⁴ Bericht Scarlattis v. 20. Sept. schw. 315/1. In die Empfindungen, mit denen die Römer die gleichzeitige Nachricht von dem Siege Max Emanuels und seines Bruders feierten, versetzt sich das folgende, von einem bayerischen Dichter verfaßte Epigramm:

Quam bene! Cum baculum Clementi Roma ministrat,
Emanuel Romam subleuat ense suo.
Et cum Roma gradum Clementi sancit, eidem
Victum Belgradum delegit Emanuel
Ergo per insignem pastorem Romula in urbe
Excelsumque ducem praedicat unda dies.
Tempus idem Romae largitur utrique triumphum,
Ille quidem mitra vincit et hic galea.
A vaticano prius unus culmine honorem,
A capitolino protinus alter habet.
Pro solii titulo Clemens sit debitor urbis
Pro fidei gestis creditor Emanuel. (Bl. 320/25.)

⁵ Bericht Scarlattis v. 9. Okt. schw. 315/1.

im kurfürstlichen Gewande dem Lebeum in der Frauenkirche be wohnte.¹ Die nächste Aufgabe des Prinzen bestand darin, Sig und Stimme auf dem Reichstage zu ergreifen, wobei ihm der Umstand sehr zustatten kam, daß er bereits der weltlichen Verwaltung des Erzstifts für fähig erklärt worden war. Max Emanuel, den sein Schwiegervater, von dem Alp der Türken not aufatmend, jedweden Beistandes in der Cölner Angelegenheit versicherte, ersuchte auf die Nachricht von der Konfirmation hin die Kurfürsten, Holzemius, dessen Vollmacht nunmehr gegenstandslos geworden sei, aus dem Kurkolleg zu verweisen und dem deutlich ausgesprochenen Wunsche des Papstes und des Kaisers, daß Joseph Klemens sobald als möglich in den vollen Genuß seiner Rechte eintreten könne, zu willfahren.² Der junge Erzbischof dagegen wandte sich als Schutzlehender an die Kurfürsten: Unter Hinweis auf die Bestätigung seiner Wahl bat er, ihm die Besitznahme seines neuen Landes zu ermöglichen und fragte bei ihnen an, ob sie nicht den Domdekan von den beabsichtigten gefährlichen Gegendemonstrationen abmahnen wollten. Der Münchener Geheime Rat, der am 26. September die Nachricht von der Bestätigung der Election erhielt, forderte Neuhaus zwar auf, die im Namen des Cölner Kapitels ausgestellte Legitimation des Holzemius nicht mehr anzuerkennen, begründete jedoch diesen Befehl nicht, wie Max Emanuel, durch den Hinweis auf die Konfirmation, sondern durch das Motiv, es sei nicht nachgewiesen, daß die Vollmacht des Holzemius vom 13. September von allen Kanonikern unterschrieben und genehmigt worden sei.³

Wie schon so oft in dieser Frage, kam der Gang der Ereignisse dem Münchener Kabinett ohne dessen Zutun zu Hilfe. Als die Botschaft von der Bestätigung des bayerischen Prinzen in Regensburg eintraf, erklärte Holzemius freiwillig der Cölner Kapitelsmehrheit, er trage Bedenken, nunmehr das Kolleg weiter zu besuchen, und da seine fortgesetzten Bitten um Auszahlung seines seit Jahren rückständigen Gehaltes unbeachtet blieben, beschloß er, die Kundgebungen der Postulanten am Reichstage nicht mehr vorzubringen, um sich den Weg in die Dienste des anerkannten Erzbischofs nicht zu versperren. Die Vertreter der weltlichen Kurfürsten legten der kaiserlichen Kommission

¹ Joseph Klemens an Scarlatti 1. Okt. ebda.

² Mit Dekret v. 28. Sept. ließ Max Emanuel dem wohlbewährten Karg außer der Vergütung seiner notwendigen Spesen von der Berufung nach Cöln an bis zu der bevorstehenden Possessionierung Joseph Klemens' eine monatliche Rente von 200 Gulden anweisen und stellte ihm nach Vollendung seiner Kommission eine besondere Gnade in Aussicht (schw. 45/19).

³ Max Emanuel und Joseph Klemens an die Kurfürsten 30. bezw. 28. Sept. schw. 45/19; Geheimer Rat an Neuhaus 23. Sept. schw. 183.2.

nahe, das Reichsmarschallamt zu ersuchen, es möge den Vertrauensmann Fürstenbergs nicht mehr zu den Sitzungen einladen. Der Prinzipalkommissar und das Reichsmarschallamt gingen gerne auf diesen Vorschlag ein, und seit dem 4. Oktober blieb Holzemius dem Kurkolleg fern.¹ Neuhaus verlangte die Herausgabe sämtlicher Akten der kölnischen Gesandtschaft, die besonders wegen der Korrespondenz mit Frankreich von Wert waren, worauf ihm Holzemius nach einem formalen Protest die Schriftstücke auslieferte; der nach Pufendorf von dem bayerischen Gesandten veranlaßte nächtliche Raub der Papiere hat nicht stattgefunden.²

Der Geheime Rat war allerdings mit dieser schnellen Erledigung der Angelegenheit nicht einverstanden und erteilte Neuhaus am 3. Oktober eine Rüge, weil er nach der Instruktion vom 28. September lediglich seinen „vertrauten Kollegen“³ die Bestätigung des Prinzen hätte mitteilen und sie wegen ihrer Ansichten über das Urteil des Papstes hätte sondieren sollen. Dagegen ging die bayerische Regierung auf den Vorschlag Neuhaus' ein, zur Beschwichtigung der von dem brandenburgischen und sächsischen Gesandten wegen der Minderjährigkeit des Herzogs geäußerten Bedenken den Kaiser zu ersuchen, er möge Joseph Klemens im Einvernehmen mit dem Kurkolleg die erforderliche Altersdispens erteilen. Der bayerische Vizelandzer Baron Leyden wurde mit diesem Ersuchen nach Wien gesandt sowie mit dem Auftrage, der Hofburg die Bestätigung des Prinzen offiziell mitzuteilen und beim Kaiser anzuregen, er möge die Beamten und Untertanen des Erzstifts zum Gehorsam gegen den Gewählten auffordern und den Rat von Köln anweisen, den Gesandten Karg bei der Besitznahme des Domes zu unterstützen.

Das kaiserliche Mandat vom 30. September befahl denn auch bei Strafe der Reichsacht allen Angehörigen des Erzstifts, dem vom Papst und Kaiser anerkannten Erzbischof zu huldigen und ihm treu zu bleiben, verbot, den Widersachern des rechtmäßigen Kurfürsten irgendwelchen Beistand zu leisten oder ihnen Geld, Proviant oder Kriegsmaterial zu liefern und entband die Untertanen des Kurstaates von ihren Pflichten aus allen Abhängigkeitsverhältnissen, die sie an den Domdekan fesseln konnten.⁴

¹ Holzemius an das Kapitel 30. Sept. Schw. 45/19; Bericht Neuhaus' v. 1. Okt. Schw. 1833, Perpsers v. 6. Okt. bl. 286 l.

² Pufendorf, *De robis gosis Frederici III.* § 20, dagegen Bericht Perpsers v. 12. Nov. bl. 286 l.

³ Neuhaus konnte sich jedoch damit entschuldigen, daß die Instruktion tatsächlich den Auftrag enthielt, über die Konfirmation „mit allen kurfürstlichen Gesandten, geistlichen und weltlichen, zu kommunizieren“.

⁴ Düsseldorf St. A., Kurköln, Kriegsakten Nr. 68.

Das Wiener Kabinett beschloß ferner, die Belohnungen für die deutschgesinnten Kapitularen zu erhöhen und die 60000 Reichstaler, die Kranien für den Fall der Bestätigung der Wahl den Eligenten ausgesetzt hatte, zu erheben. Hinsichtlich der Besitznahme des Erzstifts bestand zunächst in der Hofburg der Plan, dem jungen Herrscher zu empfehlen, er möge persönlich an der Spitze einer entsprechenden Eskorte in seinem neuen Lande einziehen; diese Absicht wurde jedoch aufgegeben, als Karg auf die im Kölner Gebiet stehenden französischen Truppen hinwies, und so wurde Karg dazu außersehen, von der rheinischen Metropole Besitz zu ergreifen und die neue Verwaltung einzurichten. Max Emanuel und der Geheime Rat hielten die Lage am Niederrhein für so bedrohlich, daß sie dem bayerischen Gesandten die sorgfältigsten Vorsichtsmaßregeln ans Herz legten und bereits Bestimmungen trafen über seine Auslösung sowie über ein reichliches Geschenk an seine Angehörigen für den Fall, daß ihn eine französische Kugel treffen sollte.¹ In der Hofburg hatte man gewünscht, daß die weltliche Administration des Erzstifts dem kölnen Domherrn Grafen Königsegg, einem treuergebenen Diener des Hauses Habsburg, übertragen werde, während Johann Wilhelm den Großprior des Johanniterordens vorschlug, damit dieser im Falle der Verhehlchung des bayerischen Herzogs die Kanoniker für einen pfälzischen Prinzen gewinne; als nun der Papst wider Erwarten Joseph Klemens die ausschließliche weltliche Verwaltung anvertraute, einigten sich dank der Vermittlung Kargs Österreich und Bayern dahin, den Grafen Königsegg dem jungen Herrscher bis zu dessen Volljährigkeit als Statthalter an die Seite zu setzen, außerdem sollte aus sechs Domgeistlichen ein Geheimer Rat gebildet werden. Diese Verfassung wurde nach anfänglichem Widerstreben der Münchener Minister am 23. Oktober von Joseph Klemens gebilligt, wobei der Prinz anregte, auch den überwiegend mittelsächsisch gesinnten kölnischen Landadel zur Regierung beizuziehen.²

¹ Der bayerische Hof stand damals unter dem aufregenden Eindrucke eines am 17. August an Scarlatti gerichteten Schreibens, in dem angekündigt war, „diejenigen, welche nicht wollen, daß drei Angehörige eines fürstlichen Hauses dem Kurkolleg angehören“, hätten Mörder gedungen, um Max Emanuel und seinen Bruder aus dem Wege zu räumen (schw. 45/18).

² Zu Mitgliedern des Kölner Geheimen Rates wurden ernannt: Croy, Geyer, Bequerer, Wormbs, Daemen und der Defak bei St. Gereon, Eschenbrenner; in Vertretung des Grafen Königsegg sollte Anethan die weltlichen Angelegenheiten leiten. Zur Tilgung der Stiftsschulden sollte, entsprechend der vor der Wahl gegebenen Zusage (Oberbayer. Archiv Bd. 56 S. 240), ein Teil der kurfürstlichen Tafelrenten verwendet werden. Instruktionen an Karg v. 28. Sept. und 2. Okt., Joseph Klemens an Karg 23. Okt. schw. 45/20.

Daß die Frage der weltlichen Administration des Erzstifts zwischen den Höfen von Wien und München verstimmend gewirkt hatte, zeigt die Tatsache, daß man in der Hofburg dem Ersuchen Bayerns, das Reichsoberhaupt möge kraft kaiserlicher Autorität bei dem gesamten Kurkolleg als Körperschaft die Erteilung der Altersdispens an Joseph Klemens beantragen, nicht stattgab, sondern sich darauf beschränkte, den einzelnen Kurfürsten die Anerkennung des bayerischen Prinzen nahezu legen und sie auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Reiche und dem Frieden aus dem Verhalten Fürstenbergs drohten. Die erste Sorge der Ottingen, Königsegg, Stratmann bildete eben die Fernhaltung des Landgrafen vom Kurkolleg, und nur Mittel zu diesem Zweck, kein inneres Bedürfnis, war ihnen die Unterstützung des Bruders Max Emanuels. Dem Kampf gegen den Reichsverräter galt auch das kaiserliche Edikt vom 7. Oktober an die Kölner Kanoniker, worin diese aufgefordert wurden, die im Widerspruch zu den Reichsgesetzen und ihren „geschworenen Pflichten“ eingeführten französischen Truppen schleunigst aus dem Erzstift abzuführen, die Pläze des Landes dem rechtmäßigen Kurfürsten Joseph Klemens zu öffnen und dem Kardinal, wenn er in seiner Auflehnung gegen Papst und Kaiser beharren sollte, keine Gefolgschaft zu leisten, widrigenfalls sie die auf Landfriedensbruch gesetzten Strafen zu gewärtigen hätten.¹

Joseph Klemens befahl den Postulanten, sofort den vorgeschriebenen Dienst an der Kathedrale aufzunehmen, stellte den Eligenten „reale Erkenntlichkeit“ des Hauses Wittelsbach in Aussicht, — Karg sollte 20000 Reichstaler an sie verteilen —, und ermahnte beide Parteien, dem Landgrafen nicht zu gehorchen, auch nicht in seiner Eigenschaft als Domdekan, da er nach einer Konstitution Sixtus' V. dieses Amt dadurch verwirkt habe, daß er bei der Erhebung zum Kardinal die Erlaubnis zur Beibehaltung seiner bisherigen Pfründen nicht einholte.

Der Kaiser und Joseph Klemens gaben sich jedoch einer großen Täuschung hin, wenn sie glaubten, die Postulanten würden ihren Geboten folgen, — im Gegenteil: Die Konfirmation des bayerischen Prinzen reizte ihren Trotz nur noch mehr. Am 4. Oktober übertrugen nämlich die Anhänger Fürstenbergs ihrem Leiter die ausschließliche Verwaltung des Erzstifts, verboten allen Beamten und Untertanen des Kurstaates, Joseph Klemens als Gebieter anzuerkennen, protestierten in Flugblättern² gegen das päpstliche Urteil, dem ein kontradiktorisches

¹ Wien, Geistliche Wahlen, Clon fasc. 17 b.

² Einer dieser Traktate führt den bezeichnenden Titel: „De insanabilibus nullitatibus in curia Romana commissis circa confirmationem assertae non existentis electionis Josephi Clementis.“

Verfahren hätte vorangehen sollen, behaupteten in einem Schreiben an den Kaiser die Notwendigkeit einer Neuwahl und ließen ihre Kundgebungen, als der Nuntius die Annahme derselben verweigerte, an den Kirchenthüren des Landes anschlagen, dem Volk zum Argerniß, dem Haupt der katholischen Christenheit zum Hohn. Der Domdekan sperrte den Eligenten ihre Einkünfte und befahl in dem Patent vom 12. Oktober allen Untertanen des Erzstifts, ihm als ihrem rechtmäßigen Gebieter den Treueid zu leisten.

Die Verbitterung des Kardinals mußte sich noch steigern, als am 11. Oktober der Prinz von Croy als Vertreter Joseph Klemens' von der Erzdiözese förmlich Posses ergriff. An dem Festakte, der von Karg unter der Beihilfe Tanaras vorbereitet worden war, nahmen teil die Kanoniker Anethan, Wormbs, Bequerer und Daemen, außerdem der Nuntius, Karg, der Stadtkommandant von Cöln, ein Kapitelssekretär und der jülichsche Hofrat Bingen. Croy leistete in die Hände Anethans den erzbischöflichen Eid, versicherte, Joseph Klemens werde die Wahlkapitulation bei seiner Thronbesteigung unterschreiben und in allen Punkten beobachten, worauf er in den körperlichen Besitz des Domes eingewiesen und in den Chor geführt wurde, sodann verlas Bequerer das Bestätigungsbreve und forderte in einer von Karg verfaßten Erklärung das Volk zum Gehorsam gegen Joseph Klemens auf, die öffentliche Proklamation des neuen Kurfürsten beschloß die Feier.¹ Joseph Klemens legte am 20. Oktober gegenüber dem Weihbischof von Freising als Delegaten des Papstes den diesem schuldigen Eid ab und erließ am gleichen Tage ein Patent, das die Übertragung der ausschließlichen Regierung an Fürstenberg für nichtig erklärte, dem Kardinal gebot, die Residenz Bonn zu räumen und den Postulanten abermals sofortige Rückkehr nach Cöln befahl.

Die Antwort Fürstenbergs auf die Besignahme seines Gegenkandidaten war die endliche Ausführung seines Planes, die bayerische Gesandtschaft aus Bonn zu entfernen. Seine Parteigänger hatten einstweilen durch allerlei Schikanen, wie Verweigerung der einschlägigen Akten und Rechnungen, die Tätigkeit der Kommission erschwert und so wenig von ihrer Anwesenheit Notiz genommen, daß sie die Bevollmächtigten Max Emanuels nicht einmal zu der Teilnahme an der Feier der Eroberung von Belgrad einluden; am 14. Oktober ließ nun der Landgraf durch drei französische Offiziere den bayerischen Beamten entbieten, sie sollten um 1 Uhr mittags die Stadt räumen; den Überraschten, die sich dagegen verwahrten,

¹ Protokolle v. 3. u. 12. Okt., Bericht Kargs v. 12. Okt. Schm. 45/20. Karg wurde mit Dekret v. 16. Nov. zum kurkölnischen Geheimen Rat ernannt.

die ganze Erbschaft in der Hand eines solchen Feindes lassen zu müssen, wurde eine Audienz bei dem Kardinal abgeschlagen, und als sie zu der bestimmten Stunde die Reisevorbereitungen noch nicht beendet hatten, wurden sie unter brutalem Hinweis auf die französischen Truppen gezwungen, den unangstlichen Ort zu verlassen.¹

Auf die Nachricht von dieser neuen Gewalttat Fürstenbergs sandte der Münchener Geheime Rat den Bruder des bayerischen Agenten in Rom, Giovanni Battista Scarlatti, an den Vatikan, Beschwerde zu führen über die fortgesetzten Übergriffe des Kardinals und als Strafe hierfür die Exkommunikation sowie die Entziehung des Purpurs und seiner sämtlichen Annonilate zu beantragen; zugleich sollte Scarlatti vom Papste den Befehl an die Postulanten erwirken, nach Köln zurückzulehren und ihrem rechtmäßigen Herrn den Treueid zu leisten, widrigenfalls sie ihre Pfründen verlieren würden; endlich erhielt der Gesandte den Auftrag, allen, die zu dem Zustandekommen der Bestätigung mitgewirkt hatten, in erster Linie Innozenz XI. selbst, den geziemenden Dank auszusprechen, über die Eidesleistung des Prinzen und über die Besitznahme in Köln zu berichten und zu bitten, daß Joseph Clemens auch die weltliche Regierung der Bistümer Freising und Regensburg beibehalten dürfe.² In der Audienz vom 20. November sprach Innozenz XI. seine Genußtunung darüber aus, daß es dem jungen Erzbischof jetzt offensichtlich ernst sei mit seinem geistlichen Berufe, erkundigte sich voll väterlicher Teilnahme nach dem Gesundheitszustande Max Emanuels und der Schwangerschaft seiner Gattin, tadelte scharf das Vorgehen Fürstenbergs und versprach, sobald sich die politische Lage geklärt habe, mit kirchlichen Zensuren gegen den Ungehorsam einzuschreiten; auch ließ er trotz der drohenden Repressalien Frankreichs den von dem Münchener Geheimen Räte angeregten Befehl an die Anhänger des Kardinals durch Tanara überbringen, endlich wurde dem Herzoge die Beibehaltung der weltlichen Administration der

¹ Bericht Bötzengrüns und Krays v. 14. Okt. (Schw. 45 20). Das Nachlassinventar wurde nach vielen Mahnschreiben des Geheimen Rats erst am 8. Okt., zum Teil auch durch die Trägheit des Sekretärs Krays verzögert, nach München gesandt. Die Aktiva des Nachlasses Max Heinrichs betrugen

275 5/8 Reichstaler,

die Passiva 178 972

sohin Aktivrest 86 624 Reichstaler.

Dieser Betrag wurde indes durch die in dieser Zusammenstellung nicht berücksichtigten Vermächnisse nahezu vollständig aufgebraucht.

² Instruktion für G. B. Scarlatti v. 4 Nov. (Schw. 315 1). Auch diese Mission erfolgte erst, nachdem Pompeo Scarlatti wiederholt mitgeteilt hatte, daß sich der Papst mehrmals bei ihm nach dem Stande der Angelegenheit in Köln und Regensburg erkundigt habe.

Bistümer Freising und Regensburg nach Prüfung der Angelegenheit durch ein Konsistorium gestattet.¹

Die Unbotmäßigkeit Fürstenbergs gründete sich einerseits auf die Überzeugung, der Kaiser verfüge nicht über die notwendigen Mittel, um seinen Mandaten Gehorsam zu erzwingen, andererseits auf den Rückhalt, den ihm Frankreich bot. Am 20. September hatte Graf De La Tour die Botschaft von dem Falle Belgrads nach Versailles gebracht; für Ludwig XIV. gab es jetzt kein Zögern mehr, den wohlvorbereiteten Schlag gegen das deutsche Reich zu führen, um aus dem Türkenkriege Vorteil zu ziehen, den Kaiser zu einem übereilten Frieden auf Kosten der deutschen Westgrenze zu nötigen, die im Namen seiner Schwägerin, der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans,² von ihm erhobenen Ansprüche auf die pfälzische Erbschaft zu verwirklichen und den Papst zur nachträglichen Einsegnung Fürstenbergs zu zwingen, jetzt sollte sich das von den Franzosen so gerne als ein besonderer nationaler Vorzug in Anspruch genommene „Genie der Offensive“ bewähren. Drei französische Offiziere eilten sofort nach Konstantinopel, um durch den Hinweis auf die bevorstehende Kriegserklärung des „Allerchristlichsten“ Königs den erlahmenden Widerstand der Türken gegen die unwiderstehlich vordringenden kaiserlichen Waffen aufs neue anzufachen.³ Am 24. September erteilte Ludwig XIV. dem Dauphin den Befehl, binnen drei Tagen zur Rheinarmee abzugehen;⁴ am gleichen Tage warf er in einem berühmt gewordenen Manifest dem Reiche den Fehdehandschuh hin.

In dieser Rundgebung⁵ stellte er, ausgehend von dem in Frankreich so sehr überschätzten Augsburger Bündnis, die seitdem erfolgten angeblichen Übergriffe der kaiserlichen Politik zusammen und sah sein Land bereits bedroht von dem Ansturm der von den Schlachtfeldern Ungarns heranbrausenden fieggekrönten kaiserlichen Truppen. Hinsichtlich der Kölner

¹ Bericht G. B. Scarlattis v. 27. Nov., Pompeo Scarlattis v. 18. Dez. Schw. 315/1.

² Michael Strich, Biselotte und Ludwig XIV. (München u. Berlin 1912) S. 100 ff.

³ Näheres Gêrin 121–23; Bericht aus Regensburg vom 4. Okt. bl. 320/25.

⁴ Die tatsächliche Führung dieses Heeres hatte Marschall Duras. Im geheimen war die Abreise des Dauphins in das Lager schon seit einigen Tagen festgesetzt; vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen II S. 5, Anm. 1. Am 28. Sept. 8. Okt. berichtete Spanheim: „Die Kunde von der Eroberung Belgrads wird den Entschluß Frankreichs, welcher schon gefaßt war, zur Ausführung gebracht haben.“ Berlin Rep. XI. Frankreich. Nov. 26 A. Meinede 213.

⁵ Mémoire des raisons qui ont obligé le Roi à reprendre les armes etc., in deutscher Übersetzung abgedruckt Theatrum Europaeum XIII, 307–13, Auszug bei Prug 200–2.

Frage behauptete er, der Papst und die österreichischen Minister hätten sich längst dahin geeinigt, die Wahlfreiheit des Kölner Kapitels zu vernichten, während Philipp Wilhelm und die Leiter der kaiserlichen Politik nur deshalb soviel Interesse an der Erhebung des bayerischen Prinzen auf den Kölner Stuhl zeigten, weil so das Aussterben der Linie Max Emanuels in Bälde zu erreichen sei, zur Freude des auf die Erfolge seines Schwiegersohnes neidischen Kaisers, zum Nutzen des pfälzischen Hauses, das nach dem Tode Max Emanuels und seines Bruders nicht nur die Kölner Mitra, sondern auch die bayerische Krone an sich zu reißen gedenke; Leopold I. arbeite zum Schaden der katholischen Konfession auf die Vereinigung protestantischer Streitkräfte in der Nähe des Erzstifts hin, um diese Truppen zu benützen zur Exekution des päpstlichen Urtheils gegen Fürstenberg, zur Erzwingung der Königswahl Josephs I., zum Angriff auf Frankreich und zur Unterwerfung von ganz Deutschland unter das habsburgische Zepter. Am Schlusse seines Abschiedsbriefes an den Kaiser gab Ludwig XIV. dem Wunsche Ausdruck, es möge auf der Grundlage des Regensburgers Stillstandes ein endgültiger Friede zwischen ihm und dem Reiche errichtet werden und erklärte sich zum Beweise seiner Friedfertigkeit bereit, die Festungen Philippsburg und Freiburg nach Schleifung ihrer Anlagen dem Bischof von Straßburg bezw. dem Kaiser zurückzugeben, bot die Hand zu einem Vergleiche in der pfälzischen Erbfolgeangelegenheit und gab sogar die Absicht kund, seine Truppen aus dem Erzstift Köln abzurufen, wenn der Papst die Postulation bestätigen würde, und der Frage einer Entschädigung des bayerischen Prinzen näherzutreten, sobald der Kardinal den ruhigen Besitz des Kurfürstentums erlangt habe: Doch wollte er sich an diese Vorschläge nur binden, vorausgesetzt, daß das Reich sie bis zum 1. Januar 1689 annehmen würde.¹

¹ Fast gleichzeitig ließ Crécy ein Memorial, datiert vom 22. Sept. dem Reichstage überreichen. Sein hauptsächlichster Inhalt ist folgender: Das Vorgehen der Feinde Fürstenbergs widerspricht den kanonischen Gesetzen und den Friedensschlüssen von Münster und Nimwegen. Ludwig XIV. hat gemäß dem Luxemburger Vertrag zum Schutze des Kardinals und der Wahlfreiheit des Kapitels Truppen in das Erzstift geschickt, denn man scheint auf der Gegenseite dahin zu arbeiten, daß nicht nur die Stadt Köln ihre Besatzung in bedrohlicher Weise verstärkt, sondern das ganze Erzstift einer fremden Macht anheimfällt. Die Bestätigung der sogen. Wahl wird den Anlaß geben, Joseph Clemens in den Besitz des Kurfürstentums zu setzen, um dann den Stillstand desto leichter zu brechen und den Krieg gegen Frankreich zu erneuern, gleichzeitig mit dem Friedensschlusse des Kaisers mit der Psorte. Trotzdem erklärt sich Ludwig bereit, seine Truppen aus dem Erzstift sofort abzurufen, sobald Fürstenberg seine Bestätigung erhalten hat und samt dem Kapitel den ruhigen Besitz seiner Rechte genießen darf; es ist auch des Königs fester Voratz, einen dauernden Frieden mit dem Reiche zu pflegen und denselben auf alle Weise zu festigen. Sondorp XVI 177-78.

Das Manifest gleicht einem Wetterleuchten, das unheimlich über den westlichen Himmel zuckte, mit unheimlicher Schnelligkeit folgte ihm der erste verheerende Blitzstrahl. Zuerst loderten die Flammen in der Pfalz auf, in dem Lande, das für die Herzogin von Orleans als das Erbe ihres Vaters in Anspruch genommen wurde; außer der Feste Philippsburg, die unter ihrem standhaften Kommandanten, dem Grafen Max von Starheimberg, dem Bruder des Verteidigers von Wien, einen Monat lang sogar der Belagerungskunst eines Baubanspottete, ward in kurzer Frist das ganze linke Ufer des Mittelrheins eine leichte Beute des Angreifers. Verhängnisvoll für das Deutsche Reich war der Umstand, daß gerade die Wacht an seiner Westmark des Schwertes unkundigen geistlichen Fürsten oblag. Während der Erzbischof von Mainz so sehr von der Furcht vor den Franzosen beherrscht war, daß er seine Reichstagsgesandtschaft anwies, bei der Leitung der Direktorialgeschäfte jede mögliche Rücksicht auf Ludwig XIV. zu nehmen, lehnte Johann Hugo von Trier das Ersuchen des französischen Befehlshabers um Aufnahme französischer und schweizer Soldaten in seine Garnisonen ab und leistete in Ehrenbreitstein dem Feinde mannhafte und opfermutigen, aber erfolglosen Widerstand. Auch dem Kurfürsten Philipp Wilhelm kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er am Kriegswesen das Interesse und die finanziellen Mittel gespart hat, die er in so reichem Maße seinen zahlreichen und weitaussehenden diplomatischen Unternehmungen zuwandte.¹ Nachdem seine Soldaten auf den ersten Kanonenschuß der Franzosen auseinandergestoben waren, mußte er krank und gebrochen im Herbst seines Lebens für immer aus der sonnigen Pfalz scheiden, um nach dem Fehlschlagen so vieler stolzer Entwürfe das müde Haupt zum ewigen Schlummer zu neigen in dem Schlosse seiner Väter, wo er einst den ersten Traum von Glück und Glanz geträumt.

Das Manifest ist ein treues Spiegelbild der Maxime Croissys, durch den Bruch der Verträge seinem König neue, günstigere Verträge zu sichern.² Crécy erklärte in Regensburg, Ludwig XIV. wolle nicht das Reich bekämpfen, sondern lediglich den Papst und Philipp Wilhelm züchtigen, und der französische Gesandte in Wien begleitete die Übergabe der Denkschrift an die kaiserlichen Minister mit den Worten: „Mein Gebieter hofft, daß dieses Memoire nicht als Verletzung des Friedens gilt, sondern daß der Kaiser geneigt sein wird, die

¹ Erdmannsdörffer a. a. O. II 7. Zester entwirft in seiner Schrift: Die Augsburger Allianz von 1686 S. 129 ff. ein düsteres, aber zutreffendes Bild von dem Zustande des pfälzischen Heerwesens.

² Vgl. das von Meinecke S. 214 mitgeteilte Urteil Spanheims über diese Politik.

Vorschläge meines Königs anzunehmen und in Zukunft mit Frankreich Freundschaft zu pflegen.“

Von der nämlichen Inkonsequenz erfüllt war das Verhalten Ludwigs XIV. gegenüber Bayern. Derselbe Monarch, der sich über den Jahrhunderte alten, nach der Meinung des Münchener Kabinetts zum Gewohnheitsrecht gewordenen Anspruch des bayerischen Hauses auf den niederrheinischen Kurstuhl hinwegsetzte, bemühte sich gleichzeitig, das Haupt dieser Familie an seine Fesseln zu fesseln. Um die Wende des August wurde beschlossen, Villars, der in Anerkennung seiner bisherigen Tätigkeit am bayerischen Hofe zum *commissaire de la cavalerie* ernannt worden war, abermals nach München zu senden mit dem Vorschlage eines Vergleichs in der Kölner Angelegenheit.¹ Die Instruktion vom 21. September wies den Diplomaten an, in den verbindlichsten Worten zu beteuern, sein König sei nur geleitet von freundschaftlichen Gefühlen für den Kurfürsten und von dem Bestreben, das Ansehen des Hauses Bayern zu vergrößern; an der Aufrichtigkeit dieses Bestrebens muß der Leser indes zweifeln, wenn er in den nächsten Zeilen die Behauptung findet, die Wahl des Herzogs Joseph Klemens sei nichtig in Folge seiner Minderjährigkeit, in Folge des Mangels an gültigen Stimmen und wegen der gesetzwidrigen Veröffentlichung der Wahl; die Election könne daher nicht einmal durch die Autorität des Papstes und seine Parteilichkeit, die über alle Schranken des kirchlichen Rechts hinweggehe, von ihren Fehlern befreit werden. Ferner sollte Villars erklären, die Kühnheit, mit der sich Max Emanuel den Gefahren des Schlachtfeldes aussehe, begünstige die von der Hofburg unterstützte Absicht Philipp Wilhelms, Joseph Klemens an das Erzstift Köln zu fesseln, um Bayern nach dem Tode Max Emanuels an das Haus Pfalz zu bringen;² dagegen wolle Frankreich zum Besten der bayerischen Dynastie gestatten, daß Fürstenberg in nicht

¹ Im Schreiben vom 10. Sept. fand der König für die glänzende Leitung des Türken-Feldzugs durch Max Emanuel höchst anerkennende Worte und bat ihn, Villars ein geneigtes Ohr zu schenken, bevor er sich in anderweitige Verpflichtungen einlassen würde. Am 23. Sept. folgte schon wieder ein Brief aus Versailles an den Kurfürsten, worin zu lesen war, Villars habe sofort nach dem Eintreffen der Botschaft vom Falle Belgrads den Befehl erhalten, sich nach München zu begeben, um der aufrichtigen Freude seines Herrn über diese glorreiche That und seiner persönlichen Zuneigung zu dem bayerischen Herrscher Ausdruck zu geben. Reichsarchiv Fürstensachen Alt Nr. 683¹/₂.

² Das gleiche Argument brachte Grégy gegenüber Neuhaus vor, wobei er sich zu der Behauptung verstieg, Frankreich habe niemals bemerkt, daß Joseph Klemens sich ernstlich um das Erzstift bemüht habe, seine Kandidatur sei vielmehr von Philipp Wilhelm um dessen eigenen Vorteils willen und Ludwig XIV. zum Trug aufgestellt worden; Bericht Neuhaus' v. 4. Okt. (Schw. 183.2).

ferner Zeit den Prinzen Joseph Klemens zu seinem Roadjutor annehmen. Der Eitelkeit Max Emanuels sollte die Anregung schmeicheln, er möge die Rolle des Vermittlers zwischen Frankreich und dem Kaiser übernehmen, und auch für den Fall, daß Leopold I. sich auf keine Verhandlungen einlassen würde, hatte Villars mit Bayern ein Separatabkommen zu treffen.¹ Der französische Diplomat mußte indes schon bei der ersten Audienz in München erkennen, daß Max Emanuel die Politik des Versailler Kabinetts in der Kölner Frage als eine persönliche Feindseligkeit betrachtete und sich durch den Ueberfall auf das Reich in seiner Eigenschaft als deutscher Kurfürst mitverletzt fühlte. Die Anträge Villars' wurden entschieden abgelehnt, und die Zurückhaltung seines ehemaligen Gönners schwand nicht, als der Unterhändler neue Vorschläge über die Zukunft Joseph Klemens' machte: Bald stellte er dem Prinzen die Hand der Infantin von Portugal² bzw. der Mademoiselle de Chartres in Aussicht, bald versprach er ihm die Anerkennung seiner Wahl durch Frankreich, vorausgesetzt, daß er dem Kardinal die Administration des Landes auf 15 Jahre und ein Drittel seiner Einkünfte überlasse. Max Emanuel erklärte demgegenüber, das unzweifelhafte Recht seines Bruders auf den Kölner Stuhl bedürfe der Approbation von seiten Ludwigs XIV. nicht und er gedenke nicht eher in Unterhandlungen mit dem Könige einzutreten, als bis sich dieser endgültig von Fürstenberg losgesagt und die Election anerkannt habe.³ Gleichfalls erfolglos war das Eingreifen der Dauphine, die ihren kurfürstlichen Bruder durch die Aussicht auf die Kaiserkrone sowie auf bedeutende Subsidien⁴ wenigstens zur Neutralität bewegen wollte. Die letzte Karte, die Villars ausspielte, war die Drohung, die im Oktober bereits in Schwaben vorgebrungenen Franzosen würden

¹ Instruktion vom 21. Sept. Recueil des Instructions Bavière 93—96.

² Am 2. Dezember erhielt Villars den Auftrag, am Münchener Hofe anzuregen, man möge Joseph Klemens mit der Hand der Infantin von Portugal und damit der Aussicht auf die portugiesische Krone abfinden. Max Emanuel lehnte diesen Vorschlag zwar nicht endgültig ab, erklärte aber, es sei keineswegs ausgeschlossen, daß die Ehe der Königin von Portugal noch mit Söhnen gesegnet werde, außerdem sei sein Bruder mit geistlichen Würden so stattlich versorgt, daß er sich nicht auf dieses unsichere Projekt einzulassen brauche. Paris Archives des affaires étrangères Bavière tom. 41. Ich verdanke diese und die folgenden Mitteilungen aus dem Pariser Archiv der Güte des Herrn Dr. W. Strich.

³ In dem nämlichen Sinne abgefaßt war die Erklärung der Geheimen Kanzlei vom 26. Nov. auf die Anträge Villars'. Paris II, supplément Bavière 1667—93 folio. Noch am 19. Nov. berichtete Villars seinem König: Alles ist gut am bayerischen Hofe, abgesehen von der Kölner Sache. Paris, Bavière tom. 41.

⁴ In Versailles baute man auf den Ehrgeiz Max Emanuels nicht minder wie auf seine Geldnot. Bericht Spanheims v. 24. Sept./4. Ott. Berlin Rep. XI. Frankreich. Konv. 26 A.

den Anschluß Bayerns an Österreich mit Flammen und Blut rächen. Max Emanuel sah jetzt, daß auf friedlichem Wege mit Frankreich nichts mehr auszurichten war; am 10. November kam Kaunig in München an, und die mit ihm getroffenen Vereinbarungen über die Statthalterschaft des Kurfürsten in den spanischen Niederlanden sowie über sein Kommando im bevorstehenden Reichskriege gegen Ludwig XIV. entschieden den unzweideutigen, engen Anschluß Max Emanuels an den Kaiser.¹

Vor 100 Jahren war die „unüberwindliche“ Armada Spaniens jäh in die Winde zerstreut worden, jetzt führte die unerträgliche Überhebung des Sonnenkönigs die Peripetie für Frankreich herbei; statt der Maxime Richelieu zu folgen: „Man muß das Mißtrauen der Deutschen einschläfern“, suchte Ludwig XIV. nach einem Ausspruche des Großen Kurfürsten „die Bastille auch nach den fremden Ländern zu tragen“ und hat durch dieses Vorgehen Europa gegen sich geeinigt.

Der kölnische Resident Morff wurde nach Brüssel gesandt, um dem dortigen Statthalter Gastanaga mitzuteilen, man habe in Versailles Kenntniss erhalten von der Absicht der Generalstaaten, das Erzstift Köln anzugreifen; da die Republik einen solchen Angriff nur im Einverständnis mit der Regierung der spanischen Niederlande planen könne, sehe sich der König von Frankreich veranlaßt, zu erklären, er wolle der Ausführung dieses Vorhabens durch die sofortige Besetzung Belgiens zuvorkommen; Gastanaga erwiderte hierauf mit Recht, er könne doch nicht für die angeblichen Absichten eines fremden Staatswesens verantwortlich gemacht werden.²

Ebenso anmaßend war das Auftreten Ludwigs XIV. gegenüber den Generalstaaten. Als sein Gesandter im Haag, Graf D'Alvaux den Hochmögenden am 9. September zum zweitenmale eröffnete, sein Gebieter sei entschlossen, Fürstenberg und seine Anhänger gegen jeden zu schützen, der es wagen sollte, ihre Rechte

¹ Vogué, Villars d'après sa correspondance et ses lettres inédites 154–65; Vogué, Mémoires du maréchal de Villars 1421–28; Pellison, Lettres historiques III 391. Über die Forderungen Max Emanuels an den Wiener Hof vgl. die Berichte des Grafen Kaunig vom 26. Nov. und 13. Dez. Wien 10, Postkanzlei Bayern. Noch am 16. Dez. beauftragte Ludwig XIV. Villars, den Kurfürsten von einem Bündnis mit dem Kaiser abzuhalten, Max Emanuels Ehrgeiz aber brannte darauf, sich nunmehr mit den berühmten Führern der ersten Militärmacht Europas zu messen und am 28. Dez. schrieb er an den Kurfürsten von Sachsen: „Frankreich sucht nicht den Frieden, sondern will uns nur einschläfern, aber jetzt haben wir das Pest in der Hand und können loges distieren.“ (Schw. 342 5.)

² Bericht Spanheims v. 7. 17. Sept. Berlin Rep. XI. Frankreich Nov. 26 A. Antwort Gastanagas v. 16. Sept. bl. 320 25. Eine eben damals erfolgte Zusammenkunft Gastanagas mit Cranien an der Grenze von Brabant betraf die Unterstützung der Expedition nach England.

und Freiheiten zu verletzen und dadurch die öffentliche Ruhe zu stören, da zeigten die Vertreter des „état populaire“ in ihrer Antwort, daß ihre Geduld gegenüber dem Könige erschöpft war;¹ von Frankreich durch zahlreiche Handelschiffen sowie durch die Wegnahme holländischer Schiffe gereizt, beschloßen die Generalstaaten am 15. September die Unterstützung der Expedition Oraniens. Zum eigenen Schaden und zum Verhängnis für das Stuart'sche Königtum schenkte Ludwig XIV. den optimistischen Berichten seines kurzichtigen Londoner Gesandten Barillon mehr Glauben als den Stassandrarufen Avaug', der fortgesetzt auf die vonseiten Oraniens den Kronen England und Frankreich drohenden Gefahren hinwies; aus dieser verkehrten Auffassung der Lage ergab sich der folgenschwere Fehler, daß der König durch den Einfall seiner Hauptarmee in die Pfalz seinem gefährlichsten Gegner die Bahn frei gab zur Ausführung seines großen Planes.² Am 11. November konnte Oranien, über das Schicksal der Niederlande beruhigt,³ die Anker lichten zu der Fahrt, die Europa von dem französischen Joch befreien sollte.⁴ „In der Natur vorwaltender Mächte“, sagt Ranke, „liegt es nicht, sich selbst zu beschränken: Die Grenzen müssen ihnen gesetzt werden.“⁵ Wilhelm von Oranien stellte dem Streben des Sonnenkönigs nach der Universalmonarchie die gesunde Idee des europäischen Gleichgewichts entgegen und hat mit ihr und für sie gesiegt.

Der nämlich König, der unfreiwillig den Sturz Jakobs II. ermöglichte, suchte den Glauben zu erwecken, der Papst bezwecke den Ruin der katholischen Konfession in England; um den Einmarsch der Franzosen in den Kurfürstentum Köln zu rechtfertigen.

¹ Sie erklärten ironisch, Ludwig XIV. verstehe offenbar unter „Wahrung der Freiheit“ das Bestreben, dem Papst, Kaiser und Erzkloster einen Kurfürsten von Köln aufzuzwingen und Fürstenberg wider seinen Willen zur Aufnahme französischer Truppen in das Erzkloster zu veranlassen, mit dem Begriff „öffentliche Ruhe“ verbinde der König wohl die Forderung, daß alle anderen Mächte sich sklavisch seinem Willen beugen (vgl. 320/25). Übrigens glaubte selbst Avaug, daß die Truppenbewegungen der Holländer am Niederrhein nicht den Zweck verfolgten, Fürstenberg anzugreifen, sondern lediglich während der Abwesenheit Oraniens die Grenzen der Republik gegen Frankreich zu decken; *Négociations de M. le comte d'Avaux en Hollande* VI 240 (Bericht v. 16. Sept.).

² Am 27. Sept. schrieb Avaug: „Niemand hat Oranien eine Nachricht mit solcher Freude empfangen wie die von dem Marsche auf Philippsburg“. *D'Avaux Négociations en Hollande* VI 257 u. 268; vgl. *Gérin* 119 A. 2. Die von dem Marineminister Seignelay angeregte Aktion der Kanalflotte wurde auf Betreiben des mit ihm verfeindeten Louvois abgelehnt; *Martin, Histoire de France* XVI 117 A. 2.

³ S. oben S. 36.

⁴ „L'Europe Esclave, si l'Angleterre ne rompt ses fers“ sagt der österreichische Staatsmann Bisola in seiner Schrift *Bouclier d'état et de justice*.

⁵ S. *W.* XI 1.

tigen, behauptete er, die Kurie rechne auf ein Heer von 40 000 Bayern, die bereit stünden, das Erzstift und alle benachbarten katholischen Kirchen zu vernichten, und Innozenz XI. sei durch sein Vorgehen gegen den „ältesten Sohn der Kirche“ schuld an der Ueberflutung Englands durch die insgeheim vom Vatikan unterstützten Protestanten. Als Antwort auf die Bestätigung der Election ließ Ludwig XIV. durch den Generalprokurator Talon nach Einvernahme der Spitzen der französischen Geistlichkeit und der Autoritäten der Sorbonne eine Appellation an ein künftiges allgemeines Konzil erheben.¹ Während Lavardin diese Kundgebung in der Hauptstadt des Papstes öffentlich anschlagen ließ, schritt der König zu neuen Verletzungen des Völkerrechts: Der Nuntius zu Paris wurde in seinem Palais gleich einem Verbrecher bewacht, der auf einer Reise durch Frankreich befindliche Bischof vonaison wurde gefangen genommen, Avignon und Benaisin besetzt, ein französisches Korps sollte den Herzog von Parma in das Herzogtum Castro, welches ihm der Papst nicht ausantworten wollte, einsetzen, 30 Galeeren stachen in See zur Blockade der Häfen des Kirchenstaats, bei Civitavecchia wurden Truppen ausgeschifft, um bei einem etwaigen Handstreich, — vor allem wollte man sich des verhassten Casani bemächtigen —, zur Verfügung zu stehen. Der Papst fühlte sich in seiner Residenz so wenig sicher, daß er seine Kostbarkeiten in die Sakristei der Petersbasilika verbringen ließ, während die Römer, an die Schreckenstage des Sacco di Roma gemahnt, eine drohende Haltung gegen die französischen Soldaten einnahmen; schon schienen blutige Straßenkämpfe unvermeidlich, da beruhigten Lavardin und Estrées das Volk durch namhafte Spenden zugunsten der Armen. Zum Schutz teils gegen die Franzosen, teils gegen den römischen Pöbel, sah sich Innozenz XI. veranlaßt, den größten Teil der Garnison von Civitavecchia in die Hauptstadt zu ziehen; obwohl also von zwei Seiten bedroht, von Cybo, Kardinal Norfolk und dem venetianischen Gesandten Lando zum Nachgeben gedrängt, lehnte der Papst jede Änderung seines Urteils in der Kölner Frage ab, bereit, für die Sache, die er nach reiflicher Erwägung als die richtige erkannt hatte, zum Märtyrer zu werden.² Außerdem ließ er in einer Druckschrift, die sich als Antwort auf das Schreiben Ludwigs XIV. an Estrées vom 6. September gab, nicht nur die Bestätigung der Election recht-

¹ Eine damals in Paris erschienene Druckschrift führt den Titel: „Actes concernant les protestations solennelles publiques au sujet des nullités insoutenables faites en cour de Rome dans la confirmation de la prétendue élection du Ser. Prince Joseph Clement de Bavière.“ Paris 1689 bei Coignaret. Paris Cologne tom. 42.

² Gérin 126/27. Berichte aus Rom v. 16. u. 23. Cfr., 13. u. 27. Nov. fcm. 315/1.

fertigen, sondern wies auch mit bemerkenswerter Schärfe die Übergriffe Frankreichs in die freie Selbstbestimmung des Kaisers und des Kölner Kapitels zurück und machte für einen etwaigen europäischen Krieg allein Ludwig XIV. verantwortlich, der durch den Einfall in das Reich seine Glaubensgenossen in England den Ketzern ausgeliefert und seine Leidenschaft und die Regeln einer falschen Politik den Forderungen der Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohles vorgezogen habe.¹

Trotz seiner eigenen gefährdeten Lage hörte indes der Papst auch jetzt nicht auf, den Kaiser mit Geldpenden für den Türkenkrieg zu unterstützen und trug hiedurch wesentlich dazu bei, daß Leopold I. sich nicht darauf beschränkte, auf Kosten der deutschen Westgrenze seine ganze Kraft dem Ausbau des jungen österreichisch-ungarischen Staates zu widmen, sondern das große Wagnis eines Kampfes nach zwei Fronten unternahm. Diesen Entschluß hat dem Kaiser aber auch erleichtert der elementare Ausbruch einer nationalen Strömung im Reich, einer Strömung, die bewies, daß trotz allen weltkundigen „Reichselends“ das Vertrauen in die ungebrochene Kraft des Volkes in deutschen Landen noch nicht erloschen war.²

Den Sturmvögeln ähnlich, die das Nahen des Gewitters künden, taucht plötzlich eine Anzahl Flugschriften auf, erfüllt vom ersten, heißen Zorn über die welsche Freveltat und ungestüm Rache heischend für das den Volksgenossen zugefügte Unheil. Auch die Kölner Angelegenheit wird vom Standpunkte der allgemeinen deutschen Sache aus betrachtet und zu einer Frage der nationalen Ehre gestempelt; mitleidend sehen die Protestanten in dem Hause Bayern den vom gemeinsamen Bedränger Verletzten. Unmittelbar nach der Wahl fanden wir als Verfasser von Traktaten nur Fachmänner, die, in dem schweren Rüstzeug kanonistischer Gelehrsamkeit einhersehrend, sich lediglich an einen Kreis von Sachverständigen wenden, in Folge besonderen Auftrages tätig bezw. im ständigen Dienste einer von beiden Parteien wirkend; — jetzt dagegen vernehmen wir aus den das Land durcheilenden Schriften die Stimmen völlig unbekannter Patrioten, denen nicht Amt oder Auftrag, sondern lediglich die Erbitterung gegen Frankreich und seinen undeutschen Günstling die in der Terminologie des geistlichen Rechts nicht geschulte Feder führt.³

¹ Druck, Reichsarchiv Reichstagsgegenstände, Gestell 12, Nr. 20.

² Preuß, Wilhelm III. von England und das Haus Wittelsbach im Zeitalter der spanischen Erbfolgefuge. Einl. S. 35 u. 36.

³ Die von Haller in seiner Schrift: „Die deutsche Publizistik in den Jahren 1668–74“ S. 4–14 gemachten wertvollen Beobachtungen finden sich hier durchaus bestätigt. Die bedeutenderen Druckschriften, die auf die Kölner Frage Bezug nehmen, sind am Schlusse der Arbeit in Exkurs I aufgeführt.

Zu diesen populären Literaten gesellt sich der größte deutsche Genius seiner Zeit: Leibniz steigt herab von der stillen Höhe seiner Wissenschaft, um im Streit des Tages Partei zu ergreifen. Wie er in den Briefen aus dem Jahre 1688 wiederholt Worte des schärfsten Tadelns findet über den Kardinal, der in freilem Ehrgeiz die öffentliche Ruhe gefährdet und Leben und Eigentum unschuldiger Bürger aufs Spiel setzt, so vertritt er in seinen Druckschriften, den bedeutendsten von dieser nationalen Erregung hervorgerufenen publizistischen Leistungen, entschieden die Sache des Kaisers; er hebt das Selbstvertrauen seiner Landsleute durch die frohe Zuversicht, daß ein einiges Deutschland den hohlen Übermut der Franken dämpfen kann und wird, und als er sieht, daß allenthalben im Reiche die Flammen der Entrüstung über den Friedensbruch Ludwigs XIV. auflodern, da jubelt er wie die Frühlingslerche: „Niemals ist Deutschland besser geeinigt gewesen.“¹

Wenn Leibniz in der Welt der Gedanken der getreue Eckart seines Volkes, so war „der Mann der rettenden Tat“,² der die patriotische Begeisterung in das ruhige Bett zielbewußten Handelns lenkte, der Kurfürst Friedrich von Brandenburg. Als er die Nachricht von dem Überfall auf die deutsche Westgrenze vernahm, erfaßte ihn bitterer Zorn über den Versuch des französischen Königs und Fürstenbergs, „der Reichsverfassung zuwider die allein zur Entscheidung der Kölner Frage berufenen Instanzen zu umgehen und einen bestrittenen Anspruch mit den Waffen durchzusetzen“, besonders bedenklich schien ihm, daß die Mehrheit eines deutschen Domkapitels sich ein Bündnisrecht mit einer auswärtigen Macht anmaßte; seinem Gesandten in Paris erklärte er Folgendes: „Ludwig XIV. hat umsoweniger Anlaß zu Beschwerden, als der Kaiser und die Reichsstände das Urteil des Papstes ruhig erwarteten, und sich der Landgraf ja im ungestörten Besitze des Erzstifts befindet, nicht einmal angefochten von den Staaten, die nach dem Vorgeben Frankreichs eine ständige Bedrohung des Kardinals bilden; während der Friedensschluß des Kaisers mit den Türken noch ungewiß ist, und die Bündnisse des Reichsoberhauptes mit mehreren deutschen Fürsten sich innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit bewegen und nur zu Verteidigungszwecken dienen, hat mich Frankreich durch den Bruch des von meinem Vater mit so großer Mühe zustande gebrachten und mit so vielen schmerz-

¹ Über die politisch-literarische Tätigkeit des Philosophen geben die zuverlässigsten Aufschlüsse die Untersuchungen Pfeiderers: „Gottfried Wilhelm Leibniz als Patriot, Staatsmann und Bildungsträger“ und „Leibniz als Verfasser von 12 anonymen Flugschriften“, beide Leipzig 1889; angesichts dieser eingehenden Darlegungen wurden die auf die Kölner Frage bezüglichen Schriften von Leibniz im Erlurs I nicht aufgeführt.

² Brug, Preussische Geschichte II 271.

lichen Mißdeutungen seiner Politik verbundenen Stillstandes aufs tiefste verletzt; sollte Croissy wegen der allgemeinen Beziehungen zwischen Brandenburg und Frankreich sowie wegen der Kölner Angelegenheit im besonderen weitere Verhandlungen anregen, so ist ihm zu erwidern: „Da diese Traktate nicht anders als auf dem Boden des Westfälischen und Nymwegischen Friedens wie auch des Regensburger Stillstandes geschlossen werden können, diese Verträge aber alle durch den Einfall in das Reich gebrochen und mit Füßen getreten worden sind, so sehen wir nicht, wie mit diesen Unterhandlungen im geringsten weiter fortzukommen sein soll.“¹

Überzeugt, „daß auf keine Vereinbarungen mit Frankreich mehr zu bauen ist, sondern daß dieselben hintangeseht werden, sobald es die Konvenienz zu erfordern scheint“, sandte der Kurfürst von Brandenburg seine Minister Schmettau und Fuchs an den sächsischen Hof bezw. zu den braunschweigischen Fürsten, dem Landgrafen von Hessen-Cassel und nach dem Haag, um mit diesen Staaten gemeinsame Maßregeln zum Schutze der deutschen Westgrenze zu treffen; zugleich wurde Fuchs beauftragt, den Bischof von Münster zu bitten, er möge sofort wenigstens 1500 Mann in die Stadt Köln werfen und mit Aufgebot aller Kräfte zur Rettung des bedrängten Vaterlands beitragen.² Daß Kurfürst Friedrich mit klarem Blicke die Erfordernisse der Lage erkannte, beweist folgender Auftrag an Fuchs: Falls das Unternehmen Oraniens Erfolg hat, ist im Haag dahin zu wirken, daß England sofort den Krieg an Frankreich erklärt; dadurch würde dem König Jakob die einzige Hilfe, die er zu erwarten hat, nämlich die vonseiten Ludwigs XIV., abgeschnitten werden, während Oranien die Macht gewinnen würde, den Hochmut Frankreichs zu dämpfen und die Existenz der Generalstaaten sowie die allgemeine Ruhe der Christenheit gegenüber dem Friedensstörer zu sichern; nicht nur sämtliche evangelischen Stände, sondern auch die vornehmsten Katholiken, der Kaiser, Spanien und selbst der Papst würden dann Oranien als ihren Retter betrachten.³ Die welfischen Herzöge erklärten sich ohne Zögern bereit, ihre Streitkräfte mit denjenigen Brandenburgs zum Schutze des Niederrheins zu ver-

¹ Reskripte an Spanheim v. 28. Sept./8. Okt. und 21/31. Okt. Berlin Rep. XI. Frankreich Konv. 26 A; vgl. Meinede 215.

² Instruktion für Schmettau v. 28. Sept./8. Okt. Berlin Rep. 41. 2b 1. fasc. 2 „Acta betr. die Verhandlungen mit Kurfürsten, auch Magdeburger Konzert“; Instruktion für Fuchs vom gleichen Tage, Berlin Rep. XI. 140 a. Konv. 10. fasc. 9 „Acta betr. die sekrete Sendung des Geheimen Rats von Fuchs an die braunschweig-lüneburgischen Höfe und nach Holland“.

³ Instruktion für Fuchs v. 28. Sept./8. Okt. Berlin a. a. O.

einigen und die Einzelheiten bei einer persönlichen Konferenz der Souveräne in Magdeburg zu regeln.¹

Vor der Weiterreise nach Holland erfuhr Fuchs in Cassel aus dem Munde des von Wien zurückkehrenden hessischen Gesandten am kaiserlichen Hofe frohe Botschaft: Wie Leibniz und andere deutsche Protestanten, wie die Generalstaaten in ihrer Erklärung an Avarn vom 9. September² den Papst gegen die Angriffe des „Allerchristlichsten Königs“ in Schutz nahmen, so brachte andererseits Leopold I. im Drange der Not die konfessionellen Bedenken der Wiener Geistlichkeit zum Schweigen und ließ die Vorverhandlungen eröffnen, die in der Folge zu der Allianz mit Oranien führten; zu diesem wichtigen Schritte bestimmte den Kaiser ganz besonders ein päpstliches Schreiben, — in welchem das Verhalten des Stuart als eines „von Eifer für die katholische Konfession weit entfernten Werkzeugs der französischen Gewaltpolitik“ scharf mißbilligt wurde —, sowie das von dem einflußreichen spanischen Gesandten Burgomanero geltend gemachte Argument, der Kaiser habe von Jakob II. nichts Gutes, von dem englischen Parlament dagegen jeden Beistand zu erwarten.³

Dem an den sächsischen Hof gesandten Brandenburger Schmettau, der von dem Prinzen von Anhalt aufs beste unterstützt wurde, gelang es trotz der Bedenken des Direktors des sächsischen Geheimen Rates, Nikolaus von Gerstorf, und des Marschalls Haugwitz, den Kurfürsten Johann Georg III. zur offenen Stellungnahme gegen Frankreich zu bewegen. Als man auf sächsischer Seite erklärte, die Gefahr sei am Ober- und Mittelrhein größer als im Gebiete von Cöln, erwiderte Anhalt: „Das Erzstift Cöln ist der Vorwand Frankreichs zum Kriege

¹ In Hannover wurde als Ort der Zusammenkunft Magdeburg bestimmt. Bericht Fuchs' v. 4./14. Sept. Berlin ebda.

² Hier heißt es u. a.: „Si le fils aîné du Pape lève le Talon (zur Erklärung des Wortspiels diene die Bemerkung, daß der französische General-Prokurator Talon im Auftrag seines Königs die Berufung an ein allgemeines Konzil einlegte) contre lui, le reste de la famille lui sera fidèle et ne permettra pas, que le Roy usurpe les droits de l'Eglise et fasse la fonction de Roy et de Pontife tout à la fois, il faut qu'il quitte l'une ou l'autre.“ Druck bl. 320 25.

³ Bericht Fuchs' vom 4./14. Okt., Berlin Rep. XI. 140a. Konv. 10. fasc. 9. Am 17. Dezember schrieb der Kaiser an Oranien: „Die Christenheit leidet jetzt nicht wegen der Religion, sondern wegen der Ambition; Frankreich läßt das, was es früher gegen die Andersgläubigen ins Werk gesetzt hat, jetzt gegen den Papst, gegen mich und das ganze römische Reich ohne Unterschied des Glaubens vornehmen.“ Düsseldorf Kurcöln, Geistliches Archiv, Domkapitel 1688 Alt Nr. 454. Während noch im Jahre 1667 die Spanier nach einer Äußerung Jean de Witts „lieber von den Katholiken vergewaltigt als von den Protestanten gerettet werden wollten“, ließ im Herbst 1688 der spanische Gesandte im Haag für das Gelingen der Expedition Oraniens Messen lesen. Preuß. Einl. 120.

und sozusagen die Braut, um die man tanzt; Frankreich hat in diesem Gebiete viele Truppen und außerdem verfügt es über die Mannschaften Fürstenbergs; ist der Niederrhein nicht genügend gedeckt, so wird dem Reiche die Verbindung mit den Generalstaaten abgeschnitten, da das holländische Lager auf der Woosler Heide¹ ausschließlich die Niederlande zu schützen hat und von Cöln zu weit entfernt ist“.² Im Magdeburger Kongert vom 22. Oktober, der „ersten praktischen reichsständischen Vereinigung zur Aufnahme des Kampfes gegen Frankreich“³ übernahm denn auch der Kurfürst von Brandenburg, abgesehen von der sofortigen Stellung von 1500 Mann die Verpflichtung, seine bereits an den Niederrhein gesandten Streitkräfte zu verstärken, obwohl eine beträchtliche Anzahl seiner Truppen im Norden festgehalten war mit Rücksicht auf die bedrohliche Spannung, die infolge der Holstein-Gottorpschen Angelegenheit zwischen Schweden und Dänemark bestand.

Dem jungen Erzbischof von Cöln suchte Kurfürst Friedrich sein neugewonnenes Territorium dadurch zu sichern, daß er einen Teil seiner Mannschaften nach Westfalen verlegte, die dortigen Landstände aufforderte, dem Wittelsbacher beizustehen und den Landdrost Busch mit Rarg über gemeinsame Maßregeln zum Schutze der Interessen des Gewählten beraten ließ.⁴

Die Münchener Regierung, die bis zum 18. November, dem Tage der Ankunft der bayerischen Truppen in Schärding, militärisch machtlos war, erkannte denn auch die Wichtigkeit des brandenburgischen Eingreifens dankbar an und gab dem Wunsche Ausdruck, andere deutsche Fürsten möchten diesem Beispiele folgen und auf eine „ehelaldigste Zusammensetzung“ bedacht sein.⁵

Überzeugt von dem Rechte Joseph Clemens' beeilte sich Kurfürst Friedrich auf die Kunde von dessen Bestätigung hin, in herzlichen Worten seiner Freude Ausdruck zu geben und ihm jeden möglichen Beistand zu versprechen, wiederholte seinen Glückwunsch, als der Prinz ihm die Konfirmation seiner Wahl offiziell mitteilte und beauftragte den sächsischen Reichstagsgesandten, Freiherrn von Friesen, der seit der Abberufung Schmettaus die brandenburgische Stimme im Kurkolleg vertrat, Joseph Clemens als rechtmäßig gewählten Erzbischof anzuerkennen;⁶

¹ Südlich von Nymwegen an der Maas.

² Bericht Anhalts und Schmettaus vom 2./12. Oktober. Berlin Rep. 41. 2b. 1. fasc. 2.

³ Erdmannsdörffer S. 10. Die Bestimmungen des Magdeburger Kongerts s. Mörner 505—7; 772—75.

⁴ Reskript an Busch v. 13/23. Oktober. Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b vol. II.

⁵ Reskript an Neuhaus v. 26. Oktober Schm. 183/3.

⁶ Friedrich III. an Joseph Clemens 6./16. und 13/23. Okt., an Friesen 13./23. Okt. Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6b, vol. II.

gleichzeitig befahl er jedoch dem sächsischen Bevollmächtigten, sich hinsichtlich der Altersdispens des Herzogs nach der Instruktion zu richten, die ihm sein Gebieter erteilen werde, denn in diesem, die kurfürstlichen Vorrechte betreffenden Punkte müßten Brandenburg und Sachsen zusammengehen. Die letztere Weisung des Kurfürsten von Brandenburg bedeutete für Joseph Klemens einen peinlichen Aufschub seines Eintritts in das Kurkolleg, denn Johann Georg III. war der Ansicht, der Kaiser sollte mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Goldenen Bulle wegen der Altersdispens eine formelle Rundgebung an das Kurkolleg richten und dessen feierliches Gutachten einholen; solange dies nicht geschehen sei, habe Friesen den bayerischen Gesandten mit allgemeinen Redensarten zu vertrösten.¹ Neuhaus mußte noch am 18. Oktober die Frage, ob er eine positive Vollmacht als Reichstagsgesandter Joseph Klemens' habe, verneinen, — erst am 25. Oktober erhielt er eine solche —, während der kaiserliche Prinzipalkommissar lediglich mit der Generalinstruktion versehen war, Joseph Klemens „auf alle Weise zur Einnahme seines Kurfürstigen behilflich zu sein“, und die Bevollmächtigten von Pfalz, Mainz und Trier nur den Befehl hatten, auf eine günstige Erklärung der übrigen Gesandten hin dem Eintritt des Prinzen in das Kurkolleg keine Schwierigkeiten zu bereiten. Obwohl der Prinzipalkommissar und Neuhaus dem sächsischen Vertreter vorstellten, der Kaiser werde zweifellos die Altersdispens baldigst erteilen und gleichzeitig die einzelnen Kurfürsten um ihren Beitritt hiezu ersuchen, obwohl beide Gesandten dringend baten, in dem Augenblick, wo der Feind drohend an die Pforte des Reiches pochte, nicht noch im Innern Zwist zu schaffen, zeigte sich der deutsche Reichstag auch hier als die Stätte, wo die großen Fragen hinter den kleinlichen Formen zurücktreten mußten, denn der Dresdener Hof beharrte auf dem Standpunkte, eine Ausnahme von der Goldenen Bulle könne nur durch einmütigen, förmlichen Beschluß des Kurkollegs geschaffen werden, im übrigen schade der Zeitverlust dem Herzog nicht, da er ja in der Zwischenzeit dem erforderlichen Alterstermine immer näher rüde.² Friedrich III. schloß sich durchaus der Ansicht Johann Georgs an und betonte, daß die Bestimmung der Goldenen Bulle, die als Altersminimum für die Kurfürsten das vollendete 18. Lebensjahr festsetzte, nicht nur für die weltlichen, sondern auch für die geistlichen Glieder des Kollegs zu gelten habe, und zwar für die letzteren umsomehr, als sie ja nach dem kanonischen Rechte zur Erlangung der erzbischöflichen Würde fast das doppelte Alter benötigten als die Laien zur

¹ Reskript an Friesen 3. 13. Oktober. Dresden loc. 8930.

² Berichte Friesens vom 8. 18., 11., 21. und 15. 25. Oktober, Reskript an denselben vom 19. 29. Oktober. Dresden ebda.

Aufnahme in das Kurkolleg; auch dürfe man daraus, daß der Papst eine Altersdispens erteilt habe, noch nicht folgern, daß diese auf das kurfürstliche, vom Reichsoberhaupt zu Lehen rührende Amt auszudehnen sei.¹ Weil das von den beiden evangelischen Herrschern gewünschte kaiserliche Schreiben ausblieb, hielt Friesen den Prinzipalkommissar und Neuhaus den ganzen Monat November über hin, obwohl ihm der bayerische Gesandte vorstellte, Friedrich III. habe sich bereits endgültig festgelegt durch seine Erklärung an Max Emanuel, „es sei ihm nichts lieber, als wenn die Kölner Frage im Interesse der allgemeinen Sicherheit sobald als möglich zu dem von Joseph Klemens gewünschten Ende gebracht werde“.² Keinen besseren Erfolg hatte Max Emanuel selbst, als er sich schriftlich an die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen mit der Bitte wandte, seinen Bruder möglichst bald in das Kurkolleg aufzunehmen.

Es erscheint als Inkonzsequenz, daß Friedrich III., der durch sein Eintreten für das bedrohte Reichsgebiet und für den Kölner Erzbischof sein eigenes Land der Rache Frankreichs aussetzte, gleichzeitig aus formalen Bedenken der Aufnahme des nämlichen Erzbischofs in das Kurkolleg Schwierigkeiten entgegensetzte. Wir müssen uns daher fragen: Waren für dieses Verhalten nicht tieferliegende Gründe maßgebend?

Als das Hauptmotiv hiefür kommt das konfessionelle in Betracht. In den protestantischen Kreisen trat nämlich das Gerücht auf, der Kaiser beabsichtige im Interesse seiner Hausmacht, den Krieg gegen die Türken bis zu deren endgültiger Niederwerfung fortzusetzen, sich mit Frankreich zu verständigen und dieser Macht freie Hand zu lassen zum Kampfe gegen die Regier in Britannien und Deutschland. Mußte da nicht vor dem Auge Friedrichs III. mahnend der Geist seines Vaters auftauchen, an die unseligen Tage erinnernd, da der Held in Verbitterung über den Dank vom Hause Österreich das Schwert in die Scheide stecken mußte, betrogen um die Frucht einer lückenlosen Reihe ruhmvoller Siege?³

¹ Nachschrift zum Restrikt an Friesen vom 24. Okt./3. November. Berlin Rep. XI. 59. Kurcöln 6 b vol. II.

² Friedrich III. an Max Emanuel 13./23. Oktober. Berlin ebda.

³ Daß Erwägungen solcher Art „auch für den zum Kampfe mit Frankreich entschlossenen Kurfürsten ein völlig zureichender Grund sein konnten, die Abberufung Spanheims und den offenen Bruch mit Frankreich nicht zu übereilen“ bemerkt mit Recht Meinede a. a. O. S. 221. Die Beurteilung der brandenburgischen Politik im letzten Viertel des Jahres 1688 darf nicht übersehen, daß die Verantwortung für die Sicherheit seiner von Polen bedrohten preußischen sowie der niederrheinischen Lande, welche seit der Verbreitung französischer Brandbriefe im Gebiete von Cleve den Greueln der Verwüstung geweiht schienen, schwer auf der Seele Friedrichs III. lastete; Meinede 225/26. Ohne auf die

Mit einem weiteren Bedenken der Evangelischen hatte es folgende Bewandtnis: Als die Formel des Eides, den Joseph Clemens dem Delegaten des Papstes leistete, bekannt wurde, erklärten Brandenburg und Sachsen, die Worte: „Haereticos, schismaticos et rebelles eidem Domino Nostro (scil. Papae) vel successoribus praedictis persequar et impugnabo“ seien bisher bei derartigen Zeremonien nicht üblich gewesen und bedeuteten einen Bruch des westfälischen Friedens. Neuhaus wies demgegenüber zunächst darauf hin, daß Joseph Clemens bei der Ablegung des Eides vor dem Worte „persequar“ den Vorbehalt „pro posse“ eingeschaltet und dadurch zum Ausdruck gebracht habe, daß ein deutscher geistlicher Fürst in der Betätigung seines Glaubenseifers durch den westfälischen Frieden beschränkt sei. Die beiden protestantischen Kurfürsten beruhigten sich auf die Erklärung des Münchener Geheimen Rates hin, die beanstandete Eidesformel sei vor Jahrhunderten eingeführt worden, als man noch an keine Glaubensspaltung dachte und habe auch niemals einen Widerspruch der evangelischen Staaten hervorgerufen, jedenfalls aber sei Joseph Clemens fest entschlossen, mit seinen protestantischen Mitständen „in guter Nachbarschaft und vertrautem Verständniß zu leben“.¹

Andererseits beunruhigte die vorläufige Geheimhaltung der Bestimmungen des Magdeburger Bündnisses. Der Kurfürst von Brandenburg ließ zwar sofort nach dem Abschluß dieses Vertrages in einer Zirkularnote an seine Gesandten bei den namhaftesten europäischen Höfen erklären, Zweck der Konferenz sei lediglich der Schutz der bedrängten Reichsstände,² Ludwig XIV. aber suchte den Zusammenschluß aller durch seine Übergriffe bedrohten Mächte in letzter Stunde dadurch zu verhüten, daß er die konfessionellen Gegensätze als Zankapfel zwischen sie warf. Wie Mébénac in Madrid zunächst Neutralität, dann aber eine Allianz gegen Oranien und die auf dessen Seite stehenden deutschen Protestanten zu erwirken suchte, so bemühten sich die französischen Gesandten an den

Polemik zwischen Meinede und Prug (Brandenburg und Frankreich 1688, Distor. Taschenbuch VI. Folge, 4. Jahrgang, 1885, S. 249 ff.) einzugehen, sei nur darauf verwiesen, daß auch Philipp Wilhelm einerseits im Sinne seines kaiserlichen Schwiegersohnes durchwegs eine entschiedene Frontstellung gegen Frankreich einnahm, andererseits aber als Landesvater sich bemühte, durch immer neue Anbahnung von Verhandlungen in der Orleans'schen Erbschaftssache das von Westen her drohende Gewitter von seinen Untertanen abzuwenden. Welcher deutsche Fürst jener Tage hätte mit ruhigem Gewissen das Verhalten eines Herrschers verurteilen können, der das Erbe seines Vaters zu schützen suchte vor einer Gefahr, die er gerade durch sein opferwilliges Eintreten für andere Reichsstände heraufbeschworen hatte?

¹ Bericht Neuhaus' vom 25. November, Reskript an denselben vom 30. Nov. Schm. 183/3.

² Note vom 13./23. Oktober. Berlin Rep. XI. 2b. 1. fasc. 2.

deutschen katholischen Höfen, die Ansicht zu verbreiten, die Verhandlungen in Magdeburg seien nur deshalb so geheim geführt worden, weil sie für das Reich eine Erneuerung der Unions- und Säkularisationspolitik, für Europa die im Verein mit den Seemächten durchzuführende Unterdrückung des Katholizismus zum Ziele hätten. Unter dem Banne dieser Einflüsterungen schlug der mainzische Reichstagsgesandte dem bayerischen vor, die katholischen Staaten möchten sich wieder zu einer Liga vereinigen, fand aber ebensowenig wie Villars mit ähnlichen Anträgen bei Max Emanuel Gehör, die bayerische Regierung bezeichnete vielmehr Neuhaus gegenüber als das Haupterfordernis der gegenwärtigen Lage die vollständige Einigkeit Deutschlands.¹

Der Gedanke, daß angesichts der gemeinsamen Gefahr alle trennenden Gesichtspunkte in den Hintergrund treten müßten, war auch das Motiv des Eingreifens des Kaisers. Leopold I. wurde von Stratmann überzeugt, daß eine Verschwörung der Protestanten nicht existierte und bewies rechtzeitig, daß er entschlossen war, des Reiches Ehre zu wahren. Das kaiserliche Dekret vom 1. November ersuchte unter Protest gegen die Gewalttaten Ludwigs XIV. den Reichstag um ein Gutachten darüber, wie den bedrängten Ständen so schnell als möglich geholfen und weiteren Verwüstungen vorgebeugt werden könne; am 12. November erging von Wien aus auf das Drängen Philipp Wilhelms hin ein zweites Edikt, welches unter Hinweis auf das bedrohliche Vordringen der Franzosen in Süddeutschland die Aufforderung enthielt, den Reichskrieg an Ludwig XIV. zu erklären, und zwei Tage später gelangte in Regensburg eine kaiserliche Denkschrift zum Vortrage, welche sich entschieden gegen das Gerücht wandte, in der Hofburg denke man nicht ernstlich an einen Bruch mit Frankreich und in Aussicht stellte, das Reichsoberhaupt werde ein Korps von 30 000 Mann am Rheine aufstellen, ohne Rücksicht darauf, ob der Friede mit den Türken zustande komme oder nicht.² Ein geschickter Schachzug der österreichischen Politik war das am 5. November an den protestantischen König von Schweden gerichtete Ersuchen, er möge seinen Truppen diesmal die Winterquartiere möglichst nahe der deutschen Grenze anweisen, bei dem Versailler Kabinett Ersatz des auf dem deutschen Gebiete angerichteten Schadens sowie Abberufung der französischen Heere vom Reichsboden anregen, und, falls diese Bemühungen keinen Erfolg haben sollten, für den Reichskrieg gegen Frankreich stimmen.³

¹ Reskript vom 7. Dezember schw. 183/3.

² Bericht des Augsburger Reichstagsgesandten Saur vom 14. November. Reichsarchiv, Reichstags-Altien Augsb. Serie Bb. 50.

³ Sondorp XIV 202/3. Karl XI. von Schweden hatte jedoch schon selbst Vorfrage getroffen: Gerabe am 5. November eröffnete sein Ge-

Andererseits schwand das Mißtrauen der Katholiken, als Brandenburg, Sachsen und Schweden auf dem Reichstage offiziell die Haltlosigkeit der von Frankreich verbreiteten Gerüchte, deren Zweck leicht zu durchschauen sei, darlegten, und die beiden erstgenannten Herrscher zum Beweise, daß die Magdeburger Allianz keine Sonderinteressen verfolge, die katholischen Mitstände zum Eintritt in dieselbe einluden; gleichzeitig wies die Kriegserklärung Ludwigs XIV. an die Generalstaaten beiden Religionsparteien die Richtung, wo der gemeinsame Feind stand.¹

Den endgültigen Umschwung der brandenburgischen Politik zugunsten des bayerischen Prinzen führte Karg herbei, dessen aufrichtige Überzeugung von der Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der beiden Konfessionen über jeden Zweifel

standter in Regensburg der kaiserlichen Kommission, er habe den Auftrag, wenn der Kaiser nicht die Initiative ergreifen sollte, dem Reichstage vorzustellen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte, da das Unternehmen Oraniens einen Teil der französischen Kriegsmacht von der Nord- und Ostgrenze abziehen müsse, die beste Gelegenheit geboten sei, Ludwig XIV. die durch den Regensburger Stillstand erworbenen deutschen Gebiete und vielleicht auch einen Teil seiner übrigen Eroberungen in den spanischen Niederlanden und in Lothringen abzunehmen. Die geschädigten Reichsstände, zu denen ja der König von Schweden als Landesherr von Zweibrücken selbst gehörte, sollten ihre Beschwerden gegen Frankreich am Reichstage vortragen; die deutschen Fürsten müßten den Versuch des Feindes, Mißtrauen zwischen ihnen zu säen, zunichte machen und mit vereinten Kräften dem allgemeinen Widersacher begegnen; jedenfalls sei Schweden bereit, zur Verteidigung des Reiches kräftigst mitzumirken. Am 21. November versprach Karl XI., dem kaiserlichen Ersuchen vom 5. Nov. stattzugeben; bl. 320/25, Hondorp XIV 203—5.

¹ Hondorp XIV 347—52. Reskript Friedrichs III. an Friesen vom 10./20. Nov. schw. 1833. Ebenso wie König Jakob II. sein Bündnis mit Frankreich verheimlichte, unterließ Ludwig XIV., die Unterstützung der Expedition Oraniens als Motiv seines Angriffes auf die Generalstaaten anzugeben, bezeichnete vielmehr als Anlaß des Krieges die Tatsache, daß die Holländer die Warnungen des Grafen Avaux vor dem Eingreifen gegen Fürstenberg in den Wind geschlagen, umfassende Rüstungen begonnen und ihre Streitkräfte mit den Truppen derjenigen Fürsten vereinigt hätten, welche den Kardinal an der Besignahme des Erztums hindern wollten. Wie leicht sich die Franzosen den Kampf vorstellten, der in der Schlacht von La Hogue ihrer Flotte die Herrschaft über die Bogen für immer entreißen sollte, beweisen folgende Zeilen eines in den Tagen der Kriegserklärung in Paris erschienenen Gedichtes:

Ni digues ni remparts ne couvriront vos testes,
 Vos chefs et vos soldates trembleront sous mes coups,
 Le Rhin repentira du bruit de mes conquestes
 Et vous demanderez la paix à deux genoux

bl. 320/27. Die in der Daager (gl. Bibliothek befindlichen Flugschriften aus dem Jahre 1668 sind zusammengestellt bei Knüttel, Catalogus van de Pamfletten-Verzameling berustende in de koninklijke Bibliothek 1668—88 (s'Gravenhage 1895) S. 406 ff. Zwei holländische Traktate, die auf die Kölner Frage besonders Bezug nehmen, sind aufgeführt im Oertius II.

erhaben war,¹ und der die nationale Begeisterung des Kurfürsten Friedrich geschickt zu benützen verstand, um ihn durch scharfe Betonung der gemeinsamen Gegnerschaft wider Frankreich zum Eintreten für die Interessen des bayerischen Hauses zu gewinnen. Rarg beobachtete auf dem Cölner Boden manche Anzeichen, die dafür sprachen, daß es in dem Gebälk der Herrschaft Fürstenbergs bedenklich knisterte: Unter den von den Franzosen ausgefogenen Bauern herrschte verzweifelte Erbitterung gegen die Bedränger, und zahlreiche Landebelleute boten dem bayerischen Gesandten ihre Dienste gegen Ludwig XIV. an; der Klerus von Cöln ließ sich die Einquartierung der Kreistruppen, die doch zum großen Teile aus Protestanten bestanden, nicht nur ohne Widerrede gefallen, sondern erbot sich sogar, zum Schutze der Stadt einen namhaften Beitrag zu leisten; die Mehrzahl der kurbölnischen Hofräte verließ die Residenz Bonn, so daß die Verwaltung des Kardinals stockte, sein Generalkriegskommissar desertierte nach Cöln, und selbst einige seiner Wähler, wie Salm und Quentel, schienen geneigt, ihren Frieden mit Joseph Clemens zu machen. Da beschloß der Landgraf, zur Aufrechterhaltung seiner Autorität wieder zu einem Gewaltmittel zu greifen und das Bombardement auf die Stadt Cöln zu eröffnen. Obwohl Fürstenberg dem Gesandten Rarg im Falle seiner Gefangennahme unerbittliche Rache für alle gegen den Dean und die Kapitelsmehrheit unternommenen Schritte androhte, war Rarg nicht zu bewegen, sein Leben in Sicherheit zu bringen, sondern harrete neben dem General Bed, der sich mit Erfolg bemühte, die wehrfähige Bürgerschaft im Gebrauche der Waffen zu schulen, in der gefährdeten Stadt aus und feuerte durch sein Beispiel den Mut der Einwohner an. Zwar Laie in der Kriegskunst, machte er beachtenswerte Vorschläge zur Verteidigung des Platzes, widersprach entschieden dem Gerücht, Mag Emanuel wolle zwischen dem Kaiser und Frankreich vermitteln und verwarf den Antrag des Landgrafen, man möge auf deutscher Seite die Stadt für neutral erklären, wogegen er die Beschießung Cölns unterlassen wolle. Fürstenberg gab indes den Plan des Bombardements auf, als General Waldeck, den Bitten Rargs willfahrend, am 15. November die Cölner Garnison um weitere 1500 Mann verstärken ließ. Nunmehr suchte der Cardinal auf friedlichem Wege seinen Einfluß zu behaupten. Die Vertreter der westfälischen Stände sollten, scheinbar im eigenen Namen, Rarg bitten, bei Bayern und Brandenburg für den kurbölnischen Teil von Westfalen die Neutralität zu erwirken, Rarg aber merkte sofort, wer diese Gesandtschaft veranlaßt hatte und erteilte ihr den Bescheid, er

¹ Rarg war in diesem Sinne auch schriftstellerisch tätig, s. Roth a. a. O. S. 11 u. 12.

könne sich vor einer Konferenz mit Waldeck und vor der Abberufung der französischen Truppen aus dem Erzstifte, dessen rechtmäßiger Gebieter keine fremden Streitkräfte in seinem Lande dulden könne, nicht in Verhandlungen einlassen, es sei überhaupt widersinnig, von einer Neutralität eines Theiles des Kurstaates zu sprechen, da das ganze Territorium ausschließlich dem Scepter des vom Papste und Kaiser anerkannten Erzbischofs unterstehe, endlich sei Fürstenberg nicht befugt, irgendwelche Verwaltungsmaßnahmen im Erzstifte anzuregen. Ein zu Bonn entworfenes Projekt der Neutralität zwischen dem Kurstaate und der Stadt Cöln wurde gleichfalls von Karg abgelehnt, da die Neutralität nur eine Art der Trennung eines Gliedes vom Körper und von einem Traktat mit Frankreich, das bisher alle Verträge gebrochen habe, nichts zu erwarten sei.

Am 28. November hatte Karg in Duisburg eine Konferenz mit Waldeck, der sich mit dem Verhalten des bayerischen Gesandten ebenso einverstanden erklärte wie die Münchener Regierung, die ihm mittheilte, angesichts des bevorstehenden Reichskrieges und mit Rücksicht auf die Unzuverlässigkeit Fürstenbergs könne von der Annahme der Neutralität keine Rede sein.¹

Bei der Zusammenkunft vom 28. November wurde auch ein spezieller Beschwerdepunkt Brandenburgs gegen Bayern aus der Welt geschafft. Die Münchener Regierung hatte nämlich Friedrich III. dadurch gereizt, daß sie nicht einging auf sein Anerbieten, in die westfälischen Festen Redlinghausen und Dorsten, deren Besitz wegen der Verbindung mit seinem rheinischen Gebiete für ihn wichtig war, eine brandenburgische Garnison zu legen, vielmehr den Bischof von Münster ersuchte, seine Mannschaften in diese Plätze einzurücken zu lassen. Der Bischof, der sein Kreiskontingent zum Schutze der Stadt Cöln noch immer zurückhielt, gewährte überraschend schnell die Bitte des Münchener Kabinetts und schlug sogar, — ein Ausfluß des konfessionellen Mißtrauens —, vor, Max Emanuel möge beim Kaiser anregen, daß Westfalen in Zukunft von Einquartierungen der Magdeburger Verbündeten verschont bleibe. Der bayerische Geheime Rat ließ auf die Beschwerde Friedrichs III. hin in Regensburg erklären, man habe von dem Eingreifen des Bischofs zu spät Kenntnis erhalten, als daß man es hätte hindern können,² während Karg das Ersuchen an den Bischof zu rechtfertigen suchte mit dem Hinweis darauf, daß die beiden Festungen dem Gebiete von Münster am nächsten gelegen seien.

¹ Berichte Kargs vom 4., 11. und 17. November und 6. Dezember, Reskript an ihn vom 27. November (Schw. 45 20).

² In Wahrheit bezeichnet sich das Schreiben des Bischofs an Joseph Klemens vom 2. November (Schw. 45 20) ausdrücklich als Antwort auf das von bayerischer Seite gestellte Verlangen.

Am 16./26. November waren die Bedenken des Kurfürsten von Brandenburg soweit beschwichtigt, daß er seinem Reichstagsgesandten befahl, mit Rücksicht auf den Kaiser und das Haus Bayern der Zulassung des Prinzen Joseph Clemens in das Kurkolleg trotz des Fortbestehens der formalen Schwierigkeiten keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen, vielmehr seine Absicht nach Kräften zu fördern. Diesem Auftrage war der Wunsch beigefügt, den Gewählten baldigst im unangefochtenen Besitze seines Erzstifts und sein Land von den jetzt darin stehenden „sehr verdächtigen Nachbarn“ befreit zu sehen, sowie mit Max Emanuel „in ein gewisses Konzert zu treten“.¹ Mit dieser Schwenkung Friedrichs III. war gegeben, daß auch der sächsische Gesandte in Regensburg für die Admision des Herzogs eintrat.

Am 11. Dezember fand die entscheidende Sitzung der kurfürstlichen Bevollmächtigten statt. Das Ergebnis der Stimmabgabe war die einmütige Aufnahme des bayerischen Prinzen in das Kurkolleg. Auf Wunsch der beiden evangelischen Gesandten wurde in das Protokoll die Klausel aufgenommen, daß, „was man diesfalls wegen des Alters aus bewegenden erheblichen Ursachen und considerationen jetzt nachgesehen, künftighin in keine consequenz noch ad exemplum gezogen oder zum Präjudiz des Kurkollegs gereichen, auch sonst der Goldenen Bulle und anderen Reichsfundamental-Gesetzen unabbrüchig und unnachteilig sein solle.“ Da Neuhaus die so unliebsam verzögerte Angelegenheit jetzt wenigstens in einer Tagung erledigt sehen wollte, ließ er sofort nach der Abstimmung trotz des Widerspruchs des mainzischen Vertreters, jedoch unter dem Beistande der übrigen Gesandten, seine Legitimation als Bevollmächtigter des neuen Kurfürsten verlesen und nahm den Sitz auf dem Reichstage ein.²

Die zuständigen rechtlichen Faktoren hatten ihre Entscheidungen in der Kölner Frage getroffen; diese Urteile zu vollstrecken, oblag der deutschen Heeresleitung. Am 15. Februar 1689 erklärte das Reich an Ludwig XIV. den Krieg, dessen Zweck und Ergebnis das Scheitern der französischen Weltherrschaftspläne war. Die Einsetzung Fürstenbergs als Erzbischof von Köln sollte Frankreich auf seinem Siegeszuge die Brücke über den Rhein schlagen, — die Tragik in der Geschichte hat es gefügt, daß Ludwig XIV. gerade durch die verblendete Rücksichtslosigkeit, mit der er an diesem Ziele festhielt,

¹ Der Kurfürst von Brandenburg plante auch eine persönliche Besprechung mit Max Emanuel über gemeinschaftliche Maßregeln zur Vertreibung der Franzosen aus dem Erzstift, diese Konferenz kam aber in der bewegten Zeit vor dem Ausbruch des Krieges nicht zustande. Bericht Stoibers aus Wien vom 26. Dezember schw. 45/20.

² Protokoll vom 11. Dezember schw. 183/3.

die Brücke geschlagen hat, die hinüberführt in das Zeitalter der Großen Allianz, in das Zeitalter des Niedergangs der Sonne von Versailles.

Exkurs I (zu S. 268, Anm. 3).

Auf die Kölner Frage nehmen Bezug folgende in München befindliche Flugschriften:

1. „Josuae Florini de Incruento periculoso tamen Candidatorum Bigae, Dominorum Clementis Bavari, et Cardinalis Fürstenbergi ad Archiepiscopatum Coloniensem evehendae Duello ad Eucherium Genanum Epistola“ (Cosmopoli 1688): Stellt der rücksichtslosen Herrschsucht Fürstenbergs die Bescheidenheit und Sanftmut Joseph Klemens' gegenüber. (Staatsbibliothek Eur. in 4° 380/31.)

2. „Homo proponit, Deus disponit. Oder die mit einer langen Nase abgewiesenen Menschen-Anschläge, vorgestellt in einem Discurs über die sogar wider Menschliches Verhoffen abgeloffene Cöllnische Churfürsten-Wahl“ (gedruckt 1688): Intrepidus überzeugt seinen Partner, daß das einzige Recht, auf welches sich Fürstenberg stützt, das der französischen Waffen ist (Eur. 380/35).

3. „Jez vorgehende neue Staats- und Kriegssachen, durch welche die allerverborgnensten Dessen und Chagrins der vornehmsten Potentaten, Fürsten und Stände in und außerhalb Europa ans Licht gestellt werden durch ein in Grand de Chambre befindent Mit-Glied“ (Cöln bei Marteau 1688): Der Verfasser erklärt vom einseitig protestantischen Standpunkte aus, im Gegensatz zu der Mehrzahl seiner Glaubensgenossen, die Politik und das Privatleben Innozenz' XI. für nicht einwandfrei; als Zielscheibe seines Spottes wählt er außer dem Papste und den Kardinälen besonders den König Ludwig, „dessen Gewissen weiter ist als die Armel eines Franziskaners“, sowie Fürstenberg, „der im Dienste seines französischen Gebieters eine Ehrenstelle nach der anderen für sich erjagt und sich in Folge seiner Scheinheiligkeit zu den höchsten Ämtern eignet“ (Eur. 381/10).

4. „Algoranum occidentale“ (1688): Weist auf die Gefahr hin, welche der Stadt Cöln von Frankreich droht (Eur. 380/4).

5. „Drama dithyrambicum oder nachdenkliches Gespräch-Spiel der Potentaten in Europa“ (1688): Der in der lateinischen Literatur wohl belesene und mit Humor begabte Verfasser läßt bei Gelegenheit der Brautwerbung um das Erzstift Cöln alle Fürsten, welche in dieser Frage eine Rolle gespielt haben, auftreten. Daß von dem Ruhmesglanze Max Emanuels ein

starker Schimmer auf seinen Bruder fiel, wird hervorgehoben mit den Worten:

„Multa viri virtus animo multusque recurrit
Gentis honos credoque pie: Genus esse Deorum.“

(Eur. 380/22.)

6. „Esclaircissement du Mémoire des raisons“ (Basel 1688): Verfaßt von einem Deutschen, der persönlich unter der französischen Gewaltpolitik zu leiden hatte. Der in der Kirchengeschichte bewanderte Autor führt eine Reihe von Fällen an, in welchen frühere Päpste in jugendlichem Alter stehende Bewerber als Bischöfe bestätigt haben, zeigt in wirkungsvollen Antithesen, daß der angebliche Schutz des Erztums durch Frankreich tatsächlich eine Vergewaltigung desselben bedeutet und schließt mit den Worten: „Das ganze Reich ist erwacht über dem Gewitter, welches sich bei Philippsburg entladen hat. Frankreich sucht seine Ruhe in unserer Beunruhigung, suchen wir unsere Ruhe in der Dämpfung seines Übermuts!“ (bl. 320/27).

7. „Wahrhaftes Nacht-Gefichte zweyer sonderbaren am Himmel gestandenen Wetter“ (erschienen 8. Nov. 1688): Wendet sich gegen die französische Vorherrschaft auf allen Gebieten der Politik und Kultur und weissagt den naturnotwendigen baldigen Umschwung. (Eur. 380/43.)

8. „Germaniens Weh- und Dehmüthige Supplication an die Hochlöbliche Reichsversammlung und Dero Mächtige Häubter“: Ein schönes Denkmal aufrichtiger nationaler Gesinnung. Der Grundgedanke ist: Germania macht ihr Testament. Mit deutlichem Hinweis auf Max Heinrich und Fürstenberg führt sie die Fortschritte Frankreichs darauf zurück, daß die deutschen Fürsten großenteils von dem Glanze des Sonnenkönigs so geblendet sind, daß sie den Fliegen gleichen, die sich in der Flamme die Flügel versengen. Der letzte Wille der Testierenden ist, der Reichstag möge um keinen Preis einen übereilten Frieden schließen, denn er könnte es bei den Nachkommen und vor Gott nicht verantworten, wenn er ein einziges Glied des Reiches ohne Gegenwehr abtreten würde. Sie fleht: „Sollte nicht meine gebrochene Stimme aus der Tiefe, mein so jämmerlich zerrissener Leib und der gräßliche Anblick meiner offestehenden Wunden einen Stein bewegen, sich meiner mit der Tat zu erbarmen und auf Rache zu sinnen? Die Kraft des Feuers vergeht, wenn man etwas Wasser zuschüttet; es handelt sich jetzt nicht de religione, sondern de regione. Wenn wir jetzt nicht zusammenstehen, wird der Reichstag nicht mehr hochlöblich, sondern überhaupt nicht mehr sein; wenn wir dagegen die Waffen ergreifen, wird ein jeder nicht nur mir, die ich früher eine Königin geheißsen habe, jetzt hingegen eine arme

„Klavin bin und meinen großen Rhein in schwere Fesseln geschlagen finde, sondern auch sich und seinem Hause zum Segen handeln“ (bl. 320/25).

9. Das Gedicht: „Exulta Germania!“: Gleich dem Sultan hat Ludwig XIV. einen 20jährigen Waffenstillstand mit dem Kaiser gebrochen und wie der Großtürke den Magnaten Tölsölp, so hat der Erbfeind im Westen den Verräter Fürstenberg gegen das Reich unterstützt, aber schon ist der Tag angebrochen, und wie das Licht des Halbmondes vor den Strahlen der Sonne verbleicht, so wird der deutsche Aar mit gewaltigem Flügelschlag den gallischen Hahn vertreiben. Aus dem von freudiger Siegeszuversicht erfüllten Poem seien folgende Anagramme mitgeteilt:

„Venit enim tempus,
Quo
Nomen Leopoldus transit in omen:
Pello Duos,
Capitales scilicet Germaniae hostes:
Pulsum iam alterum vidimus,
Alterum brevi pellendum speramus“
und
„Nec omine caret
Ludovicus numero
Decimus Quartus
Interroganti enim
Quid es? Sum Turca
Nomen et omen refert“ (bl. 320/25).

Eglurs II (zu S. 277, Anm. 1).

Die in den Generalstaaten erschienenen Antworten auf die französische Kriegserklärung tragen übereinstimmend den Stempel des erbitterten Hasses gegen Fürstenberg:

1. Der Autor der Schrift: „Les injustes procédures de Louis XIV. pour les Etats Généraux des Provinces Unies et autres Princes de l'Europe“ (1688) versichert, daß die Generalstaaten als Protestanten von vornherein nicht die Absicht hatten, in die Kölner Frage einzugreifen, und daß sie als Republikaner ihren Wohlstand und ihr Glück im Handel und Frieden suchen; ihre Truppen haben sie an der Landesgrenze nur versammelt, um ein Bombardement auf die Stadt Köln, die sie als Barriere betrachten, zu verhindern. Sie wollen mit dem rechtmäßig gewählten und vom Papst bestätigten Erzbischof Joseph Klemens, dessen Charakter volle Gewähr bietet für ein gutes Einvernehmen, nicht nur vertraute Nachbarschaft unterhalten, sondern auch ein enges Bündnis mit ihm schließen.

während sie mit Fürstenberg nichts gemein haben wollen, da dieser sich mit Gewalt eine Würde anmaßt, die er nicht verdient wegen seines unerbaulichen Lebenswandels und seiner hochverrätherischen Gewaltpolitik; er hat sich mit Leib und Seele an Ludwig XIV. verkauft und, falls er in Cöln gewählt worden wäre, so hätte er Deutschland dem König von Frankreich tributpflichtig gemacht und ihm die Kaiserkrone aufs Haupt gesetzt. Wenn Ludwig XIV. erklärt hat, die Rechte des Kapitels und Fürstenbergs aufrecht erhalten zu wollen, so ist ihm zu erwidern, daß die Interessen des Kardinals und des Kapitels verschieden sind, denn letzteres muß dahin trachten, an dem in den entsprechenden Formen gewählten und rechtmäßig bestätigten Erzbischof festzuhalten. Jedenfalls werden die Generalstaaten dem Kaiser und den deutschen Fürsten helfen, daß der Kardinal wie ein Unglücksrabe aus dem Erzstift verjagt werde (Reichsarchiv, Reichstagsgegenstände, Ge- stell 12, No. 20).

2. Auch der Verfasser des Traktats: „Discours sur l'ordonance du Roy T. C. portant la declaration de guerre par mer et par terre contre les Hollandais“ (Nüttich bei Le Vray 1688) beteuert, daß die Generalstaaten in keiner Weise in die Cölner Frage eingegriffen haben, obwohl sie hiezu mindestens ebensoviel Anlaß besessen hätten wie Ludwig XIV., denn Fürstenberg, ihr erbitterter Feind, hat noch zu Lebzeiten Max Heinrichs durch die Aufnahme französischer Truppen in das Erzstift Verteidigungsmaßregeln der Republik notwendig gemacht. Der Kardinal kann infolge seiner engen Beziehungen zu Frankreich unter keinen Umständen Kurfürst des Deutschen Reiches sein; auf seine priesterlichen Eigenschaften wirft ein sehr eigentümliches Licht die Tatsache, daß er dem Bruder der Dauphine die Zuwendungen, die Max Heinrich diesem letztwillig bestimmt hat, entreißen will und sogar beabsichtigt, den Cölner Dom zu bombardieren und die in demselben verwahrten Reliquien der Heiligen drei Könige zu zerstören (Reichsarchiv a. a. O.).

Einige gleichzeitige Stimmen zur bayerischen Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818.¹

Von Dr. Rudolf Detsch.

Als am 27. Mai 1818 der Herold im weiß-blauen Wappenrode die Straßen der Hauptstadt durchritt, und die Blätter, auf denen die magna charta gedruckt stand, unter die Menge flatterten, da erfüllte heller Jubel München und bald darauf das ganze Land. Insbesondere die Zeitungen — wie wenige kamen in Betracht — erschöpften sich in Begeisterung. Es war aber auch berechtigt, wenn man dem Könige in den freudigsten Tönen dankte, und wir werden es noch begreiflicher finden, wenn wir erst bedenken, „wieviel die Verfassungsurkunde mit dem Maßstab jener Zeit gemessen, dem Volke gab“.² Bald aber regte sich die Kritik und fand, verständig oder unverständlich, manches zu tadeln. Dem einen entsprach das nicht, der andere begriff jenes nicht, und ein dritter tadelte alles, weil er bei der Verteilung nur einige Bögen erhascht hatte,

¹ Als Verfasser an die Durchsicht des hier gebotenen Materials ging, handelte es sich ihm zunächst nur darum, Einbild zu gewinnen in die Anschauungsweise jenes oberen Mittels der Bevölkerung, das stets als Träger der vernünftigen und zeitgemäßen öffentlichen Meinung zu gelten hat. Bald aber zeigte es sich, daß dessen Ansichten so auffallend weit von dem abwichen, was aus den Werken der Führenden abstrahiert gemeiniglich als Geist der Zeit gilt, daß eine gedrängte Übersicht zu veröffentlichen nicht ganz verloren schien. Außerdem enthalten jene Stimmen aber auch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, die 1818 schon den Weg ahnten, den die spätere Verfassungsentwicklung zu gehen hatte. Auch darum könnte diese Darstellung vielleicht auf einiges Interesse zählen. Sie beansprucht aber keineswegs, vollständig zu sein. Aus der Fülle der Flugschriften und Äußerungen wurden nur jene ausgewählt, die auf einen Grad von Wissenschaftlichkeit Anspruch erheben konnten oder Kuriosa waren. Rein politische Erörterungen sind ausgeschlossen. Auch wurde im allgemeinen — mit zwei Ausnahmen — nur die Zeit zwischen dem 27. Mai 1818 und der Eröffnung des ersten Landtages 1819, somit rein theoretische Erörterungen berücksichtigt. — Besonders danke ich für die Eröffnung der Akten des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Äußern, welche mir die m. W. noch nicht veröffentlichten Berichte der Gesandten über die Urteile fremder Höfe zugänglich machte.

² Max von Seydel, Allg. Zeitung vom 10. August 1883.

deren Zusammenhang er nicht faßte.¹ „Der leicht erregbare Feuerbach“ freilich — Vosuvius nennt er sich selbst in verschiedenen Briefen — „schrieb nur noch Dithyramben.“ „Es ist in vieler Beziehung jetzt eine große Freude, Bayern anzugehören; der Himmel ist heiter, die Lüfte wehen frisch, die Sümpfe sind bewegt und die Nachteulen fliehen in die Finsterniß. Kein Land ist wohl jetzt in Europa, England ausgenommen, wo freier gesprochen, öffentlicher gehandelt würde, als hier in Bayern. Man sollte nicht glauben, was ein Königswort wie unsere Verfassung in kurzer Zeit für Dinge tun kann. Erst mit dieser Verfassung hat sich unser König Ansbach, Bayreuth, Würzburg und Bamberg usw. erobert. Jetzt sollte man einmal kommen und uns zumuten, eine andere Farbe als blau und weiß (!) zu tragen!“² Ein anderer³ begrüßt „die Morgenröthe einer schönen Zukunft, die durch den Nebel der Theorie dringt.“ Ebenfalls in die Frühe des Tages versetzt sich ein bayerischer Landrichter,⁴ dem es vorkommt, „als ob hinter uns alles Nacht, vor uns alles Tag wäre. Und ist's nicht wirklich so“, fragt er, „seitdem ein König — wir dürfen sagen, was wir fühlen — ein König, wie es wenige gibt, das Wort gesprochen: Es werde Licht!“ „Der bessere Geist, der Geist der Vernunft, der gesetzmäßigen Freiheit, der Religion und der Menschlichkeit siegt immer mehr. Für Bayerns kräftiges Fortschreiten im Guten muß jeder Unbefangene große Achtung hegen.“⁵ „Die Bayern sind die Briten unter den Deutschen.“⁶ „Und nicht Ströme von Blut, schwere Leiden waren der Preis, um den das Volk seine Verfassung erwarb, es erhielt sie durch die Weisheit der Regierung, welche sichtbar die Geschichte der französischen und englischen Verfassung tief meditiert hatte, mitten im Frieden, ohne Sturm und Drang gewährt.“ „Glückliches Bayern, dessen Verfassungsgrundsätze so tief in der Erfahrung gegründet sind! Felix quem faciunt aliena pericula cautum!“⁷

¹ Haggi, Über die Standpunkte der bayerischen Verfassungsurkunde von 1818 in Beziehung fremder Konstitutionen 1819. S. 13.

² Feuerbach, Anselm, Biogr. Nachlaß hgg. von Ludwig Feuerbach. 1853. II S. 113.

³ Carl, Über einige der wichtigsten Vorteile und Vorzüge der neuen Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern. 1818. S. 19.

⁴ Was gibt den Bayern ihre neue Verfassungsurkunde? Was fordert sie von ihnen? Sendschreiben eines Landrichters an seine Amtsbefohlenen. 1818.

⁵ Carl a. a. O. V.

⁶ Briefe eines Baiern über die Verfassungsurkunde. 1818.

⁷ Rezensent in Aretins literarischen Monatsberichten für Geschäftsmänner. 1818. S. 89. Ähnlich günstig: Hamburger Börsehalle vom 9. Juni 1818, Hamburger Korrespondent 1818 Nr. 90, Rhein. Blätter 1818 Nr. 91.

Nicht so zustimmend äußern sich die deutschen Höfe. In Stuttgart und Karlsruhe allerdings war man selbst am Werk, das nach mehr oder minder stürmischen Vorarbeiten näher Bollendung entgegengedieh, und sprach mit Neid von der bayerischen Tat.¹ Metternichs Anschauungen über die Verfassungsfrage² sind bekannt; sie fanden gerade in diesem und dem folgenden Jahre Äußerung in Beschlüssen, die dem neuen bayerischen Grundgesetze gefährlich werden konnten. Am Berliner Hofe³ dagegen „wich die anfängliche Besorgnis, man möchte Grundsätze finden, die mit dem System der Einführung beschränkter Monarchien nicht im Einklang stehen, und man war erfreut, als man erfuhr, die Standschaft sei auf das Eigentum beschränkt; auch ihre Zusammensetzung sei weise geordnet. Die sechsjährigen Budgetperioden verhinderten sehr glücklich, daß man den gefährlichen Reibungen, welche die Steuerbewilligung in der Regel veranlasse, alljährlich ausgesetzt sei. Bedauerlich sei jedoch, daß sich die Konstitution weder auf die Rationalgeschichte noch auf die Verfassung gründe.“ Treu seinem Wesen beurteilte die bayerische Verfassung der Kurfürst von Hessen, jener Monarch, der sich nicht herbeilassen konnte, seinen inhaltslos gewordenen Titel aus der Zeit des alten Reichs zu ändern. Metin, der bayerische Gesandte in Frankfurt, hat in zwei Vorlagen an den König,⁴ vom 4. November 1818 und 16. Juni 1819, über den Eindruck berichtet, den die bayerische Verfassung und der erste Landtag auf den Kurfürsten machten. Der Gesandte schreibt: „Unter anderen Gegenständen, über welche der Kurfürst von Hessen mit mir sprach, berührte er auch die neue Verfassungsurkunde von Bayern. Er bemerkte mir, wie er wohl wahrgenommen, daß Eure Majestät eben nicht gemeint waren, Sich Ihrer Souveränität ganz zu entkleiden, und daß Allerhöchstdieselben nach der ganzen Stellung Sich hinlänglich Macht vorbehalten hätten, um Einfluß zu üben und nachteiligen Folgen entgegenzuwirken. Auch komme es ihm nicht zu, Eurer Majestät einen Rat zu erteilen. Aber er glaube doch, daß man auf seiner Gut sein müsse, und ein solcher Körper, wie er durch ständische Repräsentation zusammengesetzt werde, leicht ausarten könne, und

¹ Mainzer Zeitung vom 14. und 28. Juli 1818.

² Auffallender Weise befinden sich in den nachermähnten Ministerial-Akten, auch im Geh. Haus- und Staatsarchiv keine Berichte aus Wien. Da solche jedenfalls eingelaufen sein müssen, dürften sie sich in den Staatsratsakten zur Verfassung im allg. Reichsarchiv befinden. Diese sind aber leider der allgemeinen Forschung noch verschlossen.

³ Acta des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Äußern, Innere Verhältnisse zum Reich, Staatsverfassung. Die Beurteilung der Verf.-Urk. . . im Ausland betr. . . (zit. Min.-A.). Bericht des Gesandten vom 7. Juli 1818.

⁴ Min.-A.

dem Regenten, wenn er nicht seine Kraft beisammen behalte, über den Kopf wachsen könne. Besonders vor den Schreibern und Advokaten könne man sich nicht genug in Acht nehmen. Ich suchte den Kurfürsten über seine Besorgnis zu beruhigen und ihm darzutun, daß nach unserer Bildung der ständischⁿ Versammlung Schreiber und Advokaten nicht wohl einen Anteil an der Repräsentation erhalten könnten.¹ Der Kurfürst äußerte sich noch mehr über die heutige Wut, Konstitutionen zu haben, und schien wenigstens nicht sehr geneigt, sein Land so bald dieser Wohlthat theilhaftig werden zu lassen, obschon er ein Mittel zu haben wünschte, einige Regierungsformen zu perpetuieren und einen Nachfolger zu beschränken, wohl mehr im Geiste fideikommissarischer Verfügungen als einer ständischen Verfassung.“ Im zweiten Bericht meldet Aretin: Der Kurfürst „lasse Eurer Majestät Glück wünschen, daß nun die Ständeverversammlung bald zu Ende gehen, und Allerhöchstdieselben nun bald von den bösen Buben Hornthal und Behr, wie er sie nannte, befreit sein werden. Er bitte, Allerhöchstdieselben möchten nur keine weitere Verlängerung eintreten lassen und in keinem Falle gestatten, daß die gegebene Verfassung angegriffen und erweitert werde. Der Kurfürst setzte bei, wenn er imstande gewesen wäre, Eurer Königlichen Majestät als alter Soldat und Regent einen Rat zu erteilen, so wäre es der gewesen, daß Allerhöchstdieselben die Adressen des Militärs² nicht gestatten mögen. . . Der Militärstand habe nur zu gehorchen, schreiben, beraten, sprechen komme ihm nicht zu. . .³ Bezüglich der Ständeverversammlung müsse man erst sehen, was herauskomme, wenn soviel Leute allerhand Gelichters beisammen sind. Weiter äußerte der Kurfürst seine Verwunderung, wie man Minister responsabel machen könne, wenn sie nicht etwa unabhängig wären.“⁴ Seine

¹ Gleich Aretins zweiter Bericht handelt von den „Schreibern und Advokaten“ in der Kammer, besonders Hornthal und Behr, die, wenn auch nicht als solche, so doch als Bürger gewählt worden waren.

² Es handelt sich um die Adressen in der Frage, ob das Heer auf die Verfassung zu vereidigen sei.

³ Auch hier berühren sich die Gegensätze. Vgl. Art. 114 der Jakobiner-Verfassung vom 24. Juni 1793: „Nul corps armé ne peut délibérer“ oder Art. 275 der Direktoire-Verfassung vom 5. fructidor III: „La force publique est essentiellement obéissante: nul corps armé ne peut délibérer.“

⁴ Wilhelm I. Kurfürst von Hessen und Benj. Constant über die Ministerverantwortlichkeit! „Le ministre est responsable: un instrument ne peut l'être“ ist eine Deduktion, der wie vielerorts Constant so z. B. cours de politique constitutionnelle. 2^{me} éd. v. Laboulaye, Paris 1872 II 7 Ausdruck gibt, um darzutun, daß neben einem verantwortlichen Ministerium, der unabweislichen Forderung des konstitutionellen Staatsrechts, der König nur die Rolle eines „pouvoir modérateur“, eines „être à par au sommet de l'édifice“ spielen könne, oder, wie es andere drastisch bezeichnet haben, nur ein „roi fainéant“ sein könne.

Minister hätten bloß zu vollziehen, was er ihnen anbefehle, und sie seien nur ihm verantwortlich. . . . Es sei ein Fehler gewesen, daß man mehr gegeben, als versprochen und verabredet. Er habe bloß eingewilligt und unterschrieben, daß eine landständische Verfassung sein solle. Darunter habe er nicht verstanden, daß man eine französische Konstitution oder eine Repräsentativverfassung im heutigen Sinne herstellen solle, sondern Landstände, wie man sie sonst in Deutschland auch hatte. Auf mehr könne er sich nicht einlassen und er hätte gewünscht, daß man anderswo auch nicht weitergegangen wäre.“

Abfällig, wenn auch in anderem Sinne, urteilten Görres und sein Rheinischer Merkur. „Der König von Bayern gab eine Charte, an der man freilich eine übergroße Angstlichkeit bemerkt, die Vorrechte der Krone zu bewahren, die aber doch die Gemeinen gegen sie in eine Stellung setzte, von der aus nach und nach durch ihre Einwirkung fehlerhafte Institutionen abgeschafft, und bessere an ihre Stelle geschafft werden mögen, die alsdann rückwirkend auf die Verfassung wieder bessern können, was an ihr unvollkommen ist.“¹ Im allgemeinen „gleichge sie dem Meisterwerke Virgils, von dem man behauptet, daß die ersten Gesänge göttlich, die letzten ihnen aber bei weitem nicht zu vergleichen seien.“² Ähnlich urteilt auch Staatsrat Gaggi,³ der von sich sagt, er sei oft am Tische der spielenden Karten gegessen und habe selbst an derlei Stellungen Anteil gehabt. „Übrigens lautet — so schreibt er — der Eingang der Verfassungsurkunde von 1818 wirklich schön und groß. Wären diese Sätze allein vorhanden, das, was schon seit 1808 stand, nicht genommen oder verflümmert, und noch einige Artikel deutlicher hinzugefügt, z. B. volle Auflösung des Feudalreichs, öffentliche, unabhängige Rechtspflege mit Trennung der Gewalten, Geschworenengerichte in Straffällen, also auch denen in Ansehung der Pressfreiheit, das öffentliche Ministerium,⁴ volle Verantwortlichkeit der Minister in allen Regierungsgegenständen, zureichende Gewähr zur Aufrechterhaltung der Verfassung — dann könnten sie uns das ganze übrige Verfassungswerk entbehren lassen. Sie klängen so einfach wie die zehn Gebote, und würden auch so göttlich zum Herzen sprechen.“ Infolge der angehängten Edikte aber „sei das Ganze zu dickleibig ausgefallen; und eine komplizierte Maschine lasse stets

¹ Deutschland und die Revolution. 2. Aufl. Deutschland 1819. S. 60.

² Rhein. Merkur 1818, 93. Stüd.

³ a. a. O. § 43. Viel bleibt bei dieser Kritik allerdings nicht über. Sehr kontrastiert das Urtheil der Bremer Zeitung vom 8. Juli 1818, welche die Verfassung der aus dem Haupte des Zeus entsprungenen geharnischten Pallas vergleicht.

⁴ ministère public.

Reparaturen befürchten. Der Grund dieser breiten Ausführlichkeit liege in der Konjunktur und der Angstlichkeit, so viele Löscheimer zum heiligen Feuer zu bringen. Die Referenten — Bentner wird besonders gefeiert — treffe ja keine Schuld. Ursache manchen Mangels und Widerspruchs sei eben die Kommission und ihre verschiedenen Mehrheiten.“ Wir wissen, wie sehr bei der Beratung die Meinungen oft auseinanderplakten, wie sich alte Zeit und Fortschritt bekämpften,¹ allein was geleistet wurde, ist doch zu groß, als daß es Hazzis scharfen Tadel verdient hätte. Der deutsche Beobachter² faßt denn auch sein Urteil in die Worte: „Wenig versprochen, viel gehalten.“ Allein, ob nun die Verfassung gut oder besser befunden, hoch oder höher gepriesen wurde, daß nicht nur der Buchstabe des Gesetzes, sondern auch der Geist seines Vollzugs das Wohl des Staates bedeuten mußte, sah man ein und sprach es aus: „Noch keine Nation ist durch eine Konstitution glücklich geworden. Nur die Regierung ist die beste, welche am besten verwaltet wird.“³

Im allgemeinen günstig war auch die Aufnahme, welche die Verfassung im Ausland fand: „Die meisten Pariser Blätter teilen die bayerische Verfassungsurkunde in französischer Sprache mit. Das Journal des débats sagt: „Diese Urkunde sei jetzt der Gegenstand aller politischen Unterhaltungen: jeder wolle seine eigenen Grundsätze darin finden. Indessen müssen vorzüglich der Geist ihres erhabenen Schöpfers und der Geist der Nation darin gesucht werden, für welche die Urkunde bestimmt sei. Tiefe Achtung für den rechtmäßigen Besitzstand und das Verlangen, diese Achtung mit den nationalen Interessen zu vereinigen, diese beiden Grundsätze hätten den Gesetzgeber geleitet, der bei seinem großen Werke vor sich keine fünf- undzwanzig Revolutionsjahre, keine desorganisierte Gesellschaft, keine in antimonarchischen Meinungen erwachsene Generation gefunden habe, sondern die nämlichen Gefühle der Gerechtigkeit bei allen Klassen seines Volkes, welche sein eigenes Herz befeelten.“⁴ Auch Schweizer Zeitungen „ließen der bayerischen Konstitution alles Lob widerfahren.“⁵ In Kopenhagen erregte sie „die größte Sensation wegen ihres liberalen Inhalts“,⁶ und „der König von Schweden hat beim Schlusse

¹ Vgl. Feuerbach a. a. O.: „Viele, die daran mitarbeiteten, bereuen; die Hof- und Adelspartei will zurück“; vgl. auch Verchenfeld, Aus den Papieren des Staatsministers . . . v. Verchenfeld. 1887. S. 97.

² vom 31. Juli 1818.

³ Patriotische Bemerkungen über die Verf.-Urk. des Kgr. Baiern. Von einem bair. Patrioten. Teutschland 1818.

⁴ Zit. Allg. Zeitung vom 22. Juni 1818.

⁵ Zit. Bremer Zeitung vom 2. Juli 1818.

⁶ Dieselbe vom 14. Juli 1818; Fränk. Merkur 1818 Nr. 205.

des Reichstags vom Thron herab laut gerühmt, daß der Souverän eines der beträchtlichsten Staaten des deutschen Bundes seinem Lande eine repräsentative Verfassung gegeben habe.“¹ Selbst aus Rom berichtet Häffelin, der bayerische Gesandte bei der Kurie, die Verfassung „sei auch in Italien von jedem rechtlich und unparteiisch denkenden Staatsmann mit Beifall aufgenommen worden und habe eine neue Achtung für Bayern einge-
 gefloßt.“²

In gewissem Sinne noch auf die Verfassung als Ganzes bezüglich, aber doch schon zur Detailwürdigung gehörend, ist die Frage nach ihrem rechtlichen Charakter, nach ihrem Rechtsgrund. Es nimmt nicht Wunder, daß die Kritik allgemein für einen Verfassungspakt schwärmt, denn die Aufklärung, die naturrechtliche Staatsanschauung, von den Großen in sich schon lange überwunden, begann in den mittleren Kreisen erst eigentlich Fuß zu fassen und popularisiert zu werden. Von Herders und der historischen Rechtsschule Einwirkung war demnach keine Rede. Im Gegenteil! Die historische Rechtsbetrachtung nahm, mindestens auf dem Gebiete des Staatsrechts, erst von der Verfassungssetzung recht eigentlich ihren Aufschwung. Man stand noch im Banne der kriegerischen und revolutionären Wandelungen, und solche Zeiten haben nicht Raum für Staatsrechtswissenschaft, sondern für Politik, für Rechtsphilosophie und Naturrecht. Man befand sich „in jener neuesten Phase der Naturrechtslehre, die aus dem Ideenchaos der französischen Revolution den lebendigsten Kern, die Idee der ursprünglichsten menschlichen Freiheit aus Vernunft, heraus hob und zur Grundlage der Lehre vom Staate machte.“³ Viel erstaunlicher als die fortdauernde Geltung dieser theoretischen Anschauungen, wenn auch angesichts dieser Verhältnisse begreiflich, ist, daß man den Versuch machte, in concreto die bayerische Verfassung von 1818 als Vertrag zu konstruieren, ja daß man selbst in der Erlassung die „oktroiiertesten aller oktroiierten“, der Charta Ludwigs XVIII. vertragliche Elemente nachwies.⁴

Hazzi⁵ erblickt schon in der Konstitution von 1808 einen Vertrag, dessen Errungenschaften dem Volke nicht genommen werden dürften. Er schreibt: „In der Hauptsache möchte es nun darauf ankommen, ob die bayerische Nation in der neuen

¹ Carl S. VIII.

² Bericht vom 11. August 1818. Min.-A.

³ Piloty, Ein Jahrhundert bayer. Staatsrechtsliteratur. 1908. S. 223.

⁴ Vgl. auch den Gedanken des Kronprinzen Ludwig, eine verfassungsberatende Versammlung zu berufen. Seydel, Bayer. Staatsrecht, 2. Aufl. 1896. I S. 103.

⁵ a. a. O. § 35, 43. — „Die Verfassung soll eigentlich ein Gesellschaftsvertrag sein. Wegen der Schwierigkeiten gibt sie der Fürst, das Volk nimmt sie an.“ Oppositionsblatt 1818 Nr. 139.

Konstitution alle die Rechte, teils nach der Konstitution von 1808 schon gebührend, teils nach der Natur der Sache (!) und dem Zeitgeiste gemäß ihr zustehend (!), wirklich geliefert erhielt. Denn als Vorbedingung mußte gelten, daß das, was die Nation einmal rechtlich errang, ihr nimmermehr zu entreißen, also daß diesem Hauptgrundgesetze Widersprechende durchaus nicht haltbar sei. Es läßt sich selbst behaupten, daß die Konstitution von 1808 einen förmlichen Staatsvertrag — zwischen dem Ländergeber und Empfänger (!) — vorstelle, da sie mit dem Königtume und der neuen Ländermasse im wesentlichen Verbande steht. Die darin für das Volk ausgesprochenen Rechte könnten daher auf keine Art mehr entzogen oder verkümmert werden.“ Dieser Satz des allgemeinen Staatsrechts, wonach „die Staatsverfassungsurkunde nur das Resultat der gemeinsamen Verständigung des vereinten Willens der Nation oder ihrer Repräsentanten und des zeitlichen (!)¹ Monarchen aufzähle“,² werde auch nicht durch die neueste französische Verfassung widerlegt, oder durch die mißlichen Erscheinungen bei dem Versuche, ihn in Württemberg anzuwenden, alteriert. In Württemberg lägen ganz ausnahmsweise eigenartige Verhältnisse vor, „wenn aber die Charte constitutionelle in der Tat als ordonnance entstanden sei, so seien ihr doch andere Erklärungen und Verträge vorausgegangen“,³ so daß der Name an der Sache nichts ändere.“ „Die Wahrheit und das Recht bleiben ewig, so getrübt und verlehrt sie auch im politischen Leben ihre Anwendung finden.“ Als solche Trübungen der reinen Doktrin seien aber auch die Erlassungsformen der neuen Verfassung zu betrachten und zu bedauern. Der gleichen Anschauung gibt der bayerische Patriot⁴ Ausdruck und be-

¹ Gajzi ist danach einer der radikalen Verfechter des Staatsvertrags und verlangt bei jedem Regierungswechsel ein neues pactum subjectionis.

² Dort Zitat aus Schmeling: Einige Betrachtungen über . . . Bandstände 1818. S. 9 ff.

³ Wie das zugeht und wie Ludwig XVIII. es verstand, allen Versuchen Talleyrands und des Senats, für die Nation oder deren Repräsentanten ein pouvoir constituant zu reklamieren, auszuweichen; wie der König insbesondere die Mitglieder der Kommission zur Vorberatung der Charte nicht als Volksvertreter sondern als Notabeln bezief, vgl. Viel-Castel, histoire de la Restauration, Paris 1860, I passim und neuestens Simon, l'élaboration de la Charte, Paris 1906, auch Barthélemy, l'introduction du gouvernement parlementaire en France, Paris 1904. Vgl. endlich das der tatsächlichen politischen und Rechtslage entsprechende: „Nous avons volontairement et par libre exercice de notre autorité royale, accordé et accordons, fait concession et octroi à nos sujets . . . de la Charte constitutionnelle qui suit“ in der Präambel zur Charte und des Kanzlers Dambray Paraphrase hierüber in seiner Rede bei Verkündung der Charte (Viel-Castel a. a. D. S. 451 ff.).

⁴ a. a. D. S. 4.

merkt: „Fester und dem Gange der Sache angemessener würde die Verfassung geworden sein, wenn man zuerst die Stände gewählt, sie zusammengerufen und ihnen den Entwurf der Verfassung zur Prüfung und Annahme vorgelegt haben würde, weil in diesem Falle der König nach den Forderungen des natürlichen Staatsrechts die Wahrheit des Grundsatzes, daß eine Verfassung nur ein Vertrag zwischen Regenten und Volk sei, anerkannt, sohin wirklich mit der Nation selbst die Verfassung abgeschlossen, und dadurch bewiesen hätte, daß der König und das Volk nur ein Interesse haben, welches der König als sein hehres und heiliges Ziel nie aus den Augen lassen soll.¹ Welch herrliche Beispiele gäben die Niederlande und Weimar, wo der Vertrag Achtung und Anhänglichkeit in ganz anderem Maße erzeugt habe, als wenn die Verfassung als militärischer Tagesbefehl gebietend wäre vorgeschrieben worden.“ Das Beispiel von Weimar und den Niederlanden hält der Patriot auch Aretin vor, in dessen Broschüre über die neue Verfassung² behauptet worden war, „nur wo der Thron leer gewesen, seien solche Verträge geschlossen worden.“ Und doch hatte Aretin Recht, wenn auch nicht in jeder Beziehung, denn weder in den Niederlanden, noch in Weimar, auch nicht ein Jahr später in Württemberg beruhte die Verfassung auf Vertrag, beruhte nirgends, auch da nicht, wo eine assemblée constituante eine Familie auf den Thron berief und ihr die Verfassung zur Annahme vorschrieb so wenig wie in Frankreich die Charte constitutionnelle, die der König oktroyiert hatte, rechtlich auf Übereinkommen. Aretin stellt überhaupt „seinen praktischen Konstitutionalismus in den Dienst der Reform in Bayern“, auch hier, wo er über die neue Verfassung schreibt, obgleich sie seinem theoretischen Konstitutionalismus nicht in allem entspricht.³ „Jedenfalls verdiene sie, wenn auch als oktroyierte Verfassung, nicht den Vorwurf, als sei sie nichts als eine Art von Kabinettsordre, denn sie sei sorgfältig und von den Besten durchberaten worden.“ Zwar solle sie nach den Forderungen des natürlichen Staatsrechts ein Vertrag zwischen dem Fürsten und dem Volke sein,⁴ aber, fragt er: „soll der König sagen: Ich getraue mir den Thron nicht mehr innezuhaben, weil in irgend einem Gehirn die Lehre ausgebrütet worden ist, die Fürstengewalt werde nur durch

¹ Der bayer. Patriot ist überhaupt mit Erfolg bestrebt, seiner Sprache nichts an Deutlichkeit fehlen zu lassen.

² Bojophilus Timonomus: Gespräche über die Verf.-Urk. d. Kgr. Baiern. I. II. 1818. Zit. Aretin. S. 9. Er hebt übrigens hervor: Die Zweifel und Einwendungen habe er nicht selbst erfunden, sondern von anderen gehört, was das Interesse an seiner Schrift nur erhöht.

³ Vgl. auch sein Staatsrecht I. 1824 passim.

⁴ a. a. O. S. 8 bezeichnet er sie auch ganz modern als „freiwillige Selbstbeschränkung“.

einen Vertrag mit dem Volke erteilt? Jedenfalls könnte der Nachfolger ohne einen neuen Vertrag regieren.¹ Solche Nachfolger sind aber alle jetzt regierenden Fürsten. Sie regieren infolge früherer Bestimmungen, welche durch die Einwilligung der Regierten auch die Natur eines Vertrages angenommen haben. In concreto ist aber der Eid auf die Verfassung, welchen die Regierten leisten, gewissermaßen die Versiegelung des Vertrags, den man ihnen zur Annahme vorgelegt hat. In dieser Eidesvorschrift sehe ich, — schreibt er — die Anerkennung des theoretischen Prinzips vom Sozialvertrag.“² Der Garantie des Vertrags mit dem Volke müsse aber die bayerische Verfassung, so geht er auf diese über, entbehren, da dieser in der Monarchie nicht ausführbar sei. Die Garantien seien darum auch auf andere Weise geschaffen worden und lägen nicht zuletzt in diesen und jenen rechtlich nicht faßbaren Imponderabilien. Aber das Wort „gegebene Verfassung“ erinnere immer an wieder nehmen, und darum seien diese Garantien da.³ So setzte sich Armin mit Theorie und Praxis auseinander. Schwerer wurde es ersichtlich Behr, den Piloten⁴ die „deutsche Zunge der Revolution nennt. Er „war Staatsidealist vom reinsten Wasser und ganz erfüllt von der Rousseau-Kant-Schillerschen Staatsidee und dem Merkantilismus von Adam Smith“. Von diesem Standpunkte aus begrüßte er auch die in Tit. 4 § 8 der Verfassungsurkunde erfolgte „indirekte Zeichnung des Staatszweckes“. Sie anerkenne die richtige Theorie und nur durch Festhalten und Befolgen ihres Ziels bewahrten wir uns vor lächerlicher Zielregiererei und ihrer Kraftverschwendung.⁵ Wie er sich später, „in der Theorie Anhänger einer republikanischen Verfassung, in den Verhandlungen des Landtags stets auf den Standpunkt

¹ Vgl. S. 292, Anm. 1 Gaggi.

² a. a. O.

³ Dieser Gedanke berührt sich nahe mit einer Bemerkung des „Volksfreunds aus Schwaben“. Seine vom Stuttgarter Gesandten vorgelegte Nummer vom 13. Juni 1818 bringt recht bezeichnend — sie kommen ja aus Württemberg — „Bemerkungen über den (bayerischen) Verfassungsentwurf“. (I)

⁴ S. 222 ff.

⁵ Behr J. W., Staatswissenschaftliche Betrachtungen über Entstehung und Hauptmomente der neuen Verfassung des bayer. Volkes. (I) Alab. Festrede 1818, S. 14 ff. Sein Lieblingswort für Staat ist „Bürgerverein“. Ähnlich Carl I: „Der Staat ist eine zur Sicherung der Existenz der Menschen errichtete Rechtsanstalt.“ Man bemerkt Kants Einfluß.

⁶ Vgl. Feuerbach: Über deutsche Freiheit und Vertretung deutscher Völker durch Landstände. 1814. Abgedr. Kleine Schriften vermischten Inhalts, 1833, S. 89. „In diesem Lande wurde fortwährend organisiert, desorganisiert, reorganisiert, daß in der langen Jahrenreihe, wo diese Gesetzgebungsexperimente getrieben wurden, der Staat mit allem nur als ein Provisorium betrachtet werden konnte.“

des positiven bayerischen Staatsrechts zu stellen suchte,¹ so beklagt er auch hier² die oktroyierte Verfassung: „Die Annahme der Gesetze durch das Volk sei die Voraussetzung zu ihrer Gültigkeit; habe man diese Forderung des theoretischen Rechts durch die Verfassung praktisch werden lassen, warum sei diese nicht selbst dem für richtig erkannten Grundsatz unterworfen.“ Allein, so lenkt er alsbald um, „das Wesen der Sache sei doch, daß der Staat zweckmäßig verfaßt sei. Jene theoretische Forderung habe ihre Voraussetzung darin, daß dies nur im Zusammenwirken möglich sei, ferner, daß das Abgehen von der Verfassung erschwert werde. Wie aber, wenn die gegebene Verfassung alles Wesentliche enthalte, oder der Interessenkampf eine paßtierte Verfassung erschwert oder verzögert hätte? Dazu seien Titel X § 7, §§ 4—6³ eine bessere Gewähr als ein contrat social, denn zu dessen subjektiver Verpflichtung trete hier die objektive.“ Auch werde zur Verbesserung der Verfassung keine begründete Bitte um Seine Initiative ungehört bleiben, und in der Eidesleistung liege doch das Siegel des Vertrags.“

Auffallen muß gegenüber dieser allgemeinen Anschauungsweise eine Stimme, die ganz andere Gedanken enthüllt und aus dem Munde Sodens⁴ tönt: „Der Untergang mancher, nach Rousseau völlerbewegenden Idealen verwirklichten Konstitutionen . . . hat die Unhaltbarkeit abstrakter Theoreme beurkundet . . . (Der Menschheit) mögen nicht die philosophischen Untersuchungen frommen, wie die bürgerliche Gesellschaft entstanden ist, ihr frommt nur die Kunde des Menschheitsorganismus und des Kulturgrades der bürgerlichen Gesellschaft;“⁵ also auf Weisheit gegründete Erwägung, welche Staatsverfassung und Regierungsform dem Zwecke des bürgerlichen Vereins am meisten zusage.“

Die Stellung Bayerns im deutschen Bunde berührt Retin⁷ und wirft die Frage auf, wie sich die in Tit. I § 1 der Verf. Urk. ausgesprochene Souveränität des Königreichs mit seiner Bundesangehörigkeit vertrage. Er löst sie in der Weise seiner Zeit damit, daß er dem König — vom Staate wie in Tit. I § 1 — ist nicht die Rede — die Souveränität nach innen, nicht aber nach außen zuschreibt. Dabei fällt für andere Schrift-

¹ Berchensfeld, Geschichte Bayerns unter König Maximilian I. Josef 1854, S. 145.

² a. a. O. S. 9.

³ Die Bestimmungen über Ministerverantwortlichkeit, Verfassungsbeschwerde und Verfassungsänderung.

⁴ Unklar aber schön!

⁵ Soden G. v., über die Verfassungsurkunde des Kgr. Baiern. 1818, § 8.

⁶ Hier wird Herder-Fichte bemerkbar. Vgl. auch Ehrenberg W. Herders Bedeutung für die Rechtswissenschaft. 1903.

⁷ a. a. O. S. 14.

steller¹ eine etwas bissige Nebenbemerkung ab: „vor einigen Jahren habe man den Begriff der Souveränität auch auf äußere Beziehungen anwenden wollen. Das verstoße aber gegen den Sprachgebrauch, und man überlasse solchen Streit besser Grammatikern. Außerdem garantiere das Grundgesetz des deutschen Bundes — übrigens eines Staatenbundes und keines Bundesstaates — selbst diese Souveränität. Daß die Bundeszugehörigkeit in der Verfassung selbst keinen Ausdruck gefunden habe, sei wohl gerechtfertigt, denn als äußeres Verhältnis habe sie in der Urkunde keine Stelle. Habe man 1808 der rheinischen Konföderation in der Urkunde erwähnt, so habe das lediglich die Nachahmung des westfälischen Vorbildes bewirkt.“²

Treffend zeichnet — wir gehen zum 2. Titel der Verfassungsurkunde über — Behr³ im allgemeinen die rechtliche Stellung des Monarchen. „Legislative wie Exekutive (mit richterlicher Gewalt) sind vereinigt in den Händen des Königs. Die höchste Gewalt bleibt also personifiziert in der Form einer Monarchie, welche jedoch von nun an in Ausübung einzelner Rechte an bestimmte Schranken gebunden erscheint.“ Hingegen vermißt der bayerische Patriot⁴ genügende Klarstellung, ob der König den Beschlüssen der Kammern sein Veto unbedingt entgegensetzen könne oder nicht, zeigt also seine völlige Verkenntung des Monarchenrechtes nach der Verfassung. Denn in der deutschrechtlichen Monarchie ist ein Veto des Fürsten ganz allgemein schon aus dem Grunde unmöglich, weil die Krone allein den Gesetzesbefehl, die *sanctio legis* ertilt. Haggi⁵ hinwieder ist darüber nicht im Zweifel. Er betont außerdem auch noch besonders unter Berufung auf die englische Parlamentssitte: „Es muß eine Scheidungslinie gezogen werden, daß der König nur die Gesetze und wichtigsten Angelegenheiten unterzeichnet, sein Name aber nicht von den Gerichts- und Verwaltungsbehörden mißbraucht werde. Daß der König die Minister, Staatsräte, Verwaltungsbehörden und andere ernennt, ist ein Ausfluß seiner Gewalt, die nie durch Übertragung an andere ausgeübt werden kann. (?) Diese bedingte und teilweise Übertragung seiner Gewalt ist aber keine Vertretung weder der Gewalt des Fürsten noch seiner Persönlichkeit; denn diese Per-

¹ Gemeint ist das „Nordlicht“ Feuerbach und seine schon erwähnte Schrift: „über deutsche Freiheit . . .“, über den der Bavarissimus Armin seinen Groll ergießt.

² Westf. Tit. II, § 5, Bayern 1808 Tit. I, § 1. S. aber Württemberg § 3, Baden § 1, Hessen Art. 1, Oldenburg Art. 2, § 1 u. a. heute noch. Die Nichterwähnung des Deutschen Bundes und die Bezeichnung „souveräner monarchischer Staat“ tadelt „der Patriot“ Jahrg. 1818, Nr. 3 und 4.

³ S. 15.

⁴ S. 20.

⁵ § 45.

hönlichkeit soll wegen ihrer Heiligkeit im einzelnen überall aus dem Spiel bleiben. Dadurch, daß wie bis jetzt in Deutschland jede Stelle im Namen des Königs befiehlt, entstehen nun Widersprüche und Entwürdigungen des königlichen Namens.“¹ Die Heiligkeit und Unverletzlichkeit wird „um Mißverständnissen vorzubeugen“ von Aretin² ausdrücklich als eine „Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit nicht als eine Art Heiligenschein“ erklärt, Soden³ führt breiter aus: „Heiligkeit und Unverletzlichkeit wohne dem Monarchen bei wie der Persönlichkeit jeden Staatsbürgers, miewohl sein Leben, seine Ehre besondern Schutzes theilhaft seien. Aber, fährt er fort: das drücken jene Worte nicht aus. Man kann sie nicht anders erklären, als daß der Monarch als erblicher Repräsentant der Nation für den vollen Umfang der vollziehenden, für die entscheidende Teilnahme an der gesetzgebenden, und für seine Oberaufsicht der richtenden Gewalt in Absicht aller seiner Regentenhandlungen der Nation nicht verantwortlich sei. Und das und diese Unverantwortlichkeit des Regenten ist die wesentliche Grundbedingung der monarchischen Regierungsform.“ Sehr richtig erkennt Soden als Korrelat dieser Unverantwortlichkeit des Monarchen im modernen Staate die Ministerverantwortlichkeit (Titel X), und bemerkt: Jene „würde die Staatsverfassung in Despotie verwandeln, wenn sie nicht mit dem wesentlichen Zusätze verbunden ist, daß alle Akte der Regentengewalt von einem Minister des Monarchen unterzeichnet sein müssen, und daß dieser für den Mißbrauch derselben, für die Verletzung der Staatsverfassung der Nation (!) verantwortlich ist Diese unbedingte Unterzeichnungsnotwendigkeit aller Regentenakte ist aber das wesentlichste Palladium der bürgerlichen Freiheit. Sie allein kann der Person des Monarchen jenen Grad von Heiligkeit und Unverletzlichkeit

¹ Man erinnert sich dabei an Chateaubriands sicherlich aus anderen Motiven — vgl. dazu Stahl, das monarchische Prinzip — geschilderte Bemerkung über die Gesetzgebung: de la Monarchie selon la Charte 1816, chap. 6: La forme ici n'a pas moins d'inconvenients que le fond: les ministres apportent aux chambres leur projet dans une ordonnance royale. Cette ordonnance commence par la formule: „Louis par la grâce de Dieu etc.“ Ainsi les ministres sont forcés de faire parler le Roi à la première personne; il lui font dire qu'il a médité dans sa sagesse leur projet de loi, qu'il l'envoie aux chambres dans sa puissance: puis surviennent les amendements qui sont admis par la couronne, et la grâce de Dieu, et la sagesse et la puissance du Roi reçoivent un démenti formel. Il faut une seconde ordonnance pour déclarer encore par la grâce de Dieu, la sagesse et la puissance du Roi, que le Roi, c'est-à-dire le ministère, s'est trompé. Übrigens sind Dazzi die Grundsätze von der Einheitlichkeit des Staatswillens ersichtlich unklar.

² S. 14.

³ § 11.

sichern, welchen er allerdings zum allgemeinen Heile bewahren muß. Diese Notwendigkeit ministerieller Gegenzeichnung aller Regentenakte ist der schönste Zug der britischen Verfassung, sie ist es, welche die Regierungsorgane in den Grenzen der Konstitution erhält, ja sie selbst zwingt, da, wo außerordentliche Ergebnisse eine vorübergehende Abweichung von der Verfassung gebieterisch heischen, sich eine Indemnity-bill vom Parlamente zu verschaffen.“ Ein Spiegelbild des neufranzösischen Konstitutionalismus bietet in dieser Beziehung Aretin.¹ Ihm „thront der unverlezhliche König oberhalb der Gewitterregion“ und statt seiner sind die Minister verantwortlich. „Dadurch bekomme, schreibt er, schon die Presse eine große Gewalt, es bilde sich eine moralische Verantwortlichkeit, die oft viel wirksamer sei als die gerichtliche; denn gegen die öffentliche Meinung gebe es in der beschränkten Monarchie nur eine Waffe: Gerechtigkeit. Der Minister aber sei nach den Repräsentativverfassungen nicht nur Diener des Fürsten und Bürger, wie in der absoluten Monarchie, sondern auch Agent der vollziehenden Gewalt.“ (!) Aretin spricht weiter über die Verantwortlichkeit selbst und das zu ihrer Geltendmachung einzuschlagende Verfahren. Er zeigt sich darin 1818 als derselbe, der er 1824 in seinem Staatsrecht ist, derselbe, auch auf dessen Grundlagen Rotted und Mohl weiterbauten. Aretin teilt die eine Ministerverantwortlichkeit begründenden Tatbestände in gemeine Verbrechen (mit Staatsverrat), für welche die Strafgerichte nach Maßgabe der Strafgesetze Urteil finden, dann in Verfassungsverletzungen. Für deren Aburteilung eigne sich keine Justizstelle, denn der in Frage kommende Tatbestand stelle kein juristisch zu erwägendes (?) Faktum dar. Wie solle das Gericht urteilen, wenn die Absicht zwar rein, die Handlung aber schuldhaft gewesen sei? Abgesehen aber davon könne die Justiz niemals aussprechen, daß etwas verfassungswidrig sei, da es ihr nicht zustehe, das Recht der verschiedenen Staatsgewalten gegeneinander abzumägen.² Notwendig sei deshalb das Einschreiten der ersten Kammer und ein Gerichtshof, nach Vorbild des § 8 der 4. Verfassungsbeilage. Eine dritte Art von Fällen ministerieller Verantwortlichkeit umfasse Fehler, welche aus Nachsicht oder Schwäche begangen würden und bei den leitenden Staatsmännern wahre Verbrechen bedeuten, wenn sie ein nationales Unglück zur Folge hätten. Sie seien einem Nationalgerichtshof zu übergeben. Bezüglich der Geltendmachung der Ministerverantwortlichkeit bemerkt Aretin: Wie jedem Staatsbürger und jeder Gemeinde das Recht zustehe, ihre konstitutio-

¹ XII. Gespräch.

² Die scharfe Ausprägung dieses Gedankens charakterisiert noch heute das französische Verwaltungsrecht.

nellen Beschwerden an die Kammern zu bringen, so müsse auch jedem Abgeordneten und Reichsrat ein Klagerecht eingeräumt werden. Ebenso wie dort folgten Untersuchungsbehandlungen der Kammern, die zu diesem Zwecke Ermittlungen anstellen dürften, hierauf: Beschlußfassung, Hinübergabe an die andere Kammer und gemeinsamer Antrag an die Krone. Als Richter sei die Kammer der Reichsräte zu berufen.¹ Sie bilde ein neutrales Element, geeignet den Ankläger vor dem ministeriellen Ansehen, den Minister vor den Leidenschaften des Anklägers zu schützen. Auch spreche für ihre Eignung die Zusammensetzung aus Staatsmännern und Rechtsgelehrten. Komme es aber nicht bis zur Verhandlung, indem die Krone dem ständischen Antrag nicht stattgebe, so habe doch die Langsamkeit und Feierlichkeit des Vorverfahrens das Ansehen eines richterlichen Spruches. Dieser wichtige Gehalt des Anklageantrags erkläre es — meint Armin —, daß es nirgends weniger angeklagte und kassierte Minister, nirgends auch weniger Willkür der Minister gebe, als in England. Komme es aber zur Anklageerhebung, so müsse dem Minister unbeschränkte Verteidigung, der Krone aber zu Gunsten der Verurteilten freies Begnadigungsrecht gewährt werden.²

Nach dieser immerhin nicht unberechtigten Abschweifung lehren wir zum II. Titel der Verfassungsurkunde zurück. Die Thronfolgeordnung wird im allgemeinen gutgeheißen, doch bedauert Behr³ das Vaterland, welches, von einem Biskönig (Tit. II. § 6) regiert, „von dem Stiefvater der verlassenen Waise, am Grabe des letzten Wittelsbachers traure.“ Weniger Anklang findet das Recht des Königs, Erbverbrüderungen zu schließen. Hazzl⁴ nennt es „einen Eingriff in das Recht der Nation, welche schon zu Reichszeiten (?), vielmehr jetzt (?) im Falle des Aussterbens des wittelsbachischen Mannesstammes zur Wahl des neuen Dynastengeschlechts berufen sei.“ Dabei übersieht er offenbar den Kreis der in Frage kommenden (Tit. II § 5 „aus dem Deutschen Bunde“) Fürstenhäuser — er prüft die „Möglichkeit eines Anfalls der bayerischen Krone an das Königreich des Nordpols“ — und ist nicht klar darüber, ob, wie richtig, die Erbtochter oder die Regredienterbin zur Thronfolge berufen sei. Eine schärfere Sprache führt

¹ Der Volksfreund aus Schwaben a. a. O. findet ähnlich: „Ein mit untergeordneten Beamten besetzter Gerichtshof ist ungeeignet, Minister zu richten.“ An einer anderen Stelle wird als Staatsgerichtshof eine Jury zur Hälfte aus den obersten Beamten, zur Hälfte aus ständisch-gewählten Mitgliedern verlangt.

² Das bayer. Ministerverantwortlichkeitsgesetz vom 4. Juni 1848 Art. XII verbietet ausdrücklich die Begnadigung.

³ S. 16.

⁴ § 48. Man begegnet, wie auch bei der folgenden Stelle, auf Schritt und Tritt den Ideen des Naturrechts.

der Patriot.¹ „Der König ist allerdings befugt, nach gänzlicher Erlöschung des Mannesstammes die Erbfolge überhaupt (?) und insbesondere in der Art, wie sie in der Verfassung ausgedrückt ist, zu bestimmen. Ist die Nation daran gebunden? Im allgemeinen wäre es widersinnig, zu behaupten, daß die Nation nicht an eine solche Successionsordnung gebunden sei. Allein die Sache näher gewürdigt, kann man sich folgender Betrachtung nicht enthalten: a) Das Volk ist nicht des Regenten wegen da, sondern dieser um jenes willen. . . . b) Eine Successionsordnung muß daher nur das Volkswohl zum Zwecke haben und tritt außer Wirksamkeit, sobald sie zweckwidrig ist. c) daß jeder Mensch für den Todesfall über das Seinige disponieren kann, ist nur eine Folge bestehender positiver Gesetze für Privaten. Will aber der Regent für den Fall seines Hauses Verfügungen in Bezug auf seine Länder treffen, so müssen die vom Volke anerkannten Fundamentalgesetze vorhanden sein, welche dem Regenten solche Verfügungen sanktionieren. . . . Ein freies Volk ist kein Eigentum des Regenten . . . oder irgend einer Familie.“² Man sieht, an Entschiedenheit läßt es der Patriot auch hier nicht fehlen. Er hat aber in manchem sogar Recht. Wir übergehen seine naturrechtlichen Theoreme und bemerken nur, daß das Recht des Königs zum Abschluß von Erbverbrüderungen tatsächlich auf positivem Rechtslage beruhen muß, soll es Geltung haben. Diesen positiven Rechtsatz enthält aber die Verfassung in eben der angefochtenen Bestimmung, wenn er auch nicht von der *volonté générale* sanktioniert war. Der richtige Gedanke, der dem Patrioten vorfließt, wiewohl er sich nicht vollständig darüber klar wird, ist der, daß die Erbverbrüderung obwohl positiven Rechts, als Residuum patrimonialer Staatsanschauung sich mit dem modernen Staatsgedanken nicht recht vereinigen läßt.

Über das Volljährigkeitsalter der Prinzen und Prinzessinnen (tit. II § 7), auch über die Ebenbürtigkeit hält sich Pazzi³ auf. „Warum werden andere Sterbliche erst mit 21 Jahren großjährig. Abgeordnete zum Geschäfte der Landesberatung erst mit 30 Jahren geeignet? Und doch lernt sich das Regieren nicht früher als die Vermögensverwaltung.“ Von ähnlichen Gedanken ausgehend und aus dem Ideenreife der Con-

¹ S. 6.

² Artin S. 29 ff. verteidigt tit. II § 5 als „echt deutsch und im Sinne des Fürstenrechts“.

³ § 49; ebenso der Volksfreund aus Schwaben vom 13. Juni 1818. Er fordert 24 Jahre als Volljährigkeitsalter und zitiert die römische Geschichte, wonach alle jünger zum Thron gelangten Tyrannen geworden seien. Auch sei es nicht leichter, mit 24 Jahren das Staatsruder zu führen, als mit 30 Jahren, die für Abgeordnete vorgeschrieben seien, 2000 Menschen zu repräsentieren.

stituante und der September-Verfassung von 1791 (tit. III chap. II sect. III) fordert Mehr¹ und Uretin² eine Garantie für die Erziehungs- und Bildungsweise des durch Geburt berufenen Regenten.

Bezüglich des Falles der Reichsverweisung endlich bedauert Gajzi³ die Fassung von tit. II § 13, dem er als unerreichtes Gegenbild den tit. II § 9 der Konstitution von 1808 entgegenhält: mit andern Worten, er tadelt das eventuelle Regentschaftsrecht der Königin Witwe und macht dazu die sehr deplazierte Bemerkung, „dieser Fall könnte auf alle Staatsdiener passen, doch sollte das weibliche Geschlecht ja ausgeschlossen sein.“ Gr⁴ und Uretin⁵ kritisieren die während der Regentschaft eintretenden Provisorien (§ 18), „ein wahres Jammertal für die Beamten“,⁶ und Uretin bezeichnet in Anwendung von § 18, 19 des 2. Titels die während der Regentschaft ernannten Minister als „provisorische Regentschaftsräte“. Eine Bestimmung für den Fall kurzer Verhinderung des Monarchen erklärt er nicht zu vermissen. Inkonvenienzen könne es nicht geben.

Interessant ist das mehrfach geäußerte Bedauern über das Fehlen einer Zivilliste, interessanter noch die verschiedene Begründung, welche die Kritiker ihrem Urteil geben. Uretin⁷ allerdings ist von der Notwendigkeit einer jährlichen Kronrente nicht überzeugt. „Die Verfassung habe weise gehandelt, indem sie nur rein germanische Sätze übernommen habe. Das Landeigentum des Monarchen (?) sei zugleich Staatseigentum (?), — tit. III § 1 Abs. 2 sagt das gerade Gegenteil — und das verbinde die Interessen der Regierung und des Landes. Außerdem habe die vollständige Hingabe der Krongüter (?) ein unwürdiges Betteln zur Folge.“⁸ Dieses Betteln um Unterhalt sieht Gajzi⁹ gerade bei der fixierten Zivilliste vermieden,

¹ S. 17.

² a. a. O. III.

³ § 51.

⁴ § 50.

⁵ a. a. O.

⁶ In der Tat hat sich auch beim ersten Falle einer länger dauernden Regentschaft in dieser Richtung ein Mangel ergeben, und schon ein Gesetz vom 26. Oktober 1887 „interpretierte“ den § 18 „authentisch“ dahin, daß seine Bestimmungen im wesentlichen in der beregten Richtung gemildert wurden. — Wenn Gajzi daneben von einer „siebzehnjährigen Übergangszeit“ spricht, erinnert er sich offenbar nicht mehr des II. Tit. § 7 (zurückgelegtes 18. Lebensjahr) und denkt wahrscheinlich an § 47 der Wahlkapitulation Josefs I. „bis Wir das 18. Jahr unsers Alters erreicht und angefangen haben“. Vgl. Gönner, deutsches Staatsrecht 1804, § 106.

⁷ a. a. O. IV. Gespräch.

⁸ S. aber die Pragmatik vom 20. Oktober 1804.

⁹ § 46. Genau wie Gajzi auch Dornthal zur Kritik der Verf.-Urkunde des Kgr. Bayern. 1818. S. 81 ff.

während sonst „eine kleinliche Durchsicht der Hofrechnungen in der Deputiertenkammer einreißen werde. Die Einfachheit des gegenwärtigen Hoflebens lasse zwar einen weiter daraus folgenden Mangel nicht fühlbar werden, gleichwohl trage die Festsetzung zur Sicherheit des Finanzbudgets wesentlich bei.“ Auch der bayerische Patriot¹ bedauert den erwähnten Mangel. Seine Befürchtungen aber gelten der Möglichkeit, „der Regent möchte nach eigener Willkür oder nach jener von schmeicheln den Ministern und Hofleuten über die Staatseinnahmen verfügen, wodurch der Verschwendung Thür und Thor geöffnet werde.“ Ebenso äußert sich der Volksfreund aus Schwaben.²

Den dritten Titel der Verfassungsurkunde — was Tertierung anlangt entschieden der unglücklichste — findet Haggi³ ebenso dunkel, wie die Bestimmungen von 1808. Nicht viel klarer sind aber seine und Aretins⁴ Anmerkungen dazu. Formell tadelt Haggi die fortgesetzte Berufung auf die Pragmatik vom 20. Oktober 1804. „Berufungen sollen in einer Konstitution überhaupt nicht stattfinden, da sie alles enthalten soll.“ Sehr richtig bezeichnet er, zum Sachlichen übergehend, die Unveräußerlichkeit des Staatsguts als selbstverständlich, was aber Staatsgut sei, definiert er auch nicht erfolgreich als Titel III: „Staatsgut ist 1. Staatsgebiet, 2. Majestätsrechte, 3. Staatsmobilien, Güter, Gebäude, Rechte, Gefälle, Renten.“ Er führt weiter aus: „Es hätte zuerst vom Staatsgebiet gehandelt werden sollen. Die Staatsgenossen bedürfen hierüber Sicherheit, als es in den letzten Jahren soweit gekommen, daß man die Territorien und Fürsten wie Kleider wechselte. . . . Nach dem Beispiele anderer Konstitutionen hätte aber festgesetzt worden sein sollen, daß kein Gebietsteil des Reiches ohne Zustimmung der Stände veräußert, abgetreten oder vertauscht werden darf.“ Die Majestätsrechte, also z. B. gesetzgebende, Auflagen erhebende, richterliche, Polizei-, Militär-, Kirchengewalt usw. sind ganz und gar unveräußerlich. . . . Ebenso unveräußerlich sind die Staatsgüter.“⁵ Aretin baut auch von Grund auf: „Nicht vom Staatsfideikommiß solle gesprochen werden, sondern vom Fideikommißstaate.“ Denn „da der Staat unsterblich ist, kann er kein Fideikommiß haben, sondern er ist eines“ (l). Von dieser Anschauung aus, die er-

¹ S. 20.

² vom 13. Juni 1818.

³ §§ 52—54.

⁴ IV. Gespräch.

⁵ Was übrigens in Titel III geschehen ist.

⁶ Verschiedene Ausnahmen werden (wie in Titel III §§ 4—7) zugelassen. § 5 wird kritisiert. „Also der Lehenhof soll noch ewig sein alles Wesen treiben? die bisher verliehenen Güter sollten doch von selbst Abod sein?“ Zu § 7 wird bemerkt: „Will die Regierung wieder einen unglücklichen Getreidehandel beginnen?“

sichtlich in den alten Verhältnissen und Theorien wurzelt, kann Uretin auch ein zweifaches Veräußerungsverbot für das „Staatsgut“ konstruieren, einmal aus der Zugehörigkeit zum Staate, sodann aus der Verstrickung in den Fideikommißverband.¹ „Nicht bloß die Staats- oder Kammergüter, sondern auch die Rechte, welche das Staatsoberhaupt außerdem noch besitzt, namentlich die Oberherrschaft über Land und Leute, sind in doppelter Eigenschaft unveräußerlich, einmal, weil sie zum Staat gehören und dann, weil sie einen Teil des Hausfideikommisses ausmachen.“

Die Bestimmungen des vierten Titels findet Haggi² nicht weiter vorgeschritten als jene der Konstitution. Im Gegenteil bedauert er³ in § 7 (Ablösbarkeit der Frohnden) einen gewaltigen Rückschritt. Er nennt die Gleichheit der Staatsbürger nur theoretisch, da doch der Adel bevorzugt werde, und fragt, warum § 6 mit der Leibeigenschaft nicht auch die „Schlageigenschaft“ aufgehoben habe. Behr⁴ und Harl⁵ freuen sich, wie erwähnt, der philosophisch-richtigen Andeutung des Staatszweckes, dessen Erfüllung Harl im vierten Titel überhaupt so schön ausgeführt sieht, daß er ausruft: „Könnte man noch mehr verlangen?“ Haggi⁶ ist auch hier unzufrieden. Er glaubt, zu einem richtigen Habeas corpus fehle im § 8 die Beifügung, daß „außer dem Falle frischer Tat die Verhaftung nur auf vorzuzeigende schriftliche Erkenntnis des ordentlichen Gerichts Platz finde und manches andere“. Durch Spezialtribunale, durch die Auslieferung sieht er den Grundsatz verlegt, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Darum sei auch das Richteramt des Staatsrats zu verwerfen, da ihm die Eigenschaft eines Gerichts nicht zukomme. Ebenso spricht sich Uretin⁷ aus. Ganz zufrieden ist Behr⁸

¹ Uretin findet auch, die Pragmatik vom 20. Oktober 1804 sei durch den 3. Titel nicht aufgehoben, sondern durch dessen § 3 ganz eingedrückt: Seine Ausführungen kontrastieren eigenartig mit den Anschauungen seines Bruders Johann Adam, des Mitglieds der Verfassungskommission von 1814 und späteren Bundestagsgeandten. Er wies in der Kommission darauf hin, daß die Pragmatik „die unter ganz anderen Verhältnissen bei einer ganz geänderten Verfassung unter Voraussetzung ganz anderer Umstände vom Fideikommißverbande und deutscher Patrimonialstaatenverhältnisse erlassen worden, auf die gegenwärtige Stellung des bayerischen Reichs als souveräner Staat . . . nicht mehr passe“. Vgl. Seydel II 380.

² § 56.

³ § 57.

⁴ S. 12 ff.

⁵ a. a. O. I.

⁶ § 58 ff.

⁷ VI. Gespräch. Dabei fällt der heute wieder aktuelle Satz: „Mangelnde technische Kenntnisse sind kein Hindernis der Justiz Besondere Gegenstände verlangen besondere Gesetze, aber nicht besondere Gerichte.“

⁸ a. a. O.

mit § 5, der den Ausschluß der Fremden bedeute, wohingegen Arétin¹ auf die Möglichkeit der Naturalisation verweist. Man könne doch ganz allgemein von der Regierung nicht verlangen, daß sie die Harz- und Schwarzwälder, Potsdamer und Sachsenhäuser, Bremenser und Ostfriesen, Ragenellenbogner und Rakeburger, Salzwedler und Hinterpommern behandle, wie die Bayern. Bayern sei nur ethnographisch, nicht mehr politisch eine deutsche Provinz, sondern ein souveräner Staat, und „außerdem sei es so alter bayerischer Brauch, schon als Herzog Stephan 1363 die ottonische Landeste bestätigte.“ Folgt unter Berufung auf Autoren und Staatsmänner vom Altertum bis in die Gegenwart, den jüngeren Plinius, Tacitus, Lucan, Juvenal, Grotius, Joseph II. der selbstgefällige Beweis für die Vernünftigkeit dieser Bestimmung.

Bezüglich des Staatskirchenrechts rühmen Gaggi² und Carl³, daß die beiderseitigen Rechte genau bestimmt und und das *ius circa sacra* richtig umschrieben sei. Doch trage die vorgenommene Regelung, tadelt jener, zu sehr den Zuschnitt des westfälischen Friedensinstrumentes, weshalb die Griechen, die arbeitsamen Herrnhuter und Mennoniten mit der Beraubung des Bürgerrechts bestraft seien. „Unleugbar mochte wohl allgemein der christlichen Religion das Bürgerrecht zuzugestehen sein und echt weltbürgerlich auch jeder andern, die nicht gegen die Moral und Gesetze der Gesellschaft verstößt. . . . De internis non iudicat praetor.“ Die bevorzugte Stellung der drei öffentlichen Kirchengesellschaften findet bei Arétin⁴ eine andere Würdigung. Hatte Gaggi das Zurückgehen auf das Osnabrückische Instrument verurteilt, so leitet er daraus den geltenden Rechtszustand ab und verteidigt damit auch die Verfassung gegen den anderen Vorwurf, der ihr gemacht wurde:⁵ wenn nicht alle gleichberechtigt, dann eine als Staatsreligion. „Man habe in Bayern keine Kolonie zu gründen, nicht für

¹ V. Gespräch.

² § 60. In diesem Zusammenhange findet Gaggi auch, „daß der Kultus nur für das Innere des Hauses und für die Tempel sich eigne. Es sollte also keine Religion der andern . . . durch äußerliches Gepränge auf den Straßen imponieren und gleichsam Ärgernis geben. Keine Prozession außer den Tempeln wäre da mehr zu halten, ebenso wenig die öffentliche Aufstellung von Religionsbildern, wenn sie nicht Kunstwert haben . . . zu gestatten sein.“ Vgl. Raubmann=Doeberl, Denkwürdigkeiten des Grafen Montgelas. 1908, S. LXI.

³ a. a. O.

⁴ VII. Gespräch.

⁵ Wie wenig man sich auch 1818 noch in manchen Kreisen mit der doch 18 Jahre dauernden Gleichberechtigung der Konfessionen vertraut machen konnte, zeigt der vorgebrachte Einwand, den Arétin als tatsächliche, nicht erfundene, bezeichnet „man hätte das Provinzialsystem in aller Schärfe und Abgeschlossenheit auch in Bezug auf Religion durchführen müssen“. II S. 11.

Neuland rechtliche Formen zu finden gehabt, sondern wohlverworbene Rechte vorgefunden, Bestehendes beibehalten müssen. Die Zusammensetzung des Staates habe von vorneherein ausgeschlossen, das ius reformandi oder ähnliches geltend zu machen, eines der drei Bekenntnisse zu bevorzugen.“ — Einigkeit unter den Beurteilern herrscht bezüglich der Juden. Haggi allerdings übergeht sie bei seinem „echt weltbürgerlichen“ Katalog der gleichberechtigten Bekenntnisse mit Schweigen, Aretin¹ und der bayerische Patriot² sind dafür um so grimmiger. Das Edikt von 1813 hatte die Juden an sich nicht besonders günstig gestellt. Desto interessanter sind die Stimmen gleichzeitiger Beurteiler, Beurteiler von Bildung und Stand wie Aretin, und noch besonders angesichts der heutigen Bewegung zur Reform des Judenedikts. Der Patriot zeterst, „wie schädlich es sei, die nicht christlichen Glaubensgenossen, . . . diesen Krebschaden des ganzen deutschen Handels . . . in die Staatsgesellschaft aufzunehmen, . . . da diese von Betrug und Wucher lebenden Menschen nie Staatsbürger sein können.“ Auch die Güterzertrümmerung muß ihr Teil stellen, und schließlich wird gefordert, keinem Juden die Ansässigmachung zu gestatten, da sie „durch die geringen Preise ihrer schlechten Waren . . . den Handelsleuten und Krämern den größten Schaden zufügen. Die Juden . . . und die ebenso verderblichen Lotterien“ — diese Kunststücke, den Heißhunger einer betörten Menge von Leuten nach Geld zu reizen und der leichtsinnigen Armut mit eiteln Hoffnungen den letzten Kreuzer zu entlocken — sollen verbannt sein!“ Aretin findet, „der gegenwärtige Zustand der Israeliten setzt einer allgemeinen Gleichstellung Schwierigkeiten entgegen, die man bisher nicht überwinden konnte. Wenn es uns nicht bald gelingt, die Juden zu reformieren, schreibt er, werden sie im nächsten halben Jahrhundert uns Christen reformieren!“

Die Stellung der Verfassungsurkunde zu den Stiftungen wird besonders gegenüber der Konstitution von 1808 (I 6) und dem „viroduranischen Stiftungsschmelzwert“⁴ begrüßt, bezüglich des Konkordats und des Religionsedikts tadelt der „Patriot“⁵ sehr richtig: „So einen Vertrag hätte man gar nicht schließen, da er aber einmal geschlossen ist, nicht brechen sollen. Hierüber ist also Zwist mit Rom zu befürchten und vorauszusehen, daß der Papst das Konkordat ganz zurücknehmen

¹ II S. 12.

² S. 18.

³ 1818 nicht 1911. Allerdings handelte es sich damals zunächst um das Lotto.

⁴ Oppositionsblatt 1818 Nr. 139. „Viroduranisch“: Ein Geh. Rat Hartmann war der berühmte Vorstand der Ministerial-Stiftungssektion.

⁵ S. 18.

und nie zugeben werde, daß der König es einseitig abändern könne.“ Aretin¹ begibt sich in das Gebiet der Konfessionstheorien und hebt besonders hervor, daß der römische Stuhl auch heute noch, wie zur Zeit des französischen und der Fürstenkonfessionen als Pazifizent anzuerkennen und zuzulassen sei. „Allerdings sind die menschlichen Einsichten fortgeschritten, aber die katholische Lehre ist in sich abgeschlossen und keiner Veränderung fähig, . . . der Stoff bleibt derselbe, nur die Formen werden in unseren Tagen höhere Einsicht und reifere Ausbildung zeigen.“ Im übrigen „besorgt er überhaupt keine Kritik mehr, seitdem das Religionsedikt vom Jahre 1809 durch die zweite Beilage zur Verfassungsurkunde ersetzt worden ist.“

Als Effner seine „Aphorismen über Bayerns Konstitution“ erscheinen ließ, datierte er sie „1818. Im Lande der Pressefreiheit.“ Gazzi² aber fand, die Presse habe jetzt kein besseres Schicksal als 1808. „Es hätte stehen sollen: Es besteht Freiheit der Presse und des Buchhandels. Die Verbrechen dabei gegen den Staat, die guten Sitten und einzelne Bürger werden nach den gewöhnlichen Gesetzen, erstere aber durch ein Geschworenengericht gerichtet. Jetzt hat die Nation eine Freiheit ohne Freiheit, indem das Edikt nimmt, was die Freiheit gibt.“³ Carl ist voll Ruhmens:⁴ „Der öffentlichen Meinung ist durch die neue Verfassungsurkunde ein geselliger Weg in Bayern eröffnet, dessen gegenwärtige Pressefreiheit auch im übrigen Deutschland mit Recht gerühmt wird. . . . Die Freiheit der Presse ist die Bürgschaft aller Rechte.“ Einen breiteren Raum beansprucht Aretin:⁵ Er ist im allgemeinen

¹ VII. Gespräch S. 16 ff.

² § 62.

³ Seine Kritik entspricht ungefähr dem gegenwärtigen Rechtszustande. Er zitiert auch eine Stelle aus Heft I der „Wage“: „Das bayerische Edikt über die Freiheit der Presse verleugnet standhaft seinen Namen, denn von Freiheit ist darin nirgends, sondern überall von Beschränkungen die Rede.“ Aber auch er anerkennt die höchst liberale Praxis, welche volle Pressefreiheit gewährte und Bayern wirklich zum „Land der Pressefreiheit“ machte. — Die Mainzer Zeitung von 1818 Nr. 68 bringt das Schlagwort: „Die literarischen Kinder der Polizei und die Stiefkinder der Zensur. In einer Verfassung sollte alles auf Recht, nichts auf Persönlichkeit beruhen.“ Eine weitere Mainzer Stimme (28. Juli 1818) findet: „Nach dem Preßedikt kann man aus der Sache machen, was man will, und das war das Kluge, da man eben über ein allgemeines Gesetz im Bundestage für ganz Deutschland unterhandelt; alles hängt ohnehin von der Exekution ab.“

⁴ a. a. O. VIII. Ein ganz sonderbarer Gedanke findet sich S. 70: „Die Pressefreiheit ermöglicht nicht nur den Besitzern des „Kunstkapitals“, entsprechende Einkünfte daraus zu ziehen, sie gibt auch zu verdienen . . . , dem Lumpenhandel . . . , dem Fuhrmann . . . , dem Saffian- und Lederfabrikanten“ (!). (Carl scheint schöne Einbände geliebt zu haben.)

⁵ VIII. Gespräch.

etwas unsicher, d. h. man gewinnt fast den Eindruck, als verteidige er manchen Posten, der ihm verloren scheint, er bringt aber eine Reihe fremder praktischer Einwendungen, und ergeht sich endlich über die vermutliche Regierungspraxis wegen der Veröffentlichung der Kammerverhandlungen. Zunächst läßt er das Preßedikt einem Amnestiedekrete vergleichen, „kraft welches man die vollste Vergessenheit proklamieren und doch die Leute totschießen läßt. Man erkenne die Absicht . . . , ohne ärgerliches Aufsehen und sogar mit dem Scheine der Liberalität einerseits unangenehme Wahrheiten zu unterdrücken, andererseits dem Volke vorzumachen, daß nicht wesentliches vorenthalten sei.“¹ Der Einwand wird erfolgreich widerlegt, ebenso der Tadel, daß den Beamten jede Publikationsmöglichkeit unterbunden sei.² Nicht besser geht es dem Einwurf, daß die Presse zu sehr in den Händen des Ministeriums liege. Arctin fügt sogar bei, daß er das Gegenteil für richtig halte. Dabei fällt ein Vergleich mit Frankreich, wo die Minister zeitweise zur Feder des Journalisten griffen, wo aber auch die Pariser Presse allein die öffentliche Meinung bilde. Offen bleibt unter anderem die Frage,³ ob die Polizeiorgane ausreichende Kenntnisse zur Beurteilung betreffender Schriftwerke besäßen, ob nicht schließlich alles, was man wolle, zur Ordnungs-, bezw. Sittlichkeitsgefährdung gestempelt werden könne, wenn nicht doch die gefährlichsten Ausfälle durchschlupfen gelassen werden müßten,⁴ ebenso, daß die Instanzenfolge wegen vielfacher Befangenheit oder Beteiligung an der Sache u. a. m. keine Garantien biete.

Die grundsätzlich allgemeine Wehrpflicht wird natürlich gepriesen, mit sehr scharfem Tadel werden aber die einzelnen Ausnahmen angegriffen. Vor allem ist es das Kadettrecht des Adels und der höheren Beamten, welches verurteilt wird, da es die Gleichheit vor dem Gesetz verlege. Hierin stimmen u. a. überein der „Volkshfreund aus Schwaben“ vom 13. Juni 1818, der „Rheinische Merkur“ vom 11. und 23. Juni 1818,⁵ der „Patriot“ Nr. 3 und 4 von 1818,

¹ Entnommen dem Oppositionsblatt 1818 Nr. 139.

² Frankfurter Staatskristretto vom 23/24. Juni 1818.

³ Das moderne Schlagwort schon 1818.

⁴ Er gedenkt dabei eines aus der Napoleonischen Zeit stammenden sächsischen „Kalenders für die Jugend“, dessen, als eines Kuriosums, Schilderung ich hier wiedergeben möchte. Bei jedem Monatsstage war irgend ein beliebiger, berühmter Name angeführt, z. B. im Januar Staatengründer, im Februar Helden, im März wohlthätige Fürsten usw., ohne daß Napoleons gedacht worden wäre, bis der Dezember, mit Vrätrichen und Räubern deforziert, zum 30. den Schinderhannes, und am letzten Plaz zum 31. „— — —“ brachte.

⁵ Dem Schreiber des zweiten Artikels hat das bayerische Beispiel „alle Lust nach einer Verfassung benommen, denn dort gibt es Patri-

während es unter den Zeitungen allein der „Deutsche Beobachter“ vom 31. Juli 1818 verteidigt: „die Kadetts brächten auch eine ganz andere Vorbildung mit als die Bauernjungen, und könnten reiten, lesen, schreiben, egerzieren, da sie das alles zu Hause lernten.“ Der Mehrheit der Presse schließt sich Hazzzi¹ an mit allgemeinen Bemerkungen, während Professor Carl² der Minderheit angehört und das Kadettrecht nach dem Rang der ordentlichen öffentlichen Hochschullehrer — wie Siegelmäßigkeit und befreiten Gerichtsstand — auch für sie und ihre Söhne in Anspruch nimmt. Daß sich die Unzufriedenheit mit diesen Ausnahmen sehr laut geltend gemacht haben muß, zeigt der Beruhigungsversuch, den die Regierung durch eine offiziöse Auslassung in der Nationalzeitung vom 13. Juli 1818³ unternahm: „Das Recht, Kadett zu werden, stehe jedem zu, der die entsprechende Bildung besäße. Die Söhne des Adels und der höheren Beamten träten nur gleich als Kadetten ein. (!) Als solche genössen sie keine anderen Vorzüge als die übrigen Kadetten, nämlich: Anrede mit „Sie“ und Befreiung vom kleinen Kaiserndienst (Stubenreinigen, Holzhacken) sowie von der Prügelstrafe.“

Der letzte Paragraph des IV. Titels (Auswanderung, Annahme fremdherrlicher Ehren) erregt noch Hazzzi's⁴ Unwillen. Zwar sei er besser, als Titel 1 § 8 der Konstitution von 1808, aber immer „wird noch dem Bayer das allgemeine Vaterland, die Welt entzogen, das angeborene Recht ihm entzissen. Leibeigen ist er erklärt für Bayern und nur gleichsam der Zwinger mittels der Bundesstaaten erweitert.“ Zu anderen Verhältnissen übergehend bemerkt er: „Auch der Universitätszwang möchte in die gleiche Kategorie gehören.“ Gar nichts rühmliches findet er endlich darin, daß die Auswanderung nachsteuerfrei erfolge, „da es gänzlich ungerechtfertigt sei, Abgaben dafür zu erheben, daß man fremdes Eigentum ausfolgen läßt.“

Wir haben schon davon gesprochen, daß 1818 die weiteren, die weiteren wirklich gebildeten Kreise in Bayern, wie überhaupt, in naturrechtlichen Anschauungen befangen waren, denen ja auch der Konstitutionalismus entstammte. Solchen Leuten

monialgerichte, eximierte Gerichtsstände, . . . Kadetten, höhere Menschenglassen“.

¹ § 63. Im § 71 zum 5. Titel polemisiert er ausführlicher dagegen. Das bisherige Erbsystem habe wenigstens finanziell die Kapitulanten tüchtiger gedienter Mannschaften ermöglicht. Jetzt steure man einem adeligen Offizierkorps zu.

² a. a. O.

³ Nachgedruckt in der „Augsburgischen Ordinari-Postzeitung“ vom 15. Juli 1818 und der „Neuen Speyerer Zeitung“ vom 21. Juli 1818.

⁴ § 64.

konnte natürlich Tit. V „Von besonderen Rechten und Vorzügen“ der Verfassungsurkunde samt seinen Edikten nicht gefallen, so groß seine historische Berechtigung auch gewesen sein mag. Gajzi¹ rühmt die viel radikalere Konstitution von 1808 und erinnert an die Zeiten der Huosi, Drozza, Fagana, Hahilinga, Anniona mit ihrem doppelten Ehrenrechte und der doppelten compositio. Er sieht in der grundherrlichen Gerichtsbarkeit einen Verstoß gegen Tit. 8 § 1: die „Gerichtsbareit geht vom König aus 2c.“, und in der Zulassung der Fideikomisse, diesen Resten der Feudalzeit, eine Sünde am Volkswohlstand; statt des 19. habe man das 15. Jahrhundert. Ebenso fährt er über den befreiten Gerichtsstand² her und über die Einweihung der alten bayerischen Siegelmäßigkeit, die, wenn schon, dann auch den Lizentiaten und Anwälten und diesen weit mehr als jungen Adelligen gebühre. Aber „sie ist der raue Degenknopf des Ritters, der in der rauhen Vorzeit alles vermochte . . . , sie gleicht dem hervorgesuchten Panzerhemd aus der alten Rüstammer der Schwarzenburg“ „Indessen heute sind Bürger und Bauern weder Wilde noch Rinder“, die Siegelmäßigkeit aber „verschuldet sogar, selbst dem Namen nach vertilgt zu werden, denn unter ihrem Deckmantel haben bisher die Adelligen die guten Bürger um Millionen betrogen“. Der „Bayerische Patriot“³ stimmt in diesen Tadel ein und bemerkt noch, daß er von der Ständerversammlung Abhilfe erhoffe. Kretin⁴ betont auch beim 7. Titel die historische Entwicklung und der zufolge habe man auch in den Ständesherrn „eine Klasse von Staatsbürgern aufnehmen müssen, die uns ebensowenig zu Mitbürgern wollten, als wir sie“, worhingegen Behr⁵ gegen ihre Stellung eifert.

Wir wenden uns einem Gegenstande zu, bei dessen Beurteilung sich die Gemüther am meisten erhitzten, die Anschauungen am weitesten von einander abwichen, dem großen Neuen der Verfassungsgesetzgebung, der Ständerversammlung. Gajzi⁶ ist es zunächst, der mit heftigsten Worten das Zweikammersystem angreift und die Konstitution von 1808 als nicht

¹ § 65–71. Bgl. aber Mainzer Zeitung vom 28. Juli 1818: „Die Vorzüge des Adels gefallen mehr als sie mißfallen“.

² „Wenn zwei Instanzen eine Wohlthat sind, warum gewährt man sie nicht allen Bürgern. Der gewöhnliche Gerichtsstand scheint also nicht viel zu taugen.“

³ S. 12.

⁴ IX. Gespräch.

⁵ S. 28, ähnlich die Allgemeine Zeitung vom 11. August 1818. Besonders tobt der „Volksfreund aus Schwaben“ vom 13. Juni 1818: „Die Vorrechte gehen auf Kosten des freien Bürgerstandes. Titel nichts als Titel können noch zugestanden werden. Wer sich nicht damit begnügen will, dem steht es frei, sie abzulegen.“

⁶ § 72–80.

erreichtes Vorbild (?) preist. Zwar sei seit 1808 „der Kreuzzug der Mediatisirten nach Austriens Kaiserstadt geschehen, wo sie durch den schönen Mund der Fürstin Fürstenberg von der captanda benevolentia den gotischen Bau des alten Reichs zurückerbitteln wollten; zwar habe ihnen die Bundesakte zugesichert, daß sie die ersten Standesherrn sein sollten, damit sei aber nicht das Zweikammersystem angeordnet. Nur Trugschlüsse hätten die erste Kammer in Deutschland eingeführt. In England habe der Adel die magna charta abgetroßt, das Volk sei erst später hinzugetreten, und Ludwigs XVIII. Pairskammer enthalte nur die besten Männer des Landes, die Großen der Revolution“. Hornthal¹ findet: „Eine ungetrennte Repräsentation dürfte vielleicht besser gewesen sein“, denn sie gewähre gründlichere und schnellere Erledigung der Geschäfte im Zusammenwirken von Männern aller Stände und der verschiedenartigsten Erfahrungen. Behr² gleich Hornthal im ersten Landtag oppositionell, begrüßt die neue Verfassungseinrichtung mit glänzenden Phrasen als „Hauptpfeiler und Fundament und Hauptmoment dieser Schaffung“. „Achtend das Gefühl dieses Interesses . . . wollte der König die wichtigsten Angelegenheiten des Bürgervereins (!) nicht länger als ausschließende Privatsache der Regierung . . . behandelt wissen.“ Zwar wäre Einheit des Organs erwünschter gewesen, doch habe die Willigkeit und Rücksicht auf besondere Verhältnisse des Staates das Zweikammersystem gefordert. Natürlich findet auch Aretin³ den Weg von der theoretischen Forderung zum historisch Gewordenen. Seine Rechtfertigung des Zweikammersystems geschieht im Anschluß an die Balancetheorie Montesquieus,⁴ außerdem unter Bezugnahme auf die aus der Bundesakte resultierende völkerrechtliche Notwendigkeit. Carl⁵ Kocht aus dem VI. und VII. Titel, deren Bestimmungen einfach abgedruckt werden, einen süßen Punsch des Lobes. Er freut sich der „Eigentümlichkeit der germanischen Völker, als Ausfluß ihrer Freiheit nur bewilligte Steuern zu zahlen“ und führt die neue bayerische Ständeversammlung bis auf die Zeiten Tassilos zurück.“ Ein neues Moment, allerdings unter Ignorierung der

¹ a. a. O. S. 58.

² S. 26.

³ S. 51.

⁴ ebenso Soden § 24.

⁵ XIII. In einer Anmerkung verweist er Interessenten auf sein Steuerhandbuch, welches in der Buchhandlung von E. K. . . . zum Preise von 7 fl. 12 kr. Ladenpreis, 4 fl. Vorzugspreis zu haben ist. (!)

⁶ Die Repräsentativverfassung entstammt ja den Wäldern Germaniens, eine Parallele aus dem „Königreich Adams“ oder dem „Kaiserreich Noahs“ wäre aber entschieden noch wirksamer gewesen. Vgl. Rousseau, du contrat social I 2 a. G., wo mit den beiden hier ange-

Bundesakte bringt der „Bayerische Patriot“:¹ Ob eine ungetrennte Repräsentation nicht besser gewesen wäre, schreibt er, wird sich in der Zeitfolge aufklären. . . . Unterdessen ist nicht abzusehen, daß nicht ebensogut eine Wahl bei der ersten Kammer stattfinden könne, da doch bei der Gründung einer gemeinsamen Verfassung alle besonderen Interessen und Ansprüche zur Einheit gelangen sollen, und in einem Staate nur Staatsbürger sind, welche ihre Repräsentanten auf die Landtage selbst zu wählen haben. Man erblickt hieraus das Bestreben der Regierung, sich für die Durchsetzung ihrer Pläne zu sichern, damit diese immerhin nach ihren Wünschen geleitet werden, welches nie verfehlen wird, da es in der Macht der Regierung liegt, solche Reichsräte in die Kammer zu setzen, die ihrer Absicht entsprechen.

Damit sind wir bereits einer zweiten Frage nahe gekommen, jener nach der Zusammensetzung und Bildung der Kammern. „Tit. 6 § 2 müsse mit der Standschaft hingenommen werden, im übrigen aber sei die Bildung der ersten Kammer mit Weisheit entworfen“, meint Soden,² wenn schon philosophistische Staatswirte mit einiger Verwunderung die Geistlichkeit unter deren Gliedern erblicken dürften, welche eigentlich nur als Staatsdiener, nicht aber als ein besonderer Stand im Staate erscheine, und ihr nach ihrer Natur und der Bestimmung ihres Berufs alles Politische notwendig durchaus fremd ist und bleiben soll.³ Dazzi⁴ findet ebenfalls, „es sei dunkel, welchen Teil der Nation die Erzbischöfe verträten. Auch die Religion brauche keine Vertretung, noch könne es auf Kontroverspredigten des Bischofs und des Präsidenten des Generalkonsistoriums abgesehen sein“. (1) Die Erblichkeit der Reichsräte ist ihm trotz der Bundesakte unsympathisch, zumal diese alle Neubayern seien⁵ und ihre Anhänglichkeit bereits glänzend bewiesen hätten. Auch Hornthal⁶ tadelt die Erblichkeit einzelner Landstände — ebenso die Bindung an Grundbesitz — und findet, sie stehe mit dem Interesse, welches die Nation an der Volksrepräsentation habe, nicht so ganz im Einklange. Die erste Kammer sei nur eine Regierungskammer, welche von dem König oder den Ministern immerhin nach ihren Wünschen werde geleitet

deuteten Gedanken viel wirksamer, als es John Sodes two treatises on government vermochten, Sir Robert Filmer's Patriarcha rebuttetur.

¹ S. 8.

² § 26.

³ Vgl. auch Promemoria des Kronprinzen Ludwig über die Nichtzulassung der Geistlichen bei Heigel, Quellen und Abhandlungen I S. 385 ff.

⁴ S. 72.

⁵ Natürlich! Es handelte sich ja hauptsächlich um Mediatisirte.

⁶ S. 61.

werden können. „Einen geborenen Volksvertreter“, sagt Aretin,¹ halte ich für ebenso lächerlich, wie einen geborenen Professor, aber einen geborenen Reichsstand — bemerken Sie wohl den Unterschied und vergessen Sie nicht, daß wir nur Reichsstände aber keine Volksvertreter² haben — kann ich wohl gelten lassen, ja ich glaube sogar, daß diese Erblichkeit im Geiste der konstitutionellen Monarchie liegt.“ Gajzi³ bedauert den § 3, weil er die Möglichkeit, noch mehr erbliche Reichsräte zu schaffen, bietet, und findet bezüglich der lebenslänglichen, daß man noch nicht gewohnt sei, sie „da zu suchen, wo Verdienst und Talent zu finden seien, in der Bürgerklasse, nicht bei Geburt und Reichthum“. Soden⁴ freut sich, daß der Monarch das Recht der Vermehrung der Pairs, anders als der englische König, nur beschränkt habe, wogegen der „Patriot“⁵ die Möglichkeit des Pairschubs tadelt. Aretin⁶ widerlegt dieses letztere mit dem Hinweis auf Tit. VI § 4.

Und nun zur zweiten Kammer! Tit. VI § 7—16 — über ihre Zusammensetzung — tragen für Hornthal⁷ „das Gepräge höchsten Wohlwollens“. Gajzi⁸ begegnet manchem Tadelnswerten. Im Unterhause findet er von Anfang an $\frac{1}{3}$ adeliger Grundbesitzer, aber auch die Städte hätten erbliche Patriziate, und von den $\frac{1}{4}$ Landeigentümern werde die Wahl schon wegen der Bildung wieder zum großen Teil auf den Adel fallen.⁹ „Das Eigentum der Bauern und Bürger verhält sich zu dem des Adels wie 9:1, trotzdem hat der Adel, $\frac{2}{100}$ der Nation und $\frac{1}{10}$ des Grundbesitzes, $\frac{3}{4}$, mindestens $\frac{2}{3}$ der Repräsentation — die erste Kammer und die Hälfte der zweiten — inne. München, Nürnberg, Augsburg haben mehr Einwohner als alle Kronbeamte und Mediatisierten in ihren Bezirken haben, trotzdem nur 4 Stimmen im Unterhaus, Regensburg, die älteste und berühmteste Hauptstadt Bayerns und

¹ S. 50.

² Selbst bei Aretin eine Andeutung jenes famosen Unterschiedes, den 1819 die „dreifachen Auslegungskünste, jene lede und sophistische Verdrehung der Geschichte und der rechtlichen praktischen Wahrheit“ eines Geng mit dessen Denkschrift „Über den Unterschied von landständischen und Repräsentativverfassungen“ in die Staatspraxis einführten. Vgl. Klüber, wichtige Urkunden ... 2. Aufl. 1845, S. 214 Anm.

³ a. a. O.

⁴ § 28.

⁵ Nr. 3, 4. Eine solche Möglichkeit besteht aber nicht, da das Verhältnis der erblichen zu den lebenslänglichen Reichsräten genau festgesetzt ist und die Verleihung der erblichen Reichsratswürde an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Tit. VI § 3 ff.

⁶ S. 53.

⁷ S. 63.

⁸ § 71—79.

⁹ „Das Unterhaus wird zur Hälfte nur mit Adelligen oder von ihnen Abhängigen besetzt.“ Rhein. Merkur vom 11. Juni 1818.

die Direktorialstadt aller Reichsstädte,¹ hat nicht einmal eine Stimme und muß also erwarten, ob ihr bei der Repräsentation nicht ein Bürger von Amberg oder Waldmünchen vorgezogen wird. . . . Warum überhaupt noch die Bezeichnung Stände, da man nur gleiche Bürger vor dem Gesetze kennt Adel und Erbscholle sind übermäßig, die Industrie, der Handel und die Hauptsache, der Verstand . . . die Lehrer, Universitäten . . . gar nicht vertreten“. . . . Alles in allem Tit. IV der Konstitution von 1808 verdient weit den Vorzug. Ein Bedenken, das Gajzi geäußert hatte, teilt auch Behr:² „Ob Besitz des notwendigen Vermögens, so meint er, auch genügende Talente, Kenntnis, Vaterlandsliebe, rege Teilnahme, wahre Bürgertugend und Unererschrockenheit mit sich bringen, wird die Zukunft lehren.“ Allerdings „wenn ein von Standesinteressen geläuterter Bürgersinn erst ein Produkt der Zukunft sein sollte, und man deshalb die Auswahl der Volksvertreter zur Balanzierung der Interessen- und Klassengruppen traf, so ist die Zusammensetzung ein Meisterwerk“. Diese letzte Meinung teilt auch Uretin.³

Was die Persönlichkeit der Abgeordneten anlangt, tabelt Gajzi⁴ zunächst das vorgeschriebene Alter von 30 Jahren im Verhältnis zu dem auf 25 festgesetzten für Reichsräte. „Diese mußten also um 5%⁵ klüger sein.“ Der „Patriot“⁶ empfiehlt für die Abgeordneten der letzten Klasse der Landeigentümer in den zur Beratung kommenden Fragen den Beirat von Konsulenten, erwartet also von der eigenen Einsicht dieser Männer nicht besonders viel; auch hält er sich darüber auf, daß die Beamten um königliche Bewilligung zum Eintritt in die Kammer nachsuchen müssen (§ 44c der X. Verfassungsbeilage) und findet, sie würden entweder schlechte Staatsdiener oder Abgeordnete sein.“⁷ Entgangen ist den Beurteilern aber, welch scharfe Waffe eben dieser § 44c mit § 11 Tit. VI der Verf.=Urk., wonach als Ersatzmann der nächst dem Erstgewählten mit den meisten Stimmen Begehrte nachzurücken hat, in die Hand der Regierung gibt, die nicht nur unliebsame Elemente damit aus der Kammer entfernen, sondern eventuell auch genehmere ein-

¹ Gajzi kann mit einem Male historische Erinnerungen brauchen.

² S. 27.

³ a. a. O.

⁴ § 79.

⁵ richtig 20%. $\left(\frac{25}{5}\right) = 1/5$.

⁶ Nr. 8.

⁷ Heute ist allenthalben für Beamte zum Eintritt in die Kammer Urlaub nicht nötig oder er darf nicht verweigert werden. Vgl. z. B. für jenes und dieses Reichsverfassung Art. 21. Bayer. Landtagswahlgesetz vom 9. April 1906 Art. 35.

treten lassen kann. Daß dies eine direkte Fälschung des vom Wahlkreis ausgesprochenen Willens ergibt, ist klar.¹

Uretin² bemerkt: „Ein Wahlgesetz, welches der Regierung zu viel Einfluß auf die Wahlen verschafft, kann der Verfassung selbst gefährlich werden. . . . Auch bei uns ist das Wahlgesetz noch zu sehr ein Produkt des Bevormundungssystems, welches sich schon jetzt kaum mehr rechtfertigen läßt, in kurzer Zeit (!) aber alle Anwendung verlieren wird. Diejenigen deutschen Regierungen, welche bisher fast nichts als Polizei und Verwaltung waren, werden dann um vieles weniger zu tun haben, und das Staatsleben wird dabei um so frischer werden. . . . Darum soll der Regierung selbst daran liegen, eine solche Form der Wahl zu bestimmen, bei welcher am gewissesten auf eine Vereinigung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Charakteren gerechnet werden kann,³ damit von einer so zusammengesetzten Versammlung in Bezug auf ihr wichtigstes Geschäft, die Legislation, etwas vorzügliches erwartet werden könne“. „Doch trete, fährt er fort, bei der Stellung der Stände die Meinung zu Tage, sie seien keine Stütze, sondern eine Opposition, welche man als notwendiges Übel ertragen aber kurz halten müsse“, ein Abbild der alten dualistischen Anschauungsweise von den Landständen, die sich bis heute erhalten hat und auch für unsere modernen Parlamente die richtige Auffassung von deren primärer Eigenschaft als Staatsorgan nicht durchdringen läßt.

Bezüglich des Wirkungskreises der Ständerversammlung fordert zunächst der „Volksfreund aus Schwaben“:⁴ „Ohne Zustimmung der Stände sollte gar kein neues Gesetz gegeben oder ein altes aufgehoben werden können“⁵ und „nicht bloß

¹ Eine Erwägung, die erst wieder bei der Beratung des neuen Landtagswahlgesetzes praktisch wurde (Art. 14 Abs. 2: Stichwahlentscheid durch relative Mehrheit).

² S. 55.

³ ähnlich der „Bayer. Patriot“ S. 8ff.

⁴ a. a. O.

⁵ Anlaß zu dieser Bemerkung gibt Tit. VII § 2 der Verfassungsurkunde: „Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Königreichs kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Person oder das Eigentum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen . . . werden.“ Der „Volksfreund“ unterliegt einem ähnlichen Zweifel, wie er den württembergischen Gesetzgeber veranlaßte, als entgeltigen Terminus in § 85 der Württemb. Verfassung an der entsprechenden Stelle „kein Landesgesetz“ aufzunehmen. Max von Seydel hat aber auf Grund des gesamten Aktenmaterials nachgewiesen, daß Tit. VII § 2 den Begriff des Gesetzes nicht beschränke, sondern definiere und daß kein „Gesetz“ jeder an die Untertanen gerichtete verbindliche Anordnung eines Reichsorgans sei (Staatsrecht II 316 ff.). Seine Ausführungen wurden, ausgehend vom badischen Rechte, das Verf.-Urk. § 65 die bayerische Formel gebraucht, durch Walz, Thoma und Rosin angefochten.

die direkten, sondern auch die indirekten Steuern (Tit. VII § 3) müssen der Bewilligung der Stände unterliegen". Ähnlich äußert sich Pazzi¹ und bringt außerdem noch die aktuelle Motivierung: „denn die indirekten sind meist drückender". Hornthal² legt die Legaldefinition in Tit. VII § 2 anders aus als der Volksfreund und findet richtig, „da es kein Gebot oder Verbot gebe, wodurch nicht die eine oder andere Freiheit berührt, betroffen werde, so sei der Anteil der Stände an der Gesetzgebung durch unsere Verfassungsurkunde ohne Beschränkung anerkannt". Einstimmig werden die sechsjährigen Finanzperioden, wird die nur zweimonatige Sitzungsdauer, wird der dreijährige Zwischenraum zwischen den einzelnen Tagungen verurteilt.³ Naturgemäß gibt auch das Budgetprüfungsrecht zu vielen Bemerkungen Anlaß. Wir folgen zunächst Hornthal,⁴ dessen Abgeordnetentätigkeit sich später auch gerade bei dieser Materie besonders entfaltete. Er schreibt: „Die erforderlichen direkten Steuern mit ihren Reservefonds werden jedesmal auf sechs Jahre bewilligt. Auf eine kürzere Zeit, zwei, höchstens drei Jahre, wäre wünschenswerter". Bezüglich der Feststellung des Staatsbedürfnisses bemerkt er sehr richtig und die kommende Entwicklung vorausahnend, „kann es nicht bei der Vorlage (an die Stände) verbleiben (Tit. VII § 4), sondern es muß eine gewissenhafte Prüfung Platz greifen." Das Gleiche gelte von der Rechnungsvorlage und hätte ausgesprochen werden sollen. Titel VII § 9⁴ „bringe freilich jene früheren Jahrhunderte ins Gedächtnis, in welchen die Landstände beinahe so oft ihre Rechte ausdehnten, als sie dem Fürsten Steuern bewilligt hätten. Infolgedessen sei die Bestimmung nur erfreulich Aber mit gar keiner Bedingung? Es gebe doch Bedingungen, wie Abstellung von Schäden, die nicht dem Repräsentanten, sondern dem Ganzen nützlich seien und solche müßten zugelassen werden". — Der „bayer. Patriot"⁵ wünscht die direkten Steuern jährlich, die indirekten nach Gutbefinden oder auf drei Jahre bewilligt zu sehen, und der „Volksfreund aus Schwaben"⁶ rät: „Wenn das Budget den Ständen nur alle sechs Jahre

¹ § 81.

² S. 71 ff.

³ so auch Aretin S. 57, Behr, Andeutungen in Bezug auf die finanziellen Momente der neuen Verfassung des bayer. Staats. 1818. Soden § 32. Pazzi § 81.

⁴ „die Stände können die Bewilligung der Steuern mit keiner Bedingung verbinden." Wie manches von diesen Gedanken Hornthals richtig ist, darüber vgl. Seydel, bayer. Staatsrecht, bes. II S. 587.

⁵ S. 14.

⁶ a. a. O.

vorgelegt wird, so kann der Finanzminister machen, was er will“.

Die Gewährleistung der Staatsschuld durch die Stände hält der „baier. Patriot“¹ für das Hauptmittel, „um den gänzlich gesunkenen Staatskredit wieder emporzubringen, wohl auch die Veranlassung zu der gegebenen Verfassungsurkunde, weil ohne diese jenes nicht zu realisieren wäre“. Er und Hornthal² erblicken aber in der ehrlichsten Rechnungslegung und Nachweisung die unerläßliche Voraussetzung für diese Garantieübernahme. Die beiden ständischen Schuldentilgungskommissäre (§ 13 ff.) und ihr Wirkungskreis finden wenig Beifall. Hornthal³ hält die ganze Einrichtung für verfehlt, unbeholfen und unbehelflich, aber gefährlich und empfiehlt die Einsetzung eines ständigen Ständeausschusses, „des wesentlichen Stützpunktes jeder wahren ständischen Vertretung“. Geeignete Instruktionen und freie Wahl durch die Stände würden die Auswüchse wie beim alten Landschaftsausschuß vermeiden lassen. Damit umgehe man auch die große Gefahr, die § 15 (Aufnahme von außerordentlichen Anleihen mit Zustimmung der beiden ständischen Kommissäre) dem Volke berge. „Alles Außerordentliche vorzüglich in Sachen des Staates, deutet auf Wichtigkeit. Drohende Gefahren fordere die Aufnahme von . . . Millionen. Werden zwei Männer die schwere Last dieser Verantwortlichkeit auf sich nehmen und von ihrer Befugnis Gebrauch machen?“⁴ Sollen die Stände in eine solche Aufnahme willigen müssen?⁵ Dann wäre das Vermögen des Staats, des Volkes in die Hände zweier Männer gelegt Das kann die Verfassungsurkunde nicht wollen!“ Gajzi⁶ findet die beiden Kommissäre überflüssig, Hornthals Vorschlag aber noch gefährlicher, Soden⁷ kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie jener. Ihm scheint der § 13/14 die Notwendigkeit eines ständischen Ausschusses einzuschließen, da er die beiden Kommissäre überwachen müsse.

Am Petitions- und Beschwerderecht (§ 19 ff.) — „mit welchen Kämpfen haben die Engländer ihren Regenten dieses Recht abgedrungen“ — tadeln Hornthal⁸ und Gajzi⁹ den be-

¹ S. 16.

² S. 83 ff.

³ S. 84—94. Ähnlich in der Kritik auch Aretin S. 57.

⁴ Der Volksfreund aus Schwaben a. a. O. bemerkt zu § 15 entgegen: „wie leicht werden zwei Männer vom Glanze der Krone geblendet.“

⁵ Vgl. die Meinungsverschiedenheit Bögl, Bayer. Verfassungsrecht S. 540 und Seydel, Staatsrecht II 403 hierüber. Seydel ist für die Bindung jeder Kammer an das Votum ihres Kommissärs.

⁶ S. 83.

⁷ S. 36.

⁸ S. 94 ff.

⁹ S. 84.

schränkten Umfang in formeller und materieller Beziehung. Ist jenem die erste Kammer stets die Regierungskammer, so wird sie auch, findet er, die notwendigen „gemeinsamen Anträge, Vorstellungen“ beider Kammern auf Wunsch der Regierung hindern. Auch Haggi tadelt das Veto der beiden Kammern gegeneinander, möchte aber positiv die bezeichneten Rechte auch auf die Verwaltung erstreckt sehen. Abgesehen davon finden beide¹ diese Rechte dadurch beschränkt, daß die Kammern zu selten berufen werden, zu kurz tagen, und daß außerdem noch die königlichen Anträge allen anderen Geschäften vorgehen (§ 22 Abs. 3). So könnten beide Rechte illusorisch gemacht werden.

Die Immunität der Ständeversammlung (§ 26, 27) wünscht Haggi² weiter ausgebaut, § 28 ferner ist ihm „eine verunglückte Nachbildung des unglücklichen Vorbildes Art. 21 der Charte Ludwigs XVIII. Er übersieht dabei jedoch, daß „ein Gegenstand, über welchen die beiden Kammern sich nicht vereinigten“, in dem Augenblicke ein neuer Gegenstand ist, wo er amendiert an die Kammern zurückgeht, so daß seine Klage, § 28 schiebe die wichtigsten Vorlagen von einer Session zur anderen, hinfällig ist. § 29 erinnert ihn zu sehr an den Reichsabschied. Soden³ findet, er hemme den Geschäftsgang, und Aretin⁴ und der Volksfreund⁵ bedauern, daß er den Ständen die Möglichkeit der Replik raube. In der That ist schon seit dem Gesetz vom 25. Juli 1850 diese Bestimmung aufgehoben und die königliche Entschliebung auf die wichtigsten Gesekentwürfe (Sanktion) erfolgt alsbald, wonach ihrer im Landtagsabschied nur noch berichtend erwähnt wird.

Wie ein Satyrspiel nach der ernsten Handlung nimmt es sich aus, wenn Haggi⁶ klagt, warum man den Ständen kein besonderes Kostüm verliehen habe und sich mit den Worten tröstet, die er einer Revolutionsgeschichte entnimmt: „On donna aux deux premières chambres un costume pompeux et aux communs celui quasi à porter le deuil“.

Zum VIII. Titel — Von der Rechtspflege — vernehmen wir eigentlich nur Haggi⁷ und den Volksfreund⁸ mit einigen Bemerkungen. Beide beklagen den Mangel an Öffentlichkeit des Verfahrens und die fehlenden Schwurgerichte. „Wir haben das Behmverfahren“, schreibt Haggi. Auch den § 5 (Gerichtsstand des Fiskus vor den ordentlichen Gerichten) findet er

¹ S. 97 ff., § 85. Auch der „Volksfreund“ a. a. O. ist dieser Meinung.

² S. 86—88.

³ S. 42.

⁴ S. 57.

⁵ a. a. O.

⁶ S. 90.

⁷ S. 91—95.

⁸ a. a. O.

unvollkommen, bezeichnet die Namen „Fiskus, Fiskal“ gehässig und vermißt das „öffentliche Ministerium“. Vermögenskonfiskation sei niemals zu rechtfertigen, auch wenn sie in dem beschränkten Maße des § 6 auftrete. Erst zum letzten Paragraphen dieses Titels treffen wieder einige Meinungsäußerungen zusammen. Hornthal¹ klagt, daß die Verfassung von einer Revision der Gesetzgebung ganz schweige und nur Einheit des bürgerlichen Strafrechts ankünde (§ 7), Gazzi² erinnert sich des Streitens Savigny-Thibaut über den Beruf ihrer Zeit zur Gesetzgebung, und wie er schon einmal³ bei der Empfehlung des code civil es lächerlich gefunden hatte, „wenn jeder Staat von ein oder zwei Millionen Menschen sich klüger achten und durch ein paar römische Juristen etwas ganz anderes und besseres zur Welt bringen will“, so meint er bei dieser Gelegenheit: „Ein modernes Gesetzbuch bedarf die Nation, nicht einen Quark von Millionen unbestimmten, ins unendliche sich durcheinander windenden und aufeinander berufenden, in Folianten begrabenen Gesetzen, Gewohnheiten, Observanzen, Doktrinalinterpretationen, Novellen, Klauseln und Annotationen 2c.,“ eben den code civil.

Bezüglich des 9. Titels — Von der Militair-Verfassung — macht Gazzi⁴ den Vorschlag, „die Jünglinge — nach preussischem Vorbilde und germanischer Sitte — mit 18 Jahren wehrfähig zu erklären und in den Nebenstunden zu Hause in den Waffen sich üben zu lassen“. Er vermißt eine Bestimmung gegen den Menschenlauf und tadelt den § 7 (Militärjustiz). „Es darf der Soldat als Bürger sich nie vergessen. Nicht ungestraft mißhandle er den andern Bürger . . . Nur in Dienstfachen, in eigentlichen Militärvergehen und reinen Militärverbrechen kann die Militärbehörde erkennen. Alle anderen Gegenstände gehören vor die ordentlichen Gerichte“. Der Volksfreund⁵ aber bewährt seinen Namen und erklärt kurzweg: „Eine stehende Armee ist nicht konstitutionsmäßig!“

Die Urtheile über die Gewähr der Verfassung — Titel X — zeigen wieder deutlich, wie sehr die Autoren im Bannkreise des Naturrechts und der Ideen von 1789 stehen. So fragt Gazzi⁶ nach den Folgen des verweigerten Königseides und ist geneigt, als solche den Thronverzicht anzusprechen.⁷ Den

¹ S. 71.

² S. 95.

³ S. 38.

⁴ S. 96 ff.

⁵ a. a. O.

⁶ §§ 98 ff.

⁷ Septemberverfassung von 1791 tit. III chap. II sect. I § 5: „Si, un mois après l'invitation du Corps législatif, le Roi n'a pas prêté le serment (den Königseid nach § 4), ou si, après l'avoir prêté, il le rétracte, il sera censé avoir abdiqué la royauté“.

Staatsbürgereid findet er „zweckmäßig“, er ist ja, wie wir gesehen haben, die Besiegung des Staatsvertrags. Über die Ministerverantwortlichkeit ist oben schon gehandelt, und so bleibt nur die fehlende Initiative der Stände zu Verfassungsänderungen: „Es darf also, klagt H a z z i,¹ das neugeborene Kind, mit so schweren Fesseln rundum belastet, nicht einmal um Hilfe schreien“. Eine Verfassungsgarantie des durchlauchtigsten deutschen Bundes, wie sie andere Grundgesetze enthielten, wird nicht vermisst.

Unter den Stimmen der Zeitgenossen darf die Meinungsäußerung des Mannes nicht fehlen, dessen Gestirn in cadente domo stand, als es mit der Verfassung wirklich ernst wurde, den derselbe Tag stürzte, der die Kommission zur letzten Arbeit zusammenrief, dessen Tätigkeit aber durch rastlose Arbeit im großen wie im kleinen den Weg bereitet hat, auf dem die Verfassung einziehen konnte, Montgelas'. Man wird dabei immer auf die Äußerungen zurückkommen, die zunächst Titel VI und VII betreffen, die Julie von Herzog in der Einleitung der Ausgabe ihres Briefwechsels mit dem Minister mitteilt, und die im allgemeinen die Grundlage des landläufigen Urteils bilden. Allerdings ohne weiteres ist ihnen urkundliche Kraft nicht beizumessen, handelt es sich doch um die Wiedergabe eines Gesprächs, dessen Modalitäten, dessen auf etwaigen Aufzeichnungen fußende Wiedergabe unbekannt sind. Danach habe der Minister gesagt: „Ich kam aus England zurück, als mir der König Max die bayerische Verfassung von 1818 zeigte. Ich sah voraus, welche Verwirrung aus diesen halb ausgesprochenen Grundsätzen und diesem Mangel an Kenntnis der Landesstände entstehen würde. Ich habe an den Grundsätzen, die sie ausspricht, kein Wohlgefallen und keinen Teil daran! — Ein Land wie Bayern, welches aus so verschiedenen Provinzen besteht, läßt sich nicht so leicht regieren. Ich hätte Provinzialstände zusammengerufen und sie über die Verfassung beraten lassen. Dann wäre diese aus dem Volke hervorgegangen. Manches Talent, welches auf dem Landtage nicht hervortritt, wäre dort dem allgemeinen Wohle nützlich gewesen. Erst wenn durch Provinzialversammlungen einige politische Bildung erzeugt war, die ich für notwendig halte, und die nicht da war, hätte ich die Verfassung ins Leben gerufen, die aus ihren Beratungen hervorgegangen wäre.“ Allerdings deckt sich dieses Urteil auch mit späteren Gedanken des Ministers, die er in Briefen, z. B. vom 28. September 1832² ausspricht: „L'Allemand habitué depuis des siècles à discuter paisiblement des intérêts locaux dans ses états provinciaux s'élèvera difficilement à la hauteur du gouvernement représentatif,

¹ a. a. O.

² *Ausg.* vom 21. Juli 1828.

qui'l ne comprend même que très imparfaitement.“ Es wird aber neuerdings eigenartig illustriert durch den compte rendu,¹ wenn der Minister die berühmte fgl. Entschlieſung vom 17. September 1814 bespricht. Dort lesen wir: „Il — le rescrit du 17 septembre 1814 — créoit une assemblée unique pour tout le royaume. Des administrations provinciales, bornées dans leurs attributions n'auroient pas répondu aux vœux de l'opinion publique, des états provinciaux eussent trop divisé les intérêts, favorisé la propagation de cet esprit étroit et provincial qui ne voit d'intéressant que son local, de patrie que dans le lieu qui vous a vu naître; je pensois en 1814, comme je l'avois cru en 1808, que cet ordre de choses dont on avoit éprouvé la funeste influence en France sous l'ancien régime, convenoit moins encore à un état formé par des parties aussi hétérogènes que l'étoit la Bavière.“ Gerade bei dieser wichtigen Materie, der Volksvertretung, diese abweichenden Zeugnisse! Wird man den Schlüssel vielleicht finden, wenn man für die pessimistische Anschauung des Grafen jene üblen Erfahrungen die Schuld gibt, zu denen der Landtag um die Wende des 2./3. Jahrzehnts Anlaß bot — in der That stammen die bezüglichlichen authentischen Briefstellen aus jenen Tagen — und wenn man annimmt, daß Montgelas, so lange er noch am Werke war, auch in der einheitlichen Volksvertretung ein Mittel zur Erreichung seiner Lebensaufgabe erblickte: die Schaffung des neuen Bayern zum einheitlichen Staate? Daß er auch im übrigen einmal² die Verfassung kurz abfertigt und behauptet, dies und jenes sei „un des défauts dont la Charte constitutionnelle et les lois organiques, dont on l'a surchargée, fourmillent“ mag Wunder nehmen. Ist doch im allgemeinen die Verfassungsurkunde nur die Kodifikation dessen, was 1797 bis 1817 in Bayern auf dem Wege zum modernen Staatswesen geschaffen wurde. Und wenn das Staatsgrundgesetz auch die Gegenzeichnung seiner Nachfolger trägt, Montgelas' Name ist untrennbar damit verbunden und ihm dankt Bayern das Wichtigste seiner Verfassung.³

Daß alles gut war, was das Grundgesetz enthielt und brachte, die gleichzeitige Kritik hat es in der Verschiedenheit der Anschauungen nicht zugegeben, daß alles schlecht war, was sie tadelte, wer möchte es behaupten. Inzwischen ging über die bayerische Verfassung eine nahezu hundertjährige Entwicklung und nahm nicht selten Wege, die schon die eben dargestellte Kritik wies. Die Siegelmäßigkeit, die Steuerfreiheit einzelner Klassen, die Grundherrschaft ist aufgehoben, die Gerichtsbar-

¹ S. 77 Buchst. b.

² Brief vom 5. Mai 1830.

³ v. Amira, Südb. Monatshefte VII. 1. Heft.

keit ganz in die Hände des Staates gelegt, alles Errungenschaften der Jahre 1848/1850.¹ Die Ständeversammlung ist zum Landtag geworden, seine Zusammensetzung, das Wahlverfahren haben mannigfache Veränderungen — 1848, 1881, 1906 — erfahren und die Versammlung auf die Basis breiterer Volksschichten gestellt, die Budgetperioden sind zweijährig geworden und ebenso lange die Zwischenräume zwischen den einzelnen Einrufungen des Landtags (1865), der Landtag hat die Gesetzesinitiative im weitesten Maße erhalten (1848). Daneben wurde die Ministerverantwortlichkeit ausgebaut und praktisch ausführbar gemacht (1848/1850). Neben diesen und andern an erlassene Gesetze geknüpften Änderungen hat das Gewohnheitsrecht, der Parlamentsgebrauch und fortschreitende Anschauungen das Verfassungsrecht gewandelt und, wie wir behaupten dürfen, zumeist gebessert. Denn auch die bayerische Verfassungsurkunde konnte nicht als eine geharnischte Pallas dem Haupte ihrer Erzeuger entstammen. Aber sie gab ihrer Zeit das Mögliche und wurde die Grundlage einer geordneten staatsrechtlichen Entwicklung in Bayern.

¹ Die vollständige Beseitigung der Steuerfreiheit und der standesherrlichen Gerichtsbarkeit (Tagis) gelang allerdings erst um die Wende des 19./20. Jahrhunderts.

Proben der Territorienkarte von 1802 des historischen Atlases von Bayern.

I.

Zur Einführung.

Von Th. v. Karg-Webenburg.

Der Verein zur Herausgabe eines historischen Atlases von Bayern tritt mit den vorliegenden Proben seiner Territorienkarte von 1802 zum ersten Male mit einer abgeschlossenen Arbeit an die Öffentlichkeit. Die genannte Territorienkarte, die den ersten Teil eines großen historischen Kartenwerkes bilden wird, soll eine den gegenwärtigen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende historische Karte großen Maßstabes werden, die im wesentlichen das Gebiet des heutigen Königreiches Bayern in dem Zustande zur Darstellung bringt, in dem es sich im Jahre 1802 befunden hat.¹ Bei der Festsetzung dieses Zeitpunktes für die erste Karte folgt das bayerische Unternehmen dem Vorgange der gleichartigen älteren Arbeiten in der Rheinprovinz und in Österreich, die eine rüchläufige Bearbeitung des ganzen Atlaswerkes zum methodischen Grundsatz erhoben haben und den ersten Einschnitt dort vornehmen, wo das Ende der mittelalterlichen Staatenentwicklung für ihr Arbeitsgebiet anzusetzen ist. Für die größten Teile Bayerns ist dies im allgemeinen das Jahr vor dem Reichsdeputationshauptschluß, für die Rheinpfalz wird das Jahr 1789 anzunehmen sein. Nach jahrelangen Vorarbeiten, in denen größere Teile Altbayerns, des bayerischen Schwaben, Mittelfrankens und zum Teil auch schon Unterfrankens untersucht worden sind, schien die ent-

¹ Einiges über das Programm des ganzen Werkes findet man in dem Aufsatze „Aufgaben eines historischen Atlases für das Königreich Bayern“, Forschungen zur Geschichte Bayerns, XIII. Bd. S. 237–271, und im VII. Bande der Deutschen Geschichtsblätter 1905/6 S. 332–337 (vergl. dazu die Besprechung von Anton Meß, Mitteilungen des Instituts f. öst. G. Bd. 28, S. 180 ff.). Sonderabdrücke hiervon sind zugleich mit Jahresberichten, Sitzungen und sonstigen Mitteilungen von der Geschäftsstelle des Vereins, München D. 27, Jensefstr. 1 zu beziehen.

scheidende Vorfrage nach dem Bestande des Quellenmaterials so weit geklärt zu sein, daß an die Ausarbeitung bestimmter Grundsätze für die endgültige Festlegung der Forschungsergebnisse geschritten werden konnte. Ihre Anwendung in den vorliegenden Proben legen wir hiemit den Fachgenossen zur Beurteilung vor, hinzufügend, daß wir jetzt begründete Hoffnung zu haben glauben, ganz Bayern in dieser Weise bearbeiten zu können, wenn die zahlreichen Einzelheiten unserer Arbeitsmethode als bewährt erachtet werden. Einige Worte über diese Methode seien aber hier noch vorausgeschickt.

Das heutige Königreich Bayern besteht, von einem bestimmten Gesichtspunkte aus betrachtet, aus 2 Ländergruppen von verschiedener staatlicher Entwicklung. Die altbayerischen Teile sind, der Hauptsache nach, den ostdeutschen Landschaften zu vergleichen, bei deren historisch-kartographischer Darstellung die innere Entwicklung, nach Eduard Richters grundlegenden Ausführungen, in den Vordergrund zu stellen ist. Die schwäbischen, fränkischen und pfälzischen Gebietsteile Bayerns dagegen haben an der westdeutschen Zersplitterung der Staatsgewalt in vollstem Maße mit teilgenommen; einem historischen Atlas wird daher die Veranschaulichung dieser Erscheinung in erster Linie zur Aufgabe fallen. Mit diesem letztgenannten Umstande war für den bayerischen historischen Atlas von vornherein gegeben, daß er seine Arbeiten mit einer Zustandskarte beginnen müsse, mit welcher analog auch der geschichtliche Atlas der Rheinprovinz seine Arbeiten eröffnet hatte. Gleichwohl galt es, zugleich auch für die geschlossenen altbayerischen Gebiete durch eingehendere kartographische Darstellung, wenn auch nicht der inneren Entwicklung, so doch eines bestimmten inneren Zustandes die Karte in größerem Maße nutzbar zu machen. Die geplante Territorienkarte von 1802 wird dementsprechend für Altbayern die, in geringer Zahl vorhandenen, Territorien und die hohen und niederen Gerichtsbarkeiten enthalten, während für die übrigen Landesteile die zahlreichen Territorien und die niederen Gerichtsbarkeiten gegeben werden; die hohen Gerichte, die mit den Territorien keineswegs immer zusammenfallen, werden hier nicht überall dargestellt werden können, um das Kartenbild nicht durch eine Überfülle von Linien zu verwirren.

Die folgenden Karten und Texte bringen aus jedem der beiden bezeichneten Gebietsteile ein mit besonderer Absicht ausgewähltes Beispiel. Die Kartenprobe aus der nördlichen Oberpfalz veranschaulicht vornehmlich ein bayerisches Landgericht, das in einem großen, in diesem Umfang nur selten wiederkehrenden Maße von niederen Gerichten des Adels und der Kirche durchsetzt ist. Die besonderen Schwierigkeiten, die aus der bedeutenden Anzahl dieser niederen Gerichte sich ergaben, waren die

Veranlassung, gerade dieses Landgericht herauszugreifen und an ihm die Bewährung der geplanten Methode zu erproben. Demgegenüber soll die schwäbische Kartenprobe aufzeigen, wie sich ein Gebiet mit starker territorialer Zersplitterung darstellen lasse unter Beibehaltung der in der Bearbeitung der altbayerischen Lande gewonnenen Grundsätze und ohne die methodische Einheitlichkeit der Karte, auf der beide Gebietsteile schließlich vereinigt erscheinen müssen, zu sprengen. Mit dem gewählten Verfahren glauben wir unser Ziel erreicht zu haben.

Die vorliegenden Proben schließen sich in mehrfacher Hinsicht eng an das ausgezeichnete Vorbild der Landgerichtskarte des historischen Atlases der österreichischen Alpenländer an. Beiden Karten liegen der braune Gelände- und der blaue Gewässerstein der österreichischen Generalkarte von Mitteleuropa (1:200 000) zu Grunde, beide müssen daher auf Anwendung von Flächenkolorit verzichten und die dargestellten Gebiete durch farbige Grenzen kennzeichnen, in der Auswahl der kartographischen Signaturen wurde möglichste Anlehnung angestrebt und die Grenzenermittlung ebenso grundsätzlich auf archivalischen Nachforschungen aufgebaut. Andererseits schien uns aus den besonderen Verhältnissen unseres Arbeitsgebietes die Notwendigkeit zahlreicher Abweichungen und Neueinführungen sich zu ergeben. Die österreichische Landgerichtskarte verwendet nur eine einzige Farbe, die rote, und zwar für die Umgrenzung der Landgerichte; niedere Gerichtsbarkeiten erhalten schwarze Grenzlinien, auf die Darstellung der Ländergrenzen wurde ganz verzichtet. Unsere bayerische Karte muß natürlich die Territorien durch farbige Grenzlinien deutlich von einander abheben. Es schien uns aber auch wünschenswert, um nicht zu sagen notwendig, die niederen, im Besitze des Adels und der Geistlichkeit befindlichen Gerichte im Bilde stärker hervorzuheben, damit auch ohne Studium der Textbände schon durch das Betrachten der Karte selbst ein geographisches Bild, um einen glücklichen Richterschen Ausdruck zu gebrauchen, im Gedächtnis davon hinterlegt werden könne, in welcher Ausdehnung die Staatsgewalt durch andere Mächte im Staate eliminiert worden ist; auch dieser Gesichtspunkt bedingte die Einführung weiterer farbiger Linien. Geistliche und adelige Hofmarken sind somit auf der Karte selbst als solche kenntlich gemacht. Um jedoch einer zu großen Häufung farbiger Linien vorzubeugen, wurden die Grenzen der niederen Gerichte überall da weggelassen, wo sie mit solchen von Territorien oder von hohen Gerichten, denen sie unterstehen, zusammenfallen.

Die österreichische Karte legt ferner grundsätzlich jeder farbigen Grenzlinie eine schwarze Grenzsignatur unter; wir glauben auch mit dünnen farbigen Grenzlinien eine genügende Präzision der Bezeichnung des Grenzverlaufes erzielen zu

können und sparen das Unterlegen einer schwarzen Grenzsignatur für einen besonderen Fall, die Darstellung der Territorienengrenze, auf. Wo also in unseren Karten unter farbigen Grenzlinien die große schwarze Grenzsignatur — — — zu sehen ist, da haben wir eine Territorienengrenze vor uns, wo sie fehlt, die Grenze eines Gerichtes.

Bei der Verteilung der Farben für die Grenzlinien wurden folgende Grundsätze aufgestellt: Grün bedeutet adeligen, gelb geistlichen, blau reichstädtischen Besitz, gleichviel ob es sich um Gerichtsgrenzen oder um Landesgrenzen handelt; die rote Farbe bezeichnet durchweg bayerischen, oder besser gesagt, wittelsbachischen Besitz; für Territorien und Gerichte anderer fürstlicher Häuser werden noch weitere Farben gewählt, doch wird hier äußerst sparsam vorgegangen, um den Druck nicht durch Verwendung neuer Steine unnötig zu verteuern.

Soweit es sich um die Darstellung geschlossener Territorien oder Gerichte handelt, ist dies Verfahren relativ einfach durchzuführen; Schwierigkeiten ergeben sich, wenn wir sogenannte gemischte Verhältnisse, z. B. Orte mit Gerichtsuntertanen verschiedener Herren vor uns haben. Der rheinische Atlas hilft sich mit der Schraffierung der betreffenden Fläche in verschiedenen farbigen Streifen, der österreichische verzichtet auf die Wiedergabe dieser Verhältnisse im Kartenbilde. Beides war bei dem von uns gewählten Verfahren nicht zulässig, wir haben uns daher zu folgenden Neuerungen entschlossen, deren Anwendung konsequent durch die ganze Karte hindurch festgehalten wurde.

Jurisdiktionell gemischte Orte erhielten einen dünnen farbigen Strich unter dem Ortsnamen in der Farbe des Gerichtes, dessen Gerichtsbarkeit im Orte nicht schon durch andere Bezeichnung kenntlich ist. Das will sagen: Besitzt z. B. eine adelige Hofmark außerhalb ihres geschlossenen Gebietes Gerichtsuntertanen in einem Orte, in dem im übrigen ein kurfürstliches Landgericht auch die niedere Gerichtsbarkeit inne hat, so wird der Ortsname mit einem feinen grünen Strich, der für adelige Gerichte gewählten Farbe, unterstrichen; daß auch landgerichtliche Gerichtsuntertanen in dem Orte sitzen, wird schon dadurch ausgedrückt, daß der Ort ohne weitere Kennzeichnung in dem landgerichtlichen Gebiete liegt. Es tritt durch dieses Verfahren im Kartenbilde die Beziehung auf die landesfürstliche Gerichtsbarkeit, wenn man will, etwas mehr hervor als diejenige auf die landesherrliche; es kam uns aber überhaupt vor allem darauf an und schien uns in besonderem Maße wertvoll, schon im Kartenbilde zu zeigen, daß auch an diesem Orte die staatliche Gerichtsbarkeit durch die anderer Gewalten durchsetzt war, so daß dieses Bedenken nicht allzu hoch anzuschlagen ist. Und wenn wir uns ausschließlich darauf beschränkt hätten,

nur diejenigen niederen Gerichtsbarkeiten auf der Karte als nichtlandesherrliche zu kennzeichnen, die ganze Orte umfassen, so wäre das Kartenbild gerade dadurch ganz wesentlich verfälscht worden, hat ja doch ein bedeutender Teil der adeligen und geistlichen Gerichtsbarkeit in solchem Streubesitz bestanden, der dann aus der Darstellung ganz herausgefallen wäre. Wer sich übrigens über den Prozentsatz der hofmärkischen und der landgerichtischen Gerichtsuntertanen in dem betreffenden Orte unterrichten will, dem gibt ein Blick in die den Textbänden beigegebenen Tabellen, von denen weiter zu reden sein wird, die gewünschte Aufklärung.

Die Gerichtssitze wurden mit Türmchen bezeichnet (hohe Gerichtsbarkeit = große Türme, niedere Gerichtsbarkeit = kleine Türmchen). Hierbei bezeichnet schwarze Jurisdiktionssignatur, daß der Gerichtsinhaber der Landesherr ist, farbige, daß das Gericht landsässisch ist. Es werden also z. B. einem kurbayerischen Landgerichtssitze der schwarze Turm, einem adeligen Hofmarkssitze ein grünes Türmchen neben der Ortsignatur, dem schwarzen Ringe, beige gedruckt.

Eine Anzahl von Hofmarken war groß genug, daß deren Grenzen eingezeichnet werden konnten; wo sich jedoch die Grenzen der Wiedergabe entzogen, da wurde lediglich die erwähnte Signatur des Gerichtssitzes der Ortsignatur beigegeben. Stand aber ein Ort, ohne selbst Sitz eines Hofmarkgerichtes zu sein, in Bezug auf niedere Gerichtsbarkeit ausschließlich unter einer Hofmark, und lag er nicht schon in einer, auf unserer Karte mit Grenzen umzogenen Hofmark, so wurde an Stelle des schwarzen Ringes ein solcher in der Farbe des betreffenden Hofmarksherrn gesetzt. Hofmarken, die im Besitze des Landesherrn waren und innerhalb seiner Landgerichte lagen, werden durch eine besondere schwarze Grenzsignatur (.....) und das schwarze Türmchen gekennzeichnet; ein Grund, hier den Besizer hervorzuheben, besteht eben nicht.

Analog dem Verfahren bei den jurisdiktioneell gemischten Orten wurde bei territorial gemischten eine gewellte farbige Linie unter den Ortsnamen gesetzt in der Farbe des Territoriums, dessen Landeshoheit im Orte nicht schon durch andere Bezeichnung kenntlich ist; über die näheren Umstände des dadurch gekennzeichneten Verhältnisses geben dann die Texte Aufschluß.

Es kann hier nicht jede Konsequenz des erwähnten Verfahrens aufgezeigt werden, sondern es darf wohl genügen, wegen anderer Einzelheiten auf die Kartenproben und die ihnen beigegebenen Legenden zu verweisen. Bei allen diesen Bestimmungen hat uns der doppelte Grundsatz: gesteigerte Ausdrucksmöglichkeit der Karte bei sparsamster Anwendung der Mittel, geleitet; es sollte also einerseits schon das Kartenbild möglichst

viele Aufschlüsse geben, andererseits aber zu großer Bunttheit und Überladung mit, zumal farbigen, Zeichen vorgebeugt werden. Wir hoffen in der Anwendung gegen einen weiteren Grundsatz nicht verstoßen zu haben, nämlich den leichter Verständlichkeit für denjenigen Benutzer, der sich einmal in die gewählte Zeichensprache eingelefen hat.

Die Ermittlung des Grenzverlaufes beruht grundsätzlich auf archivalischer Forschung. Der Abschnitt III der Texte gibt sehr ins einzelne gehende Nachweise darüber, in welchem Umfange die Grenzstreifen auf Grund von Grenzbeschreibungen oder zuverlässigen, zumeist handschriftlichen Karten gezeichnet werden konnten; es erschien uns von Vorteil, dem Benutzer Gelegenheit zu geben, auch für verhältnismäßig geringfügige Strecken sich von den Grundlagen der Einzeichnungen überzeugen und, falls es seinen Zwecken diene, die auch nach Fundort genau kenntlich gemachten Quellen nachprüfen zu können. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint angenommen werden zu dürfen, daß für den überwiegenden Teil der, auf einer Karte im Maßstabe 1:200 000 noch auszudrückenden Grenzen derartige Quellen in genügender Anzahl vorhanden sind. Wo sie fehlen, muß auf die modernen Gemeindegrenzen zurückgegriffen werden;¹ jedoch auch diese wurden nicht ungeprüft übernommen, die Bearbeiter waren vielmehr bestrebt, grundsätzlich sich durch, oft sehr mühevoller, Beibringung statistischen oder anderweitigen urkundlichen Materials ein Bild von der Kontinuität der Gemeindeflächen in den betreffenden Fällen zu verschaffen. Auf diese Weise mußten nur wenige und meist äußerst geringfügige Grenzstreifen ungeprüft aus der bayerischen Amtsgerichtskarte, die die modernen Gemeindegrenzen verzeichnet, übernommen werden.

Das gewählte Verfahren war um so notwendiger, als die Untersuchungen über das Alter der modernen Gemeindegrenzen in Bayern das, übrigens erwartete, Ergebnis geliefert haben, man dürfe in keinem Falle von vornherein annehmen, sie reichten noch unverändert ins 18. Jahrhundert zurück; die Veränderungen, die das 19. Jahrhundert gebracht hat, sind zahlreich und stellenweise sehr einschneidend. Vielleicht erscheint es einmal nützlich, darüber Eingehendes zu veröffentlichen.

Gebiete, auf denen dem Besitzer die Landeshoheit zustand, erscheinen, wie wir gesehen haben, in den vorliegenden Proben

¹ Die anfängliche Absicht, die auf dieser Grundlage gezeichneten Grenzstreifen in der Karte kenntlich zu machen, mußte fallen gelassen werden; Aufschlüsse darüber können nur die Texte geben. Dagegen sind Ansprüche in der Karte selbst durch besondere Signatur wiedergegeben (farbige punktierte Linie bei Ansprüchen von Gerichten; schwarze Territorial-Grenzsignatur mit Weglassung der farbigen Linien bei territorialen Ansprüchen).

von solchen unterschieden, auf denen dies nicht der Fall war. Die Kriterien der Landeshoheit in jedem einzelnen Falle festzustellen, ist aber bekanntlich ungemein schwierig. Die Texte zu den in der Probe behandelten 12 schwäbischen Territorien geben eine Übersicht, nach welchen Gesichtspunkten vorgegangen worden ist (vergl. besonders den Fall der sogenannten Hofmark Bedernau und den des Ottobeurischen Anteils an der österreichischen Herrschaft Nonsberg).

Von den auf der Vorlage, der Generalkarte von Mitteleuropa, befindlichen Ortsnamen wurden nur solche auf den Kartenproben beibehalten, die sich in den Texten wiederfinden. Andererseits wurde der Versuch gemacht, auch sämtliche in den Texten aufgeführten Orte, Weiler zc. in der Karte zu bringen, auch wenn die Generalkarte sie nicht enthielt. Bezüglich einer Anzahl von Weilern und Einzelhöfen in der schwäbischen Kartenprobe war dies nicht möglich, sollte nicht das Kartenbild mit Ortsnamen überfüllt werden; die Versuche, diese Orte wiederzugeben, sind noch nicht abgeschlossen.

Die Schreibweise der Ortsnamen in Karte wie Text ist die moderne offizielle bayerische; sie weicht von derjenigen der verwendeten Karten oft erheblich ab. Die Verfasser sind sich auch bewußt, daß die gewählte Schreibweise der historischen, in der dargestellten Periode üblichen, in vielen Fällen nicht entspricht. Da jedoch die alte Zeit bekanntlich das uns jetzt allein beseligende Heil einer festen Regel in den Schreibweisen nicht kannte, so war ein anderer Ausweg als der gewählte kaum möglich, falls man diesem modernen Bedürfnisse Rechnung tragen wollte. Für die mühevollen Prüfung sämtlicher Ortsnamen in dieser Hinsicht sind wir unserem Ausschußmitgliede, Gymnasialprofessor Dr. E. Büchner in München zu besonderem Danke verpflichtet.

Ob das Straßennetz des 18. Jahrhunderts in die endgültige Karte aufgenommen werden kann, und welche Gesichtspunkte dabei vorzüglich berücksichtigt werden sollen, darüber ist ein Entscheid noch nicht getroffen; vorläufig wurde davon abgesehen.

Noch ein Wort über die Proben der Texte, die von denen des österreichischen Atlaswerkes beträchtlich abweichen. Wir teilen sie in 5 Abschnitte:

1. Allgemeine Quellen, besonders die gedruckte Literatur umfassend.

2. Darlegung der staatsrechtlichen Verhältnisse jedes Territoriums und jedes Gerichtes von 1650 bis 1802. In diesem Abschnitte werden auch die Familien sämtlicher Inhaber aufgeführt und die Wandlungen der staatsrechtlichen Verhältnisse und die Entwicklung der Territorien und Gerichte in dem angegebenen Zeitabschnitte behandelt.

3. Genaue Nachweise über die Quellen, die der Einzeichnung des Grenzverlaufes in die Karte gedient haben. Besonderes Gewicht wurde, wie schon erwähnt, auf die Angabe aller Lücken unserer urkundlichen Quellen gelegt und das Maß betont, in dem moderne Grenzen subsidiär herangezogen worden sind und auch deren Angaben nachgeprüft werden konnten.

4. Statistische Angaben über Zahl der Häuser, Familien und Einwohner aus einem Jahre, das möglichst nahe an 1802 liegt. Gleichzeitigkeit der Angaben wurde angestrebt, war aber nicht überall zu erreichen; bei dem geringen Maße der Bevölkerungsbewegung dieser Zeit in den behandelten Landesteilen fällt dieser Umstand nicht zu schwer ins Gewicht.

5. Darlegung der kirchlichen Verhältnisse mit Angabe von Pfarrei und Dekanat, in die jede Ortschaft und jeder Weiler gehörte.

Der Veranschaulichung der Abschnitte 4 und 5, zum Teil auch 2 dienen tabellarische Zusammenstellungen.

Bei allen geschichtlichen Angaben gingen wir von dem Grundsatz aus, daß nur ganz bestimmte Verhältnisse für ganz bestimmte Perioden, diese aber, nach Maßgabe der Quellen, in gewissem Sinne erschöpfend behandelt werden sollten. Insbesondere sei von der Zusammentragung auch noch so wichtiger Notizen abzusehen, falls sie sich nicht in den fest umschriebenen Gesamtplan einfügen und systematisch und möglichst gleichförmig durchführen ließen; der Benutzer müsse immer genau wissen, worüber die Texte Aufschluß geben können. Da überdies nach einstigem Abschlusse der Territorienkarte eine Entwicklungskarte der altbayerischen Landgerichte und monographische Behandlung der meisten anderen Territorien im Programm vorgesehen sind, so konnte man sich hier eine Beschränkung auferlegen; die Geschichte aller Gerichte und vieler Territorien wird dort ihren Platz finden. Hätten wir jetzt ein Mehr von geschichtlichen Angaben geben müssen, so würde dies den Rahmen unserer Textbände gesprengt haben. In der endgültigen Redaktion der Texte wird manches einheitlicher gestaltet werden können, als es jetzt möglich war.

Da wir nicht mit den modernen Gemeindeflächen als Quellen gearbeitet haben, erwies es sich als untunlich, nach dem Vorgange des Geschichtlichen Atlases der Rheinprovinz den Flächeninhalt der behandelten Territorien und Gerichte in den Text aufzunehmen.

Zu der vorliegenden Kartenprobe der Oberpfalz ist noch zu bemerken, daß auf der Karte nur das Landgericht Waldeck und das Stiftland Waldsassen vollständig ausgeführt, die übrigen Gerichte usw. nur angelegt sind; daß das Format der einzelnen Blätter unserer bayerischen Territorienkarte von 1802 ungefähr dem dieses Blattes entsprechen und daß die endgültige Fassung der Texte die Tabellen voraussichtlich etwas anders geordnet erscheinen lassen wird.

II.

Kartenprobe aus Schwaben.

Von Dr. Hermann Gesele.

Reichsherrschaft Kronburg.

I. Quellen und Literatur: Kreisarchiv Neuburg, Regg.-Akt 4863: „Statistische Notizen über die subjierten Rittergüter. 1806“. Regg.-Akt 4857: „Statistische Beschreibung des Patrimonialgerichts Kronburg. 1806.“ Fr. v. Baumann, Geschichte des Allgäu. III. Bd. Rempten 1890. A. Schröder, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801. Dillingen 1907.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Mit Ausnahme von 5 Höfen zu Illerbeuren, Ober- und Unterbinnwang, die lempfisches Lehen, und 3 Höfen zu Greuth, die österreichische Runkellehen waren, war die ganze Herrschaft mit Jagd, Forst und Blutbann österreichisches Mannslehen. Landesherr war seit dem Jahre 1619 die (seit 1693 reichsfreiherrliche) Familie von Westernach. Die Herrschaft war im reichsritterschaftlichen Verband. Nachdem im Jahre 1712 die Westernach die hohe Gerichtsbarkeit von der Landvogtei Schwaben erworben hatten, war Kronburg ein von allen fremden Hoheitsrechten gereinigtes, geschlossenes Territorium. Ohne Erfolg beanspruchte das Stift Rempten innerhalb der die Herrschaft durchquerenden „ottonianischen Marken“ die hohe Jurisdiktion. (Vergl. Kreisarchiv Neuburg, Regierung 3064: Bericht des lempf. Hofrats Renz vom 18. Oktober 1802 über die Rechte fremder Reichsstände im lempfischen Territorium.)

III. Die Grenzen: 1. gegen Rempten: die West- und Südgrenze bildete die Iller (Kreisarchiv, Stift Rempten 79, fol. 36: Mezeß vom 29. Juli 1746); die Ostgrenze zwischen Iller und Bugach: Kreisarchiv, Stift Rempten 79, fol. 20: Kopie einer Markungsrenovation 1. Juni 1745; diese Grenze findet sich auch samt der von Rempten prätendierten Grenzlinie der hohen Jurisdiktion auf einem großen, ziemlich genauen, undatierten Riß (Kreisarchiv, Plan 419). 2. Gegen Memmingen: a) von der Bugach bis zum Hurrenholz: Grenzbeschreibung vom 3. Juli 1775 (Memminger Stadtarchiv 257/5); b) vom Hurrenholz bis zur Rardorfer Grenze: Grenz-

beschreibung vom 23. Mai 1655 (Memminger Stiftungsarchiv 19/2). 3. Gegen Rardorf: nicht feststellbar. [Da beide Gebiete verwaltungstechnisch immer getrennt waren und außerdem nachweislich (Henne, Über die Arrondierung der Güter in den Gemeinden des Merkreises. München. 1814. Mit Karte) Rardorf die Arrondierung schon im Jahre 1779, Kronburg 1792 und Merbeuren 1798 durchgeführt hatten, dürfte die heutige Grenze als mit der historischen (1802) identisch angenommen werden.]¹

IV. Das Territorium:² Die Herrschaft Kronburg bestand aus:

	Häusern:	Familien:	Seelen:
Schloß und Dorf Kronburg mit	35	49	275
Dorf Merbeuren	18	23	123
Weiler Oberbinnwang	12	14	83
„ Unterbinnwang	10	10	87
„ Wagsberg	9	11	58
„ Greuth	10	—	84
„ Gurren	3	4	14
Eindöde Hängemühle	—	1	—
„ Oßlang	—	2	—

„ Nach Kr.-M. Neuburg, Regg. 4863 belief sich die Seelenzahl der Bevölkerung im ganzen auf ungefähr 450, nach Neuburg, Regg. 4857 auf 724 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Die Herrschaft Kronburg (einschließlich des Dorfs Fethosen) bildete die zum Kapitel Ottheimreuth gehörige Pfarrei Merbeuren; Kronburg hatte eigene Kirche mit Benefizium, das aber mit der Pfarrkirche Merbeuren vereinigt war; Patronats Herr der Pfarrkirche war Freiherr von Westernach. (Nach Kreisarchiv Neuburg Regg. 4863 und Pl. Braun, Historisch-topographische Beschreibung der Diözese Augsburg. Augsburg 1823. Bd. I. S. 97.)

Rardorf.

I. Literatur: Geographisches statistisch-topographisches Lexikon von Schwaben. 2 Bände. Ulm 1800. 2. Auflage. I. Band,

¹ Wie hier, so soll auch bei allen anderen Grenzen, deren Verlauf aus archivalischen Quellen (Beschreibungen und Plänen) nicht direkt festzustellen ist, der Versuch gemacht werden, durch eine eingehende Untersuchung über die Gemeindebildung in Bayern Sicherheit über die eventuelle Identität der modernen und der historischen Gemeindegrenzen zu gewinnen.

² Angaben über die Häuserzahl nach Kreisarchiv Neuburg, Regg. 4863; über die Anzahl der Familien nach dem amtlichen „Tabellarischen Verzeichniß der sämtlichen Patrimonialgerichte und der darin befindlichen Ortschaften in der Provinz Schwaben. 1808“; über Seelenzahl im einzelnen nach Neuburg, Regg. 4857. Im ersten und dritten fehlen die Eindöden Hängemühle und Oßlang; im zweiten der Weiler Greuth.

§. 1032. Fr. L. Baumann, Geschichte des Allgäu. III. Band. Mempten 1890, S. 272; A. Schröder, a. a. O. S. 58.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Das Dorf Kardorf gehörte mit allen Hoheitsrechten, seit 1619 auch mit der Hochgerichtsbarkeit, der Reichsabtei Roth.

III. Die Grenzen: 1. Die Grenze gegen Westen ist nicht festzustellen; doch war sie wohl gebildet durch die Iller und fällt mit der heutigen Landesgrenze zusammen. 2. Gegen Süden: siehe Kronburg. 3. Gegen Osten und Norden (vom Hurrenholz bis zur Iller): Grenzmarkung zwischen Roth (Kardorf) und Reichsstadt Memmingen (Unterhospital: Dorf Hühnenhofen) vom Jahre 1732: Reichsarchiv, Memmingen 49.

IV. Das Territorium: Nach W. F. Rupp, Alphabetisches Verzeichniß aller zum Oberdonaufkreis gehörigen Städte . . . 1818 zählt Kardorf: 16 Häuser; 115 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Kardorf war Filialkirche der Pfarrei Steinbach, Kapitel Isny, Diözese Konstanz, (Braun, Bd. II, S. 303) und kam erst 1821 an die Diözese Augsburg, s. Braun II. 166.

Ferthofen.

I. Quellen und Literatur: Kreisarchiv Neuburg, Registrationsakten 796 und 797: „Katasterauszug über Ferthofen und Illerfeld“ und „Bericht . . . vom 21. Februar 1810 die staatsrechtl. Verhältnisse der Ortschaft Ferthofen betr.“. Fr. L. Baumann, Geschichte des Allgäu III, 272; Regikon von Schwaben I, 603. A. Schröder, S. 48.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Das Dorf Ferthofen gehörte mit allen Rechten zu der im heutigen Württemberg gelegenen Waldburg-Zeil-Wurzach'schen Herrschaft Marstetten.

III. Die Grenzen: 1. Die Grenzen der Herrschaft Marstetten, soweit auf der Karte angegeben, sind entnommen: Stälin-Bach (Stälin-Bachtel), Die Herrschaftsgebiete des jetzigen Königreichs Württemberg nach dem Stand v. J. 1801. Stuttgart 1896. 2. Die Ostgrenze von der Iller bei Ferthofen bis zur Iller nördlich von Bronnen: Grenzbeschreibung zwischen Zeil und Memmingen vom Jahre 1693 (Reichsarchiv, Memmingen 49) und „Geometrischer Grundriß der Grenze zwischen Zeil-Wurzach und Memmingen vom Jahre 1731“. (Kreisarchiv Neuburg, Plan D 13; Kopie aus dem Jahre 1829.)

IV. Das Territorium: Nach dem „Tabellarischen Verzeichniß der sämtlichen Patrimonialgerichte in Schwaben 1808“ zählt Ferthofen mit dem jenseits der Iller im heutigen Württemberg gelegenen Witrach 109 Familien; nach W. F. Rupp, Alphabetisches Verzeichniß . . . 1818: Ferthofen: 12 Häuser; 86 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Ferthosen gehörte zur Pfarrei Altheuren, Kapitel Ottobeuren.

Edelsitz Alersfeld.

I. Literatur: S. unter Ferthosen. Lexikon von Schwaben I, 993; Ph. J. Karrer, Memminger Chronik 1805. S. 352; Baumann, III, S. 272. Bolderndorff, Zivilgesetzstatistik 1880. 2. Aufl. S. 345.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Alersfeld war ein reichsunmittelbarer Edelsitz, Asterlehen von Waldburg-Zeil-Wurzach; entstand im Jahre 1784, indem von Lupin aus Memmingen 40 Tagwerke Grund, die zu dem marstettischen Orte Ferthosen gehört hatten, von dem Grafen Waldburg-Zeil-Wurzach erkaufte, von dessen Hoheitsrechten befreite und das Schloß Alersfeld darauf erbaute.

III. Grenzen der kleinen Herrschaft sind nicht festzustellen.

IV. Das Territorium: Nach dem „Tabellarischen Verzeichniß der sämtlichen Patrimonialgerichte in Schwaben 1808“ zählt Einöde Alersfeld 2 Familien.

V. Kirchliche Verhältnisse: Da die von Lupin evangelisch waren, war Alersfeld vermutlich in Volkraatschhofen eingepfarrt.

Karthause Bugheim.

I. Quellen und Literatur: Kreisarchiv Neuburg-Megg. 3037: „Staatsrechtliche Verhältnisse der Herrschaften Bugheim und Winterrieden 1806/07“; Lexikon von Schwaben I, S. 411 f.; von Kaiser, Beiträge für Kunst und Altertum im Oberdonaukreis 1831. S. 23 ff.: „Monographie der ehemaligen Karthause Bugheim und der sämtlichen vorher Bugheimischen Orte.“ A. Schröder, S. 57.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Die unter österreichischem Schutze stehende Karthause Bugheim war reichsunmittelbar, hatte aber weder beim Reich, noch beim schwäbischen Kreise Sitz und Stimme; in den Kreismatrikeln wurde sie mit den andern zugewandten Nicht-Kreisständen (Ottobeuren, Baron von Nehling wegen Bettenreute u. a.) nachgeführt. In ordinario und in Friedenszeiten war sie steuerfrei; nur für das Dorf Pleß steuerte sie zum Kreise. Bei außerordentlichen Kollekten zur Kriegskasse des schwäbischen Kreises wurde sie wegen der Orte Bugheim und Westerhart zugezogen (vergl. Kreisarchiv Neuburg-Megg. 3037 und Lexikon von Schwaben I S. 298). Von dem zerstreut liegenden Besitz der Karthause kommen für die beiliegende Karte nur die der Karthause mit allen Hoheitsrechten zustehenden Dörfer Bugheim und Westerhart in Betracht.

Für Bugheim und Westerhart erwarb die Markthaus im Jahre 1760 um 6000 fl. den Blutbann pfandschaftlich von der österreichischen Landvogtei. (v. Kaiser a. a. O. S. 36 Anm.)

III. Die Grenzen des Gebietes von Bugheim und Westerhart:

- a) Die Westgrenze nicht festzustellen; sie war wohl gegeben durch die Iller und fiel als solche mit der heutigen Landesgrenze zusammen.
- b) Die Grenze gegen Bronnen: Grenzbeschreibung vom 16. November 1657. Memminger Stiftungsarchiv 19/2.
- c) Gegen Volkraths Hofen: Beschreibung vom 27. Mai 1761. Memm. Stiftungsarchiv 74/7.
- d) Gegen Bugach: Beschreibung vom 4. September 1765. Memm. Stadtarchiv 28/10 und vom 14. Mai 1763. Memm. Stiftungsarchiv 33/6.
- e) Gegen Memmingen: Beschreibung vom Jahre 1680. Reichsarchiv, Memmingen 49; Vermerkung zwischen Memmingen und der Landvogtei v. J. 1709. Reichsarchiv, Memmingen 8a; undatiertes Plan als Anlage einer Grenzbegehung zwischen Memmingen und der Landvogtei v. J. 1709. Kreisarchiv Neuburg, Kloster Ottobeuren 187.
- f) Gegen Amendingen: Beschreibung vom 26. März 1727. Memm. Stadtarchiv 28/10.
- g) Gegen Steinheim: Beschreibung vom 12. Mai 1762. Memm. Stiftungsarchiv 68/2.
- h) Gegen Egelsee an der Iller: Beschreibung vom 9. Oktober 1696. Reichsarchiv, Memmingen 49.

IV. Das Territorium: Die statistischen Angaben sind schwankend. Nach Kaiser zählten zur Zeit der Säkularisation:¹

Pfarrdorf Bugheim: 64 Häuser; 74 Familien; 454 Seelen;
Weiler Westerhart: 5 4 44

Kreisarchiv Neuburg, Regg. 3037 gibt an:

Bugheim: 50 Häuser; 55 Familien; 282 Seelen;

Westerhart: 4 5 26

Das „Tabellarische Verzeichnis der sämtlichen Patrimonialgerichte 1808“ zählt für:

Bugheim und Westerhart zusammen: 62 Familien.

Nach dem Lexikon von Schwaben hatte Dorf Bugheim: 456 Seelen.

W. F. Rupp, Alphabetisches Verzeichnis aller zum Oberdonaukreis gehörigen Städte, Märkte, Dörfer... 1818 gibt an:

¹ Wobei Kaiser im unklaren läßt, aus welcher Quelle und für welches Jahr die statistischen Angaben genommen sind.

Bugheim: 60 Häuser; 380 Seelen;

Westerhart: 4 " 38 "

In den statistischen Angaben der Literatur über den Reichsdeputationshauptschluß schwanken die Zahlen ebenso:

Nach Blum, Tabellarische Darstellung der Reichs-Matrikularanschlüsse, Frankfurt 1798, hatte die Herrschaft Bugheim (zusammen): 1800 Seelen.

Nach Hofer, Sind die Kreise zu einer provisorischen Erleichterung der Kreismatrikel verbunden? Rottweil 1798 (der Verfasser benützte die amtlichen Angaben der Stände bei der Kreisständischen Konferenz zu Ravensburg vom 26. Oktober 1791) hatte die ganze Herrschaft Bugheim 700 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Nach Braun, Histor.-topographische Beschreibung der Diözese Augsburg. 1823.

Bugheim war Pfarrei im Kapitel Ottobeuren; der Kirchensatz gehörte der Pfarrei B. Filialen sind: Westerhart und 3 Häuser und 21 Seelen zu Egelsee. (Braun I S. 84.)

Herrschaft Eisenburg und Trunkelsberg.

I. Quellen und Literatur: Kreisarchiv Neuburg, Regg. 3039: Berichte über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft Eisenburg und Trunkelsberg vom 15. Oktober 1804 und vom 30. Mai 1805; Lexikon von Schwaben I, S. 517 f.; Ph. J. Karrer, Memminger Chronik. 1805. S. 344 ff.; Baumann, Gesch. des Allgäu. III. S. 271 ff. u. S. 407. A. Schröder, S. 67.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse. Die im reichsritterschaftlichen Verbande stehende Herrschaft Eisenburg bestand aus den Edelsitzen Eisenburg, Grünensfurt, Trunkelsberg und den Dörfern Amendingen, Eisenburg, Schwaighausen und Trunkelsberg. Sie war im Besiz sämtlicher Hoheitsrechte, seit sie 1749 auch die bis dahin der Landvogtei zustehende Kriminaljurisdiktion erworben hatte. In den Besiz der Herrschaft, der seit dem 16. Jahrhundert in stetem Wechsel war,¹ teilten sich das Unterhospital in Memmingen und eine Anzahl von, größtenteils Memminger, Patriziern. Die Herrschaft zerfiel in zwei Teile: das Kondominat Eisenburg und die Herrschaft Trunkelsberg.

Die Besizer und ihre Anteile an der Herrschaft Eisenburg waren im Jahre 1802 folgende:

Das Unterhospital von Memmingen besaß 4 Zwölftel,
Freiherr von Pflummern besaß 1 1/4 " "

¹ Bei der endgültigen Fertigstellung des Textes soll, soweit möglich, der Versuch gemacht werden, die ununterbrochene Reihe aller Besizer seit 1650 wiedergegeben.

Die von Jenisch'sche Interessenz, nämlich von		
Schleich und von Unold, besaß	2	Zwölftel,
Freiherr von Herrmann von Wain besaß	2	"
Die von Herrmann'sche Interessenz, näm-		
lich von Wächter und von Zoller, besaß	1 ¹ / ₄	"
von Unold besaß	1	"
	(nämlich den Edelsitz	Grünenfurt)
von Daumiller	1 ¹ / ₂	"

In demselben Verhältnis war auch die an die Landvogtei für den Blutbann zu entrichtende jährliche Summe von 131 fl. 51 Kr. umgelegt. Hohe und niedere Jurisdiktion blieb ungeteilt; die Verwaltung desselben wechselte in einem Turnus von 12 Jahren, der in dem angegebenen Besitzverhältnis zwischen den 7 Besitzern wechselte.

Trunkelsberg gehörte seit 1729 der Familie von Heuß, die alle Hoheitsrechte unabhängig von Eisenburg ausübte. (Konzept eines Berichtes vom 2. August 1805. Kreisarchiv Neuburg, Regierung 3039.)

III. Die Grenzen: 1. Von Amendingen gegen Burgheim: Beschreibung vom 26. März 1727. Memminger Stadtarchiv 28/10. 2. Von Amendingen und Eisenburg gegen Memmingen: Grenzmarkung zwischen Eisenburg und Memmingen v. J. 1689. Reichsarchiv, Reichsstadt Memmingen 49; Plan vom Jahre 1709, als Anlage einer Marktbegehung zwischen Memmingen und der Landvogtei vom Jahre 1709. Kreisarchiv Neuburg, Kloster Ottobeuren 187. 3. Von Trunkelsberg gegen Memmingerberg: Beschreibung vom 2. Sept. 1696. Reichsarchiv, Reichsstadt Memmingen 49. 4. Von Schwaighausen gegen Memmingerberg: Beschreibung vom 2. September 1696. Reichsarchiv, Reichsstadt Memmingen 49. 5. Von Schwaighausen gegen Ungerhausen: Beschreibung vom 3. Juli 1743. Memminger Stiftungsarchiv 43/11. 6. Von Schwaighausen gegen Holzgünz: nicht festzustellen. 7. Von Schwaighausen und Eisenhart gegen den Freihart bezw. Lauherhart, Niederrieden und Heimertingen: nicht festzustellen. 8. Von Eisenburg, Grünenfurt und Amendingen gegen Steinheim: Grenzbeschreibung vom Jahr 1689 und vom 24. Sept. 1706. Reichsarchiv, Reichsstadt Memmingen 49. 9. Die Grenzen von Trunkelsberg gegen die übrigen Teile der Herrschaft Eisenburg sind nicht festzustellen.

IV. Das Territorium:¹ Die Herrschaft Eisenburg war

¹ Die Familienzahl ist genommen aus „Tabell. Verzeichnis der sämtlichen Patrimonialgerichte 1808“, die Zahl der Häuser und Seelen aus W. F. Rupp, Alphas. Verzeichnis . . . 1818. Die Familienzahl von Trunkelsberg dürfte zu hoch gegriffen sein.

ein geschlossenes Gebiet mit ca. 1000 Einwohnern; die Bestandteile waren im einzelnen:

Dorf Amendingen:	57 Familien;	55 Häuser;	406 Seelen,
" Eisenburg:	36 "	35 "	150 "
" Schwaighausen:	37 "	31 "	210 "
Weiler Grünsfurt:	6 "	6 "	23 "
Dorf Trunkelsberg:	120 "	53 "	356 "

V. Kirchliche Verhältnisse: Amendingen war Pfarrort im Kapitel Ottobeuren; Kirchensatz und Patronat besaß die Karthause Bugheim. Eisenburg, Trunkelsberg und Grünsfurt waren Filialen von Amendingen, Schwaighausen Filiale der Pfarrei Holzgünz. Die ganze Herrschaft Eisenburg und Trunkelsberg war katholisch. (Vergl. Kreisarchiv Neuburg, Regierung 3039. Braun, Besch. der Diöz. Augsburg I. S. 81 u. S. 96. Baumann, III. S. 407.)

Reichsstadt Memmingen.

I. Quellen und Literatur: Kreisarchiv Neuburg. Reichsstadt Memmingen D 4: „Reichsstadt Memmingische gründliche Ausführung ihrer habenden Territorial- und Zoll-Gerechtsamen . . . Memmingen, 30. Juni 1729.“ Ebendas.: Der Vertrag mit Oesterreich vom Jahr 1749 betr. die hohe Gerichtsbarkeit. Lexikon von Schwaben (1800) II. Band, S. 158—192. Ph. J. Karrer, Memminger Kronik, oder Topographie und Geschichte der kurpfälzbayerischen Stadt Memmingen. Memmingen 1805. M. Leonhardt, Memmingen im Algov. Aus dem Altertum beschrieben. Memmingen 1812. G. von Ehrenhart, kurze Geschichte der königl. baier. Stadt Memmingen im Illerkreis. Memmingen 1813. J. F. Unold, Geschichte der Stadt Memmingen. Memmingen 1826. J. N. von Kaiser, Die Wappen der Städte und Märkte im Oberdonaukreis. Augsburg 1833/34. O. von Böldernsdorff, Civilgekehtatistik des Kgr. Bayern. Nördlingen 1880. 2. Aufl. S. 299 f. und S. 348. A. Schröder, S. 79.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Die Grundherrschaft des Territoriums war nur zum kleinsten Teil im Besitz der Reichsstadt; die meisten Ortschaften gehörten den Klöstern, Spitälern und Stiftungen der Stadt. Doch übte Memmingen die volle Landeshoheit, einschließlich der hohen Jurisdiktion, über alle Besitzungen seiner Klöster, Spitäler und Stiftungen aus. Das Gebiet war von fremden Hoheitsrechten frei; eine Ausnahme machten nur das Dorf Woringen, über dessen südliche Hälfte das Stift Nempten die hohe Gerichtsbarkeit ausübte (Kreisarchiv Neuburg, Regierung 3064: Amtlicher Bericht vom 7. Oktober 1802) und die Dörfer und Weiler Friedenhausen, Arlesried, Dankelsried und Behenhausen, innerhalb deren Markung Memmingen die

Kriminaljurisdiktion in einer Reihe von Fällen, von Fall zu Fall abwechselnd, mit der Herrschaft Mindelheim teilte. (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128: Salbuch vom Jahre 1721, Teil 1; Kopie eines Vertrags zwischen der Reichsstadt und Grundsb. Mindelheim vom März 1574). Außerhalb des reichsstädtischen Territoriums besaß die Stadt einen Anteil an der Kondominats Herrschaft Erkheim (s. unter Ottobeuren), und die Pfarrhofspflege 2 Häuser, mit 18 nach Woringen eingepfarrten evangelischen Untertanen, in dem Stift Kemptischen Dorfe Heglinshofen. (Karrer, Kronik S. 398.)

Bis zum Jahre 1749 übte Memmingen nur innerhalb eines erweiterten Stadtbezirkes (vergl. die Grenzbeschreibung v. J. 1709: Reichsarchiv, Reichsstadt Memmingen 8) die Kriminaljurisdiktion aus; im ganzen übrigen Territorium der Stadt stand dies Recht der österreichischen Landvogtei zu. Im Jahre 1749 trat die Landvogtei gegen die Summe von 30 000 fl. und eine jährliche Tage von 300 fl. alle ihre Rechte, mit Ausnahme des Schirmes über die Katholiken im Memminger Gebiet, an die Reichsstadt ab. Die territorialen Veränderungen Memmingens seit 1650 sind nur unwesentliche. 1663 tauscht die Reichsstadt die ottokeurischen Besitzungen zu Steinheim, Wessbach und Didenreishausen gegen die memmingschen Höfe zu Westerheim und Sonthheim ein. 1692 erwirbt Memmingen ein Viertel von Erkheim (Sailerschen und Langenmantelschen Besiz). 1699 wird in Anlehnung an den Kauf- und Teilungsvertrag zwischen Stift Kempten und Memmingen v. J. 1516 die Grenzlinie der dem Stift in einem Teil des Gebietes von Woringen zustehenden hohen Jurisdiktion festgelegt (vergl. Kreisarchiv Neuburg, Stift Kempten 1453).

III. Die Grenzen: Das Memmingsche Territorium, das nicht in Gerichte eingeteilt war, zerfiel geographisch in vier durch die Herrschaft Eisenburg, durch Ottokeurisches und Erkheimisches Gebiet von einander getrennte Teile: 1. das Gebiet um Memmingen; 2. Steinheim und Egelsee; 3. die Ortschaften an der Güz; 4. Dankelsried.

1. Das Memminger Gebiet:

- a) Grenze von Bronnen und Volkrathshofen gegen Fertshofen: s. unter Fertshofen.
- b) Grenze von Hizenhofen gegen Kardorf: s. unter Kardorf.
- c) Grenzen gegen Kronburg: s. unter Kronburg.
- d) Grenze von Woringen gegen Kempten—Grönenbach: 1. Territorialgrenze: Grenzbeschreibung vom Jahr 1743 (Reichsarchiv, Memmingen 49) und damit übereinstimmend die Beschreibung vom 28. Mai 1795 (Kreisarchiv Neuburg, Stift Kempten 1458) und ein undatierter, federgezeichneter Plan (Kreisarchiv Neuburg, Stift Kempten 1453). 2) Grenze der hohen Jurisdiktion: Grenzbeschreibung vom Oktober 1763 (Memminger Stadtarchiv 108/4).
- e) Grenze von Woringen gegen Kempten—Heglinshofen: Beschreibung vom 30. Oktober 1699 (Reichsarchiv, Stift Kempten 76).

- f) Grenze von Memmingen gegen Venningen: Beschreibung vom 10. September 1760 (Memminger Stadtarchiv 38/9); die Grenze befindet sich auch auf einem großen, unfigurierten und undatierten Plan im Memminger Stadtarchiv, sowie auf dem Stebenhaberschen Stadtmarkungsplan v. J. 1680 (Memminger Museum Nr. 126).
 - g) Grenze von Berg gegen Venningen und Hamangen: Markungsrenovation vom 8. und 16. Juli 1784 (Reichsarchiv, Memmingen 49).
 - h) Grenze von Berg gegen Ungerhausen: Beschreibung vom 18. Juni 1766 (Memminger Stadtarchiv 38/9).
 - i) Die Grenzen gegen Eisenburg: s. unter Eisenburg.
 - k) Die Grenzen gegen Burheim: s. unter Burheim.
 - l) Die Grenze von Bronnen gegen Ochsenhausen an der Iller: Beschreibung vom J. 1720 (Reichsarchiv, Memmingen 49).
2. Steinheim und Egelsee:
- a) Die Grenze von Egelsee im heutigen Württemberg: Beschreibung vom 3. und 13. Mai 1682 (Reichsarchiv, Memmingen 49).
 - b) Grenze von Egelsee gegen Burheim: s. unter Burheim.
 - c) Grenze von Steinheim gegen Burheim: s. unter Burheim.
 - d) Grenze von Steinheim gegen Amendingen und Eisenburg: s. unter Eisenburg.
 - e) Grenze von Steinheim gegen Heimertingen: Beschreibung vom 19. September 1753 (Memminger Stiftungsarchiv 68/2).
 - f) Grenze von Egelsee gegen Heimertingen: Beschreibung vom 8. Februar 1706 (Reichsarchiv, Memmingen 49).
3. Das Gebiet an der Günz:
- a) Grenze von Lauben und Lauberhart gegen Niederrieden: Beschreibungen vom 15. Mai 1704 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25) und vom 2. Mai 1753 (Reichsarchiv, Ottobeuren 126).
 - b) Grenze von Lauberhart gegen Freihart, Unterhart und Eisenburg: nicht festzustellen.
 - c) Grenze von Holzgünz gegen Schwaighausen: nicht festzustellen.
 - d) Grenze von Holzgünz gegen Ungerhausen und Mummeltshausen: nicht festzustellen.
 - e) Grenze von Lauben gegen Mummeltshausen: Beschreibung vom 6. Juli 1714 und vom 12. Juni 1758 (Reichsarchiv, Ottobeuren 126).
 - f) Grenze von Lauben gegen Günz: Beschreibungen vom 15. Juli 1705 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25),

vom 6. Juli 1714 und vom 12. Juni 1758 (Reichsarchiv, Ottobeuren 126).

- g) Grenze von Lauben gegen Dagberg: Beschreibung vom 21. Juni 1729 (Reichsarchiv, Kl. Ottobeuren 126).
- h) Grenze von Friedenhausen gegen Dagberg: Beschreibungen vom 21. Juni 1729 (Reichsarchiv, Kl. Ottobeuren 126) und vom Jahre 1750 (Memminger Stiftungsarchiv 19/7).
- i) Grenze von Arlesried gegen Dagberg: Beschreibung vom Jahre 1447 (Reichsarchiv Neuburg, Ottobeuren 28).
- k) Grenze von Arlesried gegen Erkheim: Beschreibung vom 16. Juni 1773 (Memminger Stiftungsarchiv 19/7).
- l) Grenze von Arlesried gegen Mindelheim-St. Johann: nicht festzustellen.
- m) Grenze von Arlesried gegen Bedernau: Grenzbeschreibung von Bedernau vom 30. April 1666 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128).
- n) Grenze von Arlesried und Friedenhausen gegen Schönegg: Beschreibung vom 4. Juni 1750 (Memminger Stiftungsarchiv 19/7).
- o) Grenze von Friedenhausen gegen Egg a. d. G.: nicht festzustellen.
- p) Grenze von Lauben gegen Egg a. d. G.: Beschreibung vom 2. Juni 1755 (Reichsarchiv, Kl. Ottobeuren 126).

4. Dankelsried:

Die Grenzen des mitten in Erkheimischem Gebiet liegenden Weilers Dankelsried sind beschrieben am 24. Juli 1773 (Memminger Stiftungsarchiv 57/2), lassen sich aber nur annähernd feststellen.

5. Wesbach:

Die Grenzen des Gutes Wesbach sind nicht feststellbar; einige Anhaltspunkte bietet die Grenzbeschreibung von Egg a. d. G. vom 14. Juli 1703 (Reichsarchiv Neuburg, Ottobeuren 25).

IV. Das Territorium:¹

1. Die Stadt Memmingen zählte (nach Karrer, Kronik):

853 Häuser; 1313 Familien; 5958 Seelen.

2. Das Gebiet der Stadt:

Dorf Berg bei Memmingen: 47 Häuf.; 57 Fam.; 257 (258) S.

Anteil von Egelsee:²

Weiler Rünnersberg:

—	20	—
7	—	83

¹ Die Angaben der Familienzahl sind entnommen dem „Tabellarischen Verzeichnis der sämtlichen Landgerichte der Provinz Schwaben 1808“; die der Häuser- und Seelenzahl: F. W. Rupp, „Alphabetisches Verzeichnis aller zum Oberdonaukreis gehörigen Städte . . . 1818“; die in Klammern beigefetzte Seelenzahl aus Karrers Kronik 1806; wo keine Zahl angegeben ist, fehlen die Angaben in den Quellen.

² Egelsee liegt mit Ausnahme des früheren Zollhauses ganz im heutigen Württemberg; es gehörte teils Ochsenhausen, teils Memmingen,

3. Das Gebiet des Unterhospitals:

Dorf Arlesried:	25 Häuf.;	26 Fam.;	122 (138) S.
" Bugach:	15 "	18 "	90 "
mit dem Weiler Hart:	10 "	11 "	56 "
u. den Einöden Spitalmühle:	1 "	1 "	14 "
Steigmühle:	1 "	1 "	16 "
Straßhof:	1 "	1 "	9 "
Weiler Dankelsried:	5 "	6 "	13 (29) "
Dorf Dickenreishausen:	54 "	68 "	344 (324) "
Fridenhausen:	51 "	63 "	295 (277) "
Einöde Bezenhausen:	2 "	4 "	18 "
Dorf Steinheim:	62 "	77 "	293 (288) "
Unterholzgünz:	15 "	17 "	100 (107) "
Volkraths Hofen:	21 "	31 "	129 "
mit den Weilern			(zus. 248) "
Bronnen:	5 "	8 "	31 "
Hözenhofen:	6 "	6 "	36 "
Priemen:	3 "	4 "	17 "
Dorf Woringen:	92 "	110 "	481 "
mit den Einöden			(zus. 588) "
Egloß:	1 "	1 "	3 "
Engers:	1 "	3 "	9 "
Frohnhart:	2 "	3 "	17 "
Molzen:	1 "	2 "	7 "
Rappenloch:	1 "	1 "	5 "
Steinbühl:	— "	4 "	— "

4. Das Gebiet der Dreikönigskapellen-Pflege:

Dorf Lauben:	66 Häuf.;	84 Fam.;	372 (361) S.
Weiler Lauberhart:	5 "	9 "	42 "

5. Das Gebiet des Kreuzherrnstifts (Oberhospital):

Dorf Oberholzgünz:	18 Häuf.;	26 Fam.;	103 S.
Einöde Josefs Hart oder Kreuz-			
herrnhart bei Heimertingen	— "	2 "	— "

6. Das den Familien von Stoll und von Zoller gehörige, unter reichsstädtischer Landeshoheit stehende Gut Wessbach bei Egg a. d. G.: 3 Häuser; 5 Familien; 19 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Die Reichsstadt und der größte Teil ihres Gebietes waren evangelischer Konfession. Das evangelische Kirchen- und Schulwesen stand unter dem Magistrat; die oberste Aufsicht führte der „Scholarcha“ genannte erste Bürgermeister. Der geistliche Vorsteher der Kirchen und Schulen in der Stadt und auf dem Land war der

doch besaß die Reichsstadt über ganz Egelsee niedere und hohe Jurisdiktion: Kopie eines undatierten Aktes (Kreisarchiv Neuburg, Memmingen D 4).

jeweilige Superintendent. Der Kirchenrat (bestehend aus den drei Bürgermeistern, dem Geheimen Rat, dem Syndikus, dem Superintendenten und den drei ältesten Geistlichen) wählte, unter dem Vorbehalt der Bestätigung der Wahl, die dem gesamten Rat zukam, den Superintendenten, die Pfarrer und die Lyzealpräzeptoren. Die Geistlichkeit bestand aus dem Superintendenten, zwei Predigern an der Hauptkirche, und je einem Pfarrer an der Kirche H. L. Frau und am Unterhospital. Die Zahl der evangelischen Pfarreien war 10: Dickenreishausen, Berg, Steinheim, Bollratshofen (mit den Filialen Bronnen, Hagenhofen und Priemen), Obererkheim (mit 141 Seelen und der Filiale Dankelsried) Friedenhausen (mit der Filiale Bezenhausen), Lauben (mit Lauberhart), Wöringen (mit den dazu gehörigen Einödhöfen und den 2 Familien in Heglinshofen), Arlesried, Burach.

In der Reichsstadt befanden sich 1802 noch drei katholische Klöster, die die Reformation überdauert hatten: das Kreuzherrnkloster oder Oberhospital, das Augustinereremitenkloster und ein kleines Franziskanertertiarierinnenkloster. Die Zahl der Katholiken in der Reichsstadt war gering; Braun (Beschreibung der Diözese Augsburg 1823, I. Band S. 98) rechnet unter 7200 Seelen 656 Katholiken. Diese bildeten eine eigene Pfarrei, die dem Oberhospital gehörte; die Parochialgeschäfte wurden von einem Kapitularen dieses Klosters besorgt. Auf dem Lande befanden sich zwei katholische Pfarreien: Unterholzgünz mit den Filialen Oberholzgünz und Schwaighausen; Patronat und Kirchengeld gehörte dem Oberhospital; Wöringen, das für seine 74 katholischen Einwohner eine eigene, dem Stift Rempten gehörige Pfarrkirche besaß. Die auf bayerischem Boden liegenden 3 Häuser mit 21 katholischen Einwohnern von Egelsee waren in Burheim eingepfarrt. Die 3 katholischen Pfarreien lagen im Augsburger Kapitel Ottobeuren. (Karrer, Kronik, S. 223 f.; S. 166; und Braun, Beschreibung der Diözese Augsburg I, S. 95 ff.; II, S. 58 ff.)

Reichsstift Ottobeuren.

I. Quellen und Literatur: Reichsarchiv, Kloster Ottobeuren 159: „Gehorsamstes Promemoria das Reichsstift Ottobeuren in Schwaben betr. 1799“. Reichsarchiv Neuburg, Regg. 3155: „Statistische Übersicht der ehemaligen Reichsabtei Ottobeuren und deren Landschaft. 1802—1803“. Reichsarchiv, Stift Rempten 340a: „Copia Urbarii der österreichischen Pfand- nunmehr Lehen-Herrschaft Monsberg de anno 1755“. Lexikon von Schwaben. 1800. II. Band. Tabellarisches Verzeichnis der sämtl. Landgerichte in der Provinz Schwaben 1808. P. Feyerabend, Des ehemaligen Reichstifts Ottobeuren sämtliche Jahrbücher. 4 Bände. Ottobeuren 1813—1816. F. W. Rupp,

Alphabetisches Verzeichniß aller zum Oberdonaukreis gehörigen Städte . . . 1818. Bl. Braun, Hist.-topogr. Beschreibung der Diözese Augsburg. 1823. v. Kaiser, Die Wappen der Städte und Märkte . . im Oberdonaukreis 1834. D. v. Böldernsdorff, Civilgesetzstatistik des Königreichs Bayern. Nördlingen 1880. A. Schröder S. 50.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Das Reichsstift Ottobeuren war vermöge alten kaiserlichen Privilegiums vom Kreise exempt und stand unter besonderem kaiserlichen Schutze; es kontribuierte deshalb auch nicht zum Kreise, sondern zur kaiserlichen Hofkammer; doch gab es zur Kreiskasse in Kriegszeiten, solange der Kreis das Triplum seiner Mannschaft auf den Weinen hielt, jährlich 8000 fl. (Versuch einer staatsrechtlichen Theorie von den deutschen Reichskreisen überhaupt und dem Schwäbischen insbesondere. Rempten 1787. Bd. I, S. 243.) Ottobeuren führte den Titel eines „exempten“ oder „gefreyten Reichsstiftes“.

Staatsrechtlich zerfiel das Ottobeuerische Gebiet in 4 Teile: 1. die ursprüngliche Fundationsherrschaft Ottobeuren; 2. der Anteil an der reichsritterschaftlichen Herrschaft Stein; 3. der Anteil an der österreichischen Lehensherrschaft Monsberg; 4. der Bezirk Erckheim (Rondominat mit Memmingen).

1. Über die Reichsherrschaft Ottobeuren übte das Reichsstift die volle Landeshoheit aus; doch besaß das Hochstift Rempten die Kriminaljurisdiktion über einen innerhalb der „ottonianischen Marken“ gelegenen Teil des altottobeuerischen Territoriums: Böhen, Günzegg, Warlins u. a. (vergl. Kreisarchiv Neuburg, Hegg. 3064: amtl. Bericht vom 7. Oktober 1802); über Schlegelsberg und Sonthelm beanspruchte Bayern-Mindelheim erfolglos die hohe Gerichtsbarkeit. (Reichsarchiv, Kloster Ottobeuren 133; Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 121^{1/3}; Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128: Salbuch v. J. 1711. I. Teil. fol. 21 f.)

2. Von der Herrschaft Stein besaß Ottobeuren mit voller Landeshoheit die Gerichte Engetried und Egg. Das Reichsstift war für dieses Gebiet zum Reichsritterlantons Donau kollektabel und diesem auch hinsichtlich des „ius armorum et quartorii“ unterworfen.

3. Von der Herrschaft Monsberg besaß das Stift die Weiler Grub, Dingisweiler und Zadels. Die Herrschaft Monsberg stand ganz unter österreichischer Landeshoheit und war zur Markgrafschaft Burgau kollektabel, erhielt auch von dort Gesetze und Verordnungen. Ottobeuren entrichtete dorthin die jährliche Dominikalsteuer. Als Annex der Lehensherrschaft Monsberg besaßen die Inhaber (Rempten und Ottobeuren) Jagd- und Forstgerechtigkeit im ganzen Monsbergischen Forst, die Kriminaljurisdiktion über die ganze Herrschaft Stein

(über die Teilung der Herrschaft Ronsberg-Stein zwischen Kempten und Ottobeuren in den Jahren 1743 und 1751 vgl. Reichsarchiv, Stift Kempten 340a), Ottobeuren außerdem die Kriminaljurisdiktion über die Fuggerischen Ortschaften Gottenau und Erlis.

4. Erkheim war eine geschlossene, mit Hochgericht ausgestattete Herrschaft (bestehend aus Erkheim und Erlenberg) unter der Landeshoheit der Inhaber Ottobeuren und Memmingen. Ottobeuren besaß $\frac{3}{4}$, Memmingen $\frac{1}{4}$ der Herrschaft; die Administration der ganzen Kondominats Herrschaft wurde abwechselnd zwischen beiden Besitzern ausgeübt; Ottobeuren hatte sie 3 Jahre 27 Tage, Memmingen den Rest des 4. Jahres inne. Über einen Teil der Herrschaft übte Bayern-Mindelheim die Kriminaljurisdiktion aus. (Alt vom 3. November 1723. Kreisarchiv Neuburg, Al. Ottobeuren 28.)

Der Bestand der ottobeurischen Herrschaft im Jahre 1650 war nach territorialem Umfang und nach Hoheitsrechten nur wenig verschieden von dem zur Zeit der Säkularisation. In staatsrechtlicher Hinsicht erschöpfte sich die Geschichte Ottobeurens in diesem Zeitraum im Kampf um die Wahrung seiner Rechte als eines vom Kreise exempten Reichsstandes und in den Bestrebungen, das Gebiet abzurunden und von fremden Hoheitsrechten zu reinigen. Die Veränderungen sind im einzelnen folgende: 1663 tauscht Ottobeuren die memmingischen Höfe zu Westerheim und Sontheim gegen ottobeurische Besitzungen in Steinheim, Wessbach und Dickenreishausen ein. 1681 Gründung des Frauenklosters Walb. 1693 tritt Ottobeuren an den Junker Scheller zu Erkheim unter Wahrung der Landeshoheit des Klosters den Edelitz Lerchenberg und 5 Güter zu Oberwelfheim, Günz und Schlegelsberg ab und erhält dafür von diesem den ihm gehörigen 4. Teil von Erkheim (dessen Wert auf 22 330 fl. berechnet wurde). 1693 ff. erwirbt Ottobeuren das Johanniterhaus und einen Weinberg zu Feldkirch. 1698 ff. kommt ein weiteres Viertel von Erkheim (der von Langenmantelsche Anteil) in Ottobeurischen Besitz. 1699 Tauschvertrag mit Stift Kempten, Haldenwang gegen Wolferschwenden betreffend. 1710 erkaufte sich Ottobeuren um 30 000 fl. vom Hochstift Augsburg die von diesem beanspruchte Schutznvogtei über das Kloster und sein Gebiet und erringt sich damit die von Augsburg bisher verweigerte Anerkennung der vollen Landeshoheit. 1733 erhält das Kloster das Recht der Zollfreiheit für seine Weinfuhren (aus Feldkirch) durch das Vorderösterreichische. 1746 ff. Erwerb und Teilung der Herrschaft Stein-Ronsberg durch Stift Kempten und Ottobeuren. (Der Wert der ganzen Herrschaft wird dabei auf 252 500 fl. berechnet.) 1748 kauft Ottobeuren um 1000 Gulden von der vorderösterreichischen Landvogtei die Kriminaljurisdiktion über Ungerhausen.

III. Die Grenzen: Geographisch zerfiel das ganze Territorium in zwei Teile: in den zusammenhängenden Komplex um Ottobeuren (altottobeurisches Gebiet, Stein, Ronsberg und Erkheim) und in die durch Memmingen und Eisenburg davon getrennten Dörfer Egg a. d. G. und Niederrieden.

1. das ottobeurische Gebiet:

a) Grenzen von Günz und Rummeltshausen gegen Lauben und Holzgünz: s. unter Memmingen;

- b) von Ungerhausen gegen Schwaighausen: s. unter Eisenburg;
- c) von Ungerhausen gegen Berg: s. unter Memmingen;
- d) von Hamangen und Benningen gegen Berg und Memmingen: s. unter Memmingen;
- e) von Benningen gegen Deklinshofen: Grenzbeschreibung vom 30. Oktober 1699 (Reichsarchiv, Stift Kempten 76); schwer festzustellen.
- f) Grenze von Benningen und Ottobeuren gegen das kemptische Gebiet von Herbishofen bis Dietratried: Grenzbeschreibung vom 17. Oktober 1763 (Reichsarchiv, Stift Kempten 77);
- g) von Niederdorf gegen Woringen: Grenzbeschreibung von Woringen vom 28. Mai 1795 (Kreisarchiv Neuburg, Stift Kempten 1453);
- h) von Niederdorf gegen Kempten-Grödenbach: nicht festzustellen;
- i) Territorialgrenze zwischen Ottobeuren und Kempten von Wolfertschwenden bis Vogelsang: Kopie eines Planes v. J. 1719 (Reichsarchiv, Plan 414);
- k) Grenze der hohen Gerichtsbarkeit zwischen Ottobeuren und Kempten von Wolfertschwenden bis Vogelsang: Beschreibung vom 18. September 1691 (Reichsarchiv, Kloster Ottobeuren 149); die Grenze findet sich auch auf dem oben angegebenen Plan v. J. 1719 (Reichsarchiv, Plan 414).
- l) Grenze zwischen Ottobeuren (Konsberg-Stein) und Kempten (Konsberg-Stein) von Vogelsang bis zur Warmisrieder Mühle an der Mindel: Grenzbeschreibung vom 4. Oktober 1749 (Reichsarchiv, Stift Kempten 340a) und vom 16. August 1791 (Kreisarchiv Neuburg, Stift Kempten 1591);
- m) Grenze der ottobeuren-steinischen Gerichte Egg u. Engetried gegen Mindelheim und Fugger-Mettenbach von der Warmisrieder Mühle bis Lheim: „Tabula geographica der Herrschaft Konsberg und Stein“ (Reichsarchiv, Plan 416: ohne Datum, aber mit den Teilungsgrenzen vom Jahr 1749); eine Karte des Konsberg-Steinschen Territoriums vom Jahre 1615. (Die Kopie des in einer Konsbergschen Mühle befindlichen Originals verdanke ich der Freundlichkeit des Freiherrn von Karg-Webenburg.)
- n) Grenze von Ottobeuren (Lheim und Altisried) gegen Fugger (Mettenbach und Gottenau): nicht festzustellen;
- o) Grenze von Ottobeuren (Frechenrieden, Altenhausen, Sontheim und Schlegelsberg) gegen Mindelheim von der Konsberger bis zur Ertheimer Grenze: Beschreibung vom Jahr 1701 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25);

- p) Grenze von Ottobeuren (Schlegelsberg und Verchenberg) gegen Erkheim: Beschreibung vom 13. Juni 1661 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 28); federgezeichneter Grundriß der Erzheimer Markung v. J. 1691 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 28);
 - q) Grenze von Ottobeuren (Verchenberg und Gänz) gegen Dagberg: Beschreibung vom 15. Juli 1705 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25), vom 26. September 1775 (Reichsarchiv, Ottobeuren 126);
 - r) die Grenzen der Gerichte Egg und Engetried und des Anteils an Ronßberg gegen das altottobeurische Gebiet lassen sich aus sub lit. m angegebenen Plänen gewinnen; die Grenzen der unter österreichischer Landeshoheit stehenden Ronßbergischen Weiler Grub, Zadels und Dingisweiler: nach einem im Museum von Ottobeuren befindlichen undatierten, aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stammenden Plan der Herrschaft Ronßberg-Stein von G. A. Bosh.
 - s) die Grenzen von Erkheim gegen Arlesried: s. unter Memmingen; die Territorialgrenze gegen Mindelheim: Plan v. J. 1691 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 28); die Grenze der hohen Jurisdiktion gegen Mindelheim: Beschreibung vom 3. November 1723 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 28) und Plan vom Jahr 1785 (Reichsarchiv, Plan 2620); Grenze gegen Dagberg: Beschreibung vom Jahre 1590 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 28; ebdas. Plan vom Jahre 1691);
 - t) die Grenzen der Fuggerischen Ortschaften Gottenau und und Erlis, über die Ottobeuren die hohe Jurisdiktion ausübte, sind nicht festzustellen.
2. Das Gebiet von Niederrieden und Egg a. d. G.:
- a) Die Grenzen von Niederrieden gegen Heimertingen (Fugger), Fellheim (von Reichlin), Boos (Fugger), Rohlwald (Fugger), Lauben und Freihart (Memmingen): Zusammenhängende Grenzbeschreibung v. 13.—15. Mai 1701 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25);
 - b) die Grenzen von Egg a. d. G. gegen Engishausen und Klosterbeuren (Hochstift Augsburg) und gegen Reichau (Fugger) von Wesbach bis zur Grenze von Niederrieden: Beschreibung vom 14. Juli 1703 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25);
 - c) Grenzen von Egg a. d. G. gegen Lauben und Fridenhäusen (Memmingen), gegen Inneberg und Schönnegg (Hochstift Augsburg) von der südl. Grenze von Niederrieden bis Wesbach: Beschreibung vom 14. Juli 1703 (Kreisarchiv Neuburg, Ottobeuren 25); nur lückenhaft festzustellen.

IV. Das Territorium:

1. Das altottobeurische Gebiet, bestehend aus dem Marktflecken Ottobeuren, 18 Dörfern, 33 Weilern und 54 Höfen:

	Häuser:	Feuerstätten:	Familien:	Seelen: ¹
Markt Ottobeuren:	211	235	309	1355
Dorf Altisried:	12	12	15	74
„ Altenhausen;	62	65	76	352
„ Benningen:	69	90	100	471
„ Böhen:	38	40	45	235
„ Dietratried:	26	26	—	129
„ Egg a. d. G.:	77	85	94	406
„ Frechenrieden:	66	69	86	414
„ Günz:	31	33	41	189
„ Hamangen:	77	80	107	431
„ Kiederdorf:	34	34	35	187
„ Niederrieden:	58	61	70	390
„ Oberwesterheim:	33	37	47	214
„ Rummeltshausen:	15	16	21	116
„ Schlegelsberg:	29	29	40	171
„ Sontheim:	94	100	123	569
„ Ungerhausen:	47	53	68	301
„ Unterwesterheim:	25	25	40	147
„ Wolfertschwenden:	48	52	60	199
	Häuser: Familien: Seelen: ²			
Weiler Berg:	5	7	23	
„ Behisried:	18	19	118	
„ Bibelsberg:	11	12	69	
„ Brandholz:	3	3	19	
„ Brühlins:	12	17	77	
„ Datzberg:	9	12	68	
„ Dennenberg:	9	12	59	
„ Eggisried:	9	8	54	
„ Eheim:	13	15	106	
„ Günzegg:	15	20	85	
„ Guggenberg:	14	20	93	
„ Hammersberg:	4	6	30	
„ Höhe:	3	3	19	
„ Hof:	10	12	64	
„ Hüners:	5	4	28	
„ Karlins:	7	8	26	

¹ Die Angaben der Häuser, Feuerstätten und Seelen nach der auf einer Volkszählung v. J. 1793 beruhenden „Statistischen Übersicht . . 1802“ Kreisarchiv Neuburg, Regierung 3155; die Angaben der Familien nach dem Tabellarischen Verzeichnis v. J. 1808.

² Die Angaben der Familien nach Tabellarischem Verzeichnis 1808; die der Häuser- und Seelenzahl nach H. B. Rupp, Alphabetisches Verzeichnis 1818.

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Weiler Ahaus:	4	3	20
" Lampolz:	6	9	33
" Langenberg:	9	11	60
" Leupolz:	5	6	34
" Niederrieden:	3	5	33
" Oberhaslach:	4	4	34
" Oberwarlins:	12	12	55
" Ollarzried:	18	19	105
" Osterberg:	4	7	31
" Otterwald:	4	6	28
" Pfandlins:	3	5	20
" Reutten:	11	12	76
" Schellenberg:	6	8	32
" Stephansried:	16	17	97
" Unterhaslach:	11	13	76
" Unterwarlins:	8	—	34
" Vogelsang:	5	5	30
Einöde Böglins:	1	1	6
" Boschach:	1	1	8
" Bühl (2 Höfe):	2	2	10
" Frifen (2 Höfe):	2	3	14
" Frühlins:	2	2	13
" Geißlins:	1	2	4
" Glasshof:	1	2	9
" Grabus (2 Höfe):	2	4	13
" Gumpertsried (2 Höfe):	4	4	22
" Gut:	1	2	12
" Haiken (2 Höfe):	2	2	14
" Heffen (2 Höfe):	2	3	13
" Kleffen:	2	1	12
" Kräpflins:	1	1	5
" Krautenberg:	1	1	10
" Laubers:	1	2	7
" Lerchenberg:	2	1	11
" Nollen:	1	2	7
" Oberrechberg:	1	1	7
" Oberried (2 Höfe):	3	2	11
" Oberwaldmühle:	1	1	14
" Delbrechts:	2	2	12
" Kempolz (2 Höfe):	2	2	11
" Niedmühle:	1	1	13
" Schachen:	1	1	10
" Scheggling:	1	1	8
" Schorren (2 Höfe):	2	2	19
" Schraffen:	2	3	13
" Stöcken (3 Höfe):	3	4	20

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Einöde Theilen-Ruttern (3 Höfe):	3	5	12
" Untermusbach (2 Höfe):	3	4	17
" Unterrechberg:	1	2	6
" Unterschochen:	1	2	6
" Unterwaldmühle:	1	3	14
" Wald:	2	2	15
" Westerried:	1	1	7
" Weglins:	2	2	8
" Wies (2 Höfe):	3	3	19
" Wolferts:	1	1	6

Nach der „Statistischen Übersicht 1802“ (Kreisarchiv Neuburg, Regg. 3155) waren sämtliche Weiler und Höfe, mit Ausnahme einiger zu den Dörfern eingemeindeten, eingeteilt in 10 Distrikte, deren jedem ein „Hauptmann“ vorgelegt war (sog. „Hauptmannschaften“). Diese Distrikte waren:

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Hauptmannschaft Fröhlins:	33	33	215
" Guggenberg:	28	29	183
" Begisried:	40	40	258
" Gut:	17	17	122
" Marzried:	35	36	243
" Bibelsberg:	22	23	174
" Schellenberg:	28	30	164
" Güners:	21	21	131
" Warlins:	27	28	155
" Osterberg:	30	30	187

Reihenfolge und statistische Angaben nach der „Statistischen Übersicht . 1802“. Welche Weiler und Höfe im einzelnen zu jeder Hauptmannschaft gehörten, ist nicht festzustellen, da die „Statistische Übersicht 1802“ hierüber nichts enthält und andererseits die Hauptmannschaften nicht mit den späteren, bei F. W. Rupp angegebenen Ruralgemeinden zusammenfallen.

Das altottobeurische Gebiet zählte im ganzen (nach „Statistischer Übersicht 1802“):

1333 Häuser; 1429 Feuerstätten; 8184 Seelen.

2. Der ottobeurische Anteil an der Herrschaft Stein,¹ bestehend aus den 2 Gerichten Egg und Engetried:

a) Das Gericht Egg:	Häuser:	Familien:	Seelen:
Dorf Unteregg:	40	41	211
Weiler Oberegg:	51	61	289
" Bittenau:	6	7	26
" Rappen:	10	13	74
" Egmühle:	5	5	28
" Schlottermühle:	1	1	9

¹ Familienzahl nach Tabellarischem Verzeichnis 1808; Häuser- und Seelenzahl nach F. W. Rupp.

b) Das Gericht Engetried:	Häuser:	Familien:	Seelen:
Schloß und Weiler Stein:	3	1	15
Dorf Engetried:	35	46	195
Weiler Griessthal:	11	18	69
„ Linden:	4	6	34
„ Ried:	6	7	28
„ Haglenberg:	2	2	23
„ Speckgreu:	3	5	27
„ Wineden:	23	27	108
Hof Bruderhof:	2	3	15
„ Kilbrathhof:	2	3	20
„ Betten:	2	—	8
„ Rohr:	2	1	15

Die „Statistische Übersicht 1802“ gibt nur summarisch, mit dem Vermerk „nach älterer Zählung“, an:

Gerecht Egg:	108 Häuf.;	— Famil.;	648 Seel.
„ Engetried:	91 „	91 „	546 „

Ottobeurischer Anteil an der

Herrschaft Steinimnganzen: 199 Häuf.; 91 Famil.; 1194 Seel.

3. Der ottobeurische Anteil an der Herrschaft Ronsberg,¹ bestehend aus den 3 Weilern Dingisweiler, Grub und Zabels:

Weiler Dingisweiler: 10 Häuser; 15 Familien; 77 Seelen.

„ Grub: 4 „ 6 „ 38 „

„ Zabels: 6 „ 7 „ 36 „

Die „Statistische Übersicht 1802“ gibt summarisch für die 3 Weiler an:

20 Häuser; 21 Feuerstätten; ca. 123 Seelen.

4. Die Herrschaft Erlheim,² bestehend aus:

Dorf Ober- und Untererlheim:

86 Häuser; 126 Familien; 574 Seelen.

Einöde Erlenberg: 2 „ 2 „ 19 „

Die „Statistische Übersicht 1802“ gibt für Erlheim und Erlenberg zusammen an:

84 Häuser; 87 Feuerstätten; ca. 550 Seelen.

Das ganze ottobeurische Territorium betrug demnach:

1636 Häuser; 1736 Familien; 10 051 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Im Benediktinerkloster Ottobeuren befanden sich zur Zeit der Säkularisation außer dem Abt 44 Religiösen und 3 Novizen.

Im Ottobeurischen Territorium lag das ganz unter Otto-

¹ Nach Tabellarischem Verzeichnis und F. B. Rupp.

² Nach Tabellarischem Verzeichnis und F. B. Rupp.

beurischer Landeshoheit stehende Frauenkloster Wald bei Gammangen; 1802 zählte es 12 Klosterfrauen und 6 Schwestern.

Mit Ausnahme der protestantischen Pfarrei Obererlheim (s. unter Memmingen) war das ganze Gebiet ungemischt katholisch. Es zerfiel in 18 Pfarreien, von denen 17 im Kapitel Ottobeuren, 1 (Unteregg) im Kapitel Mindelheim lagen. Das Patronatsrecht der Pfarreien Erlheim und Westerheim stand dem Oberhospital zu Memmingen, das der Pfarrei Egg a. d. G. dem Hochstift, das der Pfarrei Unteregg dem Domkapitel Augsburg zu; Niederrieden und Benningen hatten — unter dem Patronat des Reichsstifts — eigene Pfarrherrn, die den Großzehnten bezogen; alle übrigen Pfarreien waren dem Reichsstift inkorporiert und mit Religiosen des Klosters besetzt.

Die Pfarreien waren im einzelnen:

1. Ottobeuren, Klosterpfarre: eingepfarrt waren alle Klosterdiener, ein kleiner Teil des Marktfleckens Ottobeuren und das Dörfchen Stephansried. Filialpfarre war Ollarzried (seit 1796 selbständig): dieser waren eingepfarrt die Weiler und Gindöden: Bibelsberg, Bremeberg (im Remptischen), Daxberg, Höhe, Oberried, Schachen, Schorren, Vogelsang.
2. Ottobeuren, Marktpfarrei: mit Filialen: Begisried, Böglins, Boschach, Bühl, Brühlins, Dennenberg, Eheim, Fröhlin, Geislin, Guggenberg, Gumpertsried, Gut, Haizen, Hammersberg, Hof, Hossen, Langenberg, Leupolz, Oberhaslach, Elbrechts, Rempolz, Reutten, Schellenberg, Unterhaslach, Wald, Wehlins, Wolferts.
3. Attenhausen.
4. Benningen: eingepfarrt sind 10 außerhalb des Pfarrorts gelegene Häuser mit 66 Seelen.
5. Böhen: mit den Filialen: Berg, Brandholz, Frilen, Günzegg, Hliners, Karlin, Lampolz, Nollen, Oberwarlin, Osterberg, Pfandlin, Rechberg, Stöden, Scheggling, Unterwarlin, Westerried, Wies.
6. Egg a. d. G.: Filialen sind die augsburgischen Dörfer Engishausen und Inneberg und das Memmingsche Gut Wesbach.
7. Engetried: mit den Filialen: Schloß und Weiler Stein, Griesthal, Haglenberg, Bruderhof, Linden, Ried, Rohr, Spedareu, Stilbrathhof, Grub, Dingewiler, Fadel.
8. Untererlheim: mit den Filialen: Schlegelsberg, Knaus, Verchenberg und den zu Bayern-Mindelheim gehörigen Ortschaften Daxberg, Moosmühle und St. Johann.
9. Frechenrieden: mit den Filialen Altisried und Krautenberg.
10. Günz: mit der Filialkirche Rummeltshausen.

11. Qawangen: mit den Filialen Eggisried und Unter-
musbach.
 12. Niederrieden: mit den Filialen: Glashof und Otter-
wald.
 13. Sonthheim: mit 11 zerstreuten Höfen (71 Seelen)
als Filialen (Laubers, Grabus).
 14. Ungerhausen.
 15. Welterheim, Ober- und Unter-.
 16. Wolfertschwenden, Ober=: mit den Filialen: Dietrat-
ried und Klessen.
 17. Wolfertschwenden, Unter- oder Niederdorf: mit
Oberwolfertschwenden vereinigt.
 18. Pfarrei Unteregg im Kapitel Mindelheim: mit den
Filialen: Oberegg, Egmühl, Rappen, Schlottermühle
und dem Fuggerischen Weiler Hochholz.
- Zu fremden Pfarreien gehörig sind die Weiler und Höfe:
Bittenau: zur Pfarrei Eutenhausen, Kapitel Mindelheim,
Herrschaft Mindelheim.
- Niederrieden, Weiler bei Dorf Niederrieden: zu dem
Fuggerischen Pfarrdorf Boos, Kapitel Ottobeuren.
- Wineden: zu dem Fuggerischen Pfarrdorf und Markt-
flecken Mettenbach.

Nicht festzustellen ist die kirchliche Zugehörigkeit der Höfe:
Kräpflins, Ober- und Unterwaldmühle, Theilen-Ruttern, Schral-
len, Unterschochen und Letten; doch gehörten vermutlich die 4
ersteren zu Böhen, Schralen zu Ottobeuren, Unterschochen zu
Ollarzried und Letten zu Engetried. („Statistische Übersicht
1802“, Kreisarchiv Neuburg, Regg. 3155. Pl. Braun, Be-
schreibung der Diözese Augsburg. 1823.)

Reichsabtei Irsee.

I. Quellen und Literatur: „Grenzbeschreibungen von
Irsee aus den Jahren 1740–1744“, Reichsarchiv, Kloster
Irsee 148. „Tabelle den ganzen Irseeischen Volksétat von
1797 enthaltend“, Reichsarchiv, Kloster Irsee 150. Verikon
von Schwaben I, 1002 ff. Tabellarisches Verzeichnis der samtl.
Landgerichte in Schwaben 1808. F. W. Rupp, Alphabetisches
Verzeichnis . . 1818. Pl. Braun, Beschreibung der Diözese Augs-
burg 1823. v. Kaiser, Die Wappen der Städte und Märkte
im Oberdonaukreis 1834. A. Krumm, Das Kloster Irsee.
Eine historische Skizze. Programm zum Jahresbericht der kgl.
Landwirtschafts- und Gewerbeschule Kaufbeuren. 1856. Bau-
mann, Geschichte des Allgäu. III. Bd. Rempten 1890. S. 265
und S. 671. A. Steichele-Schröder, das Bistum Augsburg.
historisch und statistisch beschrieben. II. Band. 1861. S. 297 ff.;
VI. Band 1897 S. 137 ff. A. Schröder, Die staatsrechtlichen
Verhältnisse . . . S. 52.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Die Reichsabtei übte über ihr gesamtes, abgerundetes Gebiet, seit 1692 uneingeschränkt von fremden Hoheitsrechten, die volle Landeshoheit aus. Forst- und Jagdrecht gehörten fast im ganzen Irseeischen Territorium den Besitzern der österreichischen Lehensherrschaft Ronsberg (Kempten und Ottoheuren).

Die Kastenvogtei über das Kloster und sein Gebiet war als österreichisches Lehen im Besiz der Herrschaft Remnat und kam mit dieser im Jahre 1551 an das Stift Kempten. Im 1668 erwarb sich Irsee käuflich (um 28000 fl.) die Rechte der Kastenvogtei mit Ausnahme des Blutbannes, der Jagd (soweit sie nicht der Herrschaft Ronsberg zustand) und einzelner kleineren Rechte. Im Jahr 1692 erhielt das Kloster um die Summe von 24000 fl. auch alle übrigen, Kempten verbliebenen Rechte und damit die volle Landeshoheit über sein Gebiet.

III. Die Grenzen: Geographisch zerfiel das Territorium in 2 Komplexe: in das Gebiet um Irsee und im Wertachtal und das durch Kaufbeurisches Territorium davon abgeschnittene Gebiet von Mauerstetten und Hausen.

1. Das Gebiet um Irsee:

- a) Grenze gegen Kempten von der Wertachbrücke bei Veinau bis Röhrwang: Grenzbeschreibungen vom 24. Septbr. 1687 (Reichsarchiv, Stift Kempten 87) und vom 5. April 1788 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 191);
- b) Grenze gegen Kempten-Stein von Röhrwang bis an den unteren Schwarzenbach: Beschreibungen vom 30. September 1740 (Reichsarchiv, Kl. Irsee 148) und vom 1. Oktober 1787 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 191);
- c) Grenze gegen Mindelheim vom unteren Schwarzenbach bis an den Oberlopfwald: Beschreibungen vom 16 bis 18. August 1791 und vom 14. bis 15. August 1795 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 204; daselbst auch ein undatiertes Plan eines Teiles dieser Grenze);
- d) Grenze gegen Augsburg—Wörishofen vom Oberlopfwald bis an die Stockheimer Grenze: Beschreibung vom 10. Mai 1794 (Reichsarchiv, Kl. Irsee 204);
- e) Grenze gegen Mindelheim (Stockheim) von der Wörishofer Grenze bis zur Wertach: Beschreibung vom 16. August 1791 (Reichsarchiv, Kl. Irsee 204);
- f) Grenze gegen Steingaden, bezw. Landsberg (Bedstetten) von der Wertach bis zum Weinhauser Scheidgraben: Beschreibung vom 3.—5. Oktober 1795 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 204);
- g) die Grenzen gegen Kaufbeuren (Weinhausen, Turishofen, Schwäbischhofen, Unter- und Obergermaringen) im Gennach- und Wertachtale sind nicht festzustellen.

2. Die Grenzen von Mauerstetten und Hausen (gegen Kaufbeurisches, Augsburgerisches und Kottenbuchisches Territorium) sind nicht festzustellen.

IV. Das Territorium bestand aus 10 Pfarrdörfern, 11 größeren Weilern und einigen Einödhöfen.¹

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Pfarrdorf Waisweil:	84	115	485 (394)
" Eggenthal:	77	110	338 (395)
" Ingenried:	25	30	120 (169)
" Irsee:	66	96	372 (391)
" Ketterswang:	50	62	260 (267)
" Lauchdorf:	56	75	276 (338)
" Mauerstetten:	49	65	220 (292)
" Pforzen:	62	91	351 (398)
" Rieden:	31	43	210 (188)
" Schlingen:	59	73	302 (368)
Weiler Eiberg:	6	5	28
" Frankenhofen:	12	12	54
" Großried:	6	6	32
" Grub:	2	2	9
" Haslach:	2	2	10
" Haufen:	10	13	37
" Irpisdorf:	7	7	40
" Leinau:	17	23	90 (103)
" Oggenried:	7	11	40
" Romatsried:	17	23	85 (198)
" Wielen:	5	6	25
Schloß Widenried:	1	1	11
Einöde Hammer Schmiede b/Pforzen:	1	1	8
" Röhrwang:	1	1	6
" Schleifmühle b/Eggenthal:	1	1	8

Dazu besaß das Stift noch mit allen Hoheitsrechten in den im Rempten=Steinischen Territorium gelegenen

Weilern Blumenried: 1 Hof.

Reichardsried: 5 Höfe (v. Bälberndorff, Zivil-gesetzesstatistik, S. 332).

Die Gesamtseelenzahl der Bevölkerung ist nach

Volksetat 1797: 3501 Seelen,

F. W. Rupp: 3417 "

Die Angaben der gleichzeitigen Literatur sind schwankend; auf der Kreisstände-Konferenz zu Ravensburg am 26. Oktober 1797 gab Irsee 3000 Seelen an (J. B. Hofer, Reichsstaatsrechtliche Untersuchung über die Frage: Sind die Kreise verpflichtet, ihren in den Kreisusualmatrikeln beschwerten Mitgliedern . . . provisorische Erleichterung . . . zu ver-

¹ Die Angaben der Familien nach dem „Tabellarischen Verzeichnis 1808“, die der Häuser und Seelen nach F. W. Rupp, Alphabetisches Verzeichnis . . . 1818; die in Klammern beigefügte Seelenzahl nach Reichsarchiv, Kloster Irsee 160: „Irrseescher Volksetat vom Jahre 1797“, wobei zu den angegebenen Zahlen auch die Seelenzahl der zu dem Dorf gehörigen Weiler und Höfe gerechnet zu sein scheint.

(Schaffen. Rottweil 1798). Gaspary, Der Deputationshauptrezeß 1803 berechnet für Irsee 2 Qmeilen und 4400 Seelen, die anonyme Schrift: „Der neueste Provinzenwechsel . . geographisch-statistisch dargestellt“, 1803: 2 Qmeilen und 4200 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: 1. Das Benediktinerstift zählte zur Zeit der Säkularisation ca. 20 Mönche (Lexikon von Schwaben I 1002). — 2. Das Gebiet des Stifts lag in den Landkapiteln Baisweil und Kaufbeuren.

a) Die Pfarreien im Kapitel Baisweil:

Pfarrdorf Baisweil; Patronat: Irsee; die Pfarrei war mit Religiosen besetzt.

Pfarrdorf Eggenthal mit den Filialen: Grub, Röhrwang, Romatsried, Schleismühle, Wielen (dazu sind eingepfarrt die Rempten-Steinischen Orte: Beschaunen; Blumenried, Magerß, Reichardtsried, Stehlings, Webams), Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Ingenried mit der Filiale Irpisdorf; Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Bauchdorf mit der Filiale Großried; Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Schlingen mit der Filiale Frankenhofen; Patronat: Stift Rempten (Ronsberg).

b) Die Pfarreien im Kapitel Kaufbeuren:

Pfarrdorf und Marktflecken Irsee mit den Filialen Eisberg und Bedenried; Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Kettterswang; Patronat: die Domscholasterie zu Augsburg.

Pfarrdorf Mauerstetten mit der Filiale Hausen; Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Pforzen mit den Filialen Veinau (früher eigene Pfarrei) und Hammerschmiede; Patronat: Irsee.

Pfarrdorf Nieden; Patronat: Irsee.

Die pfarrliche Zugehörigkeit der Weiler Dastlach und Oggenried ist nach Braun nicht festzustellen; in Betracht kommen nur Irsee und Eggenthal. F. B. Rupp gibt für beide als Pfarrei Irsee an.

Reichsherrschaft Mindelheim.

I. Quellen und Literatur: Pflegerbericht über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft vom 26. Dez. 1641 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 137). „Saalbuch der Herrschaft M.“ vom Jahre 1721 in 3 Foliobänden (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128, 128^{1/2}, 129). „Saalbuch über das churfürstlich adeliche Guth Tagberg. Anno 1721“ (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 155). Lagerbuch der Herrschaft M. 1763 bis 1791 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 130). Landschafts- und Steuerwesen der Herrschaft Mindelheim 1803 (Kreisarchiv Neuburg C 1654). Lexikon von Schwaben. 2. Aufl. Ulm

1800. Tabellarisches Verzeichnis der sämtl. Landgerichte in Schwaben 1808. F. W. Rupp, Alphabetisches Verzeichnis sämtl. Ortschaften im Oberdonaukreis 1818. J. Ph. Brunne-mair, Geschichte der königl. Baierschen Stadt und Herrschaft Mindelheim. Mindelheim 1821. Pl. Braun, Beschreibung der Diözese Augsburg 1823. v. Kaiser, die Wappen der Städte und Märkte im Oberdonaukreis 1834. v. Bolderndorff, Civil-gesetzstatistik im Kgr. Bayern. Nördlingen 1880. A. Schröder, S. 18f.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Bayern besaß über die ganze Reichsherrschaft die volle Landeshoheit; nur über einen kleinen Teil besaßen fremde Herren die Forstge-rechtigkeit: über einen Teil von Loppenhäusen und die Weiler Kaisersmoos und Korb Fugger-Babenhausen, über Eutenhausen, Köngetried, Warmisried und Stockheim die Inhaber der Herr-schaft Ronsberg (Rempten und Ottobeuren). An Rechten über auswärtige Territorien besaß Mindelheim: Forst- und Jagd-gerechtigkeit über das Hochstift-Augsburgische Marktdorf Pfaffen-hausen und über die diesseits der Günz gelegenen Memmin-gischen und Ottobeurischen Ortschaften (von Friedenhausen bis Sontheim); gemeinsam mit der Reichsstadt die Kriminaljuris-diktion über die Memmingischen Dörfer und Weiler Frieden-hausen, Arlesried, Dankelsried und Begenhäusen (s. bei Mem-mingen); die Kriminaljurisdiktion über einen Teil der Kondo-minats-herrschaft Erkheim (s. bei Ottobeuren); die hohe Gerichts-barkeit über das im Mindelheimischen Territorium gelegene, dem Domkapitel Augsburg gehörige Dorf Apfeltrach, endlich die landesherrliche Obrigkeit über die Herrschaft Bedernau (s. bei Bedernau).

Staatsrechtlich zerfiel die Herrschaft Mindelheim in drei Teile: die Stadt Mindelheim, das reichsherrschaftliche Gebiet, das adelige Gut Dargberg.

1. Die Stadt Mindelheim stand zwar völlig unter bay-rischer Landeshoheit, war aber mit (Marktgerichtigkeit und) eigener niederer Gerichtsbarkeit ausgestattet und trug den Blut-bann von der Herrschaft als Austerlehen. Sie hatte von den allgemeinen Landes-, Kreis- und Kriegsausgaben der Herr-schaft den 6. Teil zu bestreiten, war aber ganz befreit von den besonderen, landschaftlichen Lasten (Ausgaben für Wer-bungen, landschaftliche Gehälter und Pensionen, Armenwesen, Passivkapitalien und Passivinteressen der Herrschaft usw.).

2. Das reichsherrschaftliche Gebiet, das hinsichtlich der Niedergerichtsbarkeit in 15 Gerichte eingeteilt war (Stetten, Oberkamlach, Oberrieden, Breittenbrunn, Loppenhäusen, Schönen-berg, Haufen, Salgen, Rassenbeuren, Altensteig, Kirchdorf, Stock-heim, Warmisried, Dirlwang, Oberaurbach).

3. Das Gut Dargberg: die Niedergerichtsbarkeit besaß der Inhaber; die hohe Gerichtsbarkeit Mindelheim als Reichslehen. Das Gut befand sich mit allen Rechten in bayrischem Besiz, war Mindelheim unterstellt und wurde von dort aus verwaltet.

Seit dem Jahre 1616 befand sich die Reichsherrschaft Mindelheim in ihrem vollen Umfang im bayerischem Besiz, der nur zweimal vorübergehend unterbrochen war: 1706–1713 war die Herrschaft vom Reich als Fürstentum dem Herzog von Marlborough zugesprochen; 1778–1779 von Österreich besetzt. Die inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft blieben während der ganzen Periode unverändert.

III. Die Grenzen: Geographisch teilte sich Mindelheim in 4, durch fremde Territorien voneinander getrennte Gebiete: das Hauptgebiet um Mindelheim und die 3 Erglaven Stodheim, Unterirfingen und Dargberg.

1. Das Gebiet um Mindelheim:

- a) die Grenzen der Herrschaft gegen die anliegenden Territorien sind nur sehr lückenhaft zu gewinnen. Im Salbuch vom Jahre 1721 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128) befindet sich eine ausführliche Beschreibung des Mindelheimer Forstbezirks mit Angabe der Punkte, an denen Forst- und Territorialgrenze auseinanderfallen; daraus läßt sich eine Reihe von Anhaltspunkten gewinnen (bes. die Grenze an der Floßach und Gutnach). Eine Reihe weiterer Grenzlinien und einzelner Punkte ergibt sich aus Grenzbeschreibungen anliegender Herrschaften (siehe unter Memmingen, Ottobeuren, Irsee, Schwabegg). Die gewonnenen Anhaltspunkte erlauben, im übrigen subsidiär die moderne Amtsgerichtsgrenze anzunehmen;
- b) die Grenzen der einzelnen Gerichte der Herrschaft sind nicht festzustellen;
- c) die Grenzen des Stadtbezirks Mindelheim: Beschreibung vom Jahre 1718, Salbuch v. J. 1721, I. Teil, fol. 38 ff. (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128);
- d) die Grenzen der im Mindelheimischen Territorium liegenden fremden Gebiete:
 - α) die Grenzen der Hofmark Bedernau: siehe unter Bedernau;
 - β) die Grenzen des Hochstift-Augsburgischen Marktfleckens Pfaffenhausen: sehr deutlicher, undatierter Plan (18. Jhdt.) Reichsarchiv, Plan 2697;
 - γ) die Grenzen des unter Mindelheimer hoher Jurisdiktion stehenden Domkapitel-Augsburgischen Dorfes Apfeltrach sind nicht festzustellen;
 - δ) die Grenzen des Reichsstadt-Augsburgischen Dorfes Weilbach sind nicht festzustellen.

2. Das Gebiet von Stockheim:

die Grenzen sind nur gegen Irsee festzustellen: s. unter Irsee: Beschreibung vom 16. August 1791 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 204).

3. Das Gebiet von Unterirsingen:

die Grenzen sind nicht festzustellen.

4. Das Gebiet von Dargberg:

sämtliche Grenzen (gegen die Memmingerischen Orte Lauben, Friedenhausen Arlesried und gegen die Ottobeurgerischen Orte Günz, Lerchenberg und Erlheim) lassen sich feststellen; siehe die bei Memmingen und Ottobeuren zitierten Beschreibungen.

IV. Das Territorium:¹

1. Die Stadt Mindelheim:

380 (400) Häuser; 423 Familien; 2079 (2400) Seelen.

2. Die Herrschaft Mindelheim:

a) Gericht Stetten:

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Dorf Stetten:	65	70	339
„ Erisried:	29	30	174
„ Gutenhausen:	25	20	185
„ Köngetried:	49	58	258
„ Mussenhausen:	23	24	122
„ Saulengrein:	18	18	101
Weiler Gronau:	6	5	26
„ Lichtenau:	7	7	39
„ Walchs:	3	3	18
„ Wipfel:	9	9	54
Einöde Ragbrüh:	3	3	20

b) Gericht Oberkammlach:

Dorf Oberkammlach:	73	78	380
„ Unterkammlach:	83	88	432
Weiler Hüllberg:	11	10	54
„ Kirchstetten:	6	6	36
„ Aufen:	7	8	41
„ Wideregg:	8	8	40
Einöde St. Johann:	3	3	9

c) Gericht Oberrieden:

Dorf Oberrieden:	70	72	349
„ Unterrieden:	56	56	280

¹ Reihenfolge und Zugehörigkeit der einzelnen Gerichte nach Salbuch 1721, I. Teil (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128); Zahl der Familien nach „Tabellar. Verzeichnis 1808“; Zahl der Häuser und Seelen nach F. W. Rupp 1818; die in Klammern (bei Mindelheim, Stadt) beigefügten Zahlen nach Legikon von Schwaben, 1800.

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Weiler Hohenreuten:	18	22	81
„ Mittelrieden:	14	15	89
„ Ohnsang: ¹	6	—	20
Einöde Spigisbui:	3	3	23
d) Gericht Breitenbrunn:			
Dorf Breitenbrunn:	102	98	495
Weiler Fürbuch:	10	9	58
„ Korb:	5	5	35
Einöde Achenried:	2	2	19
„ Kaiseramoos:	2	4	25
„ Steinbach:	1	1	7
„ Weiherhof:	2	1	7
e) Gericht Roppenhausen:			
Dorf Roppenhausen:	84	79	425
Einöde Hinterberg:	3	2	18
Berghöfe Vorderberg:	2	2	12
f) Gericht Schöneberg:			
Dorf Schöneberg:	55	58	290
g) Gericht Hausen:			
Dorf Hausen:	74	79	390
Einöde Heingenhof:	2	3	9
„ Simonsberg:	1	1	4
h) Gericht Salgen:			
Dorf Salgen:	68	69	332
„ Bronnen:	34	32	172
i) Gericht Rassenbeuren:			
Dorf Rassenbeuren:	83	85	456
Einöde Lohhof:	1	1	12
„ Wiesmühle:	1	1	11
k) Gericht Altensteig:			
Dorf Altensteig:	44	42	237
„ Gernstall:	12	13	81
„ Heimenegg:	19	17	96
„ Delchenried:	13	13	95
„ Mindelau:	41	42	212
Weiler Ragenhirn:	6	6	28
„ Unggenried:	7	8	48
Einöde Osterlauchdorf:	2	2	20
l) Gericht Kirchdorf:			
Dorf Kirchdorf:	61	58	316
„ Dorfschhausen:	29	27	140
Einöde Unterirfingen:	1	1	20

¹ Ohnsang fehlt sowohl im Salbuch 1721 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128 ff.), als im Tabellar. Verzeichnis 1808.

m) Gericht Stockheim:	Häuser:	Familien:	Seelen:
Dorf Stockheim:	65	96	313
n) Gericht Warmisried:			
Dorf Warmisried:	63	64	281
o) Gericht Dirlwang:			
Marktflecken Dirlwang:	118	123	617
Einöde Allesrain:	1	1	7
„ Eberscholl:	1	1	9
„ Leuthen:	1	1	6
p) Gericht Oberauerbach:			
Dorf Oberauerbach:	28	28	156
„ Eglhofen:	30	30	170
„ Unterauerbach:	23	21	125
„ Westernach:	37	40	208
Einöde Bergerhausen:	2	2	11
„ Dolbenhausen:	3	3	24
„ Hertlehof:	1	1	5
„ Mindelberg:	3	2	13
3. Das Gut Darberg:			
Dorf Darberg:	30	34	165
Einöde Moosmühle:	4	—	34

Die Gesamtzahl der Einwohner der Herrschaft Mindelheim beträgt nach der Zusammenstellung der Angaben von F. W. Rupp¹ und des Tabellarischen Verzeichnisses:

2052 Häuser; 2257 Familien; 11 463 Seelen.

Nach Hofer „Reichsstaatsrechtliche Untersuchung . . . Rothweil 1798“ (nach Angaben bei der Kreisständischen Konferenz zu Ravensburg am 26. Oktober 1797):

9000 Seelen.

Nach Gaggi, Statistische Aufschlüsse Bd. I (1801):

9609 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: An klösterlichen Niederlassungen befanden sich 1802 drei in der Herrschaft Mindelheim: 1. das Augustinereremitenkloster, seit 1618 im Besitze der Jesuiten, die dort ein Kollegium errichteten; seit deren Aufhebung 1781 in den Händen des Malteserordens; 2. das Franziskanertertiärerinnenkloster und 3. das Institut der Englischen Fräulein.

Die Pfarreien der Herrschaft Mindelheim lagen in den Landkapiteln Baisweil und Mindelheim.

¹ Die statistischen Angaben bei Brunnemair sind übereinstimmend mit denen bei Rupp. Vermutlich lag beiden dieselbe Quelle (Intelligenzblatt des Oberdonaufreises) vor.

1. Die Pfarreien des Kapitels Baisweil:

Pfarrdorf Dorschhausen; Patronat: Domkapitel Augsburg. Filialen: das halbe Dorf Altensteig, Weiler Osterlauchdorf;

Pfarrdorf Kirchdorf; Patronat: Herrschaft Mindelheim. Filiale: Weiler Ragenhirn;

Pfarrdorf Mindelau; Patronat: Kollegium der Jesuiten (Malteser) in Mindelheim. Filiale: das halbe Dorf Altensteig mit der Kirche;

Pfarrdorf Massenbeuren; Patronat: Herrschaft Mindelheim; Filialen: Einöden Lohhof und Wiesmühle;

Pfarrdorf Stockheim; Patronat: Herrschaft Mindelheim.

Pfarrdorf Warmisried; Patronat: Herrschaft Mindelheim.

2. Die Pfarreien des Kapitels Mindelheim:

Pfarrdorf Breitenbrunn; Patronat: Oberhospital in Memmingen; ein Religiöse dieses Klosters war Pfarrer; Filialen: die Weiler und Einöden Achenried, Fürbuch; Kaisermoos, Rorb, Steinbach, Weiherhof;

Pfarrdorf Dirlwang; Patronat: Herrschaft Mindelheim; Filialen: Dorf Helchenried, Weiler Altsrain, Eberscholl, Leuthen;

Pfarrdorf Erisried; Patronat: Kloster Ottobeuren; Filiale: das halbe Dorf Stetten.

Pfarrdorf Eutenhausen; Patronat: Herrschaft Mindelheim; Filialen: Dorf Mussenhausen und der Ottobeurerische Weiler Bittenau.

Pfarrdorf Köngetried; Patronat: Herrschaft Mindelheim; Filialen: die Weiler Saulengrain und Ragbrüh.

Pfarrdorf Loppenhäusen; Patronat: Herrschaft Mindelheim; Filialen: die Weiler Hinter- und Vorderberg;

Pfarrei Mindelheim; Patronat: Herrschaft Mindelheim. Bei der Pfarrei waren 7 Kaplaneien und Pfründen (St. Anna, Unserer lb. Frau, St. Georg, St. Paul, St. Sebastian, St. Sylvester, Spitalpfründe), über die sämtlich die Herrschaft das Patronatrecht ausübte, nur das ius nominandi auf die Sebastianskaplanei hatte die St. Sebastiansbruderschaft. — Filialen der Pfarrei Mindelheim: die Dörschen, Weiler und Einöden: Gernstall, Gronau, Heimenegg, Hüllberg, Lichtenau, Unggenried, Walchs, Wideregg, Wipfel.

Pfarrdorf Oberauerbach; Patronat: Kloster Rottenbuch; Filiale: das halbe Dorf Stetten;

Pfarrdorf Oberkammlach; Patronat: Hochstift Augsburg; daselbst eine Frühmesse, die gleichfalls das Hochstift A. zu besetzen hatte. Filialen: Unterkammlach, Kirchstetten, Aufen (und der ottobeurerische Hof Erlenberg).

Pfarrdorf Unterauerbach; Patronat: Herrschaft Mindelheim.

Pfarrdorf Westernach; Patronat: Kollegium der Jesuiten (bezw. Malteserorden) in Mindelheim; Filialen: die Weiler Bergerhausen, Dolbenhausen und Mindelberg.

3. Mindelheimische Dörfer, die fremden Pfarreien eingeordnet waren:

Dorf Oberrieden; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; doch hatte das Dorf eine „ewige Messe“ mit einem Priester, der alle pfarrlichen Verrichtungen zu besorgen hatte; ihm waren ferner untergeordnet: Hohentreuten, Ohnsang, Spitzsbui.

Dorf Mittelrieden; nach Pfaffenhausen eingepfarrt.

Dorf Unterrieden; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; besaß eigene Kirche mit einer „ewigen Messe“.

Dorf Hausen; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; besaß eigene Kirche mit einer der Pfarrei Pfaffenhausen inkorporierten Kaplanei, über die die Herrschaft Mindelheim das Patronatsrecht ausübte.

Dorf Salgen; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; besaß eigene Kirche mit einem Benefizium, auf das der Gemeinde das Ernennungsrecht zustand.

Dorf Bronnen; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; eigene Kirche.

Dorf Schöneberg; nach Pfaffenhausen eingepfarrt; eigene Kirche, wo Sonntags Gottesdienst gehalten wurde.

Dorf Egelhofen; früher eigene Pfarrei; seit 1667 vom Kloster Kottenbuch an die Pfarrei Pfaffenhausen überlassen.

Weiler Heingenhofen; nach Pfaffenhausen eingepfarrt.

Eindöde Simonsberg; nach Pfaffenhausen eingepfarrt.

Eindöde St. Johann; nach Ertheim, Kapitel Ottobeuren, eingepfarrt.

Zollhaus Unterirfingen; nach Irfingen, Kapitel Waisweil, eingepfarrt.

Dorf Dargberg mit der Moosmühle: nach Ertheim, Kapitel Ottobeuren, eingepfarrt.

Nach Salbuch 1721 (Reichsarchiv, Bericht Mindelheim 128, 128^{1/2} und 129) und Pl. Braun, Beschreibung der Diözese Augsburg. 1823. I und II.

Herrschaft (Hofmark) Bedernau.

I. Quellen und Literatur: Grund- und Salbuch der Herrschaft Bedernau v. J. 1766 (Reichsarchiv, Bericht Mindelheim 148); Bericht des Pflegers zu Mindelheim über das Herrschaftsgericht Bedernau vom 14. Juli 1780. (Reichsarchiv, Bericht Mindelheim 149^{1/2}); Bericht des Pflegers zu Mindel-

heim vom 30. September 1795 (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 147). Lexikon von Schwaben 1800. Tabellarisches Verzeichniss aller Patrimonialgerichte in Schwaben 1808. F. W. Kupp, Alphabetisches Verzeichniss . . . 1818. J. Ph. Brunnemair, Geschichte der Stadt und Herrschaft Mindelheim. Mindelheim 1821. Pl. Braun, Beschreibung der Diözese Augsburg 1823. O. v. Böldernborff, Civilgesetzstatistik des Königreichs Bayern. Nördlingen 1880.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Die reichsritterschaftliche Herrschaft Bedernau war altbayerischer Besitz, zeitweise als Lehen an bayrische Adlige vergabt, häufig aber direkt unter kurfürstlich bayrischer Verwaltung stehend und dann dem Pfleger zu Mindelheim unterstellt. Seit 1782 besaß die Herrschaft (unter dem Titel „Mindelheimische Hofmark Bedernau“) der Freiherr von Castell (München), der hohe und niedere Obrigkeit von Bayern zu Lehen trug, aber mit der Herrschaft ganz unter bayrischer Landeshoheit stand. Die Steuer der Herrschaft ging zur Mindelheimischen Landschaftskasse; von dieser Steuer wurde jährlich an die schwäbische Kreisasse (zur Kasse des Kantons Donau) ein gewisser, wechselnder Betrag abgeliefert.

Seit dem Jahre 1603 im Besitz der (Freiherren, später) Grafen von Ruggenthal, kam Bedernau 1763 käuflich an Bayern, wurde aber noch im selben Jahr von Bayern an Herrn von Kräg verkauft. 1766 kam die Herrschaft durch Tausch wieder an Bayern und wurde durch den Pfleger von Mindelheim administriert. 1770/79 war Bedernau mit den andern schwäbischen Besitzungen Bayerns vorübergehend von Österreich okkupiert. 1782 gab Bayern die Herrschaft als „Mindelheimische Hofmark Bedernau“ dem Freiherrn von Castell zu Lehen.

III. Die Grenzen. Die Grenzen der ganzen Herrschaft sind festzustellen nach ausführlichen, übereinstimmenden Beschreibungen vom 30. April 1666 (Salbuch von Mindelheim 1721. I. Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128) und vom 24. und 25. Mai 1752 (Salbuch der Herrschaft Bedernau 1766. Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 148).

IV. Das Territorium:¹

Die Herrschaft bestand aus den Ortschaften:

Dorf Bedernau:	110 Häuser;	104 (92) Familien;	510 Seel.;
Weiler Baumgärtl:	6 „	5 (7) „	38 „
„ Brandstetten:	5 „	5 — „	20 „
Einöde Hohenschlau:	5 „	3 (3) „	30 „
„ Kunzach:	2 „	2 (2) „	12 „
zusammen: 128 Häuser; 119 (104) Familien; 610 Seel.			

¹ Die Zahl der Familien nach Tabellar. Verzeichn. der sämtlichen Patrimonialgerichte in Schwaben 1808; die Zahl der Häuser und Seelen nach F. W. Kupp, Alphabet. Verzeichniss 1818; die in Klammern beigefügte Familienzahl nach „Spezifikation der Bedernauischen Herrschaftsuntertanen 1780“ (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 149¹.).

V. Kirchliche Verhältnisse: Die ganze Herrschaft bildete die dem Landkapitel Mindelheim zugehörige Pfarrei Bebernau; das Patronatsrecht war im Besiz der jeweiligen Inhaber der Herrschaft (1802: Freiherr von Castell).

Grafschaft Schwabegg (Pflegericht Türlheim).

In Akten und Korrespondenzen des 18. Jhds. werden promiscue die Bezeichnungen „Grafschaft Schwabegg“ und Pflege- (oder Land-) gericht Türlheim gebraucht.

I. Quellen und Literatur: Salbuch der Grafschaft Schwabegg vom Jahre 1529 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 17); „Register“ der Grafschaft Schwabegg vom Jahre 1601 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 4); Grundbuch über das Gut Amberg vom Jahre 1694 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 25); Jurisdiktionsdifferenzen mit Burgau aus dem 18. Jahrhundert (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 20¹/₂; 35¹/₄; 35¹/₅; 43¹/₄; 43¹/₅); Bericht über die Verhältnisse der ritterschaftlichen Herrschaften Angelberg und Mattfies vom 12. März 1800 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 26. fasc. 13); Verikon von Schwaben 1800. Lori, der Geschichte des Reichsraus zweyter Band, Urkunden enthaltend. Tabellarisches Verzeichnis der sämtlichen Land- und Patrimonialgerichte 1808. F. W. Rupp, Alphabetisches Verzeichnis 1818. Pl. Braun, Beschreibung der Diözese Augsburg 1823. von Kaiser, die Wappen der Städte und Märkte 1834. G. U. Zacher, Chronik der mittelalterlichen Herrschaft Schwabegg. München 1846. A. Steichele, Das Bistum Augsburg. II. Band. Augsburg 1861. O. von Bölderndorff, Civilgesetzstatistik des Königreichs Bayern 1880. A. Schröder, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801. Dillingen 1907.

II. Staatsrechtliche Verhältnisse: Staatsrechtlich zerfiel die ganze Herrschaft in drei Gebiete: die alte Grafschaft Schwabegg mit ihren Annexen und die beiden ritterschaftlichen Herrschaften Angelberg (Tussenhausen) und Mattfies.

1. Bayern besaß die volle Landeshoheit über das ganze Territorium der alten Grafschaft, doch waren Grundherrschaft und niedere Gerichtsbarkeit, z. T. auch der Blutbann bei einer Reihe von Ortschaften ganz oder teilweise in fremden Händen. Mit allen Hoheitsrechten besaß Bayern die Dörfer Amberg, Ettringen, Piltensingen, Konradshofen Schwabegg, Türlheim, die Weiler Berg, Forsthausen, Froschbach, Gern und die Einödhöfe Könighausen und Leuthau.

Gemischt waren die Dörfer Alimach (13 bayerische, 13 Domkapitel-Augsburgische Familien), Scherfetten (8 bayerische, 28 Hospital-Augsburgische [reichsstädtische] Familien), der Weiler Traunried (4 bayerische, 6 Baron von Imhofische Hofmark-

familien). Über ganz Kimmach übte Bayern außer der Landeshoheit auch die Hochgerichtsbarkeit unbestritten aus; nur die niedere Jurisdiktion beanspruchte das Domkapitel über seine Untertanen (Akten von den Jahren 1606—07; Reichsarchiv, Gericht Schwabed 4). Nicht festzustellen ist, ob die Reichsstadt Augsburg auch die hohe Jurisdiktion über die hospitalischen Untertanen zu Scherstetten und über den Bruderhof ausübte; die Landeshoheit jedenfalls stand Bayern unbestritten zu.

Unvermischt mit den Grundhoheitsrechten und der niederen Gerichtsbarkeit standen unter fremden Herrn die Weiler Erthausen und Hilpoldsberg (dem Kloster St. Ulrich in Augsburg gehörig; nicht festzustellen ist, ob das Kloster auch die hohe Gerichtsbarkeit über die beiden Weiler ausübte); die Dörfer Irzingen, Siebnach mit Kirch-Siebnach und Wiedergeltingen (Kloster Steingaden)¹; der Weiler Aletschhofen (mit Niedergerichtsbarkeit dem Inhaber der Fräuleinspfunde in Türheim gehörig); die Einöden Ober-, Mittel- und Unterhof (Höfen) bei Traunried (St. Martinstiftung in Augsburg); Einöde Bruderhof bei Scherstetten (Hospital Augsburg); Einöde Ostettringen (Graf v. Baumgarten-Frauenstein in München).

2. Die Herrschaft Angelberg stand seit 1670 unter bayrischer Landeshoheit, hoher und niederer Jurisdiktion; doch war sie hinsichtlich des Kriegswesens dem Ritteranton Donau unterworfen und dorthin kollektabel.

3. Dieselben Verhältnisse herrschten in der seit 1690 zu Bayern gehörigen Herrschaft Matties. Über das Schloß Matties mit ca. 16 Einwohnern übte Gräfin von Lörring-Seefeld die niedere Jurisdiktion inner Etters aus.

Die Grafschaft Schwabegg hatte weder beim Reich noch beim Kreis Sitz und Stimme. Von allen Kreislasten (mit Ausnahme der bei Angelberg und Matties angegebenen) war sie, trotz Protestes seitens des schwäbischen Kreises, exempt.

1. Die Grafschaft Schwabegg (mit Ausnahme des Dorfes Amberg) besaß seit 1628 der Fürst von Hohenzollern als bayrisches Mannslehen. 1646 verkauft der Fürst die ganze Grafschaft mit allen Hohenrechten an das Kurfürstentum Bayern. Noch im selben Jahre 1666 tritt der Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern seinem Bruder Maximilian Philipp die neuverkaupte Grafschaft mit allen landesherrlichen Rechten ab. Von 1666 bis zu seinem Tode (1701) übte Maximilian Philipp unter der Souveränität Bayerns die landesherrlichen Rechte über Schwabegg aus. Im April 1706 wird die Grafschaft zugleich mit Matties, Rammungen, Haisershofen und Angelberg vom Kaiser okkupiert, als Reichslehen erklärt und dem Hochstift Augsburg (als Kriegsschädigung) zugewiesen. 1714

¹ Die Steingadenschen Dörfer Bedstetten und Weicht unterstanden bezüglich der Hochgerichtsbarkeit nicht der Grafschaft Schwabegg, sondern dem Landgericht Landsberg; vergl. Grenzbeschreibung zwischen Irsee und Landsberg für das Steingadensche Dorf Bedstetten vom 3. Oktober 1785 (Reichsarchiv, Kloster Irsee 204).

wird die Grafschaft wieder bayerisch und durch einen eigenen Pfleger verwaltet.

Das Dorf Amberg ist im 17. Jahrhundert als burgauisches Lehen im wechselnden Besitz augsburgischer Patrizier (Meitinger, Imhof, Welfer; letzterer seit 1659). 1674 kauft es Freiherr von Ursenbeck; 1676 Zacharias von Furtenbach; 1679 Kloster Rottenbuch; 1680 das Kurfürstentum Bayern.

2. Angelberg ist seit 1629 als kemptisches Lehen im Besitze des Kaspar Blarrer von Wartensee und seiner Erben. 1685 kommt die Herrschaft durch Kauf von Kempten an die Augsburger Patrizier Johann Mathias Koch und Johann Christoph Ilfing und im Jahre 1690 von diesen an Bayern. 1700 wird der lang bestrittene, vom Raanton Donau behauptete reichsritterschaftliche Charakter der Herrschaft von Bayern anerkannt.

3. Die Herrschaft Mattfies, seit 1598 im Besitze der Familie Christoph Fugger, kommt 1679–80 durch Kauf an Bayern.

III. Die Grenzen: Die Grafschaft bildete ein zusammenhängendes, geschlossenes Territorium.

1. Die Grenzen der Grafschaft gegen die anliegenden Territorien:

- a) die Grenzen von Irfsingen und Wiedergeltingen gegen Stodheim (Mindelheim) und Weicht (Steingaden-Landsberg): nicht festzustellen;
- b) die Ostgrenze im Wertachtale von Wiedergeltingen bis zur Wertachbrücke bei Schwabegg (gegen Augsburgisches Gebiet): Plan vom Jahre 1785 (Reichsarchiv, Plan 2687);
- c) die Grenze von Schwabegg, Leuthau und Klimmach gegen Mittelstetten und Guggenberg (Hochstift Augsburg) und gegen Fugger-Burgauisches Gebiet: Karte der kurpfälzbairischen Grafschaft Schwabegg (undatiert; 18. Jhrdt.) (Reichsarchiv, Plan 4239);
- d) die Grenze von Klimmach, Leuthau, Hilpoldsberg und Konradshofen gegen Birkach (Fugger-Burgau): Grenzbeschreibungen aus den Jahren 1572 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 43^{1/2}), 1709, 1766 und 1770 (Reichsgericht Schwabegg 20^{1/2} mit einem etwas unklaren Situationsplan); die Grenzen sind nur mangelhaft festzustellen;
- e) die Westgrenze von Hilpoldsberg bis zur Schmutter (gegen Reichsstadt Augsburgisches- und gegen Fugger-Waldisches Territorium): Karte der kurpfälzbairischen Grafschaft Schwabegg. (Reichsarchiv, Plan 4239);
- f) die Grenze von Tussenhausen-Angelberg und Zaisertshofen gegen Wald, Immeltstetten und Mörzen (Fugger-Wald und Fugger-Kirchheim), von der Schmutter bis in die Flossach: Grenzbeschreibung vom 20. September 1762 (gegen Fugger-Wald) und vom 13. Mai 1737 (gegen Fugger-Kirchheim): Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 35^{1/4};
- g) Grenze von Zaisertshofen gegen Mindelheim: nicht festzustellen; doch ging sie aller Wahrscheinlichkeit nach der

Flossach entlang; vergl. den „Mindelheimischen Forstbezirk“, Salbuch von Mindelheim 1721. I. Teil (Reichsarchiv, Gericht Mindelheim 128);

- h) Grenze von Mattsies und Ober- und Unterrammingen gegen Massenbeuren, Mindelheim und Kirchdorf (Mindelheim): Grenzbeschreibungen vom 19. Oktober 1598 und vom 23. August 1674 (Reichsarchiv, Gericht Schwabegg 26, fasc. 17); die Grenzen sind nur mangelhaft festzustellen;
- i) Grenze von Türkheim und Irtsingen gegen Wörishofen (Augsburg): nicht festzustellen.

2. Die Grenzen der einzelnen Bestandteile der Grafschaft Schwabegg:

- a) die Grenzen der Steingadenschen Ortschaften: Siebnach, Irtsingen und Wiedergeltingen sind nicht festzustellen;
- b) die Grenzen von Erthausen und von Hilpoldsberg: Karte der kurpfälzbairischen Herrschaft Schwabegg (Reichsarchiv, Plan 4239);
- c) nicht festzustellen sind die Grenzen der Ortschaften Altschhofen, Bruderhof, Höfen, Ostettringen; ebenso wenig die Grenzen der Gebietsteile der vermischten Ortschaften Kilmach, Scherstetten und Traunried;
- d) die Grenzen der Herrschaft Mattsies gegen Türkheim und Angelberg sind mangelhaft festzustellen nach den oben (sub III, 1, h) angegebenen Beschreibungen; die Grenze des Schloßbezirks Mattsies ist nicht festzustellen;
- e) die Grenze von Angelberg-Luffenhauzen gegen Türkheim ist nicht festzustellen.

IV. Das Territorium:¹

1. Die Grafschaft Schwabegg:

a) Die unvermischten Ortschaften:

	Häuser: Familien: Seelen:		
Dorf und Marktflecken Türkheim (Sitz des Pflegamtes):	172	284	960
Dorf Amberg:	63	86	282
„ Ettringen:	105	153	643
„ Hiltenfingen:	116	137	663
„ Konradshofen:	67	82	291
„ Schwabegg:	67	84	301
Weiler Berg:	8	9	67
„ Forstshofen:	3	3	21
„ Froschbach:	3	3	29
„ Gern:	2	2	8
Einöde Königshausen:	1	1	3
„ Leuthau:	3	3	26

¹ Zahl der Familien nach Tabellar. Verzeichniß 1808, Zahl der Häuser und Seelen nach F. W. Kupp, 1818.

b) Die vermischten Ortschaften (das Verhältnis der einzelnen Besitzer s. o.):

Dorf Klimmach:	24 Häuser;	26 Familien;	110 Seelen.
" Scherstetten:	42 "	36 "	208 "
Weiler Traunried:	12 "	10 "	58 "

c) Die unvermischt fremden Herren mit niederer Jurisdiktion zuständigen Ortschaften (die Grundherren s. o.):

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Dorf Irisingen:	34	47	177
" Siebnach:	66	88	369
" Wiedergeltingen:	68	89	381
Weiler Mletshofen:	5	5	28
" Erthausen:	13	18	58
" Hilpoldsberg:	4	3	21
Einöde Bruderhof:	1	1	12
" Höfen:	3	4	15
" Ostettringen:	2	2	17

2. Die Herrschaft Angelberg:

	Häuser:	Familien:	Seelen:
Markt Angelberg oder Tuffenhäuser:	117	159	611
Dorf Zaisertshofen:	89	125	554

3. Die Herrschaft Mattsies:

Schloß Mattsies:	2 Häuser;	— Familien;	15 Seel.
Dorf Mattsies:	84 "	115 "	439 "
" Oberrammingen:	54 "	65 "	277 "
" Unterrammingen:	53 "	77 "	327 "

Die Gesamtzahl der Häuser, Familien, Seelen beträgt nach Tabell. Verzeichnis und F. W. Rupp zusammengestellt: 1283 Häuser; 1717 Familien; 6981 Seelen.

Nach F. Huzzi, Statistische Aufschlüsse über Bayern. Bd. 1. 1801. Tabelle 3 k:

6013 Seelen.

Nach Lexikon von Schwaben:

5400 Seelen.

V. Kirchliche Verhältnisse: Das Gebiet der Grafschaft lag in den Augsburgerischen Landkapiteln Baisweil, Kirchheim und Schwabmünchen.

1. Die Pfarreien im Kapitel Baisweil:

Pfarrdorf Amberg; Patronat: Schwabegg.

Pfarrdorf Ettringen; Patronat: Schwabegg. Filiale: Ostettringen,

Pfarrdorf Irisingen; Patronat: Kloster Steingaden, das die Pfarrei mit einem Religiosen des Klosters besetzte. —

Eingepfarrt war das zu Mindelheim gehörige Zollhaus Unterirrsingen.

Pfarrdorf Mattsies; Patronat: Freiherr v. Freyberg (?). Eingepfarrt war das Schloß Mattsies.

Pfarrdorf Unterrammingen; Patronat: Schwabegg. Eingepfarrt war Oberrammingen.

Pfarrdorf Türkheim (mit Frühmehpfründe); Patronat: Schwabegg. In Türkheim befand sich seit 1685 ein Kapuzinerkloster. Filialen: die Weiler Berg und Gern.

Pfarrdorf Wiedergeltingen; Patronat: Kloster Steingaden; die Pfarrei war mit Religiosen besetzt.

2. Die Pfarreien im Kapitel Kirchheim:

Pfarrdorf Angelberg (Lussenhausen); Patronat: Bayern.

Pfarrdorf Erkhäusen; Patronat: Kloster St. Ulrich in Augsburg. Die Pfarrei wurde meist von Scherstetten aus pastoriert, da die Dotation zu gering war, um einen eigenen Pfarrherrn zu besolden.

Pfarrdorf Klimmach; Patronat: Schwabegg. Filialen: der Weiler Froschbach und das Fugger-Burgauische Dorf Birlach.

Pfarrdorf Konradshofen; Patronat: Schwabegg. Filialen: Dorf Schwabegg (mit eigener Kirche und eigenem Pflsgeistlichen) und Weiler Hilpoldsberg.

Pfarrdorf Scherstetten; Patronat: Hospital zu Augsburg. Eingepfarrt: der Bruderhof.

Pfarrdorf Siebnach; Patronat: Kloster Steingaden, das die Pfarrei mit Religiosen besetzte.

Pfarrdorf Zaisertshofen; Patronat: Bayern.

3. Pfarrei im Kapitel Schwabmünchen:

Pfarrdorf Hiltensingen; Patronat: Deutschordens-Kommenthurei Blumenthal.

Wohin die Gindden Leuthau und Königsbrunn eingepfarrt waren, ist aus Braun nicht zu entnehmen. Nach F. W. Rupp waren sie Filialen der Pfarrei Klimmach.

III.

Kartenprobe aus der Oberpfalz.

Von Dr. J. Frz. Knöpfler.

A. Das oberpfälzische Landgericht Waldeck-Remnath.

Allgemeine Quellen:¹ Jgn. Viechl, Vollständige Beschreibung aller in dem Herzogthume der obern Pfalz, der Landgraffschaft Leuchtenberg und andern oberpfälzischen Reichsherrschaften sich befindlichen Land-, Pfleg- und Herrschaftsgerichter, Mauth-, Forst-, Bergämter und Eisenhämmer, Abteyen, Städten, Märkten, Höfmärkten 2c. 2c. Nebst einem genauen Verzeichniß ihrer Bevölkerung, Höfen und Häuser, dann deren Inhabern, München, 1783. — Geographisch, statistisch, topographisches Lexikon von Baiern . . . Ulm 1796/7, 3 Bände. — Ortschaftsverzeichniß des Kgr. Bayern = 65. Heft der Beiträge zur Statistik des Königr. Bayern herausg. v. K. bayer. statist. Bureau, München, 1904; G. Braun, Statist. Amtshandbuch f. d. Reg.-Bezirk Oberpfalz und von Regensburg, Reg. 1903. — Kurbayer. Hof- u. Staatskalender f. d. J. 1802, München. — Kunstidentmaler d. Kgr. Bayern, II. Band: Oberpfalz und Regensburg, Heft 10 und 11 (Bezirksamt Remnath und Eschenbach), München 1907, 1909. — Bavaria, Landesk- und Volkskunde d. Königr. Bayern, II. Band, München 1863; E. Rosenthal, Gesch. d. Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns, II. Bd. Würzburg 1906.

I. Staatsrechtliche Verhältnisse.

A. Das Landgericht: Das Landgericht Waldeck-Remnath grenzte im Norden und Westen an Preußen (Markgrafschaft Brandenburg-Bayreuth), im Südwesten an die Pflegämter Eschenbach und Grafenwöhr, im Süden an das pfälz-sulzbachische Landgericht Parkstein-Weiden und im Osten an das Stiftiland (Abtei) Waldsassen. Eine Exklave im Bayreuthischen bildete Rodlitz. Enklaven im Amte waren der nördliche Teil des preußischen Justizamtes Neustadt a. Kulm und das

¹ NB.: Kr. A. A. = K. Kreisarchiv Amberg; K. A. M. = K. Allg. Reichsarchiv München; Kr. A. B. = K. Kreisarchiv Bamberg.

zu Eschenbach gehörige Rurbersdorf, das bezüglich niederer Gerichtsbarkeit Bestandteil von Kloster Speinshart war. An den landgerichtlichen Grenzen lagen die zum Pflegamt Grafenwöhr gehörigen Enklaven Pfaffenreuth und Altenparkstein, sowie die Pfleggericht Eschenbachische Enklave Preissach.

Die Grenze des Landgerichtes ging durch folgende Orte, welche dadurch mit hoher Gerichtsbarkeit zum Teil zum Landgericht W.-R., zum Teil zu den angrenzenden Gerichten gehörten: Reichenbach (Waldeck und Bayreuth), Guttenthau (desgl.), Göppmannsbühl (desgl.), Pichelberg (Waldeck und Pfleggericht Eschenbach), Grub (desgl.), Hammerles (Waldeck und Landger. Parkstein-Weiden), Schwand (Waldeck und Pfleggericht Grafenwöhr) und Masch (Waldeck und Stift Waldsassen).

Der Sitz des Landgerichtes war früher in Waldeck auf der Feste und wurde 1698 nach Stadt Remnath verlegt.

Das Landgericht erscheint in verschiedenen Quellen des 18. Jahrhunderts eingeteilt in das sogen. Oberamt (Waldeck) und das Unteramt Preßat. Inwieweit diese Einteilung auch für die gerichtlichen Verhältnisse von Bedeutung war, ob etwa in Preßath ein Unterrichter saß, war aus den Quellen nicht zu ermitteln. Vermutlich hat diese Einteilung ihren Hauptgrund in der Finanzverwaltung, ganz ähnlich wie die 1703 (Kr. A. A., Waldeck no 1634) erscheinende Einteilung des Oberamtes in das Kulmainer-, Immenreuther-, Oberndorfer-, Rastler-, Godaser- und Zwergauer-Viertel.

Innerhalb des Landgerichtes bestanden das kurfürstliche Rastenam Remnath, dessen Gebiet sich mit dem des Landgerichtes deckt, das Mautamt Waldeck, das Forstmeisteramt Waldeck-Pullenreuth und das Bergamt Fichtlberg.

Das Landgericht besaß im ganzen Amtsbezirke die hohe Gerichtsbarkeit.¹⁾ Diese wurde in den Orten Eckartsreuth, Lammershof, Mudenreuth, Röhlas, Kirchenpingarten, halb Göppmannsbühl, Haunritz, Drennhof, Lettenhof, Grub, Fuchsendorf, Selbitz, Kirmsees und halb Guttenthau in dem wegen der Streitigkeiten mit Brandenburg durch Bischof Christoph von Augsburg am 23. Mai 1536 zu Remnath errichteten Schiedsvertrag (Kr. A. A., Standbuch 49), fol. 177 ff.) der Kurpfalz zugesprochen, dagegen die hohe Gerichtsbarkeit zu Namlesreuth, halb Göppmannsbühl, halb Guttenthau und Kirchenlaibach der Markgrafschaft Bayreuth. Im selben Jahre wurde auf Grund dieses Vertrages eine Grenzvermarkung vorgenommen (a. a. O., fol. 155 ff.).

Strittig war die Landeshoheit und die hohe Gerichtsbarkeit über die sog. Platten (Plattenberg) an der Ostgrenze gegen Bayreuth (vgl. die Karte). An der Südostgrenze gegen das

¹⁾ Ueber gewisse Ausnahmen s. unten S. 373.

Landrichteramts Parkstein-Weiden findet sich auf unserer Karte eine Anspruchslinie letztgenannten Gerichtes eingezeichnet, umgrenzend die Orte Grötschenreuth, Vogdorf und Schadenreuth. Hier wollte Parkstein-Weiden dem Landgericht Waldeck lediglich die hohe Gerichtsbarkeit (Malefiz) strittig machen (vgl. Kr. u. A. Manuskript 33). Dagegen war dort die Landeshoheit des Herzogtums Oberpfalz nicht bestritten.

B. Die Landsassen. Quellen: Vortrag über das Landsassenwesen in der obern Pfalz von Ludwig Freiherrn von Eggher, Landesdirektionspräsident in Amberg, 1801 = Kr. u. A. Handbuch 238 (Manuskript). Oberpfälzische Landsassenmatrikeln von 1518—1777 = Kr. u. A. Standbuch no 215, 233, 216, 350, 234, 217—225, 235, 903, 226, 351, 353 (v. Vimsprunische Matrikel 1694—1776), 236, 237, 352 und 445. — H. u. G. Fchr. von Reichenstein, Geschichte der Rüste Reuth, Bayreuth 1865; G. Fchr. v. Reichenstein, Geschichte der Familie Reichenstein. München 1891.

Zum Landgerichte Waldeck-Remmuth gehörten 51 Landsassengüter. Davon lagen 49 innerhalb und 2 (Ramlersreuth und Bernstein) außerhalb des geschlossenen Amtsbezirkles. Sie zerfielen in 48 adelige, 1 kurfürstliches und 2 geistliche Güter. In ihrem Bestande hat sich seit 1650 folgendes geändert: Altensteinreuth erscheint seit 1693 in den Matrikeln, Dechantsees wurde 1768 dem Stifte Waldbassen zur Landsasserei erhoben, Friedersreuth wurde 1757 von Diehsfurt separiert und selbst Landsasserei, Höl und Haib erscheint erst seit 1652 als Landsasserei. Bis 1790 bestanden zu Schödnreuth (Ober- und Untersch.) zwei Sige, die in diesem Jahre zu einer Landsasserei vereinigt wurden.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse der kuroberpfälzischen Landsassen und ihrer Güter erfordern hier eine ausführlichere Erörterung. Das oberpfälzische Landsassenwesen ist in seiner Entwicklung und in seiner späteren Stellung völlig verschieden von den altbayerischen Hofmarken. Eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Landsassenwesens muß späteren Texten des Atlases vorbehalten werden, da hier im allgemeinen nur bis zum Jahre 1650 zurückgegangen werden soll. — Die oberpfälzischen Landsassengüter zerfielen in sogen. Hofmarken und einfache Landsassereien. Von ersteren zählte das Landgericht Waldeck 7, von letzteren 44 (darunter Dechantsees mit Hofmarksgerechtsamen). Der Unterschied zwischen Hofmark und Landsasserei war bereits im 16. und 17. Jahrhundert so vermischt, daß die in den Jahren 1563—1617 öfter darüber einvernommenen Pflegbeamten selbst keinen bestimmten Unterschied mehr angeben konnten. Und doch hatte ein solcher anfänglich bestanden, der auch noch in den Matrikeln des 18. Jahrhunderts durch die Bezeichnung Hofmark oder Landsassengut

zum Ausdruck kam. Die Landsassen waren ursprünglich nichts anderes als die Grundherren. Die einfachen Landsassen hatten als Ausfluß ihrer Gewalt lediglich die niedere Gerichtsbarkeit zu beanspruchen. Diese bestand, wie der Kanzler Knodt 1587 erklärte, im Gerichtsstand für 1. Fluchen, Schwören, Gottlästern zum 1. bis 3. mal, 2. Mäusen, Schlagen, Verwunden, Lähmen, Stoßen und Werfen, 3. Schmähungen, die nicht an öffentlichen Orten geschahen und nicht peinlich auf Widerruf geklagt wurden, 4. Diebstahl unter 4 Schilling, 5. alle bürgerlichen Sachen, die vom Peinlichen nicht herrühren, als in persönlichen Sprüchen um Schuld, Bürgschaft, Injurien und dergleichen, 6. alle geringen Handlungen, welche in der Designation der Malefizfälle nicht enthalten sind. Endlich durften die Landsassen Verträge bezüglich der Güter ihrer Untertanen aufrichten, Vormünder stellen und inventieren (Siegelrecht). Dagegen sollten Sachen, die unmittelbar Grund und Boden betrafen und nicht in Güte beigelegt werden konnten, vor dem Landgerichte erledigt werden. Als Rechte der Hofmarken werden neben der niederen Gerichtsbarkeit angegeben: alle Schäften als: Täfeln, Mühle, Bad u. und die Festsetzung der Handwerke. Außerdem hatten die Hofmarken das Recht, Delinquenten, welche unter die Malefiz fielen, 3 Tage zurückzuhalten, bevor sie an das Landgericht auszuliefern waren (*tridua detentio*). Der Hofmarkherr hatte auf seinen Gütern die ganze Gerichtsbarkeit, ausgenommen die hohe Gerichtsbarkeit. Es gab aber auch ganz vereinzelt Hofmarken, welche die hohe Gerichtsbarkeit in bestimmter Beschränkung ausübten. So wurde z. B. der Hofmark Weissenstein, bezw. deren damaligem Besitzer Hans Rothast von Weissenstein am 24. Juli 1516 von Kurfürst Ludwig die Halsgerichtsbarkeit verliehen (Nr. A. A., Waldeck Amt no. 983).

Als Edelmannsgüter, Burggüter u. wurden jene Landsassenstücke bezeichnet, deren niedere Gerichtsbarkeit nicht über die Dachtraufe reichte.

Man unterschied endlich die Hofmarken, bezw. Landsassenreien auch in geschlossene und ungeschlossene. In den geschlossenen Hofmarken übte der Hofmarkherr die niedere Gerichtsbarkeit nicht nur über seine, sondern auch über fremde innerhalb der Hofmark ansässige Untertanen aus. Eine ungeschlossene Hofmark war dagegen jene, wo der Hofmarkherr die niedere Gerichtsbarkeit zwar nicht über die innerhalb der Hofmark wohnenden fremden Unterthanen, wohl aber über seine eigenen im landgerichtlichen Gebiete zerstreut wohnenden Untertanen besaß. Nach Eggers Ms. Vgl. L. Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens II, 40.

Nachstehend die Besitzerreihe der Landsassengüter im Landgerichte Waldeck seit 1650:

1. Altensteinreuth, Landsasserei. Seit 1693 die Psfreimder, seit 1749 die von Thiboust.

2. Anzenberg, Landsasserei. Seit 1634 Hans Christoph Umseher, Landrichter zu Waldeck, seit 1658 die von Boschinger.

3. Berndorf, Landsasserei. Seit 1642 Georg Christoph von Rünzberg, seit 1651 Hans Christoph von Bernclo, seit 1672 die v. Vilgenau, seit 1742 Ferdinand Müller, Pfleger zu Thurnsdorf, seit 1760 Johann Franz Eder von Bernfeld, General und Kommandant in Amberg.

4. Brud bei Kastl, I. Landsasserei. Seit 1622 Hans Wolf Rusling, seit 1647 die de Quesnoi, seit 1698 Wolf Gerhard von Löschwig, seit 1715 Christoph Erdmann von Lindensfels, seit 1726 Johann Adam Ernst von Hirschberg, seit 1747 Leonhard Alexander von Zetwig, seit 1763 die von Ruprecht.

5. Brud bei Kastl, II. Landsasserei. Seit 1647 dieselben Besitzer wie bei der I. Landsasserei.

6. Brud am Thurm (Oberbrud), Landsasserei. Seit 1585 die Psfreimder, seit 1750 Maria Eleonora von Pistorini, Regierungskanzlerstochter, und deren Geschwister Maria Anna und Franz Joseph, seit 1783 die Grafen von Hirschberg.

7. Brud am Weiher (Oberbrud), Landsasserei. Seit 1585 die Psfreimder, seit 1750 die drei Geschwister von Pistorini, seit 1783 die Grafen von Hirschberg.

8. Dechantsees und Finkenau, Landsasserei mit Hofmarksgerechtsamen. Wurde 1768 dem Stifte Waldbassen erst zur Landsasserei erhoben.

9. Dießfurth, Landsasserei. Seit 1616 die von Bodewils, 1710—15 Johann Kasimir von Haberland, Oberstwachmeister, seit 1715 wiederum die von Bodewils, seit 1762 die von Heldmann.

10. Döllnitz, Landsasserei. Seit 1600 die Ernst, seit 1671 die von Preising, seit 1721 die Falkner von Sonnenburg, seit 1773 Joseph Aron Strigler von Löwenberg, seit 1778 Joseph von Heldmann.

11. Ebnath, Hofmark. Bereits im 14. Jahrhundert die von Hirschberg.

12. Eisersdorf, Landsasserei. Bereits 1426 die von Frankenreuth, seit 1693 die Psfreimder, seit 1749 die von Thiboust.

13. Escheldorf, Landsasserei. Seit 1562 die von Giech bis 1607. Von 1607—1672 finden sich keine Besitzer erwähnt. 1672 Hans Martin von Penkendorf, seit 1694 die von Sparned, seit 1750 die von Waldensfels.

14. Fichtelberg, Bergamt, kurfürstliche Hofmark. Der Herzog, bezw. Kurfürst von Bayern.

15. Frauenberg und Grötschenreuth, Landsasserei. Seit 1609 die Steinhäuser, seit 1651 die von Weidmann.

16. Friedenfels, Landsasserei. Seit 1585 die von Rothast.

17. Friedersreuth, Landsasserei. Wurde 1757 von Dießfurth und Pechhof für Johann Georg von Röppler, kurf. Fiskal in München, separiert.

18. Fuchsendorf und Dienlas, Landsasserei. Seit 1585 die Dieß, seit 1680 die von der Grün, seit 1696 die Schreyer, seit 1746 die Rausch.

19. Fuchsmühl, Hofmark. Bereits 1507 die von Trautenberg, seit 1657 die Daniel von Froschheim.

20. Guttenthau, Landsasserei. Seit 1650 die von Lindenfels, 1695—1716 Franz Christoph Erdmann von Sparned, seit 1716 die von Grafenreuth, 1748 die von Rünsberg.

21. Gaidenaab, Landsasserei. Noch 1611 Bestandtheil der Landsasserei Hamlesreuth. Seit 1622 die von Gaidenaab, seit 1678 Hans Michael Schaller, 1715 Georg Sigmund von Grafenreuth, seit 1716 die Voith von Voithenberg, seit 1749 Balthasar Freiherr von Kanakam, Regierungsrat, seit 1763 die von Stadler.

22. Hammer-Trefesen, Landsasserei. Wurde 1720 dem Michael Anton von Bongelin und Melchior Knab, Rentkammer-räten zu Amberg, zur Landsasserei erhoben. Seit 1785 Michael von Thoma, Regierungsadvokat zu Amberg.

23. Haunriß, Landsasserei. Seit 1639 die von Bernclo, seit 1652 die von Lindenfels.

24. Hüll und Haib, Landsasserei. Seit 1652 die Schreyer, seit 1714 die von Ridauer und von Manner, seit 1740 die Freiherrn von Hirschberg.

25. Raibitz, Landsasserei. Seit 1647 Johann Abel Mos und Erben, seit 1669 die Braun, seit 1696 die Macolini von Schlüßfeld, seit 1715 die von Haberland, seit 1765 die von Busch, seit 1790 die Freiherrn von Lochner.

26. Rirmsees, Landsasserei. Seit 1589 die von Rünsberg.

27. Rögersdorf, Landsasserei. Seit 1599 die von Bernclo, seit 1693 die von Lilgenau, seit 1788 Konrad König, Kloster Richter zu Speinshart.

28. Rulmain an der Kirche, Landsasserei. Bereits 1518 die Pfeimder, seit 1715 die Mulz, seit 1768 die Freiherrn von Gobel.

29. Rulmain am Weiher, Landsasserei. Bereits 1507 die Reiminger, seit 1715 die von Lilgenau, seit 1764 Georg Josef von Bongelin.

30. Rämmerhof und Firlenhof, Landsasserei. Bereits 1507 die von Bernclo.

31. Rehen, Landsasserei. Seit 1622 die von Pentendorf.

32. Neusteinreuth, Landsasserei. Seit 1635 die Ronsen, seit 1751 in unadeligem, nicht festzustellendem Besitze.

33. Pechhof, Landsasserei. Seit 1628 die von Bodewils, seit 1749 die von Eberz, seit 1774 Joseph von Geldmann.

34. Poppentreuth, Hofmark. Bereits im 15. Jahrhundert die Freiherrn von Rothast.

35. Reislas, Landsasserei. Seit 1544 die von Künsberg, seit 1652 die von Lindensels.

36. Reuth, Hofmark. Seit 1628 die von Sparned, seit 1752 die Grafen von Kaiserstein, seit 1770 Leopold Eratowsky, Reichsgraf von Kolowrath, Oberstkämmler in Böhmen, seit 1772 die Freiherrn von Reichenstein.

37. Riglasreuth und Mengersreuth, Hofmark. Seit 1650 Georg Druckmüller, Schultheiß zu Neumarkt, seit 1659 die Böhm, seit 1700 die Schreyer, seit 1710 die von Brodreis, seit 1776 die Freiherrn von Hirschberg.

38. Schlackenhof, Landsasserei. Seit 1617 Dr. Pertsch zu Bayreuth, seit 1652 Hans Wolf von Wolfsthal, seit 1699 Franz de Duesnoi, seit 1715 Dr. med. Stephan Kaspar Persch, seit 1721 Johann Wolfgang Trötscher, Kentschreiber zu Amberg, seit 1763 die von Stadler zu Nürnberg.

39. Schönnreuth, Landsasserei. A. Oberschönnreuth: Seit 1599 die von Loneisen, seit 1693 die Müller, seit 1696 die von Zetwik, seit 1730 die von Moser, seit 1790 die von Cammerloher. — B. Unterschönnreuth: Seit 1566 die Pfreimder, seit 1715 die von Zetwik, seit 1718 die von Moser, seit 1790 die von Cammerloher.

40. Schwarzenreuth, Landsasserei. Mit Hofmark Ebnath schon seit dem 14. Jahrhundert im Besitze der von Hirschberg.

41. Trabitz, Landsasserei. Seit 1592 die von Schlammersdorf, seit 1752 Kloster Speinshart.

42. Trautenberg, Landsasserei. Seit 1626 die von Rabenstein, seit 1685 die Freiherrn von Hirschberg.

43. Tressau, Landsasserei. Seit 1622 die von Hartung, seit 1693 Hans Ludwig Pfreimder, seit 1715 die Freiherrn von Lochner, seit 1750 die von Belhorn.

44. Troglau, Landsasserei. Erscheint von 1550—1693 in keiner Matrikel. Seit 1693 die von Zetwik, seit 1775 von Brandt zu Bühl, seit 1783 Franz von Ruprecht, Regierungsrath und Rentkammerrat zu Amberg.

45. Trostlhammer, Landsasserei. Seit 1649 die von Neussen, seit 1715 die von Eberz, seit 1750 Adam Ernst von Grafenreuth, seit 1770 Leonhard Adam von Frank.

46. Weiherberg, Landsasserei. Seit 1625 die von Hirschberg.

47. Weissenstein, Hofmark. Bereits im 14. Jahrhundert die Rothast von Weissenstein.

48. Wylasreuth, Landsasserei. Seit 1628 die Steinhäuser, seit 1673 die Schreyer von Blumenthal, seit 1725 wieder die Steinhäuser, seit 1749 Hermann Friedrich von Fricktern, seit 1763 Johann von Bernfeld, General und Kommandant in Amberg.

49. Wolframshof, Landsasserei. Seit 1617 die von Löschwitz, seit 1728 die Freiherrn von Lindenfels.

Landsassen außerhalb des geschlossenen Landgerichtes:

50. Namlesreuth, Landsasserei. Bereits 1507 die von Dandorf, seit 1786 die Reichsgrafen von Morawitz.

51. Bernstein, Landsasserei. Seit 1622 die von Hochau, seit 1652 die von Lindenfels, seit 1772 Maria Magdalena von St. Marie-Eglise.

Von auswärtigen Hofmarken reichten mit ihrem Gebiete in das Landgericht Waldeck herein die parkstein-weidenschen Landsassereien Altenstadt bei Erbsdorf mit einem großen Waldkomplex und Thumsenreuth mit dem Dorf Rohlbühl (die Landsasserei Th. gehörte bis zum sog. Weidenschen Rezeß vom Jahr 1607 zum Landgericht Waldeck, von da ab zum sulzbachischen Landgericht Parkstein-Weiden) und endlich die bayreuthische Hofmark Fahrenbach mit den Orten Nagel, Reichenbach, Vochbühl und Mühlbühl. In dem waldeckischen Teil von Göppmannsbühl stand Bayreuth die niedere Gerichtsbarkeit zu. Ebenso war in Hüb die niedere Gerichtsbarkeit ausschließlich im Besitze auswärtiger Gerichte (Landgericht Parkstein-Weiden und Kloster Speinshart). Niedere Gerichtsbarkeit auswärtiger Gerichte bestand vermischt mit solcher waldeckischer Landsassen in Escheldorf und Raabdemmenreuth (vgl. darüber die untenstehende Tabelle).

Eine Erklärung bedürfen die Verhältnisse in der Hofmark Trautenberg. Dort beanspruchte das Landgericht Parkstein-Weiden auf Grund des Weidener Rezesses von 1607, der die Raab als Grenze bezeichnete, die Landeshoheit über das Dorf Raabdemmenreuth. Trotzdem gelang es aber Waldeck, stets seine Ansprüche auf Raabdemmenreuth bezüglich der Landeshoheit und hohen Gerichtsbarkeit unter Widerspruch Parkstein-Weidens geltend zu machen. Die rot punktierte Linie stellt daher einen lediglichen Anspruch von Seite Parkstein-Weidens dar (vergl. dazu die topographische Beschreibung des Herzogtums Sulzbach, Str. N. N., Manuskript 33).

Hofmarken, welche größeren geschlossenen Besitz umfassen, waren besonders Ebnath mit der in der kurfürstlichen Hofmark Fichtelberg gelegenen Enklave Neugrün, die Hofmark Niglasreuth und Wengersreuth, die Hofmark Poppentreuth, in deren Mitte der ehemalige Sitz der Hofmark Weissenstein liegt, zu der wieder die mitten in der Landsasserei Friedensfels gelegene

Enklave Schönfuß-Trettmanns gehört und endlich die Hofmark Neuth, in deren Gebiet die Landsasserei Escheldorf sich befindet. Zur Landsasserei Guttenthau gehörten die beiden geschlossenen Gebiete von Rodlig und Selbig. Zur Landsasserei Treßau gehörte das Gebiet von Gartkreuth.

Besondere Verhältnisse liegen bezüglich der im Bayreuthischen gelegenen Landsasserei Namleskreuth vor. Noch 1788 stritt sich Bayern mit Bayreuth über die Territorialhoheit von Namleskreuth, welche 1536 nicht an Bayreuth abgetreten worden sei. Und die Besitzer des Leuchtenbergischen Mannritter Lehngutes Namleskreuth, die von Dannendorf, behaupteten allzeit, keine oberpfälzischen Landsassen zu sein. Sie seien nur leuchtenbergische Lehenleute, mit Mannschaft, Lehenschaft, Steuer und niederer Gerichtsbarkeit der Landgrafschaft untertan. Und doch findet sich Namleskreuth seit 1503 in allen oberpfälzischen Landsassenmatrikeln. Die Dannendorfer aber zählten sich noch 1748 und 1778 zur vogtländischen Ritterschaft Bayreuth-Rulmbach, Bezirk Neustadt. Nach den oberpfälzischen Matrikeln und auf Grund der Thatsache, daß ja Kurbayern 1746 der Erbe von Leuchtenberg geworden ist, dürfen wir aber Namleskreuth ohne Zweifel als oberpfälzische Landsasserei in Anspruch nehmen (vgl. dazu Kr. M. M.: Bayreuth, no. 1358, 1616, 1583, 67, 68, 69, 72 und Waldeck, Amt no. 4548).

Zur besseren Veranschaulichung über die Gerichtsverhältnisse in (sowohl bezüglich der hohen, als niederen Gerichtsbarkeit) gemischten Orten diene nachstehende Übersicht. [NB. Die Territorial(Landes-)hoheit bedingt das Steuer- und Waffenrecht, nicht aber unbedingt die hohe Gerichtsbarkeit, während die Grundherrschaft die niedere Gerichtsbarkeit zur Folge hatte. Wo nichts anderes erwähnt, hatte Waldeck die hohe Gerichtsbarkeit. h. G. = hohe Gerichtsbarkeit; n. G. = niedere Gerichtsbarkeit.]

A. Jurisdictionell gemischte Orte im geschlossenen Gebiete des Landgerichtes:

1. Aign, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Rulmain.
2. Berndorf, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
3. Bogdorf, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Trautenberg.
4. Döllnitz, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
5. Eiglasdorf, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Trautenberg.
6. Eisersdorf, n. G. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
7. Escheldorf, n. G. der Landsasse auf Escheldorf und das waldsassische Richteramt Neuhaus.
8. Geiersberg, n. G. Vdg. Waldeck und der kurf. Bergmeister zu Fichtelberg.

9. Grötschenreuth, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse von Frauenberg.
 10. Gaidenaab, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
 11. Hub, n. O. Vdg. Parkstein-Weiden und Kloster Speinshart.
 12. Hüttstadt, n. O. Vdg. Waldeck und der Hofmarkherr auf Ebnath.
 13. Rögersdorf, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
 14. Kulmain, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
 15. Lammershof, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
 16. Muckenreuth, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Reislas.
 17. Naabmenreuth, n. O. der Landsasse auf Trautenberg und Vdg. Parkstein-Weiden.
 18. Neubau, n. O. Vdg. Waldeck und der kurf. Bergmeister zu Fichtelberg.
 19. Poppenberg, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Reislas.
 20. Pullenreuth, n. O. Vdg. Waldeck und der Hofmarksherr von Niglasreuth.
 21. Treffau, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse.
 22. Weha, n. O. Vdg. Waldeck und der Landsasse auf Wolframshof.
- B. Gerichtsbarkeit des Landgerichts oder seiner Landsassen in Orten außerhalb des geschlossenen Landgerichtsgebietes:
23. Barbaraberg, h. O. Pflegamt Eschenbach, n. O. Vdg. Waldeck und Kloster Speinshart.
 24. Bernstein, h. O. Pflegamt Tirschenreuth, n. O. das waldbassische Richteramt Neuhaus und der Landsasse zu B.
 25. Gaurdorf, h. O. Vdg. Parkstein-Weiden, n. O. Vdg. Waldeck, Vdg. Parkstein-Weiden und das waldbassische Richteramt Neuhaus.
 26. Neuenreuth, h. O. Vdg. Parkstein-Weiden, n. O. Vdg. Waldeck und der parksteinische Landsasse auf N.
 27. Pleisdorf, h. O. Pflegamt Tirschenreuth, n. O. der Landsasse zu Trautenberg und das waldbassische Richteramt Neuhaus.
 28. Ramlesreuth, h. O. Bayreuth, n. O. Bayreuth, Vdg. Waldeck und die Landsassen zu Ramlesreuth und Guttenstau.
 29. Roithenthau, h. O. Oberhauptmannschaft Waldbassen, n. O. der Landsasse zu Friedensfels und das waldbassische Richteramt Wiesau.
 30. Rorbach, h. O. Pflegamt Eschenbach, n. O. Vdg. Waldeck, Kloster Speinshart und der eschenbachische Landsasse auf B.

31. Wegldorf, h. G. Vdg. Partstein-Weiden, n. G. der Landschaft zu Trautenberg und Vdg. Partstein-Weiden.
32. Windischlaibach, h. G. Bayreuth, n. G. Vdg. Waldeck und Bayreuth.
33. Wirbenz, h. G. Bayreuth, n. G. Bayreuth und der Landschaft auf Röbersdorf.

II. Die Grenzen.

1. Grenze von der Rössene bis Pflegamt Eschenbach (Bayreuther Grenze) gezeichnet nach: Situationsplan über sämtliche Grenzberührungspunkte der oberen Pfalz mit den fränkischen Fürstentümern Baireuth und Anspach, in einer fortlaufenden Grenzlinie aus älteren vorhandenen, aber keineswegs geometrisch richtigen Mappen . . . dargestellt. Auf Spezial Befehl einer churfürstl. hohen Oberpfälzischen Landesdirektion zu Amberg unter der Leitung des Baireuthischen Gränz Commissärs, Landesdirektions Rathes von Gropper durch Leonhard Wilhelm, churf. oberpf. Land- und Forst Geometer im Jahre 1801 = Nr. A. B., Plan no. 14 (in duplo) und Bayreuther Grenzbegehungsprotokoll gegen Waldbassen, Waldeck und Eschenbach vom J. 1762, 3 Tome = Nr. A. A., Bayreuth no. 1598, I—III.

Dazu ferner verglichen: Plan der Grenze zw. Brandenburg und Oberpfalz vom Rodenzerbach bis in die Höhe von Weidenberg = N. A. M. Plan no. 3017; Plan des Amtes Neustadt a. R. (Kopie vom Anfang des 19. Jhds.) = das., Plan no. 3109; weitere Grenzarten das. no. 3307 (1805 v. Schömerauer), 3165 (Kopie von 1755), 3021 (Kopie von 1759), 1011 und 1925. Ferner: Grenzbeschreibung zwischen dem bayreuth. Amte Neustadt a. R. und Vdg. Waldeck 1755—1804 = Nr. A. A., Zugang 135, no 461; Grenzdifferenzen mit Brandenburg 1800—02 = R. Geh. Staatsarchiv München, Kasten schwarz 561 no. 54; Grenzgang um das markgräfliche Amt Neustadt a. R., 1760 = Nr. A. A., Bayreuth no. 1729; Grenzbeschreibungen zwischen Waldeck und Brandenburg 1395—1665 — das., General Grenz Akten 23 B.

2. Die übrige Amtsgrenze gegen das preussische Amt Neustadt a. Kulm, Pflegamt Eschenbach, Grafenwöhr, Landgericht Partstein-Weiden und das Stiftland Waldbassen gezeichnet nach der Grenzbereitung des Vdg. Waldeck v. J. 1786 = Nr. A. A., Waldeck, Amt no. 885. — Dazu verglichen: Grenzvisitation des Vdg. W. 1701/57 = das., no. 965; Relation über des Amtes W. Grenzen, 1670 = das., Standbuch 366; Grenzbeschreibung des Vdg. Waldeck 1670 = das., Bayreuth no. 1568.

Für die Grenze zwischen Waldeck und dem Gebiet um Erbendorf sind verwendbar 2 Pläne vom 17. und 19. Jhdt. = N. A. M., Plan no. 3089 und 3090. Ein perspektivischer, künstlerisch ausgeführter Plan des Vdg. Waldeck (ehedem N. A. M., Plan 3277) befindet sich im R. Nationalmuseum in München.

3. Die Hofmarksz bzw. Landsassereien=Grenzen wurden so weit möglich nach brauchbaren Plänen der späteren Patrimonialgerichte vom Anfang des 19. Jhds. eingetragen, so: Niglasreuth nach Karten in Kr. A. A., Zugang 107, no. 65 und Zugang 132, no. 2340 I, Poppentreuth, Friedensfels und Reuth nach Zugang 107, no. 701 und Zugang 132, no. 2325, Bruck bei Kastl und Troglau nach Zugang 132, no. 2319, Ebnath nach Zugang 132, no. 2322 und Zugang 107, no. 2 Gröttschenreuth ebenso no. 2327, Kirmsees=Treffau ebenso no. 2328, Fuchsmühl nach Zugang 65, no. 81 und Zugang 132, no. 2508, Hofmark Fichtlberg nach Zugang 21, no. 3. Die übrigen Hofmarksgrenzen, so weit möglich, nach den modernen Gemeindegrenzen und dem statistischen Material. Vgl. ferner noch: Grenzmarkung von Fuchsmühl, 1760 = Kr. A. A., Zugang 65, no. 81.

4. Die Grenze zwischen dem Oberamt und dem Unteramt (Pressath) wurde gezeichnet nach den statistischen Angaben des Geldzinsbuches des Unteramtes Pressath von 1716/22 = Kr. A. A., Standbuch 455 und den modernen Gemeindegrenzen.

5. Die Grenze des Burgfriedens von Kemnath wurde eingetragen nach Grenzbeschreibung von 1773 und Plan von 1773 = Stadtarchiv Kemnath no. B 34, 35 und 38.

Bei Bearbeitung der Karte fanden auch Verwendung die Übersichtskarten über die Amtsgerichte Kemnath, Erbendorf, Eschenbach und Neustadt a. W. Rh. Als Arbeitskarte dienten die entsprechenden Blätter des topographischen Atlases von Bayern.

III. Das Territorium.

Statistische Quellen: Steuerbeschreibung des Kastenamtes Kemnath 1714 = Kr. A. A., Standbuch 944; Herdstättbeschreibung des Vdg. Waldeck 1764 = das., Waldeck, Amt no. 95; Beschreibung der Mannschaften im Vdg. Waldeck, Anf. 17. Jhdt. = das., no. 983; Verzeichnis der Höfe und Häusel im Vdg. W. 1703 = das., no. 1634; Verzeichnis der Einwohner (Familien und Ehehalten) mit Namens-, Alters- und Vermögensangabe im Markt Waldeck und bei den Landsassen, 1709 = das. no. 226; Herdstättbeschreibung der Stadt Kemnath, der Märkte Waldeck und Pressath und der Hofmarken = das. no. 1430, 1877, 1870, 1431 und 1878; Lagerbuch über die Steuern des kurf. Kastenamtes Kemnath 1766—73 = das. no. 234; Saalbücher der Landsasserei Hauritz und der Hofmark Reuth, 1669, 1607/17 und 1769 = das., Standbücher 158, 196, 342; über die Landsassereien, bzw. Hofmarken Fuchsmühl, Bechhof, Bruck, Kulmain, Lammershof, Oberschönreuth, Schlackenhof, Hammer=Trefesen, Troglau, Wolframshof und Poppentreuth mit Reuth, Friedensfels und Weissenstein geben die Landsassen-Alten no. 2, 215, 314, 396, 397, 402, 412, 425,

426, 438 und 404 im R. A. A. wertvolle Aufschlüsse; Urbar von Kemnath 1699 = R. A. M., Oberpf. Gerichts-Literalien, Waldeck no. 1; Amtstabulae, descriptiones oder Verzeichnissen über die Ämter und Klöster, wie viel darinnen städt, mädt, dörrer, höf, mundtgüter, güter, lehen, weiden, vorsthuben, hämmer, mühlen, inwohner oder mannschaften, ainöden, meilen und die fraiß, welche anno 1588 et 1596 eingeschickt worden, Tom. I.; dasselbe v. J. 1622, Tom. II. = R. A. M., Oberpfälzer Litterale no. 217 a und b; Beschreibung aller . . . Landsrichter- und Pflegämter in der Oberpfalz, Leuchtenberg zc. Mit Angabe der Höfe, Hofmarkherrn, bezw. Landsassen zc. Etwa Mitte des 18. Jhdts. Kopie des 19. Jahrhunderts = das. no. 221; Lange, Staatsgeographie des Fürstentums Bayreuth (Kopie des Kulmbacher Archivars Philipp Ernst Spieß v. J. 1769) = R. A. B. Manuskript I, 38.

Das Landgericht Waldeck zählte 1622 (vgl. oben R. A. M. Oberpf. Litterale no. 217 b) eine Stadt mit 183, 2 Märkte mit 225, 137 Dörfer mit 1406, 64 Einöden mit 81 Mannschaften, im ganzen 1895 Mannschaften,¹ 4 Hofmarken, 1 Festung (Waldeck), 38 Landsassengüter, 23 Hämmer, 2 Hochöfen, 71 Mühlen, 1 Drathammer und 1 Knopfschütte.²

1615, also vor Beginn des 30jährigen Krieges hatte das Landgericht noch 2045 Hausgeessene und 260 Herbergsleute gehabt. Nach einer Hofstätten-Statistik des 17. Jahrhunderts waren im Landgerichte Waldeck damals 964¹¹/₁₆ Höfe. 1717 hat die Stadt Kemnath 220 Häuser und 258 Herdstätten, Markt Waldeck 56 und 67, Preßath 163 und 175. Viechl (s. o. die Quellen, bezw. Literatur) zählt 1783 für das Landgericht 659¹/₆ Höfe, 2764 Häuser und 15 999 Seelen.

1802 (nach dem kurb. Hof- und Staatskalender) hatte Landgericht Waldeck 19210 Seelen, 3430 Herdstätten, 46³ Hofmarken und Landsassereien, 10 katholische Pfarreien,⁴ 15 deutsche Schulen, 186 Dörfer, 40 Weiler und Einöden und 614¹/₆ Höfe. Stadt Kemnath hatte damals 1365 (1764: 324 Herdstätten), Markt Waldeck 329 (1764: 86 Herdstätten) und Markt Preßath 1148 (1764: 239 Herdstätten) Seelen.

Nachstehende 2 Tabellen zeigen die Statistik der landgerichtlichen Orte und der Hofmarken, bezw. Landsassereien.

[St. = Stadt; Mt. = Markt; Pfd. = Pfarrdorf; Ad. = Adtdorf; D. = Dorf; W. = Weiler; E. = Einöde.]

¹ Mannschaft = wehrfähige Männer.

² Das würde für die Zeit von 1622–50 einen Zugang von 3 Hofmarken und 3 Landsassereien (von welcher letzteren 1605–1802 vier zuzugingen und eine wegfiel) bedeuten. Die Quelle scheint in diesen Punkten ungenau zu sein, bezw. bei Druck statt 4 nur 2, bei Kulmain nur 1 Landsasserei zu zählen und 3 Hofmarken übersehen zu haben.

³ Soll heißen 51.

⁴ Pfarrsige.

I. Landgericht Waldeck.

Orte (Bezeichnung)	Hoffen 1703			Außerordent- liche Gerichts-, Territorial- und Sehensverhält- nisse	Kirchliche Verhältnisse	
	Höfe	Häuser	Bevölkerung 1802		Pfarrei	Dekanat
1. Oberamt Waldeck:						
Abspann, G.	1/2	—	2		Rastl	Remnath
Alhornberg, D.	12	—	11		Rulmain	"
*Aign, B.		...	4		"	"
Albernreuth, D.	3/2	—	3		Rastl	"
Arnoldsreuth, G.		...	1		Pullenreuth	"
Aymannsberg, D.	7	—	12		Waldeck	"
Baumgartenhof, B.		...	1		Modersdorf	"
*Bernsdorf, D.	3	—	3		Remnath	"
Bergnersreuth, D.	2 11/12	—	9		Rastl	"
*Bogdorf, D.		...	...		Erbenndorf	"
Burkhardtsreuth, Ad.	7	1	8		Rastl	"
Döberein, B.	4	—	4		Rulmain	"
*Eiglasdorf, D.	1 1/4	—	2		Erbenndorf (Fil. Thumseureuth)	"
*Eifersdorf, D.	5 1/2	—	7		Remnath	"
Erdenweis, D.	3	—	5		Rulmain	"
Fortschau, D.		...	1	Speinshart'sches Sehen	Remnath	"
*Geiersberg, D.	f. Warmensteinach				Warmensteinach	"
Gobas, B.	3 1/2	—	7		Remnath	"
Göppmannsbühl, D.	4	—	2	Gehört zur Hälfte zu Bayreuth	Kirchenpingar- ten (Expositur)	"
Grenzmühle, G.	1	—	2		Erbenndorf	"
*Grötschenreuth, D.		...	5		"	"
Günzlas, G.	2	—	2		Rulmain	"
Guttenberg, D.	7 11/12	—	15		Waldeck	"
*Haidenaab, D.	3 1/2	—	10		Kirchenpingar- ten (Fil. Haidenaab)	"
Hessenreuth, D.	3 10/12	—	14		Rastl	"
Höflas, D.	7 1/2	—	10		Remnath	"
Hölzlaschhof, G.	3	—	6	Notthaft'sches Sehen	Erbnath	"
Hopffau, B.		...	1		Erbenndorf	"
*Hub, B.		...	1		Rastl	"
*Hüttstadt, G.		...	2		Warmensteinach	"
Immenreuth, D.	11 1/2	—	17		Rulmain	"
Rastl, D.	16 3/4	4	29		Rastl	"
Remnath, St.		...	183		Remnath	"
Kirchenpingarten, D.	10 3/4	1	17		Kirchenpingar- ten (Expositur)	"
Köglitz, D.	3 3/4	—	...		Waldeck	"
Kornhof, G.	1/2	—	1		Erbenndorf	"
Kosfain, B.	1/4	—	1		Pullenreuth	"
Köslarn, Alt., D.	1 1/2	—	—		Rastl	"
*Kögersdorf, G.	1	—	1		Remnath	"
Kreuzweiher, G.		...	2		Pullenreuth	"
Kuchenreuth, D.	6 1/2	—	9		Remnath	"

Anm.: Die mit einem Sternchen bezeichneten Orte sind jurisdictionell gemischt. Bgl. S. 378f.

Orte (Bezeichnung)	Hoffuß 1703		Mannschaft 1802	Außerordent- liche Gerichts-, Territorial- und Lebensverhält- nisse	Kirchliche Verhältnisse	
	Höfe	Quasi			Pfarrei	Dekanat
*Kulmain, D.	19 1/2	9	38		Kulmain	Remnath
*Lammershof, G.	6 1/2	—	8		Modersdorf	"
Langentheilen, W.	2	—	9		Pullenreuth	"
Lenau, D.	8	—	18		Kulmain	"
Lettenhof, W.	1 1/2	—	3		Kirchenpingar- ten (Expos. Gats- denach)	"
Lichtenhof, G.	—	—	1	Leuchtenbergisch. Lehen	Remnath	"
Bindenhof, G.	1	—	1		Kastl	"
Böschwitz, D.	9	—	9		Modersdorf	"
Modersdorf, Pfd.	5	—	10		Kirchenpingarten	"
*Mudenreuth, D.	2 1/2	2	6	Brandenbur- gisch. Lehen	Kirchenpingarten	"
Mühlhof, G.	...	...	1	Speinshartisch. Lehen	Kastl	"
Rapfberg, D.	2	—	6		Erbdorf	"
*Neubau, D.	...	...	8		Warmensteinach	"
Neu-Röslarn, W.	...	...	5		Pullenreuth	"
Oberndorf, D.	11	—	16		Remnath (Zil. Oberndorf)	"
Oberwappenöft, D.	4	1	8		Kulmain	"
Olbrunn, W.	3 1/2	—	5		"	"
Plaben, D.	3	—	9		Erbdorf	"
Pilgramsreuth, D.	5	—	10		Pullenreuth	"
Pingarten, D.	2	—	7		Baldeck	"
Pingenhof, W.	...	...	1		Kastl	"
Plöckberg, D.	4 1/2	—	5		Kulmain	"
Plößen, D.	9	—	11		Modersdorf	"
*Poppenberg, W.	1	—	2		Kirchenpingar- ten (Expositur)	"
*Pullenreuth, Pfd.	6 1/4	—	25		Pullenreuth	"
Punreuth, D.	6	—	7		Kulmain	"
Reisach, D.	1 1/2	—	1		Remnath	"
Reuth, D.	8	1	11		Kastl	"
Rößlas, G.	2 1/2	—	8	Meist Leuchten- bergisch. Lehen	Modersdorf	"
Rotensfurt, D.	...	...	3	" "	Pullenreuth	"
Schadenreuth, D.	8 1/2	—	15		Erbdorf	"
Schadersberg, W.	3	—	3		Kulmain	"
Schweikenreuth, D.	2 1/2	—	9		Baldeck	"
Senfendorf, D.	3 1/2	—	8		Kastl	"
Trevesen, D.	8	—	20		Pullenreuth	"
*Treßlau, D.	6	—	11		Kirchenpingar- ten (Expositur)	"
Baldeck, Markt	...	...	48		Baldeck	"
Warmensteinach, Pfd. mit *Weiersberg D.	4	—	18		Warmensteinach- Fichtlberg	"
*Weha, D.	1	—	2		Kastl	"
Wernerreuth, D.	4	1	15		Kulmain	"
Wünschenberg, D.	3	—	5		"	"
Zinst, D.	13 3/4	—	17		"	"

Orte (Bezeichnung)	Hoffst. 1703			Außerordent- liche Gerichts-, Territorial- und Lehensverhält- nisse	Kirchliche Verhältnisse	
	Höfe	Häuser	Mannschaft 1822		Pfarrei	Dekanat
Zottenwies, G. Zwergau, D.	... 4 ¹ / ₈	... —	1 9		Bullenreuth Baldeck	Remnath "
Orte mit landgerichtlichen Untertanen außerhalb des ge- schlossenen Amtsbezirkles.						
*Barbaraberg, G.	1	—	3	Im Amt Eschen- bach	Speinshart	Remnath
*Daurdorf, D.	4	—	8	Im Sulzb. Amt Parkstein-Wei- den (ehed. Leuch- tenb. Lehen)	Erbendorf (Hil. Thumfenreuth)	"
*Neuenreuth, D.	1 ¹ / ₂	—	4	Im Amt Park- stein-Weiden	Erbendorf	"
*Namlesreuth, Ad.	...	...	1	Im Bayreuthi- schen	Modersdorf	"
*Borbad, D.	1 ¹ / ₂	—	1	Im Amt Eschen- bach	Schlammers- dorf	"
*Windischlaibach, D.	—	—	1	Im Bayreuthi- schen	Kirchenlaibach	"

2. Unteramt Preßath:

Altendorf, D.	2	—	3		Preßath	Remnath
*Döllnitz, D.	6 ¹ / ₄	—	8		"	"
Eichelberg, D.	8	—	10		"	"
Feilersdorf, D.	2	—	1	N. G. und Steuer zu Stift Speins- hart	Rastl	"
Glasern, D.	7 ¹ / ₂	3	10		Preßath	"
Grub, D.	...	...	2	Zur Hälfte i. Amt Eschenbach geleg.	Speinshart	"
Hammerles, D.	5	—	8	Zum Teile im Ldg. Parkstein- Weiden gelegen	Preßath	"
Haigamühle, G.	...	...	1			"
Höfen (Schmierhof), B.	1	—	1		Rastl	"
Rahrmühle, G.	...	...	1		Preßath	"
Niederndorf, D.	2 ¹ / ₂	—	4		"	"
Pichlberg, D.	4	—	5	Liegt zur Hälfte im Amte Eschen- bach	Speinshart	"
Pingenhof, G.	1 ¹ / ₄	—	1		Rastl	"
Preßath, Stadt	...	...	177		Preßath	"
Riggau, D.	6 ¹ / ₂	—	11		"	"
Schwand, D.	3 ¹ / ₂	1	5	Liegt zur Hälfte im Amte Gra- fenwöhr	"	"
Schwarzenbach, D.	10	3	12			
Staudenhof, G.	1 ¹ / ₂	—	1		Parkstein	Sulzbach
Wollau, B.	2	—	4		Preßath	Remnath
Zintlhammer, D.	...	...	1		Rastl	"

II. Die Land

Orte (Gerichtsstzge und zugehörige Ortschaften)	Dörfe 1783	Häu- ser 1783	See- len 1783	Außerordentliche Gerichts- und Lehens- verhältnisse
1. Altensteinreuth, B.	17/83	4	21	Leuchtenbergisch. Lehen
2. Anzenberg, E.	—	1	10	" "
3. *Berndorf, D.	5/8	8	42	" "
4. u. 5. Bruch bei Rastl, B.	117/83	16	106	1 Sitz einst Leuchtenb. Lehen
6. u. 7. Bruch am Thurm u. am Weiher (Oberbruch), D. (2 Sätze)	7/8	15	86	Kurpfälz. Lehen
8. Dechantsees, Ab. mit Fun- kenau, E.	1/10	7	48	" "
9. Diepfurth, D.	9/10	18	139	" "
10. *Döllnig, D.	1/10	3	28	Leuchtenb. Lehen
11. Ebnath, D. mit den Orten: Brand, Fuhrmannsreuth, Grünberg, Hermannsreuth, *Hüttstabl, Mehlmeisl, Neu- sorg, Schwurbach, Seling- au, Unterlinb, Zedenberg	3311/83	220	1691	Kurpfälz. Lehen
12. *Eifersdorf, D.	Angaben oben bei Altensteinreuth mit- gezhlt.			
13. *Esfeldorf, D.	4	14	25	Brandenburg. Lehen
14. Fichtelberg, Pfb., kurf. Bergamt mit den Orten *Weiersberg und *Neubau	3	101	810	Kurf. Hofmark, n. G. des Bergmeister
15. Frauenberg, D. mit *Gröt- schenreuth, D.	211/10	21	136	Kurpfälz. Lehen
16. Friedensfels, D. mit dem Ort Frauenreuth u. Unter- tanen im Waldfassischen Ort *Voitenthan	347/8	216	1279	Böhmisches Lehen (Enthält auch die Ziffern für die Hofmar- ten Pöppenreuth und Weizenstein)
17. Friedersreuth, D.	61/8	19	71	Leuchtenb. Lehen
18. Fuchsendorf, E. mit Bie- las, B.	81/8 5/10	23	182	Bienlas: Leuchtenberg. Lehen
19. Fuchsmühl, D. mit den Orten Fürstenhof, D. u. Güttern, D.	111/8	120	776	Kurpfälz. Lehen
20. *Guttenhau, D. mit den Orten Rodlig u. Selbig u. Untertanen zu *Hamles- reuth im Bayreuthischen	51/4	24	149	" "
21. *Haidenaab, D.	1/8 3/83	6	33	" "
22. Hammertrevesen, D. mit Untermappenöst	25/83	9	89	Nothhaftisches Lehen
23. Haunrig, D.	5/83	5	25	Brandenb. Lehen
24. Höl, D. mit Haid, D.	31/10	16	102	Leuchtenb. Lehen
25. Raibig, D.	11/4	21	80	" "

fassen.

Kirchliche Verhältnisse		Besitzer, 1802
Pfarrei	Dekanat	
Remnath	Remnath	Franz Jakob von Thibouft, General.
"	"	Gebrüder von Poschinger.
Rastl	"	Maria Anna Eder von Bernfeld, We.
"	"	Frz. von Kupprecht, Reg.-Rat.
Rulmain, Fil. Brud	"	Veit-Christophs Grafen von Hirsch-
"	"	bergs Erben.
Bullenreuth	"	Stift Baldsassen.
Pressath	"	Josef von Geldmann.
"	"	Josef von Geldmann.
Ebnath	"	Frh. von Hirschberg'sche Erben.
Remnath	"	Franz Jakob von Thibouft, General.
Windischschenbach	"	Wilhelm Frh. von Waldensels.
Warmensteinach	"	Der Kurfürst.
Erbdorf	"	Franz Josef von Weidmann, kurf. Major.
Erbdorf, Filiale	"	Mar. Rajetan Frh. von Rothast.
Thumseureuth	"	
Pressath	"	Franz Sal. und Quirin von Röppler.
Kirchenpingarten, Ex-	"	Joh. Bapt. Kaufsch.
positur	"	
Wiesau	"	Josef Daniel von Froschheim, kurf.
"	"	Rämmerer und Reg.-Rat in Amberg.
Modersdorf	"	Freiherr von Rünsberg.
Kirchenpingarten, Ex-	"	Karl von Stadler, Kaufmann in Kärn-
positur: Fil. Haid-	"	berg.
denaach	"	
Bullenreuth-Rulmain	"	Michael von Thoma.
Remnath	"	Christoph von Lindensels'sche Erben.
Bullenreuth	"	Karl Freiherr von Hirschberg.
Remnath	"	Christian Adam Frh. von Bockner.

Orte (Gerichtsjuge und zugehörige Ortschaften)	Höfe 1783	Häu- ser 1783	See- len 1783	Außerordentliche Gerichts- und Lehens- verhältnisse
26. Kirmsees, B. mit Langen- geßel, E.	1	21	116	Halb brandenburg., halb kurpfälz. Lehen
27. *Rögersdorf, D. mit Bösch- wig u. Untertanen zu *Wir- benz im Bayreuthischen	17/8	16	76	Teilw. leuchtenb. Lehen
28. und 29. *Rulmain, Pfd. (2 Sige) mit den zu R. an der Kirche gehörigen Orten	5 ²² /32	36	216	
*Nign, E., Zweifelau, B.				
30. *Bammershof, E.	1/8	3	26	Teilw. leuchtenb. Lehen
31. Lehen, D.	1/12, 9/10	7	30	Brandenb. Lehen
32. Neufsteinreuth, B.	3 ³ /4	9	56	Leuchtenb. Lehen
33. Pechhof, E.	3/32	4	60	
34. Poppentreuth, D. mit den Orten: Bärnhöhe, Gard, Helmbrechts, Hohenhard, Masch (Teil), Schafbrud, Stemetsbach und Stigl- mühle, B.	Angaben siehe bei Friedenfelz			Böhmisches Lehen
35. Reislas, D. mit den Orten: Dennhof, Grub, *Mucken- reuth, *Poppenberg und Schmetterslohe	17 ²⁰ /32	71	431	Leuchtenb. Lehen. Grub, Popp., Schmetterslohe und Muckenreuth: brandenburg. Lehen
36. Reuth, D. mit den Orten: Erlhammer, Betten, Pre- menreuth u. Röttenbach	7 ¹ /16	57	293	Böhmisches Lehen
37. Rigelasreuth, D. u. Men- gersreuth, D. mit den Orten: Bockau-Neuenhof u. *Püllenreuth	7 ⁷ /32	51	331	
38. Schlackenhof, D.	2/8	15	72	Leuchtenb. Lehen
39. Schönreuth, D.	21/32	12	72	"
40. Schwarzenreuth, B.	Angaben bei Ebnath enthalten			Kurpfälz. Lehen
41. Trabis, D. mit Feilers- hammer, E.	1	8	50	
42. Trautenberg, D. mit Wäl- dern u. *Naabdemerleuth u. Untertanen in den land- gerichtlichen Orten *Bogdorf und *Eiglasdorf, in dem waldfassischen Ort *Pleis- dorf u. dem parksteinwei- denschen Ort *Wegeldorf	9 ²¹ /32	46	295	Brandenburg. Lehen
43. *Tressau, B. mit Gdarts- reuth, B.	6	20	145	Leuchtenb. Lehen

Kirchliche Verhältnisse		Besitzer, 1802
Pfarrei	Dekanat	
Kirchenpingarten, Expos.	Remnath	Sigmund Frh. v. Rünsberg, f. Bamber- gischer Oberamtmann zu St. Kronach.
Remnath und Rastl (Böschwitz)	"	Konrad König, Klosterpflichter zu Speins- hart.
Rulmain	"	Anton Frh. von Gobel und Georg Josef von Bongeln.
Rodersdorf	"	Raspar Anton Frh. von Bernclo, f. Regensb. Hofmarschall.
Erbsendorf	"	Gg. Sigmund Frh. von Penkenborn.
Fil. Thumseureuth	"	In unadeligem unbekanntem Besitze.
Remnath	"	Josef von Helmman.
Preßath	"	Max Rajetan Frh. von Rothsch.
Walderhof, ein Teil der Herrschaft zur Pfarrei Bullenreuth	Eger	
	Remnath	
Kirchenpingarten, Expos.	"	Wilhelm Friedr. von Lindenfelsche Erben.
Erbsendorf, Fil. Krum- menaab Erhammer u. Röttenb.: Windisch- eschenb., J. Bernstein	"	Ernst Frh. von Reichenstein.
Bullenreuth	"	Franz Bernhard Frh. von Hirschberg.
Remnath	"	Karl von Stabler in Rürnberg.
"	"	von Cammerloher.
Ebnath	"	Frh. von Hirschberg'sche Erben.
Rastl	"	Kloster Speinshart.
Erbsendorf, Fil. Thum- senreuth. Pleisdorf u. Raabdenreuth in der Pfarrei Windischeschenbach	"	Karl Heinrich Frh. von Hirschberg auf Weihersberg.
Kirchenpingarten, Expos.	"	von Belhornische Erben.

Orte (Gerichtssitze und zugehörige Ortschaften)	Höfe 1783	Häu- ser 1783	See- len 1783	Außerordentliche Gerichts- und Lehens- verhältnisse
44. Troglau, G. mit Birkhof, B.	$3\frac{3}{4}\frac{1}{8}$	10	56	
45. Troschelhammer, D.	$\frac{3}{16}$	7	71	
46. Weiherberg, D. mit Zes- sau, D.	$3\frac{3}{4}$	20	218	Leuchtenb. Lehen
47. Weissenstein, Ruine mit Schönfuß, D. u. Trett- manns, D.	Angaben bei Frie- denfels enthalten			Böhmisches Lehen
48. Wiglasreuth, B.	$1\frac{1}{4}$	13	70	Muracher Lehen
49. Wolframshof, B. mit *Beha, B.	$3\frac{7}{32}$	30	145	Leuchtenb. Lehen

Außerhalb des geschlossenen Landgerichts

50.*Hamblesreuth, Ab. in der Marktgt. Bayreuth gelegen	...	...	...	Altes Leuchtenbergi- sches Ritterlehngut
51.*Bernstein, D. im Pfleg- amt Eirschenreuth gelegen	...	...	...	Leuchtenb. Lehen. D. G. = Pfl. u. Eirschenreuth

Bestandteile auswär-

1. Nagel, D., halb Reichen- bach, D., Hochbühl, B. u. Mühlbühl, D. zur bay- reuthischen Hofmark Fah- renbach	...	...	...	Brandenb. Lehen
2. Rohlbühl, D. zur pfälz- sulzbachischen Landfässerei Thumfenreuth gehörig	$3\frac{8}{16}$	11	81	Kurpfälz. Lehen

Kirchliche Verhältnisse		Besitzer, 1802
Pfarrei	Dekanat	
Rastl	Remnath	Franz von Rupprecht, Reg.-Rat zu Amberg.
Preßath	"	Geonh. Adam von Franl.
"	"	Karl Heinrich Frh. v. Hirschberg.
Erbenndorf, Fil. Thumfenreuth	"	Max Rajetan Frh. von Rothast.
Rulmain	"	Maria Anna Ober von Bernfeld, We.
Rastl	"	Karl Frh. von Lindenfels.

Walded gelegene Sandaffereien:

Modersdorf	Remnath	Theodor Reichsgraf von Morawitzki.
Windischeschenbach, Fil. Bernstein	"	Maria Magdalena von S ^{te} Marie-Eglise.

tiger Sandaffereien:

Obnath, Fil. Nagel	Remnath	Adam Bernhard Frh. von Hirschberg.
Erbenndorf	"	Frh. von Lindenfels.

IV. Die kirchlichen Verhältnisse.

Quellen: Bischöfliches Diözesan-Archiv Regensburg: *Matricula dioeceseos Ratisponensis* ... per Josephum Heckenstaller, Registratorem Consistorialem 1782 und 1780/87 (teilweise mit Karten der Dekanate und einer Diözesankarte) und *Status animarum* der Diözese Regensburg 1762–1826.

Das Landgericht Waldeck lag völlig innerhalb der Diözese Regensburg und zwar zum allergrößten Teile im Dekanat Stadtkemnath, mit einigen Orten im Dekanat Eger.

Vom Dekanat Stadtkemnath kommen in Betracht die Pfarreien: 1. Rastl mit Filiale Burchartsreuth, 2. Kulmain mit Filiale Bruck und der Wallfahrtskirche auf dem Armesberg, 3. Ebnath mit der Filiale Nagl, 4. Erbdorf mit den Filialen Thumserreuth und Krummenaab, 5. Kirchenlaibach, 6. Modersdorf mit der Filiale Vorbach und der Expositur Kirchenpingarten mit der Filiale Haidenaab, 7. Pressath, 8. Bullenreuth, 9. Schlammersdorf, 10. Speinshart, 11. Stadtkemnath mit der Filiale Oberndorf, 12. Warmensteinach-Fichtelberg, 13. Waldeck, 14. Windischeschenbach mit Filiale Bernstein und 15. Wiefau mit einer Wallfahrtskirche zu Fuchsmühl. Vom Dekanat Eger kommt nur die Pfarrei Waldershof in Betracht.

Das Dekanat Stadtkemnath, von dem die Pfarreien Faltenberg, Grafenwöhr, Kaltenbrunn, Kohlberg, Parkstein, Stadteschenbach und der größte Teil der Pfarreien Speinshart und Wiefau nicht im Landgerichte Waldeck-Kemnath lagen, zählte im Jahre 1802: 31566 Seelen.

Simultaneum bestand zu Reichenbach.

Bezüglich der Zugehörigkeit der einzelnen Orte zu den Pfarreien vgl. Tabelle S. 383 ff.

B. Das Stiftland (Abtei) Walbsaffen.

Allgemeine Quellen: Siehe oben bei Bdg. Waldeck-Kemnath. Außerdem: *Die Kunstdenkmäler d. Kgr. Bayern*, II. Band, Heft XIV (Bezirksamt Lirschenreuth); Joh. Brenner, *Geschichte d. Klosters und Stiftes W.*, Nürnberg 1837; Döberl, *Reichsunmittelbarkeit und Schutzverhältnisse d. ehem. Cistercienserstiftes W.*, Eger 1884; ders., *Reichsunmittelbarkeit und Schutzverhältnisse der ehem. Cist. Abtei W. in den drei ersten Jahrhunderten ihres Bestehens*, Progr. d. R. Gymnasiums Passau 1886; Fr. Vinhard, *Geschichte des Cist. Stiftes Waldf. von der Wiederherstellung des Klosters (1661) bis zum Tode des Abtes Alexander (1756)*, Regensburg und Amberg 188⁹; ders., *Gesch. d. Cist. Stiftes W. unter dem Abte Wigand von Deltzsch (1756–92)*, Programm d. R. Gymnasiums Eichstätt 1896; ders., *Gesch. d. Cist. Stiftes W. unter Abt Athanasius Hettenlofer von 1800–03*, Progr. d. R. Gymn. Passau 1897; ders., *Gesch. d.*

Cisterc. Stiftes W. in den Jahren 1798 und 99, Cistercienser-Chronik XI (1899), 225 ff.; ders., Gesch. d. Cist. Stiftes W. unter Abt Athanasius Hettenlofer 1798/99, Passau 1899; Gg. Brunner, Gesch. d. Reformation d. Klosters und Stiftlandes W. bis zum Tode des Kurfürsten Ludwig VI., Erlangen 1901; M. Högl, Die Gegenreformation im Stiftland W., Regensburg 1905.

I. Staatsrechtliche Verhältnisse.

A. Die Stellung des Stiftes Waldbassen zum Reich und zu Bayern seit der Wiedererrichtung (1669).

Die um 1133 von Markgraf Dipold II. von Bohburg gegründete Cistercienser Abtei Waldbassen, welche bereits 1147 im Besitze der Reichsunmittelbarkeit war, aber dann im 15. Jahrhundert ein Schutzverhältnis seitens der Kurpfalz anerkennen mußte, teilte 1556 das Schicksal aller übrigen kurpfälzischen Klöster, sie wurde säkularisiert. Das Stiftland Waldbassen, welches damals als oberpfälzisches Landsassengut, bezw. Hofmark galt (also nur mit niederer Gerichtsbarkeit begabt war), kam 1628 mit der Kuroberpfalz an Bayern. Kurfürst Ferdinand Maria gab das Stift mit dem ganzen früheren Territorialbesitz in Erfüllung eines Wunsches seines 1651 verstorbenen Vaters, Kurfürsten Maximilian, am 1. August 1669 dem Cistercienserorden, jedoch unter Vorbehalt der früheren Hoheitsrechte, vor allem der Landeshoheit, zurück. Dies stand jedoch im Widerspruche mit dem Beschlusse des Osnabrücker Friedenskongresses, der 1648 Waldbassen ausdrücklich als immediate Reichsprälatur anerkannt hatte (Mosser, Deutsches Staatsrecht, 37, 272). Das Stift wurde zunächst unter die Verwaltung des Klosters Fürstensefeld gestellt. 1690 endlich gab Kurfürst Max Emanuel Erlaubnis zur Wahl eines neuen Abtes in Waldbassen und stellte diesem das Territorium des Stiftlandes jedoch unter ausdrücklichem Vorbehalt der bayerischen Oberhoheit zurück. Durch eine kurfürstliche Kommission wurde der Abt in das Land eingeführt und empfing in Gegenwart der Kommissäre den Guldingseid.

In den Jahren 1706–14, während welcher Zeit ja Bayern unter kaiserlicher Administration, bezw. die Oberpfalz seit 1708 unter der Regierung des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz stand, suchte Waldbassen seine alte Reichsunmittelbarkeit wieder zu erlangen. Das Reich hatte ja die 1548 erfolgte Mediatisierung — der Administrator Heinrich Rudolf v. Wege mußte bei Antritt seiner Regierung am 15. Juli 1548 das feierliche Versprechen abgeben, den Kurfürsten von der Pfalz als seinen Landesherren anzuerkennen, jedem anderen weltlichen Schutz zu entsagen, an allen Steuern, Abgaben und Lasten wie andere pfälzische Prälaten teilzunehmen etc. — niemals anerkannt. Abt

Albertus, der besonders in Kaiser Josef I. einen eifrigen Förderer seiner Bestrebungen gefunden hatte, strengte daher einen Prozeß um die Wiedererlangung der Reichsunmittelbarkeit Waldsassens beim Reichskammergericht in Speier an. Auf Befehl des Kaisers mußten ihm sogar die auf die Reichsunmittelbarkeit bezüglichen Dokumente des Amberger Regierungsarchives herausgegeben werden. 1709 aber erzwang die Amberger Regierung vom Kloster die Ausstellung eines Reverses, wonach dieses die Dokumente, welche sich schon zum Teil in Händen des Kaisers befanden, bis zu einem bestimmten Termin zurückgeben sollte. Als Waldsassens damit zögerte, wollte man das Stift beschlagnahmen. Der Tod Kaiser Josefs I., des großen Gönners von Waldsassens, 1711, machte jede Aussicht auf Erfolg des Prozesses schwinden. Der Kurfürst war Waldsassens wenig gewogen und seine Amberger Regierung belegte 1711 das Stift mit Sequestration, die aber, nach Ausstellung eines dem Kurfürsten genehmen Reverses durch Abt Anselm, zurückgezogen wurde. 1714 kam die Oberpfalz wieder an den alten Landesherren Max Emanuel zurück, der sogleich die Bedrückungen Waldsassens seitens der Regierung abstellte. Der Prozeß um die Reichsmittelbarkeit aber schloß vollständig ein. Trotzdem wurde letztere formell vom Reiche jederzeit anerkannt und Waldsassens zahlte z. B. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wie andere Reichsstände die Kammerziele zum Reichskammergericht (Kr. A. A., Klöster no 1434). Auch der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. II. 1803 erkannte das Stift Waldsassens als Reichsabtei an, weshalb es unter die Entschädigungsobjekte für den Kurfürsten von Bayern fiel, der es säkularisierte.

B. übrige staatsrechtliche Verhältnisse.

Das Stiftland Waldsassens grenzte im Norden an Böhmen und Preußen (Markgrafschaft Bayreuth), im Westen an die Landgerichte Waldeck-Remnath und Parkstein-Weiden, im Süden an die gefürstete Grafschaft Lobkowitz-Sternstein und das Pflegamt Floß, im Osten an das Pflegamt Bärnau und Böhmen. Vom Stiftland umschlossen waren die böhmische Enklave Ottengrün und die bayreuthische Enklave Großschlattengrün (zur Oberhauptmannschaft Wunsiedel gehörig).

Die Amtsgrenze geht durch folgende Orte, in welchen die Bewohner bezüglich hoher und meist auch niederer Gerichtsbarkeit theils zum Stiftland, theils nach auswärts gehörten: Manzenberg (Stiftland und Bayreuth), Masch (Stiftland und Bdg. Waldeck) und Windischeschenbach (Stiftland und Bdg. Parkstein-Weiden).

Bezüglich der hohen Gerichtsbarkeit gehörte das Stiftland zur Oberhauptmannschaft Waldsassens und zum Pflegamt Tirschenreuth, nur die Orte Großkonreuth (H. A. gl. Ramens),

Dürnlonreuth und Hohenthau (H. A. Liebenstein) gehörten mit hoher Gerichtsbarkeit zum Pflegamt Bärnau. Hinsichtlich der Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit zerfiel das Gebiet in 14 Richterämter, von denen 7 (Hardeck, Ronnersreuth, Mähring, Mitterteich, Waldershof, Waldsassen und Wiesau) in der Oberhauptmannschaft Waldsassen und 7 (Fallenberg-Weidl, Großlonreuth, Liebenstein, Neuhaus, Poppenreuth, Tirschenreuth und Wondreb) im Pflegamt Tirschenreuth liegen. Ein bedeutender Teil des Richteramtes Neuhaus gehörte im eigentlichen Sinn nicht zum Stiftland, sondern territorial zu Pfalz-Sulzbach und mit h. G. zum Bdg. Parkstein-Weiden. Der waldsassische Hof in Gerbersdorf (Bdg. Parkstein-Weiden) gehörte mit Mannschaft und Steuer zum Pflegamt Tirschenreuth, stand aber wie der Rest des Ortes mit h. und n. G. unter dem Bdg. Parkstein-Weiden. Das Gericht Poppenreuth gehörte früher (noch um 1680) zur Oberhauptmannschaft Waldsassen. Das Richteramt Hardeck hieß ehemals Altenreuth. Unter dem Pflegamt Tirschenreuth bestand früher (noch 1680) ein eigenes Richteramt Weidl, welches dann mit Fallenberg vereinigt wurde. Niedere Gerichtsbarkeit in geschlossenem Gebiete übten auch noch aus der Hofmarksherr von Dietersdorf und der Magistrat von Waldsassen. Innerhalb des Stiftlandes bestand das stiftische Rastentamt Waldsassen. Kurfürstliche Mautämter gab es zu Ronnersreuth, Großlonreuth, Mähring, Mitterteich, Tirschenreuth, Waldsassen und Waldershof. Bezüglich der Orte mit gemischter, bezw. strittiger Gerichtsbarkeit vergleiche man die nachstehende Zusammenstellung:

A. Jurisdiktionell gemischte oder strittige Orte innerhalb des geschlossenen Stiftlandes:

1. Bernstein, h. G. Pflegamt Tirschenreuth, n. G. Richteramt Neuhaus und der waldeckische Landsasse auf Bernstein.
2. Hohenthau, h. G. Pflegamt Bärnau, n. G. strittig zwischen Richteramt Liebenstein und Pflegeramt Floß.
3. Bengensfeld, h. G. in der Hälfte des Ortes zwischen Oberhauptmannschaft Waldsassen und Bayreuth strittig, n. G. im ganzen Ort Richteramt Waldershof.
4. Zippertsmühl, h. G. Oberhauptmannschaft Waldsassen, n. G. Richteramt Ronnersreuth und Bayreuth.
5. Pechbrunn, h. G. strittig zwischen Oberhauptmannschaft Waldsassen und Bayreuth, welches letzteres auch die Vandeshoheit beanspruchte, n. G. Richteramt Mitterteich.
6. Pleisdorf, h. G. Pflegamt Tirschenreuth, n. G. der waldeckische Landsasse auf Trautenberg und Richteramt Neuhaus.

7. Rogendorf, h. G. Pflegamt Tirschenreuth, n. G. Richteramt Neuhaus und der Flossche Landsasse auf Wildenau.
8. Boienthan, h. G. Oberhauptmannschaft Waldsassen, n. G. der waldeck'sche Landsasse zu Friedensfels und Richteramt Wiesau.
9. Windischeschenbach, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden und Pflegamt Tirschenreuth, n. G. Richteramt Neuhaus, der parkstein'sche Landsasse zu Windischeschenbach und Oberamt Neustadt a. W. N.
10. Wurmsgefäß, h. G. Pflegamt Tirschenreuth, n. G. Richteramt Falkenberg und der Flossche Landsasse auf Wildenau.

Über die gerichtlichen Verhältnisse in den Orten des sog. Fraischgebietes siehe weiter unten.

B. Gerichtsbarkeit der Richterämter in Orten außerhalb des geschlossenen Stiftlandes:

11. Albernhofer, h. G. Vdg. Floss, n. G. dasselbe, die Flosschen Landsassen auf Schlattein und Wildenreuth und Richteramt Falkenberg.
12. Bach, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden, n. G. Richteramt Neuhaus und Vdg. Parkstein-Weiden.
13. Berg, ebenso.
14. Escheldorf, h. G. Vdg. Waldeck, n. G. der waldeck'sche Landsasse auf Escheldorf und Richteramt Neuhaus.
15. Gleisenthal, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden, n. G. Richteramt Neuhaus und der parkstein'sche Landsasse auf Krummenab.
16. Haugdorf, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden, n. G. Vdg. Waldeck, Vdg. Parkstein-Weiden und Richteramt Neuhaus.
17. Püllersreuth, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden, n. G. dasselbe, Richteramt Neuhaus, der parkstein'sche Landsasse auf Burggrub und Oberamt Neustadt a. W. N.
18. Scherreuth, h. G. Vdg. Parkstein-Weiden, n. G. Richteramt Neuhaus, Oberamt Neustadt a. W. N. und Vdg. Parkstein-Weiden.

Der erste Beamte des Stiftlandes war der Oberhauptmann von Waldsassen. Dieser wurde zwar vom Abte ernannt, mußte aber von der Amberger Regierung bestätigt und vereidigt, sowie mit dem Blutbann begabt werden. Die Oberhauptmannschaft führte im Stiftlande die eigentliche Regierung, ihr unterstanden direkt die Richterämter. Amtlich zeichnet das Oberhauptmannamt im Verkehr mit der kurfürstlichen Regierung gewöhnlich „Abt und Stift Waldsassen“, im Verkehr mit den Richterämtern aber „Oberhauptmannschaft“. Dem Oberhauptmann unterstand auch der Pfleger zu Tirschenreuth, der für die in seiner Pflege gelegenen 7 Richterämter im Namen des

Oberhauptmannes die hohe Gerichtsbarkeit ausübte. Die Rentkammer von Amberg verlangte vom Pfleger von Tirschenreuth die Pflichtleistung. Dem widersprach aber z. B. 1779 der Abt ganz entschieden (Kr. U. U., Klöster no. 1429e). Seit Mitte des 18. Jahrhunderts findet sich zeitweise auch ein kurfürstlicher Roadministrator dem Abte beigegeben. Der Oberhauptmann, welcher manchmal gar nicht im Stifte residierte, bestellte in diesem Falle einen Hauptmannamts-Verweser. Es waren demnach im Stifte eigentlich nur stiftische Beamte angestellt, die aber im Namen des Kurfürsten ihr Amt ausübten. Das stiftische Rastnamt erhob die Steuer, mußte sie aber an die Rentkammer in Amberg abliefern. Auch die Mannschaft stand Bayern zu (Kr. U. U., a. a. O.).

An der Nordgrenze des Stiftlandes gegen Bayreuth lag der Reichsforst, von dem ein Teil mit den Orten Pechbrunn und Bengensfeld zu Waldsassen gehörte; über diesen Distrikt, der in den Quellen Fraischgebiet genannt wird, beanspruchte Bayreuth die hohe Gerichtsbarkeit (bez. Bengensfelds nur über die nördliche Orts Hälfte), über Pechbrunn allein auch die Landeshoheit. Es gab darüber zahlreiche Streitigkeiten bis zum Übergang des Waldsassischen Teiles am Reichsforst an Bayern am 1. Januar 1804. (Kr. U. U., Zugang 65, no. 334).

Ganz besondere Verhältnisse bezüglich der hohen Gerichtsbarkeit herrschten in dem an der Nordostgrenze gelegenen sog. Fraischgebiete mit Böhmen. Dieses umfaßt die Orte: Hardeck, Alt- und Neualbenreuth, Boden, Querenbach, Matersreuth, Schachten, Gosel und Mugl (dieses außerhalb des geschlossenen Fraischgebietes) im Richteramt Hardeck und Schönkind im Richteramt Waldsassen. In diesen Ortschaften gab es sowohl Stift Waldsassensche, als Stadt Egersche Grunduntertanen, wobei allerdings die Stiftischen überwogen. Nach dem zu Eger am 3. Oktober 1591 abgeschlossenen Rezeß hatte die hohe Gerichtsbarkeit in den genannten Orten alljährlich zwischen Kurpfalz (Oberhauptmannschaft Waldsassen) und Böhmen (Stadtgericht Eger) zu wechseln und zwar jeweils am 29. Juli. Die Stiftischen Untertanen standen aber auch in jenen Jahren, wo sie mit hoher Gerichtsbarkeit nach Eger gehörten, mit Steuer, Mannschaft und niederer Gerichtsbarkeit nach Waldsassen, bezw. den betreffenden Richterämtern (K. U. U., Böhmen, no. 359, fol. 80—83).

C. Hofmarken.

Im Stiftlande bestand nur eine Hofmark, bezw. stiftische Landsasserei: Dietersdorf (Leuchtenbergisches Lehen), seit 1626 im Besitze der von Hartung. Über die dem Stift gehörende Landsasserei (mit Hofmarksgerechtsamen) Dechantsees s. unter Bdg. Waldeck.

II. Die Grenzen.

1. Grenze vom Buch= bis zum Baderbrunnen (gegen Böhmen) gezeichnet nach: Acurater Grundriß der zwischen der Cron Böhm, resp. der Statt Eger, dann dem Ober=pfälzischen Stüfft und Closter Waldsassen befindlichen Gräniz zc. (kopierte Karte des 18. Jhdts.) = R. A. M., Plan no. 1969, dann Plan no. 1954: Grenze zwischen Waldsassen und Eger vom Buch= bis Baderbrunnen mit der vermög Meceß von 1591 mit Eger ausgemachten Fraisch. Nach dieser Karte wurde das Fraischgebiet eingezeichnet.

2. Grenze vom Baderbrunnen bis zum Reichenbach (Kellermühle; gegen Böhmen) gezeichnet nach R. A. M., Kartensammlung no. 174: Summarische Landkarte über das Stift Waldsassen (nach Original von 1680), R. A. M. Plan no. 107 u. 106, 76 und 86.

3. Grenze vom Buchbrunnen bis zur Kösseine (gegen Brandenburg) gezeichnet nach R. A. M., Plan no. 1098: Geometrisch verjüngter Abriß der Situation pfälzischer und culmbachischer Gränzen an das Stift Waldsassen . . . (17. Jhd.; Maßstab: 5000 oberpfälz. Feldschritte) und R. A. A., Bayreuth no. 1598 I—III: Bayreuther Grenzbegehungsprotokoll gegen Waldsassen, Waldeck und Eschenbach vom Jahre 1762, 3 Tome. Dazu verglichen R. A. B., Plan no. 14, R. A. M., Plan no. 1108, 1042, 3124, 2990, R. A. A., Plan 110 und Waldsassen no. 2178: Herrn Dr. Zeillers Relation über die vorgenommene Gränz Vereithung in dem Stüfft Waldsassen, 1671.

4. Grenze gegen Landgericht Waldeck, gezeichnet nach der Grenzbeschreibung von Waldsassen, 17. Jhd. = R. A. A., Standbuch 985. Vgl. auch Grenznachweise bei Landgericht Waldeck.

5. Grenze gegen Parkstein-Weiden, gezeichnet nach R. A. M., Plan no. 3188 und R. A. A., Zugang 30, no. 187: Grenzbeschreibung des Landgerichtes Parkstein-Weiden v. J. 1715.

6. Grenze gegen Landgericht Floss, gezeichnet nach R. A. A., Plan 111 (v. J. 1728) und Sulzbach, Administrativ=Alt no. 388: Grenzbeschreibung von Floss v. J. 1691. Dazu verglichen R. A. M., Plan no. 987, 1113, 2918, 3291 und 2919 und R. A. A., Standbuch 1197: Mappa des Amtes Floss von Christoph Vogel vom Jahre 1600 mit 7 Plänen.

7. Grenze gegen Bärnau nach Grenzbeschreibung, R. A. A., Standbuch 985.

8. Die Grenzen der Richterämter wurden nach den unter Ziffer 2 genannten Plänen des R. A. A. gezeichnet unter Zuhilfenahme der modernen Gemeindegrenzen und des statistischen Materials. Die Grenze zwischen Oberamt Waldsassen und Pflsgamt Eirschenreuth ergab sich demnach von selbst.

9. Grenze der bayreuthischen Hofmark und Enklave Großschlattengrün, gezeichnet nach dem Rärtchen des Patrimonialgerichtes in R. A. A., Zugang 132, no. 2509.

10. Die Grenzen der Hofmark Dietersdorf und der böhmischen Enklave Ottengrün, gezeichnet nach der modernen Gemeindegrenze und statistischem Material.

Gedruckte Karten des Stiftlandes finden sich bei Brunner, Geschichte der Reformation des Stiftlandes Waldsassen, Erlangen 1901 und in den Verh. d. Histor. Ver. f. d. Oberpfalz und Regensburg, Band 53 (1901) [Karte von Graf H. v. Walderdorff]; Summarische Landkarte über das Stift W. nach Original von 1680; gedr. bei Niedermayr, Regensburg o. J.¹

An Grenzbefreibungen seien außerdem genannt Nr. A. A., Bayreuth no. 1746 und 1568 (gegen Bayreuth 1762 und 1670), General Grenzakten 14 VII u. 23c; Zugang 65, no. 598: Vereinigung des Markt Portings zu Waldsassen, 1683—1820; Zugang 133, no. 258 (gegen Böhmen 1774); Zugang 65, no. 21 (Einnung zwischen der Herrschaft Fuchsmühl und Stift Waldsassen, 1682—1792), no. 34: Pfälzische und bayreuthische Grenzakten 1796/8 mit vielen Kopien ab 1263). — R. A. M., Oberpfälzische Gerichtslitralien: Waldsassen no. 65 Grenzstreitigkeiten zwischen Waldsassen und Eger 1773—76 mit Grenzbefreibungen, Mappen u. Plänen; R. Geh. Staatsarchiv, München: Akten schwarz 469, no. 29: Böhmisches Grenzakten zwischen Stift W. und Stadt Eger, 1763; Historischer Verein Regensburg, Akten no. 105g: Grenzdifferenzen zwischen W. und Stadt Eger 1747, no. 98: Grenzstreitigkeiten von Tirschenreuth, 1669. Akten über das sog. Fraischgebiet mit Eger von den Jahren 1788—1809; 1591, 1805; 1800—1809 = R. A. A., Zugang 65, no. 63 u. 21 und Zugg. 132, no. 2039.

III. Das Territorium.

Statistische Quellen: Tabellen über die Richterämter Mitterteich, Mähring, Waldershof und Wiefau v. J. 1793 = R. A. A., Klöster (Repert. 83): Waldsassen no. 7; Beschreibung d. im Pflegamt Tirschenreuth gelegenen Städte, Märkte, ganzen und halben Höfe 1716 = das., Tirschenreuth, Amt no. 251; Designation über die im Amte Tirschenreuth gelegenen ausländischen Gründe 1770 = das., no. 223; Güterbeschreibung der Hofmark Dietersdorf 1698 = das., no. 1476 Herdstättbeschreibung d. Stadt Tirschenreuth 1762 = das., no. 287; Personal- und Viehstand des Pflegamts Tirsch. 1796 = das., no. 464; Hofverzeichnis der Richterämter von D. A. Waldsassen 1716 = das., Waldsassen Amt no. 998; Saalbuch d. Gerichte Falkenberg und Weidl 1640/6 = das., Standbuch 107; Häuserverzeichnis von Stift Waldsassen von ca. 1800 auf Plan no. 107 des R.

¹ Bei Bearbeitung der Karten wurden noch verwendet die Übersichtskarten der Amtsgerichte Waldsassen und Tirschenreuth und die entsprechenden Blätter des topogr. Atlases von Bayern.

A. A.; Amtstabulae, Descriptiones oder Verzeichnisse über die Ämter und Klöster, wie viel darinnen stätt, mardt x. welche anno 1588 et 1596 eingeschickt werden, Tom. I, dasselbe v. J. 1622, Tom. II. = A. A. M., Oberpfälzer Literalien no. 217 a, b; Beschreibung aller . . . Landrichter- und Pflegämter in der Oberpfalz . . . ca. Mitte des 18. Jahrhunderts. Kopie des 19. Jhdts. = das. no. 221; Lange, Staatsgeographie des Fürstentums Bayreuth = Kr. A. Bamberg, Manuscript I, 38. Vgl. auch oben: Allg. Quellen.

Das Stiftland zählte nach dem kurbayerischen Hof- und Staatskalender für das Jahr 1802: 19029 Seelen, 3617 Herdstätten, 1 Hofmark, 16 katholische Pfarreien, 26 deutsche Schulen, 129 Dörfer, 43 Weiler und Einöden, 1 Abtei, 844¹/₁₆ Höfe. Es hatten Stadt Tirschenreuth 1496, die Märkte Falkenberg 597, Ronnersreuth 618, Mitterteich 1182, Neuhaus 540, Waldershof 921 und Walbsassen 1383 Seelen. Nach einer anderen Quelle (A. A. M., Oberpfälzer Literale no. 221) wäre allerdings schon Ende des 18. Jahrhunderts der Hofsfuß auf 928⁹/₁₆ gestanden.

Nachstehende 3 Tabellen zeigen die Statistik der Richterämter und der in ihnen befindlichen Orte. [Die dazu benützten Quellen sind aus den obenverzeichneten statistischen Materialien zu ersehen, für 1783 dienten die Angaben bei Biechl, Vollständige Beschreibung, München 1783.]

(Tabellen siehe S. 401 ff.)

IV. Die kirchlichen Verhältnisse.

Quellen: Siehe bei Landgericht Waldeck.

Das Stiftland Walbsassen liegt innerhalb der Diözese Regensburg und zwar zum größeren Teile im Dekanat Eger, zum kleineren im Dekanat Stadtkemnath.

Vom Dekanat Eger kommen in Betracht die Pfarreien: 1. Albenreuth (Neu-A.), 2. Weidl mit der Filiale Stein, die 1803 selbst Pfarrei wurde, 3. Ronnersreuth, 4. Griebbach, 5. Leonberg, 6. Mähring (Expositur), 7. Mitterteich, 8. Münchenreuth, 9. Schwarzenbach, 10. Tirschenreuth, 11. Walbsassen, 12. Waldershof, 13. Wernersreuth und 14. Wondreb.

Vom Dekanat Stadtkemnath gehören hieher die Pfarreien: 1. Erbsdorf, Filiale Thumfenreuth, 2. Falkenberg, 3. Bullenreuth, 4. Wiesau, 5. Windischfischenbach mit der Filiale Bernstein. Bezüglich der Zugehörigkeit der einzelnen Orte zu den Pfarreien vgl. Tabelle S. 401 ff.

Die Richterämter.

Gerichte	1783		
	Höfe	Häuser	Seelen
I. Oberhauptmannschaft Waldbassen:			
1. R. A. Garbed	96 ²² / ₃₂	185	1310
2. R. A. Stonnerkreuth	38 ¹⁸ / ₁₆	141	954
3. R. A. Mähring	15 ¹ / ₆	91	684
4. R. A. Mitterteich	121 ⁷ / ₁₆	388	2521
5. R. A. Waldershof	49 ⁵ / ₃₂	173	1232
6. R. A. Waldbassen	116 ⁷ / ₁₆	362	2834
7. R. A. Wiesau	82 ¹⁰ / ₃₂	168	1078
Summa	511 ⁹ / ₃₂	1508	10613
II. Pflegamt Eirichenreuth.			
1. R. A. Falkenberg und Weidl	96 ⁵ / ₃₂	272	1621
2. R. A. Großkonreuth	42 ¹ / ₆ , ¹⁸ / ₁₆	64	461
3. R. A. Liebenstein	55 ³ / ₁₆	95	638
4. R. A. Neuhaus mit der Hofmark Dietersdorf	3 ¹⁰ / ₃₂ , ³ / ₁₆	177	972
5. R. A. Poppenreuth	66 ¹¹ / ₁₆	126	850
6. R. A. Eirichenreuth	106 ²² / ₃₂	463	2599
7. R. A. Wondreb	51 ¹⁵ / ₁₆	98	709
Summa	458 ¹ / ₆ , ²² / ₃₂	1319	7976

Anmerkung: Die Angaben nach Viechl, J. Voßst. Beschreibung aller im Herzogtum der obern Pfalz . . . befindl. Land, Pfleg- und Herrschaftsgerichte etc., München 1783.

Die Oberhauptmanns

Orte	1793		
	Höfe	Häuser	Seelen
I. Richteramt Garbed.			
Altalbenreuth, D.	7 ¹ / ₂	8	
Boden, D.	4 ¹ / ₂	10	
Buchenmühle, G.	¹ / ₂	1	
Gofel, D.	4	4	
Haberts Mühl, W.	1	1	
Garbed, D. und Schloß	3 ¹ / ₄	7	
Maierkreuth, D.	5 ² / ₅	10	
Mogerskreuth	4 ² / ₅	12	
Mugl (Alt-), D.	8 ¹² / ₁₆	16	
Neualbenreuth, D.	20 ² / ₁₀	54	
Pogdorf, D.	6 ² / ₁₆	12	
Querenbach, D.	9 ¹ / ₂	11	
Säuerlinghammer, G.	¹ / ₄	1	
Schachten, D.	10 ² / ₅	14	
Troglauer Mühl, G.	¹ / ₂	1	
Wernerskreuth, D.	6 ¹ / ₂	16	
II. Richteramt Ronnerskreuth.			
Grün, D.		11	
Höflas, D.		22	
Ronnerskreuth, Mtt.		82	
*Lipperts Mühl, G.	1	1	
Neudorf, D.		22	
Rosenbühl, D. mit Bodermühl, G.		6	
Fodensfeld, Schloß	1 Stift Waldf. Schloß		
III. Richteramt Mähring.			
Neumühle, G.	¹ / ₅	1	3
Mähring, D.	13 ⁷ / ₅	97	769
Treppenstein-Hammer, W.	1	3	24
IV. Richteramt Mitterteich.			
Altenhammer, G.		1	21
Ammes Mühl, G.	¹ / ₂	1	9
Bienmühl, G.	¹ / ₅	2	11
Dobrigau, D.	5 ¹ / ₁₆	11	74
Fortatschhof, W.	2	3	20
Großbüchelberg, D.	5 ²² / ₂₂	17	105
Großenfees, D.	10 ² / ₂₂	20	133
Großentierz, D.	14 ¹ / ₁₆	17	107
Gulg, W.	1 ¹ / ₁₆	5	31
Hammermühl, G.	¹ / ₂	2	13
Hofteich, D.	11 ¹ / ₂₂	15	114
Hungenberg, D.	3	6	52
Kleinbüchelberg, D.	3 ¹ / ₂	11	64
Kleintierz, D.	10 ⁶ / ₅	15	98
Kriegersmühl, G.	¹ / ₂	2	11
Leonberg, D.	8 ¹² / ₂₂	21	118
Mitterteich, Mtt.	16	186	1166

Anm.: Die mit einem Sternchen bezeichneten Orte sind jurisdiktionell gemischt. Vgl. S. 396 f.

Stadt Waldbassen.

Kirchliche Verhältnisse		Besondere Gerichts- und Behensverhältnisse
Pfarrei	Dekanat	
Neualbenreuth	Eger	Liegt im sog. Fraischgebiet
"	"	"
"	"	"
"	"	"
Bernerkreuth	"	"
"	"	"
Neualbenreuth	"	
Bernerkreuth	"	Liegt im sog. Fraischgebiet
Neualbenreuth	"	Liegt im sog. Fraischgebiet
"	"	"
"	"	"
Bernerkreuth	"	"
Ronnerkreuth	Eger	
"	"	
"	"	
"	"	
"	"	
"	"	n. G. übt auch Bayreuth aus
Griesbach, Expos. Mähring	"	
"	"	
"	"	
Leonberg	"	
"	"	
"	"	
"	"	
Witterteich	"	
Leonberg	"	
"	"	
Witterteich	"	
Leonberg	"	
"	"	
Witterteich	"	
Leonberg	"	
"	"	
Witterteich	"	

Orte	1793		
	Höfe	Häuser	Seelen
Münchsgrün, D.	2 ¹¹ / ₃₃	7	32
Neuhof, D.	1	3	17
Neumühl, G.	1 ¹ / ₃	1	10
Oberteich, D.	7 ¹ / ₁₆	12	87
Pechbrunn, D.	2 ⁹ / ₃₃	11	61
Pechhofen, D.	7	11	74
Steinmühl, G.	1	2	15
Themenreuth, D.	3 ¹ / ₁₆	7	39
Birkenreuth, D.	5 ² / ₃₃	18	112
V. Richteramt Waldershof.			
Bengenfeld, D.	10 ¹ / ₃	17	118
Manzenberg, D.	1	2	17
Masch, D.	5	5	26
Rodenzenreuth, D.	7 ¹ / ₃	16	123
Rosenhammer, G.	1	2	
Waldershof, Mtt.	10	118	978
Walbenreuth, D.	8 ¹ / ₃₃	13	102
Wolfskreuth, D.	7 ¹ / ₃	9	81
VI. Richteramt Waldfassen. ¹⁾			
Gerteich, D.			
Groppenheim, D.			
Hagenreuth, D.			
Hundsbad, D.			
Rondrau, D.			
Rornmühl, G.			
Wammersreuth, D.			
Neusorg, G.			
Negstahl, D.			
Mitterhof, D.			
Münchenreuth, D.			
Pechtnerreuth, D.			
Pfaffenreuth, D.			
Pleußen, D.			
Schloppach, D.			
Schönlind, D.			
Schottenhof, G.			
Waldfassen, Stadt und Kloster			
VII. Richteramt Wiesau.			
Hafendammühle, G.	1 ¹ / ₂	1	
Hurtingöb, G.	9 ¹ / ₃₃	1	10
Kornthann, D.	6 ²⁴ / ₃₃	11	69
Leugas, D.	10 ²¹ / ₃₃	17	97
Mudenthal, D.	5 ⁴ / ₃₃	12	61
Mühlhof, W.	3	4	30
Schönfeld, D.	8 ⁴ / ₃₃	12	83
Schönhaid, D.	17 ⁶ / ₃₃	24	128
Lirschitz, D.	7 ²⁰ / ₃₃	12	69
Triebendorf, D.	10 ⁸ / ₃₃	19	111
*Voitenthan, D.	6 ²¹ / ₃₃	13	67
Wiesau, D.	11 ¹⁷ / ₃₃	46	339

¹⁾ Die Angaben für H. A. Waldfassen fehlen.

Kirchliche Verhältnisse		Besondere Gerichts- und Lebensverhältnisse
Pfarrei	Dekanat	
Leonberg	Eger	h. G. strittig zwisch. Waldbass. u. Bayreuth
"	"	
Mitterteich	"	
"	"	
Leonberg	"	
"	"	h. G. zwisch. Waldbass. u. Bayreuth strittig Biegt zur Hälfte im Bayreuthischen Biegt zur Hälfte im Bdg. Waldeck
Walbershof	"	
Pußenreuth	Stadt- Remnath	
Walbershof	Eger	
"	"	
"	"	Gehört zum sog. Fraischgebiet
Münchenreuth	"	
Waldbassen	"	
Münchenreuth	"	
Waldbassen	"	
Bernersreuth	"	
Waldbassen	"	
Münchenreuth	"	
"	"	
"	"	
Bernersreuth	"	n. G. auch der Landsasse auf Friedenfels
Mitterteich	"	
Münchenreuth	"	
"	"	
Waldbassen	"	
Wiesau	Stadt- Remnath	
"	"	
"	"	
"	"	
"	"	
Windischschenbach	"	
Wiesau	"	

Das Pflegamt

Orte	1598		Häuser um 1800
	Höfe	Güter	
I. Richteramt Falkenberg-Weidl.			
Weidl, Pfb.	6	11	24
Bodenreuth, D.	5	1	9
Eppenreuth, D.	2	1	5
Falkenberg, Mkt.	(70 Bürger)		112
Geißenreuth, G.	1	—	1
Gumpen, D.	7 1/4	2	11
Konnerkreuth, B.	3	—	3
Reichau, D.	5	1	7
Rengenfeld, D.	11 1/4	—	11
Mitteldorf, D.	1	2	3
Nedwalperkreuth, B.	1	—	3
Pirt, D.	4	5	9
Rothenbürg, D.	2	—	3
Schönficht, D.	4	7	12
Schönthau, D.	7	—	7
Seidlerskreuth, D.	3	5	10
Streifenreuth, G.	1	—	1
Thann, D.	6	—	7
Tröglerskreuth, G.	2	—	—
Walperskreuth	2	2	4
*Wurmßgefäll, D.	2	—	2
II. Richteramt Großkonreuth.			
Brunn, D.	5	1	6
Dipperskreuth, D.	14	—	21
Frauenreuth, D.	11 1/2	—	13
Großkonreuth, Pfb.	11 1/2	—	19
III. Richteramt Liebenstein.			
Dürnkönreuth, D.	2 1/2	4	8
Erberskreuth, D.	5	—	5
Hohenthau, D.	10 1/2	2	20
Konnerkreuth, D.	6	—	7
Iglerskreuth, D.	6	—	15
Liebenstein, D.	7	8	18
Pilmerkreuth, D.	8	3	
Stein, D.	4 1/2	3	10
IV. Richteramt Neuhaus.			
*Bernstein, D.	3	8	17
Rahmühle, G.	—	—	2
Rosenbach, D.	5	—	6
Neuhaus, Mkt.	32 Bürger		46

Lirſchenreuth.

Kirchliche Verhältniſſe		Außerordentliche Gerichts- und Lebensverhältniſſe
Pfarrei	Dekanat	
Beidl	Eger	
Falkenberg	St. Remnath	
Beidl	Eger	
Falkenberg	St. Remnath	
Beidl	Eger	
Falkenberg	St. Remnath	
Beidl	Eger	
"	"	
Falkenberg	St. Remnath	
Lirſchenreuth	Eger	
Beidl	"	
Windiſchſchenbach	St. Remnath	
Beidl	Eger	
Falkenberg	St. Remnath	
Beidl	Eger	
"	"	n. G. auch der Floßſche Landſaſſe auf Wildenau
Wondreb	Eger	
"	"	
"	"	
"	"	h. G. Pflegamt Bärnau
Beidl	Eger	h. G. Pflegamt Bärnau
"	"	
"	"	{ n. G. ſtrittig mit Pfleg. Ger. Floß
"	"	
"	"	
Stein, Filiale	"	
Bernſtein, Filiale	St. Remnath	n. G. auch der Waldeckiſche Landſaſſe auf Bernſtein
Erndorf, Fil.		
Thumſenreuth	"	
Beidl	Eger	
Windiſchſchenbach	St. Remnath	

Orte	1596		Häuser um 1800
	Höfe	Güter	
Pfaffenreuth, D.	1	—	7
	2	—	4
*Pleisdorf, D.	—	—	—
*Hohendorf, D.	—	—	—
*Windischfischenbach, Mkt.	1	12	129
Burg, Pfd.	—	11	14
V. Richteramt Poppenreuth.			
Alsch, D.	—	—	13
Griesbach, D.	—	—	24
Hiltershof, D.	—	—	9
Laub, D.	—	—	7
Lauterbach, D.	—	—	7
Poppenreuth, Rb.	—	—	35
Reisach, D.	—	—	4
Röthenbach, D.	—	—	17
VI. Richteramt Tirschenreuth.			
Großflenau, D.	7	2	14
Grün, D.	7 $\frac{1}{2}$	—	8
Hohenwalb, D.	12 $\frac{1}{2}$	1	14
Kleinflenau, D.	4 $\frac{1}{2}$	2	7
Kleinfonreuth, D.	6 $\frac{1}{2}$	—	9
Bohnitz u. Zeidlweid, D.	7	3	11
Magersreuth, D.	9 $\frac{1}{2}$	4	15
Schwarzenbach, Pfd.	12	1	15
Sägmühle, G.	—	—	—
Thännersreuth, D.	6	—	8
Tirschenreuth, Stadt	241	Bürger	342
VII. Richteramt Wondreb.			
Eggelsgrün, D.	1 $\frac{1}{2}$	1	4
Gründlbach, D.	6	—	6
Marchaney, D.	4	3	8
Willmersreuth, D.	12	1	15
Rosall, D.	8 $\frac{1}{2}$	4	16
Wondreb, Pfd.	15	11	37
VIII. Hofmark Dietersdorf.			
Dietersdorf, D.	—	—	—

Bestandteile von Richterämtern außer-

1. Richteramt Falkenberg-Weidl.

*Albernhof, D.	3	1	5
----------------	---	---	---

Kirchliche Verhältnisse		Außerordentliche Gerichts- und Verhensverhältnisse
Pfarrei	Dekanat	
Bernersreuth	Eger	n. G. auch der Walbedische Landsasse auf Trautenberg n. G. auch der Landsasse auf Wildenau liegt zur Hälfte im Bdg. Parkstein Weiden n. G. auch der Parkst. Landsasse und D. A. Neustadt a. B.
Windischeschenbach	St. Remnath	
Erndorf, Fil. Thumfenreuth	"	
Windischeschenbach	"	
Reidl	Eger	
Griesbach	Eger	
Bondreb	"	
Griesbach	"	
Bondreb u. Griesb.	"	
Bondreb	"	
Griesbach	"	
Lirschenreuth	Eger	
Schwarzenbach	"	
Lirschenreuth	"	
Bondreb	"	
Lirschenreuth	"	
Bondreb	"	
Schwarzenbach	"	
Lirschenreuth	"	
Schwarzenbach	"	
Lirschenreuth	"	
Bernersreuth	Eger	
Bondreb	"	
Schwarzenbach	"	
Bondreb	"	
"	"	
"	"	
Windischeschenbach	St. Remnath	
halb des Territoriums des Stiftlandes		
Reidl	Eger	h. G. Pfl. G. Floß

Orte	1793		Häuser um 1800
	Höfe	Häuser	
II. Richteramt Neuhaus			
*Bach, D.	6	—	—
*Berg, D.	—	—	—
*Eicheldorf, D.	1	—	—
*Eichenthal, Ad.	1	—	—
*Daugdorf, D.	3	—	3
*Hüllersreuth, Ad.	1 ¹ / ₂	—	14
*Scherreuth, D.	4	—	7
		Erglaxe im Adg.	
Gerbersdorf, D.	1	—	—

Kirchliche Verhältnisse		Besondere Gerichts- und Lehensverhältnisse
Pfarrei	Dekanat	
Windischeschenbach	St. Remnath	h. O. Bdg. Parkstein-Weiden Ebenso
"	"	h. O. Bdg. Walbeck
"	"	h. O. Bdg. Parkstein-Weiden Ebenso
Orbendorf	"	Ebenso
Fil. Thumseureuth	"	Ebenso
Windischeschenbach	"	Ebenso
"	"	Ebenso
Parkstein-Weiden.		
Windischeschenbach	St. Remnath	h. u. n. O. Bdg. Parkstein-Weiden



Bearbeitet von H. Hefeke.











